Heike Amos

Vertriebenenverbände im Fadenkreuz

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Sondernummer

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin

herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Hans-Peter Schwarz Andreas Wirsching

Oldenbourg Verlag München 2011

Heike Amos

Vertriebenenverbände im Fadenkreuz

Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit
1949 bis 1989

Oldenbourg Verlag München 2011

Gefördert durch Mittel des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2011 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Tel: 089 / 45051-0
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Titelbild: „Haus der ostdeutschen Heimat", West-Berlin 1966, in: BStU MfS BV Suhl, XX, 1404, Bl. 3.
Konzept und Herstellung: Karl Dommer
Einbandgestaltung: hauser lacour
Satz: Typodata GmbH, München
Druck und Bindung: Grafik+Druck, München

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706

ISBN 978-3-486-70589-8

Inhalt

I. Einleitung 1

II. Wahrnehmen der organisierten Vertriebenen durch Ost-Berlin – Die 1950er Jahre 5

1. Flüchtlinge und Vertriebene und ihre Organisationsversuche im Nachkriegsdeutschland. 5
2. Erstes Beobachten der Aktivitäten der Vertriebenenverbände sowie Zuständigkeiten beim MfS 24
3. Der West-Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen unter MfS-Beobachtung 44
4. „GM Kuhnert“ im West-Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen. 58
5. Offensive der Ost-Berliner MfS-Verwaltung gegen die Treffen zum „Tag der Heimat“ in West-Berlin 1959/60 65
6. Die aktiven Landsmannschaften in West-Berlin 84

III. Vom Bau der Berliner Mauer 1961 bis zur Unterzeichnung der Ostverträge 1970/73 – Die 1960er Jahre 93

1. Situation im Staatssicherheitsdienst nach dem 13. August 1961 93
2. Gesellschaft und Parteien Westdeutschlands und die organisierten Vertriebenen 104
3. SED-„Revanchismus-Kampagnen“ gegen Landsmannschaften und BdV 119
4. Vorwürfe des „Revanchismus“ auch an die SPD? 136
5. Ostverträge und der BdV: Interessenlage bei SED und MfS. 144
6. Im Visier des MfS: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft. 167
7. Ein MfS-Agent in der Landsmannschaft Schlesien des West-Berliner Landesverbands. 184

IV. Die Sicht Ost-Berlins: „Organisierter Revanchismus“ nach den Ostverträgen – Die 1970/80er Jahre. 211

1. Begründete Hoffnungen bei SED und MfS auf Marginalisierung der Vertriebenenverbände? 211
2. Exkurs: Der Bund der Mitteldeutschen 226
3. Eine HV A-Agentin im Vorzimmer der Bonner BdV-Zentrale 1972–1985. Der Fall Erika Reißmann, alias Ursula Richter, alias „IM Kern“ 239
4. „Revanchistische Offensive“ aus Bonn seit 1982 – Realität oder gezielte SED-Propaganda? 259

V. Resümee 275

VI. Quellen- und Literaturverzeichnis 297

VII. Abkürzungsverzeichnis 315

VIII. Personenregister 319

Zur Autorin 322

I. Einleitung

Der Bund der Vertriebenen (BdV) und die 20 ostdeutschen Landsmannschaften zählten für die SED-Führung und ihr Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zu den „politischen Feindorganisationen" in der Bundesrepublik Deutschland, da diese konsequent über vierzig Jahre hinweg weder die staatliche Existenz der DDR noch die Berechtigung der SED-Herrschaft sowie die ostdeutsche Grenze anerkannten. Die SED interessierte sich für Parteien, Verbände und Institutionen der Bundesrepublik, sofern sie ihnen größere Bedeutung beimaß, was im Fall der Vertriebenenverbände nachweislich so war. Die SED-Spitze beauftragte ihren Staatssicherheitsdienst, den Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften unter Beobachtung und „geheimdienstliche Bearbeitung" zu stellen. Dabei betrieb das MfS eine Doppelstrategie. Auf der einen Seite ging es bei den MfS-Aktivitäten darum, den politischen Einfluß der Vertriebenenverbände mit ihrer strikt ablehnenden Haltung gegenüber der staatlichen Souveränität der DDR und ihrer „neuen sozialistischen Verhältnisse" in der Bundesrepublik zurückzudrängen. Zudem sollte das MfS jedes landsmannschaftliche Herkunfts- und Zusammengehörigkeitsgefühl der Vertriebenen und Flüchtlinge über die deutsch-deutsche Teilung hinweg unterbinden bzw. kontrollieren, um es für eigene Zwecke auszunutzen. Andererseits sollten die Vertriebenenverbände politisch-propagandistisch instrumentalisiert werden. Der Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften mußten mit ihrer Existenz und ihren Aktivitäten herhalten, in der Öffentlichkeit den „Revanchismusvorwurf" an die Adresse der Bundesrepublik über 40 Jahre aufrechtzuerhalten und immer wieder zu erneuern. Die Darstellung der DDR im In- und Ausland als „der deutsche Friedensstaat" – dies im Gegensatz zum „revanchistischen Westdeutschland", dem deutschen Teilstaat, der die europäischen Nachkriegsgrenzen nicht anerkannte – war wesentlicher Teil der SED-Politik gegenüber den Vertriebenenorganisationen. Das Ziel dieser Instrumentalisierung bestand in der Herbeiführung der staatlichen Anerkennung und Aufwertung der DDR im internationalen Rahmen und der politischen Legitimation der SED-Herrschaft und des „Realsozialismus" nach innen, dem eigenen Volk, und nach außen, der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber.

Mit welchen geheimen und öffentlichen Aktivitäten der DDR-Staatssicherheitsdienst im Auftrag und mit Weisung der SED gegen die Vertriebenenverbände der Bundesrepublik im Zeitraum von 1949/50 bis 1989 vorging und wie erfolgreich das MfS bei der Umsetzung dieser doppelten Strategie war, ist Gegenstand der vorliegenden historischen Studie. Der gewählte Untersuchungszeitraum von 1949 bis 1989 soll einen Gesamtüberblick über die Thematik verschaffen, wobei ein zeitlicher Schwerpunkt auf den 1960er und 1970er Jahren liegt. Die Kapitelgliederung folgt den historischen Zäsuren: Die Aktivitäten des MfS gegen die Existenz und Politik der Vertriebenenverbände veränderten sich nach dem Bau der Berliner Mauer 1961, sie variierten nach Beginn der sozial-liberalen Regierungskoalition in Bonn und den Abschlüssen der Ostverträge 1969–1972, und sie umfaßten andere Schwerpunkte in den Jahren der Kanzlerschaft von Helmut Kohl ab Ende 1982 bis zum Zusammenbruch der DDR.

Das Wahrnehmen der bundesdeutschen Vertriebenenorganisationen durch den SED-Geheimdienst, die Ziele, Mittel und Methoden des MfS, Informationen aus den Landsmannschaften und dem BdV zu gewinnen, diese aktiv in die sogenannte MfS-Abwehr- und Aufklärungsarbeit einzubringen, um sie letztlich für die politischen Zwecke der SED zu nutzen, wandelte sich in den 40 Jahren der Existenz der DDR. Die „Aufklärungs- und Abwehrarbeit" der Staatssicherheit umfaßte die Informationsbeschaffung über die Vertriebenenverbände und deren Analyse und Weitergabe an die SED-Führung. Von Interesse waren Struktur, Personal, Finanzierung, politische Ziele und Tätigkeitsfelder der Landsmannschaften und des BdV bis hin zu Verflechtungen dieser Verbände und ihrer Funktionäre mit Parteien und parlamentarischen Gremien der Bundesrepublik. Es wird in der Studie belegt, daß die gewonnenen Informationen auch gezielt genutzt wurden, um aktiv auf die Politik und das Handeln der Vertriebenenverbände sowie auf ihre Stellung in der bundesdeutschen Gesellschaft Einfluß zu nehmen. Dies wurde u. a. durch gesteuerte Desinformationen, Vertiefen und Schüren von Konflikten und Auslösen von Skandalen oder durch diverse Beeinflussungen der Medien betrieben. Dazu zählte auch offenes und verdecktes Diskreditieren und Diffamieren der Vertriebenenverbände und ihrer Funktionäre. An ausgewählten Fallbeispielen wird das „Anwerben und Führen" von Agenten des Ministeriums für Staatssicherheit im Bund der Vertriebenen und verschiedenen Landsmannschaften nachgezeichnet. Es wird ein Eindruck über das Netz an „Inoffiziellen Mitarbeitern" in den Vertriebenenverbänden gegeben und versucht, Erfolg und Nutzen dieser MfS-Spionagetätigkeit für die SED zu bewerten. Und schließlich wird die Frage beantwortet, inwieweit SED und MfS in den Vertriebenenverbänden und in ihrer Stellung im politischen System der Bundesrepublik die immer so propagierte „Revanchismusgefahr" tatsächlich sahen.

Als Grundlage für die Bearbeitung des Themas „SED und MfS gegen die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik" standen in erster Linie ungedruckte Quellen aus verschiedenen Archiven zur Verfügung. An erster Stelle sind hier die umfangreichen Akten des Archivs der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin, und hier besonders die Bestände der für die „Arbeitslinie: Umsiedler und Revanchistenverbände" zuständigen MfS-Hauptabteilung V bzw. XX auf zentraler und auf Bezirksebene, der Bestand der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) sowie der der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS zu nennen. Aussagekräftige Quellen und Dokumente fanden sich im Bundesarchiv Berlin, in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin, und im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Die vorliegende Studie entstand im Zeitraum von November 2007 bis Januar 2010 am Institut für Zeitgeschichte, Abteilung Berlin. Sie wurde vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bonn, gefördert.

Für die Unterstützung möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der einschlägigen Archive und Bibliotheken in Berlin danken, die stets hilfreich bei der Beschaffung von Unterlagen und Kopien für meine Arbeit waren. Ein besonderer Dank gilt hier Frau Christiane Rothärmel – „meiner Sachbearbeiterin" im Archiv der

Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Für die sorgfältige und kritische Durchsicht des gesamten Manuskripts möchte ich Frau Dr. Kornelia Lobmeier ganz besonders danken.

Berlin, im Juni 2010 Heike Amos

II. Wahrnehmen der organisierten Vertriebenen durch Ost-Berlin – Die 1950er Jahre

1. Flüchtlinge und Vertriebene und ihre Organisationsversuche im Nachkriegsdeutschland

Am 7. bzw. 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Insgesamt hatten sich 61 Staaten im Kriegszustand befunden. Über 110 Millionen Soldaten waren zu den Waffen gerufen worden. Die Gesamtzahl der Toten betrug mehr als 50 Millionen, 35 Millionen Menschen machte der Krieg zu Versehrten. Die meisten Opfer hatte die Sowjetunion zu beklagen: über 13 Millionen Soldaten und mehr als 14 Millionen Zivilisten, die infolge der Kampfhandlungen oder des barbarischen deutschen Besatzungssystems ums Leben kamen. In Polen waren es fast sechs Millionen. Mehr als 18 Millionen Frauen, Männer und Kinder waren von den Nationalsozialisten in Gefängnisse und Konzentrationslager getrieben worden, elf Millionen von ihnen überlebten das dort herrschende Schreckensregime nicht. Besonders das jüdische Volk hatte unter dem Terror der NS-Diktatur gelitten. Von 9,5 Millionen Juden, die 1939 in Europa ihre Heimat hatten, lebten 1945 nur noch 3,5 Millionen. Auch die Deutschen hatten Opfer zu beklagen: Fast 5,2 Millionen Soldaten kehrten von den Fronten des Krieges nicht zurück. Es starben zwischen 1939 und 1945 mehr als eine Million Zivilisten einen gewaltsamen Tod, davon 410 000 bei alliierten Bombenangriffen, die zugleich 7,5 Millionen Menschen obdachlos machten.[1] 14 Millionen Deutsche aus den deutschen Ostgebieten und aus deutschsprachigen Regionen außerhalb Deutschlands, die zum Ende des Krieges vor den Truppen der Roten Armee flohen, evakuiert oder vertrieben wurden, verloren ihre angestammte Heimat und zwei Millionen davon ihr Leben.[2]

Zwölf Millionen Deutsche mußten ab 1945 Aufnahme finden innerhalb der von den Alliierten Siegermächten bestimmten neuen Grenzen des „Potsdam-Deutschlands". Die zahlenmäßig größten Vertreibungen betrafen die Menschen in den deutschen Provinzen Ostpreußen, Pommern, Schlesien, im östlichen Brandenburg, in der Stadt Danzig sowie die deutsche Bevölkerung im ehemaligen Westpreußen und in Polen, ferner die deutsche Volksgruppe in der Tschechoslowakei, die dort seit acht

[1] Vgl. Matthias Uhl, Die Teilung Deutschlands, S. 7 f.

[2] Die Diskussion um die Zahl der Deutschen, die während der Flucht und Vertreibung den Tod fanden, hält bis heute an. Das Bundesarchiv gab in der Dokumentation „Vertreibung und Vertreibungsverbrechen" (1974) die Zahl von 610 000 Todesopfern und weitere 2,2 Millionen ungeklärte Schicksale an. Die Gleichsetzung dieser Zahlenangaben mit der Zahl der Todesopfer verbiete sich jedoch. Gerhard Reichling schätzte (1995) die „Vertreibungsverluste" auf 1,44 Millionen, hinzu kamen 580 000 Tote infolge von Verschleppungen in die Sowjetunion. Die Bilanz von 2 Millionen bliebe demnach. Jüngere Forschungen geben die Zahl von 500 000 deutschen Opfern an, bei weiteren 1,5 Millionen sei das Schicksal ungeklärt. Es bliebe demnach bei rund 2 Millionen Opfern. Vgl. zuletzt referiert bei Andreas Kossert, Kalte Heimat, S. 40 f., 361; Gerhard Reichling, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, S. 36; Alexander von Plato, Vergangene Perspektiven?, in: Vertriebene in Deutschland, S. 100 f.

Jahrhunderten lebte. Außerdem gab es Vertreibungen der deutschen Minderheit aus Ungarn und Jugoslawien sowie Zwangsumsiedlungen aus den baltischen Staaten, aus der Sowjetunion und aus Südosteuropa, z. B. aus Rumänien. Konkret hieß das, bis 1949/50 kamen folgende Vertriebene und Flüchtlinge in die Bundesrepublik: rund 890 000 aus Pommern, 1,3 Millionen aus Ostpreußen, 130 000 aus Ost-Brandenburg, zwei Millionen aus Schlesien[3], aus Danzig 225.00, aus dem Memelland und den baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen zusammen knapp 100 000, aus der Sowjetunion 51 000, aus Polen 410 000, aus der Tschechoslowakei (Sudetendeutsche) 1,9 Millionen, aus Rumänien und Jugoslawien jeweils 150 000 und aus Ungarn 180 000 Deutsche. Die westlichen Besatzungszonen, dann die Bundesrepublik, hatten somit bis 1949/50 7,9 Millionen Deutsche aufgenommen.[4] Das entsprach, gemessen an der Gesamtzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge und Vertriebenen, 62,8 Prozent und machte einen Anteil an der westdeutschen Gesamtbevölkerung von 16,5 Prozent aus.

In die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) und die DDR kamen im selben Zeitraum 4,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Ihr Anteil an der DDR-Bevölkerung betrug knapp ein Viertel.[5] Die SBZ/DDR nahm bis 1949/50 rund eine Million Deutsche aus Schlesien auf, rund 960 000 Sudetendeutsche bzw. Deutsche aus der ČSR, jeweils eine halbe Million aus Pommern und Ostpreußen sowie rund 250 000 aus Ost-Brandenburg. Hinzu kamen noch rund 360 000 Deutsche aus Polen, 11 000 Deutsche aus der Sowjetunion, etwa 4000 aus Rumänien und jeweils 2500 Deutschstämmige aus Jugoslawien und Ungarn.[6]

Zwischen 1949 und 1961 verließen rund 2,8 Millionen Bürger der DDR das Land in Richtung West-Berlin und Bundesrepublik. Der Anteil der Vertriebenen an diesen sogenannten Republikflüchtigen betrug etwa ein Drittel, d. h. zwischen 750 000 bis 900 000 Vertriebene verließen die DDR.[7] Wie die landsmannschaftliche Zusammensetzung dieser „Republikflüchtigen" aussah, ist unbekannt. 1961 lebten demnach rund neun Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik, ihr Bevölkerungsanteil betrug 16 Prozent. In der DDR verblieben rund 3,5 Millionen Vertriebene, ihr Anteil an der Bevölkerung lag bei knapp 20 Prozent.[8] Diese Zahlen zeigen für 1949/50: Die größten landsmannschaftlichen Gruppen, die Flucht und Vertreibung erlebten und

[3] Das hieß, aus den deutschen Ostprovinzen kamen bis 1949/50 4,3 Millionen Deutsche in die Bundesrepublik.

[4] Vgl. Flüchtlinge, Vertriebene, Kriegsgefangene. Hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1959, ohne Seitenzahl; Lothar Wieland, Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, S. 13; Wolfgang Benz, Fünfzig Jahre nach der Vertreibung, in: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, S. 10, 14.

[5] Vgl. Dierk Hoffmann, Binnenwanderung und Arbeitsmarkt, in: Vertriebene in Deutschland, S. 227f.

[6] Hinzu kamen noch rund 300 000 Deutsche bzw. Deutschstämmige aus anderen Ländern bzw. Übersee. Vgl. Umsiedler in den Ländern der DDR nach Herkunftsgebieten, Stand 1. Dezember 1947, in: BAB DO 2/49/Bl. 146; Wolfgang Benz, Fünfzig Jahre nach der Vertreibung, in: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, S. 14; Alfred Theisen, Die Vertreibung der Deutschen – unbewältigte Vergangenheit Europas, S. 19.

[7] Vgl. Helge Heidemeyer, Vertriebene als Sowjetflüchtlinge, in: Vertriebene in Deutschland, S. 237–249; ders., Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961, S. 41–48, 62–68.

[8] Vgl. K. Erik Franzen, Die Vertriebenen, S. 280f.

überlebten, waren die Deutschen aus den deutschen Ostgebieten – mehr als drei Millionen Schlesier, über 1,8 Millionen Ostpreußen, 1,4 Millionen Pommern, und fast eine halbe Million Ost-Brandenburger – sowie eine Million Deutsche aus Polen und aus Danzig sowie mehr als drei Millionen Sudetendeutsche bzw. Deutsche aus der ČSR.[9]

Alle vier Alliierten Besatzungsmächte zeigten sich nach Kriegsende äußerst reserviert und ablehnend gegenüber Selbstorganisationsbestrebungen von Flüchtlingen und Vertriebenen im Vierzonendeutschland. Ihre Furcht vor Flüchtlings-Selbstorganisationen basierte auf der Annahme einer möglichen Radikalisierung der Millionen sozial Deklassierten, die die labile politische Nachkriegssituation in den Besatzungszonen weiter belasten und gefährden könnte. Die Sowjets fürchteten dabei starke antikommunistische und nationalistische Tendenzen unter den Vertriebenen, die westlichen Besatzungsmächte wiederum kommunistische oder nationalsozialistische Umtriebe. Entgegen der in der Literatur immer wieder anzutreffenden Behauptung existierte kein Koalitionsverbot für Vertriebene auf Grund eines Alliierten Kontrollratsbeschlusses.[10] Jede Besatzungsmacht ging auf eigene Weise gegen Organisationsbestrebungen der Vertriebenen vor. In der französischen Zone existierte keine Vertriebenenproblematik, da die Franzosen sich wegen ihres Ausschlusses von der Potsdamer Konferenz zunächst weigerten, Flüchtlinge und Heimatvertriebene in ihrer Zone aufzunehmen. Bis 1948 lebten in der französische Zone nur knapp 100 000 Betroffene.[11]

In der britischen und in der amerikanischen Besatzungszone bildeten sich spontan schon ab Sommer 1945 Flüchtlingsvereinigungen. In der britischen Zone, z. B. in Hamburg, gründete sich im Juni 1945 die „Notgemeinschaft der Ostdeutschen". Diese war eine reine Selbsthilfeorganisation, die in täglichen Lebensfragen, bei Behördengängen oder der Suche nach Familienangehörigen half. Die Notgemeinschaft war nicht nach regionaler Herkunft der Flüchtlinge organisiert, sondern betreute und umwarb alle im Stadtgebiet Hamburg ansässigen Flüchtlinge und Vertriebenen. Ähnliche Organisationen existierten auch in anderen Städten, z. B. in Göttingen, Hameln, Lübeck.[12] In Hamburg wie auch in weiteren Städten der britischen Zone organisierten sich parallel dazu aber auch Flüchtlingsgemeinschaften, die sich am landsmannschaftlichen Prinzip orientierten und deren Aufgaben sich nicht von denen der „Notgemeinschaften" unterschieden.[13] Bereits 1945 wurde deutlich, daß zwei verschiedene Typen von Flüchtlingsorganisationen sich herausbildeten, die sich in den Kriterien ihrer Mitgliederauswahl unterschieden – landsmannschaftlich oder

[9] Vgl. Heinz Günter Steinberg, Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im Zweiten Weltkrieg, S. 136f.

[10] So Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 33, 34; Hermann Graml, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in: Geglückte Integration?, S. 21–29.

[11] Vgl. Heinz Günter Steinberg, Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im Zweiten Weltkrieg, S. 138.

[12] Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 19–27; Johannes-Dieter Steinert, Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie, S. 64.

[13] Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 22.

davon unabhängig am Schicksal „Flüchtling/Vertriebener" orientiert. Ab Ende der 1940er Jahre wurden beide Organisationstypen zu erbitterten Gegnern vor allem in der Mitgliederwerbung und der daran hängenden finanziellen staatlichen Unterstützung.

In der amerikanischen Besatzungszone gründete sich im Juli 1945 in München die „Hilfsstelle für die Flüchtlinge aus den Sudetengebieten". Diese landsmannschaftliche Organisation ging in ihren Aktivitäten schnell über eine reine soziale Selbsthilfe hinaus und versuchte zum einen bevölkerungspolitisch zu agieren. Sie setzte sich für eine geschlossene Ansiedlung von Sudetendeutschen in Bayern ein. Als zum anderen die Funktionäre der Sudetendeutschen Hilfsstelle begannen, sich Aufgaben der von der Militärregierung eingesetzten bayerischen Flüchtlingssonderverwaltung anzueignen, verboten die Amerikaner im April 1946 die Hilfsstelle. Dieses Verbot traf in Bayern auch andere in Gründung begriffene Vertriebenenorganisationen, so die „Hilfsstelle für Flüchtlinge aus den Südoststaaten" oder die „Hilfsstelle Schlesien".[14] Mit einer ähnlichen Verbotsstrategie hatte bereits die britische Besatzungsmacht in ihrer Zone agiert. Auch die britische Militärregierung war nicht bereit, Flüchtlingsvereinigungen in den administrativen und politischen Aufbau der Länder einzubeziehen. Am 28. Januar 1946 sprach die britische Besatzungsmacht das Verbot für alle landsmannschaftlichen Verbände und Vereinigungen von Flüchtlingen in ihrer Zone aus.[15] In der sowjetischen Zone erteilte die Besatzungsmacht zu keiner Zeit für Organisationen von Vertriebenen und Flüchtlingen eine Lizenz. Die östliche Besatzungsmacht wünschte eine schnelle, reibungslose und vollkommene Assimilierung der Flüchtlinge und Vertriebenen in die deutsche Nachkriegsgesellschaft und deren Mitwirken am Wiederaufbau und am gesellschaftlichen Umgestaltungsprozeß in der SBZ. Diese Integration, besser Assimilation, sollte im Rahmen der allgemeinen Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik ablaufen. Das vorhandene Gruppenbewußtsein, Ost-Flüchtling zu sein, sollte keineswegs von Vertriebenenorganisationen kultiviert werden, sondern es sollte nach und nach in Vergessenheit geraten. Aber auch in der SBZ, dann in der DDR versuchten Flüchtlinge und Vertriebene sich zu organisieren. Bekannt wurden z. B. der „Schlesierausschuß", der zwischen 1946 und 1952 unter wechselnden Bezeichnungen existierte und im Kern ehemalige Breslauer Kommunisten vereinte[16], oder regionale Verbindungen wie der „Bund der Danziger Antifaschisten", 1946 in Magdeburg gebildet, oder eine „Umsiedlerflüchtlingsvereinigung Bitterfeld", die bis 1947 existierte.[17] Jegliche Ansätze zur landsmannschaftlich-organisierten Kontaktaufnahme, auch Treffen in kleinsten Kreisen, waren und blieben unerwünscht. Sie standen, wenn sie bekannt wurden, unter polizeilicher und geheim-

[14] Vgl. Johannes-Dieter Steinert, Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie, S. 65 f.
[15] Vgl. ebenda, S. 66 f.
[16] Vgl. Michael Herms, Gert Noak, Der „Schlesierausschuß" der VVN im Visier der SED-Führung (1946–1952). Berlin 1997.
[17] Thorsten Mehlhase, Die SED und die Vertriebenen in Sachsen-Anhalt, in: Sie hatten alles verloren, S. 172–174.

dienstlicher Beobachtung.[18] Jede einzelne Besatzungsmacht unterband zunächst in ihrer Zone landsmannschaftliche Vereinigungen bzw. Flüchtlingsorganisationen.

In der britischen und amerikanischen Zone entstand ab 1947 auf kommunaler Ebene eine Vielzahl an wirtschaftlich, kulturell und sozial engagierten Flüchtlingsgruppierungen. Sie waren landsmannschaftlich oder als generelle Flüchtlingsvereinigungen organisiert. Trotz des Koalitionsverbots setzten die Militärregierungen auf Länderebene 1947 keine Verbote mehr durch, sie tolerierten die Vereinsgründungen stillschweigend.[19] Ab 1948 begann eine schrittweise Lockerung des Koalitionsverbotes. Im Sommer 1948 wurde es durch verschiedene Verfügungen in den einzelnen Ländern der Westzone aufgehoben.[20] Das hatte zwei Gründe: Zum einen ließ es die wirtschaftliche Notlage der Flüchtlinge und Vertriebenen angebracht erscheinen, Selbsthilfeorganisationen der Flüchtlinge zu tolerieren. Zum anderen sprachen auch politische Argumente dafür. Man könne nicht, so die britische Überlegung, das öffentliche Eintreten für die Rückkehr in die Ostgebiete mit einem Verbot von Flüchtlingsorganisationen verbinden, zudem wenn die Regierung Großbritannien erklärte, die Frage der Ostgrenze sei offen.[21]

Anfang 1949 schlossen sich die Interessenverbände der Flüchtlinge auf Länderebene zu Dachorganisationen zusammen, in Nordrhein-Westfalen beispielsweise unter der Bezeichnung „Landesverband der Ostvertriebenen". Diese einzelnen Landesorganisationen vereinten sich im April 1949 – noch vor Gründung der Bundesrepublik – bundesweit zum „Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD).[22] Die einzelnen elf Landesverbände der zehn Bundesländer und West-Berlins des ZvD blieben in der Folgezeit aber sehr auf eine gewisse Selbständigkeit bedacht. Sie sahen ihre Aufgaben darin, soziale und wirtschaftliche Sonderleistungen für ihr Klientel auszuhandeln, um eine Eingliederung der Vertriebenen in die Gesellschaft zu erleichtern. Das hieß, sie setzten sich ein für die Förderung von wirtschaftlichen Unternehmungen, für Existenzgründungen, den Wohnungsbau, die Beschaffung von Hausrat und anderer Bedarfsgüter sowie für die Gewährung von Rechtsschutz und die Vertretung vor Behörden.[23] Mit Beginn der 1950er Jahre zeichnete sich ein langsamer aber stetiger Mitgliederrückgang beim Vertriebeneninteressenverband ab. Nach Überwindung der ersten größten wirtschaftlichen Not zogen sich die Vertriebenen und Flüchtlinge von den Interessengemeinschaften zurück. Sie wandten sich entweder von allen Flücht-

[18] Michael Grottendieck, Egalisierung ohne Differenzierung?, in: Thomas Großbölting, Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), Die Errichtung der Diktatur, S. 191–221.
Ein offiziell ausgesprochenes Verbot durch die DDR-Regierung ist auch ab 1949 in den Quellen bisher nicht belegt. Dies im Gegensatz zur Behauptung anderer Autoren wie: Peter-Heinz Seraphim, Die Heimatvertriebenen in der SBZ, S. 28, oder Johannes Hoffmann, Manfred Wille, Wolfgang Meinicke, Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, in: Sie hatten alles verloren, S. 26.

[19] Vgl. Johannes-Dieter Steinert, Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie, S. 68–70.

[20] Vgl. ebenda, S. 70, 79.

[21] Vgl. ebenda, S. 70.

[22] Vgl. ebenda; Hermann Weiß, Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, S. 248.

[23] Vgl. ebenda, S. 248f.

lingsvereinigungen ab, oder sie gingen zu den emporstrebenden ostdeutschen Landsmannschaften.[24]

Die Landsmannschaften entstanden zwischen 1948 und 1950 als überregionale Dachverbände.[25] Am Ende waren es 20 ostdeutsche Landsmannschaften, die heute noch existieren.

Die ostdeutschen Landsmannschaften[26]

1. Deutsch-Baltische Landsmannschaft im Bundesgebiet
2. Landsmannschaft der Deutschen aus Litauen im Bundesgebiet
3. Landsmannschaft Ostpreußen
4. Bund der Danziger
5. Landsmannschaft Westpreußen
6. Pommersche Landsmannschaft
7. Landsmannschaft Weichsel-Warthe – Bundesverband
8. Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg
9. Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien
10. Landsmannschaft der Oberschlesier
11. Sudetendeutsche Landsmannschaft – Bundesverband
12. Karpatendeutsche Landsmannschaft Slowakei
13 Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Deutschland
14. Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen
15. Landsmannschaft der Donauschwaben aus Jugoslawien
16. Landsmannschaft der Banater Schwaben aus Rumänien in Deutschland
17. Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn
18. Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland
19. Landsmannschaft der Bessarabiendeutschen
20. Landsmannschaft der Dobrudscha- und Bulgariendeutschen

Die vier bzw. fünf größten Landsmannschaften – angelehnt an die größten ostdeutschen bzw. südostdeutschen vertriebenen Volksgruppen – wurden die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit 340 000 Mitgliedern im Jahr 1955, die Landsmannschaft Schlesien mit 318 000 bzw. Oberschlesien mit 100 000 Mitgliedern, die Landsmannschaft Ostpreußen mit 130 000 Mitgliedern und die Pommersche Landsmannschaft mit 85 000 Mitgliedern Mitte der 1950er Jahre.[27]

Die Gründung der Landsmannschaften lief zunächst oft nach dem Honoratiorenprinzip ab. Es fanden sich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und frühere Poli-

[24] Vgl. Johannes-Dieter Steinert, Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie, S. 71 f.
[25] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 37; Die Landsmannschaften in Westdeutschland. Eine Übersicht über die revanchistische Tätigkeit einiger Landsmannschaften in der Bundesrepublik, o. O., 1959 (in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 417–430).
[26] Vgl. Handbuch. BdV, S. 31–144.
[27] Vgl. Hermann Weiß, Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, S. 263.

tiker aus dem jeweiligen Vertreibungsgebiet zusammen, die die landsmannschaftliche Organisation ins Leben riefen. Als bundesweiter Verband wurde die Sudetendeutsche Landsmannschaft 1950 gegründet.[28] Sie ging hervor aus der bereits erwähnten „Sudetendeutschen Hilfsstelle" in München 1945/46, 1947 „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen" und 1948 der Landesgruppe Sudetendeutscher für Bayern. Erster Vorsitzender – bezeichnet als Sprecher – war von 1950 bis 1959 Rudolf Lodgman von Auen.[29] Der national-konservative Lodgman von Auen stammte aus Böhmen, saß bis zum Zusammenbruch der Habsburger Monarchie 1918 im österreichischen Reichsrat und böhmischen Landtag. Bis 1925 war er als Spitzenfunktionär der Deutschen Nationalpartei (DNP) Angehöriger des tschechoslowakischen Parlaments. Die DNP agierte auf antisemitischer Grundlage. Lodgmans Antisemitismus war bekannt und ist bezeugt.[30] Zudem vertrat er den Teil der sudetendeutschen Bevölkerung, der den tschechoslowakischen Staat ablehnte und die Abtrennung der deutsch besiedelten Landesteile forderte. Als er mit seinen politischen Ansichten bei den Parlamentswahlen 1925 in der ČSR scheiterte, zog er sich aus der aktiven Politik zurück.[31] Lodgman begeisterte sich für Adolf Hitler, für den Nationalsozialismus, für das Münchner Abkommen und den Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in das Sudetengebiet 1938. Später soll er eine gewisse Distanz zu den Herrschafts- und Terrormethoden des NS-Regimes gewahrt haben. Mitglied der NSDAP oder anderer NS-Organisationen wurde er nicht.[32] Lodgman von Auen wurde im Juni 1945 vertrieben, lebte bis 1947 in der SBZ und ging dann nach München, wo er die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit aufbaute. Einer politischen Partei schloß er sich nach 1945 nicht mehr an.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft behielt ihren Hauptsitz in München, das Bundesland Bayern bzw. die Landesregierung übernahm 1954 die Patenschaft und stellte sich als Interessenanwalt für die Sudetendeutsche Landsmannschaft dar. Die CSU erklärte die sudetendeutschen Vertriebenen symbolisch zum „vierten Volksstamm" Bayerns, neben den alt angestammten Altbayern, Schwaben und Franken.[33] Die Sudetendeutsche Landsmannschaft organisierte sich wie jede ostdeutsche Landsmannschaft zweigleisig: Zum einen gliederte sie sich nach den Herkunftsorten ihrer

[28] Bis heute gibt es keine wissenschaftlich ausgewogene Studie über die Geschichte auch nur einer ostdeutschen Landsmannschaft. Ausgenommen die faktenreiche aber in kommunistisch-polemischer Diktion gehaltene Arbeit von 1987 von: Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Geschichte, Personen, Hintergründe – eine kritische Bestandsaufnahme, Köln 1987; vgl. auch Edmund Jauernig, Sozialdemokratie und Revanchismus, S. 184ff.

[29] Vgl. Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, S. 87–94.

[30] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 39; Erich Später, Deutschlands Stoßtrupp, in: konkret 11/November 2007, und ders., Gez. NSDAP, SA und SS, in: konkret 4, 5, 10/April, Mai und Oktober 2004.

[31] Rudolf Lodgman von Auen (1877–1962).
Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Lodgman_von_Auen; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 39.

[32] Vgl. Matthias Lempart, Lebensläufe von Präsidialmitgliedern des BdV, S. 70–81 (ungedruckt).

[33] Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Sudetendeutsche_Landsmannschaft; Ortfried Kotzian, Die Sudeten-deutschen. Eine Volksgruppe im Herzen Europas, Bonn 1998; Die sudetendeutsche Frage. Kurzdarstellung und Dokumentation, München 1984 (in: BStU MfS HA XXII 19974, Bl. 1–61).

Mitglieder in sogenannte Heimatlandschaften oder Heimatkreise. Diese entsprachen zumeist den Stadt- und Landkreisen des Herkunftsgebiets, hier der sudetendeutschen Gebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien. Zum anderen war die Landsmannschaft nach den neuen Wohnorten im Bundesgebiet gegliedert, also in elf Landesgruppen (sowie jeweilige Kreis- und Ortsgruppen), gemäß den zehn Bundesländern und West-Berlin.

Die Landsmannschaft Schlesien und die Landsmannschaft Oberschlesien[34] konstituierten sich bundesweit ebenfalls 1950. Erste „Vereinigungen der Schlesier" gab es 1946 in Bayern. Im Juli 1948 hatte sich daraus der „Schlesierverband Bayern" entwickelt, der Vorbild für den Aufbau der anderen Landesverbände wurde. Diese schlossen sich am 26. März 1950 im Dachverband der Landsmannschaft Schlesien zusammen. Zum ersten Vorsitzenden wählte man den früheren Zentrumspolitiker und Verwaltungsbeamten Walter Rinke[35]. Dieser war zu keiner Zeit in das politische NS-System eingebunden. Vorsitzender der Landsmannschaft blieb er bis 1954. Von 1953 bis 1957 saß er für die CSU im Deutschen Bundestag. Walter Rinke wird nachgesagt, daß er im März 1950 bei seinem streitbaren und polemischen öffentlichen Auftreten den abfälligen Begriff des „Berufsflüchtlings", später „Berufsvertriebenen", prägte. Diese Bezeichnung wurde in der Folgezeit zur Herabsetzung der Funktionäre der Vertriebenenverbände gebraucht.[36] Rinke kritisierte damit jene „Berufsflüchtlinge", die mit ihren „billigen Redensarten und hochtönenden Versprechungen" die Kluft zwischen Alt- und Neubürgern vergrößerten, die Eingliederung der Flüchtlinge ins Nachkriegsdeutschland erschwerten, nur um sich selbst zu profilieren und um von ihrem Funktionärsposten leben zu können.[37] Das Bundesland Niedersachsen übernahm 1951 die Patenschaft über die Landsmannschaft Schlesien.[38]

Zur überregionalen Gründung der Landsmannschaft Ostpreußen kam es am 3. Oktober 1948 in Hamburg. Dort befindet sich der Hauptsitz der Landsmannschaft; die Patenschaft übernahm das Land Bayern. Die Landsmannschaft gliedert sich sowohl

[34] Zum Sinn bzw. Unsinn der Gründung zweier Landsmannschaften – Schlesien und Oberschlesien – bei: Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 45f.
In der deutschen Provinz Oberschlesien fand nach dem Ersten Weltkrieg nach Bestimmungen des Versailler Vertrages im März 1921 eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit des Gebiets statt. Mit 60 Prozent stimmten die Oberschlesier für den Verbleib beim Deutschen Reich und gegen den Anschluß an die Republik Polen. Danach kam es zu Kämpfen zwischen deutschen und polnischen Freikorps. Die Auseinandersetzung endete auf Anordnung des Völkerbundes mit der Teilung Oberschlesiens – entgegen dem Abstimmungsergebnis. Das oberschlesische Industrierevier ging an Polen. Damit sahen die Oberschlesier ihr Selbstbestimmungsrecht seit 1921 verletzt.

[35] Dr. rer. pol. Walter Rinke (1895–1983), stammte aus Kattowitz, er war im Versicherungswesen tätig. Die Nationalsozialisten schickten Rinke, den Direktor der Oberschlesischen Provinzialversicherungsanstalten in Ratibor, 1934 in den Ruhestand. Nach Kriegsdienst und Gefangenschaft wurde er 1945 aus Breslau ausgewiesen, er kam nach München und wurde in den bayerischen Staatsdienst übernommen. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 44f.; http://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Rinke.

[36] Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 167f.

[37] Walter Rinke zitiert in: ebenda, S. 168.

[38] Vgl. ebenda; Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 73–77; http://de.wikipedia.org/wiki/Landsmannschaft_Schlesien; http://www.schlesien-lm.de/html/gruenderjahre1.html.

in 40 Heimatkreisgemeinden, entsprechend den historischen 40 Landkreisen Ostpreußens, als auch in elf Landesgruppen. Den Vorsitz der Landsmannschaft hatte von 1948 bis 1951 Ottomar Schreiber inne. Ihm folgte bis 1966 Alfred Gille.[39] Schreiber[40] stammte aus Westpreußen, lebte und engagierte sich aber seit den 1920er Jahren beruflich und politisch im Memelland. Dort hatte er den Vorsitz des Memelländischen Arbeitgeberverbandes inne. In den 1920er und 1930er Jahren war er Landtagsabgeordneter des Memellandes, einem autonomen Gebiet innerhalb Litauens. Schreiber gehörte der Memelländischen Volkspartei (DVP-nahe) an. 1932 wurde Schreiber Landespräsident (wie Ministerpräsident) des Memellandes, 1934 setzte ihn die litauische Regierung wegen „Bevorzugung der deutschstämmigen Memelländer" ab. Mit der Angliederung des Memellandes an Deutschland im März 1939 erhielt er vom NS-Staat die Position des Regierungschefs. Wegen Differenzen mit der NSDAP-Gauleitung Ostpreußens, welcher Art ist ungeklärt, wurde Schreiber 1942 abgesetzt. Nach seiner Vertreibung 1945 ließ er sich am Tegernsee nieder.[41]

Alfred Gille stammte aus Insterburg, er war Jurist und von 1928 bis 1942 Bürgermeister der Stadt Lötzen in Ostpreußen. Von 1939 bis 1945 war er Kriegsteilnehmer, von 1942 bis 1945 fungierte er als Kreis-Gebietskommissar im von NS-Deutschland besetzten sogenannten Reichskommissariat der Ukraine und Weißrutheniens. Ob Gille bei seiner Tätigkeit als Gebietskommissar in Nowogrodek möglicherweise in Kriegsverbrechen verwickelt war, ist bisher nicht erforscht. Gille wurde 1937 NSDAP-Mitglied.[42] Nach sowjetischer Kriegsgefangenschaft kam Gille 1948 nach Lübeck, wo er als Rechtsanwalt und Notar arbeitete. 1950 gehörte er zu den Mitbegründern des Gesamtdeutschen Blocks/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE).[43]

Die Landsmannschaft der Pommern konstituierte sich „bundesweit" am 18. Mai 1948. Sie ging aus ersten sogenannten Notgemeinschaften der Pommern in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen hervor. Als Sitz der Hauptgeschäftsstelle der Landsmannschaft wurde Hamburg gewählt. Das Land Schleswig-Holstein übernahm im August 1954 die Patenschaft über die Landsmannschaft Pommern.[44] Den Vorsitz übernahm von 1948 bis 1953 Herbert von Bismarck. Dieser lebte als Gutsbesitzer und Landrat von 1918 bis 1931 im pommerschen Regenwalde. Als

[39] Vgl. Peter Mast, Kleine Geschichte West- und Ostpreußens, hrsg. Vom Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Bonn 1997; http://de.wikipedia.org/wiki/Landsmannschaft_Ostpreußen.

[40] Dr. phil. Ottomar Schreiber (1889–1955). Von 1949 bis 1953 war Schreiber StS im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

[41] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 39; http://de.wikipedia.org/wiki/Ottomar_Schreiber.

[42] Vgl. Matthias Lempart, Lebensläufe von Präsidialmitgliedern des BdV, S. 17–24 (ungedruckt).

[43] Dr. iur. Alfred Gille (1901–1971). Von 1953–1957 saß er für den BHE im Bundestag, von 1950–1954 und 1958–1962 war er Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Gille; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 47.

[44] Vgl. 20 Jahre Pommersche Landsmannschaft, hrsg. Vom Pommerschen Zentralverband, Hamburg 1969, S. 27–32 (in: BStU MfS HA II 29689, Bl. 1–114); Ludwig Biewer, Kleine Geschichte Pommerns, Bonn 1997; http://de.wikipedia.org/wiki/Pommersche_Landsmannschaft.

Mitglied der DNVP saß er für kurze Zeit 1932 / Anfang 1933 im Deutschen Reichstag und war Staatssekretär im preußischen Innenministerium, bis ihn die NS-Machthaber 1933 in den Ruhestand schickten. Bis zu seiner Vertreibung 1945 lebte von Bismarck zurückgezogen auf seinen Gütern. Nach Kriegsende siedelte er sich in Wiesbaden an.[45]

Die Rivalitäten zwischen den ostdeutschen Landsmannschaften, die sich 1950 zur „Vereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL) zusammenschlossen, und dem Interessenverband „Zentralverband der vertriebenen Deutschen", der die landsmannschaftliche Aufsplitterung der Vertriebenen ablehnte, beeinträchtigten in den 1950er Jahren die Arbeit der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik. An der Spitze der VOL stand von 1950 bis 1952 der aus Estland stammende Axel de Vries, der zugleich Sprecher der Baltischen Landsmannschaft war. Ihm folgte Herbert von Bismarck.[46] De Vries[47], ein Journalist und Redakteur, saß in den 1920er und 1930er Jahren für die Deutsch-Baltische Partei im estnischen Reichstag. Nach dem Grenzvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion[48] wurden die Baltendeutschen mehr oder weniger freiwillig umgesiedelt. Axel de Vries ging als Landwirt in den sogenannten Warthegau, aus dem er und seine Familie bei Kriegsende flohen. Von 1941 bis 1944 war de Vries Kriegsteilnehmer und im östlichen Teil Weißrußlands, in Weißruthenien, als landwirtschaftlicher Sonderführer, als eine Art Vordenker der Chefgruppe Landwirtschaft, eingesetzt. Unter anderem wirkte der durch und durch antikommunistisch eingestellte Baltendeutsche gezielt bei der Partisanenbekämpfung mit. Er stiftete die weißrussische Polizei bei örtlichen Judenvernichtungsaktionen zu Morden an der sogenannten kommunistischen Stadt- und Dorfintelligenz an. Axel de Vries war tief in das NS-System verstrickt. Er war direkt an Kriegsverbrechen beteiligt.[49] Nach 1945 arbeitete er in Westdeutschland wieder als Journalist, dann gehörte er für die FDP von 1949 bis 1953 dem Deutschen Bundestag an. Für seine verbrecherische Tätigkeit während des Krieges wurde de Vries nie zur juristischen Verantwortung gezogen.[50]

Der übergreifenden Interessenorganisation „Zentralverband der vertriebenen Deutschen" stand der Ostpreuße, Rechtsanwalt und frühere Zentrumspolitiker Linus Kather[51] vor. Kather war als Rechtsanwalt und Notar bis 1945 in Königsberg tätig. Als

[45] Herbert von Bismarck (1884–1955), war ein Großneffe des Reichsgründers Otto von Bismarck. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 39.

[46] Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 166.

[47] Axel de Vries (1892–1963), geboren in Preedi/Wredensitz, Estland, 1917/18 deutscher Militärspion in Estland, danach Nachrichtenoffizier bis 1920. Nach dem Krieg wurde das Familiengut enteignet. Vgl. Christian Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 687.
Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Axel_de_Vries.

[48] NS-Deutschland schloß 1939/40 mit verschiedenen Staaten, z. B. mit Estland und Lettland, Verträge und Vereinbarungen zur „Umsiedlung" deutscher Volksgruppen.

[49] Vgl. Christian Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 686f.

[50] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 39;

[51] Linus Kather (1893–1983), geboren in Prossitten/Ermland. Seit 1945 CDU, 1950–1953 Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, wechselte 1954 zum GB/BHE im Streit um die CDU-Vertriebenenpolitik. Er warf Adenauer vor, die Vertriebenen als „Stimmvieh" zu mißbrauchen. 1969 parteiloser Kandidat für die NPD zum Bundestag. Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, 2.

Mitglied der Zentrumspartei wirkte er bis 1933 im Königsberger Stadtparlament. Unter dem NS-Regime war Kather Strafverteidiger. Er vertrat u. a. angeklagte katholische Geistliche und während des Krieges Kriegsgefangene vor deutschen Militärgerichten. Kather war ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus. Nach seiner Vertreibung ging er nach Hamburg und gründete dort eine der ersten Vertriebenenorganisationen. Von 1950/51 bis 1958 stand er an der Spitze des ZvD, der sich dann „Bund vertriebener Deutscher" (BVD) nannte.[52]

Zwischen den beiden konkurrierenden Vertriebenenverbänden, dem VOL und dem ZvD, kam es bereits 1949 zu einem Versuch der Abgrenzung der Aufgabenbereiche, wobei Überschneidungen letztlich nicht zu vermeiden waren. Im März 1950 hieß es dazu von beiden Organisationen offiziell: „Während die Interessenvertretungen [Landesverbände des ZvD] die Eingliederung der Vertriebenen in die neue Heimat fördern wollen, erblicken die Landsmannschaften ihre Aufgabe darin, die Rechtsansprüche auf die alte Heimat mit allen ihnen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln laut und deutlich zu vertreten."[53]

Zu den politischen Institutionen, die die Flüchtlinge und Vertriebenen als ihr Klientel betrachteten, zählte nach Gründung der Bundesrepublik das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.[54] Den Posten des Vertriebenenministers im ersten Kabinett unter Kanzler Konrad Adenauer bekleidete der Schlesier und promovierte Jurist Hans Lukaschek.[55] Dieser, bis 1933 Mitglied der katholischen Zentrumspartei, war bis 1933 Oberpräsident der Provinz Oberschlesien. Abgesetzt durch die NS-Machthaber, arbeitete er dann als Rechtsanwalt, schloß sich dem Widerstand um den Kreisauer Kreis an und wurde nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler 1944/45 inhaftiert. Das Amt des Vertriebenenministers hatte Lukaschek von 1949 bis 1953 inne.[56]

Neben dem Vertriebenenministerium konnte sich nach Gründung der Bundesrepublik eine politische Partei konstituieren, die die spezifischen Interessen der Flüchtlinge und Vertriebenen vertreten wollte. Der „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) wurde im Januar 1950 gegründet[57], an seiner Spitze stand von 1950 bis 1954 der aus der Provinz Posen stammende Waldemar Kraft. Der Landwirt Kraft[58] wirkte von 1921 bis 1939 in führender Position für die Interessen der deutschen Bauern in Polen. Von 1940 bis 1945 war Kraft in Berlin als Geschäftsführer der „Reichsgesellschaft der Landbewirtschaftung in den eingegliederten Ostgebieten" tätig. 1933 (oder 1943?) trat Kraft der NSDAP bei, im November 1939 ernannte man

[52] Vgl. ebenda; http://de.wikipedia.org/wiki/Linus_Kather.
[53] Zitiert in: Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 168.
[54] Vgl. Lothar Wieland, Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Bonn 1968.
[55] Hans Lukaschek (1885–1960), stammte aus Breslau, seit 1916 Oberbürgermeister der oberschlesischen Stadt Rybnik, ab 1927 dann OB von Hindenburg. 1945 ging er zunächst in die SBZ, wurde CDU-Mitglied und kurzzeitig Minister in Thüringen. 1947 floh er in die Westzone, wurde im April 1948 zum Vizepräsidenten des Obersten Gerichts der Bi-Zone ernannt.
[56] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 38.
[57] Vgl. ebenda, S. 280–288.
[58] Waldemar Kraft (1898–1977).

ihn zum Ehren-Hauptsturmführer der Allgemeinen SS. Seine berufliche Karriere und sein politisches Eintreten rechtfertigten nach Kriegsende den Vorwurf, daß er mitverantwortlich für die NS-Besatzungspolitik in Polen gewesen sei. Die britische Besatzungsmacht internierte Kraft bis 1947, bis 1950 war er arbeitslos. Von 1949 bis 1951 übte Kraft das Amt des Sprechers der Landsmannschaft Weichsel-Warthe aus. Von 1950 bis 1953 gehörte er dem Landtag von Schleswig-Holstein, von 1953 bis 1961 dem Deutschen Bundestag an, zunächst für den BHE, ab 1955 für die CDU.[59]

Die Spitzenfunktionäre der „ersten Stunde" der Landsmannschaften, der „Vereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften", des Interessenverbandes der Vertriebenen, d.h. des „Zentralverbands der vertriebenen Deutschen", der Vertriebenen-Partei bis hin zum Vertriebenenminister im Bundeskabinett waren entweder mehrheitlich national-konservative oder bürgerlich-republikanisch-demokratische Politiker, die zwischen 1933 und 1945 keine hohen NS-Funktionäre bzw. staatliche Amtsträger im NS-Deutschland waren, von Ausnahmen abgesehen.[60] Daß die Gründungsfunktionäre der verschiedenen Organisationen für Flüchtlinge und Vertriebene nicht eindeutig stark belastet waren, darauf hatten die westlichen Besatzungsmächte bzw. dann die drei Hohen Kommissare geachtet[61], aber nicht jede NS-Vergangenheit war damals bereits bekannt, wie es das Beispiel des Funktionärs Axel de Vries zeigte.

Die vorgestellten Spitzenfunktionäre der verschiedenen Vertriebenen-Organisationen gehörten zu den Unterzeichnern[62] der „Charta der Heimatvertriebenen"[63]. Die Baltendeutschen Ottomar Schreiber und Axel de Vries, Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen bzw. Sprecher der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, beanspruchten für sich, federführend bei der Abfassung der „Charta" gewesen zu sein.[64] Wenn dies tatsächlich zutrifft, wären zwei NS-Funktionsträger Verfasser der Charta, mit de Vries sogar ein direkt Beteiligter an Kriegsverbrechen.[65] Andere Vertriebenenpolitiker, beispielsweise Linus Kather, behaupteten hingegen, daß die „Charta" in Zusammenarbeit zwischen den ostdeutschen Landsmannschaften und dem Zentralverband der vertriebenen Deutschen (ZvD) von einer Gruppe von Funktionären erar-

[59] Vgl. in: http://de.wikipedia.org/wiki/Waldemar_Kraft; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamt-deutsch", S. 76f.

[60] Im Rahmen dieser Studie wurden keine weiteren Recherchen über die politische Vergangenheit der Vertriebenenfunktionäre, insbesondere für die Zeit zwischen 1933 und 1945, durchgeführt. Bei den biographischen Angaben über diese stützte sich die Autorin auf bisher publizierte Arbeiten und Angaben. Am Institut für Zeitgeschichte München – Berlin entstand im Laufe des Jahres 2010 eine wissenschaftliche „Gruppenbiographische Studie über die ersten Präsidialmitglieder des Bundes der Vertriebenen". Diese soll veröffentlicht werden.

[61] Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 244ff.

[62] Ausgenommen der erste Vertriebenen-Minister Hans Lukaschek.

[63] Wortlaut abgedruckt bei: Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 438f.

[64] Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 169. Linus Kather – Chef des ZvD, bestritt diesen Anspruch der beiden Baltendeutschen. Vgl. ebenda.

[65] Vgl. Otto Köhler, Etwaige Belastungen. Der Bund der Vertriebenen sucht seine Vergangenheit, Deutschlandfunk Juli 2010.
Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand wird davon ausgegangen, dass zwanzig der dreißig Unterzeichner der „Charta" der NSDAP bzw. der SS angehörten. Vgl. Kurt Nelhiebel, 60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen, in: ZfG 2010, S. 735.

beitet, dann von führenden Repräsentanten der Verbände unterzeichnet[66] und am 5. August 1950 in Stuttgart der Öffentlichkeit präsentiert wurde.[67] Die „Charta" enthielt Forderungen der Flüchtlinge und Vertriebenen, die sie als „Rechte" bezeichneten wie gleiche Staatsbürgerrechte vor dem Gesetz und im Alltag, die Ansprüche nach „gerechter Verteilung der Lasten des Krieges" auf die gesamte Bevölkerung und die Eingliederung der zahlreichen Berufsgruppen der Vertriebenen sowie ihre Beteiligung am Wiederaufbau Deutschlands und Europas. Diese Forderungen waren angesichts des von Entwurzelung, Arbeitslosigkeit und ärmlichen Notunterkünften geprägten Daseins von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen im noch in Trümmern liegenden Deutschland nachvollziehbar. Die Nachkriegsgrenzen Deutschlands erkannten weder die Bundesrepublik noch die Vertriebenenorganisationen an. Das „Recht auf Heimat" sah man fortan als ein „Grundrecht der Menschheit". Hier formulierten die Vertriebenenpolitiker in der „Charta" mit Zurückhaltung, noch weit entfernt von lauten Forderungen eines Rechts auf Rückkehr, lediglich: „Wir haben unsere Heimat verloren. […] Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeutet ihn im Geiste zu töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten […] und fühlen […] uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschlichkeit anerkannt und verwirklicht wird."[68]

Die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" war im Selbstverständnis der Vertriebenen ein Dokument des Gewaltverzichts. Es hieß: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im Besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat."[69] Zu hinterfragen wäre hier – angesichts von sechs Millionen ermordeter Juden, der Tötung von 12 bis 17 Millionen Zivilisten in der Sowjetunion, der Tötung von sechs Millionen Polen, der Tötung von 1,4 Millionen Zivilisten in Jugoslawien, der Tötung von 310 000 Zivilisten in der Tschechoslowakei – wem gegenüber auf Rache und Vergeltung verzichtet werden sollte? Den Polen, den Völkern der Sowjetunion oder den Tschechen gegenüber?[70] Fünf Jahre nach Kriegsende, angesichts des gerade überwundenen Koalitionsverbots für die Flüchtlinge und Vertriebenen, der noch eingeschränkten Souveränität der Bundesrepublik und der Anwesenheit der westlichen Alliierten in Form der Hohen Kommissare beinhaltete die „Charta" keinerlei Forderungen. Gänzlich ausgeblendet hatten die Verfasser der „Charta" jeden Hinweis auf die Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung, auf den Zusammenhang von Ursache und Wirkung. Sie ignorierten beharrlich die Chrono-

[66] Die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" unterzeichneten 30 Vertriebenenfunktionäre. Vermutlich waren davon neun Unterzeichner deutlich NS-belastet. Vgl. Erich Später, Gez. NSDAP, SA, SS, in: Konkret Online 4/2004. Die Behauptung des Autors – die Charta „wurde von Nazis verfaßt und unterzeichnet" – ist so verallgemeinert falsch. Vgl. ebenda.

[67] Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 166–175.

[68] Zitiert aus der abgedruckten „Charta" in: Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 438.

[69] Ebenda.

[70] Vgl. Kurt Nelhiebel, 60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen, in: ZfG 2010, S. 737f., 742.

logie der Ereignisse. Zudem erklärten die „Vertriebenenpolitiker der ersten Stunde" ihr Klientel – die Flüchtlinge und Vertriebenen – zu den „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen".[71] Damit gaben sie keine auch nur annähernd realistische Einschätzung und Verortung der Heimatvertriebenen im Kanon der Opfer von Krieg und NS-Gewaltherrschaft in Europa und Deutschland ab. Keine Erwähnung fanden die Millionen Juden, die systematisch ermordet worden waren. Kein Wort stand in der „Charta" von den Massenvertreibungen von Millionen von Menschen in Osteuropa zwischen 1939 und 1945. Die Vertriebenenpolitiker der „Charta" schwiegen über die „weiteren" Opfer der NS-Gewaltherrschaft – über die Millionen Kriegstoten, über die Kriegswaisen und Kriegswitwen, über die Bombengeschädigten. Geschwiegen wurde über die Hunderttausende, die Deutschland als Emigranten nach 1933 verlassen mußten.[72] Die Flüchtlinge und Vertriebenen waren auch Opfer im Gefolge von NS-Gewaltherrschaft und Krieg, sehr weit entfernt aber von der am schwersten betroffenen Opfergruppe.

Bei den Sprechern bzw. Vorsitzenden der Landsmannschaften und ihrer Dachorganisation „Vereinigte Ostdeutsche Landsmannschaften" und der Interessengemeinschaft der Heimatvertriebenen, dem „Zentralverband der vertriebenen Deutschen", bestand Klarheit darin, daß zur Durchsetzung ihrer Forderungen und Interessen eine geschlossene überparteiliche Organisation der Vertriebenen und Flüchtlinge unverzichtbar war. Die Zersplitterung mußte überwunden werden. Dies gelang bis 1958/59.

Zunächst fanden aber die landsmannschaftlich orientierten Verbände mit ihren ausgeprägt politischen Zielsetzungen und dem vor allem soziale und wirtschaftliche Ziele verfolgenden Interessenverband ZvD keine gemeinsame Basis. Versuche zusammenzukommen scheiterten regelmäßig. Immer wieder kam es zwischen 1950 und 1958 zu Streitigkeiten bei der Besetzung von Posten und bei der Verteilung von Finanzmitteln zwischen den Zentralen von VOL und ZvD und den jeweiligen Landesverbänden bzw. den weiteren Untergliederungen. Außerdem existierten Unstimmigkeiten in der Frage, wie die Ziele und Aufgaben der einzelnen Vertriebenenverbände verfolgt werden sollten. Zudem gab es hinsichtlich der parteipolitischen Ausrichtung bzw. der Wahrung der politischen Neutralität Differenzen. Auch waren die Spitzenfunktionäre der großen Landsmannschaften wie die Interessenvertretung der Vertriebenen davon überzeugt, daß nur ihre jeweilige Organisationsform die richtige und angemessene für die Vertriebenen sei.[73]

Seit November 1951 dachten die beiden großen Landsmannschaften der Schlesier und der Sudetendeutschen sowie die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg und die der Karpatendeutschen daran, ihren Dachverband VOL zu verlassen und zum „Zentralverband vertriebener Deutscher" überzutreten. Zeitgleich mit diesen Überle-

[71] Zitiert aus der abgedruckten „Charta" in: Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 439.

[72] Vgl. Alexander Loesch, Heimatvertriebene: Die Charta der Organisation ist 50 Jahre alt, in: Tagesspiegel, Berlin, 17. August 2000; Charta der deutschen Heimatvertriebenen, in: http://de.wikipedia.org/wiki/Charta_der_deutschen_Heimatvertriebenen.

[73] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 42.

gungen und beginnenden Verhandlungen wechselte der ZvD seinen Namen in „Bund Vertriebener Deutscher“ (BVD). Der neue Verbandsname setzte sich bis 1954 auf allen Ebenen durch.[74] Aber ein Prozeß der Konstituierung eines Einheitsverbandes aus dem Vertriebenen-Zentralverband und einzelnen Landsmannschaften kam nicht in Gang. Der bisher locker zusammengeschlossene Zweckverband „Vereinigte Ostdeutsche Landsmannschaften“ ging nunmehr daran, sich konsequenter zu organisieren. So führte er z. B. eine Gewichtung der Landsmannschaften nach Größe und Mitgliederzahl sowie das Einstimmigkeitsprinzip bei wesentlichen Entscheidungen ein. Die Landsmannschaften schufen sich im August 1952 einen neu strukturierten Verband – den „Verband der Landsmannschaften“ (VdL). Die Bemühungen um Schaffung eines Vertriebenen-Einheitsverbandes ruhten bis 1956/57. Nach wie vor sah sich der „Bund vertriebener Deutscher“ als eine Art straff organisierter Vertriebenengewerkschaft mit wirtschafts- und sozialpolitischen Arbeitsschwerpunkten, während der „Verband der Landsmannschaften“ seine heimatpolitische Zielsetzung – Propagierung der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Basis der Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete – ebenfalls beibehielt.[75]

Erneute Auseinandersetzungen um Posten und Funktionen, Kämpfe um Geldzuteilungen und um die parteipolitische Ausrichtung ließen Anfang 1956 neue Auflösungstendenzen beim BVD sichtbar werden. Die BVD-Landesverbände Hamburg, West-Berlin und Schleswig-Holstein strebten danach, sich dem „Verband der Landsmannschaften“ anzuschließen. Diese Übertritte wurden dann nicht vollzogen, weil beide Verbände ab Mitte/Ende 1956 erneut Gespräche aufnahmen, um einen Gesamtverband zustande zu bringen. Dies gelang am 14. Dezember 1958 in West-Berlin mit der Konstituierung des Vertriebenen-Dachverbandes „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ – kurz BdV genannt. Im Vereinigungsgeschehen gelang es den Landsmannschaften und dem VdL, ihre personellen und programmatischen Vorstellungen deutlicher durchzusetzen.[76] Zum ersten Präsidenten des Bundes der Vertriebenen bestimmten die Mitglieder und Funktionäre den aus Pommern stammenden CDU-Bundestagsabgeordneten Hans Krüger[77].

Der BdV-Vorsitzende Krüger gehörte zu den nachweislich NS-belasteten Vertriebenen-Funktionären. Er war ein überzeugter Nationalsozialist, der Karriere in der NSDAP machte. Nach frühen eigenen Angaben über seinen Lebenslauf habe er bereits im November 1923 am Hitlerputsch in München teilgenommen. Ob das der Wahrheit entsprach, ist ungeklärt. 1933 wurde er Mitglied der NSDAP und ging in weitere sieben NS-Organisationen. Er war bis 1943 NSDAP-Ortsgruppenleiter im

[74] Vgl. Hermann Weiß, Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, S. 247–251; Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 176–187.

[75] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“, S. 40–78; Marion Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 145–148.

[76] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“, S. 87–97.

[77] Hans Krüger (1902–1971), stammte aus Neustettin/Hinterpommern, Jurist, Richter in Pommern, nach 1945 CDU-Mitglied, 1957–1965 MdB, Oktober 1963–Januar 1964 Bundesvertriebenenminister. Vgl. Hans Krüger, in: http://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Krüger; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 96. Der Autor geht allzu leichtfertig über NS-Belastungen von einzelnen Vertriebenenfunktionären hinweg – hier Hans Krüger als Beispiel.

besetzten Konitz/Westpreußen. Als Oberamtsrichter in Konitz soll er im Rahmen von Sondergerichten 1942/43 an der Verhängung von zahlreichen Todesstrafen mitgewirkt haben. Diese Vorwürfe sind bis heute nicht geklärt, da alle Gerichtsakten des Konitzer Gerichtsgebäudes im Februar 1945 verbrannten. Sicher hingegen ist, daß sich Krüger äußerst aktiv in die NS-Parteiarbeit einbrachte. Seine nationalsozialistische Gesinnung ist hinreichend dokumentiert. Aufgrund all dieser Anschuldigungen mußte Krüger im Februar 1964 seinen BdV-Posten und bereits im Januar 1964 auch sein Amt als Bundesvertriebenenminister aufgeben.[78]

Bis Mitte der 1950er Jahre hatte der ZvD/BDV wichtige sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen – Lastenausgleichsgesetz und Bundesvertriebenengesetz – auf den Weg gebracht und bei der Umsetzung begleitet. Damit war der Höhepunkt seiner Bedeutung überschritten, nun gewannen die heimatpolitischen Fragen zunehmend an Interesse und Wichtigkeit. Der sich abzeichnende Bedeutungsverlust von ZvD/BDV und zunehmende Einflußgewinn von VOL/VdL spiegelte sich auch in den Mitgliederzahlen und damit dem zu Verfügung stehenden Finanzvolumen[79] beider Verbände wider. Während die Mitgliederstärke des BVD von 1,7 Millionen um 1950 auf 841 000 im Jahr 1958 deutlich sank, stieg die Zahl der in Landsmannschaften organisierten Vertriebenen zwischen 1954 bis 1957 von einer Million auf 1,3 Millionen. Die Mitgliederzahlen beweisen, daß bereits Mitte der 1950er Jahre nicht mehr der BVD sondern der VdL die Mehrheit der organisierten Vertriebenen repräsentierte.[80]

Der Organisationsgrad der Volksgruppen unterschied sich in ihren jeweiligen Verbänden. Tendenziell lag er bei den kleinen Landsmannschaften höher als bei den großen. Ende der 1950er z. B. waren fast 57 Prozent der Baltendeutschen Mitglied in ihrer Landsmannschaft, die Danziger waren zu fast 30 Prozent organisiert. Die großen vertriebenen Volksgruppen hatten einen Organisationsgrad von unter 20 Prozent: Bei den Sudetendeutschen und bei den Oberschlesiern engagierten sich jeweils rund 18 Prozent in ihren Verbänden, die Schlesier zu 21 Prozent, bei den Pommern und Ostpreußen jeweils nur 10 Prozent.[81] Im alltäglichen und im gesellschaftlichen Leben wurde im Laufe der 1950er Jahre deutlicher, daß sich die Volksgruppen, für die die Landsmannschaften zu sprechen vorgaben, als homogene soziale und politische Gruppe zunehmend auflösten.

Die soziale und wirtschaftliche Lage der Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland war in den 1950er Jahren prekär. 1951 waren mehr als 30 Prozent aller Arbeitslosen Vertriebene, erst danach sank diese Zahl allmählich und normalisierte sich bis Anfang der 1960er Jahre. Im Bereich der beruflichen Chancen zeigte sich eine erhebliche Benachteiligung der Heimatvertriebenen. Erst die Kinder- und Enkelgeneration erreichte die gewünschte Eingliederung in vollem Umfang. Auch die Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen blieb im ersten Nachkriegsjahrzehnt

[78] Vgl. Matthias Lempart, Lebensläufe von Präsidialmitgliedern des BdV, S. 34–45 (ungedruckt).
[79] Neben den Mitgliederbeiträgen standen Gelder vom Bundesvertriebenenministerium zur Verfügung – die sich an der Zahl der organisierten Mitglieder in den Verbänden orientierten.
[80] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 81–83, 141–143.
[81] Vgl. ebenda, S. 146.

schwierig. Noch Mitte der 1950er Jahre lebten über 30 Prozent von ihnen in Notwohnungen und Notunterkünften. Trotzdem blieb die überwiegende Mehrheit der Vertriebenen den Vertriebenenorganisationen fern.[82] Der Organisationsgrad der Vertrieben – ob in den Landsmannschaften oder im Zentralverband – war stetig rückläufig. Die fortschreitende Integration und Assimilation der Vertriebenen in die „Wirtschaftswunder-Gesellschaft" der Bundesrepublik schienen im Laufe der 1950er und 1960er Jahre diesen Trend noch zu bestärken. Die Bundesregierung ging 1952 von höchstens 3,9 Millionen Organisierten im ZvD bzw. im VOL aus, bei insgesamt neun Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen. Dies entsprach einem Organisationsgrad von 42 Prozent. 1956 sollen sich nur noch 23,7 Prozent der Vertriebenen organisiert haben. Seit den frühen 1960er Jahren verbreitete der Bund der Vertriebenen stereotyp, über zwei Millionen Mitglieder zu haben, ohne diese Zahlen je näher zu konkretisieren oder Mitgliederstatistiken zu veröffentlichen. Dies galt bis in die 1980er Jahre. Die Mitgliederzahlen waren jedoch weiter rückläufig. 1969 sprach die Bonner Regierung von höchstens noch 1,8 Millionen Mitgliedern im BdV, das waren 19,8 Prozent der Vertriebenen.[83] Öffentlich gemachte rückläufige Mitgliederzahlen hätten die beanspruchte Position des Bundes der Vertriebenen – dem selbsternannten Interessenvertreter der Vertriebenen insgesamt – in Frage gestellt und die Höhe der Bundeszuschüsse beeinträchtigen können. Obwohl Verbände auch Nicht-Mitglieder vertreten, steht und fällt die politische und gesellschaftliche Bedeutung eines Verbandes mit der Zahl seiner tatsächlichen Mitglieder.

Ab Mitte der 1950er Jahre verlagerte sich das politische Interesse der organisierten Vertriebenen schrittweise auf die Außenpolitik, dem originären Zuständigkeitsbereich der ostdeutschen Landsmannschaften. Dies stand im Zusammenhang mit der Lösung der Saarfrage[84], der Einbindung der Bundesrepublik in die Westeuropäische Union und in die NATO bei gleichzeitiger Anerkennung des Rechts der Deutschen auf Wiedervereinigung[85] durch die neuen westeuropäischen Bündnispartner und die USA. Auch die (west)deutschen Appelle an die vier Siegermächte wegen eines Friedensvertrages mit einer modifizierten Grenzregelung gegenüber Polen weckten bei den Vertriebenen und ihren Verbänden neue Rückkehr-Hoffnungen.[86] Mitte der 1950er Jahre wurden die nationalistischen Töne der Landsmannschaften und ihre Forderungen nach Grenzrevisionen lauter, auch wenn sie weniger dazu dienten, zu

[82] Vgl. ebenda, S. 137, 147.
[83] Vgl. ebenda, S. 139, 141, 147–148.
[84] Im Oktober 1955 fand die Volksabstimmung der Saarbevölkerung statt, die in politischer Selbstbestimmung eine Angliederung an die Bundesrepublik und nicht an Frankreich wählte. Dieses Ereignis weckte unter den Vertriebenen Hoffnungen über neue Verhandlungen zur Grenzrevision im Osten und Rückkehrmöglichkeiten in die alte Heimat.
[85] Unter „Anerkennung des Rechts der Deutschen auf Wiedervereinigung" verstanden 1950 die drei westlichen Siegermächte USA, Frankreich und Großbritannien die „Wiedervereinigung der östlichen Zone und Berlins mit der Bundesrepublik", keinesfalls jedoch mit den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie. Dies wurde am 15. November 1950 Bundeskanzler Adenauer von den drei Hohen Kommissaren bei einer Unterredung unmißverständlich klargemacht. Vgl. Josef Foschepoth, Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen, S. 107–109.
[86] Vgl. Hermann Weiß, Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, S. 249.

einem „Kreuzzug nach Osten“ aufzurufen, als die wirtschaftliche und soziale Gleichstellung und Integration der Vertriebenen in die bundesdeutsche Gesellschaft voranzutreiben. Symbolische Handlungen wie die jährliche Begehung des „Tags der Heimat“, propagandistische Leerformeln und unrealistische Forderungen wie die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 wurden zum Ersatz einer nicht realisierbaren Politik und dienten dazu, die teilstaatliche Einheit nach innen zu forcieren.[87]

Das politische Mandat, die Gesetzgebung zum Lastenausgleich und das Vertriebenengesetz auf den Weg zu bringen und die Ausführung zu begleiten, lag neben dem ZvD/BDV[88] bei der Vertriebenenpartei „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE). Das im September 1952 in Kraft gesetzte Lastenausgleichsgesetz (LAG) zielte darauf, Deutschen, die infolge des Zweiten Weltkrieges und seiner Nachwirkungen Vermögensschäden erlitten hatten, einen anteiligen finanziellen Schadensersatz zukommen zu lassen.[89] Das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) vom Mai 1953 regelte die Aufnahme, Verteilung, Integration von Millionen Vertriebener und Flüchtlinge nach dem Krieg, ihre Ansprüche auf Leistungen und ihre staatliche Versorgung.[90]

Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, ab 1952 als Gesamtdeutscher Block/BHE bezeichnet, gründete sich kurz nach der Aufhebung des Lizenzierungszwangs für politische Parteien im Januar 1950 in Kiel als parteipolitische Interessenvertretung der Heimatvertriebenen. Er blieb die einzige Partei dieser Art. Erster Parteivorsitzender wurde Waldemar Kraft (1950–1954), ihm folgte Theodor Oberländer (1954/55).[91] Der BHE, der sich als bürgerliche Partei verstand und nicht wenige ehemalige aktive Nationalsozialisten in seinen Reihen hatte, erreichte in den frühen 1950er Jahren beachtliche Wahlerfolge. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein kam der BHE 1950 auf Anhieb auf 23,4 Prozent, bei den Bundestagswahlen 1953 zog er mit 5,9 Prozent in den Bundestag ein. Zwischen 1950 und 1966 war der BHE nur kurzzeitig im Bund (1953–1955), dafür aber länger in den Bundesländern mit hohem Vertriebenenanteil an den Regierungsbildungen beteiligt: In Baden-Württemberg von 1952 bis 1964, in Bayern von 1950 bis 1962, in Hessen von 1954 bis 1966, in Niedersachsen von 1951 bis 1963 und in Schleswig-Holstein von 1950 bis 1958.[92] Das Problem des BHE, das letztlich zu seinem politischen Niedergang führte,

[87] Vgl. Josef Foschepoth, Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen, S. 105 f.

[88] Vgl. Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 144 ff., 167, 199 ff., 271 ff.

[89] Mit dem LAG fand eine milliardengroße DM-Umverteilung, die über Jahrzehnte lief, statt, in Form von Hausratsentschädigungen, Wohnraumhilfen, Eingliederungs- und Hausbaudarlehen, Kriegsschadenrenten und Hauptentschädigungen (Geld-Entschädigung für Vermögensschäden für Grundstücke, Immobilien, Firmen). Man wählte zur Verwirklichung des Lastenausgleich-Zieles einen Kompromiß zwischen einer Entschädigung nach Maßgabe des erlittenen Vermögensschadens einerseits und dem Eingliederungsbedarf des Geschädigten ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögensverlustes andererseits. Vgl. in: http://de.wikipedia.org/wiki/Lastenausgleichsgesetz; Rolf Caesar, Lastenausgleich, in: Staatslexikon, Bd. 3, S. 844–847.

[90] Vgl. in: http://de.wikipedia.org/wiki/Bundesvertriebenengesetz.

[91] Vgl. Martin Schumacher, Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), in: Staatslexikon, Bd. 1, S. 830 f.; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 280–288.

[92] Vgl. in: http://de.wikipedia.org/wiki/Gesamtdeutscher_Block/Bund_der_Heimatvertriebenen; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 280 f.

war sein Erfolg als Interessenpartei der Vertriebenen. Anderes Klientel konnte die Partei nie gewinnen. Die Politik des BHE konzentrierte sich, kurz und plakativ zusammengefaßt, auf zwei Forderungen: „Lebensrecht im Westen" und „Heimatrecht im Osten". Die BHE-Sozialpolitik für die Vertriebenen, u.a. die Initiierung und Durchsetzung der milliardenschweren Lastenausgleichsprogramme, war erfolgreich. Unter „Heimatrecht" fand sich ein weites und vages Vorstellungsgeflecht, dessen Kern die Rückkehr zu territorialen Verhältnissen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 oder sogar 1940 war. In dem Maße, wie die Integration und Assimilation der Vertriebenen voranschritt, wandten sich diese vom BHE ab und den traditionellen Parteien zu. Bei den Bundestagswahlen 1957, als der BHE mit knapp 4,6 Prozent nicht mehr in den Bundestag einzog – was im Rückblick sein politisches Aus einleitete – wählten ihn nur noch 26 Prozent seines Klientels. Die Gründe für den schnellen Niedergang der Partei lagen, wie oben gesagt, erstens im Erfolg der Integrationspolitik für die Vertriebenen, zweitens in der dominierenden Politik der Unionsparteien, die keine starke bürgerliche Opposition neben sich aufkommen ließen, und drittens im Unvermögen des BHE, im außenpolitischen Bereich eine glaubhafte Alternative zur Politik des Kanzlers Adenauer zu formulieren.[93]

In der Mitte bzw. am Ende der 1950er Jahre standen in der Bundesrepublik an der Spitze der politischen Gremien und Verbände, die zuförderst die Interessenklientel Vertriebene und Flüchtling vertraten, nun Männer mit einer offenkundigen NS-Vergangenheit: Der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) hieß Hans Krüger (im Amt 1958–1964), dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) stand Waldemar Kraft (im Amt 1950–1954), dann Theodor Oberländer (im Amt 1954–1955) vor und Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte war Theodor Oberländer (im Amt 1953–1960). Die früheren NS-Verstrickungen dieser Vertriebenen-Spitzenfunktionäre bzw. -politiker zeigten sich als drückende politische Hypothek im öffentlichen Auftreten und im Eintreten für die legitimen Interessen der organisierten und nicht organisierten Vertriebenen. Dieser Problematik waren sich auch die Zeitgenossen bewußt. Der Vertriebenenpolitiker und bis 1958 Chef des BDV Linus Kather meinte mehrfach dazu: „Mit den […] politischen Belastungen […der] Bundesminister Oberländer, Kraft und Krüger […]"[94] war kaum gute Vertriebenen-Politik zu machen: „Daß der Kanzler [Adenauer 1953 …] das Vertriebenenministerium […] einem Mann mit der nationalsozialistischen Vergangenheit eines Oberländer gab, ist als politisches Verbrechen erster Ordnung zu werten. […] Der Vertriebenenminister muß der erste Repräsentant im Kampf gegen das Unrecht der Vertreibung sein, […] und dazu ist nur ein Mann fähig, dem man nicht nachsagen kann, daß er jemals bereit war, die Vertreibung anderer hinzunehmen oder gar zu propagieren. […] Diesem Mann [Theodor Oberländer] war jedes positive Wirken für unser Problem nach außen von vorneherein verschlossen."[95] Und: „Welch ein Maß

[93] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 283; Marion Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 149–154; Hermann Weiß, Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, S. 250–253.

[94] Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 245.

[95] Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 2, S. 13.

von Verantwortungslosigkeit gehört [für Hans Krüger] dazu, mit dieser Belastung sich [1958] zum Präsidenten des Bundes der Vertriebenen wählen […] zu lassen."[96] Auch wenn der frühere Zentrumsmann Linus Kather mit einem gewissen Posten- und Karriereneid die drei Politiker kritisierte, traf er durchaus einen wunden Punkt bei einer Gruppe von Vertriebenenfunktionären.

2. Erstes Beobachten der Aktivitäten der Vertriebenenverbände sowie Zuständigkeiten beim MfS

Bereits Ende September 1945 diktierte die sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Zone die Nutzung der Begriffe „Umsiedlung" und „Umsiedler" für die Vorgänge von Flucht und Vertreibung.[97] Während des Flucht- und Vertreibungsgeschehens und den Aussiedlungsaktionen bezeichneten sich die Betroffenen selbst, wie auch die eingesessene deutsche Bevölkerung, als Ostflüchtlinge. Dies galt auch für den zeitgenössischen Sprachgebrauch in der SBZ/DDR.[98] Der von der SMAD und der KPD/SED verordnete „Umsiedler"-Begriff sollte den Betroffenen jegliche Rückkehrhoffnung nehmen und das von allen Alliierten propagierte Ziel der vollständigen Assimilation und Gleichberechtigung mit der alteingesessenen Bevölkerung bekräftigen. Der offizielle Terminus in der SBZ/DDR hatte nicht nur die Endgültigkeit der Massenvertreibung und Zwangsaussiedlung auszudrücken. Er war zudem extrem verharmlosend, beschönigend und entsprach nicht den realen Abläufen. Der „Umsiedler"-Begriff war eine politisch rechtfertigende Umschreibung des Vorganges von Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung, den etwa zwei Millionen Deutsche mit ihrem Leben bezahlen mußten. Mit ihm sollte die öffentliche Auseinandersetzung über die Opfer unter den Flüchtlingen und Vertriebenen vermieden werden. Der Begriff „Umsiedler" mutete den betroffenen Vertriebenen und Flüchtlingen selbst eine erhebliche sprachpolitische Vergewaltigung ihrer Erinnerungen zu, machte ihnen jedoch zugleich ein Angebot zu einer Art „rechtlich geordneten Einwanderung" in die Aufnahmegesellschaft der Sowjetischen Besatzungszone. Die 1945 eingeführte und erzwungene Sprachregelung wurde schrittweise durch Sprachlosigkeit abgelöst. Ab 1949 sollte selbst der „Umsiedler"-Begriff – nachdem die Integration der „Umsiedler" in die ostdeutsche Gesellschaft für die SED- und DDR-Führung als weitgehend abgeschlossen galt –, vermieden werden, da er trotz seiner Verschleierungsfunktion eine besondere Gruppenidentität der Vertriebenen und Flüchtlinge ausdrückte. Die frühe SED-Sprachpolitik erlaubte bis 1952/53 die Existenz zweier neuer Kunstworte für die Betroffenen: „ehemalige Umsiedler" und „Neubürger". Aus der kontrollierten Öffentlichkeit der DDR verschwand der Begriff „Umsiedler" mit all seinen Synonymen seit Mitte der 1950er Jahre weitgehend. Nie verschwand er hingegen in den internen Verwaltungs-

[96] Ebenda, Bd. 2, S. 216.
[97] Vgl. Michael Schwartz, „Vom Umsiedler zum Staatsbürger", in: Vertriebene in Deutschland, S. 136.
[98] Vgl. Anna Seghers, Die Umsiedlerin, S. 273.

unterlagen des Polizei- und Staatssicherheitsdienstes, in internen Papieren des außenpolitischen Apparates der DDR bezüglich Polens, der ČSR/ČSSR, der Sowjetunion usw., welche die Aussiedlungsaktionen von Deutschen betrafen, sowie in Propagandaaktionen, die auf die Bundesrepublik Deutschland ausgerichtet waren.[99]

In öffentlichen, aber auch in allen internen Papieren der SED und des MfS wurden nie die Begriffe „Vertreibung" bzw. „Vertriebener" gebraucht. Für die SED-Funktionäre beinhaltete der Vertriebenenbegriff ein „Unrecht der Vertreibung", eine einseitige „unschuldige Opferrolle" für die Betroffenen, die sie so nicht gelten lassen wollten. Für die SED/DDR-Führung war die „Vertreibung" (sprich Umsiedlung) eine mehr oder weniger gerechte Strafmaßnahme der Alliierten für die Kriegsverbrechen der Deutschen an den Völkern Ost- und Südosteuropas, die sie anerkannte. Daher nutzten sie auch in bezug auf die Bundesrepublik konsequent nur die Bezeichnung „Umsiedlerorganisationen" für den BdV und die Landsmannschaften und „ehemalige Umsiedler" für Flüchtlinge und Vertriebene.[100] Im alltäglichen Sprachgebrauch der Betroffenen und auch der einheimischen Bevölkerung in der DDR blieb die Bezeichnung „Flüchtlinge" üblich. Erst in den späteren Jahrzehnten wurde der „Umsiedler"-Begriff gebräuchlicher. Der Begriff „Vertriebener" hingegen wurde in der DDR wegen des politischen und juristischen Gebrauchs in der Bundesrepublik und wegen der Verwendung durch die bundesdeutschen Vertriebenenverbände vermieden.[101]

Die sowjetisch bestimmte, dann immer stärker SED-geprägte Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR bewegte sich in den ersten Nachkriegsjahren zwischen sozialpolitisch-integrativen und repressiven Maßnahmen, die flankiert wurden von Versuchen ständiger politischer und ideologischer Beeinflussung und Umerziehung. Die „Umsiedler"-Politik basierte einerseits auf einer schnellen und dauerhaften wirtschaftlichen, beruflichen und sozialen Integration – über Wohnraumvergabe, Arbeitsvermittlung, soziale Betreuung und finanzielle Zuwendung für Erwerbsunfähige und Alte. Andererseits wurde die Berufung auf ein Heimatrecht schnell kriminalisiert, polizeilich verfolgt und gerichtlich geahndet. Die permanente ideologische Beeinflussung der „Umsiedler" umfaßte die alleinige Schuldzuweisung für die Vertreibungen an das NS-Regime und die Bekämpfung aller Hoffnungen auf eine Rückkehr in die Heimat.[102] Ende 1952/Anfang 1953 erklärte die DDR-Regierung offiziell die Integration der „ehemaligen Umsiedler" für weitgehend abgeschlossen. Schon 1950/51 hatte

[99] Vgl. Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949–1990, München 2009; Michael Schwartz, „Vom Umsiedler zum Staatsbürger", S. 158–162; ders., Vertriebene und „Umsiedlerpolitik", S. 30; ders., Tabu und Erinnerung, S. 85–87; ders., Vertreibung und Vergangenheitspolitik, S. 183.

[100] Vgl. Samuel Salzborn, Grenzenlose Heimat, S. 38–43.

[101] Die definierte Begriffsbestimmung „Vertriebener" erfolgte in der Bundesrepublik Deutschland im Bundesvertriebenengesetz vom 15. Mai 1953 (BGBl. I, S. 201). Vertriebene waren damit die aus ihrer Heimat ausgewiesenen Volks- und Reichsdeutschen, die am 31. Dezember 1937 im Vertreibungsgebiet gewohnt hatten. Später wurde als Stichtag der Kriegsbeginn, 1. September 1939, zugrunde gelegt. Vgl. Bernd Stöver, Pressure Group im Kalten Krieg, S. 897; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 9–11; Michael Schwartz, Vertriebene im doppelten Deutschland, S. 102ff.

[102] Vgl. Manfred Wille, SED und „Umsiedler", S. 94–96; Michael Schwartz, Apparate und Kurswechsel, S. 105–135.

sie die Erhebung von Sonderstatistiken über Vertriebene, aus denen ihre bevölkerungsstatistische Größe und reale ökonomische und soziale Lage fundiert hätte bestimmt werden können, verboten. Das Vertriebenenproblem wurde in der kontrollierten Öffentlichkeit der DDR nicht mehr thematisiert und dem gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß untergeordnet.[103]

Die verfrühte Einstellung spezifischer Integrationsförderung für „Umsiedler" und die Tabuisierung des Vertriebenenproblems im SED-Staat waren keine Form objektiver Problemlösung, sondern ein gewollter Politikverzicht. Zum einen waren weder SED-Führung noch die alteingesessene Bevölkerung bereit, weiterhin finanzielle Mittel für die Gruppe der „Umsiedler" als Anerkennung für einen besonders gravierenden Verlust durch Flucht und Vertreibung aufzubringen. Versuche der DDR-Führung, eine Art Lastenausgleich für „Umsiedler" zu gewähren, scheiterten auch an fehlenden finanziellen Mitteln. Zum zweiten lag das Tabu auch darin begründet, daß die DDR nicht nur geographisch in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Hauptvertreiberstaaten Polen und ČSR gelegen war, sondern auch wirtschaftlich gesehen auf deren Zusammenarbeit existentiell angewiesen war. Zudem stand die DDR durch die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) unter unmittelbarer Kontrolle der für die Vertreibung (mit)verantwortlichen bzw. hauptverantwortlich gemachten alliierten Besatzungsmacht. Und schließlich hatte die DDR den prozentual höchsten Vertriebenenanteil an der Bevölkerung im Nachkriegsdeutschland aufzuweisen. Angesichts dieser Lage war das Problem der Vertreibung und der deutschen Ostgebiete für den DDR-Staat von Anfang an ein sicherheitspolitisches Problem, potentiell systemdestabilisierend und daher von der SED zum Tabu erklärt.[104] Das nie offiziell ausgesprochene Verbot, Flucht- und Vertreibungsgeschehen sowie Grenzfragen öffentlich zu thematisieren, konnte in der DDR jedoch nicht vollständig durchgesetzt werden. Auch in einer SED-Diktatur ließ sich die private Verständigung über dieses Thema unter den Vertriebenen wie unter der Bevölkerung insgesamt auch mittels Polizei- und Geheimdienst nur sehr begrenzt kontrollieren. Dies galt erst recht für die DDR der 1950er Jahre.[105]

Nach der von der SED 1952/53 verkündeten „vollständigen Integration" der Flüchtlinge und Vertriebenen in politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht in die Gesellschaft der DDR und der Tabuisierung der Vertreibungs- und Grenzfragen geriet die Gruppe der „ehemaligen Umsiedler" nun fast nur noch unter repressiven, polizeistaatlichen und geheimdienstlichen Vorzeichen ins Blickfeld von DDR-Staat und Partei. Die SED sah in ihnen vor allem ein sicherheitspolitisches Problem mit innenpolitischer Auswirkung – als mögliches Unruhepotential innerhalb der Gesellschaft – sowie ein Problem mit außenpolitischer Dimension – als Störfaktor in den ohnehin

[103] Vgl. Manfred Wille, SED und „Umsiedler", S. 91–104; Michael Schwartz, Apparate und Kurswechsel, S. 105–135; Insgesamt: ders., Vertriebene und „Umsiedlerpolitik". Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961, München 2004.

[104] Vgl. Michael Schwartz, Tabu und Erinnerung, S. 87; ders., Apparate und Kurswechsel, S. 128f.; ders., Vertreibung und Vergangenheitspolitik, S. 192.

[105] Vgl. Michael Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik, S. 183.

schwierigen Beziehungen zwischen der DDR und den östlichen Nachbarstaaten Polen und ČSR.

Das polizei- und geheimdienstliche Vorgehen richtete sich gegen Selbstorganisationversuche von „Umsiedlern", d.h. wenn diese sich in größeren Gruppen zusammen fanden oder sich gar zu organisieren begannen. Des weiteren war jede kritische Äußerung zur Oder-Neiße-Grenze absolut unerwünscht. Die DDR-Regierung hatte am 6. Juli 1950 mit der Volksrepublik Polen das Abkommen über die Oder-Neiße-Linie abgeschlossen, die „von nun an die Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen bildete".[106] Kritik an oder gar die öffentlich bekundete Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze betrachtete der DDR-Staat als „Kriegshetze" gegen die Volksdemokratie Polen und verfolgte dies strafrechtlich gemäß Artikel 6, Absatz 2 der DDR-Verfassung.[107]

Der SED-Sicherheitsapparat, der gegen Organisationsversuche von „Umsiedlern" oder Kritik an Vertreibungsgeschehen bzw. Grenzfragen vorging, konstruierte sich folgende justiziablen Zusammenhänge: Im DDR-Verfassungsartikel 12 wurde allen Bürgern das Recht zuerkannt, „zu Zwecken, die den Staatsgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden".[108] Um „Umsiedler"-Organisationen jedoch als friedens- und staatsgefährdende Zusammenschlüsse zu stigmatisieren, zu verbieten und die Mitglieder zu verfolgen und zu bestrafen, mußten die Leugnung der Oder-Neiße-Linie als „Friedensgrenze" und/oder eine Verbindung zu den Landsmannschaften der Bundesrepublik nachgewiesen werden. Der DDR-Polizei-, Geheimdienst- und Justizapparat beobachtete und verfolgte sich verstetigende Kontakte von „Umsiedlern" und „Umsiedler"-Gruppen, die Verbindungen mit Landsmannschaften in der Bundesrepublik und in West-Berlin unterhielten. Das „Recht auf Heimat" und der „friedliche Rückkehrwille in die ostdeutschen Gebiete" stand im Forderungskatalog aller westdeutschen Vertriebenenverbände.[109] Die Verbindungsaufnahme von DDR-„Umsiedlern" mit in Landsmannschaften organisierten Vertriebenen der Bundesrepublik, die nach ihrem Verbandsstatut die Oder-Neiße-Linie nicht als deutsche Ostgrenze anerkannten, wurde als „kriegstreibend" verurteilt und nach dem DDR-Verfassungsartikel 6, Absatz 2, verfolgt und geahndet. Eine Konkretisierung erfuhr dieser Verfassungsartikel 6, Absatz 2, bezüglich eines verschärften strafrechtlichen Vorgehens zur Unterdrückung unerwünschter „Umsiedler"-Selbstorganisationen, „Umsiedler"-Zusammenkünfte und der „Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze" mit dem „Gesetz zum Schutze des Friedens" vom 15. Dezember 1950.[110] Die Bestimmungen des Paragraphen 3 ließen sich auf die Kritik an der Oder-Neiße-Grenze anwenden, wonach bestraft werden sollte, „wer gegen völkerrechtliche Vereinbarungen,

[106] Zitiert bei Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 103.

[107] Vgl. Manfred Wille, Die Vertriebenen und das politisch-staatliche System der SBZ/DDR, in: Vertriebene in Deutschland, S. 216f.; Hans Georg Lehmann, Der Oder-Neiße-Konflikt, München 1979.

[108] Artikel 12 der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949, in: GBl. der DDR 1949, S. 7.

[109] Vgl. z.B. „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" vom 5. August 1950, abgedruckt bei Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 438f.

[110] Abgedruckt in: GBl. der DDR 1950, S. 1199f.

welche der Wahrung und Festigung des Friedens, der Entwicklung Deutschlands auf demokratischer […] Grundlage dienen, hetzt, zum Bruch solcher Vereinbarungen auffordert, um Deutschland in aggressive Kriegshandlungen hineinzuziehen". Der Paragraph 6 erhöhte in „schweren Fällen" das Strafmaß auf „Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder lebenslängliches Zuchthaus", sofern die Tat im „Auftrag von Staaten [oder] deren Dienststellen […] begangen wird, welche Kriegshetze […] gegen friedliche Völker betreiben".[111] Mit dieser Bestimmung stellte die DDR-Justiz die Verbindung zwischen „Umsiedler"-Gruppen und westdeutschen Vertriebenenverbänden unter Strafe. Das Hauptziel des Friedensschutzgesetzes galt zwar nicht der Unterdrükkung von Selbstorganisationen der Vertriebenen, dennoch wurde den „Umsiedlern" wegen ihrer Zusammenkünfte und ihren kritischen Meinungsäußerungen damit strafrechtlich gedroht. Das Gesetz wurde angewendet.[112]

Die Umschreibung des unter Strafe gestellten Verhaltens im Verfassungs-Artikel 6, Absatz 2, und im Friedensschutzgesetz war uferlos und enthielt die sogenannten Äußerungsdelikte wie „Völker- und Rassenhetze, Propagierung von Angriffskriegen, Hetze gegen völkerrechtliche Vereinbarungen" usw. Das änderte sich auch mit dem Strafrechtsergänzungsgesetz vom Dezember 1957[113] nicht, welches die Generalklausel des Verfassungsartikels 6, Absatz 2, durch die Auflistung von elf Einzeltatbeständen für das politische Strafrecht ablöste. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Mitgliedschaft in einer „Umsiedlerorganisation", der Kontakt zu westdeutschen Vertriebenen und ihren Verbänden sowie die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze nach Paragraph 19 – „staatsgefährdende Propaganda und Hetze" – des Strafrechtsergänzungsgesetzes geahndet.[114]

Die SED-Spitze, das Politbüro und das Sekretariat des ZK der SED übte in der DDR die politische Führungs-, Anleitungs- und Kontrollfunktion über fast alle Bereiche der Gesellschaft aus. Das galt von Anbeginn auch für den DDR-Geheimdienst, wenn auch die eigentlichen Schöpfer des ostdeutschen Geheimdienstapparates die sowjetische Besatzungs- bzw. Kontrollmacht, speziell die sowjetischen Sicherheitsorgane waren. Diese begannen mit dem Aufbau der geheimpolizeilichen Arbeit in ihrer Besatzungszone gleich nach Kriegsende 1945. Bis 1949 arbeiteten auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone etwa 3100 deutsche Spitzel im Dienste der Volkskommissariate für Inneres und Staatssicherheit (NKWD, NKGB) bzw. ab 1947 des sowjetischen Ministeriums für Staatssicherheit. Mit dem Aufbau der Polizeibehörden in den Ländern der SBZ wurden Strukturen der überörtlichen politischen Polizei geschaffen. Als Teil der Kriminalpolizei firmierte sie fortan unter der Bezeichnung K 5.[115] Ihr Aufgabenspektrum umfaßte bereits den Kern der späteren geheim-

[111] Vgl. „Gesetz zum Schutze des Friedens", in: ebenda, S. 1199f.
[112] Vgl. Michael Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik", S. 532f.; Friedrich-Christian Schroeder, Die Entwicklung des politischen Strafrechts, S. 107–110.
[113] Vgl. „Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches – Strafrechtsergänzungsgesetz" vom 11. Dezember 1957, in: GBl. der DDR 1957, S. 643–647.
[114] Vgl. ebenda, S. 645.
[115] Vgl. Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90. Ein kurzer historischer Abriß, Berlin 1998, S. 5–9.

polizeilichen Aufgaben des MfS – im kommunistischen Sprachgebrauch verklausuliert hießen sie: Verfolgung von „Attentaten", „Sabotageakten"; „Sabotage und Verstöße gegen den Neuaufbau", „Sprengstoff- und Waffenvergehen", „Verstöße gegen die Befehle der SMAD", „Weiterführung von NS-Organisationen", „Entfernung und Beschmutzung demokratischer Propaganda" und „Verbreitung von Gerüchten und Parolen".[116] Die K 5 war, mehr noch als die anderen Teile der Volkspolizei, eine Domäne der kommunistischen Kaderpolitik. Spitzenpositionen waren mit langjährigen KPD-Mitgliedern, vor allem mit Vertrauten der Sowjetmacht besetzt. Ab 1949 wurde die K 5 aus der Kriminalpolizei herausgelöst, um sie zur eigenständigen Geheimpolizei auszubauen. Als Vorläuferorganisationen des MfS wirkten die K 5-Dezernate der Kriminalpolizei. Hinzu kam die unter Erich Mielke[117] stehende „Hauptverwaltung (bzw. Länderverwaltungen) zum Schutz der Volkswirtschaft", zunächst bei der Deutschen Wirtschaftskommission, dann beim Ministerium des Innern. Diese Verwaltungen wurden im Laufe des Februar 1950 umbenannt in das Ministerium für Staatssicherheit (MfS).[118] Am 24. Januar 1950 hatte die SED-Führung ihren Beschluß zur Gründung des MfS gefaßt. Das offizielle Volkskammergesetz zur Schaffung des MfS folgte am 16. Februar 1950. MfS-Minister wurde das SED-Politbüromitglied Wilhelm Zaisser[119], ein erfahrener Funktionär des KPD-Militärapparates sowie langjähriger Mitarbeiter des sowjetischen Geheim- bzw. Militärapparates. Der Staatssekretär im MfS hieß Erich Mielke.

Als Hauptaufgaben des MfS benannte die SED-Führung 1950 offiziell den „Schutz der volkseigenen Betriebe, Werke, Verkehrswege und volkseigene Güter vor Anschlägen verbrecherischer Elemente", das Führen eines entschiedenen Kampfes gegen die „Tätigkeit feindlicher Agenturen, Saboteure und Spione, um […] die demokratische […] Friedenswirtschaft" abzusichern.[120] Faktisch hieß das: Grundsätzlich in allen gesellschaftlichen Bereichen, in der Industrie und Landwirtschaft, dem politischen System mit seinen staatlichen Institutionen sowie Parteien und Massenorganisationen und Religionsgemeinschaften, vermeintliche oder tatsächliche Gegner der Transformation zur Volksdemokratie nach sowjetischem Vorbild aufzuspüren und dingfest zu machen. Zu den Hauptarbeitsfeldern des Staatssicherheitsdienstes gehörten die „klas-

116 Ebenda, S. 6f.

117 Erich Mielke (1907–2000), 1927 KPD, 1931–1936 militärpolitische Ausbildung und Ausbilder in der SU, Spanienkämpfer, Emigration in Frankreich, dort interniert, später verhaftet, nach 1945 Vizepräsident der DVdI, 1950–1953 StS im MfS, 1955–1957 Stellvertretender MfS-Minister, 1957–1989 MfS-Minister, 1950–1989 ZK-Mitglied. Vgl. Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1998, S. 49f.

118 Vgl. Clemens Vollnhals, Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, S. 1f.; Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 7f.

119 Wilhelm Zaisser (1893–1958), 1919 KPD, militärischer Leiter bei KPD-„Rote-Ruhrarmee" 1920, Besuch militärpolitischer Schulungen in der SU, 1927–1930 sowjetischer Agent in der Mandschurei, KPdSU-Mitglied, Militärpolitischer Ausbilder in der SU, General im Spanischen Bürgerkrieg, EKKI-Mitarbeiter in Moskau, 1947 Chef der Polizeilandesbehörde Halle, 1950–1953 MfS-Minister, 1950–1953 Politbüro-Mitglied, 1953 Verlust aller Ämter wegen „parteifeindlicher fraktioneller Tätigkeit", SED-Ausschluß. Vgl. Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 80.

120 Zitiert bei: Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 9f.

sischen" Geheimdienstaufgaben wie Auslandsspionage, Funkaufklärung, Spionage- und Terrorabwehr. Aber im Mittelpunkt der MfS-Tätigkeit stand immer die Überwachung der eigenen Bevölkerung.[121]

Die Aufbauphase des MfS lief bis Ende 1952. Es verfügte bis zu diesem Zeitpunkt auf zentraler Ebene über 14 Abteilungen, die sich auch auf Bezirks- und Kreisebene wiederfanden. Der Staatssicherheitsapparat hatte in der Gründungsphase einen personellen Umfang von 1100 Mitarbeitern, die überwiegend in den Länderverwaltungen tätig waren. In der Ost-Berliner Zentrale arbeiteten zu diesem Zeitpunkt nur etwa 30 bis 40 Mitarbeiter. Der hauptamtliche Apparat zählte in der Ost-Berliner Zentrale und den 14 Bezirksverwaltungen, der Objektverwaltung Wismut und 193 Kreisverwaltungen[122] Anfang 1952 über 4500 Mitarbeiter, und Anfang 1953 erreichte die Mitarbeiterzahl bereits 8800.[123] Das Versagen der Staatssicherheitsorgane während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 und die innerparteilichen Machtkämpfe führten zum Sturz des ersten MfS-Ministers Wilhelm Zaisser und zu einer Neustrukturierung des gesamten MfS-Apparates, der bis November 1955 zum Status eines Staatssekretariats zurückgestuft wurde. Zugleich verstärkte man den Personalbestand unter der neuen Leitung des Ministers Ernst Wollweber[124] (bis Ende 1957) massiv. 1957 zählte der Staatssicherheitsapparat bereits 14 400 Mitarbeiter, 1961 zirka 19 100.[125]

In der SED-Führung lag die Zuständigkeit für die Staatssicherheit direkt beim SED-Chef Walter Ulbricht. Im zentralen SED-Apparat fungierte für die Anleitung und Kontrolle des MfS bis 1953 die „Militärpolitische ZK-Abteilung", danach genannt ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen. Als spezielles Beratungs- und Beschlußgremium in allen sicherheitspolitischen Fragen schuf sich die SED-Spitze im September 1953, nach dem Desaster vom 17. Juni 1953, eine Politbüro-Sicherheitskommission. Dieser Politbüro-Kommission stand Walter Ulbricht vor, als Sekretär wirkte ab Mitte 1956 Erich Honecker. Seit dieser Zeit war die Staatssicherheit in die Sicherheitskommission des Politbüros eingebunden. Zur Kommission zählten zehn bis zwölf Spitzenfunktionäre, u.a. Erich Mielke, erst Stellvertretender, ab 1957 MfS-Minister oder auch Karl Maron, Innenminister und Chef der Deutschen Volkspolizei (DVP). Die Sicherheitskommission des Politbüros wurde im Februar 1960 in den Nationalen Verteidi-

[121] Vgl. Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 9–11; Clements Vollnhals, Das Ministerium für Staatssicherheit, S. 3–5.

[122] In den 1950er Jahren waren noch verschiedene Städte und Kreise in einer MfS-Kreisverwaltung zusammengefaßt.

[123] Vgl. Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 10–12.

[124] Ernst Wollweber (1898–1967), 1919 KPD, seit 1921 hauptamtlicher KP-Funktionär und Leiter von KPD-Militärorganisationen, 1928–1932 Abgeordneter des Preußischen Landtags, nach 1933 Aufbau eines illegalen Schiffssabotage-Apparates gegen faschistische Staaten, Widerstandskampf in Skandinavien, Verhaftung in Schweden, 1944 als sowjetischer Staatsbürger Ausreise in die SU, 1946 Rückkehr nach Deutschland, 1950–1953 StS im Ministerium für Verkehrswesen, 1953–1957 StS bzw. MfS-Minister, 1958 wegen „Fraktionstätigkeit" gerichtet gegen Walter Ulbricht aus SED ausgeschlossen. Vgl. Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 79.

[125] Vgl. Clements Vollnhals, Das Ministerium für Staatssicherheit, S. 5; Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 14–19.

gungsrat der DDR umgewandelt. Personelle Besetzung, Kompetenzen und Aufgaben änderten sich nicht.[126]

Mit der Ernennung Erich Mielkes zum Minister für Staatssicherheit im November 1957 rückte ein Mann an die Spitze des Ministeriums, der seit 1945 eine zentrale Rolle beim Aufbau der politischen Polizei und des Staatssicherheitsdienstes in Ostdeutschland gespielt hatte. Mielke stand im bedingungslosen Subordinationsverhältnis zum SED-Chef Ulbricht, ein Aufstieg in der Parteihierarchie war für Mielke mit der Ernennung zum Minister nicht verbunden. Solange Walter Ulbricht an der Parteispitze stand, blieb ihm die Aufnahme in das SED-Politbüro verwehrt. Erst unter dem SED-Chef Erich Honecker stieg Erich Mielke in das SED-Spitzengremium auf, 1971 als Kandidat und 1976 als Mitglied des Politbüros.[127] Die festen personellen Koordinaten zwischen obersten Parteiinstanzen und der Staatssicherheit hießen in den 1950er und 1960er Jahren Walter Ulbricht, Erich Honecker und Erich Mielke. Nach den Entstalinisierungskrisen, den inneren Unruhen in Polen und Ungarn, dem Aufbegehren sozialistischer Intellektueller in der DDR und den wiederholten Machtkämpfen im SED-Politbüro[128] wies Anfang 1958 der SED-Chef Ulbricht seinen neuen MfS-Minister an, sich stärker auf die Bekämpfung innerer oppositioneller Kräfte im Land zu konzentrieren und die tatsächlichen oder vermeintlichen Verbindungen dieser zu westlichen Geheimdiensten und Untergrundorganisationen aufzuklären und deren Aktivitäten in der DDR zu unterbinden. Ulbricht lenkte damit den Aufgabenschwerpunkt der Staatssicherheit auf die Bekämpfung der Opposition in der DDR, die, wie es hieß, „von imperialistischer Ideologie beeinflußt, aufgeweicht und zersetzt" sei.[129] Parallel mit dieser Kursvorgabe kam es auf dem 35. Plenum des Zentralkomitees der SED Anfang Februar 1958 zur für die weitere Feindbilddefinition des MfS zentralen Tatbestands- und Begriffsschöpfung der „politisch-ideologischen Diversion", kurz „PID" genannt, mit der alle Formen innerer Opposition im Land auf den Einfluß „imperialistischer Feindzentralen" zurückgeführt wurden. Auf einer Leitungssitzung des MfS hieß es am 20. Februar 1958 erstmalig dazu: „Die ideologische Diversion ist die Methode des Feindes zur Zersetzung der Partei, um ihre führende Rolle beim Aufbau des Sozialismus zu beseitigen, zur Aufweichung der DDR und des ganzen sozialistischen Lagers."[130] Bis in die 1980er Jahre wurden Bild und Definition der „PID" ausgebaut und differenziert – wenn es hieß: „Mit der politisch-ideologischen Diversion strebt der Feind in einem […] mehrstufigen Prozeß subversive Ziele an. Sie bestehen in der langfristigen Zersetzung des sozialistischen Bewußtseins […], in der Untergrabung des Vertrauens breiter Bevölkerungskreise zur Politik der Partei und des sozialistischen Staates, in der Inspirierung antisozialistischer Verhaltensweisen […], in der Mobilisierung feindlich-negativer Kräfte in den sozialistischen Staaten, […], in der Inspirierung politischer Untergrundtätigkeit sowie im

126 Vgl. Heike Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963, S. 404–408.
127 Vgl. Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 49f.
128 Vgl. Heike Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963, S. 416–537.
129 Vgl. Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 20f.
130 Protokoll der Kollegiumssitzung, in: BStU ZA SdM 1554, Bl. 63.

Hervorrufen von Unzufriedenheit, Unruhe, Passivität und politischer Unsicherheit unter breiten Bevölkerungskreisen."[131]

Die sowjetische Präsenz im MfS-Apparat wurde ab 1958 erheblich reduziert. Das Verhältnis zum KGB prägte nun stärker Kooperation statt Subordination, erreichte aber nie den Status von Gleichberechtigung. Bei Amtsantritt Mielkes Ende 1957 umfaßte das MfS 17 400 Mitarbeiter, bis 1971 erreichte die Mitarbeiterzahl 45 500 hauptamtlich Bedienstete. Dabei wuchsen grundsätzlich alle Zweige des Apparates, überdurchschnittliches Wachstum gegenüber den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen verzeichnete der zentrale Apparat in Ost-Berlin. Unter dem SED-Chef Erich Honecker nahm die Zahl der hauptamtlich Beschäftigten weiter zu, erreichte 1980 75 000 und am Ende der DDR 1989 rund 91 000 Mitarbeiter. Diese verteilten sich auf die Ost-Berliner Zentrale, auf 15 Bezirksverwaltungen und die Bezirksverwaltung Wismut, 211 Kreisdienststellen sowie sieben Objektdienststellen (Großbetriebe/Kombinate).[132] Neben dem hauptamtlichen Mitarbeiternetz beim Staatssicherheitsministerium setzte das MfS von Anbeginn auf ein Netz „Inoffizieller Mitarbeiter" (IM), das nicht nur jede „feindliche" Aktivität bereits im Ansatz aufdecken, sondern auch mit allen konspirativen Mitteln bekämpfen sollte. Bis 1968 umfaßte das IM-Netz 100 000 Personen und stieg bis 1975 auf 180 000 an. Diese IM-Zahl wurde nicht mehr übertroffen. Die Anzahl der „Inoffiziellen Mitarbeiter" bewegte sich nahezu konstant bis 1989 zwischen 170 000 und 180 000 – mit einer hohen, 10-prozentigen Fluktuation.[133] Die Qualität des IM-Netzes stand allerdings unter fortwährender Kritik. Es wurden zu viele SED-Mitglieder geworben, viele Spitzel lieferten kaum wertvolle Informationen, und gerade aus den brisanten Bereichen, den „feindlich-negativen Kreisen", erwies sich die Rekrutierung von Zuträgern als schwierig. Das sich in den vier Jahrzehnten ständig ausweitende hauptamtliche Mitarbeiter- und IM-Netz unterstrich die paranoide Grundauffassung von SED und Staatssicherheit, die alle Dissidenz und jegliches abweichende Verhalten von Bevölkerungsgruppen und Einzelnen in der DDR pauschal auf das direkte oder indirekte Einwirken „imperialistischer Einflüsse und Geheimdienste" zurückführte.

In der ersten Hälfte der 1950er Jahre aber war, wie geschildert, das Ministerium für Staatssicherheit erst im Aufbau begriffen. Die Kontrolle von „Umsiedlerkonzentrationen", unerwünschten Selbstorganisationen und die Verfolgung kritischer Äußerungen zum Flucht- und Vertreibungsgeschehen bzw. zur Oder-Neiße-Grenze lag hauptverantwortlich bis weit in die 1950er Jahre hinein beim Ministerium des Innern, bei den Volkspolizeibehörden der Länder bzw. dann der Bezirke und Kreise. Die Staatssicherheit übernahm diesen Arbeitskomplex erst schrittweise.[134]

Wie bereits angedeutet, gerieten noch in der Aufbauphase des Ministeriums Vorgänge von – wie es hieß – „illegalen Umsiedlerorganisationen" in der DDR, die Ver-

[131] Stichwort: „Politisch-ideologische Diversion", in: Siegfried Suckut (Hrsg.), Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 303.

[132] Vgl. Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 19–25; Clemens Vollnhals, Das Ministerium für Staatssicherheit, S. 4f.

[133] Vgl. Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 30f.

[134] Vgl. Michael Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik", S. 526–528.

bindung von „ehemaligen Umsiedlern“ aus der DDR zu Vertriebenen in der Bundesrepublik und die „feindliche Tätigkeit der Umsiedler-Landsmannschaften“ in West-Berlin und Westdeutschland in das Blickfeld des Ministeriums für Staatssicherheit.[135] Dabei werden zwei Punkte auffällig: Zum einen trennte das frühe MfS in seinen Arbeitsweisungen noch nicht deutlich zwischen verbotenen „Umsiedler“selbstorganisationen in der DDR und dem Wirken von bundesdeutschen Landsmannschaften. MfS-Staatssekretär Erich Mielke erwartete im April 1951 Bericht von den MfS-Landesverwaltungen und der MfS-Verwaltung von Groß-Berlin über die Anzahl der „Geheimen Mitarbeiter“[136] unter den „Umsiedlern“, über persönliche und Postverbindungen von „Umsiedlern“ zu Vertriebenen in Westdeutschland bzw. umgekehrt, und er wünschte konkrete Mitteilungen über die Zahl und die landsmannschaftliche Zusammensetzung von „Umsiedlern“, die in den Kreisen und Ländern der DDR lebten.[137] Das letztere war insofern ungewöhnlich, als die DDR-Führung 1950 das Verbot ausgesprochen hatte, gesonderte Statistiken über die „Umsiedler“ anzufertigen.[138] Bis Ende des Jahrzehnts verfügte das MfS über eigene angefertigte Sonderstatistiken.

Der zweite auffallende Punkt zeigte, wie eng verwoben beim Ministerium für Staatssicherheit die Arbeitsschienen „Abwehr“ und „Aufklärung“ von Anfang an waren. Das MfS definierte „Abwehr“ als offensive, schwerpunktbezogene, komplexe Geheimdiensttätigkeit zur Sicherung der DDR vor Angriffen des Feindes. Die „Abwehrarbeit“ diente der Aufdeckung aller gegen die DDR gerichteten Pläne, Maßnahmen und Umtriebe des Gegners auf dem Gebiet der politischen Diversion, der Kontaktpolitik, der Organisierung politischer Untergrundtätigkeit und der Schaffung einer sogenannten inneren Opposition.[139] Unter „Aufklärung“ verstand das MfS jene geheimdienstliche Tätigkeit, die zur Gewinnung sicherer Kenntnisse über bedeutsame Personen, Organisationen und Sachverhalte führte.[140] Im Juni 1951 schlug die MfS-Zentrale der Staatssicherheitsverwaltung von Groß-Berlin vor, in einer Aktion das Einwirken des West-„Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen“ auf „Umsiedler“ in der DDR „abzuwehren“ und zugleich zu nutzen, um mit „Geheimen Mit-

135 Vgl. StS Mielke an MfS-Verwaltung Groß-Berlins, 10. April 1951, in: BStU MfS BdL/Dok. 003671, Bl. 1; Feindliche Tätigkeit der Umsiedler-Landsmannschaften, 7. Juni 1951, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 400, 401.

136 „GM“: Kategorie (zwischen 1950–1968) eines Inoffiziellen Mitarbeiters, der Verbindungen zu „feindlichen Personen“ hat und den MfS-Organen wertvolle Informationen über „antidemokratische Tätigkeiten“ liefern kann. Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 36.

137 Vgl. StS Mielke an MfS-Verwaltung Groß-Berlins, 10. April 1951, in: BStU MfS BdL/Dok. 003671, Bl. 1.

138 Es ist erwiesen, daß alle MfS-Bezirksverwaltungen ab 1959 über konkrete Vertriebenenstatistiken verfügten, die in den 1960er Jahren fortlaufend aktualisiert wurden. Zudem hatte die Staatssicherheit sich ab Ende der 1950er Jahre ein erstes grobes Netz von „Geheimen Mitarbeitern“ (GM) zur Informationsbeschaffung aus und zur Kontrolle über „Umsiedlerkreise“ geschaffen. Um eine Größenvorstellung zu geben: Die MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg verfügte im März 1959 über 285 „GMs“ in „Umsiedlerkreisen“, im Bezirk Rostock waren es 1960 331 „Umsiedler“, die für das MfS arbeiteten. Vgl. Heike Amos, Die SED-Vertriebenenpolitik 1949–1990, S. 79ff.

139 Vgl. Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 37ff.

140 Vgl. ebenda, S. 60f.

arbeitern (GMs)“ aus Ost-Berlin zu versuchen, in die West-Berliner Zentrale der Landsmannschaften einzudringen und im Sinne des MfS „aufzuklären“.[141]

Die West-Berliner Tageszeitung „Kurier“ meldete am 31. Mai 1951 einen nicht realen Aufruf der DDR-Verwaltungsbehörden an die „ehemaligen Umsiedler“ in der DDR. Diese seien aufgefordert worden, alle in ihrem Besitz befindlichen Dokumente und Urkunden, die über ihre ehemaligen Besitztümer jenseits der Oder, Immobilien, Grundstücke u. a. Auskunft gaben, bei den DDR-Behörden einzureichen. Der „Kurier“ riet den DDR-„Umsiedlern“ davon ab, dieser Aufforderung nachzukommen, und behauptete, die DDR-Behörden würden der polnischen Regierung die Urkunden aushändigen, um die Beweise über deutsche Besitztümer in den ehemaligen Ostgebieten zu vernichten. Über den „Kurier“-Artikel wurden die „Umsiedler“ hingegen aufgefordert, die Besitzurkunden in der West-Berliner Landeszentrale zur Aufbewahrung zu hinterlegen. Die MfS-Zentrale schlug als Reaktion ein öffentliches Dementi über die „bewußte Hetze gegen die DDR“ vor.[142] Außerdem wollte man in eigener Sache aktiv werden und zu folgender Gegenmaßnahme greifen: „Unsere GMs aus Umsiedlerkreisen, welche aufgrund ihrer Umsiedlung Besitztum zurücklassen mußten, […] [werden aufgefordert, …] sich mit der Zentrale der Landsmannschaften in Westberlin, Stresemannstraße, in Verbindung […] zu setzen […] und nachzufragen, wie sie sich nach diesem Artikel nun verhalten sollen. Dabei müssen die GMs feststellen, wer die verantwortlichen Leiter der Landsmannschaften sind und die in der Zentrale beschäftigten Angestellten. Wichtig dabei ist festzustellen, ob die Angestellten noch Verwandte in der DDR zu wohnen haben.“[143] Der zuständige und anweisende MfS-Inspekteur Bruno Beater[144] meinte abschließend: „Durch diesen Artikel besteht die Möglichkeit, daß unsere GMs auf dem aufgezeigten Weg in die Zentrale der Landsmannschaften […] gelangen. Über die durchgeführte Arbeit ist uns bis zum 15. Juli 1951 zu berichten.“[145] Wie diese Berichte aussahen und wie erfolgreich diese Aktion war, ist nicht überliefert. Anschaulich wird hier bereits, wie eine Arbeitsweise der Staatssicherheit aussah: Jede sich bietende Gelegenheit nutzen, langfristig denken, Spitzel plazieren und Kontaktwege in die DDR erkunden.

Vom 7. Februar 1952 datiert eine erste Weisung zur systematischen geheimdienstlichen Beobachtung der Dachorganisation „Vereinigung Ostdeutscher Landsmannschaften“ in West-Berlin und Westdeutschland.[146] Staatssekretär Erich Mielke wies

[141] Vgl. Feindliche Tätigkeit der Umsiedler-Landsmannschaften, 7. Juni 1951, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 400, 401.

[142] Vgl. ebenda, Bl. 400.

[143] Vgl. ebenda.

[144] Bruno Beater (1914–1982), Zimmermann, 1933–1944 Wehrmacht, 1944 übergelaufen zur Roten Armee, Frontpropagandist des NKFD, Antifa-Kurse, 1945/46 KPD/SED, 1945 Einstellung bei der Polizei, Mitaufbau der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft in Brandenburg, 1950 Leiter der Abteilung V (Untergrund) des MfS, seit 1955 Stellvertreter des Ministers, ab 1964 1. Stellvertreter des Ministers, 1963 Kandidat, ab 1973 ZK-Mitglied, 1980 Rang eines Generaloberst. Vgl. Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 7.

[145] Feindliche Tätigkeit der Umsiedler-Landsmannschaften, 7. Juni 1951, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 401.

[146] Vgl. Vereinigung Ostdeutscher Landsmannschaften (VOL), 7. Februar 1952, in: BStU MfS BdL Dok. 003678, Bl. 1.

die Chefs der MfS-Landesverwaltungen an, „in allen Abteilungen sofort festzustellen, in welcher Art die „Vereinigung Ostdeutscher Landsmannschaften“ in Erscheinung getreten ist“. Er bezichtigte dabei die VOL, im Auftrag des sogenannten Kaiserministeriums, also des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen unter Minister Jakob Kaiser[147], die „Umsiedler“ in Ost und West für „feindliche Handlungen in der DDR“ anzuwerben. Wieder forderte Mielke, Auskunft zu erhalten, wie viele „Geheime Mitarbeiter“ auf den Dachverband der ostdeutschen Landsmannschaften „angesetzt“ und welche geheimdienstlichen Vorgänge bereits in Bearbeitung wären.[148] Aufgrund der beiden aufgezeigten frühen Fällen kann man vermuten, daß das MfS durch Aktivitäten von organisierten Vertriebenen in West-Berlin und Westdeutschland auf die bundesdeutschen Vertriebenenverbände aufmerksam wurde.

Eine erste MfS-interne, dreiseitige „Analyse der Arbeit der Umsiedlerorganisationen[149] – Landsmannschaften“ lag im Mai 1952 vor.[150] Sprachlich ganz in der Diktion des Kalten Krieges, aber durchaus faktenreich, listete ein MfS-Sachbearbeiter in der Analyse 13 aktive Landsmannschaften auf, darunter auch die großen Landsmannschaften wie die der Sudetendeutschen, der Schlesier, Ost- und Westpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg-Neumärker (sic). Er erklärte ihre Organisationsweise – nach dem Herkunftsprinzip und nach dem neuen Wohnortprinzip in der Bundesrepublik. Der MfS-Mann beschrieb die Existenz der beiden Organisationstypen, zum einen den Dachverband „Bund Vertriebener Deutscher“ und zum anderen die Landsmannschaften. Als Ursache und Sinn der Existenz von Vertriebenenorganisationen in West-Berlin und Westdeutschland benannte das MfS-Papier die „Kriegspläne der aggressiven deutschen und amerikanischen Imperialisten“, die Hoffnungen setzen „auf die Millionen Umsiedler, denen sie bewußt keine neue Heimat geben, sondern sie ihrem Elend überlassen. […] Der ‚Bund Vertriebener Deutscher‘ […] soll als Dachorganisation […] zirka 10 Millionen Umsiedler organisatorisch erfassen […]“[151] Kurz charakterisierte die Expertise die Zusammensetzung der Vorstände der Landsmannschaften und des BVD, um dann etwas konkreter auf den Landesverband von West-Berlin einzugehen. Der „Landesverband der Heimatvertriebenen“ habe seinen Sitz im „Haus der Ostdeutschen Heimat“[152] in Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 83, wo auch die

147 Jakob Kaiser (1888–1961), geboren in Hamburg, gestorben in West-Berlin; Zentrumspolitiker und 1933 MdR, während der NS-Zeit im Widerstand und zeitweise in Gestapo-Haft, 1945 Mitbegründer der CDU in der SBZ, 1947 von der SMAD abgesetzt, geht nach West-Berlin, favorisiert (vergeblich) im Gegensatz zu Adenauer ein blockfreies, Brückenfunktion ausübendes Deutschland, 1949–1957 MdB und Minister für Gesamtdeutsche Fragen. Vgl. Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969; Erich Kosthorst, Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart 1972.

148 Vgl. Vereinigung Ostdeutscher Landsmannschaften (VOL), 7. Februar 1952, in: BStU MfS BdL Dok. 003678, Bl. 1.

149 Es sei nochmals unterstrichen, daß das MfS auch intern nie von Vertriebenenorganisationen in West-Berlin bzw. Westdeutschland, sondern immer von „Umsiedlerorganisationen“ sprach.

150 Vgl. die Analyse vom 24. Mai 1952, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 44–46.

151 Ebenda, Bl. 44.

152 Von 1949 bis 1951 hatten der West-„Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen“ und einige ostdeutsche Landsmannschaften ihren Sitz in Berlin-Kreuzberg, in der Stresemannstraße 30. Von 1951 bis 1961 war das „Haus der ostdeutschen Heimat“, die Zentrale der Vertriebenenorga-

einzelnen ostdeutschen Landsmannschaften ihre Berliner Vertretung unterhielten. Den Vorsitz des West-Berliner Landesverbands übte Dr. Alfred Rojek[153] aus, den das MfS nicht näher vorstellte. Der West-Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen organisiere auf Kreisverbandsebene monatliche Mitgliederversammlungen. Einladungen dazu gingen auch über Kuriere nach Ost-Berlin und in die DDR. Auch dazu erfolgte kein weiterer MfS-Kommentar. Dem BVD und den Landsmannschaften sagte die Staatssicherheit zutreffend enge Beziehungen zum Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen[154] und zum Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte nach.[155] Als politisches Ziel der Landsmannschaften und des West-Berliner Landesverbandes benannte die MfS-Analyse die „Wiedergewinnung der alten östlichen Gebiete mit Waffengewalt". Um das durchzusetzen, sei die politische Arbeit der organisierten Flüchtlinge und Vertriebenen auf das „Wecken des Heimatgefühls durch die Pflege alter Sitten und Gebräuche", die „Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze und die fortschrittliche Entwicklung in der DDR", die „bewußte Spaltung des deutschen Volkes in Alteingesessene und Umsiedler" sowie die Erzeugung von „Verwirrung der Umsiedler durch die Propagierung des sogenannten Lastenausgleichs" gerichtet.[156]

Abschließend unterstrich das MfS-Papier die für die organisierten Vertriebenen sehr gefährliche Verdächtigung, daß die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" (KgU) für ihre „Sabotage- und Diversionsakte gegen die DDR" Mitglieder aus dem Kreis des „Bundes Vertriebener Deutscher" und „Umsiedler" aus der DDR anwerbe.[157] Die KgU war eine militante, antikommunistische, vorwiegend vom US-Ge-

nisationen in West-Berlin, in Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 83, gelegen. Seit 1961 befand sich das Haus wieder in Berlin-Kreuzberg, dann in der Stresemannstraße 90–102. Das „Haus der ostdeutschen Heimat" hieß so bis 1974, dann nannte man es „Deutschlandhaus". Das Gebäude liegt zentral in Berlins Mitte, nahe dem ehemaligen Anhalter Bahnhof. Der Bund der Vertriebenen und die ostdeutschen Landsmannschaften hatten dort bis 1999 – bis die Bundesförderung eingestellt wurde – ihre Büros bzw. Ausstellungsflächen. Auf Beschluß der Bundesregierung 2008 wird das Haus Sitz des „Dokumentationszentrums über Vertreibung".

153 Dr. Alfred Rojek (1897–1975), geboren in Boguschowitz/Oberschlesien, Jurist, leitet 1927–1935 die Angestellten-Gewerkschaft in Oberschlesien, Mitglied des Stadtparlaments von Kattowitz, 1939 und 1944 inhaftiert, bis 1945 Syndikus verschiedener deutscher Industriefirmen, nach 1945 CDU, in Berlin-Neukölln Bezirksverordneter, später im Abgeordnetenhaus West-Berlin, 1951–1959 Stadtrat in Berlin-Neukölln, seit 1949 Gründer und bis 1959 1. Vorsitzender des „Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen". Vgl. http://www.luise-berlin.de.

154 Leitende Mitarbeiter des Gesamtdeutschen Ministeriums (BMG) ließen sich in den 1950er Jahren in die vom State Department und dem amerikanischen Geheimdienst verflochtene Strategie der „psychologischen" Kriegsführung, der Befreiungspolitik und subversiver Aktionen, durch die eine Destabilisierung der DDR erreicht werden sollte, einbinden. Das BMG unterstützte zusammen mit dem amerikanischen Geheimdienst und deutschen Nachrichtenstellen antikommunistische Befreiungsorganisationen wie KgU, UfJ, die Ostbüros von CDU, SPD, FDP. Die Kontaktaufnahme mit diesen Organisationen und westlichen Nachrichtendiensten bezahlten Tausende von DDR-Bürgern mit hohen Zuchthausstrafen und einige auch mit ihrem Leben. Vgl. Stefan Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 208 ff., 438 ff.

155 Vgl. Analyse der Arbeit der Umsiedlerorganisationen – Landsmannschaften, 24. Mai 1952, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 45, 46.

156 Ebenda, Bl. 46.

157 Ebenda.

heimdienst finanzierte Organisation, die aus West-Berlin in die DDR hineinwirkte. Ihr Ziel war es, zur Destabilisierung der politischen Verhältnisse in der DDR beizutragen. Die KgU hatte es sich zur Aufgabe gemacht, vom sowjetischen Geheimdienst verschleppte Deutsche zu suchen, Freiheits-Parolen und Schriften in Ostdeutschland zu verbreiten, über die Aktivitäten des Staatssicherheitsdienstes aufzuklären sowie nachrichtendienstliche Informationen aus der DDR zu sammeln und Wirtschaftssabotageakte in der DDR durchzuführen. Die DDR-Polizei, das MfS und die sowjetische Besatzungsmacht gingen mit äußerst drastischen Maßnahmen gegen KgU-Protagonisten und andere ähnlich organisierte Westdeutsche bzw. Westberliner vor.[158]

Die ersten Meldungen und Analysen über die Landsmannschaften, den BDV und den West-Berliner Landesverband der Vertriebenen waren in der Ost-Berliner MfS-Zentrale, in der Abteilung V, Referate C und D erstellt worden. Damit läßt sich nachweisen, daß dort spätestens seit Frühjahr 1951 die geheimdienstliche Zuständigkeit für die sogenannte Arbeitslinie Umsiedler, Landsmannschaften und ihre Dachorganisationen VOL und BVD in West-Berlin und Westdeutschland lag. Auf Landesebene und für Groß-Berlin galt die gleiche Zuständigkeit: Abteilung V, Referate C und D und auf Kreisebene der Arbeitsbereich V, der noch nicht weiter strukturiert war.[159] In einer Dienstanweisung des MfS-Staatssekretärs Mielke vom 17. September 1952 ging der Arbeitsbereich „Arbeit mit Umsiedlerorganisationen/Landsmannschaften“ und „Vereinigung Politischer Ostflüchtlinge“ (VPO) an das neu eingerichtete Referat E.[160] Hauptaugenmerk der Dienstanweisung lag auf der Gewinnung „Geheimer Mitarbeiter“ aus dem westdeutschen Vertriebenenmilieu und die „straffere Führung“ dieser Spitzel und ihrer Bearbeitungsvorgänge im MfS.[161] Die „Vereinigung Politischer Ostflüchtlinge“ war eine vom Ostbüro der West-CDU unterstützte Organisation, die sowohl Flüchtlinge und Vertriebene als auch die sogenannten Republikflüchtlinge aus der DDR vereinte. Und auch hier suchte das MfS nach „GMs“, um diese „Spionageorganisation gegen die DDR“ geheimdienstlich zu unterwandern und zu zerschlagen.[162] Eine Unterscheidung zwischen Vertriebenen und „Republikflüchtlingen“ war in den 1950er Jahren nicht immer zu treffen. Zwischen 1949 und 1961 verließen rund 2,8 Millionen Bürger der DDR das Land in Richtung Westen. Darunter waren zirka 750 000 bis 900 000 Vertriebene.[163]

[158] Die KgU existierte zwischen 1948 und 1959. 1951/52 wurden 180 KgU-Mitglieder verhaftet, 42 Todesstrafen wurden verhängt und ausgeführt. Es ist wahrscheinlich, daß es Kontinuitäten gab zwischen der KgU und entsprechenden antikommunistischen Organisationen wie z. B. dem „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen“ (UfJ). Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/KgU; Jochen Staadt, Vergeßt sie nicht! Freiheit war ihr Ziel – Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, S. 60–79.

[159] Vgl. „Haus der ostdeutschen Heimat“, BVD und Landsmannschaften 1952, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 16, 32–34, 44–46.

[160] Vgl. Dienstanweisung Nr. 6/52, 17. September 1952, in: BStU MfS BdL Dok. 0002071, Bl. 1, 6.

[161] Vgl. ebenda, Bl. 1–13.

[162] Vgl. MfS-Dienstanweisung zur „Vereinigung der Politischen Ostflüchtlinge“, 4. September 1953, in: BStU MfS 3940/53, Bl. 1–17.

[163] Vgl. Helge Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961, S. 41–48, 62–68; Hermann Weber, DDR. Ein Grundriß, S. 288–305.

Im Herbst 1953 fand eine Umbenennung der Abteilung V in Hauptabteilung V auf zentraler MfS-Ebene statt.[164] Auf der Ebene der MfS-Bezirksverwaltungen verblieben die Abteilungen V, genauso die Arbeitsbereiche V in den MfS-Kreisdienststellen. Die Hauptabteilung V des MfS, kurz auch „Untergrund" genannt, war insgesamt zuständig für die Bekämpfung des politischen Untergrunds, Überwachung der Kirchen, Blockparteien, Massenorganisationen. Konkreter hieß das: Zum einen hatte die Hauptabteilung die geheimdienstliche Überwachung und Bekämpfung der SPD, CDU, FDP sowie ihrer jeweiligen „Ostbüros", des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der besagten „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" und ähnlicher gegen die Existenz der DDR und der SED-Herrschaft gerichteter Organisationen zu tätigen. Zum anderen ging es darum, die Kontrolle und Überwachung der Blockparteien in der DDR, der Kirchen und Religionsgemeinschaften und als „gegnerisch" eingestufte politische Gruppierungen („Trotzkisten und Titoisten" usw.) zu sichern.[165] Deutlich wird hier, daß die MfS-Hauptabteilung V sowohl Aufgaben der Bekämpfung und Überwachung westdeutscher Organisationen und Parteien und deren Aktivitäten bezogen auf die DDR übertragen erhielt als auch die Kontrolle und Überwachung ostdeutscher Gruppierungen und Parteien. Diese Bereiche gehörten deshalb zusammen, da nach bereits dargestellter Denkart der Staatssicherheit jede tatsächliche bzw. vermeintliche oppositionelle Bewegung in der DDR nur durch westdeutsche Initiatoren hervorgerufen werden konnte. Die Zuständigkeit der Hauptabteilung V für bundesdeutsche Parteien und Organisationen bezog sich in der Regel auf die „Abwehr"; die sogenannte geheimdienstliche Aufklärung lag in der Hand der MfS-Hauptabteilung XV von Markus Wolf[166], ab 1956 der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A).[167] Aber auch das war in der Realität so streng nicht zu trennen.

Die besagte Hauptabteilung V war ab Mitte der 1950er Jahre in fünf Abteilungen gegliedert, Abteilung 3, Referat III, hatte die Zuständigkeit auch für „Umsiedler und Umsiedlerorganisationen" erhalten.[168] Das konkrete Sachgebiet im Referat III hieß: „Vereinigung der Landsmannschaften, Bund Vertriebener Deutscher, Haus der Ostdeutschen Heimat und Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten".[169] Daran ist erkennbar, daß das MfS die Flüchtlinge und Vertriebenen bzw. ihre Organisationen in West-Berlin und in der Bundesrepublik unter „Bearbeitung" stellte und nicht die „ehemaligen Umsiedler" in der DDR, ihre möglichen Selbstorganisationsversuche

164 Die Umstrukturierung im MfS war eine Folge der Ereignisse vom 17. Juni 1953.

165 Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 3, 11.

166 Markus Wolf (1923–2006), 1933–1945 in der Emigration, vorwiegend in der SU, 1942 KPD, bis 1949 beim Berliner Rundfunk, dann Außenpolitischer Nachrichtendienst (APN), Leiter des APN und 1953 Eingliederung in das MfS, Leiter der HA XV (ab 1956 HV A), Stellvertretender Minister, 1980 Generaloberst, 1986 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden, schriftstellerisch tätig, 1990 Flucht in die SU, 1991 Festnahme in der Bundesrepublik, Verurteilungen zu Haft auf Bewährung. Vgl. Markus Wolf, Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1997; Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 77 f.

167 Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 81.

168 Die Zuständigkeiten insgesamt: „Bürgerliche Parteien" (LDPD, CDU), Ostbüros von CDU und FDP, Kirchen, Umsiedler. Vgl. ebenda, S. 15.

169 Vgl. Struktur der Hauptabteilung V, 3. Januar 1951, in: BStU MfS BdL Dok. 003784, Bl. 1, 7; Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 15, 79 f.

oder denkbare Kritik an der DDR-„Umsiedlerpolitik“ bzw. der Oder-Neiße-Grenze. Auf der Ebene der Bezirksverwaltungen blieb die Abteilung V, Referat III, für gleiche Aufgaben verantwortlich, auf der Kreisebene setzte sich diese Zuständigkeit fort.

Von 1950 an gehörte die Abteilung/Hauptabteilung V zum Verantwortungsbereich von Erich Mielke. Abteilungsleiter war von 1950 bis November 1955 Bruno Beater, ihm folgte bis 1963 Fritz Schröder. Die Namen der Stellvertretenden Abteilungsleiter lauteten bis Anfang der 1960er Jahre Otto Knye, Hugo Treßelt, Erich Jamin.[170] Bruno Beater, der ab April 1950 die Abteilung V des MfS von Groß-Berlin leitete, hatte nur vier Monate später die Funktion auf Ministeriumsebene inne. Schon nach knapp zweijähriger Leitung der Hauptabteilung war Beater 1955 zu einem der Stellvertreter des Ministers aufgestiegen. Beaters Nachfolger in der Funktion des Hauptabteilungsleiters wurde der 1915 in Ostpreußen (!) geborene Fritz Schröder, der nach Wehrmacht, sowjetischer Kriegsgefangenschaft und „Antifa-Lehrgängen“ 1945 zunächst in den Polizeidienst eintrat und 1950 zum MfS kam. Von dieser Zeit an war er Leiter einer Abteilung V „Untergrund“ zunächst bei der MfS-Länderverwaltung Brandenburg, dann der Bezirksverwaltung Cottbus. Die Hauptabteilung V auf zentraler Ebene führte er bis 1963.[171] Die Abteilung 3 der Hauptabteilung V wurde Mitte der 1950er Jahre von einem Major Kurt Schumann geführt. Nähere Lebensdaten sind hier nicht bekannt.

Im Jahr 1955 waren in der Hauptabteilung V „Untergrund“, Abteilung 3 „Bürgerliche Parteien, Kirchen“, Referat III, zwei Mitarbeiter für das Sachgebiet „Umsiedler, Umsiedlerverbände VOL, BVD, BHE“ tätig.[172] Auf der Ebene der MfS-Bezirksverwaltungen waren in der Abteilung V, Referat III – überschrieben mit „Bürgerliche Parteien“ – jeweils zwischen vier und sechs Mitarbeiter zuständig.[173] In den 14 Bezirksverwaltungen der DDR waren somit insgesamt etwa 17 Mitarbeiter auf dem Sachgebiet der geheimdienstlichen Bearbeitung der Vertriebenenverbände (VOL, BVD, BHE) in West-Berlin und Westdeutschland beschäftigt, mit den Ost-Berliner Bearbeitern waren es also insgesamt etwa 20 MfS-Bearbeiter für das besagte Sachgebiet.[174] Man kann vermuten, daß bei den MfS-Kreisdienststellen (rund 200 Kreisdienststellen existierten 1955) jeweils ein bis zwei Sachbearbeiter auch für die Bereiche „Bürgerliche Parteien LDPD, CDU, Ostbüros der CDU-West und FDP, Kirchen und Umsiedler“ hauptamtlich verantwortlich waren. Diese Mitarbeiterzahlen auf al-

[170] Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 173; Zu den Lebensläufen von Knye und Jamin in: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 34, 38.

[171] Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 12, 17; Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 7, 65.

[172] Eingeplant waren für das Referat insgesamt sechs Mitarbeiter, besetzt waren drei Stellen. Vgl. Struktur der Hauptabteilung V, 3. Januar 1955, in: BStU MfS BdL Dok. 003784, Bl. 7.

[173] Die MfS-Abteilung V, Referat III „Bürgerliche Parteien“, die auch die „Umsiedlerorganisationen einschlossen“, verfügten über folgende Mitarbeiter: Rostock 5, Schwerin 5, Neustrelitz 4, Potsdam 6, Frankfurt 3, Cottbus 6, Magdeburg 4, Halle 8, Erfurt 7, Gera 4, Suhl 5, Dresden 4, Leipzig 5, Karl-Marx-Stadt 6, Groß-Berlin 9, Wismut keinen. Vgl. Besetzung der Abteilung V in den Bezirksverwaltungen, 3. Januar 1955, in: BStU MfS BdL Dok. 003784, Bl. 2

[174] In der Hauptabteilung V in Ost-Berlin waren 1955 von 200 Planstellen nur 140 besetzt. In allen Abteilungen V aller MfS-Bezirksverwaltungen waren 389 Planstellen vorhanden. Im jeweiligen Referat III der Abteilungen V aller Bezirksverwaltungen waren 1955 81 Mitarbeiter tätig. Vgl. ebenda; Thomas Auerbach, Hauptabteilung XX, S. 15f.

len Ebenen des Staatssicherheitsdienstes für das Sachgebiet „Vereinigung der Landsmannschaften, Bund Vertriebener Deutscher, Haus der Ostdeutschen Heimat, Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“[175] werden sich in den folgenden drei Jahrzehnten ausgeweitet haben.

Zum Ende der 1950er Jahre entwickelte sich das MfS weiter in Richtung „Ideologie-Polizei“, und die Hauptabteilung V in Ost-Berlin bzw. Abteilungen V auf Bezirksebene bildeten den „ideologiepolizeilichen“ Kern des Staatssicherheitsapparates. Zur Systematisierung und Verbesserung der „Abwehrarbeit gegen die politisch-ideologische Diversion“ wurde die Bildung einer zentralen Auswertungsgruppe beschlossen, die an die Hauptabteilung V angebunden war.[176] Die MfS-Querschnittseinheit Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) in Ost-Berlin sammelte Fakten und fertigte Analysen über die sogenannten Zentren der politischen Diversion. Ihre Entsprechung fand die ZAIG in den Auswertungs- und Kontrollgruppen (AKG) in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS. Die ZAIG war 1965 gebildet worden, die Vorläufer waren seit 1953 die „Arbeitsgruppe Information“ sowie die 1960 gegründete „Zentrale Informationsgruppe“ (ZIG).[177] Diese MfS-Einheiten bildeten ein System zur Informationssammlung und –verarbeitung für die SED- bzw. DDR-Entscheidungsträger. Die Berichte und Expertisen der MfS-Auswertungs- und Informationsgruppen waren relativ breit angelegt und präzise, bewegten sich jedoch analytisch weitgehend im Rahmen der vorgegebenen Parteiideologie und ihres „Feindbildes“. Die potentielle Funktion der Auswertungs- und Informationsgruppen auf zentraler und Bezirksebene als korrektiv wirkende „Ersatzöffentlichkeit“ wurde durch Erfolgszwänge und ideologische Disziplinierung der beteiligten Mitarbeiter im Staatssicherheitsdienst weitgehend konterkariert.[178]

1963/64 kam es zu Reorganisationen im Ministerium für Staatssicherheit. Seit Anfang 1964 führte die Hauptabteilung V die neue Bezeichnung Hauptabteilung XX.[179] Als kommissarischer Leiter übernahm Paul Kienberg die Hauptabteilung. Kienberg, 1926 in Mühlberg/Elbe geboren, war (halb)jüdischer Abstammung, trat 1945 der KPD bei und kam über die Volkspolizei 1950 zum MfS in die Hauptabteilung V. 1965 übernahm Kienberg die Funktion des Hauptabteilungsleiters, die er bis zur Auflösung des MfS 1989 ausübte.[180] Die zwei Stellvertretenden Abteilungsleiter hießen Heinz Volpert und Rudolf Stange.[181] Die Hauptabteilung XX war in sechs Abteilungen gegliedert. Die Abteilung 5, Referat I, hatte die geheimdienstliche Zuständigkeit für den „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, die Ostbüros von SPD und CDU und andere ‚Feindorganisationen im Westen“.[182] Als „Feindorganisationen im Westen“, so der zeitgenössische Ausdruck der 1960er Jahre, zählten die Vertriebenenver-

[175] Vgl. Struktur der Hauptabteilung V, 3. Januar 1955, in: BStU MfS BdL Dok. 003784, Bl. 7.
[176] Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 21.
[177] Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 95.
[178] Vgl. Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 40.
[179] Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 22.
[180] Vgl. Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit, S. 37.
[181] Zu ihren Biographien, in: Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 23.
[182] Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 23f.

bände, die ostdeutschen Landsmannschaften, die Dachorganisation „Bund der Vertriebenen", ihre Aktivitäten, Großveranstaltungen und ihre jeweiligen „Häuser". Diese Zuständigkeiten blieben auch in den 1970er und 1980er Jahren. Die MfS-Hauptabteilung XX, überschrieben mit „Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen Kultur, ‚politischer Untergrund'", dort die Abteilung 5, bezeichnet als „Westarbeit", blieb bis 1989 federführend bei der Bekämpfung der sogenannten Zentren der politisch-ideologischen Diversion in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin[183] und war damit für einen wichtigen Zweig der „Westarbeit" des MfS zuständig.[184] Die Hauptabteilung XX/5 hatte bis 1989 die geheimdienstliche Bearbeitung und Überwachung der Vertriebenenorganisationen, ihrer Ziele und Aktivitäten in der Bundesrepublik und in West-Berlin zu gewährleisten.

Es wird behauptet, daß der eigentliche Kern des Ministeriums für Staatssicherheit die Hauptabteilung XX war. Eine solche Stellung scheint aufgrund des verhältnismäßig geringen Umfangs von etwa 460 Mitarbeitern (1989) in der Ost-Berliner Zentrale und etwa doppelt so vielen in den MfS-Bezirksverwaltungen fragwürdig. Aber die Behauptung verweist zu Recht auf die zentrale Bedeutung dieser Abteilung für die Bekämpfung von oppositionellen Regungen in der DDR, die nach MfS-Überzeugung nur „vom Westen angezettelt" sein konnten. Hier war der Kampf gegen die „politisch-ideologische Diversion" (PID) angesiedelt, hier wurden die Kirchen, der Kultur- und Medienbetrieb, die Blockparteien, die gesellschaftlichen Organisationen, das Gesundheits- und Bildungswesen überwacht. Bei der Verfolgung von oppositionellen Aktivitäten gehörte in den Aufgabenbereich der Hauptabteilung XX auch die geheimdienstliche „Bearbeitung" der „Zentren der politisch-ideologischen Diversion", das heißt die Informationsbeschaffung und die operative Tätigkeit in Westdeutschland und West-Berlin.[185] Hierunter fielen auch die organisierten Flüchtlinge und Vertriebenen und ihre Verbände wie die ostdeutschen Landsmannschaften und der Bund der Vertriebenen mit ihren Funktionären. Als Hauptarbeitsfeld der Hauptabteilung XX/5 der Staatssicherheit wurden die Vertriebenenverbände und ihre Funktionäre und Politiker jedoch nicht betrachtet.

In der gesamten MfS-Hauptabteilung XX in Ost-Berlin waren 1965 166 Mitarbeiter beschäftigt, 1975 258 Mitarbeiter und 1985 415. Auf der Ebene der sogenannten Bearbeitungslinie XX der MfS-Bezirksverwaltungen gab es 1975 767 und 1985 891 Mitarbeiter. Festzuhalten bleibt, daß die besagte Linie XX in den Bezirken, insgesamt gesehen, personell stärker besetzt war als in der Zentrale. Die MfS-Kreisdienststellen

[183] 1965 fertigten MfS-Mitarbeiter der Juristischen Hochschule Potsdam ein 587 Seiten umfassendes Exposé mit dem Titel „Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion". Auf 12 Seiten Inhaltsverzeichnis werden die „Zentren der politisch-ideologischen Diversion" aufgelistet. Dazu zählten auch die „Landsmannschaften" und der „Bund der Vertriebenen" (BdV). An den vorderen Stellen der Auflistung stehen u.a. BMG, Kuratorium Unteilbares Deutschland, Rundfunk und Fernsehen (ARD, ZDF) in der Bundesrepublik, „Bildungs-, Forschungs- und Propagandazentralen" wie die Bundeszentrale für politische Bildung, Friedrich-Ebert-Stiftung … oder die Ostbüros der CDU, SPD usw. Vgl. den Katalog, Dezember 1965, in: BStU MfS BV Berlin, Abteilung II 477, Bl. 2–19.

[184] Vgl. Thomas Auerbach u.a., Hauptabteilung XX, S. 28f., 31.

[185] Vgl. Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90, S. 34f.

hatten solche abgegrenzten Verantwortungsbereiche wie auf der Bezirksebene bzw. der Zentrale nicht.[186] Die MfS-Kreisdienststellen dürften in der geheimdienstlichen Bearbeitung der „Zentren der politisch-ideologischen Diversion" kaum eingebunden gewesen sein. Ausnahmen waren dort, wo organisierte Vertriebene aus Westdeutschland regelmäßig Vertriebenenzeitschriften in die DDR schickten oder – zumindest bis 1961 – „ehemalige Umsiedler" aus der DDR zu Vertriebenentreffen nach West-Berlin bzw. in die Bundesrepublik reisten. Ab Mitte der 1960er Jahre erfolgte dann die Beobachtung von Reisen organisierter Vertriebener und Vertriebenenfunktionäre der mittleren und unteren Ebene zu ehemaligen Landsleuten in der DDR, soweit sie bekannt wurden. Diese landsmannschaftlich begründeten deutsch-deutschen Kontakte wurden in der DDR vor Ort, also durch die MfS-Kreisdienststellen registriert.[187] Es sei nochmals darauf verwiesen, daß die Zuständigkeit der MfS-Hauptabteilung XX/5 für die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik und in West-Berlin sich schwerpunktmäßig auf die „Abwehrarbeit" bezog, die „geheimdienstliche Aufklärung" der Landsmannschaften oder der Vertriebenen-Dachverbände – z. B. die Gewinnung, Einschleusung und „Führung" von Agenten und deren Informationslieferungen – lag zwar nicht in allen Fällen, aber in der Hauptsache bei der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS von Markus Wolf bzw. den Abteilungen XV der Bezirksdienststellen.[188] Das Ausspionieren der Vertriebenenverbände und ihrer Funktionäre gehörte bei der HV A zur politischen Spionage[189]. Die Abteilung II[190], Referat 3 der Hauptverwaltung Aufklärung befaßte sich mit Organisationen der sogenannten ideologischen Diversion, also auch mit den Landsmannschaften und dem Bund der Vertriebenen.[191]

Die Tätigkeitsfelder der MfS-Hauptabteilung XX/5 mit ihren fünf Referaten umfaßten zwischen 1964 und den 1980er Jahren die „Bekämpfung der staatsfeindlichen Republikflucht", der „Republikflucht" von DDR-Bürgern über Drittländer und die „Bekämpfung westlicher Fluchthilfeorganisationen". Weitere Aktivitäten dieser Hauptabteilung richteten sich gegen die besagten „Zentren der politisch-ideologischen Diversion" in West-Berlin und in der Bundesrepublik, da die Staatssicherheit von diesen Organisationen eine inspirierende Wirkung auf die „politische Untergrundtätigkeit" in der DDR vermutete und fürchtete. Zu der ganzen Palette an „Zentren der politisch-ideologischen Diversion" zählten die Vertriebenenverbände –

186 Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 35–38.

187 Vgl. Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg 265, Bl. 2–118; Information über die Gefährlichkeit und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland, 1960, in: ebenda, AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 107–137.

188 Es werden in der Studie Einzelfälle von „West-IMs" dargestellt, die von der MfS Hauptabteilung XX/5, in anderen Fällen von der HV A geführt wurden.

189 Die politische Spionage machte nur 19 Prozent der HV A-Spionage aus, Wirtschaftsspionage immerhin 39 Prozent.

190 HV A, Abteilung II, hieß 1989 „Aufklärung der Organisationen in der BRD": „Aufklärung und Bearbeitung der Führungsgremien der politischen Parteien, Organisationen, Gewerkschaften, Verbände und Stiftungen der BRD sowie der Kirchen, religiösen Gemeinschaften […] sowie der Friedensbewegung in der BRD und von Amnesty international." Roland Wiedmann, Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, S. 369.

191 Helmut Müller-Enbergs, Was wissen wir über die DDR-Spionage?, S. 52 f.

im zeitgenössischen Sprachgebrauch die „Umsiedler und revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland". In den 1970er und 1980er Jahren kamen neue Schwerpunktaufgaben hinzu wie die „Überwachung und Bekämpfung" von Einrichtungen der bundesdeutschen Ost- und Deutschlandforschung, verschiedener „Schutz- und Freiheitskomitees" in West-Berlin für inhaftierte DDR-Bürgerrechtler und die geheimdienstliche Kontrolle von Gruppen der bundesdeutschen Friedens-, Menschenrechts- und Ökologiebewegung, die Kontakte mit gleichgesinnten DDR-Gruppen suchten.[192] In den 1980er Jahren intensivierte sich die Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung XX/5 und der Hauptverwaltung Aufklärung bei der „Erkennung, Aufklärung und operativen Bearbeitung" von sogenannten Feindorganisationen und feindlichen Personengruppen im „Operationsgebiet", die als Initiatoren für politische Untergrundtätigkeit in der DDR angesehen wurden. Ein spezifischer Schwerpunkt aber scheint die „Abwehr und Aufklärung" der Vertriebenenorganisationen in der Bundesrepublik und in West-Berlin durch das Ministerium für Staatssicherheit nicht gewesen sein.[193]

Die MfS-Hauptabteilung XX, Abteilung 5 mit ihren wiederum fünf Referaten, stand zwischen 1964 und 1986 unter der Leitung von MfS-Oberstleutnant Artur Willmann. Ihm folgte der 1933 geborene Hans Buhl nach. Buhl diente seit den 1960er Jahren in der MfS-Hauptabteilung XX, zunächst als Referatsleiter, später als Abteilungsleiter.[194] In der Hauptabteilung waren 1972 38 Mitarbeiter beschäftigt, ab 1975 28. Diese Zahl blieb bis 1989 in etwa konstant. In den 15 MfS-Bezirksverwaltungen arbeiteten auf der „Linie XX/5" um 1970 62 Mitarbeiter, das waren im Durchschnitt vier Mitarbeiter pro Bezirksverwaltung. Auch diese Zahl änderte sich im Laufe der Jahre kaum.[195] Auf dem Gebiet der „Aufklärung und Bearbeitung" der gesamten Palette der „Feindorganisationen im Operationsgebiet" waren demzufolge vier Mitarbeiter auf der zentralen Ebene in Ost-Berlin zuständig und höchstens gerade einmal ein Mitarbeiter auf Bezirksebene.[196] Demzufolge ist davon auszugehen, daß sich zirka 14 bis 18 MfS-Mitarbeiter mehr oder weniger kontinuierlich zwischen den 1960er und 1980er Jahren auch mit den Vertriebenenorganisationen geheimdienstlich befaßten. Hinzu kamen – verstärkt in den 1970er und 1980er Jahren – Forschungs- und Qualifizierungsarbeiten in Form von Diplom- und Lehrgangsabschlußarbeiten von einzelnen MfS-Offizieren, die Themenkomplexe über die „Stellung und die Aktivitäten der revanchistischen Landsmannschaften" und den „Bund der Vertriebenen" untersuchten.[197] Des weiteren erarbeiteten MfS-Mitarbeiter der Querschnittabteilungen

[192] Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 120f.
[193] Vgl. ebenda, S. 104–121.
[194] Vgl. ebenda, S. 118, 174.
[195] Vgl. ebenda, S. 29, 111, 121; Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 1996.
[196] Vgl. Thomas Auerbach u. a., Hauptabteilung XX, S. 112f.
[197] Vgl. Zum Wesen, zu den Funktionen und den Methoden revanchistischer Landsmannschaften und ihrer Unterorganisationen in der BRD. Studie der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR Potsdam-Babelsberg, 1986, in: BStU MfS JHS 20629, oder Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften in der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Abschlußarbeit 1982, in: ebenda, JHS 75/82.

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe und Zentrale Koordinierungsgruppe in größeren zeitlichen Abständen und zu konkreten Anlässen thematische Einzelexpertisen und Dossiers über Vertriebenenorganisationen und ihre Funktionäre.[198]

3. Der West-Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen unter MfS-Beobachtung

Im Sommer 1951 meldete die MfS-Verwaltung von, wie es damals noch hieß, Groß-Berlin[199] erstmalig an ihre Zentrale, daß sich sogenannte Umsiedlerorganisationen und Landsmannschaften West-Berlins zum 5. August 1951 zu einer geplanten Großkundgebung in der West-Berliner Waldbühne[200] versammeln würden.[201] Die Staatssicherheitsmitarbeiter vermuteten in dem Waldbühnen-Treffen eine Art Gegenveranstaltung zu den vom 5. bis 19. August 1951 in Ost-Berlin stattfindenden „III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten". Der Chef der MfS-Abteilung V Bruno Beater gab die allgemein gehaltene Anweisung aus, daß die vorhandenen „Geheimen Mitarbeiter" ihre Aufmerksamkeit auf das Landsmannschaftstreffen richten sollten, um durch den Veranstaltungsbesuch in Erfahrung zu bringen, inwieweit sich das Treffen der organisierten Vertriebenen in West-Berlin gegen die DDR und gegen andere osteuropäische Staaten richte.[202] Die MfS-Wahrnehmung der Vertriebenenverbände in West-Berlin schien zunächst neutral und wenig ideologisch befangen gewesen zu sein. Das änderte sich bereits ein Jahr später.

Ab November 1951, stärker im April, Mai und Juni 1952, fiel der Staatssicherheit von Ost-Berlin die Aktivitäten der Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen wieder in West-Berlin in zweierlei Hinsicht auf. Zum einen registrierte die MfS-Abteilung „M", die Postkontrolle[203], einen stärkeren Versand von Vertriebenen-Zeitungen und -zeitschriften bzw. anderen „Umsiedler-Hetzschriften" von West- nach Ost-Berlin. Auch war diese Art von Materialien in größerem Umfang bei Kontrollen an den Sektorengrenzen aufgefallen.[204] Zum anderen stellte man in Ost-Berlin wie in den fünf

[198] Vgl. Organisierter Revanchismus und Ostverträge 1965–1975, in: BStU MfS ZKG 3520; Herbert Czaja. Materialsammlung 1964–1988, in: BStU MfS ZAIG 24033; Heinrich Windelen, 1976–1988, in: ebenda, ZAIG 24071.

[199] Groß-Berlin: seit 1920 die gängige Verwaltungsbezeichnung; im Laufe der Nachkriegsjahrzehnte verschwand der Begriff, aber noch 1977 hieß es offiziell: Ost-Berliner Magistrat von Groß-Berlin.

[200] Die Waldbühne ist eine Freilichtbühne im westlichen Teil Berlins, im Stadtbezirk Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf, die in der Nachkriegszeit Platz für 22 000 Zuschauer bot.

[201] Vgl. Treffen sämtlicher Landsmannschaften der Umsiedler, 9. Juni 1951, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 402.

[202] Vgl. ebenda.

[203] Abteilung M: Abteilung auf ministerieller Ebene (bzw. als Abteilung auf Bezirksebene) zur Durchführung der Post- und Paketkontrolle bzw. zur Postzollfahndung. Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 58.

[204] Vgl. Empfänger von Umsiedler-Briefen, 31. Januar 1952; in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 28, 29; Einschleusung von Umsiedler-Zeitschriften, 30. April 1952, in: ebenda, MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 403.

MfS-Länderverwaltungen fest, daß sich verschiedene landsmannschaftliche Vereinigungen und Gruppen regelmäßig in Westberliner Lokalen und Gaststätten trafen und ein reger Besucherverkehr von DDR-„Umsiedlern" zu diesen Treffen herrschte. So berichteten MfS-Gewährsmänner von monatlichen Vertriebenentreffen ehemaliger Bewohner der Stadt Neisse (nun polnisch: Nysa), insbesondere der früheren Honoratioren, oder von Vertriebenentreffen vor allem von DDR-„Umsiedlern" in der West-Berliner Waldbühne am 10. Mai 1952 und vom Bundestreffen der Schlesier in Hannover im Juni 1952.[205] Im Zusammenhang mit den Treffen der Landsmannschaften und anderer Vertriebenenzusammenkünfte interessierte sich die Staatssicherheit für DDR-Bürger und „ehemalige Umsiedler", die zu diesen Treffen reisten, an den Veranstaltungen in West-Berlin teilnahmen oder die Adressaten der Vertriebenenpresse waren. Der Auftrag der MfS-Zentrale an ihre Länder- bzw. Kreisverwaltungen lautete festzustellen, wo es „Umsiedler"konzentrationen und „Umsiedler"treffen in Städten und Gemeinden der DDR gab, ob feste Verbindungen dieser Gruppen nach West-Berlin bzw. Westdeutschland existierten und wie viele „Geheime Mitarbeiter" für den Einsatz auf Vertriebenentreffen vorhanden wären.[206] Die Staatssicherheit wertete die Treffen der Landsmannschaften und ihre Werbung um Teilnehmer aus der DDR sowie die Verbreitung der Vertriebenenpresse in der DDR als „illegale Arbeit", als „Verbreitung von Hetzparolen" und als „üble Hetze gegen die Sowjetunion und vor allem gegen die DDR, speziell gegen die führenden Mitglieder der DDR-Regierung".[207] Die organisierten Vertriebenen in West-Berlin fielen dem Staatssicherheitsministerium deshalb auf, weil ein Teil ihrer Aktivitäten auf „ehemalige Umsiedler" in der DDR ausgerichtet war.

Aber auch in der SED-Spitze hatten die Vertriebenenverbände in West-Berlin und Westdeutschland Aufmerksamkeit erregt. Die SED-Westkommission im ZK-Apparat, die für die sogenannte Westarbeit und für die Anleitung der KPD in der Bundesrepublik zuständig war, analysierte 1950 die bestehenden Organisationen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen – die Landsmannschaften, den „Zentralverband der vertriebenen Deutschen" und die Partei „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten". Das Ergebnis der SED-Bestandsanalyse lautete: „Zur Unterstützung der Kriegspropaganda und revisionistischen Hetze durch die westdeutsche Reaktion […] und die westlichen Besatzungsmächte […] wurden unter Mißachtung der Kontrollratsbeschlüsse eine Unzahl von ‚Flüchtlingsorganisationen' geschaffen. […] Die Umsiedler werden gesehen als wichtiges Objekt der Kriegshetze gegen die UdSSR, die volksdemokratischen Staaten und die DDR. […] Die [Bonner] Reaktion versucht die Umsiedler zu überzeugen, daß der Osten ‚Schuld an der Aussiedlung' sei. Sie verschweigt die Schuld des deutschen Imperialismus, der die deutschen Minderheiten

[205] Vgl. GI-Bericht vom 7. April 1952, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 27; Treffen der Umsiedler, 6. Mai 1952, und Umsiedlertreffen in Hannover vom 19.–22. Juni 1952, in: ebenda, MfS AOP11315/64, Bd. 3, Bl. 403–407.

[206] Vgl. Beater an MfS-Verwaltung Berlin, 24. April 1952, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 403.

[207] Ebenda; vgl. Mitteilung eines Gewährsmannes, 14. November 1951, in: ebenda, MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 18.

ständig für seine Welteroberungspläne mißbrauchte."[208] Um die vertriebenen Deutschen als willfährige Masse für die Kriegsvorbereitungspläne zu mißbrauchen, so die SED-Politiker, wurde systematisch die politische, soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen hintertrieben und verhindert.[209] Die SED-Funktionäre kamen aber nicht umhin einzugestehen, daß große Teile der Flüchtlinge und Vertriebenen den „reaktionären Führern der Landsmannschaften" folgten.[210] Ihre Kritik richteten sie gegen die KPD-Genossen. Ihnen warf die SED Untätigkeit vor: „Der Einfluß der KPD ist […] unter den Umsiedlern nur gering. […] Die KPD hat in ihrem Kampf um Frieden, Fortschritt und Einheit Deutschlands die Aufgabe, die sich […] aus der Lage der ausgesiedelten Deutschen in Westdeutschland ergibt, lange Zeit grob vernachlässigt."[211] Die SED-Spitze gab den westdeutschen Kommunisten vor, mit welchen Forderungen sie für die Assimilierung der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft zu kämpfen hatten. Das „Umsiedlerproblem" in Westdeutschland müsse gelöst werden durch: 1. Eingliederung der „Umsiedler" in den Arbeitsprozeß und durch den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit unter den Heimatvertriebenen, 2. Durchführung einer Bodenreform durch Enteignung des Bodens der Großgrundbesitzer, NS-Verbrecher und Nachkriegsgewinnler, 3. gerechte Wohnraumverteilung durch „Beschlagnahme von Großwohnungen der Kapitalisten und Naziverbrecher", 4. Lastenausgleich auf Kosten der „Monopolkapitalisten, Kriegs- und Nachkriegsgewinnler, Naziverbrecher und Großgrundbesitzer", 5. Bestrafung jeder „revisionistischen Hetze und Kriegspropaganda" und Auflösung aller „kriegshetzerischen Organisationen, insbesondere der Landsmannschaften", 6. „Popularisierung der Ergebnisse der Eingliederung der Umsiedler in der DDR" und 7. Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zu allen Völkern, auch zur UdSSR und den volksdemokratischen Staaten.[212]

Genau diese Forderungen fanden sich eineinhalb Jahre später im Katalog des „Westdeutschen Flüchtlingskongresses" (WFK) wieder.[213] Die SED-Führung verlegte sich zusammen mit der von ihr gesteuerten KPD im Laufe des Jahres 1951 auf die Taktik, den in der Bundesrepublik gerade entstehenden Vertriebenenverbände-Apparat gezielt mit einer kommunistisch gesteuerten Organisation zu unterwandern.[214] Zu dieser Tarnorganisation wurde der am 30. September 1951 in Karlsruhe gegründete „West-

[208] SED-Parteivorstand: Die Lage der Umsiedler in Westdeutschland, 29. März 1950, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/524, Bl. 34.
[209] Vgl. ebenda, Bl. 25.
[210] Vgl. Westkommission: Entwurf Umsiedler, 17. Oktober 1950, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/524, Bl. 54.
[211] Ebenda, Bl. 55.
[212] Vgl. SED-Parteivorstand: Die Lage der Umsiedler in Westdeutschland, 29. März 1950, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/524, Bl. 36, 37.
Der WFK produzierte eine reichliche Zahl an Propaganda-Denkschriften über die vollzogene Eingliederung der Umsiedler in Ostdeutschland und die katastrophale Lage der Flüchtlinge in Westdeutschland. Vgl. Denkschrift über die Lage der Flüchtlinge – Umsiedler, 16. Mai 1952, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5246.
[213] Vgl. Manifest des 1. Westdeutschen Flüchtlingskongresses in Karlsruhe, 30. September 1951, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/227, Bl. 1, 2.
[214] Vgl. Entschließung, August 1951, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/524, Bl. 60, 61.

deutsche Flüchtlingskongreß". Der Zeitpunkt dieser Gründung war günstig gewählt, denn die beiden bereits existierenden Vertriebenendachverbände – ZvD und VOL – lieferten sich heftige Auseinandersetzungen um die Verteilung von Finanzen, die parteipolitische Ausrichtung und Fragen einer möglichen Fusion. Beide Dachverbände und das Bundesvertriebenenministerium warnten von Anfang an zu Recht, daß es sich beim „Westdeutschen Flüchtlingskongreß" um einen getarnten kommunistischen Verband handele. [215] Damit waren die Landsmannschaften, ihr Dachverband und der „Zentralverband vertriebener Deutscher" in den Folgejahren erfolgreich. Sie hielten die übergroße Mehrheit der Vertriebenen vom WFK fern. Mitgliederzahlen gab der WFK nie bekannt. Die Zeitschrift des WFK „Westdeutsche Flüchtlingsstimme" erreichte 1953 eine Auflage von 15 000 und 1955 eine von 27 000, was ungefähr der maximalen Zielgruppe entsprochen haben dürfte.[216] Auffällig war – und für die Initiatoren bezeichnend –, daß unter den Forderungen und Zielen des WFK weder die Problematik der Vertreibung noch die der Oder-Neiße-Grenze bzw. Bemerkungen zum „Recht auf Heimat" Erwähnung fanden. In der kommunistischen Propaganda um die Vertriebenen in der Bundesrepublik verzichtete der WFK auf die Nutzung der Begriffe „Umsiedler" und „Vertriebene". Hier standen ausschließlich die Worte „Flüchtlinge", „Ausgewiesene" und „Schicksalsgefährten" zur Verfügung.[217] Als Schlüsselfunktionäre des „Westdeutschen Flüchtlingskongresses" und als Verbindungsleute zur KPD bzw. nach Ost-Berlin zur SED-Führung fungierten Grete Thiele[218] und Walter Vesper[219], beide damals KPD-Bundestagsabgeordnete.[220] Die Bundesgeschäftsstelle des „Westdeutschen Flüchtlingskongresses" befand sich in Frankfurt a. M., daneben gab es sieben Landesgeschäftsführungen und weitere Landes-, Kreis- und Ortsausschüsse. Ein SED-Bericht von 1954 beschrieb den WKF und dessen Wirkung sehr einseitig, unterlegt mit Teilwahrheiten und handfesten Lügen. So behaupteten die Ost-Berliner Funktionäre, daß der größte Teil der aktiven Mitarbeiter des WFK Parteilose, Sozialdemokraten, BdV- und BHE-Mitglieder oder Funktionäre der Landsmannschaften aber keinesfalls Kommunisten seien. Da der „Flüchtlingskongreß" mit seinen sozialen Forderungen besonders in den „Notstandsgebieten und Lagern der Flüchtlinge und Aus-

[215] Vgl. Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen, betr. Westdeutscher Flüchtlingskongreß, 12. September 1951, und ZvD Rundschreiben, 7. September 1951, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 7, Bl. 31, 32; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 311–317.

[216] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 313.

[217] Vgl. Verschiedene Druckschriften, 1951, 1952, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/227, Bl. 1–9.

[218] Grete Thiele (1913–1993), 1947–1949 KP Landtagsabgeordnete in Nordrhein-Westfalen, Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949–1953, nach KPD-Verbot Redakteurin für den Deutschen Freiheitssender 904, der von Burg (bei Magdeburg) KPD-Propaganda für die Bundesrepublik ausstrahlte, 1968 maßgeblich an DKP-Gründung beteiligt. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Grete_Thiele .

[219] Walter Vesper (1897–1978), 1919 KPD-Gründungsmitglied, 1933/34 KZ, Mitarbeiter im M-KPD-Apparat, Prag, Moskau, Paris, ab 1942 in der französischen Résistance, 1945 KPD in Düsseldorf, 1948–1951 KPD-LV NRW, MdB 1949–1952, Übersiedlung in die DDR, bis 1959 Leiter der Westabteilung des NR der NF, dann Botschafter in Ungarn, dann in der ČSSR. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 874f.

[220] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 313, 317.

gewiesenen“ wirke, habe er dort Einfluß und wachsenden Erfolg.[221] Tatsächlich aber blieben Wirkung und Einfluß des WFK unter den Vertriebenen in der Bundesrepublik äußerst marginal. Nach dem KPD-Verbot 1956 erfolgte 1958 auch das Verbot des WFK als kommunistische Tarnorganisation.[222]

Bekannteste WFK-Mitarbeiter waren Georg Herde[223], der politisch-ideologische Kopf des Verbandes, und Alexandra Stolze[224]. Herde und Stolze beschäftigten sich ein Leben lang mit der Problematik der Vertriebenenverbände.[225] Herde gründete 1958/60 die WKF-nahe Zeitschrift „Neue Kommentare“, Frankfurt am Main[226], in der er aus kommunistischer Sicht und ideologisch-polemisch einseitig[227] gegen die Vertriebenenverbände argumentierte. 1987 veröffentlichten Herde und Stolze eine Monographie über die Sudetendeutsche Landsmannschaft im SED-finanzierten Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.[228]

Aus der Rückschau des Jahres 1970 begründeten SED-Mitarbeiter der ZK-Abteilung „KPD-Arbeitsbüros“[229] die Erfolglosigkeit und das Scheitern des WFK nicht mit eigenen Schwächen oder Fehleinschätzungen, sondern folgendermaßen: Die Bundesregierung „bedrohte alle ‚Vertriebenenverbände‘, die nicht mit der revanchistischen Linie der Adenauer-Politik […] konform gingen, mit dem Entzug staatlicher Unterstützungen. Hinzu kam die erbitterte antikommunistische Hetzkampagne gegen den westdeutschen Flüchtlingskongreß. […] So gelang es nicht, eine eigene mitgliederstarke anti-revanchistische Bewegung […] zu gründen.“[230] Die SED-Agitatoren blieben bei der Sichtweise, daß die in der Bundesrepublik existierenden Vertriebenenverbände, insbesondere die ostdeutschen Landsmannschaften, mit ihren Erinnerungstagen und -veranstaltungen und der immer wieder geförderten Hoffnung auf eine „Rückkehr in die alte Heimat“ den Vertriebenen das Heimischwerden im Nachkriegsdeutschland sehr erschwert hätten.[231]

Das Thema Flüchtlinge und Vertriebene, Vertriebenenorganisationen und Vertriebenentreffen wurde für das Ministerium für Staatssicherheit 1955 wieder aktu-

221 Vgl. Politische Arbeit unter den Flüchtlingen, 12. Februar 1954, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5681 a.
222 Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 312 f.
223 Georg Herde (1919–1989), geboren in Neisse/Schlesien, Publizist, 1958–1980 Herausgeber und Chefredakteur der „Neuen Kommentare“, sein Wirkungsfeld nach eigenen Angaben: „Revanchismus und Neofaschismus in der Bundesrepublik“.
224 Alexandra Stolze (*1930), Journalistin, seit 1980 Mitarbeiterin in der Abteilung Neofaschismus bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA).
225 Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 318 f.
226 Vgl. das Literaturverzeichnis.
227 Die kommunistische Prämisse ging davon aus, daß in der bundesdeutschen Gesellschaft mit den Vertriebenenverbänden eine „neofaschistische Gefahr“ lauere, daß der Faschismus eine logische Konsequenz des kapitalistischen Systems war, daß die Bundesrepublik ein reaktionärer, tendenziell faschistoider Staat und die „antifaschistische“ DDR historisch weiter und vorbildhaft war.
228 Vgl. Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Geschichte, Personen, Hintergründe – eine kritische Bestandsaufnahme, Köln 1987.
229 Diese SED-ZK-Abteilung war für die Lenkung und Kontrolle der KPD, dann DKP in der Bundesrepublik zuständig.
230 Vgl. Ergänzung zum Arbeitsmaterial Umsiedler, 27. August 1970, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5326.
231 Vgl. Richtlinien für die Arbeit zur Lösung der Umsiedlerfrage, 20. Juli 1952, in: SAPMO-BA DY 16/488.

ell.[232] Im bürokratischen MfS-Sprachgebrauch hieß der Arbeits-Betreff „Berichte über Umsiedlertätigkeit", „Umsiedlertreffen in Westberlin" oder „Monatsberichte über Umsiedlerorganisationen".[233] MfS-Mitarbeiter leiteten eine RIAS-Meldung vom 7. Februar 1955 an ihren Staatssicherheitschef Staatssekretär Ernst Wollweber und dessen Stellvertreter Erich Mielke weiter, in der es hieß: „In diesem Jahr werden zahlreiche Veranstaltungen des ‚Bundes Vertriebener Deutscher' und des ‚Verbandes der Landsmannschaften' im Zeichen des Gedenkens an die Vertreibung aus der ostdeutschen Heimat vor 10 Jahren stehen. Die großen Treffen der einzelnen Landsmannschaften sind zu Pfingsten […] geplant. Im Juli[234] soll eine Großveranstaltung der Heimatvertriebenen in Berlin stattfinden."[235] 1955 jährte sich nicht nur der Vertreibungsbeschluß der Alliierten auf der Potsdamer Konferenz, sondern auch zum fünften Mal die öffentliche Verkündung der „Charta der Heimatvertriebenen".

Diese West-Berliner Rundfunkankündigung führte zu einzelnen, keineswegs aber größeren Aktivitäten des MfS auf dem Arbeitsgebiet „Umsiedlertätigkeit",[236] obwohl für das Jahr 1955 Monatsberichte auf zentraler Ebene der Abteilungen V/3 zur Thematik „Umsiedler" angefertigt wurden,[237] die in dieser Form für die folgenden Jahre nicht nachweisbar sind. Die Monatsberichte der Staatssicherheitsverwaltung Groß-Berlin leiteten immer mit der Feststellung ein, daß über eine „Umsiedlertätigkeit" im Osten Berlins keine Kenntnisse vorliegen. Einzig sei bekannt, daß Ost-Berliner und DDR-Bürger aus dem Berliner Umland an Treffen der Landsmannschaften und Heimatgruppen teilnahmen. „Die gesamte Umsiedlertätigkeit wird in den Westsektoren Berlins durchgeführt"[238] – so lautete der wiederkehrende Befund. Die zuständigen MfS-Mitarbeiter hatten inzwischen verschiedene Einzelinformationen über die Vertriebenentätigkeit gesammelt. Monatlich würde jede ostdeutsche Landsmannschaft bzw. Heimatgruppe ein Treffen in West-Berlin organisieren. Um den DDR-Bürgern das Teilnehmen zu ermöglichen, fänden diese Zusammenkünfte jeweils an den Wochenenden statt. Der Ablauf der Landsmannschaftstreffen folge einem einheitlichen Schema: Der jeweilige Vorsitzende würde ein kurzes Referat halten, in welchem „Hetze gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die DDR getrieben" [239] werde. Außerdem werde auf die alte Heimat verwiesen, die man nicht aufgeben solle, weil

[232] Routineanfragen gingen im Februar und April 1954 an die MfS-Bezirksverwaltung von Groß-Berlin. Sie sollte melden, welche Landsmannschaften bzw. Heimatgruppen sich in West-Berlin treffen würden und welche „GIs" dorthin entsandt werden könnten. Vgl. Umsiedlerorganisationen, 13. Februar und 9. April 1952, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 409, 422.

[233] Vgl. Bericht über Umsiedlertätigkeit, 3. November 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 74; Monatsbericht über Umsiedlerorganisation, 2. Februar 1955, in: ebenda, MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 427, 428; Umsiedlertreffen in Westdeutschland und Westberlin, 13. April 1955, in: BStU MfS BV Rostock, Rep. 2/112, Bl. 344, 345.

[234] Tatsächlich fand die Großkundgebung, „Tag der Deutschen", am 10./11. September 1955 statt.

[235] RIAS-Sendung, 7. Februar 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 430.

[236] Vgl. Umsiedlertreffen in Westdeutschland und Westberlin, 13. April 1955, in: BStU MfS BV Rostock, Rep. 2/112, Bl. 344, 345.

[237] Es sind nur wenige dieser Monatsberichte (bisher) gefunden worden.

[238] Bericht über Umsiedlertätigkeit, 3. November 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 74.

[239] Monatsbericht über Umsiedlerorganisation, 2. Februar 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 427.

man bald in diese zurückkehren würde. An diesen „ideologischen Veranstaltungsteil" schließe sich das „gemütliche Beisammensein" mit Kaffee und Kuchen, Vortrag von Liedern und Gedichten, Musik und Tanz an.[240] Die Teilnehmer der Landsmannschaftstreffen kämen aus allen Bevölkerungsschichten, aber es überwiege der Teil älterer Frauen. „Der Funktionärskörper der Landsmannschaften setzt sich aus ehemaligen Geschäftsleuten, Gutsbesitzern und Beamten zusammen. Durch die ständige Beeinflussung mit Zeitschriften, Versammlungen und Vorträgen über die ehemalige Heimat werden die Menschen aufgefordert, für die Rückgewinnung ihrer Heimat zu kämpfen, dabei treibt man eine chauvinistische Hetze gegen das sozialistische Lager."[241]

Zum wiederholten Male forderte die MfS-Zentrale die Bezirksverwaltung von Ost-Berlin auf, über „getätigte Festnahmen auf dem Sachgebiet Umsiedlerorganisationen und BHE" zu berichten.[242] Es interessierte eine Zusammenstellung über Verhaftungen von „Umsiedlern", die Mitglieder waren von bzw. in Verbindung standen mit Vertriebenenorganisationen in West-Berlin. Der Berichtszeitraum bezog sich auf die Jahre seit 1950.[243] Da auf diese Aufforderungen der Zentrale bisher keine Berichte überliefert sind, kann angenommen werden, dass keine oder kaum justiziable Fälle existierten, in denen „ehemalige Umsiedler" nur aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Mitgliedschaft in Vertriebenenorganisationen festgenommen wurden. Auch folgende „GI-Information" hatten 1955 zu keinen Verhaftungen geführt: Ein MfS-Spitzel beobachtete regelmäßig, daß an bestimmten Tagen in der Zentrale des West-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen, im „Haus der ostdeutschen Heimat" in Berlin-Charlottenburg, Flugschriften, Zeitungen und Heimatblätter der Vertriebenen ausgegeben wurden. „In etwa zweieinhalb Stunden haben rund 200 Menschen, meist Jugendliche, das Haus mit leeren Aktentaschen betreten und mit vollen wieder verlassen. Nach Meinung des GI handelt es sich zum größten Teil um Personen aus dem demokratischen Sektor [Ost-Berlin]. Diese benutzen bei der Rückfahrt nur die U-Bahn"[244] – so die aktenkundige Spitzelmeldung. Anweisungen des MfS, zusammen mit der Polizei den U-Bahnverkehr verstärkt daraufhin zu kontrollieren, führten zu keinem zeitnahen Ergebnis und zu keinen Verhaftungen.[245]

Parallel zur geheimdienstlichen Beobachtung der organisierten Vertriebenen in West-Berlin begann die SED-Bezirksverwaltung Berlin im Juli 1955 mit der Planung einer straffen Propagandakampagne gegen die Vertriebenengroßveranstaltung „Tag

[240] Vgl. ebenda, Bl. 427, 428.
[241] Bericht über Umsiedlertätigkeit, 3. November 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 74; vgl. An die SED-Bezirksleitung, 7. Juli 1955, in: ebenda, Bl. 60.
[242] Bericht: Über getätigte Festnahmen auf dem Sachgebiet Umsiedler, 21. September 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 440; vgl. auch schon 1954: sogenannter „Bund der Heimatvertriebenen" und „Deutsche Jugend des Ostens", 13. Februar und 9. April 1954, in: ebenda, Bl. 409, 422.
[243] Vgl. Bericht: Über getätigte Festnahmen auf dem Sachgebiet Umsiedler, 21. September 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 440.
[244] Ein GI-Bericht, o. D. (1955), in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 59.
[245] Vgl. ebenda.

der Deutschen“[246] am 10./11. September 1955 in West-Berlin.[247] Als Organisatoren dieses Treffens zeichneten der West-„Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen“ und der Verband der Landsmannschaften.[248] Die SED-Agitatoren hatten eine erste Analyse über die Existenz und die Tätigkeit der Landsmannschaften erstellt und einige Fakten zusammengetragen. Nach West-Berliner Statistik von 1954 sollten unter den 2,2 Millionen West-Berlinern 158 000 (7 Prozent) Flüchtlinge und Vertriebene sein.[249] Die SED-Funktionäre hatten beobachtet, daß 14 ostdeutsche Landsmannschaften aktiv arbeiteten und eine überaus rege Versammlungstätigkeit entwickelten. Diese überträfe die der Parteien SPD und CDU und auch die der Gewerkschaften deutlich. Allein im Mai 1955 hätten 158 Heimatkreis-Versammlungen der Landsmannschaften stattgefunden mit jeweils zirka 60 bis 150 Teilnehmern. Man könne mit rund 10 000 Personen rechnen, die ständig Vertriebenentreffen in West-Berlin besuchten. Unter den Besuchern der Treffen kämen 30 Prozent aus Ost-Berlin bzw. aus der DDR. Die in Landsmannschaften organisierten Vertriebenen stammten „vorwiegend aus kleinbürgerlichen Schichten“, rund 40 Prozent seien jünger als 40 Jahre alt.[250] Als zentralen Sammelpunkt der Vertriebenen des (West)-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen unter dem Vorsitz von Dr. Alfred Rojek (CDU) benannten die Ost-Berliner Funktionäre das „Haus der ostdeutschen Heimat“ in Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 83. Auch die SED-Funktionäre waren von einer sehr engen Verbindung der Landsmannschaften mit „Westberliner Spionageorganisationen“ wie der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ überzeugt.[251]

Das SED-Urteil über die Landsmannschaften und den Berliner Landesverband der Heimatvertrieben fiel durchweg negativ aus: Die genannten Vertriebenenverbände seien durch „gesteigerte chauvinistische Hetze […] gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze und gegen die Länder der Volksdemokratien“ aufgefallen. „Die Teile der Bevölkerung, die durch den verbrecherischen Hitler-Krieg ihre Heimat verloren haben, […] werden benutzt, um […] dem deutschen Militarismus und den Revanchepolitikern als [künftiges] Kanonenfutter“ zu dienen.[252] In allen Druckschriften der Lands-

[246] „Tag der Deutschen“ bzw. ab 1956 „Tag der Heimat“ ist bis heute ein Gedenktag in der Bundesrepublik, der jährlich begangen wird. Er geht zurück auf die Kundgebung in Stuttgart am 6. August 1950 der Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“. Die Verkündung der Charta erfolgte bewußt in zeitlicher Nähe zum Jahrestag des Potsdamer Abkommens (2. August 1945). Der „Tag der Heimat“ findet meist am ersten bzw. zweiten Sonntag im September mit einer Auftaktveranstaltung in Berlin statt.

[247] Vgl. Plan zur Vorbereitung der massenpolitischen Arbeit unter den Westberlinern gegen das Treffen des VdL am 11. September 1955, 14. Juli 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 385–393.

[248] Vgl. Programmabschrift „Tag der Deutschen“, Berlin, 10./11. September 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 62–66.

[249] Zur Ergänzung: 1950 lebten in Ost-Berlin rund 55 300 Flüchtlinge und Vertriebene, das entsprach einem Bevölkerungsanteil von knapp fünf Prozent. Vgl. MdI: Zusammenstellung der gesamten Heimkehrer, Zivilinternierten und Umsiedler, 9. Januar 1950, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/13/392.

[250] Vgl. Plan zur Vorbereitung der massenpolitischen Arbeit unter den Westberlinern gegen das Treffen des VdL am 11. September 1955, 14. Juli 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 386.

[251] Vgl. ebenda, Bl. 387.

[252] Ebenda, Bl. 385.

mannschaften werde „der Revanche das Wort geredet. In allen Bereichen wird die Forderung erhoben: Es gibt nur eine Lösung – gebt uns unsere Heimat wieder."[253]

Die SED-Agitatoren der Ost-Berliner Bezirksverwaltung beschlossen am 14. Juli 1955, den „ideologischen Kampf gegen den Chauvinismus in den Landsmannschaften" und gegen das geplante Treffen der Landsmannschaften am 11. September 1955 zu führen.[254] Sie setzten eine Reihe von Maßnahmen fest. Zunächst mußten Informationen beschafft werden durch den Besuch von zirka 40 Heimatkreis-Zusammenkünften der Landsmannschaften in West-Berlin. Anhand der dort gesammelten Materialien wollte man beweisen, daß das geplante Landsmannschaftstreffen die politische „Atmosphäre der Verständigung" zwischen Ost und West störe, „chauvinistische Revanche-Hetze" betreibe und die kriegsvorbereitenden „Aggressionspläne der ostelbischen Junker und Monopolisten" unterstütze.[255] Zeitungsartikel, Interviews, Karikaturen, Reportagen und sogar Kurzfilme mit diesen Inhalten sollten ab sofort laufend in Presse, Rundfunk, Kino und sogar im Theater erscheinen. Auch sollten ausgewählte „DDR-Umsiedler" als SED-Agitatoren zu Landsmannschaftstreffen nach West-Berlin entsandt werden.[256] Ob diese ganze Palette an Maßnahmen umgesetzt werden konnte, ist fraglich. In ostdeutschen Tageszeitungen oder illustrierten Zeitschriften dieser Wochen und Monate fanden sich keine Spuren der geplanten Aktivitäten.[257] Vielleicht verschwiegen die Verantwortlichen im September 1955 lieber die Vertriebenengroßveranstaltung in West-Berlin, um durch Nicht-Information die DDR-Teilnehmerzahl dort so gering wie möglich zu halten. Wurde im Folgejahr über Landsmannschaftstreffen in West-Berlin berichtet, bauten die SED-Agitatoren in der Presse die Drohkulisse auf, daß „Gruppen von Agentenwerbern" auf die „ehemaligen Umsiedler" aus der DDR angesetzt seien, um diese als Spione für westliche Geheimdienste zu werben und um sie zur „Feindtätigkeit gegen die DDR" zu erpressen.[258] Die Staatssicherheitsoffiziere der Ost-Berliner Verwaltung hatten keine öffentliche Propaganda-Offensive gegen die Vertriebenenverbände im Sinn. Ihre Tätigkeit lag im verdeckten Beobachten und Agieren. So machten sie alle Trefflokale der einzelnen Heimatkreise jeder Landsmannschaft für den „Tag der Deutschen" in West-Berlin aus und sandten einzelne „Geheime Informanten" zu ausgewählten Veranstaltungen. Die

[253] Ebenda, Bl. 389.

[254] Vgl. Plan zur Vorbereitung der massenpolitischen Arbeit unter den Westberlinern gegen das Treffen des VdL am 11. September 1955, 14. Juli 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 390, 391.

[255] Vgl. ebenda, Bl. 391.

[256] Vgl. ebenda, Bl. 392, 393.

[257] Vgl. BZ am Abend. Das Abendblatt des Berliners, Ausgabe Juli bis Oktober 1955 (7. Jg.) enthielt keinen einzigen Artikel. Keine Artikel, Kommentare oder Karikaturen in der satirischen Zeitschrift „Eulenspiegel", Berlin (Ost) von Juli bis September 1955 (10. Jg.) oder in der Zeitschrift „Wochenpost" von Juli bis September 1955 (2. Jg.). Das Neue Deutschland druckte zwei kurze Artikel in eingeübter Propaganda-Manier: Kein Platz für Ostlandreiter in Berlin, in: ND, 8. September 1955, S. 1, und Die Revanchepolitiker zurückschlagen!, in: ND, 9. September 1955, S. 2.

[258] Vgl. Revanchehetze und Agentenwerbung, in: ND, Berlin (Ost) 7. September 1956, S. 2; Agentenwerbung auf Umsiedlertreffen, in: Neue Zeit, Berlin (Ost), 7. September 1956, S. 2; Kaisers Programm für Umsiedlertreffen: Revanchehetze und Agentenwerbung, 1959, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 370–372.

Landsmannschaft der Danziger und die der Baltendeutschen hatten gemäß ihrer geringen Mitgliederzahl in West-Berlin nur jeweils ein Trefflokal, die Landsmannschaft Ostbrandenburg-Neumark hingegen wies 20 Heimatkreis-Trefflokale aus. Die Ostpreußen kamen auf 22 Heimatkreise mit ihren jeweiligen Trefflokalen, die Pommersche Landsmannschaft auf fünf, die Schlesier auf vier, die Sudetendeutschen, die Westpreußen, die Landsmannschaft Wartheland auf jeweils eine Heimatgruppe und die Deutschen aus Rumänien und aus Jugoslawien trafen sich gemeinsam zur Heimatgruppe „Südostdeutsche" ebenfalls in einem Trefflokal.[259] Weitere Landsmannschaften waren 1955 in West-Berlin nicht organisiert. Nur ein Bericht eines MfS-Spitzels, der über die zentrale Kundgebung vom „Tag der Deutschen" informierte, ist (bisher) überliefert.[260] Dieser beschrieb die Veranstaltung und deren Ablauf nüchtern und zurückhaltend. Die Waldbühne wäre mit zirka 15 000 Besuchern zu 80 Prozent gut besetzt gewesen. Die einzelnen Landsmannschaften hätten blockweise gesessen und seien gut zu unterscheiden gewesen. Als Redner traten Alfred Rojek, Vorsitzender des Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen, Georg Baron Manteuffel-Szoege, Vorsitzender des Verbandes der Landsmannschaften (VDL), Otto Suhr, Regierender Bürgermeister von West-Berlin, und Alfred Gille, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, vor das Mikrophon. Rojeks Ansprache hätte unter der Losung „Freiheit, Recht und Frieden" gestanden. Er habe öffentlich erklärt, Krieg und Hass abzulehnen, aber auch bemerkt, daß „der Osten unfrei und in Unterdrückung" lebe. „Alle Landsmannschaften lehnen den Faschismus ab. Alle Redner, welche zur Kundgebung sprachen, vermieden es, eine öffentliche Hetze zu betreiben" – so schloß der Spitzelbericht.[261]

Andere Informanten der MfS-Verwaltung von Ost-Berlin hatten in der zweite Hälfte des Jahres 1955 das „Haus der ostdeutschen Heimat" näher auszuspionieren. Wichtig waren dem MfS die Informationen, wie man als Besucher in das „Haus" hinein kommt, auf welchen Etagen und in welchen Zimmern die einzelnen ostdeutschen Landsmannschaften und Heimatkreise ihre Büros hatten, was vor sich geht, wenn man einer Landsmannschaft beitreten will, worüber man bei der Aufnahme Auskunft geben muß und mit welchen Fragen man dort konfrontiert wird.[262]

Andere hauptamtliche MfS-Mitarbeiter fertigten 1956 eine erste umfassendere Expertise mit 115 Seiten über die „Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin" an.[263] Diese Expertise macht den relativ guten Erkenntnisstand im MfS über die Entstehung und Gründung der Vertriebenenorganisationen deutlich. Ein Schwerpunkt beruhte auf der

[259] Vgl. Abschrift „Tag der Deutschen", Berlin, 10./11. September 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 67–69.

[260] Vgl. Bericht des „GM Biermann" über die Kundgebung in der Waldbühne, 11. September 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 73.

[261] Ebenda.

[262] Vgl. GI-Bericht „Prauser" vom 4. November 1955 und vom 11. Dezember 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 75, 76, 78.

[263] Vgl. Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 265, Bl. 2–118.

Analyse des Gesamtvorstands des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen und auf der Struktur und personellen Besetzung des „Hauses der ostdeutschen Heimat" in Berlin-Charlottenburg. Umfassend dokumentiert wurden jene Landsmannschaften mit ihren Heimatkreisen und den jeweiligen Vorständen, die sich in West-Berlin bis 1956 konstituiert hatten. Das waren insgesamt acht Landsmannschaften, und zwar die Schlesische und die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark, die Landsmannschaften Ostpreußen und Westpreußen, die Pommersche Landsmannschaft, die der Baltendeutschen und die Landsmannschaft Wartheland. Als kleinere Gruppen hatten sich noch die Vertriebenen aus Danzig und die Deutschen aus Rumänien zusammengeschlossen.[264] Das MfS listete alle ihm bekannt gewordenen Druckerzeugnisse mit den Herausgebergremien der Vertriebenenverbände auf[265], und es gab Skizzen über Struktur und personelle Zusammensetzung der zentralen Dachverbände, des „Bundes Vertriebener Deutscher" in Bonn und des „Verbandes der Landsmannschaften" ebenfalls in Bonn. Weiter thematisierte die Studie, wie die Staatssicherheit die Methoden der Landsmannschaften sah, die Vertriebenen in Ost und West politisch zu beeinflussen, wie man diese sogenannte Feindtätigkeit abwehren könne und welche geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Vertriebenenverbände zu organisieren sei.[266] Diese Ost-Berliner Expertise ging an alle MfS-Bezirksverwaltungen. Sie diente als Arbeitsgrundlage auf dem Sachgebiet „Umsiedlertätigkeit". Die Anweisung aus Berlin an die Bezirke lautete: „Mit Hilfe […] aller Bezirksverwaltungen muß es uns auf Grund der Herausgabe dieses Materials gelingen, in Zukunft eine umfassende Sachakte über die Landsmannschaften und Umsiedlerverbände anzufertigen, um dadurch die operative Arbeit noch mehr zu aktivieren."[267]

Zutreffend beschrieb man die Zuständigkeit des Bundesvertriebenenministeriums und des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen für die Vertriebenenorganisationen in der Bundesrepublik, die sich zu Beginn der 1950er Jahre in zwei große Dachverbände zusammengeschlossen hatten: in den „Bund Vertriebener Deutscher" mit seinem zentralen Sitz in Bonn und unter dem Vorsitz von Dr. Linus Kather sowie in den „Verband der Landsmannschaften" mit seinem Sitz ebenfalls in Bonn unter Dr. Georg Baron Manteuffel-Szoege[268]. Man verwies auf die Existenz der Vertriebenen-Jugendorga-

[264] Vgl. ebenda, Bl. 44–90.

[265] Acht Zeitungen mit überregionaler Bedeutung: 1. Wochenzeitung „Ost-West-Kurier", Frankfurt a. M.; 2. Wochenzeitung „Die Stimme", Hamburg; 3. Monatlich „Ostdeutsche Nachrichten", West-Berlin; 4. „Der Pfeil", Zeitschrift der Deutschen Jugend des Ostens, Bonn; 5. Monatliches „Mitteilungsblatt der Gemeinschaft heimatvertriebener Erzieher, München; 6. „Notruf", West-Berlin; 7. „Der Heimkehrer", Stimme der Kriegsgeneration, Bonn, und 8. „Der Flüchtling", erscheint 14tägig, Organ des Zentralverbandes politischer Ostflüchtlinge und Ostgeschädigter, West-Berlin. Vgl. Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 265, Bl. 101–115.

[266] Vgl. ebenda.

[267] Vorwort, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 265, Bl. 1.

[268] Dr. Georg Baron Manteuffel-Szoege (1889–1962), Verwalter des Familienbesitzes in Zabludow bei Białystok, nach deutscher Besetzung Polens 1939 vom Gut vertrieben, dann Tätigkeit im Auswärtigen Amt, 1942–1945 Treuhänder auf eigenem Besitz in Ost-Polen, 1945 Heimatvertriebener in Bayern, 1950–1953 Präsident des Hauptamts für Soforthilfe in Bad Homburg, ab 1950 Vorsitz der

nisation, die „Deutsche Jugend des Ostens“ (DJO)[269], und spezifische Vertriebenen-Berufsvereinigungen, z. B. die „Gemeinschaft heimatvertriebener Erzieher“.[270]

Die MfS-Autoren hatten zwei zentrale Methoden der Landsmannschaften zur Einflußnahme auf die Vertriebenen ausgemacht: die Beeinflussung der „Umsiedler“ durch Druckerzeugnisse der Vertriebenenverbände und die durch regelmäßige Zusammenkünfte der „Umsiedler“ in den einzelnen ostdeutschen Landsmannschaften und Heimatkreisen. Beide Methoden zielten darauf, so die Überzeugung der Staatssicherheit, mit dem Einsatz des Heimatbegriffs und der Heimatgefühle, über die „Schilderungen von angeblichen Greueltaten bei der Aussiedlung“, über Berichte vom „Verfall der Häuser und Gemeinden, über unbestellte Felder“ sowie über die völlige Unterbevölkerung größerer Teile der ehemals deutschen Ostgebiete fortwährend alte Wunden wieder aufzureißen, um die Vertriebenen zum „Zwecke der Völkerverhetzung zu mißbrauchen“. „Heimatblätter […] und Heimattreffen […] erfüllen das Ziel, die Umsiedler […] als geschlossenen separaten Block zu erhalten und eine Vermischung mit der einheimischen Bevölkerung oder eine Assimilierung in die neuen Verhältnisse zu verhindern.“[271] Nur so gelänge es, möglichst viele Vertriebene im Sinne der „Adenauerschen Ostpolitik“, der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen zu beeinflussen.[272]

Um die „Feindtätigkeit“ der Landsmannschaften zu demonstrieren, das „Haus der ostdeutschen Heimat“ als „Feindzentrale“ herauszustellen, listeten die MfS-Funktionäre einzelne Fälle von „Zersetzungstätigkeit auf dem Gebiet der DDR“ und „Unterstützung ausländischer Geheimdienste“ durch „ehemalige Umsiedler“ aus der DDR auf, die über West-Berliner Landsmannschaftsfunktionäre angeworben worden waren.[273] In sieben Punkten formulierten die Staatssicherheitsmitarbeiter Maßnahmen,

Deutsch-Baltischen Landsmannschaft, 1954–1958 VdL-Vorsitz, 1958/59 mit Linus Kather Vorsitz des BdV, CDU-Mitglied und MdB von 1953–1962. Vgl. Wer ist wer?, Berlin (West) 1962, S. 962.

269 Deutsche Jugend des Ostens (DJO) wurde im April 1951 als Jugendorganisation der Vertriebenenverbände, später des BdV, gegründet und trägt seit 1974 den Namen DJO – Deutsche Jugend in Europa. In den frühen Jahren setzte sich die DJO ein für die Pflege der Kultur, Sprache und Gebräuche bei Kindern und Jugendlichen, die aus den ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten stammten. Sie propagierte das „Selbstbestimmungsrecht für Volksgruppen“ sowie das „Recht auf Heimat“. Später war die Organisation bestrebt, eine Brückenfunktion zwischen West- und Osteuropa einzunehmen. Vgl. Handbuch. BdV, S. 227 f.

270 Vgl. Methoden, Struktur, Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 265, Bl. 2–8.

271 Ebenda, Bl. 23, 24.

272 Vgl. ebenda, Bl. 6.

273 Die Schilderung solcher Beispiele sah sehr allgemein aus, wie beispielsweise so: „Im Oktober 1955 wurde ein Vorgang liquidiert, der sich gegen den ehemaligen Umsiedler aus der ČSR, [N.N. Name von BStU geschwärzt], geboren 1898 in Teplitz-Schönau, heute wohnhaft in Erfurt, richtete. [N.N.] unterhielt seit Jahren Verbindungen zum Schatzmeister der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Westberlin, Franz Wächter, und zum Vorsitzenden der Kreisgruppe ‚Mittelgebirge‘ der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Walter Zoufal. [N.N.] übergab […] diesen beiden Adressen von ehemaligen Umsiedlern aus der ČSR, die jetzt im Gebiet der DDR wohnhaft sind. Diese Anschriften wurden dann dem amerikanischen Geheimdienst übergeben. […] Dieser angeworbene Personenkreis stammte vorwiegend aus Teplitz-Schönau/ČSR und wurde unter dem Vorwand geworben, eine Tat zu vollbringen, um früher in die alte Heimat zurückzukommen.“ Ebenda, Bl. 26, 27.

die die MfS-Bezirksverwaltungen auf dem Arbeitsgebiet „Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände" unmittelbar umzusetzen hatten. Zuvor mußten die Verantwortlichen jedoch ungeschminkt eingestehen: „Eine Bearbeitung hinsichtlich der Landsmannschaften bzw. Umsiedlerkreise findet nicht statt."[274] Sie schlußfolgerten auch, daß die Verbände der Landsmannschaften große Teile aller „Umsiedler" aus den ehemaligen deutschen Gebieten in Westdeutschland und Westberlin erfassen und unter ihren „reaktionären Einfluß" bringen würden. Gleiches versuche man mit den „ehemaligen Umsiedlern" im Gebiet der DDR.[275] Die MfS-Offiziere wiesen an, die Geheimdienstarbeit auf der „Linie Umsiedler" auf folgendes auszurichten: 1. Die MfS-Bezirksverwaltungen haben sich umgehend einen Überblick über alle im Bezirk bestehenden „Umsiedlerkonzentrationen" zu verschaffen. 2. Die MfS-Kreis- und Bezirksorgane sollten mögliche „Umsiedlerzusammenkünfte" im öffentlichen Raum (Gaststätten, Kirchen usw.) bzw. in Privaträumen erkennen, die Organisatoren der Treffen ausmachen und unter Beobachtung stellen sowie eventuell vorhandene Verbindungen zu organisierten Vertriebenen in West-Berlin und Westdeutschland aufdecken. Alle Erkenntnisse müßten der Zentrale in Berlin zugeleitet werden.[276] 3. Die Suche nach geeigneten „Geheimen Mitarbeitern (GM)" und „Geheimen Informatoren (GI")[277] sei wesentlich zu intensivieren. Bevorzugtes Interesse habe man an „ehemaligen Umsiedlern aus bürgerlichen Kreisen". Der Grund: Es konnte festgestellt werden, „daß den […] Landsmannschaften, Heimatkreisen usw. hauptsächlich bürgerliche Menschen wie ehemalige Großgrundbesitzer, Unternehmer, Rechtsanwälte, Bürgermeister, Lehrer, Akademiker, Beamte oder Geschäftsleute vorstehen. […] Deshalb finden […] bürgerliche Menschen entschieden mehr Anklang bei den Landsmannschaften und sind daher in der Lage, […] mehr in Erfahrung zu bringen."[278] 4. Kommunistische „Alt-Kader" und SED-Funktionäre, die aus Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Grenze stammten, sollten systematisch nach verwandtschaftlichen Verhältnissen befragt werden, ob es unter ihren Verwandten und Bekannten in Westdeutschland organisierte Vertriebene bzw. Vertriebenenfunktionäre gebe, die zur Beschaffung von Informationen ausgenutzt werden könnten bzw. eine „Perspektive zur Anwerbung" böten. 5. Die verantwortlichen MfS-Mitarbeiter riefen ihre Kollegen der Bezirksverwaltungen auf, die Arbeit auf der „Linie Umsiedler" mit den anderen MfS-Abteilungen besser zu koordinieren. Sie verstanden darunter auch, „GM's" aus den Massenorganisationen

[274] Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 265, Bl. 40.

[275] Ebenda.

[276] Vgl. ebenda, Bl. 41.

[277] Der „GM" war ein inoffizieller Mitarbeiter, der durch Kontakte mit „feindlichen Personen" den Organen des MfS wertvolle Informationen über „illegale und antidemokratische [!]" Tätigkeiten verschaffen konnte. Ein „GI" war ein inoffizieller Mitarbeiter, der aufgrund seiner Fähigkeiten bzw. seiner politischen/gesellschaftlichen Stellung in der Lage war, dem MfS interessante Angaben zu beschaffen. Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 35f.

[278] Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 265, Bl. 42.

oder den bürgerlichen Parteien CDU, LDPD, die „ehemalige Umsiedler" waren, für Spitzeldienste anzuwerben. 6. Besondere Aufmerksamkeit galt der Beobachtung und Ermittlung von DDR-Bürgern, die „Umsiedler" waren und regelmäßig an Treffen ihrer Landsmannschaften bzw. Heimatkreise in West-Berlin bzw. Westdeutschland teilnahmen. Und 7. erging an die MfS-Bezirksverwaltungen die Aufforderung, die „Schaffung von Geheimen Hauptinformatoren (GHIs)" bei der operativen Bearbeitung" der Vertriebenenverbände als Hauptaufgabe anzusehen.[279] Ein „Geheimer Hauptinformator" war eine Kategorie eines inoffiziellen Mitarbeiters, der seine besondere Qualifikation und unbedingte Zuverlässigkeit bereits bewiesen hatte und in der Lage war, konspirative Verbindungen zu anderen Informatoren aufrechtzuerhalten.[280] Man suchte nach „ehemaligen Umsiedlern", die gefestigte SED-Mitglieder waren, die die „Bedeutung und Richtigkeit der Oder-Neiße-Friedensgrenze" anerkannt hatten, aber auch mit dem Milieu ihrer Landsleute, mit der Sprache und Kultur, vertraut waren.[281] In der geheimdienstlichen Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit auf der „Linie Umsiedler, Umsiedlerverbände und Landsmannschaften" wurde 1955/56 nicht generell getrennt zwischen der „Aufklärung" der „Umsiedlerkonzentrationen" in der DDR bzw. der „Aufklärung" der Vertriebenenverbände in West-Berlin und Westdeutschland einerseits und der „Abwehr" der Verbindungen bzw. des Hineinwirkens der Landsmannschaften, des VdL und des BVD, zu den „ehemaligen Umsiedlern" in der DDR andererseits.

Die einzelnen MfS-Bezirksverwaltungen befaßten sich ab Mitte der 1950er Jahre verstärkt damit, aus dem Kreis der „ehemaligen Umsiedler" Spitzel zu werben. Vorzugsweise konzentrierte man sich auf solche „Umsiedler", die aufgefallen waren, weil sie zu Vertriebenentreffen nach West-Berlin fuhren. Die MfS-Bezirksverwaltung Rostock beispielsweise bearbeitete zwischen September und November 1956 13 Fälle von Einwohnern ihres Bezirks, die zum „Tag der Heimat" am 8. und 9. September 1956 in West-Berlin weilten und mit größter Wahrscheinlichkeit an der Vertriebenenveranstaltung teilgenommen hatten. Aber es glückte in keinem einzigen Fall, einen neuen „Geheimen Informanten in Richtung Umsiedler" anzuwerben. Es gelang nicht, einzelnen Männern bzw. Frauen aus Rostock, Greifswald, Wolgast, Doberan oder Züssow eine Teilnahme an Vertriebenentreffen in West-Berlin tatsächlich nachzuweisen und sie damit unter Druck zu setzen. Andere schienen für eine „Werbung" nicht geeignet. In einem Fall wurde der ins Visier genommene „Umsiedler" „republikflüchtig".[282] So leicht schien eine „GI"-Suche und Anwerbung für das MfS nicht gewesen zu sein. Sie blieb eine ständige Aufgabe. Ganz ohne Erfolg waren aber die „Werbungen" nicht. Die MfS-Bezirksverwaltung von Groß-Berlin konnte zum „Tag

279 Vgl. ebenda, Bl. 42, 43.

280 Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 35.

281 Vgl. Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin, 1956, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 265, Bl. 43.

282 Vgl. Anwerbung in Richtung „Umsiedler" und „Tag der Heimat" am 8./9. September 1956 in Westberlin, 19. September, 8. und 23. Oktober, 1., 26. und 28. November 1956, in: BStU MfS BV Rostock, Rep. 2/112, Bl. 328–341.

der Heimat“ und den dortigen Landsmannschafts- und Heimatkreistreffen am 4. September 1960 in West-Berlin immerhin 124 „Geheime Informanten“ schicken.[283]

Von besonderem Interesse und Wert für die Staatssicherheit waren aber Spitzel, die in herausgehobener Stellung in West-Berliner oder westdeutschen Vertriebenenorganisationen saßen.

4. „GM Kuhnert“ im West-Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen

Das DDR-Ministerium für Staatssicherheit hatte 1954 einen Angestellten im „Haus der ostdeutschen Heimat“ ins Visier genommen. Dabei handelte es sich um Heinz Gellner, der zeitweise als Geschäftsführer beim West-„Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen“ wirkte[284] und direkt unter Leitung des 1. Vorsitzenden des Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen Alfred Rojek arbeitete.[285] Der Vertriebenenfunktionär Gellner erhielt von der Staatssicherheit den Decknamen „Kuhnert“.[286]

Heinz Gellner, am 11. Oktober 1919 geboren, aus Breslau in Schlesien stammend, lebte nach 1945 in West-Berlin und arbeitete seit 1949/50 im „Haus der ostdeutschen Heimat“. Dort war er als Geschäftsführer des Landesverbands der Vertriebenen in West-Berlin tätig. Er organisierte auch die sogenannte West-Ost-Hilfe, die vorzugsweise darin bestand, Zeitungen, Informationsmaterialien und andere Drucksachen der organisierten Vertriebenen nach Ost-Berlin und in die DDR zu schleusen und dort an die „ehemaligen Umsiedler“ verteilen zu lassen. Im MfS-Jargon hieß das: Gellner war „Vertriebsleiter für Hetzbroschüren, die über Kuriere in die DDR verschickt wurden“.[287] Auch war er im „Haus der ostdeutschen Heimat“ zuständig für die Betreuung der „Umsiedler“ aus der DDR, die zu Veranstaltungen der Vertriebenen nach West-Berlin kamen.[288] 1950 bis 1952 engagierte sich Gellner als Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone“ (AVS). Diese Arbeitsgemeinschaft schien ein zeitweiliger organisatorischer Zusammenschluß der Flüchtlinge und Vertriebenen gewesen zu sein, die in der DDR und

[283] Vgl. Aufstellung von IM der Verwaltung Groß-Berlin zum „Tag der Heimat“ nach Westberlin, 31. August 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 224–233.
Dazu unten ausführlich.

[284] Vgl. Plan zur Vorbereitung der massenpolitischen Arbeit unter den Westberlinern gegen das Treffen des VdL am 11. September 1955, 14. Juli 1955, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 387.

[285] Weitere biographische Daten sind nicht bekannt und konnten bisher auch nicht ermittelt werden. Vgl. Abschlußbericht Heinz Gellner, Deckname „Kuhnert“, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Band 8, Bl. 164–172.

[286] Vgl. Abschlußbericht GM „Kuhnert“, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 164.

[287] Vorschlag zur Werbung eines GI, 24. November 1955, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 9, Bl. 17.

[288] Vgl. Mitarbeiterbesprechung im „Haus der ostdeutschen Heimat“, 2. April 1952, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 7, Bl. 49.

Ost-Berlin lebten und dort unter Organisationsverbot standen. Die AVS hatte seine Vertretung auch im „Haus der ostdeutschen Heimat“.

Als Sprecher dieser Arbeitsgemeinschaft war Gellner u. a. im April und Mai 1952 in das Notaufnahmeverfahren von Thekla Kather einbezogen. Thekla Kather, geboren am 3. Januar 1880 in Prossitten/Ermland, war eine Schwester von Linus Kather, dem Vorsitzenden des „Bundes Vertriebener Deutscher“, der zu dieser Zeit im Ersten Deutschen Bundestag saß. Thekla Kather lebte nach ihrer Vertreibung 1945 in Mecklenburg, in Zedenick/Kreis Templin, und hatte dort bis zu ihrer Pensionierung 1949 in ihrem erlernten Beruf als Lehrerin gearbeitet. Sie war unverheiratet und hatte demnach keine eigene Familie. Nach ihrer Pensionierung zog sie 1951 nach West-Berlin und beantragte dort die Notaufnahme, die Anerkennung als politischer Flüchtling und (vermutlich) die Zuzugsgenehmigung in die Bundesrepublik, nach Bonn.[289] Heinz Gellner fertigte im Mai 1952 das Gutachten für die Bundesnotaufnahme der Thekla Kather. Darin bescheinigte er, daß allein ihre Verwandtschaft und der damit verbundene persönliche Kontakt zu ihrem Bruder Linus Kather, dem Vorsitzenden des BVD und CDU-Bundestagsabgeordneten, ausreiche, um sie in der DDR polizeilichen Verfolgungen auszusetzen. Im Gutachten formulierte er: „Da auf Anordnung […] im Staatssicherheitsministerium die Überwachung der Heimatvertriebenen in der sowjetischen Besatzungszone auf das schärfste […] erfolgt und insbesondere die Briefe aus der Bundesrepublik einer scharfen Zensur unterworfen werden, ist die persönliche Gefährdung der Antragstellerin unbedingt gegeben, da allein eine briefliche Korrespondenz mit ihrem Bruder in Westdeutschland die Grundlage für eine Verurteilung bzw. Inhaftierung wegen des Verstoßes gegen das sogenannte Friedensschutzgesetz gegeben ist.“[290] Es ist anzunehmen, daß Thekla Kather den Status des politischen Flüchtlings im Bundesnotaufnahmeverfahren zugestanden bekam. Durch diese Angelegenheit wurde Heinz Gellner mit Linus Kather lose bekannt.[291]

Den Posten des Geschäftsführers des West-„Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen“ mit Sitz im „Haus der ostdeutschen Heimat“ hatte Heinz Gellner mutmaßlich bis 1955 inne. Warum er diese Position verlor, ist ungeklärt. Es ist anzunehmen, daß es um Unstimmigkeiten bei Finanzabrechnungen ging.[292] Die Ost-Berliner MfS-Verwaltung wurde, wie oben angemerkt, 1954 auf Heinz Gellner aufmerksam. Ein bereits für das MfS arbeitender West-Berliner Agent, genannt „GM Mäcki“, machte seine Ost-Berliner Auftraggeber auf Gellner und dessen organisatorische Tätigkeit im illegalen Vertrieb von Vertriebenenzeitungen in die DDR aufmerksam und lieferte

[289] Vgl. Brief Linus Kather an Alfred Rojek, 17. April 1952, und Gellner an Rojek, 21. Mai 1952, und Meldekarte West-Berlin (Berlin-Lichterfelde), 21. Mai 1952, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 4, Bl. 99, 102, 103.

[290] Gellner, Sprecher des AVS, Gutachten, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 4, Bl. 100, 101.

[291] Alle diese Unterlagen wird Heinz Gellner dem MfS nach seiner Anwerbung ausgehändigt haben.

[292] Im MfS-Dossier hieß es dazu: „Er [Kuhnert] war in mehrere zweifelhafte Unternehmungen in Westberlin verstrickt, die zu politischen Prozessen in Berlin-Moabit geführt haben; der letzte war erst im Oktober/November 1957 [Prozeß von BStU geschwärzt], wo er als ehemaliger Angehöriger des englischen Geheimdienstes als Zeuge vernommen wurde.“ Abschlußbericht, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 169.

Hinweise für die „äußerst schwierige wirtschaftliche Lage“ Gellners. Die MfS-Verwaltung Berlin beschloß, Gellner „operativ zu bearbeiten“, um ihn als Spitzel zu werben. Das gelang im Laufe des Jahres 1955 über den Umweg, zuerst die Ehefrau Gellners anzuwerben. In den MfS-Unterlagen erhielt sie den Decknamen „Gisela“.[293] Diese erklärte in einem Gespräch im November 1955 gegenüber ihrem MfS-Führungsoffizier, daß „sie [die Eheleute Gellner] sich in außerordentlich schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen befänden, daß ihr Mann aufgrund seiner Weigerung, für den amerikanischen Geheimdienst zu arbeiten, aus der Arbeit ausgeschieden sei und er trotz aller Bemühungen keine Arbeit in Westberlin finden könne. Sie war aber der Meinung, daß dies zum Teil an der Starrköpfigkeit ihres Mannes liege, der von sich behaupte, er sei Idealist […] Bereits nach einer Woche meldete sich ‚Gisela‘ wieder […] und hatte ihren Mann bereits mitgebracht.“[294] Als Termin der MfS-Anwerbung von Heinz Gellner wurde der 24. November 1955 aktenkundig. Gellner erhielt den Decknamen „Kuhnert“ bzw. „Heinz Kuhnert“.[295] Dokumentiert ist weiter: „‚Kuhnert‘ erklärte sich bereit, für uns zu arbeiten, machte uns darauf aufmerksam, daß er z. Z. ohne jede Verbindung zu den Engländern oder anderen Nachrichtenorganisationen bzw. zu den Landsmannschaften sei, daß er aber hoffe, wieder Verbindung zu bekommen, wenn wir darauf Wert legen.“[296]

Die Ost-Berliner Staatssicherheitsfunktionäre interessierten sich für „Kuhnerts“ Vertriebstätigkeit der Vertriebenendruckerzeugnisse in die DDR, für seine „Tätigkeit in den Landsmannschaften und Heimatverbänden“ sowie für seine Kenntnisse über Untergrund- und Nachrichtenorganisationen. Das Arbeitsziel des MfS, daß „Kuhnert“ versuchen solle, in West-Berlin wieder Anschluß an die Heimatverbände und Landsmannschaften zu finden, scheiterte Ende 1955 /Anfang 1956. Die Staatssicherheit und „Kuhnert“ kamen überein, nach neuen Einsatzmöglichkeiten in Westdeutschland, speziell im Köln-Bonner-Raum zu suchen. Für eine Übersiedlung nach und eine Spionagetätigkeit in Westdeutschland sollte „Kuhnert“ seine alten Verbindungen zu den Landsmannschaften und zu Vertriebenenfunktionären, insbesondere zu Linus Kather, ausnutzen, um „mit Hilfe dieser Personen eine Anstellung im Regierungsapparat in Bonn zu bekommen“.[297]

Über die Reisen in die Bundesrepublik im Laufe des Jahres 1956 und über seine Gespräche mit Vertriebenenfunktionären in West-Berlin, in Bonn und in Hamburg informierte „Kuhnert“ das MfS ausführlich. So gab er Anfang März 1956 einen detaillierten Bericht über die wichtige Delegiertenkonferenz des West-„Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen“ am 29. Februar 1956. Auf dieser Konferenz wurde der Beschluß zum Austritt des Berliner Landesverbands aus dem „Bund vertriebener Deutscher“ und sein Anschluß an den „Verband der Landsmannschaften“ mit großer

[293] Vgl. Vorschlag zur Anwerbung eines GI „Gisela“, geboren am 18. Mai 1925 in Königsberg /Ostpreußen, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 9, Bl. 17–19.
[294] Abschlußbericht, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 166.
[295] Vgl. Arbeitsvorgang des inoffiziellen Mitarbeiters GM Kuhnert, in: BStU MfS AIM 18080/62, alle Deckblätter.
[296] Abschlußbericht, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 166.
[297] Ebenda, Bl. 168.

Mehrheit gefaßt. Das MfS schien über die Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Vertriebenendachverbänden gut informiert gewesen zu sein. Da der Vorsitzende des West-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen Rojek für den Verbleib beim BVD votiert hatte und von den Delegierten überstimmt worden war, mutmaßte „GM Kuhnert“, daß er seinen Vorsitzendenposten demnächst verlieren würde. Außerdem meinte „Kuhnert“, daß nach diesem Beschluß der BVD-Vorsitzende Linus Kather gemeinsam mit Alfred Rojek versuchen werde, in West-Berlin eine neue Vertriebenenorganisation aufzubauen. Damit würde eine „Spaltung und Zersplitterung“ der Vertriebenen einhergehen, was sowohl „Kuhnert“ wie auch seine MfS-Auftraggeber zu freuen schien. Der „GM“ informierte weiter über personelle Interna, frei werdende Posten und ihre Neubesetzungen im West-Berliner Landesverband.[298] Weitere Gespräche „Kuhnerts“ mit der Geschäftsführung des BVD in Bonn und des VdL in Hamburg bestätigten die Berichte über die Konkurrenzsituation der beiden Vertriebenendachverbände und deren Werben um die organisierten West-Berliner Vertriebenen.[299] „Kuhnerts“ interne Kenntnisse zeigten, daß er noch immer gute Verbindungen ins „Haus der ostdeutschen Heimat“ und zu Vertriebenenfunktionären unterhielt, wenn auch seine Voraussagen nicht eintraten. Alfred Rojek blieb Vorsitzender des West-„Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen“, Rojek und Kather bauten auch keinen neuen Vertriebenenverband auf.[300]

„GM Kuhnert“ besuchte vom 21. bis 24. März 1956 den „Verband der Landsmannschaften“ in Hamburg und besprach sich dort mit Werner Guillaume[301], den Beauftragten des VdL für die „Gesamterhebung der Heimatvertriebenen“. Auch hierüber gab „Kuhnert“ ausführlich Auskunft an das MfS, die so wichtig schien, daß sie den Sowjets weitergereicht wurde.[302] In der Unterredung mit Werner Guillaume ging es um das Vorhaben des „Verbandes der Landsmannschaften“, eine zentrale Dokumentation über die Vertriebenen anzufertigen. Dies schien unerläßlich, so der VdL-Funktionär, um die finanziellen und materiellen Ansprüche der Flüchtlinge und Vertriebenen gegenüber dem Vertriebenen- und dem Gesamtdeutschen Ministerium in Bonn durchzusetzen. Die einzelnen ostdeutschen Landsmannschaften wurden bereits auf-

[298] Vgl. Bericht von der Delegiertenkonferenz des Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen, 5. März 1956, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 84, 85.

[299] Vgl. Telefonat mit Bonn, Geschäftsführung des BVD, 10. März 1956, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 86; Reise nach Hamburg, Besprechung am 21. März 1956 beim VdL, in: ebenda, Bl. 87–89.

[300] Wie unter II. 1. beschrieben, kam der Austritt des Berliner Landesverbands aus dem BVD und sein Beitritt zum VdL nicht mehr zum Tragen, da beide Dachverbände einen Zusammenschluß zum „Bund der Vertriebenen“ beschlossen hatten.

[301] Werner Guillaume (gestorben 1985), 1956 war G. in Hamburg beim VdL angestellt, 1959/60 leitete er das „Referat Wiedervereinigung“ im „Haus der ostdeutschen Heimat“ in West-Berlin und war zugleich in den 1960er Jahren Leiter des Verbindungsbüros des BdV in West-Berlin, danach bis 1978 Geschäftsführer des BLV und Vorsitzender der LM Ostpreußen von Mitte der 1970er Jahre bis 1985. Vgl. Auskunft des BLV vom 28. April 2009, und Methoden, Struktur, Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland, 1959/60, in: BStU MfS BV Rostock, Rep. 2/112, Bl. 381, und Pressematerial für BZ, 1. Juli 1959, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bl. 263.

[302] Vgl. Reise nach Hamburg, 21.–24. März 1956, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 87–95.

gefordert, an der „Dokumentation – Gesamterhebung der Heimatvertriebenen" mitzuwirken. Anhand der Erhebung sollte die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge, die Vertreibungsverluste und die neuen Ansiedlungsorte festgestellt werden.[303] In diesem Zusammenhang, so Werner Guillaumes Mitteilungen, sollten Erlebnisberichte über einzelne Vertreibungsschicksale bis hin zu Schicksalen von ganzen Gemeinschaftstrecks angefertigt und gesammelt werden. Als erfolgreiches Beispiel nannte Guillaume die Landsmannschaft Ostpreußen, der es im letzten Jahr gelungen sei, 60 Prozent der noch fehlenden Anschriften ehemaliger Ostpreußen zu ermitteln. Somit könne die ostpreußische Landsmannschaft nunmehr Auskunft über das Schicksal und den Verbleib von rund 80 Prozent ehemaliger Ostpreußen machen. Der Landsmannschaft sei es sogar gelungen, über Suchlisten des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) viele Angaben über den Verbleib von Ostpreußen zu erhalten, die nun in der DDR ihren neuen Wohnsitz gefunden hatten.[304]

Von besonderem Interesse dürften für „GM Kuhnert" und die Staatssicherheit alle Überlegungen des VdL gewesen sein, in die Vertriebenen-Gesamterhebung die DDR-„Umsiedler" mit einzubeziehen. Da es in der DDR verboten sei, so der Funktionär Guillaume, sich in Landsmannschaften zu organisieren, wäre der West-„Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen" beauftragt, die in der DDR seßhaft gewordenen „Umsiedler" organisatorisch mitzubetreuen. Er äußerte gegenüber „Kuhnert": In den „sowjetisch verwalteten Gebieten […] leben zirka vier Millionen Heimatvertriebene. Wenn auch ein geringer Prozentsatz durch die monatlich in Westberlin stattfindenden Heimattreffen erfaßt ist, so muß doch […] versucht werden, ohne die Vertrauenspersonen einer Gefahr durch die SSD-Behörden [Staatssicherheitsdienst-Behörden] auszusetzen, die in der DDR lebenden Heimatvertriebenen zu erfassen und zwar auf der Grundlage zur Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe. Man ist also gehalten, dieses V-Mann-Netz zu erweitern und für diese Aufgabe zu schulen und auszurichten."[305]

Es ist davon auszugehen, daß das MfS an diesen „V-Leuten" in der DDR ein ausgesprochenes Interesse hatte. Und so unterstrich „Kuhnert" in seinem Bericht für die Staatssicherheit, daß Guillaume ihm anbot, diese Listen mit sogenannten Heimatkreis-V-Leuten für ihn abschreiben zu lassen, damit er von West-Berlin aus prüfen könne, ob diese besagten V-Leute noch in der DDR lebten.[306] Ob „Kuhnert" diese hochbrisante Namensliste tatsächlich erhielt und nach Ost-Berlin weitergab, ist zweifelhaft. In den Akten des MfS findet sich dazu nichts. Fraglich und nicht nachzuweisen bleibt auch, ob ein solches „Netz" tatsächlich existierte und es nicht nur eine

[303] Der VdL stellte sich das Vorgehen so vor: „Es werden von allen Orten der ehemaligen deutschen Gebiete Listen angelegt […], nach Straßen und den Namen der Bewohner […]. Aus den Heimatortkarteien [soll] der jetzige Wohnort der Personen hervorgehen. Über die fehlenden Personen wird eine Befragungsaktion [… gestartet]. Die Ortsgruppen der Heimatkreise in der Bundesrepublik werden nach den noch nicht festgestellten Personen befragt. Alle Feststellungen werden zentral erfaßt." Ebenda, Bl. 90.

[304] Vgl. ebenda, Bl. 90, 91.

[305] Reise nach Hamburg, 21.–24. März 1956, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 91.

[306] Vgl. ebenda, Bl. 92.

Handvoll für die Landsmannschaften verdeckt wirkende Männer und Frauen in der DDR gegeben hat. Im Zusammenhang mit dem „V-Leute-Netz der Landsmannschaften in der DDR“ berichtete „Kuhnert“ über das Gespräch in Hamburg bei Guillaume weiter, daß vom VdL versucht werde, „eine illegale landsmannschaftliche Organisation in der DDR zu schaffen, die ständig Kontakt mit Westberlin und Westdeutschland hat. Daß über diese Kanäle die Politik des Gesamtdeutschen Ministeriums nach der DDR getragen wird, ist nicht zu leugnen […], denn das […] Ministerium wird ja letztlich der finanzielle Träger der Aktion werden […].“[307] Diese Behauptung und Schlußfolgerung „Kuhnerts“ im MfS-Bericht über Ziele des VdL dürfte übertrieben gewesen sein. Aufschlußreich für das MfS war noch „Kuhnerts“ Hinweis, daß in allen Notaufnahmelagern für „DDR-Republikflüchtlinge“ in West-Berlin bzw. Westdeutschland Befragungsstellen arbeiteten, die sich speziell an Heimatvertriebene wandten. Ihr Anteil an den „Republikflüchtlingen“ lag bei 25 bis 30 Prozent.[308] „GM Kuhnert“ vergaß in seinem Bericht nach Ost-Berlin vom 26. März 1956 nicht zu erwähnen, daß der VdL-Funktionär Guillaume an der fachkundigen Beratung seines Gesprächspartners aus West-Berlin und an einem regelmäßigen Kontakt mit ihm großes Interesse hatte und er ihm jede Unterstützung anbot, wenn er endgültig nach Bonn bzw. Köln übersiedeln würde.[309]

In weiteren Berichten über Reisen des „Geheimen Mitarbeiters“ nach Bonn und Köln im April, Mai und Juni 1956 wiederholten sich seine Informationen über die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Vertriebenendachverbänden VdL und BDV.[310] Er teilte mit, daß man ihm in Köln die Leitung der Heimatgruppe Breslau der Schlesischen Landsmannschaft angeboten habe, die er gedenke anzunehmen, um intensivere Kontakte zum BVD-Vorsitzenden Linus Kather herstellen zu können.[311] In West-Berlin, Bonn und Köln habe er Erkundigungen über einen möglichen Parteieintritt in die FDP bzw. die CDU eingeholt.[312] Wiederholt stellten sowohl „Kuhnert“ als auch „Gisela“ bei Treffen mit ihrem MfS-Führungsoffizier[313] die sehr guten „ständigen Kontakte mit Dr. Kather“ heraus.[314]

Intern hegte das MfS wohl einige Zweifel an den übermittelten Informationen von „Kuhnert“, insbesondere an seinen Wertungen über die Bedeutung seiner persönlichen Kontakte in Bonn und Köln. In der Einschätzung der Staatssicherheit hieß es dazu: „Bei seinem Einsatz in Westdeutschland berichtete er im allgemeinen über alle Gespräche, die er angeblich mit Mitarbeitern der [verschiedenen …] Apparate geführt haben will. Dabei zeigte sich wieder die Tendenz, daß er versuchte, durch Aus-

[307] Ebenda.
[308] Vgl. Reise nach Hamburg, 21.–24. März 1956, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 93.
[309] Vgl. ebenda, Bl. 93, 94.
[310] Vgl. Vertriebenenorganisationen VDL und BVD in Bonn, 4. Juni 1956, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 40, 41.
[311] Vgl. „Kuhnert“: Vertriebenenarbeit, 30. April 1956, und Landsmannschaft Schlesien, Bonn, 4. Juni 1956, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 33, 42.
[312] Vgl. „Kuhnert“: Parteiarbeit, 30. April 1956, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 34.
[313] Dieser hieß Gerhard Staub. Vgl. Beschluß über das Anlegen eines Vorgangs bei der HV A, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 5.
[314] Vgl. Treffbericht, 15. Mai 1956, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 35.

schmückungen dieser Berichte in eine journalistische Tätigkeit auszuweichen, eigene Stimmungsberichte zu einzelnen Fragen zu machen."[315] Im Juni 1956 wurde „GM Kuhnert" für die Staatssicherheit doch so interessant, daß die MfS-Verwaltung von Ost-Berlin ihn am 26. Juni 1956 an die Hauptverwaltung Aufklärung, an die Auslandsspionageabteilung des MfS, abgeben mußte.[316] Zuvor war „Kuhnert" drei Tage lang in Ost-Berlin im Umgang mit Mikrofilmen ausgebildet worden. Ein MfS-Hauptmann bescheinigte: „Kuhnert hat sich die notwendigen Kenntnisse sehr leicht angeeignet und ist in der Lage, im zweiseitigen Verkehr der Mikrofotografie zu arbeiten. Ihm wurde ausgehändigt: 1 Mikrooptik 36,5 mm."[317]

Im August 1956 hatte „Kuhnert" – mit Hilfe von Linus Kather, so seine eigene Angabe – eine Anstellung als Sachbearbeiter bei der Kreishandwerkskammer in Köln gefunden und war mit „Gisela" nach Westdeutschland gezogen. Die HV A war mit der Wahl dieses Arbeitsplatzes nicht einverstanden und forderte ihren „GM" auf, sich eine andere, für das MfS interessantere Stelle zu suchen. Dem kam „Kuhnert" nicht nach, und die Staatssicherheit stellte jegliche finanzielle Unterstützung an ihn ein. Durch den Wegzug aus West-Berlin nach Köln und längere Krankenhausaufenthalte von „Gisela" brach der Kontakt zwischen dem MfS und seinem „GM" zeitweise immer wieder ab. Auch hatte das MfS Hinweise erhalten, daß sich der bundesdeutsche Verfassungsschutz für „Kuhnert" interessierte.[318] Zu einem letzten Briefkontakt zwischen „Kuhnert" und der HV A kam es am 17. Juli 1957 und zu einem Treffen zwischen „Gisela" und dem MfS in Berlin am 22. Juli 1957. „Kuhnert" hatte seine Anstellung bei der Kreishandwerkskammer beibehalten, war CDU-Mitglied geworden, hatte sich der Schlesischen Landsmannschaft angeschlossen und absolvierte ein Abendstudium für Wirtschaft und Verwaltung an der Universität Köln. Interessante Informationen – aus den Vertriebenenverbänden, den Bonner Regierungs- bzw. Parteiapparaten oder ähnlichen Bereichen – lieferte er dem MfS nicht.[319]

Die HV A des MfS schloß vorerst den „Vorgang Kuhnert" am 9. Dezember 1957 und urteilte: „Die jetzige Stellung des ‚Kuhnert' ist für die rein nachrichtendienstliche Tätigkeit uninteressant. Sie wäre eine gute Möglichkeit, einen GM in Westdeutschland zu legalisieren und ihn über diese Arbeitsstelle in andere interessante Objekte hineinzuschleusen. Diese Möglichkeit ist auch bei ‚Kuhnert' noch gegeben. ‚Kuhnert' kennt seine Aufgaben und weiß, daß er nur über diesen Weg die Möglichkeit hat, mit uns wieder in klare Verhältnisse zu kommen. [… Unklar ist], ob ‚Kuhnert' nach der Anwerbung durch uns neuerdings durch den englischen Geheimdienst oder eine deutsche Abwehrstelle angesprochen und verpflichtet wurde. […] Bei der Festigung des Verhältnisses sind durchaus noch operative Möglichkeiten gegeben, wenn eine ernste Überprüfung des ‚Kuhnert' die Ehrlichkeit unter Beweis stellen kann."[320]

315 Abschlußbericht, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 169.
316 Beschluß über das Anlegen eines Vorgangs bei der HV A, 26. Juni 1956, und Aktenvermerk, 7. Juli 1956, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 8, Bl. 5, 63.
317 Ausbildungsbericht 30. Juni bis 2. Juli 1956, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 62.
318 Abschlußbericht, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 170.
319 Vgl. Brief: Heinz Kuhnert, Köln, 17. Juli 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 163.
320 Abschlußbericht, 9. Dezember 1957, in: BStU MfS AIM 18080/62, Bd. 8, Bl. 171, 172.

Die vielversprechende Arbeit mit dem Agenten „Kuhnert“ scheiterte, bevor sie für das MfS tatsächlich größere greifbare Ergebnisse bringen konnte. Die Hauptverwaltung Aufklärung des Staatssicherheitsministeriums hatte sich von Heinz Gellner sicher mehr versprochen. In den nachgelassenen MfS-Unterlagen fanden sich (bisher) keine weiteren Spuren über neue Aktivitäten von Heinz Gellner, alias „Kuhnert“.

5. Offensive der Ost-Berliner MfS-Verwaltung gegen die Treffen zum „Tag der Heimat“ in West-Berlin 1959/60

Ab Sommer 1958, viel intensiver im Sommer 1959 und vor allem 1960, plante die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit von Ost-Berlin umfangreiche geheimdienstliche Aktivitäten gegen die Landsmannschaften und gegen den West-Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen. Parallel zur Geheimdiensttätigkeit betrieb die SED-Führung eine öffentliche Politik und Propaganda gegen die „Revanchistentreffen“ in West-Berlin, gegen die „revanchistischen Landsmannschaften, ihre Landesverbände“ und gegen den „Bund der Vertriebenen“.[321] Worin lagen die Ursachen für dieses erste massive Auftreten der SED-Agitatoren und der MfS-Behörden gegen die Vertriebenenverbände in West-Berlin?

Die DDR erlangte – pro forma – ihre staatliche Souveränität am 20. September 1955 durch die Unterzeichnung des „Vertrags über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR“ und mit ihrer gleichberechtigten Teilhabe am seit Mai 1955 laufenden Gründungsprozeß des Warschauer Vertrages.[322] Von da an erfolgte eine stärkere politische, wirtschaftliche und auch militärische Integration der DDR in die Gemeinschaft der Ostblockstaaten. Für die DDR begann eine Aufwertung als zweiter deutscher Staat, die von einer Besatzungszone zu einem „Partner“ werden sollte. Allerdings blieb die DDR wie bisher von der Sowjetunion abhängig. Im Juli 1955 brachte die Genfer Gipfelkonferenz der vier Großmächte keine Schritte zur Lösung der deutschen Frage. Der sowjetische Parteichef N. S. Chruschtschow verkündete erstmals dezidiert die „Zwei-Staaten-Theorie“ und stellte damit klar, daß die Sowjetunion einer Wiedervereinigung nur unter Wahrung der „sozialistischen Errungenschaften“ der DDR zustimmen werde. Ab 1955/56 betrieb die DDR keine aktive Wiedervereinigungspolitik mehr, obwohl sie ihre öffentlichen Bekenntnisse zur deutschen Einheit noch jahrelang fortsetzte.[323] Die DDR-Regierung unternahm ab 1955 erste öffentliche Versuche, sich als souveräner Staat innerhalb der osteuropäischen „Volksdemokratien“ zu positionieren und sich gegen den zweiten deutschen Staat, die Bundesrepublik Deutschland, abzugrenzen. Dafür bot sich an, der Bundesrepublik öffentlich „aggressives Revanche-Verhalten“ vorzuwerfen. Als eine Art Ersatzlegitimation, innen- und außenpolitisch ausgerichtet, stellte die SED-Führung ihren Staat DDR als

[321] Vgl. Politbüro-Protokoll, 30. August 1960, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/718, Bl. 1, 5–9.
[322] Vgl. Wortlaut des Vertrages, in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Band IV, S. 48–50.
[323] Vgl. Hermann Weber, Die DDR 1945–1990, S. 45; Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 122ff.

den „deutschen Friedensstaat“ hin. Dies geschah in Abgrenzung zum Staat Bundesrepublik, den sie als „Hort der Revanchehetze“ bezichtigte und als einzigen Staat Europas diskreditierte, der die Nachkriegsgrenzen, insbesondere die Oder-Neiße-Grenze, nicht anerkannte, sondern Anspruch auf fremde Staatsgebiete – mit der Forderung eines Deutschlands in den Grenzen von 1937 – erhob. In öffentlichen Reden erklärten DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl und der Erste Sekretär des ZK der SED Walter Ulbricht die DDR zum „einzig rechtmäßigen, friedlichen, deutschen Staat“ und verurteilten die „Revanchepolitik Westdeutschlands“.[324] Anläßlich der Gründung des Warschauer Vertrages erläuterte der SED-Chef am 1. Juni 1955 vor dem SED-Zentralkomitee: Wenn die deutsche „Bevölkerung selbst ans Werk geht und […] gegen die Revanchepropaganda, wie sie in der Hetze gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze zum Ausdruck kommt, und gegen die Tätigkeit […] westdeutscher Verbrecherzentralen – wie die […] Landsmannschaften […] – Stellung nimmt, [ist] schon viel getan für eine Minderung der Spannungen in Deutschland […].“[325] Und Ulbricht weiter: „Wer im Zusammenhang mit Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands die Revision der Oder-Neiße-Grenze fordert, der versucht […] die Wiedervereinigung zu verhindern. Andere Vertreter der westdeutschen CDU haben dazu auch noch das nördliche Gebiet der Tschechoslowakei (Sudetengebiet) gefordert […].“[326] Mit Blick auf die östlichen Nachbarstaaten, insbesondere die Volksrepublik Polen, versicherte der SED-Chef die Endgültigkeit des Bestehens der „Oder-Neiße-Friedensgrenze“.[327]

Es fällt auf, daß in der öffentlichen Propaganda, aber auch im internen Sprachgebrauch, Ende 1958 der Begriff des „Revanchismus“ auftauchte,[328] womit man die Existenz und Politik der Vertriebenenorganisationen und ihrer Funktionäre pauschal titulierte. Ja, die gesamte Politik der Bundesrepublik gegenüber der DDR und den anderen osteuropäischen Staaten bezeichnete man nun als „revanchistisch“. Sprachen die SED-Ideologen bis dahin von einer „revisionistischen“ Politik der Landsmannschaften und Teilen der Bonner Politik, kam es mit dem „Revanchismusvorwurf“ zur Steigerung der verbalen Attacken. Es hat den Anschein, daß der sowjetische Partei- und Staatschef Nikita S. Chruschtschow mit seinen Reden über die Androhung zur Aufkündigung des Vier-Mächte-Status Berlins vom 10. bzw. 27. November 1958 den Auftakt für die Revanchismus-Kampagnen in der DDR und den anderen osteuropäischen Staaten gegen die Bundesrepublik und West-Berlin und der dort wirkenden

[324] Vgl. Otto Grotewohl, Grundstein des künftigen Deutschlands, 6. Oktober 1955, in: ders., Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik, S. 587.

[325] Walter Ulbricht, Die Warschauer Konferenz und die neuen Aufgaben in Deutschland, in: ders., Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 349f.

[326] Ebenda, S. 362.

[327] Walter Ulbricht, Freundschaft und Frieden an Oder und Neiße. Der Regierungsdelegation der VR Polen zum Gruß 6. Juli 1955, in: ders., Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, S. 440f.

[328] Vgl. Revanchereden und Rekruten, in: BZ am Abend, 23. September 1957, S. 2; Warum die Revanchistensuppe in Westberlin gekocht wird, in: Bauern-Echo, 17. Juni 1959, S. 5.

Vertriebenenorganisationen gab.[329] Die Vorbereitungen der SED-Spitze zu ersten gezielten Revanchismus-Kampagnen gegen die Vertriebenenverbände und die Bundesrepublik begannen etwa 1959/60.[330]

Die Nennung von „Landsmannschaften", „Vertriebenenverbände und Vertriebenenpolitik" wurde nicht mehr solitär vorgenommen, sondern nur noch in Verbindung mit dem abwertenden Adjektiv „revanchistisch". Im allgemeinen bezeichnet „Revanchismus" eine auf Rache (*frz. revanche*) und Vergeltung sinnende Haltung von Kriegsverlierern, die auf die gewaltsame Änderung von Friedensbedingungen oder Verträgen gerichtet ist.[331] Der Begriff des „Revanchismus" im politischen Sprachgebrauch der SED war ein äußerst negativ belegtes, polemisches Schlagwort, ein politischer Kampfbegriff, um eine Einstellung zu verurteilen, die die Oder-Neiße-Grenze, den Verlust der Ostgebiete des Deutschen Reiches und die damit verbundene Vertreibung deutscher Bevölkerungsteile aus Ost- und Südosteuropa im Gefolge der Niederlage NS-Deutschlands im Zweiten Weltkrieg nicht anerkannte. Die SED definierte 1978 den Begriff so: „Revanchismus [ist eine] reaktionäre Ideologie, die den Ausbeuterklassen dazu dient, die Massen geistig für einen Revanchekrieg reif zu machen, [sowie das] Streben einer Ausbeuterklasse nach Wiedererlangung der in einem Eroberungskrieg verlorenen Gebiete, getarnt als Streben nach ‚Vergeltung' für die im Krieg erlittene Niederlage. […] Ungeachtet der völligen Aussichtslosigkeit seiner Pläne, ist der in der BRD wiedererstandene Imperialismus bestrebt, die Ergebnisse seiner gesetzmäßigen Niederlage im zweiten Weltkrieg zu revidieren."[332] Tatsächlich aber war die Politik der Vertriebenenorganisationen wie auch der Bundesregierung nie auf einen Revanche-Krieg zur militärischen Wiedereroberung der deutschen Ostgebiete ausgerichtet, also im SED-Sinne „revanchistisch". Aber der Vorwurf, eine Politik der Grenzrevisionen zu betreiben, traf für die Vertriebenenverbände und die Bundesregierung durchaus zu.

Das simple Erklärungsmuster der SED-Ideologen zum „Revanchismus – [als] offizieller Staatspolitik der Bundesrepublik"[333] sah folgendermaßen aus: Im Potsdamer

[329] Vgl. Note der Sowjetregierung vom 27. November 1958 an die drei Westmächte, in: Dokumente zur Deutschlandfrage, S. 8–23, insbes. S. 12, 23.
Das hatte auch die SPD-Presse registriert: „Seitdem Chruschtschow in seinem ‚Friedensvertragsentwurf' das Stichwort ‚Revanchismus' für die Ostblockkampagnen gegen die Vertriebenenverbände gab, können es diese Verbände auch dem ‚Vorwärts' nicht mehr recht machen […]." In: Politischer Selbstmord der Vertriebenen?, 4. September 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/13, Bl. 19.

[330] Propagandakampagnen gegen die BRD gehörten seit DDR-Gründung zur regelmäßigen Praxis. Eine erste umfassende Propagandaoffensive startete die SED 1957 gegen die weitreichende personelle Kontinuität zwischen der nationalsozialistischen und bundesdeutschen Justiz mit der Broschüre „Gestern Hitlers Blutrichter – Heute Bonner Justiz-Elite". Vgl. Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 75f.
In den 1960er Jahren gab es immer wieder Beschlüsse des SED-Politbüros zur „Organisierung […] internationaler Kampagne[n] gegen die revanchistischen Grenzforderungen der westdeutschen Militaristen", z. B. am 25. August 1964. Vgl. Sitzungsprotokoll, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/945.

[331] Der Begriff kam nach dem Ende des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 auf; er kennzeichnete die französische Außenpolitik, die bestrebt war, das vom Deutschen Reich annektierte Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Revanchismus.

[332] Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1978, S. 767.

[333] Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, 1965, S. 279.

Abkommen 1945 wurden neue Grenzen in Europa festgelegt und Aussiedlungsmaßnahmen getroffen, die darauf zielten, 1. „die imperialistische Wühlarbeit in den Nachbarländern Deutschlands auszuschalten", 2. diese Länder für die großen Verluste im Krieg zu entschädigen und 3. stabile Grenzen zu schaffen, „die nie wieder als Zange des deutschen Imperialismus gegen andere Länder ausgenutzt werden können".[334] Die „ausgesiedelten Deutschen" fanden, so die SED-Propagandisten, eine neue gesicherte Existenz in der SBZ, die „Umsiedler […] wurden gleichberechtigte Bürger des deutschen Friedensstaates. Hier gibt es keine revanchistischen Organisationen". Der westdeutsche Imperialismus hingegen dränge auf Veränderung der Grenzen. „Die Bundesrepublik ist der einzige Staat in Europa, der Forderungen auf fremdes Staatsgebiet, auf die ‚Grenzen von 1937' erhebt. Die in Westdeutschland lebenden Umsiedler werden mißbraucht, um diese revanchistische Politik propagieren und durchführen zu helfen".[335] So beschrieb die SED ihren Revanchismus-Vorwurf an die Bundesrepublik zu Beginn der 1960er Jahre.

Im November 1958 verschärfte sich die politische Situation in der Deutschland- und Berlinfrage. Der sowjetische Parteichef Chruschtschow forderte in ultimativer Form die drei westlichen Alliierten auf, sich aus Berlin zurückzuziehen und West-Berlin den Status einer „freien und entmilitarisierten Stadt" zuzugestehen. Zudem legte die Sowjetunion den Entwurf eines Friedensvertrags mit Deutschland vor. Moskau drohte, wenn diese Forderungen nicht erfüllt würden, werde die Sowjetunion ihre Hoheitsrechte in Berlin und an den Zugängen zu Berlin der DDR-Regierung übertragen und einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen. Die Westmächte bekräftigten jedoch in den Folgemonaten ihre Entschlossenheit, ihre alliierten Rechte in Berlin weiterhin wahrzunehmen.[336] Die Sowjets lenkten im März 1959 ein und die Großmächte trafen sich zur Außenministerkonferenz in Genf im Mai und Juni 1959. Aber auch Genf blieb in Sachen Deutschlandfrage ergebnislos, genauso wie die Gipfelkonferenz in Paris im Mai 1960. Die politische und wirtschaftliche Situation in der DDR spitzte sich in dieser Zeit zu, im Spätsommer 1960 erreichte die sogenannte Republikflucht besorgniserregende Ausmaße. Die Existenz West-Berlins war der SED ein Dorn im Auge. Besonders die offenen Grenzen zwischen Ost- und West-Berlin machten der SED-Spitze zu schaffen.[337] Vor diesem Hintergrund forcierten SED und MfS gerade in Berlin ihre „politisch-operative", also geheimdienstliche Bearbeitung und propagandistische Bekämpfung der „revanchistischen Landsmannschaften und Umsiedlerverbände" in West-Berlin.

1958 konzentrierten sich die Ost-Berliner MfS-Mitarbeiter auf die Beobachtung und Auswertung der jährlichen Großveranstaltung der Landsmannschaften und des Landesverbands der Heimatvertriebenen, den „Tag der Heimat", sowie auf die Organisationszentrale der Vertriebenentreffen, auf das „Haus der ostdeutschen Heimat" in

[334] Ebenda, S. 280.
[335] Ebenda, S. 280f.
[336] US-Präsident Kennedy bekräftigte im Juli 1961 die drei „essentials" im Hinblick auf Berlin: Aufrechterhaltung der Freiheit in West-Berlin, unangefochtene Präsenz der Westalliierten in Berlin, Sicherung der alliierten Zugangswege nach Berlin.
[337] Vgl. Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 127–147.

West-Berlin. Die jährlichen Teilnehmerzahlen am „Tag der Heimat" beliefen sich auf 20 000 bis 25 000, wovon nach Ermittlungen des MfS zirka ein Drittel, also mehr als 8000, aus Ost-Berlin bzw. aus der DDR stammten. Genau diese Tatsache beunruhigte das MfS, denn, so ihre Befürchtung, die „Heimatgefühle der Umsiedler" aus der DDR werde auf diesen Veranstaltungen „zum Zwecke der Völkerverhetzung" mißbraucht.[338] Die Staatssicherheit von Ost-Berlin hatte am 14. September 1958 vier „Geheime Informatoren" zur „Waldbühne" zum „Tag der Heimat" entsandt, um die allgemeine Situation auf der Großveranstaltung zu erkunden. Übereinstimmend berichteten diese über die gute Stimmung auf der Vertriebenengroßveranstaltung, daß die „Waldbühne" überfüllt gewesen sei und die politischen Reden von Bundesminister Ernst Lemmer (CDU) und dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt (SPD) mit viel Beifall aufgenommen wurden.[339]

Ein MfS-Maßnahmeplan zur Diskreditierung des Organisators des „Tag der Heimat", des West-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen, um die Teilnehmerzahl auf der Veranstaltung gering zu halten, hatte demnach keine große Wirkung gezeigt.[340] Die MfS-Abteilungen „Aufklärung" von Ost-Berlin, Potsdam und Frankfurt/O., also die „Auslandsspionageabteilungen [!]" der Bezirksebene, hatten am 8. August 1958, einen Monat vor der Vertriebenengroßkundgebung, eine Desinformationskampagne gestartet, um „innerhalb des Landesverbands der Landsmannschaften Unruhe und Verwirrung hervorzurufen".[341] Man hatte beschlossen, kompromittierende Materialien über einzelne Landsmannschaftsfunktionäre, die auch SPD- bzw. CDU-Funktionäre waren, in einer Artikelserie in der Ost-Berliner „BZ am Abend" zu veröffentlichen. Die „konterrevolutionären und revanchistischen Absichten" der Landsmannschaften sollten anhand von gesammelten Zitaten ihrer Politiker veranschaulicht werden – wie z. B. diese beiden von der Staatssicherheit ausgesuchten Sätze: „Die Bundesrepublik ist Deutschland. Alles andere deutsche Gebiet ist uns entzogen und vorenthaltenes Territorium, das zurückgegliedert werden muß". Und der „Bonner Kriegsminister Strauß[342]" habe auf einer CSU-Veranstaltung gefordert: „Wir müssen einsehen, daß Europa nicht an der Elbe endet, daß zu einem Vereinigten Europa auch Polen, die ČSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien gehören".[343]

Die MfS-Mitarbeiter hatten vier Landsmannschaftsfunktionäre für persönliche Verunglimpfungen ausgewählt. Dem Vorsitzenden des West-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen Dr. Alfred Rojek sollten Beziehungen zu „leichten Mädchen" nachgesagt und eine angeblich enge Verbindung zur Familie des einstigen „Stellvertreters des Führers" Rudolf Heß angedichtet werden. Dem Geschäftsführer der Sude-

[338] Vgl. Methoden der Landsmannschaften zur Beeinflussung der Umsiedler, 1957, in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 3, Bl. 805, 807; Landsmannschaftstreffen am 14. September 1958, in: ebenda, MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 180, 164–168.

[339] Vgl. Auswertungsbericht über den „Tag der Heimat" am 14. September 1958, in: MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 161–163.

[340] Vgl. Abteilung V/3, Sachgebiet: Landsmannschaften: Maßnahmeplan vom 8. August 1958, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 105–107.

[341] Ebenda, Bl. 105.

[342] Franz-Josef Strauß (CSU) war seit 1955 Bundesminister für Verteidigung.

[343] Bonner politische Dynamik, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bd. 2, Bl. 236.

tendeutschen Landsmannschaft in West-Berlin [E. L.][344] sagte das MfS Homosexualität nach und beschuldigte ihn, als Agenten für die Franzosen zu arbeiten.[345] Der Geschäftsführer vom „Bund der Danziger" [G. B.] betrieb eine Privatpension in West-Berlin. Hier, so lautete die MfS-Unterstellung, „soll der Verdacht in Umlauf gebracht werden, daß diese Pension als Absteige, […] als Bordell benutzt werde".[346] Und dem heimatpolitischen Referenten vom „Bund der Danziger" [B. H.] unterstellte das MfS eine kriminelle Vergangenheit. Dieser habe in der DDR Schulgelder unterschlagen und wäre zu einer Gefängnisstrafe in der DDR verurteilt worden, bevor er in die Bundesrepublik flüchtete.[347] Presseveröffentlichungen dieser Art kamen nicht zustande.[348] Es besteht jedoch die Vermutung, daß die Staatssicherheit die beschriebenen Verleumdungen in Form von anonymen Briefen und Flugblättern in West-Berlin, im Wohnumfeld der Betreffenden, in Umlauf brachte.[349]

Ein Jahr später ging die Staatssicherheit systematischer mittels Perspektiv- und Maßnahmeplänen gegen die „revanchistischen Landsmannschaften" in West-Berlin vor. Den Grund für die Maßnahmepläne benannte die Ost-Berliner Staatssicherheit: „Die Haupttätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften besteht in der Vertretung der Konzeption, daß eine Rückführung der ehemaligen Umsiedler in die jetzigen westpolnischen Gebiete erforderlich und notwendig ist. […] Die Hauptarbeit der revanchistischen Landsmannschaften besteht in der politischen Hetze gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze und somit in der ideologischen Diversion gegen die DDR."[350] Die geplante Bandbreite der geheimdienstlichen „Bearbeitung" umfaßte die Informationsbeschaffung über die Landsmannschaften und ihre Aktivitäten, die Suche, Werbung bzw. Einschleusung von „Inoffiziellen Mitarbeitern" aus den Vertriebenenorganisationen und aus der West-Berliner Zentrale der Heimatvertriebenen, dem „Haus der ostdeutschen Heimat". Es kam hinzu die öffentliche propagandistische Arbeit gegen die ostdeutschen Landsmannschaften, die zusammen mit den Agitatoren der SED-Bezirksverwaltungen vorbereitet und durchgeführt werden sollte. Auch hatte man vor, die versteckte und öffentliche Diffamierung von Vertriebenenfunktionären fortzusetzen.[351] Des weiteren mußte die Zusammenarbeit auf dem „Sachgebiet Umsiedler" zwischen den MfS-Verwaltungen Berlin und den der umliegenden Bezirke Potsdam, Frankfurt/O., Magdeburg verbessert werden: „Insbesondere kommt es darauf an", so die Überlegungen der Staatssicherheit, „bessere Koordinie-

[344] Die Namen bleiben aus Datenschutzgründen der BStU geschwärzt.
[345] Vgl. Abteilung V/3, Sachgebiet: Landsmannschaften: Maßnahmeplan vom 8. August 1958, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 105, 106.
[346] Ebenda, Bl. 106.
[347] Vgl. ebenda.
[348] Vgl. BZ am Abend. Das Abendblatt des Berliners, 1958 (10. Jg.), August–November – keine diesbezüglichen Artikel.
[349] Vgl. Abteilung V/3, Sachgebiet: Landsmannschaften: Maßnahmeplan vom 8. August 1958, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 106, 107.
[350] Gegenwärtige Situation auf dem Gebiet der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften, 19. November 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 122.
[351] Vgl. Perspektivplan vom 29. August, 14. September 1959; Methoden der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin, 1. Oktober 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 108–121.

rungen bei der Vorbereitung von Störmaßnahmen zu Großveranstaltungen der Landsmannschaften zu treffen."[352]

Die schwierigste, aber auch die wichtigste MfS-Geheimdiensttätigkeit im „Arbeitsplan revanchistische Landsmannschaften" bestand in der Werbung oder Einschleusung von Agenten in die West-Berliner Vertriebenenverbände. Im Plan der Staatssicherheit vom 29. August 1959 hieß es dazu: „Eine perspektivvolle Arbeit auf der Linie der Landsmannschaften wird sich hauptsächlich durch die Schaffung von inoffiziellen Mitarbeitern in Westberlin ergeben. Diese haben vordringlich an den Angehörigen der zentralen Leitung des Bundes der Vertriebenen in Westberlin, Kaiserdamm 83, und in den Spitzen der Landsmannschaften zu erfolgen."[353] Zunächst mußte der ungenügende Stand der geheimdienstlichen Bearbeitung der Vertriebenenverbände eingestanden werden, „die nicht der Bedeutung der revanchistischen Verbände in Westberlin" entspräche. Kritisch vermerkten die MfS-Beamten, daß sowohl die Anzahl wie auch die Qualität der vorhandenen Agenturen, also Informanten, sehr zu wünschen übrig lasse. „Das Ziel der Arbeit müßte bestehen in der Werbung von Funktionären der Landsmannschaften in Westberlin".[354]

Die Staatssicherheitsbediensteten listeten ihren „Geheimen-Informanten-Stamm" vom Herbst 1959 auf: Aus den MfS-Kreisdienststellen von Ost-Berlin waren drei „Geheime Mitarbeiter" auf die Landsmannschaft Pommern angesetzt, zwei „GIs" arbeiteten in der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, drei „GIs" in der Ost- bzw. Westpreußischen Landsmannschaft, und einen Informanten hatte man in der Schlesischen Landsmannschaft plaziert. Keine „GI-Verbindungen" unterhielt man zu den landsmannschaftlichen Verbänden der Ostbrandenburger, der Sudetendeutschen und der Baltendeutschen. Das oberste Ziel der Staatssicherheit hieß demnach: in jeder in West-Berlin organisierten Landsmannschaft mindestens einen „Inoffiziellen Mitarbeiter" anzuwerben oder einzuschleusen.[355] Die MfS-Zuständigen verfügten darüber hinaus über 14 potentielle „GI-Kandidaten", zweifelten aber an deren fachlicher und politischer Qualität. Außerdem waren alle aufgezählten „Informanten", bis auf eine Ausnahme, Ostberliner, die in ihrer „GI"-Funktion regelmäßig Landsmannschafts- und Heimatkreistreffen in West-Berlin besuchten. Aber die MfS-Zentrale suchte nach „Informanten" in den Landsmannschaften, die in West-Berlin lebten.[356]

Ein weiteres Ziel des MfS bestand im „Eindringen in das ‚Haus der ostdeutschen Heimat'". Aber für die Werbung von hauptamtlichen Mitarbeitern aus der West-Berliner Vertriebenenzentrale lagen keine konkreten Materialien und Anhaltspunkte vor. Daher wollte man nun langfristiger vorgehen. Zunächst sollten einzelne Heimatkreisverbände von Landsmannschaften auf der Suche nach „ideologisch schwankenden"

[352] Methoden der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin, 1. Oktober 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 118.
[353] Perspektivplan, 29. August 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 109.
[354] Gegenwärtige Situation auf dem Gebiet der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften, 19. November 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 125.
[355] Vgl. ebenda, Bl. 124; Perspektivplan, 29. August 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 111.
[356] Vgl. Gegenwärtige Situation auf dem Gebiet der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften, 19. November 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 124, 125.

Mitgliedern ausgespäht werden, um Möglichkeiten zu prüfen, wer für eine Werbung in Frage käme. Die dann als „Informanten" geworbenen Heimatkreismitglieder sollten in ihrer ehrenamtlichen Vertriebenenarbeit so großzügig unterstützt werden, daß diese, längerfristig gesehen, in Funktionen in den Landsmannschaften aufsteigen und/oder sogar eine hauptamtliche Stellung im „Haus der ostdeutschen Heimat" erreichen könnten.[357] Die Ost-Berliner Staatssicherheitsfunktionäre machten in diesem Zusammenhang drauf aufmerksam, daß nur erfahrene und politisch geschulte „Inoffizielle Mitarbeiter" Anwerbungen in den Heimatkreisen vornehmen sollten. Der Grund dafür: Man habe in letzter Zeit manch einen „IM" beim Anwerbevorgang in West-Berlin „verloren".[358] Die MfS-Erläuterung dazu: „Die Landsmannschaften sind Träger der bürgerlich-reaktionären Ideologie und vertreten die Ideen des Revanchismus unter dem Tarnmantel der sogenannten Heimatverbundenheit. […] Jeder inoffizielle Mitarbeiter, der auch ehemaliger Umsiedler sein muß, kommt mit diesem ideologischen Gift in direkte Berührung. Die vergangene Arbeit […] zeigt, daß ein großer Teil [!] der inoffiziellen Mitarbeiter, die noch gewisse bürgerliche Weltanschauung besaßen, in der Endkonsequenz der ideologischen Beeinflussung der Landsmannschaften unterlagen."[359]

Eine Möglichkeit, in das „Haus der ostdeutschen Heimat einzudringen", hatte sich unverhofft im Oktober 1959 aufgetan. Ein leitender Funktionär aus der West-Berliner Vertriebenenzentrale unterhielt „ein intimes Verhältnis zu einem weiblichen GI" der MfS-Kreisdienststelle Berlin-Weißensee im Ostteil Berlins. Diese Beziehung ginge sogar so weit, daß der Funktionär seine Freundin regelmäßig in Ost-Berlin besuche. Aus dieser Beobachtung entstand die Idee, männliche Angestellte aus dem „Haus der ostdeutschen Heimat" durch „Anschleusung weiblicher GIs" als mögliche MfS-Informanten zu gewinnen.[360]

Die Werbung von Agenten zur „operativen Bearbeitung" der Vertriebenenverbände konnte nach den Vorstellungen der MfS-Zentrale auch auf anderen Wegen angebahnt werden. Man suchte nach politisch gefestigten SED-Mitgliedern, die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten stammten und Verwandte hatten, die in West-Berlin lebten und dort in Landsmannschaften organisiert waren.[361] Diese Verwandten sollten unter Vorwänden nach Ost-Berlin eingeladen werden und mittels positiver Angebote in freundlich-gewinnender Atmosphäre, so dachte das MfS, durch Überzeugungsarbeit als „Informant" gewonnen werden.[362] Einzelne Beispiele hörten sich so an: „Die

[357] Vgl. ebenda, Bl. 127, 128, 129.
[358] Vgl. ebenda, Bl. 129, 130.
[359] Ebenda, Bl. 130.
[360] Vgl. Methoden in der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin, 1. Oktober 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 120.
[361] In diesem Zusammenhang wurde von den zuständigen Mitarbeitern der MfS-Abteilung V/3 die DDR-Praxis kritisiert, daß es keine konkreten Statistiken über die „Umsiedler" in der DDR bzw. in Ost-Berlin gäbe. Die Zentrale wies diese Kritik zurück und vermerkte, das MfS verfüge über derartige Übersichten. Vgl. Gegenwärtige Situation auf dem Gebiet der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften, 19. November 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 131.
[362] Vgl. Abteilung V/3, Perspektivplan, 29. August 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, 109, 110.

in Westberlin wohnhafte [M.][363], Mitglied der Baltendeutschen Landsmannschaft, wird unter der Legende eines Angebots für eine Übersetzungsarbeit in den demokratischen Sektor [Ost-Berlin] eingeladen. Mit [M.] ist Kontakt aufzunehmen und zu werben." Oder: „Die [K.], Mitglied der Pommerschen Landsmannschaft und Tochter des ‚GI Falke' der Bezirksverwaltung Dresden, […] , ist unter der Legende des Anbietens einer Reise nach Volkspolen in den demokratischen Sektor einzuladen. Mit [K.] ist Kontakt aufzunehmen und zu werben."[364] Für die Ost-Berliner MfS-Bezirksverwaltung schien es kein Leichtes gewesen zu sein, geeignete, vor allem qualifizierte und zuverlässige „Informanten" aus den Funktionärskreisen der Landsmannschaften zu gewinnen. Die Werbung von geeigneten Spitzeln basierte eher auf politischer Überzeugungsarbeit, auf Zubilligung materieller und persönlicher Vorteile und weniger auf Druck und Erpressung.[365]

Um die Vertriebenenverbände in West-Berlin nicht nur mit Geheimdienstmethoden zu bekämpfen, plante die Staatssicherheit ein Zusammengehen mit der Ost-Berliner SED-Bezirksleitung. Der Kampf sollte auch mittels Agitation und Propaganda geführt werden.[366] Die bekannten Landsmannschaftsfunktionäre und Mitarbeiter des „Hauses der ostdeutschen Heimat" erhielten von nun an SED-Propagandaschriften zugesandt, und geschulte SED-Agitatoren sollten – „ausgerüstet mit der Ideologie der Arbeiterklasse" – die Funktionäre auf Veranstaltungen oder bei Besuchen direkt ansprechen. Die SED-Agitatoren hatten für die „Oder-Neiße-Friedensgrenze" einzutreten, für die Akzeptanz der deutschen Gebietsverluste als Folge der Niederlage des verbrecherischen Hitlerkrieges zu werben und die SED-Vertriebenenpolitik und die Friedenspolitik der DDR, der Sowjetunion und der Volksdemokratien zu loben. Mit gleichen Argumenten „sollten politisch-ideologisch klare Genossen" in die Heimatkreisgruppen der Landsmannschaften eingeschleust werden, um dort im SED-Sinne unter den Flüchtlingen und Vertriebenen zu agitieren. Auch beibehalten wollte die Staatssicherheit die Methode, Angst und Unruhe unter den Funktionären der Landsmannschaften zu verbreiten, indem SED-offizielle Einladungen an diese ausgesprochen wurden, in Ost-Berlin an Vortragsveranstaltungen beispielsweise über die westpolnischen Gebiete teilzunehmen. Das sollte die Betreffenden irritieren und einschüchtern.[367]

1960 – auf dem Höhepunkt der durch den KPdSU-Chef Chruschtschow ausgelösten Berlin-Krise, als die SED-Führung fast alles unternahm, West-Berlin politisch von der Bundesrepublik abzukoppeln und der „Republikflucht" durch die offenen Berliner Sektorengrenzen irgendwie Herr zu werden – gingen MfS und SED frontal gegen die Vertriebenenverbände und ihre Treffen vor. Im Februar 1960 lagen erste detaillierte „Pläne zur Koordinierung auf der Linie Landsmannschaften", ausgearbei-

[363] Name bleibt aus Datenschutzgründen von der BStU geschwärzt.
[364] Beide Beispiele: Vgl. Abteilung V/3, Perspektivplan, 29. August 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 110.
[365] Vgl. Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 250–273.
[366] Vgl. Methoden in der Bearbeitung der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin, 1. Oktober 1959, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 118–121.
[367] Vgl. ebenda, Bl. 119, 120.

tet von der Hauptabteilung V/3 der MfS-Zentrale, vor.[368] Im Juli und im August 1960 stand der „Bonner Revanchismus" und das „Revanchistentreffen am ‚Tag der Heimat'" am 3. und 4. September 1960 in West-Berlin erstmals auf der Tagesordnung von SED-Politbürositzungen.[369] SED- und MfS-Funktionäre empörten sich über den „Bund der Vertriebenen". Dieser war mit einer Abordnung unter seinem Präsidenten Hans Krüger zur Genfer Außenministerkonferenz im Mai/Juni 1959 gereist, um dort – wie die Staatssicherheit meinte – von der „Lösung der Westberlin-Frage und dem Friedensvertrag mit Deutschland abzulenken, denn [der BdV] wollte […] das sogenannte Vertriebenenproblem und die Oder-Neiße-Grenze in den Mittelpunkt der Beratungen stellen". Die „Politik der Torpedierung und Provokation" sei ihm jedoch nicht gelungen.[370]

Die Arbeitsbesprechungen in der MfS-Zentrale im Januar und Februar 1960 hielten bekannte Ziele zur „Linie Landsmannschaften" fest, die aber hartnäckiger zu verfolgen waren. An erster Stelle der Geheimdiensttätigkeit stand nach wie vor die Suche und Werbung „qualifizierter und fortschrittlicher Informanten" aus den Funktionärskreisen der Landsmannschaften und des West-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen. Dabei wurde Wert gelegt auf Agenten, die in West-Berlin oder Westdeutschland ihren Wohnsitz hatten, denn – so die Recherche des MfS – Ostberlinern oder DDR-Bürgern wurden keine Funktionen in den Vertriebenenverbänden übertragen.[371] Das Hauptinteresse richtete sich nach wie vor auf die Angestellten und Funktionäre im „Haus der ostdeutschen Heimat". Alle Ost-West-Verbindungen in Berlin von DDR-Massenorganisationen wie dem Demokratischen Kulturbund, der Nationalen Front, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, dem Schriftstellerverband, die Kontakte der SED zur SEW usw. sollten systematisch durchkämmt werden, um Personen mit „positiver Perspektive" für die Spitzeltätigkeit in der West-Berliner Vertriebenenzentrale zu finden. Die Staatssicherheit hatte zudem in Erfahrung gebracht, daß ein Umzug des „Hauses der ostdeutschen Heimat" von Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 83, nach Berlin-Kreuzberg, Stresemannstraße 90–102, bevorstand. Professionelle MfS-Bedienstete erhielten den Auftrag, den neuen Standort auszukundschaften. Auch sollte eine konspirative Wohnung gegenüber der neuen Vertriebenenzentrale gemietet und mit „Geheimen Mitarbeitern" besetzt werden, um eine möglichst fortlaufende Überwachung des „Hauses" sicherzustellen. Dabei ging es um das Ausspionieren von Gewohnheiten der Funktionäre und Angestell-

368 Vgl. Plan zur Koordinierung auf der Linie Landsmannschaften, 1. Februar 1960; Dienstbesprechung der HA V/3 über die Bearbeitung der revanchistischen Umsiedlerorganisationen, 6. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 132–151.

369 Vgl. Bonner Revanchismus, Juli 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/191, Bl. 326–335; Politbüro-Protokoll, 30. August 1960, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/718/Bl. 1–3, 5–14.

370 Dienstbesprechung der HA V/3 über die Bearbeitung der revanchistischen Umsiedlerorganisationen, 6. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 141; vgl. Verschwörung gegen Genf, in: Freiheit, Halle, 2. Mai 1959, S. 2.

371 Vgl. Dienstbesprechung der HA V/3 über die Bearbeitung der revanchistischen Umsiedlerorganisationen, 6. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 151.

ten einerseits wie um das Feststellen der Personalien von DDR-Besuchern im „Haus der ostdeutschen Heimat“ andererseits.[372]

Über einen West-Berliner „GM“ abonnierten die Zuständigen im MfS nun regelmäßig die Zeitungen „Münchner Vertriebenen Echo“ und die „Neuen Kommentare“, Frankfurt/a. M. Der Plan des MfS sah vor, den Herausgeber der „Neuen Kommentare“ zu ermitteln und Kontakt zu diesem herzustellen.[373] Der Herausgeber hieß – wie oben bereits erwähnt – Georg Herde, der sich aus kommunistischer Sicht dem Kampf gegen die Vertriebenenverbände und ihrer Funktionäre in der Bundesrepublik verschrieben hatte. Ob Herde mit dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit zusammenarbeitete, ist nicht geklärt. Zu ihm fanden sich keine Unterlagen in den Archivhinterlassenschaften des Ministeriums. Die MfS-Verwaltung von Groß-Berlin verfügte Anfang 1960 über sieben relativ gut funktionierende „Inoffizielle Mitarbeiter“ im Bereich der Landsmannschaften in West-Berlin. Diese wurden nun in ihrer Arbeit konkreter instruiert. Alle erhielten den Auftrag, ihre Stellung in der jeweiligen Landsmannschaft zu festigen, bestehende persönliche Kontakte mit Funktionären zu vertiefen und immer die „Perspektive neuer Werbungen“ im Auge zu behalten.[374] Im Geheimdienstjargon lasen sich einzelne Aufträge z. B. so:[375] „‚GM Müller‘ hat seine Position als Funktionär der Landsmannschaft Pommern auszubauen. […] Das Schwergewicht muß in der […] ideologischen Beeinflussung des Vorsitzenden [P. …] liegen. Der Genannte ist in den demokratischen Sektor [Ost-Berlin] einzuladen und mit den Verhältnissen im demokratischen Teil Berlins vertraut zu machen.“[376] Oder ein zweites Beispiel: „Der ‚GI Petersen‘ hat […] seine Beziehungen zur Landsmannschaft Westpreußen weiter auszubauen. Diese Verbindung gewinnt an besonderem Wert, da der [H. …] als sogenannter Kontaktbetreuer gegenüber Personen aus der DDR arbeiten soll. Die Arbeit an [H. …] soll zur vollständigen Aufklärung der Person sowie deren Verbindungen führen.“[377] Des weiteren standen zehn „GIs“ zur Verfügung, deren Verbindungen zu den landsmannschaftlichen Organisationen in West-Berlin noch ungenügend waren. Die Anweisung an sie lautete: Ihre Mitgliedschaft in der Landsmannschaft und der jeweiligen Heimatgruppe festigen, persönliche Beziehungen zu Funktionären herstellen und nach Möglichkeit selbst Funktionär werden. Alle „GIs“ erhielten den Auftrag, jede Möglichkeit wahrzunehmen, um das „Haus der ostdeutschen Heimat“ aufzusuchen, dort Vorträge und Ausstellungen besuchen, die „Juristische Beratungsstelle“ zu nutzen, um letztlich Kontakte zu Mitarbeitern des Hauses zu knüpfen.[378] Alle diese „Geheimen Informatoren“ der Staatssicherheit auf

[372] Vgl. Plan zur Koordinierung auf der Linie Landsmannschaften, 1. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 133, 134.
[373] Vgl. ebenda, Bl. 135.
[374] Vgl. ebenda, Bl. 135–137.
[375] Die Namen der Personen sind aus Datenschutzgründen von der BStU geschwärzt.
[376] Plan zur Koordinierung auf der Linie Landsmannschaften, 1. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 135.
[377] Ebenda, Bl. 137.
[378] Vgl. ebenda, Bl. 137, 138.

der „Linie Landsmannschaften“ aber waren DDR-Bürger, die ihr MfS-Informanten-Tätigkeit nebenberuflich ausübten.

Die Dienstbesprechungen der für die Bearbeitung der Landsmannschaften zuständigen MfS-Hauptabteilung V/3 in Ost-Berlin und ihrer Abteilungen V/3 auf Bezirksebene im Dezember 1959 und im Januar und Februar 1960 bestätigten ihr bisheriges Vorgehen: „Die Hauptmethoden der Bekämpfung der revanchistischen Landsmannschaften müssen die ideologische Beeinflussung und die Zersetzung“ bleiben.[379] Die MfS-Bezirksleitungen erhielten den Auftrag, „Umsiedler“-Konzentrationen in ihren Kreisen und Bezirken auszumachen und besser zu beobachten. Vor Vertriebenentreffen in West-Berlin und Westdeutschland sollten Gerüchte z. B. über Terminverschiebungen oder verschärfte DDR-Polizeikontrollen in Umlauf gebracht werden, um Verunsicherungen zu erzeugen und „ehemalige Umsiedler“ aus der DDR abzubringen, an diesen Treffen in West-Berlin teilzunehmen. Wenn die MfS-Bezirksverwaltungen Kenntnis von „Umsiedlern“ hatte, die stets zu Landsmannschaftstreffen nach West-Berlin fuhren, sollte auf jeden Fall der Versuch unternommen werden, sie durch persönliche Gespräche und durch Vorladungen bei den MfS-Kreisdienststellen von der Teilnahme abzubringen.[380] Auch galt es, ein Augenmerk auf jene „Umsiedler“ in den DDR-Bezirken und Kreisen zu legen, die regelmäßig Verwandtenbesuche aus West-Berlin bzw. Westdeutschland erhielten. Diese Verwandten könnten sich als Mitglieder in Vertriebenenverbänden erweisen und sich für eine mögliche „GI“-Werbung eignen.[381] Die MfS-Abteilungen „M“ – Postkontrolle – auf zentraler wie auf Bezirksebene erhielten zudem die Weisung, sicherzustellen, daß keine „Heimatzeitungen, Umsiedlerliteratur und andere revanchistische Hetzschriften“ ihre Adressaten in der DDR erreichten.[382] In den Augen der Staatssicherheitsbediensteten waren alle diese Maßnahmen darauf gerichtet, zu verhindern, daß „der Gedanke des Revanchismus in die Kreise der ehemaligen Umsiedler in der DDR getragen“ wird und eben diese „Umsiedler […] durch ideologische Beeinflussung […] in Gegensatz zu unserem Staat, der Partei und Regierung“ gebracht werden.[383]

1959 und 1960 fand in West-Berlin eine größere Zahl an Vertriebenentreffen, an zentralen Veranstaltungen der Landsmannschaften, statt. Dazu zählten zum Beispiel die Ostpreußentreffen am 17. Mai 1959 und am 8. April 1960, das Treffen der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg 17. bis 19. Juni 1960 oder der jährliche „Tag

379 Dienstbesprechung der HA V/3 über die Bearbeitung der revanchistischen Umsiedlerorganisationen, 6. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 147.

380 Vgl. ebenda, Bl. 147–149.
„In Verbindung mit der [MfS]-Abteilung XIII [Verkehr] ist zu erreichen, daß die DDR-Teilnehmer an Veranstaltungen der Landsmannschaften bei den Zugkontrollen namentlich erfaßt werden. Mit bestimmten Personen können … Aussprachen während der Anreise durchgeführt werden. Entsprechend der politischen Lage besteht die Möglichkeit, einen Teil der Teilnehmer an Treffen in Westberlin bereits bei den Kontrollpunkten der Grenzpolizei um Berlin zurückzuschicken.“ Ebenda, Bl. 148.

381 Vgl. Dienstbesprechung der HA V/3 über die Bearbeitung der revanchistischen Umsiedlerorganisationen, 6. Februar 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 151.

382 Vgl. ebenda, Bl. 149.

383 Ebenda, Bl. 141.

der Heimat“ am 6. September 1959 bzw. am 3./4. September 1960.[384] Im Juli und August 1960 rüsteten sich die Staatssicherheit und die SED-Agitatoren, um massiv mit geheimdienstlichen und mit propagandistischen Methoden gegen die zentrale jährliche Großveranstaltung der Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen – den „Tag der Heimat“ – vorzugehen. Nach Ansicht des SED-Politbüros würde die „provokatorische Veranstaltung“ „Tag der Heimat 1960“ zur „Verstärkung der psychologischen Kriegsführung, zur militaristischen, chauvinistischen und revanchistischen Hetze […] gegen die Deutsche Demokratische Republik“ genutzt. Die „Durchführung des ‚Tags der Heimat 1960‘ in Westberlin, das auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt, unterstreicht die Anomalität der Lage in Westberlin und soll zu einer weiteren Verschärfung des kalten Krieges und der Frontstadtpolitik in Westberlin führen.“[385] Die SED-Spitze unterließ es nicht, politisch, agitatorisch, geheimdienstlich und mit Drohmaßnahmen alles zu unternehmen, um die gespannte Lage in Berlin unter Kontrolle zu bekommen. Die Zahlen der sogenannten Republikflüchtigen waren wieder dramatisch angestiegen: 1959 verließen 144 000 Bürger die DDR, 1960 waren es sogar 199 000.[386]

In Presse und Rundfunk verbreiteten die SED-Ideologen ihre Überzeugung, daß der Sinn dieser Vertriebenengroßveranstaltung darin liege, die Vertriebenen in Ost und West aufzuwiegeln für die „Durchsetzung des Bonner Konzepts zur gewaltsamen Wiedergewinnung des sogenannten deutschen Ostens […] unter Einverleibung der DDR, […], [der] Beseitigung der im Potsdamer Abkommen festgelegten deutschen Grenzen […] und der […] ‚Befreiung‘ des gesamten sozialistischen Lagers […]“.[387] In Zeitungsartikeln, Flugblättern, in öffentlichen Stellungnahmen, z. B. des Ost-Berliner Oberbürgermeister, Friedrich Ebert und in Sendungen des Rundfunks, über organisierte Protestschreiben an den West-Berliner Senat sowie durch das Versenden von Protest- und Agitationsmaterialien an die Tagungsstätten und Lokale der Heimatkreiszusammenkünfte der Landsmannschaften protestierte die DDR lautstark gegen den „Aufmarsch der Revanchisten“ in West-Berlin.[388] Allein die aufmachenden Artikel im „Neuen Deutschland“ Ende August/Anfang September 1960 veranschaulichen das Aufgebot an Propaganda: „Revanchisten wollen ihr Fußvolk aufputschen“, „Die Welt erkennt und verabscheut Revanchehetze“, „Offener Brief des Nationalrats an die Umsiedler in Westberlin: Geht Revanchisten nicht auf den Leim“, „Provokationen werden nicht geduldet. 100 000 Dresdner protestieren gegen Mißbrauch Westberlins für Revanchehetze“, „Echo im Ausland beweist: Revanchisten in Bonn isoliert“

[384] Vgl Ostpreußentreffen 1959, 1960, 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 152–169; Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, in: ebenda, MfS-BdL/Dok. 003049, Bl. 11, 12; „Tag der Heimat“, in: ebenda, MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 33–41, 188, 189; Geplante Treffen von Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden, in: BStU MfS ZAIG 4382, Bl. 1–28, 50–67.

[385] Maßnahmen gegen das Revanchistentreffen am 3. und 4. September 1960 in Westberlin, Politbüroprotokoll, 30. August 1960, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/718, Bl. 8.

[386] Vgl. Hermann Weber, DDR. Grundriß der Geschichte 1945–1990, S. 302, 304.

[387] Bonner Revanchismus, Juli 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/191, Bl. 326.

[388] Vgl. ebenda, Bl. 326–335; Maßnahmen gegen das Revanchistentreffen am 3. und 4. September 1960 in Westberlin, Politbüroprotokoll, 30. August 1960, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/718, Bl. 1–14.

oder „Warnung der DDR-Regierung von den Westberlinern beachtet: Mehrheit blieb Revanchistentreffen fern“ [389] – dies entsprach nicht den Tatsachen, denn der „Tag der Heimat“ war durchschnittlich gut besucht.

Die DDR-Regierung ging in dieser Situation so weit, sich erstmals folgende Anordnung anzumaßen: In der Zeit vom 1. bis 4. September 1960 untersagte der DDR-Minister des Innern Bürgern der Bundesrepublik ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung das Betreten der Hauptstadt der DDR. Die lapidare Begründung dazu lautete: Diese Maßnahme sei notwendig „im Interesse der Sicherung des Friedens“.[390] Verstärkte Kontrollen der Polizei und der Staatssicherheit in den Tagen vom 1. bis 4. September 1960 hatten das Ziel, möglichst viele „ehemalige Umsiedler“ aus der DDR abzuhalten, den „Tag der Heimat“ in West-Berlin zu besuchen. Die Besucher der Veranstaltung aus Westdeutschland sollten an den Berliner Sektorengrenzen schikanösen und zeitraubenden Kontrollen unterzogen werden. Und die Westberliner sollten über Propaganda beeinflußt werden, die Treffen der Vertriebenenverbände weitgehend zu ignorieren. Die Transport- und Volkspolizei von Groß-Berlin, Frankfurt/O., Potsdam und Neubrandenburg führte verstärkte Zugkontrollen zwischen dem 3. und 5. September 1960 durch, offensichtliche „Umsiedler“ aus der DDR wurden namentlich erfaßt und in ihre Wohnorte zurückgeschickt.[391] Aber dieses Vorgehen stand unter dem Vorbehalt, daß dadurch keine Unruhe unter der Bevölkerung ausgelöst werden sollte.[392] Fuhren größere organisierte Vertriebenengruppen von West-Berlin über das Territorium der DDR nach Westdeutschland zu zentralen Vertriebenentreffen, so wurden diese drangsalierenden Kontrollen unterzogen. Im Juni 1961 fand das Bundestreffen der Schlesier in Hannover statt. Das SED-Politbüro beauftragte ihre Verantwortlichen für Sicherheitsfragen, Erich Honecker und Erich Mielke, zu folgendem Vorgehen: „Die Autobusse und Fahrzeuge von […] Reisenden [zum Schlesiertreffen] und sie selbst sind bei Hin- und Rückreise gründlich zu untersuchen. Angebrachte Losungen sind in geeigneter Weise zu übermalen. Bei Rückreise sind gefundene revanchistische Materialien abzunehmen.“[393]

Seit Anfang August 1960 existierten Planungen in der MfS-Zentrale über den geheimdienstlichen Einsatz zum „Tag der Heimat“ am 4. September. Das Interesse richtete sich auf die zentrale Großveranstaltung in der West-Berliner „Waldbühne“ und auf die anschließend stattfindenden Heimatkreistreffen der einzelnen Landsmannschaften. Die MfS-Verwaltung von Groß-Berlin brachte alle in ihren Augen qualifi-

[389] In: ND, 30. August 1960, S. 2; 31. August 1960, S. 1; 1. September 1960, S. 1, 2. September 1960, S. 1; 3. September 1960, S. 1; 5. September 1960, S. 1.

[390] Vgl. Sicherungsmaßnahmen gegen die Durchführung von Revanchistentreffen in Westberlin, 30. August 1960, in: BStU MfS-BdL/Dok. 000658, Bl. 2–5; „Erklärung der Regierung der DDR gegen den Mißbrauch Westberlins für Kriegs- und Revanchehetze“, in: ND, 31. August 1960, S. 1.

[391] Vgl. MfS-Minister: Revanchistentreffen, 4. September 1960, in: BStU MfS-BdL/Dok. 000658, Bl. 1–4.

[392] Vgl. ebenda, Bl. 2; Befehl des Präsidenten der VP Berlin: Sicherungsmaßnahmen gegen die Durchführung von Revanchistentreffen in Westberlin, 30. August 1960, in: BStU MfS-BdL 015585, Bl. 1–7; MfS-Neubrandenburg: Revanchistentreffen, 17. August 1960, in: BStU MfS BV Neubrandenburg Abteilung XX 235, Bl. 222–223.

[393] Sitzung des SED-Politbüros am 9. Juni 1961, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2A/825.

zierten „Geheimen Mitarbeiter“ auf der „Linie Landsmannschaften“ zum Einsatz. Die Auswahl und Einweisung der „Informanten“ erfolgte ab der zweiten Augustwoche 1960. Die Aufgabenstellung hieß: 1. Einen allgemeinen Bericht – Zahl der Teilnehmer, Stimmung und politische Äußerungen auf den Treffen – über die Großveranstaltung in der „Waldbühne“ und über die Heimatkreiszusammenkünfte abzugeben und 2. Personen aus der DDR und ihre Personalien ausfindig zu machen, die an den Vertriebenenveranstaltungen teilnahmen.[394] Die MfS-Mitarbeiter empfahlen den „GIs“ verschiedene „Legenden“ für das Eindringen in die Landsmannschaften bzw. die jeweiligen Heimatkreise während der Veranstaltungstage. Die unverkennbar aus der DDR stammenden „Informanten“ sollten ihre Teilnahme damit begründen, daß sie alte Bekannte und Freunde wiederfinden bzw. treffen oder Meinungen der West-Berliner und ihrer Politiker über die Oder-Neiße-Grenze erfahren wollen oder daß sie vom Landsmannschaftstreffen gehört und kurzfristig Interesse daran gefunden hatten. „Informanten“, die nicht aus den ehemaligen Ostgebieten stammten, sollten als „Legende“ angeben, daß sie beim zufälligen Sonntagsspaziergang auf das Vertriebenentreffen in der „Waldbühne“ aufmerksam geworden seien. Sie sollten behaupten, politische Gegner der DDR-Regierung und der Oder-Neiße-Grenze zu sein oder Interesse an der ostdeutschen Volkskunst zu haben bzw. die angekündigten 4,-- DM-Westmark in Form von Wertbons erhalten zu wollen.[395] Der Stellvertretende MfS-Minister Bruno Beater entschied, nur solche „Inoffizielle Mitarbeiter“ zum „Tag der Heimat“ nach West-Berlin zu entsenden, die „qualifiziert“ seien. Darunter verstand er jene „GIs“, die gute Verbindungen zu Landsmannschaftsfunktionären unterhielten bzw. herstellen könnten und offensiv auftretende „Informanten“, die den „revanchistischen Charakter“ der Treffen entlarven würden.[396]

Am 31. August 1960 hatte die Staatssicherheitsverwaltung von Groß-Berlin ihre Aufstellung und Einteilung von „Inoffiziellen Mitarbeitern“ für den „Tag der Heimat“ am 4. September 1960 in West-Berlin fertiggestellt. Es läßt sich vermuten, daß für jede tagende Heimatkreisgruppe der in West-Berlin organisierten einzelnen Landsmannschaften mindestens ein „Informant“ von der MfS-Zentrale vorgesehen war.[397] Diese „Informanten“ waren, wie bereits erwähnt, keine professionellen MfS-Mitarbeiter. Zur Bespitzlung der Landsmannschaft Schlesien und ihrer Heimatkreise hatte man 33 „Geheime Informanten“ ausgewählt, für die Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark 16 „GIs“, für die Pommersche Landsmannschaft 29 „GIs“, für die Landsmannschaft Ostpreußen 31 und für die der Westpreußen 5 „GIs“, für die Sudetendeutsche Landsmannschaft 5 „Informanten“, für die Landsmannschaft Wartheland 6 „Informanten“ und für die Landsmannschaft Buchenland-Deutsche 1 „Geheimer

[394] Vgl. Aufgabenstellung für die „IM“, die zum „Tag der Deutschen“ zum Einsatz gelangen, 8. August 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 218, 219.

[395] Vgl. ebenda, Bl. 217, 218.

[396] Vgl. Revanchistentreffen am 4. September 1960 in Westberlin, 12. August 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 222.

[397] Vgl. Aufstellung von IM, die zum „Tag der Heimat 1960“ zum Einsatz gelangen sollen und Einsatz in den einzelnen Heimatkreisgruppen, 31. August und 2. September 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 224–239.

Informant". Insgesamt also kamen am „Tag der Heimat" 126 „Informanten" der MfS-Bezirksverwaltung Ost-Berlin zum Einsatz.[398] Die größten Zusammenkünfte am 4. September 1960 wurden gemeldet von der Heimatkreisgruppe Soldin mit zirka 500 Personen, viele davon aus der DDR, und von der Kreisgruppe Züllichau mit 350 Teilnehmern. Alle zwei Kreisgruppen gehörten zur Landsmannschaft Ostbrandenburg. Aus der Mitte der Landsmannschaft Pommern kamen zum Heimatkreis Naugard 250 Teilnehmer und zur Kreisgruppe Lauenburg 200 Personen. Aus der Heimatgruppe Memelkreis der Landsmannschaft Ostpreußen kamen rund 400 Teilnehmer zusammen. Auf dem Landsmannschaftstreffen Oberschlesien trafen sich 1000 Oberschlesier, bei den Sudetendeutschen waren es rund 900. Aus der Heimatgruppe der ehemaligen Breslauer der Landsmannschaft Schlesien kam die Information über etwa 500 Teilnehmer, davon sollen 150 aus Ost-Berlin bzw. der DDR gewesen sein.[399]

Die überlieferten Berichte der eingesetzten MfS-Spitzel hatten sehr unterschiedliche Aussagewerte, qualitativ für das MfS nutzbar waren eher wenige. Relativ übereinstimmend schilderten die „Informanten" die zentrale Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften, die unter dem Motto stand: „Selbstbestimmung auch für Deutsche". Die West-Berliner „Waldbühne" sei zu etwa 80 Prozent mit rund 18 000 bis 20 000 Vertriebenen besetzt gewesen. Der Anteil der Ostberliner bzw. DDR-Bürger konnte nicht wirklich geschätzt werden. Einige „Informanten" behaupteten, die Zahl der DDR-Bewohner sei verschwindend gering gewesen, andere meinten hingegen, sie war durchaus beträchtlich. „Den Reden von [Willy] Brandt und [Ernst] Lemmer zollten die Umsiedler viel Beifall", so berichteten einhellig die MfS-Spitzel. Beide Politiker hätten mit keinem Wort die Notwendigkeit erkennen lassen, aus der vergangenen Hitlerzeit zu lernen. Brandt und Lemmer hätten zwar an das polnische Volk appelliert, daß die Heimatvertriebenen keine Revanchegelüste in sich trügen, aber zugleich auf das angestammte „Recht auf Heimat" gepocht. Die Redner hätten jedoch versichert, die alten deutschen Gebiete nicht mit militärischer Gewalt zurückerobern zu wollen. Doch seien die Reden von Lemmer und Brandt auch „durch unqualifizierte Äußerungen gegen unsere Staatsfunktionären – wie der ‚Spitzbart Ulbricht' muß weg" – aufgefallen.[400] Weitgehend übereinstimmend berichteten die „Geheimen Informanten", daß zu den Veranstaltungen überwiegend ältere Vertriebene und darunter anteilig mehr Frauen erschienen seien. Die im Anschluß an die Waldbühnen-Veranstaltung stattfindenden Heimatkreistreffen wurden Größtenteils als unpolitisches Zusammentreffen, als „gemütliches Zusammensitzen", als „riesiger Kaffeeklatsch" und als „Familientreffen" oder „Familienkaffeetafel" beschrieben.[401]

[398] Vgl. ebenda.

[399] Vgl. Kurzauswertung des Materials über Kreisgruppen, 14. Oktober 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 244, 245.

[400] Vgl. GI Ernst: Informationen, 6. September 1960; GI Lommel: Landsmannschaftstreffen, 5. September 1960; IM-Bericht zum Tag der Deutschen, 5. September 1960; Tag der Heimat, 5. September 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 193, 194, 199–201, 213, 214, 224, 225.

[401] Vgl. GI Herbert, Revanchistentreffen in Westberlin; Landsmannschaft Ostpreußen; GI Flämich, Waldbühnenveranstaltung; Alle Berichte vom 5. und 6. September 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 40, 41, 99–102.

Ihren wichtigsten Auftrag, Personalien von DDR-Bürgern, die Teilnehmer der Vertriebenenveranstaltungen waren, festzustellen, konnten die „Geheimen Informanten" nur sehr unzureichend erfüllen. Übereinstimmend berichteten sie, die DDR-„Umsiedler" hätten sich betont zurückhaltend gegeben, Unbekannten gegenüber das Gespräch verweigert, und eine Einsicht in die Teilnehmerlisten der Heimatkreistreffen wäre durch die Veranstalter unmöglich gemacht worden. Auch habe es eine Reihe von Heimatkreiszusammenkünften gegeben, an denen ohne persönliche Einladungskarte kein Einlaß gewährt wurde und die „Informanten" nicht eingelassen wurden.[402]

Erstes und wichtigstes Ziel der MfS-Aktion zum „Tag der Heimat" 1960 war es, gegen DDR-Bürger vorzugehen, d. h. „gegen die Mitglieder und Anhänger der Landsmannschaften im demokratischen Sektor [Ost-Berlin] und aus der DDR".[403] Erst in zweiter Hinsicht richtete sich das MfS-Vorgehen gegen die Existenz und die Aktivitäten der Vertriebenenverbände. Aber der Erfolg der Aktion war ausgesprochen dürftig. Der Auswertungsbericht der Staatssicherheitszentrale hielt fest: „Durch inoffizielle Mitarbeiter wurden im Verlauf der revanchistischen Veranstaltungen insgesamt 26 Personen aus dem demokratischen Sektor [Ost-Berlin] festgestellt."[404] Von diesen konnten nur in elf Fällen die genauen Personalien ermittelt, über drei weitere Personen sollten Angaben über eine „Bilderkennung", also über Fotoaufnahmen, erlangt werden. Erste Vernehmungen brachten Hinweise zu sieben weiteren Personen, die möglicherweise die Veranstaltungen in West-Berlin besucht hatten. Die Volkspolizei hatte am 4. September drei Personen festgenommen, einen 75-jährigen Eisenbahner, einen 56-jährigen Transportarbeiter und einen 50-jährigen Lokführer. Diese wurden im Schnellverfahren verurteilt – was das bedeutete, bleibt unklar. Bei dem Lokführer stellte sich später heraus, daß er nachweislich keine Verbindungen zu den Landsmannschaften unterhielt. 14 weitere Personen waren von der Polizei bzw. vom MfS vorübergehend festgehalten und vernommen worden. Die Teilnahme am „Tag der Heimat" und anderen Landsmannschaftstreffen konnte keinem nachgewiesen werden.[405]

In der MfS-Abteilung V/3 in Ost-Berlin lagen letztlich Angaben und Materialien zu 14 Personen vor, die in verschiedener Form Beziehungen zu einer Landsmannschaft in West-Berlin unterhielten.[406] Die Staatssicherheitsfunktionäre wollten insgesamt bei 47 Personen Befragung und Vernehmung vornehmen. Diese sollte in den Wohnungen der Betreffenden stattfinden, nur die „reaktionären Elemente" wollte man zur Volkspolizei-Inspektion bzw. zur MfS-Behörde vorladen. Alle Vernehmungen standen unter dem Gebot, Ansätze für eine geheimdienstliche Werbung zu finden

[402] Vgl. GI Werner zum Waldbühneneinsatz; GI Max Baumann, zum Tag der Heimat; GI Gustav Buchmann, Informationen; Bericht; GI Petersen, Tag der Heimat; GI Olly, Informationen; Alle Berichte vom 5., 6. und 7. September 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 248–258.

[403] Vgl. Aufstellung von IMs, die zum „Tag der Heimat 1960 zum Einsatz kommen, 31. August 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 224.

[404] Stand der Auswertung des angefallenen operativen Materials währen des Revanchistentreffens am 4. September, 9. September 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 242.

[405] Vgl. ebenda, Bl. 242, 243.

[406] Vgl. ebenda, Bl. 243.

oder diesen Personenkreis für geeignete Desinformationen einzusetzen.[407] In Auswertung aller „GI-Berichte", der Vernehmungen und Verhöre durch Polizei und MfS sowie im Ergebnis der Analyse zugänglicher öffentlicher Materialien aus Presse und Rundfunk zu den Veranstaltungen um den „Tag der Heimat" in West-Berlin hatten in der zuständigen MfS-Abteilung Handakten zu entstehen, die Auskünfte über interessierende Heimatkreise und aktive Landsmannschaften enthielten. Gesonderte Akten sollten über „aufgenommene IM-Verbindungen zu den Landsmannschaften" angelegt werden.[408] Insgesamt gesehen dürfte die groß angelegte und gut vorbereitete MfS-Aktion gegen die Vertriebenengroßveranstaltung Anfang September 1960 nicht als großer Erfolg gewertet worden sein.

Auch ein Jahr später, 1961, plante und organisierte das MfS in enger Absprache mit der SED-Bezirksverwaltung von Ost-Berlin eine konzertierte Aktion gegen die Vertriebenenveranstaltung in der West-Berliner „Waldbühne". Wieder legte die MfS-Verwaltung von Groß-Berlin einen Maßnahmeplan zum „Tag der Heimat" am 3. September vor. Die koordinierenden Vorbereitungen begannen am 25. Juli 1961 mit der Feststellung: Der „Tag der Heimat" ist eine Großveranstaltung „aller revanchistischen Landsmannschaften". Sie „richtet sich gegen das sozialistische Lager, […] gegen die Oder-Neiße-Grenze. Der ‚Tag der Heimat' dient […] dazu, Bürger der DDR, die ehemalige Umsiedler sind, im revanchistischen Sinne zu beeinflussen."[409] Erklärtes Ziel des MfS-Einsatzes war, jede der zirka 150 Heimatkreisgruppen der Landsmannschaften am 3. September durch „Inoffizielle Mitarbeiter" zu überwachen. Dazu müßten noch rund 80 gut qualifizierte Informanten aus den Ost-Berliner MfS-Kreisdienststellen für den Einsatz vorbereitet werden.[410]

Neben den Überwachungsmaßnahmen plante das MfS aktive Störmanöver. In Zusammenarbeit mit dem Einheitsjugendverband FDJ sollten sogenannte Dreiergruppen gebildet werden. Diese hatten in den Tagen vor dem 3. September Inhaber der Trefflokale der Landsmannschaften in West-Berlin wiederholt telefonisch so unter Druck zu setzen, daß diese die Zusagen zur Bereitstellung ihre Gasträume für die Heimatkreistreffen zurückzogen.[411] Eine weitere MfS-Aktion wurde gegen zirka 30 Landsmannschaftsfunktionäre geplant. In persönlichen Briefen und in im Wohngebiet der Funktionäre verteilten Flugblättern sollten die Funktionäre im SED-Sinne agitiert, aber auch verunsichert werden. „In diesen Schreiben ist zum Ausdruck zu bringen, daß sie als Funktionäre der Landsmannschaften bekannt sind. […] Ihnen ist der Standpunkt der friedliebenden Kräfte zur […] Oder-Neiße-Grenze darzulegen. Sie werden aufgefordert, im Interesse der Erhaltung des Friedens, von ihrer aktiven Arbeit in den […] revanchistischen Landsmannschaften zurückzutreten."[412] Mit die-

[407] Vgl. ebenda, Bl. 243.
[408] Vgl. Maßnahmen zur Auswertung der Berichte der IM, die am 4. September 1960 zum Einsatz gelangten, 6. September 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 240, 241.
[409] Maßnahmeplan zum „Tag der Heimat" in Westberlin, 25. Juli 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 276.
[410] Vgl. ebenda, Bl. 277.
[411] Vgl. ebenda, Bl. 278.
[412] Ebenda.

sem Brief- bzw. Flugblattinhalt wollte man neben der Verunsicherung erreichen, daß der eine oder andere Funktionär seine Arbeit einstellte oder wenigstens einschränkte. Auch griff die Staatssicherheit wieder die Desinformationsstrategie auf. Rechtzeitig zu beschaffende Programme zum „Tag der Heimat" sollten mit falschen Angaben über die Trefflokale nachgedruckt und vor der „Waldbühne" verteilt werden, um ein organisatorisches Chaos bei den Heimatkreistreffen der Landsmannschaften zu erzeugen.[413] Die Vorbereitung aller Maßnahmen hatte bis Mitte August 1961 zu erfolgen – so der MfS-Plan.

Aber der Plan konnte nicht umgesetzt werden. Am 13. August 1961 erfolgte die Grenzschließung in Berlin, und auch die Ost-Berliner MfS-Offiziere der Abteilung V hatten keine Kenntnisse vom Mauerbau. Am 23. August hieß es bezüglich des „Tags der Heimat" am 3. September, daß nur sechs „IMs", davon drei Fotografen, zum Einsatz kämen. Und auch dies stand unter einem Vorbehalt, denn die Führungsoffiziere verfügten zehn Tage nach der Grenzschließung über keine Verbindungen nach West-Berlin.[414] Hieran wird auch ersichtlich, daß das MfS nur über sechs „Inoffizielle Mitarbeiter" auf dem Arbeitsgebiet „Landsmannschaften" verfügte, die in West-Berlin lebten. Die über 100 „IMs" der Ost-Berliner MfS-Bezirksverwaltung, die auf dieser „Linie" in West-Berlin im Einsatz waren, wurden so nicht mehr benötigt. Für sie suchte man neue Einsatzgebiete als Spitzel – möglicherweise die Beobachtung von „Umsiedlergruppen" in der DDR.[415] Ende August 1961 hörte sich der MfS-Arbeitsplan zum „Tag der Heimat 1961" deutlich reduziert an. Die sechs Informanten hatten sich bei ihren Beobachtungen auf die zentrale Veranstaltung in der Waldbühne zu konzentrieren und allgemeine Fakten zu liefern wie Teilnehmerzahl und Stimmung auf dem zentralen Vertriebenentreffen, anwesende West-Berliner und Bonner Politiker und die Inhalte ihrer Reden. Jene Informanten, die vermutlich als Pressefotografen agierten, erhielten zudem den Auftrag, von den „höheren Funktionären" Aufnahmen anzufertigen.[416]

Der Abschlußbericht der Staatssicherheit stellte heraus, daß der „Tag der Heimat" am 3. September 1961 „ganz unter dem Eindruck der von der Regierung der DDR am 13. August getroffenen Maßnahmen" stand. Am Treffen in der „Waldbühne" nahmen nur halb so viele Vertriebene, etwa rund 12 000, teil, da keine „Umsiedler" aus der DDR kommen konnten und Westdeutsche den Weg nach West-Berlin angesichts der

413 Vgl. ebenda, Bl. 279, 280.

414 Vgl. Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern zum „Tag der Heimat" am 3. September 1961 in Westberlin, 23. August 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 281.

415 So ein Fall war „GI Marga", 1914 in Lodz geboren, sie sprach perfekt polnisch, russisch, tschechisch, englisch und französisch und war auf der „Linie Landsmannschaften" für das MfS aus „politischer Überzeugung" tätig. In West-Berlin war sie aktives Mitglied des Heimatkreises Lodz der Landsmannschaft Wartheland; sie lieferte dem MfS regelmäßig Informationen. Nach dem 13. August 1961 kam sie auf der „Linie Landsmannschaften" nicht mehr zum Einsatz. Vgl. „GI Marga" 1959–1962, in: BStU MfS AIM 21111/63, P-Akte, Bd. 1, Bl. 1–114.
Ein ähnlicher Fall war „GI Liebelt". Dieser lieferte von 1957 bis 1961 aus der Kreisgruppe „Graudenz" der Landsmannschaft Westpreußen in West-Berlin der Ost-Berliner Staatssicherheit detaillierte Berichte. Vgl. Landsmannschaft Graudenzer, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 161–191.

416 Vgl. MfS HA V/3: „Tag der Heimat" vom 1.–3. September 1961 in Westberlin, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 282–287.

neuen Situation scheuten. Den West-Berliner Veranstaltern der Großkundgebung sei es nicht gelungen, so die MfS-Einschätzung, die fehlende Teilnehmerzahl aus der DDR durch interessierte Westberliner bzw. Westdeutsche zu kompensieren. Wörtlich hieß es dazu: „Insgesamt gesehen muß […] diese Hetzveranstaltung als Pleite bezeichnet werden, da sie nur 15 Minuten dauerte und von Anwesenden auch die Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Westberliner Bevölkerung keinen Anteil daran nahm."[417] Die Reden des Vorsitzenden des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen Hans Matthee[418], des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen Hans Krüger und des Bonner Vertriebenenministers Ernst Lemmer wurden wie immer pauschal als „Angriffe gegen das sozialistische Lager" gesehen oder als „revanchistische Hetzreden" eingestuft. Aufhorchen ließen die MfS-Beamten die Ankündigungen von Matthee und Lemmer, sich dafür einzusetzen, in Zukunft alle wichtigen Veranstaltungen der Landsmannschaften und des BdV nach West-Berlin zu verlegen.[419] Über diese Fakten informierte die MfS-Zentrale die SED-Spitzenfunktionäre Walter Ulbricht, Erich Honecker, ZK-Sicherheitssekretär, Albert Norden, SED-Chefideologe und Paul Verner[420], verantwortlich für die „Westarbeit".[421] Auch in den Folgejahren erhielten diese SED-Spitzenfunktionäre vom MfS Mitteilungen über den „Tag der Heimat" in West-Berlin.[422]

6. Die aktiven Landsmannschaften in West-Berlin

Noch vor dem Mauerbau, ab zirka 1959, konzentrierten sich die Staatssicherheitsmitarbeiter der sogenannten Arbeitslinie Revanchistenorganisationen auf die mitgliederstarken Landsmannschaften in West-Berlin. Es standen vor allem die organisierten Ostpreußen und Schlesier im Visier der MfS-Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Einen verschärften Blick hatten MfS und SED-Spitze auch immer auf die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg. Der geographischen Situation von Berlin mitten im Land Brandenburg geschuldet, nahmen an diesen Landsmannschaftstreffen sehr viele „ehemalige Umsiedler" aus der DDR, die vermutlich zum großen Teil aus Ostbrandenburg stammten, teil. Zum Bundestreffen der Berlin-Mark Brandenburger waren 1960 20 000

417 Ebenda, Bl. 302.

418 Dr. Hans Matthee, Jurist, geboren 1899 in Königsberg/Ostpreußen, Anwaltspraxis in Königsberg, ab 1947 in Berlin, CDU-Mitglied, 1951–1957 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, 1. Vorsitzender des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen von 1959 bis 1969. Vgl. Wer ist wer?, West-Berlin 1962, S. 975f.

419 Vgl. Einzelinformation über die revanchistische Veranstaltung in Westberlin, 4. September 1961, in: BStU MfS ZAIG 511, Bl. 3; Abschlußbericht über den „Tag der Heimat" am 3. September 1961 in Westberlin, 4. September 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 2, Bl. 299–303.

420 Paul Verner (1911–1986), SED-Funktionär, ab 1958 im SED-Politbüro, verantwortlich für die „Westarbeit" im ZK-Apparat. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 873f.

421 Vgl. Einzelinformation über die revanchistische Veranstaltung in Westberlin, 4. September 1961, in: BStU MfS ZAIG 511, Bl. 1–4.

422 Vgl. Revanchistisches Treffen am 2. September 1962 in der Westberliner Waldbühne, 18. und 25. August 1962, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 359–369; ZAIG 647, Bl. 1–4.

Teilnehmer und davon 10 000 aus der DDR ermittelt worden.[423] Auch zu den Treffen der Ostpreußen und der Schlesier kamen vor dem Mauerbau viele Vertriebene aus der DDR. Beide Landesverbände entwickelten in West-Berlin größere Aktivitäten, die auch ihre Wirkung und Anziehung auf die „Umsiedler" aus der DDR entfalteten.

Die Landsmannschaft der Ostpreußen hielt regelmäßig zu Pfingsten in West-Berlin ein jährliches Ostpreußentreffen ab. Die Großveranstaltungen fanden auch in der Waldbühne statt. Die Ostpreußen hatten sich zu ihren zentralen Treffen am 7. Juni 1958, am 17. Mai 1959 und am 8. April 1961 in West-Berlin zusammengefunden. SED-Führung und Staatssicherheitsdienst empfanden es grundsätzlich als Provokation, wenn die Vertriebenenorganisationen ihre zentralen Veranstaltungen in West-Berlin abhielten. Der DDR-Protest wurde zu einem jährlich wiederkehrenden Ritual. Zu den Pfingsttreffen der Ostpreußen 1959 kamen zirka 20 000 Menschen, von denen ein Drittel, so schätzte die Staatssicherheit, DDR-Bürger waren.[424] Der West-Berliner Landesverband der organisierten Ostpreußen zählte nach Angaben eines „Inoffiziellen Mitarbeiters" rund 3000 Mitglieder, darunter waren 1000 ehemalige Ostpreußen aus Ost-Berlin bzw. aus der DDR.[425]

Die MfS-Zentrale hatte bis Oktober 1960 eine erste umfangreichere Akte über die Landsmannschaft Ostpreußen erarbeitet.[426] Sie sah in den organisierten Ostpreußen einen Verband, der unberechtigten Anspruch auf sowjetische und polnische Staatsgebiete erhob. Die Staatssicherheitspolizei hatte beobachtet, daß es der Landsmannschaft bisher nicht gelungen war, eine größere Anhängerschaft hinter sich zu bringen.[427] Begründet wurde das damit, daß die Ostpreußen sehr viel weniger als die Schlesier oder die Pommern an eine Rückkehr in die alte Heimat glaubten.[428] Ihre Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg mit ersten großen Gebietsverlusten für das Deutsche Reich und den Kriegserfahrungen im Osten am Ende des Zweiten Weltkriegs ließen die Ostpreußen an eine Rückkehr vermutlich kaum glauben.[429]

[423] Vgl. Bevorstehendes Bundestreffen der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, 31. Mai 1961, in: BStU MfS ZAIG 423, Bl. 1, 2; Verschiedene Rundschreiben der LM Berlin-Mark Brandenburg 1960, in: ebenda, MfS HA XX 5439, Bl. 22–25.

[424] Vgl. Ostpreußentreffen Pfingsten 1959, 20. Mai 1959; Großveranstaltung der Ostpreußen am 8. April 1961; Ostpreußentreffen am 7. Juni 1958; Ostpreußentreffen am 30. Oktober 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 152–160.

[425] Vgl. IM-Bericht vom 12. April 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 184, 185.

[426] Vgl. MfS-Hauptabteilung V/3: Übersicht über die Landsmannschaft Ostpreußen, 25. Oktober 1960, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 1–185.

[427] Bei mehr als 1,3 Millionen vertriebener Ostpreußen kam das zentrale Publikationsorgan „Das Ostpreußenblatt", ein Wochenblatt, auf eine Auflagenhöhe von 125 000 Exemplaren. Vgl. Einschätzung der Tätigkeit der LM Ostpreußen, 19. Januar 1961, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 37.

[428] Vgl. Einschätzung der Arbeit der Ostpreußischen Landsmannschaft, 26. Oktober 1960, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 27–30.

[429] Der Vertriebenenfunktionär Linus Kather, ein Ostpreuße, dazu: „[…] ich war mir stets darüber klar, daß im Falle des Kriegsverlustes die Lage Ostpreußens eine sehr prekäre sein würde. Nicht etwa, daß diese Provinz weniger deutsch war als die beiden anderen [Schlesien und Pommern]. Gerade bei Ostpreußen läßt sich der zu über 99 Prozent deutsche Charakter nachweisen […]. Aber die Lage der Provinz als Insel, der Drang Polens zur Ostsee, die Schwierigkeiten und die Absurdität des früheren polnischen Korridors, das waren alles Dinge, die bei einem verlorenen Krieg Schlimmes erwarten ließen." Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 19.

Den Vorsitzenden der Landsmannschaft Alfred Gille bezeichneten die MfS-Mitarbeiter – nicht unberechtigt – als einen „ehemaligen Nazifunktionär". Bereits im März 1956 hatte die Staatssicherheit den Versuch gestartet, einen MfS-Spitzel bei Alfred Gille zu plazieren. Ein „GI Held", eine 55-jährige Frau, die auch aus dem Geburtsort Gilles, aus Insterburg/Ostpreußen stammte und nun in Gera lebte, hatte über ihren Onkel, der vor 1945 freundschaftlich mit Gille verkehrt hatte, diesen damals kennengelernt. Die „Geheime Mitarbeiterin" sollte nun in Hamburg ihre damalige Bekanntschaft mit Gille auffrischen. Ob das gelang, konnte jedoch nicht geklärt werden.[430]

Der Staatssicherheitsdienst hatte die personelle Zusammensetzung des Vorstands der Landsmannschaft Ostpreußen, die Leitungen der zehn bestehenden Landesgruppen in der Bundesrepublik sowie die in West-Berlin bestehenden 15 Heimatkreise mit ihren Leitern zusammengestellt. Hans Matthee, ein Ostpreuße, der den Vorsitz der West-Berliner Landesgruppe der Vertriebenen innehatte, saß zugleich als ein Stellvertreter im Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen.[431] An Informationen über Hans Matthee war das MfS interessiert. Es erstellte einen detaillierten Lebenslauf, hatte über eine mögliche NSDAP-Mitgliedschaft nachgeforscht und nichts in Erfahrung bringen können und auch keine verwandtschaftlichen Beziehungen in die DDR gefunden. Abschließend hieß es im MfS-Personendossier über ihn: Alle weiteren „geführten Ermittlungen [in Berlin-Wilmersdorf] scheiterten daran, daß er seine Hausangestellte angewiesen hat, alle Personen, die sich nach ihm erkundigen, sofort der Polizei zu übergeben."[432]

Neben dem vergeblichen Versuch, Hans Matthee geheimdienstlich zu bearbeiten, richtete sich die Aufmerksamkeit der Staatssicherheit auf den Geschäftsführer der Landesgruppe Ostpreußen im West-Berliner „Haus der ostdeutschen Heimat" und den Vorsitzenden des Heimatkreises Lyck der Landsmannschaft in West-Berlin. In beiden Fällen hatte das MfS verwandtschaftliche Verbindungen in die DDR ermittelt. Das erklärte Ziel der Staatssicherheit lautete: „Diese Verbindungen werden aufgeklärt, um Voraussetzungen für eine qualitative Werbung zu schaffen." Ob sie erfolgreich war, konnte nicht geklärt werden.[433]

Das Ministerium für Staatssicherheit hatte in der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen in der Hamburger Parkallee einen Spitzel plaziert, der aber nicht in den Führungsgremien der Landsmannschaft saß. „IM Sitha" war vermutlich eine Sekretärin im Vorzimmer des Vorsitzenden der Landsmannschaft Dr. Alfred Gille.[434] Sie überbrachte dem MfS alle 39 Namen, persönliche Daten und Arbeits-

[430] Vgl. MfS-Gera an MfS-Ostberlin: Betr. BHE-Bundestagsabgeordneter Gille, 22. März 1956, in: BStU MfS AP 12596/76, Bl. 10, 11.

[431] Vgl. MfS-Hauptabteilung V/3: Übersicht über die Landsmannschaft Ostpreußen, 25. Oktober 1960, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 3–12, 42–52.

[432] Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Hans Matthee, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 136, 137.

[433] Übersicht über die Landsmannschaft Ostpreußen, 25. Oktober 1960, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 13.

[434] In einem ihrer IM-Berichte hieß es: „Die im Vorzimmer tätigen Sekretärinnen bekamen zu meiner Zeit [?] ein Gehalt von DM 800, […] während ich nur DM 375 bekam. Dafür hatte ich aber alles, wie Essen und dergleichen bei Dr. Gille frei." Bericht: Hauptamtliche Mitarbeiter bei der

gebiete der hauptamtlichen Mitarbeiter bei der Landsmannschaft Ostpreußen, einschließlich die Information über ihr jeweiliges monatliches Gehalt, das zwischen DM 400,- und DM 1500,- lag. Eine wichtige Information von „IM Sitha" nach Ost-Berlin lautete, daß über feste Verbindungen der Landsmannschaft in die DDR nichts bekannt sei. Auch habe sie nichts gehört, daß die Landsmannschaft systematische Befragungen von Rentnern aus der DDR zur Sammlung von Informationen durchführe.[435]

Als nächste Aufgabe hielt der MfS-Plan für die Landsmannschaft Ostpreußen im Januar 1961 fest: „Es ist ständig Material zu erarbeiten und zu veröffentlichen, das den Beweis erbringt, daß […] es sich bei dem größten Teil der Führer der revanchistischen Organisationen um Personen handelt, die ehemalige Faschisten, Militaristen und Großgrundbesitzer waren und führende Funktionen im Staatsapparat und in der NSDAP sowie deren Gliederungen inne hatte."[436] Daß ein Ostpreußen-Funktionär auch eine andere – eine „anti-nazistische" – Vergangenheit haben könnte wie beispielsweise Linus Kather, schien von vornherein nicht in die Vorstellung und das Konzept der Staatssicherheit zu passen, bzw. es war für sie nicht interessant, weil sie es nicht für ihre Zwecke verwenden konnte.

Ähnliche Analysen erstellte die Staatssicherheit um 1960 auch für die Sudetendeutsche[437] und die Schlesische Landsmannschaft. Auch bei der Landsmannschaft Schlesien stellte die MfS-Bezirksverwaltung von Berlin gesteigerte Aktivitäten gerade in West-Berlin fest. Mit besonders vielen Veranstaltungen sollten die ehemaligen Schlesier, die nun in der DDR lebten, angesprochen werden. Die Landsmannschaft Schlesien in West-Berlin organisierte Anfang 1960 im „Haus der ostdeutschen Heimat" eine große Schlesierausstellung. Für Ost-Berliner aus früheren schlesischen Gebieten bot man regelmäßig Busrundfahrten durch West-Berlin an. Am 28. Mai 1961 kamen bei einem Schlesiertreffen in West-Berlin rund 2500 Landsleute zusammen, darunter rund 500 aus der DDR.[438] Die „Gruppe der Breslauer" mit 500 eingetragenen Mitgliedern schien ebenfalls viele Ost-Berliner an sich zu binden.[439] Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS in Ost-Berlin sammelte 1960 und

LM Ostpreußen mit Sitz in Hamburg 13, Parkallee 86, Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 58.
Vermutlich gelang es dem MfS, einen weiteren Spitzel bei Gille einzuschleusen. Der „IM" mit dem Decknamen „Held" war wieder eine Frau, 1901 geboren, stammte aus Lützen/Ostpreußen, dem Herkunftsort von Gille. Der Onkel der „Inoffiziellen Mitarbeiterin" war in der NS-Zeit mit Gille persönlich bekannt gewesen. Vgl. BHE-Bundestagsabgeordneter Gille, 22. März 1956, in: BStU MfS AP 12596/76, Bl. 10, 11.

435 Vgl. Bericht: Hauptamtliche Mitarbeiter bei der LM Ostpreußen mit Sitz in Hamburg 13, Parkallee 86, Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 53–59.

436 Einschätzung der Tätigkeit der LM Ostpreußen, 19. Januar 1961, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 39.

437 Vgl. Sudetendeutsche Landsmannschaft, Stand 1960–1965, in: BStU MfS HA XX 5433, Bl. 3–92.

438 Vgl. Besuch der Schlesierausstellung, 19. Februar 1960, und Schlesiertreffen am 28. Mai 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 242, 247–249.

439 Vgl. GI-Bericht, 16. Dezember 1960; GI-Bericht, 11. Mai 1961; GI-Bericht, 20. Februar 1956; Landsmannschaft Breslau, 12. Januar 1960, Bericht: Landsmannschaft Breslau, 14. März 1961, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 1, Bl. 263, 275, 282, 300, 311.

1961 monatlich Berichte über die Tätigkeit der schlesischen Landsmannschaft. Das MfS beobachtete die Vielzahl der Treffen und Veranstaltungen. Im Dezember 1960 hatte es in West-Berlin 49 dieser Veranstaltungen gegeben, bis Mitte Januar 1961 kamen weitere 27 hinzu, darin nicht mitgerechnet die 15 Zusammenkünfte der „Schlesischen Jugend".[440] Das MfS hielt dazu im Mai 1961 zusammenfassend fest: „Die zahlenmäßig […] stärkste und […] aktivste Landsmannschaft in Westberlin ist die Landsmannschaft Schlesien. Schätzungsweise gibt es zirka 3500 Mitglieder, welche jedoch ihre Familien zu […] Treffen […] mit heranziehen. […] Hinzu kommen solche Umsiedler, die nicht Mitglieder der Landsmannschaft sind. [Dazu …] gehören die Bürger der DDR. Die Landsmannschaft Schlesien in Westberlin ist eine gut organisierte Revanchistenvereinigung. Es existieren 13 Bezirksgruppen, entsprechend den Westberliner Verwaltungsbezirken und 50 ‚Heimatgruppen', entsprechend den früheren Wohngebieten. Diese Gruppen […] treffen sich monatlich. […] Insgesamt sind 40 Gaststätten bekannt, in denen regelmäßig Treffen der […] Schlesier stattfinden. […] Die Landsmannschaft gibt in Westberlin ein eigenes Publikationsorgan ‚Unsere schlesische Heimat' heraus, […] das üble Hetze gegen die DDR und die sozialistischen Länder betreibt. […] Die […] Funktionäre sind ausgesprochene Revanchisten. Sie gehören der CDU oder der SPD an. Einige […] waren ehemalige Faschisten und treten noch heute als solche in Erscheinung. […] War man bisher bemüht, die Landsmannschaft Schlesien als harmlosen Heimatverein hinzustellen, so hat sich dies stark verändert. Jetzt betont man immer stärker die Landsmannschaft als politische Kampforganisation."[441]

Die Staatssicherheit vermerkte, daß sich die Schlesier und die Oberschlesier nicht nur in West-Berlin rivalisierend gegenüberstanden, sich gegenseitig ihre Mitglieder streitig machten, sondern daß auch an einer straffen Vereinigung aller ehemaliger Schlesier gearbeitet werde. Die organisierten Schlesier würden des weiteren verstärkt versuchen, ein positiveres Verhältnis zu Polen aufzubauen. Über Wirtschaftshilfen, Paketaktionen und persönliche Reisekontakte sollte das polnische Volk gewonnen werden, während offizielle Kontakte mit der polnischen kommunistischen Regierung, die ständig die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze forderte, strikt abgelehnt würden.[442] Und ein Weiteres vermerkte das MfS: Ein Dr. Herbert Hupka setze sich in der Landsmannschaft Schlesien bundesweit als „verantwortlicher Ideologe" mit dem Slogan eines gegenwärtig existierenden „dreigeteilten Deutschland" durch.[443] Auch trete er dafür ein, das Geschick der Schlesier in der westdeutschen Gesellschaft breiteren Bevölkerungskreisen bekanntzumachen.[444] Herbert Hupka war 1960 Radiojournalist

[440] Vgl. Zur Arbeit der Schlesischen Landsmannschaft, 31. Januar 1961; Großveranstaltungen der LM Schlesien in Westberlin 1960/61, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 425–428, 371.

[441] Zur Arbeit der Landsmannschaft Schlesien in Westberlin, 11. Mai 1961, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 367, 370.

[442] Vgl. Zur Arbeit der Schlesischen Landsmannschaft, 20. April 1961, 20. März 1961, 13. März 1961, 17. Februar 1961, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 381–391, 392–402, 403–410, 411–413.

[443] Vgl. Zur Arbeit der Schlesischen Landsmannschaft, 31. Januar 1961, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 425.

[444] Herbert Hupka in seinen Erinnerungen über diese Jahre: „Die Mehrheit der Mitglieder [der Landsmannschaft] war keineswegs politisch bestimmt oder engagiert […]. Das Soziale stand

in München und Stellvertretender Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien.[445]

Der West-Berliner Landesverband der Schlesischen Landsmannschaft blieb nicht nur wegen vielfältiger Aktivitäten unter strengerer Beobachtung durch die Staatssicherheit. Dem Ministerium war es bereits in den 1950er Jahren gelungen, einen Spitzel in den Landesverband einzuschleusen. Der „IM Kropf" stand von 1952 bis 1986 im Dienst des Ministeriums für Staatssicherheit. Er lieferte über Jahrzehnte Berichte aus der Landsmannschaft. Die handschriftlichen sogenannten Treffberichte und Unterlagen füllten bis 1986 16 Aktenordner mit je 300 Blatt beim Ministerium für Staatssicherheit.[446] Einzelheiten der jahrzehntelangen Spitzeltätigkeit werden im folgenden Kapitel dargestellt.

In der politischen und geheimdienstlichen Auseinandersetzung mit den Vertriebenenverbänden in Westdeutschland und West-Berlin konzentrierten sich SED und MfS in den 1950er Jahren voll auf West-Berlin. Die SED-Führung und die Staatssicherheit interessierte an den ostdeutschen Landsmannschaften und den Dachverbänden der organisierten Vertriebenen in erster Linie deren Wirken auf die „ehemaligen Umsiedler" in der DDR. Dabei spielten West-Berlin und die offenen Grenzen zu Ost-Berlin und der DDR eine herausgehobene Rolle. Die landsmannschaftlichen Verbindungen zwischen organisierten Vertriebenen im Westen und „ehemaligen Umsiedlern" im Osten sollten nach Maßgabe von SED und MfS aufgedeckt, kontrolliert und unterbunden oder aber für die eigene Politik bzw. für die Geheimdienstarbeit genutzt werden. In diesem Sinne lasen sich die MfS-Informationen über die „Gefährlichkeit und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin"[447] vor dem 13. August 1961.

Der DDR-Geheimdienst hatte beobachtet, daß „neben der Beeinflussung der westdeutschen Bevölkerung […] sich die Arbeit der Landsmannschaften vordringlich auf die Beeinflussung der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik [richtet]. Eine wesentliche Rolle […] spielt dabei die anormale Lage in Westberlin. […] In keinem westdeutschen Land bzw. in keiner westdeutschen Stadt ist eine derartige Mitgliederstärke und Aktivität der einzelnen Landsmannschaften zu verzeichnen wie in West-

neben dem Bekenntnis zum heimatlichen Herkommen im Vordergrund. […] Schon in den […] fünfziger Jahren […] wurde zu recht beklagt, daß die Öffentlichkeit kaum – wenn überhaupt – Anteil am Tun der Vertriebenen und den Aussagen und Handlungen ihrer führenden Kräfte nehme." Herbert Hubka, Unruhiges Gewissen, S. 74f.

445 Dr. Herbert Hupka (1915–2006), geboren in Ceylon, aufgewachsen in Ratibor/OS, jüdischer Herkunft, 1944 Dr. phil., 1939–1945 Soldat, vertrieben nach München, Journalist, 1948 Mitbegründer der Landsmannschaft Schlesien in München, 1954 Stellvertretender Bundesvorsitzender der LM, 1968–2000 Bundesvorsitzender der LM Schlesien, 1969–1987 MdB, SPD, 1972 wechselt er zur CDU/CSU-Fraktion. Vgl. Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, passim.

446 Vgl. „IM Kropf", in: BStU MfS AIM 11395/86, Band 1–16.

447 Vgl. Information über die Gefährlichkeit und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland und die sich daraus für das MfS ergebenden Aufgaben bei der politisch-operativen Bearbeitung und Bekämpfung, Ende 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 107–137; Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland, 1959/60, in: ebenda, MfS BV Rostock Rep. 2/112, Bl. 368–395.

berlin. Funktionäre der Revanchistenorganisationen sprechen offen aus, daß Westberlin als sogenannte Stätte der Begegnung aller Umsiedler […] bleiben müsse. Die Berliner Revanchistenverbände wurden für die ‚Betreuung' der ehemaligen Umsiedler im Gebiet der DDR verantwortlich gemacht."[448] In diesem Sinne sei es den Landsmannschaften gelungen, so die zutreffende Einschätzung des MfS, zu den großen zentralen Veranstaltungen der Vertriebenenverbände in West-Berlin wie zum „Tag der Heimat" oder zu den Bundeslandsmannschaftstreffen viele DDR-Bürger einzuladen. Die Reden und Forderungen der Politiker und Funktionäre der Vertriebenenverbände seien nicht ohne Einfluß auf die DDR-Bürger geblieben. Die Zahl der ostdeutschen Teilnehmer an den „Revanchistenveranstaltungen" in West-Berlin steige immer weiter an.[449] Die MfS-Mitarbeiter gestanden sich ein, daß trotz aller Gegenmaßnahmen „bei Treffen verschiedener Landsmannschaften […] bis zu 80 Prozent der Teilnehmer ehemalige Umsiedler aus der DDR und zwar aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt/O., Neubrandenburg, Cottbus und aus dem demokratischen Sektor von Berlin" seien.[450] Des weiteren würden bei „der großen Anzahl der in Westberlin durchgeführten Treffen der einzelnen Heimatkreise wöchentlich weit über 1000 Personen aus der DDR an den revanchistischen Veranstaltungen teilnehmen."[451] Die „zügellose Revanchehetze" auf den Treffen führe dazu, so war die Überzeugung des Staatssicherheitsdienstes, daß die dort teilnehmenden DDR-Bürger gegen die Politik und das Bestehen der DDR aufgewiegelt und zur „Republikflucht" verleitet würden.[452] Zudem befürchtete das MfS, die Spitzen der Vertriebenenverbände würden ihre Pläne umsetzen, „den Sitz der Dachorganisationen aller Landsmannschaften, den sogenannten Bund der Vertriebenen von Bonn nach Westberlin zu verlegen."[453] Diese geplante Verlegung[454] sowie das Stattfinden von Bundestreffen vieler Landsmannschaften in der Stadt bestätigten für das MfS die Rolle West-Berlins als „vorgeschobener Brückenkopf des ‚Kalten Krieges'".[455]

Die Staatssicherheit sah sich in der Mitverantwortung der sozialistischen Gemeinschaft allgemein und speziell der DDR im sogenannten Kampf gegen die aggressiven Bestrebungen des westdeutschen Militarismus. Ihre konkrete Aufgabenstellung in diesem Zusammenhang lautete: Bearbeitung und Bekämpfung der revanchistischen Landsmannschaften. Die selbstkritische Einschätzung zum Stand der Aufgabenerfüllung klang dagegen nüchtern: „Im Verhältnis zur Gefährlichkeit der revanchistischen

[448] Information über die Gefährlichkeit und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland …, Ende 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 120.
[449] Vgl. ebenda, Bl. 120, 121.
[450] Information über die Gefährlichkeit und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland und die sich daraus für das MfS ergebenden Aufgaben bei der politisch-operativen Bearbeitung und Bekämpfung, Ende 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 122.
[451] Ebenda.
[452] Vgl. ebenda, Bl. 122, 123.
[453] Ebenda, Bl. 121.
[454] Die Zentrale des Bundes der Vertriebenen blieb in Bonn, am Sitz der Bundesregierung.
[455] Information über die Gefährlichkeit und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland …, Ende 1960, in: BStU MfS AOP 11315/64, Bl. 121.

Landsmannschaften ist der gegenwärtige Stand der operativen Aufklärungs- und Abwehrtätigkeit sowohl nach Westberlin und Westdeutschland als auch innerhalb der ehemaligen Umsiedlerkreise im Gebiet der DDR als ungenügend zu betrachten."[456] Zur zielgerichteten Geheimdienstarbeit in den kommenden Monaten erklärte man: 1. Analyse der Lage der „ehemaligen Umsiedler", 2. Zerschlagung illegaler „Umsiedler"-Treffen in der DDR, 3. „Arbeit mit den IM nach Westberlin und Westdeutschland intensivieren" und 4. „Zersetzung der revanchistischen Landsmannschaften zur Isolierung der Funktionäre von den Mitgliedern".[457]

Die SED-Führung sah in den Vertriebenenverbänden eines von vielen „Zentren der politisch-ideologischen Diversion", die gegen die Existenz der DDR, ihre Grenze im Osten und gegen die SED-Herrschaft insgesamt politisch und ideologisch agierten. In den 1950er Jahren hatte die DDR-Führung permanent mit einer innenpolitisch sehr instabilen Lage zu kämpfen und war deshalb bestrebt, Einwirkungen von Westdeutschland und West-Berlin auf Ostdeutschland so weit wie möglich abzublocken. Das gelang nur in geringem Maße, was die hohen Zahlen der Flüchtigen von Ost- nach Westdeutschland allzu deutlich widerspiegelten. Mit der politischen, ideologischen, juristischen, geheimpolizeilichen und geheimdienstlichen Bekämpfung der Vertriebenenorganisationen sollte das MfS zur Stabilisierung der Lage in der DDR und zur Absicherung der SED-Herrschaft beitragen. Die Landsmannschaften und der Bund der Vertriebenen waren in ihrer Bedeutung solchen „Zentren der ideologischen Diversion" wie den bundesdeutschen Parteien, ihren „Ostbüros" oder verschiedenen Bonner Ministerien und Gremien[458] bzw. Medienanstalten[459] deutlich nachgeordnet. Aber zu denken gaben der SED und dem Staatssicherheitsdienst die hohen Mitgliederzahlen in den ostdeutschen Landsmannschaften und im BdV. 1959/60 waren nach MfS-Angaben 1,3 Millionen Vertriebene im BdV organisiert. Hinzu kamen die Mitgliedszahlen der großen Landsmannschaften: die Pommersche Landsmannschaft mit 84 500, die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit 350 000, die Schlesische Landsmannschaft mit 319 000, die Ostpreußische Landsmannschaft mit 139 000, die Westpreußische Landsmannschaft mit 60 000 sowie die Jugendorganisation der Landsmannschaften mit etwa 120 000 Mitgliedern.[460] Damit hatte die Staatssicherheit der DDR mehr als 2 252 000 organisierte Vertriebene in der Bundesrepublik und in West-Berlin ausgemacht.[461] Diese Zahlen korrespondierten mit den in den Statistiken der Vertriebenenverbände geführten Mitgliederzahlen. Allein der hohe Organisationsgrad der Vertriebenen in Westdeutschland und in West-Berlin und ihr damit von der SED-Seite vermutetes politisches Gewicht sowie die Außenwirkung auf die „ehe-

456 Ebenda, Bl. 129.
457 Vgl. ebenda, Bl. 130–137.
458 Zum Beispiel: Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen oder Kuratorium Unteilbares Deutschland.
459 Zum Beispiel: RIAS oder Sender Freies Berlin.
460 Vgl. Objekte der ideologischen Diversion, Juni 1962, in: BStU MfS ZAIG 4625, Bl. 23–28.
461 Hinzu kamen noch knapp 400 000 Mitglieder, verteilt auf die weiteren 15 kleineren Landsmannschaften. So konnte man um 1960 von insgesamt 2,6 Millionen organisierten Vertriebenen ausgehen. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 140–145.

maligen Umsiedler“ in der DDR, aber auch auf die Gesellschaft der Bundesrepublik, begründete die gesteigerte Aufmerksamkeit des Ministeriums für Staatssicherheit auf die „Revanchistenverbände“.

III. Vom Bau der Berliner Mauer 1961 bis zur Unterzeichnung der Ostverträge 1970/73 – Die 1960er Jahre

1. Situation im Staatssicherheitsdienst nach dem 13. August 1961

Kurz nach der Grenzschließung in Berlin am 13. August 1961 gab die Zentrale des Staatssicherheitsministeriums am 1. September 1961 eine Direktive an ihre MfS-Bezirksverwaltungen zur „operativen Abwehrarbeit" gegen den Einfluß der bundesdeutschen Vertriebenenverbände in der DDR heraus.[1] Die Aufgaben ließen sich in drei großen Komplexen zusammenfassen:

1. Erfassung sämtlicher „Umsiedler", die „bisher an Revanchistentreffen in Westberlin und Westdeutschland teilgenommen hatten" und die in „brieflicher Verbindung mit den Landsmannschaften und deren Gliederungen stehen" oder die „negativ über die Oder-Neiße-Friedensgrenze und andere Umsiedlerprobleme diskutieren" in der sogenannten Kerblochkartei[2].[3]

2. Registrieren jeder „Umsiedler"-Konzentration in einzelnen Bezirken; „Absicherung der Konzentrationen durch Inoffizielle Mitarbeiter" und geheimdienstliche Bearbeitung von negativ in Erscheinung tretenden „ehemaligen Umsiedlern".[4]

3. Intensivierung der Geheimdienstarbeit hinsichtlich der Erkenntnisgewinnung über Aufgaben, Struktur und Personal der Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen in der Bundesrepublik; Erstellung von Dossiers über Vertriebenenfunktionäre und Vertriebenenorganisationen; Anwerbung von „Personen, die eine Perspektive als ‚Inoffizielle Mitarbeiter'" bieten.[5]

Für die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes auf Bezirks- und Kreisebene bedeutete diese Direktive, „die noch immer vorhandene Unterschätzung des westdeutschen Revanchismus' und der Bearbeitung der ehemaligen Umsiedler" in der DDR zu überwinden sowie einen regelmäßigen Informationsaustausch zwischen den einzelnen Abteilungen zu gewährleisten. Einmal monatlich hatte von nun an auf der MfS-Kreis- und Bezirksebene eine Arbeitsauswertung zum Sachgebiet „ehemalige Um-

[1] Vgl. Direktive zur Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion unter Berücksichtigung des Einflusses des Revanchismus' – ausgehend vom „Bund der Vertriebenen", 1. September 1961, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 254, Bl. 76–79.

[2] Kerblochkartei (KLK) – Datenträger zur Erfassung, Speicherung „operativ bedeutsamer" Informationen auf der Grundlage eines Schlüsselplanes in Form einer Personenkartei und einer Deliktkartei (später auch einer Personenkartei für die BRD und einer Kfz-Kartei). Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 51.

[3] Direktive zur Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion unter Berücksichtigung des Einflusses des Revanchismus' – ausgehend vom „Bund der Vertriebenen", 1. September 1961, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 254, Bl. 77.

[4] Ebenda, Bl. 77, 78.

[5] Ebenda, Bl. 78.

siedler" zu erfolgen.[6] Die unter 1. und 2. genannten MfS-Arbeitskomplexe bezogen sich auf die Kontrolle und Bekämpfung der „Umsiedler"gruppen und ihre möglichen Aktivitäten in der DDR bzw. auf landsmannschaftlich begründete Kontakte zwischen „Umsiedlern" in der DDR und Vertriebenen in der Bundesrepublik. Die Bezirksverwaltungen des Staatssicherheitsdienstes erstellten bis Mitte der 1960er Jahre namentliche Listen von „Umsiedlern", die an Vertriebenentreffen in West-Berlin bzw. in der Bundesrepublik teilgenommen hatten und nach 1961 Brief- bzw. weiterhin persönliche Kontakte zu Vertriebenenorganisationen unterhielten. Da die nach 1961 fortbestehenden, von der Größenordnung unbedeutenden persönlichen Kontakte[7] von „ehemaligen Umsiedlern" zu organisierten Vertriebenen in West-Berlin und Westdeutschland verwandtschaftlicher Art waren bzw. von älteren „Umsiedlern" unterhalten wurden, beließ es die Staatssicherheit im allgemeinen bei der Beobachtung und Kontrolle der Verbindungen. Der DDR-Repressionsapparat ging in der Regel nicht polizeilich bzw. juristisch gegen diese „Umsiedler" vor. 1965 kamen die MfS-Bezirksverwaltungen zu der glaubhaften Bilanz, daß in ihren jeweiligen Bezirken „der Einfluß der revanchistischen Landsmannschaften Westdeutschlands keine umfassende Wirksamkeit" hat. SED und MfS hatten Mitte der 1960er Jahre ausreichende Kontrolle über ihre „ehemaligen Umsiedler".[8] Es ging keine politische Gefahr von sogenannten Umsiedlerkonzentrationen, Umsiedlertreffen oder Kontakten von „Umsiedlern" zu Vertriebenen in der Bundesrepublik aus. Die innere politische Stabilität der DDR war durch diese spezifische Bevölkerungsgruppe nicht gefährdet. Im Laufe der 1960er Jahre war eine weitgehende wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen in die DDR-Gesellschaft erfolgt. Dazu beigetragen hatten einerseits die repressiven Maßnahmen zur Unterdrückung der Kommunikations- und Selbstorganisationsbestrebungen unter den „Umsiedlern" sowie andererseits die staatlichen Angebote von Integrations- und Aufstiegschancen für die jüngere Vertriebenengeneration. Mit dem größer werdenden zeitlichem Abstand zum Vertreibungsgeschehen trat ein Verdrängen- und Vergessenwollen ein, welches die Eingliederung der „ehemaligen Umsiedler" in die Gesellschaft erleichterte. Mitte der 1960er Jahre war unter den Vertriebenen in der DDR weder der Status noch das Bewußtsein einer Sondergruppe zu erkennen.[9]

In den Mittelpunkt der MfS-Arbeit auf dem Sachgebiet „Umsiedler, Landsmannschaften, Bund der Vertriebenen" rückte das Aufgabenfeld 3, die Beobachtung und

[6] Vgl. ebenda, Bl. 78, 79.

[7] Die MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg hatte 1962 von rund 400 „Umsiedlern" namentliche Kenntnis, die aktuelle Kontakte zu Landsmannschaften in der Bundesrepublik unterhielten.

[8] Vgl. Analyse auf dem Sachgebiet Umsiedler und Landsmannschaften im Bezirk Neubrandenburg, 20. Dezember 1961, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, Abteilung XX 234, Bl. 69–86; Schwerpunkte auf der Linie Revanchismus im Bezirk Neubrandenburg, 7. Dezember 1962, in: ebenda, Bl. 135–140; MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg: Landsmannschaften und ihre Einrichtungen, 19. Juni 1965, in: ebenda, Abteilung XX 231, Bl. 76–98; Revanchistische Landsmannschaften und ihre Einrichtungen, 26. Juni 1965, in: ebenda, MfS BV Neubrandenburg 235, Bl. 76–81; Übersicht über die feindliche Tätigkeit der revanchistischen LM und ihrer Einrichtungen, Rostock, 17. Juni 1965, in: BStU MfS BV Rostock Rep. 2/112, Bl. 396–398.

[9] Vgl. Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, S. 77–82.

Analyse der „feindlichen Tätigkeit der revanchistischen Vertriebenenorganisationen und ihrer Einrichtungen“ in West-Berlin und in Westdeutschland. Die Sichtweise der Ministeriumsmitarbeiter für Staatssicherheit auf die Vertriebenenverbände und ihre Funktionäre war während der 1950er Jahre geprägt von Pauschalisierungen und groben Vereinfachungen. So hieß es 1959 noch: Die Vorstände der „Landsmannschaften setzen sich in der Regel aus ehemaligen Faschisten, enteigneten Kapitalisten und Junkern, Geschäftsleuten, Lehrern, Künstlern und Juristen zusammen.“[10] Es hat den Anschein, daß ab den 1960er Jahren das MfS vermehrt Fakten sammelte, um detailliertere Analysen über die Landsmannschaften, den Bund der Vertriebenen und ihre Führungsfunktionäre zu erhalten. Bei allen Analysen und Einschätzungen bewegten sich die SED-Mitarbeiter im Staatssicherheitsapparat in ihren engen kommunistischen ideologischen Grenzen. Sie waren extrem parteiisch, aber sie sammelten Fakten, Aussagen, Programme und Stellungnahmen über bzw. von den Vertriebenenverbänden, um ihre geheimdienstlichen Maßnahmen und öffentliche Propaganda auf eine gesicherte, wirksamere und breitere empirische Grundlage zu stellen. Obwohl die Vertriebenenlandesverbände in West-Berlin immer einen Schwerpunkt in der MfS-Bearbeitung bildeten, verlagerte sich das Interesse stärker auf die Zentrale der organisierten Vertriebenen, auf den Bund der Vertriebenen in Bonn bzw. auf die jeweiligen Zentralen der Landsmannschaften[11]. Auch innerhalb des Staatssicherheitsapparates war nicht mehr vorrangig die MfS-Bezirksverwaltung von Ost-Berlin, sondern die MfS-Zentrale, seit den 1960er Jahren die Hauptabteilung XX bzw. die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, mit der „Bearbeitung“ der „Umsiedler und Revanchistenverbände“ befaßt.

Die Politik der SED-Führung bezüglich Westdeutschlands, genannt Deutschlandpolitik, umfaßte als strategisches Ziel, die Bundesrepublik zu destabilisieren, eine revolutionäre Umwälzung herbeizuführen und die Wiedervereinigung Deutschlands zu östlichen Bedingungen zu befördern. In der politischen Praxis verschoben sich die Prioritäten seit dem Beginn der 1960er Jahre. Von nun an ging es bei der Einflußnahme auf die Bundesrepublik vor allem darum, die staatliche Anerkennung der DDR zu

[10] Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland, in: BStU MfS BV Rostock, Rep. 2/112, Bl. 381.

[11] Die Bundesgeschäftsstellen der Landsmannschaften befanden sich bzw. die Vorsitzenden der LM hießen: 1964: Deutsch-Baltische LM in Bonn, Vorsitz Georg Baron Manteuffel-Szoege; LM Pommern in Hamburg, Vorsitz Oskar Eggert; LM Schlesien in Bonn, Vorsitz Erich Schellhaus; LM Oberschlesien in Frankfurt a. M., Sprecher Otto Ulitz; LM Ostpreußen in Hamburg, Sprecher Alfred Gille; LM Westpreußen in Lübeck, Sprecher Erik von Witzleben; Sudetendeutsche LM in München, Sprecher Rudolf Lodgman von Auen; Weichsel-Warthe LM in München, Sprecher Hans Koch; LM Karpatendeutsche/Slowakei in Stuttgart-Zuffenhausen, Sprecher Anton Birkner; LM Deutsche aus Jugoslawien in Stuttgart, Sprecher Franz Hamm; LM Buchenlanddeutsche in München, Vorsitz Jakob Jelinek; LM Siebenbürger Sachsen in München, Vorsitz Heinrich Zillich; LM Banater Schwaben/Rumänien in München, Vorsitz Anton Valentin; LM Deutsche aus Ungarn in München, Vorsitz Julius Leber; Bund der Danziger in Lübeck; LM Bessarabiendeutsche in Stuttgart, Sprecher Otto Broneske; LM Rußlanddeutsche in Stuttgart, Sprecher J. Schleunig; LM Dobrudschadeutsche in Stuttgart, Sprecher Otto Broneske. Vgl. Analyse über revanchistische Tätigkeit, 24. Januar 1964, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 335, 336.

befördern.[12] Je näher die SED aber diesem Ziel kam, um so energischer agierte sie, die historischen, kulturellen, verwandtschaftlichen und politischen Westbindungen der DDR-Bevölkerung zu erschweren und zu unterbinden. Hierzu zählten auch die deutsch-deutschen Kontakte, die auf der geographischen Herkunft, auf landsmannschaftlichen Zusammenhalt basierten. Die DDR verstand sich seit ihrer Gründung als politischer Gegenentwurf zur Bundesrepublik, die DDR präsentierte sich als der „bessere, konsequent antifaschistische deutsche Staat". Mitte der 1950er Jahre wurde bereits erkennbar, daß die DDR der Bundesrepublik ökonomisch hoffnungslos unterlegen war. Auch war sie der Staat, der allenfalls von einem Teil seiner Bevölkerung akzeptiert wurde, während die Bundesrepublik einen breiten inneren demokratischen Konsens unter ihren Bürgern erzeugen konnte. Dies wiederum wirkte destabilisierend auf die DDR, da sich viele Ostdeutsche von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in Westdeutschland angezogen fühlten, was die millionenfache „Republikflucht" bis 1961 sichtbar machte. Der Mauerbau 1961 und die „Neue Ostpolitik" der sozial-liberalen Koalition in Bonn zwangen die DDR-Bevölkerung wie die Bundesrepublik, sich mit dem ostdeutschen Staat zu arrangieren. Mit dem Grundlagenvertrag von 1972 fanden beide Seiten ein vertraglich geregeltes Nebeneinander. Die Bundesrepublik akzeptierte die DDR als zweiten deutschen Staat, ohne ihn völkerrechtlich anzuerkennen. Die DDR mußte durch die nun anwachsenden deutsch-deutschen Kontakte ihre bis dahin betriebene Politik der strikten Abgrenzung aufgeben. Bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre sah die SED in der SPD einen Ansprechpartner für ihre Deutschlandpolitik. Den von Willy Brandt und Herbert Wehner forcierten Weg der SPD in die Regierung der „Großen Koalition" (ab 1966) bezeichnete die SED-Spitze als Verrat der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse. Die von der SPD konzipierte „Neue Ostpolitik" traf in Ost-Berlin einerseits auf scharfe Kritik, obwohl man andererseits die Möglichkeit erkannte, mit einer SPD-geführten Bundesregierung in einen staatlichen Dialog mit dem Ziel der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR zu kommen.[13] Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre galten alle SED-Bemühungen der diplomatischen Anerkennung der DDR, der sich Ost-Berlin in den deutsch-deutschen Verhandlungen 1971/72 annäherte, die sie aber nicht erreichte. Mit der Unterzeichnung und Paraphierung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR am 8. November/21. Dezember 1972 erkannte Bonn die DDR staatlich, aber nicht völkerrechtlich an.[14] Ost-Berlin hatte in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die internationale Anerkennung erreicht. 1973 unterhielt die DDR zu 71 Staaten diplomatische Beziehungen, 1976 waren es 118 Staaten. Die DDR wurde wie die Bundesrepublik im September 1973 Mitglied der UNO.

Die grundlegenden politischen Ziele der ostdeutschen Landsmannschaften und des Dachverbandes Bund der Vertriebenen (BdV) bildeten für die SED-Führung einen Angriff auf die Existenz der DDR, auf die staatliche Souveränität des Landes und

[12] Vgl. Jochen Staadt, Westarbeit der SED, in: Lexikon des DDR-Sozialismus, S. 685–689.
[13] Vgl. Detlef Nakath, Deutschlandpolitik, in: Die SED, S. 305–318; Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S. 24ff.; Detlef Nakath, Deutsch-deutsche Grundlagen, S. 9ff.; Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 233–248, 319–363.
[14] Vgl. Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 42.

auf ihren politischen Führungsanspruch. Der BdV verstand sich seit seiner Gründung als Avantgarde hinsichtlich der nationalen deutschen Frage. Dieser nationale Anspruch, das heißt die Grundprämissen der deutschland- bzw. ostpolitischen Überzeugungen des Bundes der Vertriebenen bis 1989, konnte in vier Punkten zusammengefaßt werden:

1. keine Anerkennung der DDR und kein Sonderstatus für West-Berlin,
2. keine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze,
3. keine Annullierung des Münchner Abkommens und
4. friedliches Rückkehrrecht für die Vertriebenen in die alten ostdeutschen (bzw. Sudetendeutschen) Gebiete.

Die Vertriebenenverbände gehörten für die SED-Spitze und das MfS zu den Institutionen und Organisationen der Bundesrepublik, die sie als „Führungszentren der politisch-ideologischen Diversion" bezeichneten und zu Recht der politischen Unterwanderung der DDR mit dem Ziel ihrer „Liquidierung" bezichtigten.[15] Die SED stufte die Vertriebenenverbände daher als „Feindorganisationen" ein und beauftragte seit den frühen 1950er Jahren das Ministerium für Staatssicherheit, diese unter Beobachtung und geheimdienstliche Bearbeitung zu stellen. Die SED interessierte sich für die Parteien, Verbände und Institutionen der Bundesrepublik, sofern sie ihnen größere Bedeutung beimaß, was im Fall der Vertriebenenverbände nachweislich so war. Eine MfS-Studie bescheinigte dem BdV und den Landsmannschaften, „eine der großen staatserhaltenden Organisationen in der Bundesrepublik bzw. ein wesentlicher Bestandteil des bürgerlichen Organisationssystems und damit ein maßgebliches Element der Massenbasis der imperialistischen Politik und Machtausübung" zu sein. „Mit seinen 2,5 Millionen Mitgliedern spiele er [der BdV] – als zweitgrößte Organisation neben den Gewerkschaften – in der Innen- und Außenpolitik, besonders aber in der Deutschland- und Ostpolitik der BRD zu jeder Zeit eine dominierende Rolle."[16] Die Aktivitäten der SED und ihres Staatssicherheitsdienstes gegen die Vertriebenenverbände waren Bestandteil der sogenannten SED- bzw. MfS-Westarbeit „im und nach dem Operationsgebiet West-Berlin und Bundesrepublik Deutschland", wie es zeitgenössisch hieß. Das Wahrnehmungs- und Denkmuster gegenüber den Vertriebenenverbänden umfaßte Mitte der 1960er Jahren im SED-Sprachgebrauch folgende Argumentationen: „Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und im Potsdamer Abkommen 1945 wurden neue Grenzen in Europa festgelegt und Aussiedlungsmaßnahmen getroffen. Ziel der Alliierten war es, die imperialistische Wühlarbeit in den Nachbarländern Deutschlands auszuschalten, diese Länder für die ungeheuren Verluste im Krieg zu entschädigen und stabile Grenzen zu schaffen. […] Zu den Opfern des Hitler-Krieges zählten auch Millionen Deutsche aus den ehemaligen Ostprovinzen Deutschlands und aus Gebieten außerhalb Deutschlands, die ihre Heimat aufgrund von Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition verlassen mußten, zu Umsied-

[15] Vgl. MfS-Dossier über die Zentren der politisch-ideologischen Diversion in Westberlin und Westdeutschland gegen die DDR, 1964/65, BStU ZA MfS HA XX/1 123.

[16] Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition, MfS-Ausarbeitung 1982 BStU ZA MfS ZKG 3520.

lern wurden und in die vier Besatzungszonen Deutschlands kamen. In der Sowjetischen Besatzungszone wurde alles unternommen, den Umsiedlern eine neue und gesicherte Existenz und Heimat zu geben. Von Anfang an erklärte man den Umsiedlern, daß für den Verlust der Heimat die Kriegs- und Vernichtungspolitik des deutschen Imperialismus verantwortlich war und es keine Rückkehr in die alte Heimat geben werde. Die Umsiedler wurden zu gleichberechtigten Bürgern des ersten deutschen Friedensstaates, der DDR. In ihr existieren keine revanchistischen Organisationen. Im Gegenteil, die DDR-Regierung erkannte offiziell die bestehenden Nachkriegsgrenzen an und unterhält freundschaftliche und friedliche Beziehungen zu ihren Nachbarvölkern im Osten und Südosten Europas. In Westdeutschland hingegen […] drängt der wiedererstandene Imperialismus auf Grenzveränderungen. Die Bundesrepublik ist der einzige Staat in Europa, der Forderungen auf fremdes Staatsgebiet, auf Grenzen von 1937 erhebt. Die in Westdeutschland lebenden Umsiedler werden für diese revanchistische Politik mißbraucht. Unter ihnen wird unablässig die Illusion genährt, sie könnten eines Tages wieder in ihre alte Heimat zurückkehren. Die westdeutsche Regierung förderte die Bildung von Revanchistenverbänden, von sogenannten Landsmannschaften und dem ‚Bund der Vertriebenen'. Diese Umsiedlerorganisationen Westdeutschlands gehören zum System staatlicher Einrichtungen, die zur Verwirklichung revanchistischer Politik aufgebaut wurden. Sie sollen alle ehemaligen Umsiedler und darüber hinaus möglichst die gesamte westdeutsche Bevölkerung für die Politik der Grenzrevision, der ‚Rückeroberung' verlorener Gebiete und für die Vorbereitung einer neuen Aggression gewinnen."[17]

Als eine Art Ersatzlegitimation, innen- und außenpolitisch ausgerichtet, stellte die SED-Führung – wie bereits oben erwähnt – die DDR als „deutschen Friedensstaat" und die Bundesrepublik als „Hort des Revanchismus" hin. Ost-Berlin klagte zudem die Bundesrepublik öffentlich an, die europäischen Nachkriegsgrenzen, insbesondere die Oder-Neiße-Grenze, nicht anzuerkennen und Anspruch auf polnisches, sowjetisches und tschechoslowakisches Staatsgebiet zu erheben. Für diese „revanchistischen" Politikziele, so die anhaltende SED-Argumentation, mißbrauchten die Bonner Regierung und die Vertriebenenverbände die Flüchtlinge und Vertriebenen. Die öffentlichen Aktionen der SED und die geheimdienstlichen Aktivitäten des MfS gegen die ostdeutschen Landsmannschaften und den Bund der Vertriebenen liefen zwischen 1961 und 1970/72 auf das Ziel hinaus, den Bonner Staat zu diskreditieren und international abzuwerten und die DDR entsprechend politisch aufzuwerten. Um diesem Ziel näherzukommen, widmete sich das Ministerium für Staatssicherheit zwei umfangreicheren Aufgabenfeldern auf dem Gebiet „Umsiedler und Revanchistenverbände". Zum einen fertigte es relativ lückenlose Dokumentationen der personellen Zusammensetzung und strukturellen Gliederung des Bundes der Vertriebenen und der 20 ostdeutschen Landsmannschaften an. Dabei interessierte sich die Staatssicherheit

[17] Braunbuch, 1965, S. 280f.; vgl. auch Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „BdV – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände", 1. Juli 1989, in: BStU MfS AKG HA VIII 2053, Bl. 149–159; Heike Amos, Feindliche Organisationen: Die Sicht des MfS auf die Vertriebenenverbände der Bundesrepublik Deutschland, S. 22f.

vor allem für die politische Vergangenheit der Vertriebenenfunktionäre und Politiker in den Jahren vor 1945. Die SED inszenierte Propagandakampagnen, die mit geheimdienstlichen Mitteln vorbereitet wurden. In öffentlichkeitswirksamen und für die SED durchaus erfolgreichen Personenkampagnen, die sich gegen Vertriebenenpolitiker richteten – z. B. gegen Theodor Oberländer, er war Bundesvertriebenenminister von 1953–1960[18], gegen Hans Krüger, er war BdV-Vorsitzender von 1958-1964 und Bundesvertriebenenminister 1963[19], oder gegen Walter Becher, er war Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft zwischen 1968–1982[20] –, wurde die tatsächliche oder vermeintliche NS-Vergangenheit der Funktionäre thematisiert, um den „Revanchismus- und Neo-Faschismusvorwurf" gegenüber den Vertriebenenverbänden und der Bundesrepublik insgesamt nachzuweisen.[21]

Zum zweiten großen Aufgabenbereich für das MfS wurde in den 1960er Jahren das Registrieren und Analysieren der veränderten Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik. Im Focus intensiver Beobachtung stand dabei die Bonner SPD. Diese machte sich ab 1962/63 zum Vorreiter einer neuen Ost- und Deutschlandpolitik. Der SPD-Politiker Egon Bahr, Pressechef des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin, Willy Brandt (SPD), läutete ab 1963 mit dem Vorschlag, die „bisherigen Befreiungsvorstellungen" gegenüber den Staaten Osteuropas zurückzustellen und durch Hinnahme des Status quo eine gegenseitige Annäherung der Blöcke mit „Wandel durch Annäherung" zu erreichen, die „Neue Ostpolitik" ein.[22] Die sozial-liberale Koalition in Bonn, ab 1969 unter Bundeskanzler Willy Brandt, brachte die „Neue Ostpolitik" durch Vertragsabschlüsse mit Moskau (August 1970), Warschau (Dezember 1970), Prag (Juni/Dezember 1973) und Ost-Berlin (November/Dezember 1972) bis 1973 zu einem ersten Endpunkt. Diese Gewaltverzichts- und Grenzanerkennungsverträge bestätigten faktisch die Anerkennung des Status quo nach 1945 durch die

[18] Theodor Oberländer (1905–1998), Land- und Volkswirt, Teilnahme am „Hitlerputsch" 1923 in München, frühes NSDAP-Mitglied; während des Zweiten Weltkrieges war er sowohl bei der ukrainischen Wehrmachtseinheit „Nachtigall" als auch später beim Bataillon „Bergmann" als Offizier eingesetzt, denen beide Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung nachgewiesen wurden. Nach 1945: Bundesvertriebenenminister, seit 1955 CDU-Mitglied. Jüngste detaillierte historische Forschungen ergaben, daß Oberländer als sogenannter Schreibtischtäter an Ermordungen der Zivilbevölkerung beteiligt war. Vgl. Philipp-Christian Wachs, Der Fall Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt/M. 2000, passim; auch in: http://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Oberländer.

[19] Vgl. in: http://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Krüger .

[20] Walter Becher (1912–2005), 1931/38 NSDAP, vor 1945 Redakteur des NS-Gauorgans „Die Zeit" im sogenannten Reichsgau Sudetenland, 1950–1962 für den BHE im Bayerischen Landtag, wechselte zur CSU, für die er 1965–1980 im Deutschen Bundestag saß. Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge. Ein Lebensbericht, München 1990, passim.

[21] Vgl. Heike Amos, Feindliche Organisationen: Die Sicht des MfS auf die Vertriebenenverbände der Bundesrepublik Deutschland, S. 30f.

[22] In der westdeutschen SPD-Führung ging man davon aus, daß die kommunistische Herrschaft in Osteuropa unter sowjetischer Hegemonie nicht beseitigt, wohl aber durch die Anerkennung der „Realitäten" allmählich verändert werden könne. Um eine Wandlung in der DDR zu erreichen, solle Bonn durch „kleine Schritte" der östlichen Seite entgegenkommen und so den DDR-Bürgern Erleichterungen verschaffen. Vgl. Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1969, S. 81f.

Bundesrepublik in drei Punkten: 1. Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze und somit de facto Anerkennung des Verlusts der Ostgebiete, 2. Hinnahme der Existenz der DDR als Staat und der deutschen Teilung, und 3. Akzeptanz der sowjetischen Hegemonie in Osteuropa.[23] Diese Komponenten der „Neuen Ostpolitik" kratzten ganz erheblich an den nationalen deutschen Grundprämissen der ostdeutschen Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen. SED und MfS beobachteten und klärten ab, welche Stellung die Führungsgremien und Spitzenfunktionäre der Vertriebenenverbände zur „Neuen Ostpolitik" und zu den Gesprächs- und Verhandlungsaktivitäten mit Moskau, Warschau, Prag und Ost-Berlin einnahmen bzw. ergriffen.

Eine dritte ständige Aufgabe des MfS auf der „Linie Umsiedler und Revanchistenverbände" bestand in der Unterbindung der Einflußnahme der Vertriebenenverbände auf die „Umsiedler" in der DDR.[24] Das Staatssicherheitsministerium war überzeugt, die Vertriebenenfunktionäre beabsichtigten mit ihrem Wirken und ihrer Propaganda, unter den DDR-„Umsiedlern" „Feindschaft gegen die sozialistischen Länder UdSSR, ČSSR und Polen zu säen", den Aufbau und die Entwicklung in den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu diffamieren, „Widersprüche zwischen der Politik der DDR und den Interessen der ehemaligen Umsiedler zu suggerieren" und den „Prozeß des Einlebens der ehemaligen Umsiedler nachträglich noch zu stören".[25] Im Juli 1965 konnten die verantwortlichen Funktionäre der MfS-Zentrale indes feststellen, „daß die Landsmannschaften durch ihre Tätigkeit in der DDR nicht massenwirksam werden konnten, [… aber] ihre Wirksamkeit jedoch auch nicht unterschätzt" werden dürfe.[26]

Bis Ende 1965 hatte eine Arbeitsgruppe von MfS-Mitarbeitern an der Juristischen Hochschule Potsdam[27] unter Mitarbeit von Offizieren der HV A und der MfS-Hauptabteilung XX ein umfangreiches Schulungs- und Arbeitsmaterial mit dem Titel „Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion"[28] zusammengestellt. Dieser 587 Seiten umfassende „Katalog" faßte den Erkenntnis- und Ermittlungsstand der Staatssicherheit über alle jene Organe und Institutionen aus der Bundesrepublik und aus West-Berlin zusammen, die sie als „Zentren der politisch-ideologischen Diversion" bezichtigten, die also, im MfS-Verständnis, mit „geeigneten Mitteln und Methoden […] politische und ideologische Angriffe gegen die DDR organisieren und durchführen".[29] Dieser „Katalog" wurde in 800 Exemplaren ausgefertigt und allen Mitarbeitern der Zentrale bzw. der MfS-Bezirks- und Kreisdienststellen

[23] Vgl. Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 39ff.

[24] Dieser Aspekt wird hier nur angedeutet, er ist schon beschrieben bei Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949–1990, S. 59–82, 211–220; Übersicht über die feindliche Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften gegen die DDR, Juli 1965, in: BStU MfS ZAIG 4625, Bl. 34–61.

[25] Übersicht über die feindliche Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften gegen die DDR, Juli 1965, in: BStU MfS ZAIG 4625, Bl. 40.

[26] Ebenda, Bl. 41.

[27] Die Juristische Hochschule Potsdam war seit 1951 eine Hochschule des MfS.

[28] Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU MfS HA IX 14425, Bl. 1–588. (auch in: MfS BV Berlin Abteilung II 477, Teil 1/2).

[29] Das Wörterbuch der Staatssicherheit, S. 304f.

zur Verfügung gestellt, die auf entsprechendem Gebiet tätig waren. Die mehr als 37 „Zentren der Diversion", die Aufzählung war noch sehr unvollständig,[30] hatte man in elf Gruppen zusammengefaßt.[31] Unter Gruppe 7 rangierten die ostdeutschen Landsmannschaften und der Bund der Vertriebenen. Den „Zentren der Diversion" im allgemeinen wie den Vertriebenenverbänden im besonderen wurde vorgeworfen, über sogenannte psychologische Waffen – politische Provokationen, Verbreitung von Falschinformationen – auf die Bevölkerung der DDR, insbesondere auf die Psyche der „Umsiedler", einzuwirken, um sie gegen den Staat und die SED aufzubringen. Das „Ziel der herrschenden Kreise des westdeutschen Imperialismus" gegenüber der DDR-Bevölkerung bestehe darin, so wörtlich in der Ausarbeitung, auf irgendeine Art und Weise das gesellschaftliche und das individuelle Bewußtsein, das Denken und Fühlen der Menschen in ihrem Interesse zu zersetzen und zu verändern. In deren Ergebnis soll sich das veränderte Denken der Menschen in solche Handlungen umschlagen, die sich gegen den sozialistischen Staat und die bestehende Gesellschaftsordnung richten."[32] Adressaten dieser „zielgerichteten psychologischen Angriffe", hier durch die Vertriebenenverbände, seien die „ehemaligen Umsiedler in der DDR" und ihre Angehörigen. „Mittels der ideologischen Unterwanderung […] sei die sozialistische Entwicklung in der DDR [zu] stören und sollen die notwendigen Voraussetzungen für die Vorbereitung und Durchführung eines gewaltsamen Umsturzes geschaffen werden."[33] Diesem Ziel diene, so die Erkenntnis der Staatssicherheit, die „neue Kontaktpolitik", die westdeutsche Politiker und die Vertriebenenfunktionäre propagierten. Der Staatssicherheitsdienst glaubte zu wissen, daß die Vertriebenenverbände nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 begonnen hatten, ihre Taktik von der „plumpen, offenen und aggressiven Forderung nach Grenzrevisionen und Rückkehr der Vertriebenen in die alte Heimat" zu einer deutsch-deutschen Kontaktpolitik „auf leisen Sohlen" zu verändern.[34] Gerade über die „Kontakte auf den verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wollen sie [die westdeutschen Politiker und Funktionäre], ihr ideologisches Gift in die Bevölkerung verspritzen."[35] Mit dieser Beobachtung lagen die MfS-Analytiker nicht ganz falsch. Die Funktionärsebene der Landsmannschaften und des BdV versuchten über eine deutsch-deutsche, landsmannschaftlich begründete Kontaktpolitik, den Zusammenhalt zwischen den Vertriebenenvolksgruppen nicht abreißen zu lassen. Die Gruppenidentität „Vertriebener", aufgegliedert nach Volksgruppen, sollte entgegen den SED-Zielstellungen erhalten bleiben, die Hoffnung auf eine friedliche Rückkehr in die alte Heimat nicht aufgege-

[30] Unter der Rubrik „Presse, Rundfunk und Fernsehen im Dienste der politisch-ideologischen Diversion" standen bis dahin nur „Die Rundfunksender" und „Informationsbüro West (IWE)". Vgl. Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX/1 123, Bl. 7.

[31] Vgl. Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU MfS BV Berlin Abteilung II 477, Teil 1/2, Bl. 2–19.

[32] Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX/1 123, Bl. 20, 21.

[33] Ebenda, Bl. 24.

[34] Vgl. ebenda, Bl. 1, 24.

[35] Ebenda.

ben werden. Die Vertriebenenverbände und ihre Funktionäre agierten gegen die Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR, die SED-Herrschaft und die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze.

Auf knapp 25 Seiten referierten die MfS-Bearbeiter im „Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion" nüchtern und faktenreich über die Entwicklung, Struktur, Finanzierung des Bundes der Vertriebenen und der ostdeutschen Landsmannschaften.[36] Als maßgebliche Politiker der Vertriebenenorganisationen benannten die Bearbeiter Theodor Oberländer, Hans Krüger, Hans Christoph Seebohm[37], Erich Schellhaus[38] und Wenzel Jaksch[39], ohne ihre politische Vita näher vorzustellen bzw. zu kommentieren.[40] Die Präsidentschaft des Bundes der Vertriebenen hatte bis Januar 1964 der umstrittene, NS-belastete Politiker Hans Krüger (CDU) inne. Ihm folgte auf diesem Posten der SPD-Politiker und in Westdeutschland anerkannte NS-Gegner Wenzel Jaksch. Weder Krüger noch Jaksch und ihre vertriebenenpolitischen Vorstellungen wurden im „Katalog" näher charakterisiert. Den BdV, als formal-juristisch selbständiger Verein benannt, stellte man als Dachverband der Vertriebenen mit seinem Hauptsitz in Bonn, Kölnstraße, vor. In dieser Bundesgeschäftsstelle des BdV seien zirka 30 hauptamtliche Bedienstete tätig. Über den jährlichen Etat des BdV konnten die Staatssicherheitsbediensteten keine Auskunft geben. Finanzmittel kämen jedoch von zwei Bundesministerien, dem für Vertriebene und dem für Gesamtdeutsche Fragen, von den Länderregierungen, aus den Haushalten großer westdeutscher Städte, von einflußreichen Vertriebenen in der Wirtschaft und durch Spenden und Sammlungen. An der Spitze des „Bundes der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände" stehe der Präsident und das Präsidium. Das Präsidium setze sich zusammen aus je einem Vertreter einer Landsmannschaft und je einem Vertreter der elf Landesverbände des BdV. Die verschiedenen Landsmannschaften blieben im BdV relativ selbständig, es bestünde kein Unterstellungsverhältnis zum BdV. Die eigentliche Hauptarbeit in der Vertriebenenpolitik, so hielten es die MfS-Offiziere fest, werde von den einzelnen Landsmannschaften geleistet. Unter den elf Lan-

[36] Vgl. Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX/1 123, Bl. 325–349.

[37] Hans Christoph Seebohm (1903–1967), Oberschlesier, 1949–1966 Bundesverkehrsminister, 1959–1967 Sprecher der Sudetendeutschen LM, eifriger Lobbyist der Vertriebenenverbände in Bonn, nach 1945 Deutsche Partei (DP), seit 1960 CDU. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 48.

[38] Erich Schellhaus (1901–1983), Schlesier, Verwaltungsbeamter, bis 1939 u. a. Bürgermeister von Bad Salzbrunn, 1939–1945 Deutsche Wehrmacht, bereits vor 1933 NSDAP-Mitglied, 1951–1963 Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte im Bundesland Niedersachsen, 1955–1968 Bundesvorsitzender der LM Schlesien, 1950 BHE-Mitglied, ab 1964 CDU. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 84 (bei Stickler wieder kein Verweis auf NSDAP-Mitgliedschaft von Schellhaus); Angaben korrekter in: http://de.wikipedia.org/wiki/Erich_Schellhaus.

[39] Wenzel Jaksch (1896–1967), stammt aus Südböhmen, ab 1913 österreichische, ab 1918 Deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei, für die er 1929–1938 im Parlament saß; 1939 Emigration nach London, nach 1945 führender Politiker der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Zu Jaksch unten mehr. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 35.

[40] Vgl. Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX/1 123, Bl. 326.

desverbänden – zehn Bundesländer und West-Berlin – hob man den West-Berliner Landesverband der Vertriebenen hervor.[41] Die Zuständigen im MfS zählten die ihrer Ansicht nach wichtigsten ostdeutschen Landsmannschaften in folgender Reihenfolge mit dem Stand von 1965 auf: 1. Landsmannschaft Schlesien, Vorsitzender Erich Schellhaus, Bundesgeschäftsstelle in Bonn, 2. Sudetendeutsche Landsmannschaft, Vorsitzender Franz Böhm, Hauptgeschäftsstelle in München, 3. Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, Vorsitz Heinz Kiekebusch, Hauptsitz in Münster, und 4. Landsmannschaft Pommern, Vorsitzender Oskar Eggert[42], Bundesgeschäftstelle in Hamburg.[43] Auch hier wurde gesondert der jeweilige Landesverband von West-Berlin vorgestellt mit Sitz und personeller Zusammensetzung des Vorstands.

Als eine Art Selbstverständigung über Ziele und Arbeitsweise des BdV listete der „MfS-Katalog" auf: Die „Revanchеforderungen" der Vertriebenenverbände – also die Forderung nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937 – in der Bundesrepublik innen- und außenpolitisch zu vertreten, die Tätigkeit der Vertriebenenorganisationen im Sinne der „politisch-ideologischen Diversion im Sinne des Revanchismus gegen die Bevölkerung Westdeutschlands, des kapitalistischen Auslands, der DDR und des sozialistischen Lagers" zu koordinieren.[44] Die Argumentation des BdV hatte sich nach Einschätzung der Staatssicherheit gewandelt, von einer öffentlich geäußerten Hoffnung und einem Wunsch nach friedlicher Rückkehr in die alte Heimat zu einer nunmehr versuchten juristisch fundierten „Forderung vom Recht auf Heimat" unter ständigem Appellieren an das Heimat- und Zusammengehörigkeitsgefühl der Vertriebenen.[45] SED und MfS fiel es nicht wirklich schwer, den Vorwurf des „aggressiven Revanchismus" der Vertriebenenverbände zu untermauern, wenn einzelne Spitzenfunktionäre der Verbände öffentliche Erklärungen abgaben, wie beispielsweise Hans Christoph Seebohm auf einem Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Aschaffenburg am 9. Oktober 1960: Seebohm rief aus: „Die ČSSR, Polen, [Ostdeutschland] und die Sowjetunion sollen sich ja nicht der Hoffnung hingeben, daß wir das Land hinter Oder und Neiße abgeschrieben haben. Es geht um die Befreiung aller Völker in Mittel- und Osteuropa und um die Ausdehnung des christlichen Abendlandes auf ganz Osteuropa. Das muß jedoch bald geschehen!"[46]

[41] Vgl. ebenda, Bl. 328–335.

[42] Dr. Franz Böhm, geboren in Leitmeritz, Versicherungsbezirksdirektor, ab 30. Januar 1944 Vorsitzender des Gaugerichts der NSDAP-Gauleitung Reichenberg (Liberec), nach 1945 Mitglied des BdV-Präsidiums, gestorben 1975. Vgl. Sudetendeutsche LM, 1968, in: BStU MfS HA XX 5433, Bl. 24 und MfS ZAIG 9704, Bd. 2, Bl. 355.
Heinz Kiekebusch, geboren 1908 in Berlin, Jurist, Anwalt, MdL in Schleswig-Holstein für GB/BHE, Bundessprecher der LM Berlin-Mark Brandenburg. Vgl. Wer ist wer?, Berlin (West) 1962, S. 735.
Dr. phil. Oskar Eggert, geboren 1896 auf Usedom-Wollin, höherer Schuldienst in Köslin, Stettin, seit 1952 Vorsitz der LM Pommern. Vgl. ebenda, S. 286.

[43] Vgl. Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX/1 123, Bl. 334–340.

[44] Ebenda, Bl. 342.

[45] Vgl. ebenda, Bl. 342, 343.

[46] Revanchistenverbände in NRW, März 1967, in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 2, Bl. 542.
Solche öffentlichen Äußerungen von verschiedenen Vertriebenenfunktionären sammelte das MfS akribisch. Vgl. ebenda, Bl. 538–544.

Über die Arbeitsweise des BdV und der Landsmannschaften hatte das Staatssicherheitsministerium im „Katalog" diese Fakten zusammengestellt: 1. Beschaffung von Informationen über privat gehaltene Kontaktaufnahmen zwischen kleinen und mittleren Vertriebenenfunktionären zu „Umsiedlern" in der DDR und organisierter Brief- und Pakete-Versand sowie Reisen von West- nach Ostdeutschland, 2. Einschleusen von Heimatzeitschriften und anderen zentralen Publikationsorganen des BdV wie „Deutscher Ostdienst", Bonn, „Ost-West-Kurier", Köln, und „Pressedienst der Heimatvertriebenen", Göttingen, 3. Beeinflussen und „Befragen" von DDR-Reisenden nach West-Berlin und Westdeutschland, insbesondere von Rentnern[47], und 4. offensive Propagierung der Veranstaltungen und Kundgebungen der Vertriebenenverbände in den Medien.[48] Ein wichtiges Ziel der Kontaktpolitik bestand 5. in der systematischen, vollständigen Erfassung der in der DDR lebenden „ehemaligen Umsiedler".[49] Ähnliche Expertisen erstellten in den 1960er Jahren MfS-Bezirksverwaltungen, insbesondere die Querschnitts-Abteilungen Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppen, die sich bei ihren Analysen oft auch auf einzelne Landes- und Bezirksverbände des BdV konzentrierten.[50]

2. Gesellschaft und Parteien Westdeutschlands und die organisierten Vertriebenen

Die im Bonner Bundestag vertretenden Parteien rangen in den 1960er Jahren mehr oder weniger gemeinsam um einen neuen Weg in der deutschen Ostpolitik im Rahmen der international einsetzenden Entspannungspolitik. Aber fast bis an das Ende des Jahrzehnts hielten CDU/CSU, FDP und SPD öffentlich und deklamatorisch am „Rechtstitel der Grenzen Deutschlands von 1937" fest. Der Umgang der Parteien mit den heimatpolitischen Zielen der Vertriebenenverbände – dem vermeintlich noch nicht definitiv verlorenen deutschen Osten – wurde ein Beispiel für politische Unaufrichtigkeit eines auf Stimmenmaximierung bei der nächsten Wahl ausgerichteten Systems des Bonner Parlamentarismus.[51] Es sei denn, man deutete das Taktieren der Parteien als staatspolitischen Akt der Vernunft. Hätte man den organisierten Vertriebenen zum Zeitpunkt, als die soziale Integration noch nicht weit genug vorangekom-

[47] Auf dem Bundestreffen der LM Schlesien am 12. Juni 1965 in Hannover sollen zirka 2000 DDR-Rentner teilgenommen haben. Vgl. Übersicht über die feindliche Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften gegen die DDR, in: BStU MfS ZAIG 4625, Bl. 50.

[48] Vgl. Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX/1 123, Bl. 345, 346.

[49] Vgl. Übersicht über die feindliche Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften gegen die DDR, Juli 1965, in: BStU MfS ZAIG 4625, Bl. 56, 57.

[50] Vgl. Bund der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen, 1965, in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 3, Bl. 664–691; BdV – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Landesverband NRW, 1964/65, in: ebenda, ZAIG 9708, Bd. 3, Bl. 702–718; Landsmannschaften und Revanchistenverbände, 1967, in: ebenda, ZAIG 9708, Bd. 2, Bl. 426–443; MfS-Bezirksverwaltung Rostock: Die politisch-ideologische Diversion im System der psychologischen Kriegsführung, 1962–1965, in: ebenda, MfS BV Rostock Rep. 2/112, Bl. 399–417.

[51] So bereits Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 73.

men war, die ganze bittere Wahrheit über den endgültigen Verlust der alten Heimat zugemutet, hätte möglicherweise das Risiko nationaler Radikalisierung in Kauf genommen werden müssen.[52] Diese Annahme muß aber mit Vorbehalt gesehen werden. Die vertriebenenpolitischen Unterschiede zwischen den Parteien, CDU/CSU, SPD und FDP waren bis zum Ende der 1960er Jahre von nur gradueller Natur.[53] Politiker aus der kleinen Partei der Freien Demokraten waren in den Führungsebenen der Landsmannschaften relativ schwach vertreten. In Teilen der FDP existierten frühe vorsichtige Überlegungen, im Rahmen einer neuen Ostpolitik die Oder-Neiße-Grenze offiziell zu respektieren. Für diese politische Linie stand der Liberale Wolfgang Schollwer[54]. Öffentlich machte die FDP-Parteiführungsebene diese Sichtweise nicht. Der FDP-Spitzenpolitiker und Oberschlesier Erich Mende[55], Minister für gesamtdeutsche Fragen von 1963 bis 1966, blieb dem Tenor, kein Verzicht auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße, offiziell verpflichtet, obwohl gerade er durch viele Reisen ins westliche Ausland, insbesondere in die USA, wußte, wie wenig Zuspruch die Wiedervereinigung Deutschlands gar in den Grenzen von 1937 in den dortigen Regierungen genoß.[56]

Ursprünglich war auch die SPD nicht sonderlich tief im Vertriebenenmilieu verankert, sieht man von den traditionsreichen sudetendeutschen Sozialdemokraten ab. In den 1960er Jahren baute sich der aus Sachsen stammende Herbert Wehner[57], er war von 1966 bis 1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, zum Vertrauensmann der Vertriebenen auf. Auf einer gemeinsamen Sitzung des SPD-Partei- und Fraktionsvorstands mit sozialdemokratischen BdV-Politikern im Januar 1965 einigte man sich auf ein Kommuniqué mit dem Kernsatz, das Heimatrecht, das Selbstbestimmungsrecht und den deutschen Rechtsstandpunkt in Grenzfragen überall und immer öffentlich zu vertreten.[58] Bereits 1963 hatte die SPD-Parteispitze, Erich Ollenhauer[59], Willy Brandt und Herbert Wehner, in einer Grußbotschaft zum Bundestreffen der Schlesier in Köln die denkwürdigen Sätze ausgesprochen: „Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg, das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen […] Verzicht ist Verrat! Wer wollte das bestreiten. Hundert Jahre SPD heißt vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Recht auf

[52] Vgl. ebenda.
[53] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 212ff., 236ff., 280ff.
[54] Wolfgang Schollwer (*1922), „Vordenker liberaler Entspannungspolitik" in der Ost-West-Auseinandersetzung des Kalten Krieges (Deutschlandpläne – Schollwer-Pläne 1962–1967), ab 1951 Leiter des FDP-Ostbüros in Bonn, Referent für Außen- und Deutschlandpolitik der FDP.
Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Schollwer.
[55] Erich Mende (1916–1998), geboren in Groß-Strehlitz, 1946–1970 FDP, 1957–1963 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Er war Gegner der Ostverträge, die von der FDP unter Walter Scheel maßgeblich herbeigeführt wurden, und trat daher im Oktober 1970 zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion über.
Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Erich_Mende.
[56] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 294–308; Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 73–75.
[57] Herbert Wehner (1906–1990), 1969–1983 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.
[58] Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 75f.
[59] Erich Ollenhauer (1901–1963), 1952–1963 SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender im Bundestag.

Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern. […] Das Kreuz der Vertreibung muß das ganze Volk mittragen."[60] Diese SPD-Stellungnahme wurde Jahre später – in den Debatten um die Ostverträge – in regelmäßiger Folge den Sozialdemokraten von den Vertriebenenfunktionären vorgehalten. Der Sudetendeutschen Landsmannschaft hatte die SPD bereits 1961 zugesichert, daß das rechtliche Fortbestehen Deutschlands in den Grenzen von 1937 das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen nicht ausschließe.[61] Tatsächlich war die Haltung der SPD-Führung gegenüber den Vertriebenenverbänden zwiespältig und von wahltaktischen Überlegungen bestimmt. In Egon Bahrs[62] berühmter Rede in der Evangelischen Akademie in Tutzing im Juli 1963 fehlte jeder Hinweis auf die Oder-Neiße-Linie, und Willy Brandt war vermutlich schon seit Kriegsende von der Unabänderlichkeit der Oder-Neiße-Linie als deutscher Ostgrenze überzeugt. Aber öffentlich vermieden es die SPD-Politiker, diese Tatsache auszusprechen bzw. das Problem zu thematisieren. Sie blieben in den Aussagen zu den alten Ostgebieten und zur Oder-Neiße-Grenzfrage bei „schwammigen und interpretatorisch dehnbaren Formulierungen"[63] und vermieden bis zirka 1966/67 möglichst jede Konfrontation mit den Vertriebenenverbänden.[64] Die SPD-Führung trieb in ihrer Politik mit den Vertriebenenorganisationen bis weit in die 1960er Jahre ein doppeltes Spiel, das Vertriebenenfunktionäre, egal ob mit oder ohne SPD- bzw. CDU/CSU-Parteibuch, nicht durchschauten. Dieses Nicht-Erkennen der doppelbödigen Vertriebenenpolitik galt auch für die SED bzw. das DDR-Staatssicherheitsministerium.

Ähnlich wie Willy Brandt war auch Konrad Adenauer[65] schon jahrelang davon überzeugt, daß die ehemaligen Ostgebiete nicht wieder zu Deutschland gehören würden. In den 1950er Jahren hatte Kanzler Adenauer diese Einsicht mehrfach anderen deutschen und westlichen Politikern gegenüber eingeräumt.[66] Entgegen dieser realistischen Einschätzung vermied es Adenauer bis zum Ende seiner Amtszeit, von seinen öffentlichen Forderungen nach Grenzrevision abzurücken. Auf der anderen Seite aber sorgte Adenauer als Bundeskanzler dafür, daß die außenpolitisch nicht immer leicht zu handhabenden Vertriebenenverbände unter politischer Kontrolle blieben. Trotz vieler Schwächen in der CDU-Vertriebenen- und Ostpolitik wurde dem Politiker Adenauer dies persönlich kaum zum Vorwurf gemacht. Er konnte mit seinem antikommunistischen Charisma auch den Sachverhalt überdecken, daß die CDU eine Partei der Einheimischen blieb, in der die vertriebene Bevölkerungsgruppe massiv

[60] Zitiert bei Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 87.
[61] Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 76.
[62] Egon Bahr (*1922), 1956 SPD, 1960–1966 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes West-Berlin, 1966–1969 Leiter eines Planungsstabs im Auswärtigen Amt, 1972–1974 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1974–1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Egon_Bahr.
[63] Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 245.
[64] Vgl. ebenda, S. 241–260.
[65] Konrad Adenauer (1876–1967), 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik und 1951–1955 zugleich Bundesminister des Auswärtigen.
[66] Vgl. Konrad Adenauer, Teegespräche, Bd. 2, 1955–1958, S. 201 f.; Hans Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, S. 687.

unterrepräsentiert war.[67] Das galt auch für die CSU. Für die 1950er und 1960er Jahre ist generell festzustellen, daß die Stellung der Vertriebenen innerhalb der Unionsparteien weniger stark war, als dies von außen meist angenommen wurde bzw. wird.[68]

Die sozial-liberale Bonner Regierung ging ab 1969 stringenter vor, die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik durch die Verträge von Moskau, Warschau, Prag und den Grundlagenvertrag mit Ost-Berlin neu zu ordnen. Das SPD-Konzept sah vor, um die Verhandlungen mit den kommunistischen Regierungen voranzubringen, diesen auch in der Grenzanerkennungsfrage Konzessionen zu machen, was auf dem Nürnberger SPD-Parteitag 1968 mit Formulierungen wie „Anerkennung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung" sowie das „Münchner Abkommens von 1938 als von Anfang an nichtig" zu betrachten immer sichtbarer wurde. Trotzdem versuchte insbesondere der Sozialdemokrat Herbert Wehner die SPD-Vertriebenenklientel nicht völlig zu verprellen und wandte sich noch im April 1969 öffentlich gegen die radikalen „Anerkennungsbefürworter" in seiner Partei mit dem lapidaren Hinweis, den Vertriebenen „Gerechtigkeit widerfahren zu lassen".[69] Für die Mehrheit der SPD-Spitzenpolitiker aber waren die sozialdemokratischen Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Wenzel Jaksch[70], Präsident von 1964–1966, und Reinhold Rehs[71], Präsident von 1967–1970, zum Teil politische Schachfiguren, die das Vertriebenenklientel für die SPD mobilisieren sollten, um der SPD zu einer Regierungsbeteiligung zu verhelfen. Im Bundestagswahlkampf vom Frühjahr bis Sommer 1969 eskalierte die Situation zwischen dem BdV und der SPD. Der BdV-Präsident Reinhold Rehs trat aus der SPD aus und zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion über, und er rief die Vertriebenen auf, ihr Votum gegen SPD und FDP abzugeben. Die neu gewählte sozial-liberale Bundesregierung revanchierte sich für die scharfe Kritik des BdV an der neuen Ostpolitik mit der schon länger geplanten Abschaffung des Bundesvertriebenenministeriums und einer Androhung von Mittelkürzungen für die Vertriebenenverbände.[72] Es dauerte dann noch bis 1972, bis der BdV erstmals in seiner Geschichte für die Bundestagswahlen im November 1972 eine ausdrückliche Wahlempfehlung für die Unionsparteien abgab.[73] In den Jahren der vertraglichen Umsetzung der Ostverträge zwischen 1969 und 1973 wurden die Vertreibungsproblematik und die deutschen Gebietsverluste zu einem öffentlichen Politikum, das mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe vom Juli 1973 zum Grundlagenvertrag einen gewissen Abschluß fand. Die Bundesverfassungsrichter schrieben dort den Fortbestand des Deutschen Reiches von 1937 juristisch fest und unterstrichen, daß über Ostdeutschland völkerrechtlich noch nicht endgültig verfügt worden sei. Die Gebiete

[67] Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 77–79; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 212–235.
[68] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 216.
[69] Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 101–104.
[70] Wenzel Jaksch (1896–1966), Sudetendeutscher, seit 1913 in der Sozialdemokratie organisiert.
[71] Reinhold Rehs (1901–1972), stammte aus Ostpreußen, Rechtsanwalt.
[72] Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 104–107; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 250–279.
[73] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 279.

östlich von Oder und Neiße seien auch durch das Inkrafttreten des Warschauer Vertrages nicht zum Ausland geworden.[74]

Von Interesse ist die Frage, ob und inwieweit die SED-Führung bzw. die zuständigen MfS-Mitarbeiter auf der „Arbeitslinie – Umsiedler und revanchistische Landsmannschaften" diese sich verändernde Stellung der bundesdeutschen Parteien bzw. der westdeutschen Gesellschaft zu den Vertriebenenverbänden wahrnahmen. Registrierte man in den 1960er Jahren in Ost-Berlin diese Entwicklung und wie reagierte man darauf? Das Ministerium für Staatssicherheit dokumentierte verschiedenste Ereignisse und Wandlungen in der westdeutschen Gesellschaft, die sich auf die Stimmungslage zur Problematik Vertreibung, deutsche Ostgebiete, Oder-Neiße-Grenze und Vertriebenenverbände bezogen. Mit Akribie beobachtete die Staatssicherheit die Medienlandschaft, die vertriebenenpolitischen Beiträge und Stellungnahmen in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ein Beispiel waren die Fernsehdokumentationen „Polen in Breslau – Porträt einer Stadt" und „Sind wir Revanchisten? Die Deutschen und die Oder-Neiße-Linie" des Journalisten und Reporters Jürgen Neven du Mont, die im Mai bzw. Juni 1963 im Ersten Deutschen Fernsehen ausgestrahlt wurden. Diese beiden Filme lösten heftige und kontroverse Diskussionen in Westdeutschland aus und führten zu wütenden Angriffen der Vertriebenenverbände, insbesondere der Landsmannschaft Schlesien und ihrer Funktionäre, auf Neven du Mont und auf die die Sendungen ausstrahlende Fernsehanstalt, den Norddeutschen Rundfunk. Beide Fernsehdokumentationen lagen im MfS in der zentralen Informationsabteilung verschriftet vor.[75]

Jürgen Neven du Mont, 1921 in München geboren, war ein bekannter politischer Redakteur, Regisseur, Autor und Journalist seiner Zeit. Von 1949 bis 1962 arbeitete er als Chefredakteur und Reporter bei verschiedenen großen Münchner Zeitungen, 1962 bis 1966 war er Chefreporter beim Norddeutschen Rundfunk.[76] In der Sendung „Polen in Breslau" dokumentierte Neven du Mont das Alltagsleben ausgewählter polnischer Familien und Honoratioren von nun Wrocław, ohne daß die deutsche Ver-

[74] Treffend dazu der Historiker Manfred Kittel: Die deutsche Frage blieb mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil offen. Der deutsche Osten behielt in der öffentlichen Erinnerung weiterhin potentiell revisionistische Implikationen. Wer weiter nichts verfolgte, als dem historischen deutschen Osten einen angemessenen Platz im kollektiven Gedächtnis der Nation einzuräumen, ohne revisionistische Gedanken zu haben, setzte sich leicht dem Verdacht aus, die Ostverträge und die Versöhnung mit den östlichen Nachbarn zu hintertreiben. Wem auf der anderen Seite die Verträge mit Moskau, Warschau und Prag sehr wichtig waren, neigte dazu, die Erinnerung an Vertreibung und den „deutschen Osten" auszublenden, schon um sich abzugrenzen von denen, die mit ostdeutscher Kulturpflege doch wohl vor allem revanchistische oder zumindest revisionistische politische Ziele verfolgten. Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 106.

[75] Vgl. „Polen in Breslau", Sendung des NDR am 7. Mai 1963, 20.15 Uhr – 21.15 Uhr, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 290–300, und „Sind wir Revanchisten?", Sendung des NDR am 2. Juli 1963, 20.15 Uhr – 21.15 Uhr, in: ebenda, Bl. 237–257.

[76] Vgl. Internationales Biographisches Archiv –Munzinger Archiv 37/1979, 3. September 1979. Jürgen Neven du Mont (1921–1979), studierte Soziologie und Geschichte, widmete sich dem Journalismus, 1946–1949 Dramaturg und Regisseur am Bayerischen Staatstheater München, 1951–1953 Chefreporter der Münchner Illustrierten, dann Chefredakteur der Ullstein-Verlages, 1957–1962 Chefreporter Fernsehen des Hessischen Rundfunks, in den 1970er Jahren leitete er die ZDF-Hauptredaktion für Dokumentarspiele. Vgl. ebenda.

gangenheit von Breslau zu kurz kam. So hieß es zu Beginn der Dokumentation: „[…] die alte deutsche Stadt Breslau ist seit 18 Jahren von Polen bewohnt. […] Die Steine dieser Stadt scheinen noch immer deutsch zu reden, aber diese Häuser sind von polnischen Händen wieder aufgebaut worden".[77] Neven du Mont stellte eine junge Arbeiterfamilie vor. Der Familienvater war ein PVAP-Parteimitglied[78] und streng gläubiger Katholik, seine Kinder lernten Deutsch als zweite Fremdsprache, nach Russisch, in der Schule. Eine 18-jährige Säuglingskrankenschwester mit ihren Träumen und Lebenserwartungen wurde erwähnt. Sie und alle ihre „jungen Patienten" waren in Wrocław geboren worden. In der Reportage ließ man den Oberbürgermeister der Stadt, einen Mathematik-Professor der ursprünglich aus Warschau kam[79], zu Wort kommen und der aus Lemberg stammende Rektor der 1733 im barocken Stil errichteten Universität, die zu den schönsten deutschen Hochschulbauten gehörte, „an der heute russische Professoren lehren", erzählte aus seinem Leben.[80] Der Reporter vom NDR stellte die Aufbauleistung der Polen in Breslau/Wrocław nach dem Krieg in den Mittelpunkt seiner Dokumentation. Der Film zeigte auch Szenen von mit Hakenkreuzfahnen geschmückten Aufmärschen vor dem alten gotischen Rathaus von Breslau mit dem Kommentar: Die Breslauer „riefen auch Heil […] und marschierten […] genau wie die Deutschen in Hamburg, München, Köln, Berlin […]".[81] Und auch das ließ Neven du Mont den Kommentator im Film sagen: „Die Menschen heute in Wrocław haben durchaus Verständnis für die Deutschen, die vertrieben wurden, aber sie betrachten deren Leid auch als angemessene Buße für die sechs Millionen Polen, die von Deutschen getötet wurden und die ein Recht auf Leben hatten".[82] Die Fernsehsendung vom Mai 1963 schloß nachdenklich: „In alten deutschen Kirchen wird polnisch gesungen und gepredigt. […] Jeden Tag werden polnische Kinder in Breslau getauft, und wir können nicht verhindern, daß sie die Stadt lieben werden, in der sie geboren sind, […] in der sie aufwachsen. Diese Kinder haben keine Schuld an dem Unrecht, das in der Vergangenheit geschah. […] Ohne Hitler und die Seinen, ohne jene, die ihm folgten, ohne jene, die nur schwiegen, würde man hier deutsche Lieder singen und Breslaus Bürger wären deutsch."[83] Der Titel des zweiten Dokumentarfilms, der sich nicht mit der polnischen, sondern mit der westdeutschen Seite und der Vertreibungs- und Grenzproblematik beschäftigte, hieß: „Sind wir Revanchisten? Die Deutschen und die Oder-Neiße-Linie". Diese Sendung war politisch zugespitzter und den Vertriebenenverbänden bzw. ihren Funktionären gegenüber kritisch eingestellt. Im Mittelpunkt standen von Infratest durchgeführte Meinungsumfragen, die von Vertriebenen, der Gruppe sogenannter Durchschnittsbevölkerung und von Politikern aus der CDU, FDP und SPD beantwortet wurden. Dabei handelte es sich um solche Fragen wie: „Welche Staaten verwalten heute die Gebiete östlich der Oder und Neiße,

[77] „Polen in Breslau", Sendung des NDR am 7. Mai 1963,in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 291.
[78] PVAP: Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (kommunistische Partei in der VR Polen).
[79] Vgl. „Polen in Breslau", Sendung des NDR am 7. Mai 1963,in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 290–295.
[80] Ebenda, Bl. 295, 296.
[81] Ebenda, Bl. 291.
[82] „Polen in Breslau", Sendung des NDR am 7. Mai 1963, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 292.
[83] Ebenda, Bl. 300.

aus denen die Deutschen 1945 vertrieben wurden?", „Wer oder was ist letzten Endes für die Ursachen der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten verantwortlich?", „Wie sieht die Rechtslage für die Deutschen aus und gibt es eine reale Möglichkeit für eine Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete?", „Wären die betroffenen Vertriebenen grundsätzlich bereit, zusammen mit der polnischen Bevölkerung unter Verwaltung eines parlamentarisch, demokratisch regierten Polen zu leben?" und „Haben die Vertriebenen das Gefühl, daß Westdeutschland heute zu Ihrer zweiten Heimat geworden ist?" oder „Sind die Vertriebenen mit der Art und Weise der Interessenvertretung durch die Vertriebenenorganisationen einverstanden?"[84] Eine entscheidende Frage hieß – „Sind Sie auch der Ansicht [wie die Bundesregierung und die Bundestagsparteien], daß gewaltsame, d. h. kriegerische Mittel, zur Veränderung der Oder-Neiße-Grenze, also zur Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete, abzulehnen sind"? – was die Gruppe der Heimatvertriebenen zu 94 Prozent und die alteingesessene Bevölkerung mit 95 Prozent bejahten.[85] Die Antworten auf alle die Fragen zeichneten durchaus das Bild, wie Neven du Mont kommentierte, daß „ein Volk, das in so überzeugender Mehrheit jede Gewalt ablehnt, kein Volk von Revanchisten" sei.[86] Er stellte sich damit gegen den Revanchismusvorwurf, der permanent von östlicher Seite, von der DDR, von Polen oder der Sowjetunion, erhoben wurde. An den Landsmannschaften und am Bund der Vertriebenen sparte der Dokumentarist hingegen nicht mit Kritik. Er warf den Funktionären vor, in ihren Reden, auf den Veranstaltungen der Landsmannschaften und in der Vertriebenenpresse ein verfälschtes, nur negatives Bild vom Leben in den Städten und Dörfern jenseits der Oder und Neiße zu verbreiten,[87] den vertriebenen deutschen Einwohnern dieser Orte vorzulügen, daß man dort nur auf ihre Rückkehr warte.[88] Wenn Bundesminister Hans-Christoph Seebohm oder Bundesminister a. D. Theodor Oberländer öffentlichen so aufträten – „unsere Heimat, die heute so zerfallen und zerstört ist, die braucht unsere Menschen, um wieder zum Garten Gottes zu werden, aus dem wir vertrieben worden sind"[89] –, dann treffe der Vorwurf von Revanchismus und von Tönen nationalsozialistischer Diktion bei den Vertriebenenfunktionären zu. Gleiches gelte für die trommelnden, marschierenden, fahnenschwingenden Aufmärsche der in Uniformen steckenden Jungen und Mädchen von der Vertriebenen-Jugendorganisation, der Deutschen Jugend des Ostens.[90]

[84] „Sind wir Revanchisten?", Sendung des NDR am 2. Juli 1963, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 237–253.
[85] Vgl. ebenda, Bl. 255.
[86] Ebenda, Bl. 256.
[87] Vgl. ebenda, Bl. 246–248; dazu auch: „Schatten über dem Stettiner Hafen" und „Ein sterbendes Dorf", in: Der Vertriebene, 1. Februar 1961, Bl. 2 (und weitere Zeitungsartikel), in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 3.)
[88] Vgl. „Sind wir Revanchisten?", NDR-Sendung am 2. Juli 1963, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 247–251.
[89] Ebenda, Bl. 249.
[90] Vgl. ebenda, Bl. 252. Wörtlich: „Die Heimattänze der Deutschen Jugend des Ostens wirken friedlich und werden mit Freundlichkeit betrachtet. […]. Die Uniformen der DJO dagegen erschrecken viele! Nur wenige verstehen, daß es eine Uniform braucht, um seine Heimatliebe zu beweisen! Nur wenige können sehen, wie sehr solche Uniformen, solchen Auftreten an das Dritte Reich erinnern. […]." Ebenda.

In der Zeit zwischen der Ausstrahlung der ersten und zweiten Sendung hatte am 9. Juni 1963 ein Bundestreffen der Landsmannschaft Schlesien in Köln unter Anwesenheit von Bundeskanzler Adenauer stattgefunden. Auf dieser Veranstaltung erschien auch der Fernsehredakteur Jürgen Neven du Mont als Besucher. Sein Kommen löste tumultartige Auseinandersetzungen bis hin zu tätlichen Angriffen aus. In den Tagen danach waren die westdeutschen Medien voll mit Berichten wie „Versuchte Lynchung von Jürgen Neven du Mont". In einem Bonner Rundfunkinterview nahm Herbert Hupka, damals 2. Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, ausweichend und abwiegelnd zu den Vorfällen Stellung. Hupka glaubte fragen zu dürfen, was Neven du Mont auf der Veranstaltung verloren habe und welche Reaktionen er nach seiner Sendung „Polen in Breslau" von den Schlesiern erwartet hätte und kommentierte zynisch dazu: „Schließlich [ist] ihm kein körperlicher Schaden zugefügt worden".[91] Im zeitlichen Rückblick warf Herbert Czaja, Funktionär der Schlesischen Landsmannschaft, Jürgen Neven du Mont und anderen „Meinungsmachern" in den Medien vor, über Desinformationen die Entsolidarisierung der westdeutschen Gesellschaft mit den Vertriebenen vorangetrieben zu haben.[92] Insgesamt aber gab es im Frühsommer 1963 eine Vielzahl an öffentlichen kritischen Stellungnahmen zu den überzogenen negativen Reaktionen der Vertriebenenverbände auf die Fernsehsendungen von Neven du Mont.[93] Mit Zufriedenheit muß dies die MfS-Zentrale in Ost-Berlin zur Kenntnis genommen haben. Auch vermerkte die Staatssicherheit die Nachricht, daß der West-Berliner Landesverband der Landsmannschaft Schlesien und der West-Berliner Landesverband der Vertriebenen sich von den Ereignissen in Köln ausdrücklich distanzierten. Dazu kam die Information in Ost-Berlin an, daß aufgrund dieser Vorgänge Bundeskanzler Adenauer und alle Minister des Landes Nordrhein-Westfalen ihre Teilnahme am Bundestreffen der Ostpreußen am 15./16. Juni 1963 in Düsseldorf abgesagt hätten.[94]

1965 erregte die westdeutsche Öffentlichkeit die Veröffentlichung einer Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) mit dem Titel „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn".[95] Die Denkschrift mit dem Herausgeberdatum 20. Oktober 1965 forderte von den Vertriebenen letztlich nichts anderes als die Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn um den Preis der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Der Bund der Vertriebenen, die

[91] Vgl. „Zeit im Funk", Bonn, Köln, 10. Juni 1963, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 260, 261.

[92] Vgl. Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 538.

[93] Vgl. Kritik an Breslau-Fernsehsendung; NDR-Intendant weist Kritik an Breslau-Fernsehsendung zurück, in: Süddeutsche Zeitung, München, 10., 11./12. Mai 1963 (in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 282, 288).
Das MfS forschte über Neven du Monts Vergangenheit als „Wortberichterstatter in einer Propaganda-Abteilung beim Oberkommando der Wehrmacht". Vgl. Unterlagen 1921–1941, in: BStU MfS PA 4413.

[94] Vgl. Reaktion in Revanchistenkreisen auf das Bundestreffen der Schlesier in Köln, 17. Juni 1963, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 1.

[95] Vgl. Exemplar der Denkschrift, 20. Oktober 1965, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 162–221; Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.): Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift, Hannover 1965.

Landsmannschaften und ihre Funktionäre protestierten scharf gegen diesen „Verzicht auf Raten", wie sie es nannten.[96] Die Bedeutung der Diskussion um die Denkschrift lag darin, daß mit der Evangelischen Kirche in Deutschland Ost und West erstmals eine größere politische Kraft der Bundesrepublik in eine fundamentale Auseinandersetzung mit dem Vertriebenendachverband geriet.[97] Die Absicht des BdV, die Bundestagsparteien auf eine pauschale Ablehnung der Denkschrift einzuschwören, mißlang. Die Vertriebenenfunktionäre mußten intern zur Kenntnis nehmen, daß viele Argumente der Denkschrift mit dem Denken und Handeln von Teilen der Bundesregierung und der Parteien konform gingen.[98]

In Ost-Berlin nahmen SED und MfS das Erscheinen und die Diskussionen zur Vertriebenen-Denkschrift der EKD genau zur Kenntnis.[99] In einer ersten internen Stellungnahme in der Ost-Berliner MfS-Zentrale hieß es am 22. Oktober 1965, daß der Text der Denkschrift noch nicht veröffentlicht wurde, daß man aber aus geheimdienstlicher Quelle bereits ein Exemplar besitze.[100] Einen ersten inhaltlichen Überblick und eine Wertung fertigten die zuständigen MfS-Mitarbeiter sofort an. Sie ging als sieben Seiten umfassende Information an die SED-Parteiführung,[101] direkt an den SED-Chef Walter Ulbricht, an den DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph, an den für die sogenannte Westpropaganda zuständigen Paul Verner und an den Stellvertretenden Außenminister Otto Winzer[102]. In folgender Reihenfolge stellte die Staatssicherheit der SED-Spitze diese Fakten zusammen: Die Denkschrift zur „Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" sei mit den ostdeutschen Vertretern der evangelischen Kirche vom 11. bis 16. Oktober 1965 in Ost-Berlin besprochen worden, wobei den Inhalt allein die westdeutschen Mitglieder der EKD zu verantworten hätten. Wörtlich hieß es in der MfS-Information als nächstes: „Die Erarbeitung dieser Denkschrift wurde von der Bundesregierung angeregt.[103] […] Von der Bonner Regierung wurde gefordert, daß die

[96] Vgl. Sammlung von Zeitungsartikeln zur EKD-Denkschrift beim MfS, in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 2, Bl. 618–627.

[97] Angesichts des traditionellen nationalen und gesamtdeutschen Selbstverständnisses des deutschen Protestantismus – die EKD war damals noch gesamtdeutsch organisiert und damit eine Klammer zwischen beiden deutschen Staaten – besaß die Denkschrift ein großes politisches Bedrohungspotential für den BdV. Vgl. so Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 115f.

[98] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 108–116.

[99] SED ZK-Arbeitsgruppe informierte die Mitglieder des SED-Politbüros am 25. Oktober 1965 über den Inhalt der Denkschrift, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2J/1524.

[100] Vgl. MfS-HA XX an ZAIG, 22. Oktober 1965, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 265.

[101] Vgl. Information über die Denkschrift der EKD „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn, 21. Oktober und 26. Oktober 1965, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 266–271 und ZAIG Z 1120, Bl. 1–8.

[102] Otto Winzer (1902–1975), 1919 KPD/KPÖ und hauptamtlicher Funktionär, nach 1933 Emigration nach Paris, Moskau, 1945 KPD/SED-Apparat, ab 1950 ZK, Chef der Privatkanzlei des DDR-Präsidenten Pieck, 1959–1965 StS, dann bis 1975 DDR-Außenminister. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 923.

[103] Das MfS glaubte zu wissen, daß an der Denkschrift in der „Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD" seit dreieinhalb Jahren gearbeitet wurde, daß sie in dieser Kammer einstimmig angenommen worden war und daß der Kammer auch drei Bundestagsmitglieder sowie die Bundesministerin für Gesundheitswesen, Elisabeth Schwarzhaupt (CDU), angehörten. Vgl. Pressekonferenz der EKD in Westberlin, 1. November 1965, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 255.

Evangelische Kirche einen Beitrag zur ‚Bekämpfung der ostdeutschen Propaganda' über den angeblichen Revanchismus der Bundesrepublik leistet. [… Es] sollen Argumente abgeschwächt werden, daß die Bundesrepublik der einzige Staat in Europa sei, der Gebietsansprüche an seine östlichen Nachbarn stellt. […] Bonn erwägt […] nach der Veröffentlichung der Denkschrift […] eine gemäßigte Erklärung zur Oder-Neiße-Frage abzugeben, ähnlich der Erklärung, die die Bonner Regierung gegenüber der ČSSR zum Münchner Abkommen[104] abgegeben hat."[105] Die Denkschrift betone, so weiter die MfS-Zusammenstellung, daß die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie und aus den alten deutschen Siedlungsgebieten in der Tschechoslowakei sowie im übrigen Osten und Südosten Europas die notwendige sittliche und rechtliche Bewältigung in Deutschland bisher nicht erfahren habe. Die EKD gab die Einschätzung, daß die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen erfolgreich vonstatten gegangen sei, daß aber viele Vertriebene auch einen sozialen Abstieg hinnehmen mußten.[106] Bezogen auf die Lage in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie, also in den polnischen Westgebieten, hebe die Schrift hervor, daß das polnische Volk die neuen Gebiete als lebensnotwendig ansehe und daß es in dieser Frage zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten, zwischen Staat und Katholischer Kirche, keine Differenzen gebe. Die zuständigen MfS-Bearbeiter bemerkten weiter, die EKD-Denkschrift unterstreiche besonders, daß sich die polnische Ostgrenze zur Sowjetunion verschoben habe. Ohne einen Kommentar werde das Grenzabkommen zwischen der DDR und der VR Polen von 1950 als Fakt nur erwähnt. In völkerrechtlicher Hinsicht stehe die Evangelische Kirche auf dem Standpunkt, daß das Potsdamer Abkommen die Westgrenze nur provisorisch festgelegt habe, daß die Aussiedlung der Deutschen nicht den allgemeinen Rechtsüberzeugungen der Völkergemeinschaft entspreche und daß das polnische Argument, die Oder-Neiße-Grenze sei ein Sicherheitsfaktor, nicht anerkannt wird. Das MfS-Dossier verwies darauf, daß das „Recht auf Heimat" theologisch nicht zu begründen sei,[107] und „es wird die Frage der Schuld des deutschen Volkes aufgeworfen, dabei aber auch von einer gegenseitigen Schuldverstrickung gesprochen".[108] Die EKD-Schrift gebe in Sachen deutscher Ostpolitik den Bonner Parteien und der bundesdeutschen Regierung eine zurückhaltend formulierte Empfehlung, die nach Sicht des MfS lautete: Die bisherige deutsche Ostpolitik muß überprüft und versachlicht werden. Es muß zu einem Dialog auf neuer Ebene mit den osteuropäischen Nachbarn kommen. Es „soll von den derzeitigen Realitäten ausgegangen werden, jedoch sei eine vorzeitige definitive Anerkennung der Regelung des Potsdamer Abkommens

[104] Die SPD, Willy Brandt und Helmut Schmidt, hatten schon verlauten lassen, daß man das Münchner Abkommen von 1938 als von Anfang an als nichtig zu behandeln gedachte. Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S 102.

[105] Information zur Evangelischen Denkschrift, 21. Oktober 1965, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 266, 267.

[106] Vgl. ebenda, Bl. 267–269.

[107] Vgl. Information über die Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands, 26. Oktober 1965, in: BStU MfS ZAIG Z 1120, Bl. 3–7.

[108] Ebenda, Bl. 7.

eine politisch unkluge Preisgabe wertvoller Grundlagen […] künftiger Friedensverhandlungen". Und weiter wörtlich: „Es müsse eine vertragliche Regelung angestrebt werden, [… dazu] müsse die Bundesregierung ihren starren und einseitigen Rechtsstandpunkt korrigieren, ohne ihn von vornherein und bedingungslos preiszugeben."[109]

Die Staatssicherheit verfolgte die kontroversen Auseinandersetzungen in Rundfunk, Fernsehen und Presse der bundesdeutschen Gesellschaft[110] und notierte für sich, daß der Rat der Evangelischen Kirche gezwungen sei, „durch die Angriffe revanchistischer Kräfte" immer wieder zur Denkschrift verteidigend Stellung zu nehmen.[111] Die scharfen Proteste der Vertriebenenverbände[112] wurden in Ost-Berlin registriert. Das MfS besaß Informationen, daß es auch innerhalb der EKD Widerstand gegen die Denkschrift gab.[113] Aus einer „IM-Quelle" war im Februar 1966 bekannt geworden, daß zirka 1500 Persönlichkeiten aus Protest gegen die Denkschrift ihren Austritt aus der Evangelischen Kirche erklärt hatten. Vorzugsweise waren dies Mitglieder der Vertriebenenverbände. Außerdem arbeite der BdV nun daran, mehr Geistliche aus den ehemaligen Ostgebieten in führende Positionen der EKD zu bringen, um den Einfluß auf die Evangelische Kirche zu stärken und um die Ansichten, die in der Denkschrift verbreitet werden, abzuschwächen.[114] Der Bund der Vertriebenen wirke dahin, so weiter in der MfS-Informationsschrift, Meinungsverschiedenheiten über die Vertriebenendenkschrift in Kreisen evangelischer Geistlicher zu vertiefen. „Dem Bund der Vertriebenen kommt es dabei darauf an, möglichst viele evangelische Geistliche auf eine Linie der Ablehnung der Denkschrift" einzuschwören.[115] Das MfS bezeichnete die Vertriebenen-Denkschrift als eine von realistisch denkenden Kräften innerhalb der Evangelischen Kirche Deutschlands erarbeitet.[116]

Größere Beachtung fanden in Ost-Berlin immer die Stellungnahmen der SPD zu politischen Ereignissen, hier zur EKD-Vertriebenendenkschrift. SPD-Parteivorstand

[109] Information über die Denkschrift der EKD, 26. Oktober 1965, in: BStU MfS ZAIG Z 1120, Bl. 8.

[110] Vgl. Pressekonferenz der Evangelischen Kirchenleitung in West-Berlin, 5. November 1965; West-Berliner Abendschau, Fernsehen, 5. November 1965; Fernsehsendung „Panorama", 7. Februar 1966, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 255, 256, 225, 226, 103, 104.

[111] Pressekonferenz der Evangelischen Kirchenleitung in West-Berlin, 5. November 1965, in: BStU MfS HA XX/4 Bl. 256.

[112] Vgl. Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 109–116.

[113] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 115.
Das MfS sammelte und wertete auch die innerkirchlich-kritischen Stimmen aus, z. B. die des Kirchlichen Hilfsausschusses für Ostvertriebene (kurz: Ostkirchenausschuß). Dieser kirchliche Ausschuß war ein beratendes Gremium der EKD, der alle karitativen, religiösen und politischen Angelegenheiten der evangelischen deutschen Vertriebenen („Ostvertriebene") vertrat bzw. vorgab, diese regeln zu wollen. Das MfS hielt für sich über das Gremium fest: „In den letzten Jahren wurde vom Ostkirchenausschuß eine maßlose Hetzkampagne gegen alle diejenigen kirchlichen Kräfte durchgeführt, die sich für eine realistische Einstellung zu den polnischen Westgrenzen einsetzten." Auskunftsbericht über Ostkirchenausschuß, 1967, in: BStU MfS HA XX/4 2295, Bl. 360, 361, 369.

[114] Vgl. BdV-Haltung zur EKD-Denkschrift, 14. Februar 1966, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 100.

[115] Information Ausnutzung von Meinungsverschiedenheiten in Kreisen evangelischer Geistlicher zur EKD-Denkschrift, 22. Februar 1966, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 148.

[116] Vgl. Auskunftsbericht über den Ostkirchenausschuß, 1967, in: BStU MfS HA XX/4 2295, Bl. 369.

und SPD-Bundestagsfraktion ließen 1966 verlauten, daß die SPD die doppelte Absicht der Denkschrift begrüße – die Gemeinschaft zwischen Einheimischen und Vertriebenen zu fördern sowie zur Versöhnung des deutschen mit dem polnischen Volk beizutragen. Sie würdigten das Bemühen, mit der Schrift im deutschen Volk auch für die Gefühle und die Befindlichkeit des polnischen Volkes Verständnis zu wecken. Die MfS-Offiziere vermerkten für sich die SPD-Grundsatzaussage: „Die Einheit Deutschlands muß im Rahmen einer friedensvertraglichen Regelung herbeigeführt werden. […] Ausgangspunkt von Verhandlungen sind nach der Rechtslage die Grenzen vom 31. Dezember 1937. […] Die SPD wird sich bemühen, so viel wie möglich von Deutschland für die Deutschen zu erhalten. Unser Wille zur Einheit schließt die Bereitschaft zu Opfern ein."[117]

Die inhaltliche und vor allem politische Bewertung der EKD-Denkschrift fiel bei den Zuständigen im Staatssicherheitsdienst zwiespältig aus:[118] Die Bundesrepublik propagiere seit ihrer Konstituierung die „Rechtmäßigkeit der Gebietsforderungen" eines Deutschlands in den Grenzen von 1937, d. h., sie erhebe Anspruch auf Gebiete Polens, der Sowjetunion und fordere die „Einverleibung der DDR". Damit zeige die Bonner Regierung unverhüllt ihren aggressiven Charakter, und die Bundesrepublik sei damit das „Hauptzentrum der Kriegsgefahr" in Europa. Noch in der Regierungserklärung der neugewählten CDU/CSU/ FDP-Bundesregierung im Oktober 1965 habe Kanzler Ludwig Erhard ausdrücklich die „Revanchepolitik gegenüber der DDR und deren sozialistischen Nachbarstaaten" proklamiert.[119] Eine keineswegs kleine Gruppe aus der EKD-Führung habe aber mit der Denkschrift begonnen, „einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und Urteilsbildung" über die westdeutsche Außen- und Ostpolitik zu leisten. In bestimmten Kreisen, unter „Angehörigen der verschiedenen Klassen und Schichten bis hinein in Kreise der westdeutschen Bourgeois", sei man geneigt, die entstandenen Realitäten an Oder und Neiße anzuerkennen. Das zeige sich darin, so war es in der MfS-Beurteilung vom Frühjahr 1966 zu lesen, daß die tatsächliche Ursache der Vertreibung der Deutschen benannt wird, und zwar: Die „räuberische Politik des deutschen Imperialismus, der den zweiten Weltkrieg entfesselte und […] in dessen Verlauf durch […] den deutschen Faschismus allein etwa sechs Millionen polnische Bürger ermordet wurden". Die Haltung der EKD sei aber nicht durchgängig eindeutig, sondern schwankend. Das drücke sich darin aus, meinte man in Ost-Berlin, daß dieser richtige Tatbestand zwar genannt und von der „schweren politischen und moralischen Schuld der Deutschen" gesprochen werde. Das geschehe aber erst nach dem Hinweis auf den Verlust eines Viertels des Territoriums der Deutschen Reiches von 1937. „So wird bereits am Anfang der

117 SPD zur Ostdenkschrift der EKD, 1966, in: BStU MfS HA XX/4 464, Bl. 97.

118 Vgl. Diplomarbeit des MfS-Mitarbeiters Hans Diaba, Varianten des Revanchismus und politischen Realismus in Westdeutschland am Beispiel der Auseinandersetzung um die Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands zur Oder-Neiße-Grenze, 15. Juni 1966, in: BStU MfS JHS 556.

119 Alle Zitate aus Hans Diaba, in: Varianten des Revanchismus und politischen Realismus in Westdeutschland am Beispiel der Auseinandersetzung um die Denkschrift der EKD zur Oder-Neiße-Grenze, 15. Juni 1966, in: BStU MfS JHS 556, S. 2–8.

EKD-Denkschrift ihre Inkonsequenz sichtbar. An erster Stelle stehen nicht die Ursachen, die zur Festlegung der Oder-Neiße-Grenze im Potsdamer Abkommen führten, sondern deren Folgen."[120] Eine eindeutige Stellungnahme zur Oder-Neiße-Grenze finde sich in der Schrift nicht. Ein eindeutiger Verzicht Westdeutschlands auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete gebe die Denkschrift nicht ab. Dies bedeute daher „keine eindeutige Abkehr vom Revanchismus", auch bei der EKD nicht. Ansätze einer realistischen Haltung zur deutschen Ostgrenze sah die Staatssicherheit in der Formulierung, daß die „Politik des deutschen Imperialismus" die Ursache sei, die zum Verlust des ehemaligen Ostens geführt habe. Auch wohlwollend vermerkte sie, daß von der „Notwendigkeit der Versöhnung zwischen den Völkern" gesprochen wird. Und als drittes positives Moment unterstrich die Staatssicherheit die Aussage in der „Denkschrift", daß es auch unter der Bedingung der Existenz zweier deutscher Staaten möglich sein müsse, eine Politik der politischen Realitäten, damit die Anerkennung bestehender Grenzen, zu betreiben.[121] Als „realistische Kräfte", die hinter der EKD-Vertriebenendenkschrift ständen, benannte das MfS „einen Teil der Mitglieder und Freunde der SPD", einzelne Abgeordnete der CDU-Bundestagsfraktion oder Schriftsteller wie den (damals) in West-Berlin lebenden Hans Magnus Enzensberger[122] und Journalisten wie Neven du Mont oder Redakteure der „Westfälischen Rundschau"[123] bzw. Journalisten[124] aus West-Berlin.[125] Die Staatssicherheit sah die Gründe für die Sichtweise der westdeutschen „Realisten", die auf eine Bonner Politik der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze drängten, in: 1. „der Einsicht, daß die Forderungen des Revanchismus den Frieden in Deutschland und Europa bedrohen" und 2. „in der Notwendigkeit, das Verhältnis der […] Bundesrepublik zu den Nachbarn Deutschlands im Osten zu normalisieren".[126] Das MfS registrierte, daß die „hochgepeitschte Welle des wütenden Revanchismus" der Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen gegen die Aussagen der EKD-Denkschrift die „realistischen Kräfte" nicht zu übertönen vermochten.[127] Selbst aus Kreisen der Vertriebenen würde die Überzeugung der Ablehnung eines westdeutschen Revancheanspruchs an Boden gewinnen. Die Ver-

[120] Ebenda, S. 11.
[121] Vgl. ebenda, S. 19–21.
[122] Enzensberger hatte im Neuen Deutschland, Ost-Berlin, 10. März 1966, geschrieben: „Solange die Bundesregierung […] an ihren territorialen Forderungen festhält, provoziert sie das Mißtrauen der östlichen Nachbarn und das ihrer eigenen Verbündeten."
Hans Magnus Enzensberger (*1929), geboren in Kaufbeuren/Allgäu, Schriftsteller, Essayist, Redakteur, bedeutender deutscher Lyriker nach 1945. In den 1960er Jahren rechnete er in seinen Werken mit der „rückständigen Politik der Adenauer-Ära, der Obrigkeitshörigkeit, dem Wohlstandsdenken in sarkastisch-aggressiven Stil" ab. 1965 ging er von Frankfurt/a. M. nach West-Berlin, war dort bis 1975 Herausgeber der Zeitschrift „Kursbuch". Vgl. http://www.whoswho.de.
[123] Vgl. Friedrich Stüber, Entrüstung, in: Westfälische Rundschau, Dortmund, 18. Oktober 1965.
[124] Vgl. Robert J. Nüsse, Nachbarland Polen, in: Spandauer Volksblatt, West-Berlin, 21. Oktober 1965.
[125] Vgl. Hans Diaba, in: Varianten des Revanchismus und politischen Realismus in Westdeutschland am Beispiel der Auseinandersetzung um die Denkschrift der EKD zur Oder-Neiße-Grenze, 15. Juni 1966, in: BStU MfS JHS 556, S. 10, 21f.
[126] Ebenda, S. 47.
[127] Vgl. ebenda, S. 20, 22.

triebenendenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland blieb für den DDR-Staatssicherheitsdienst widerspruchsvoll und mit einem schwerwiegenden Mangel behaftet. Dieser hieß: Solange die Oder-Neiße-Linie nicht als endgültige deutsche Ostgrenze von der Bundesrepublik anerkannt wird,[128] sei die Gefahr eines „westdeutschen Revanchismus" und die „Bedrohung des Friedens in Europa" nicht gebannt. Da die Zahl der „realistisch denkenden Kräfte" wachse, die den „Revanchismus der Bundesregierung" ablehnten, seien günstige Ansätze für die DDR-Politik und die SED-Propaganda im „Kampf um die Anerkennung der Oder-Neiße-Friedensgrenze" vorhanden.

Auch kleinere politische Ereignisse, die die Stimmungslage um die deutsch-polnische Oder-Neiße-Grenze im westlichen Europa und in der Bundesrepublik erkennen ließen, hielt das MfS genau fest. Vom 6. bis 12. September 1967 besuchte der französische Staatspräsident Charles de Gaulle[129] erstmals nach Kriegsende Polen. Während dieses Staatsbesuchs sprach sich de Gaulle für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, aber gegen die deutsche Zweistaatentheorie aus. Zunächst besuchte der Staatspräsident Warschau und reiste dann in die oberschlesische Stadt Zabrze/Hindenburg[130]. Dort löste er Irritationen und bei den westdeutschen Vertriebenenverbänden Empörung aus mit der Bemerkung, daß „Zabrze die polnischste aller polnischen Städte" sei. Die oberschlesische Stadt Zabrze/Hindenburg war bis 1945 eine mehrheitlich von Deutschen bewohnte Stadt in Oberschlesien, die deutsche Bevölkerung war 1945/46 geflohen bzw. vertrieben worden. Das Staatssicherheitsministerium sammelte und dokumentierte westeuropäische und westdeutsche Meinungen über diese Äußerung de Gaulles und die Bonner Reaktionen darauf.[131] Aus Paris, Basel, Zürich und London mehrten sich die kritischen Stimmen über die Bonner Ostpolitik.[132] Bundesdeutsche Medien meinten: „Es ist zu befürchten, daß das Beispiel de Gaulles im Westen Schule machen wird." Dazu kommentierte die DDR[133]: „Diese […] Auszüge beweisen, wie sehr sich Bonn bereits mit seiner Revanchepolitik isoliert hat. Das Unbehagen darüber wächst in der Bundesrepublik von Tag zu

[128] Vgl. ebenda, S. 24.

[129] De Gaulle (1890–1970), französischer General/Politiker, 1959–1969 Präsident der Republik Frankreich.

[130] Die Stadt Zabrze trug zwischen 1915 und 1945 den Namen Hindenburg, nach Paul von Hindenburg. 1921 votierten in der Oberschlesien-Abstimmung 60 Prozent der Einwohner für den Anschluß an Deutschland, 40 Prozent für Polen. 1915 hatte Hindenburg 70 000, 1933 131 000 Einwohner.

[131] Vgl. Revanchisten: I. Auslandsstimmen zur Grenzfrage, II. Tag der Heimat 1967, 29. September 1967, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 150–163.

[132] Beispielsweise die Nationalzeitung, Basel, 22. Juli 1967: „Es widerspricht der Logik, wenn Bonn das Alleinvertretungsrecht aller Deutschen für sich in Anspruch nimmt und […] zahllose Verträge abschließt, die auch ein wiedervereinigtes Deutschland bindet, aber ausgerechnet zu einem Vertrag mit dem östlichen Nachbarn nicht kompetent zu sein behauptet."

[133] Der DDR-Schriftsteller Werner Heiduczek, 1926 geboren in Hindenburg, hatte für sich vermerkt: „Der Satz de Gaulles erregte damals nicht nur bei Journalisten und Politikern einiges Aufsehen. […] De Gaulles Formulierung, möchte ich meinen, war eine Demonstration für die Anerkennung der neu gezogenen Grenzen nach dem zweiten Weltkrieg." Werner Heiduczek, Zabrze, in: Im gewöhnlichen Stalinismus, S. 156f.

Tag."[134] Daran ändere auch das Geschrei der „Berufsvertriebenen" nichts. „Noch werden [alle …] Mahnungen zur Vernunft von den hauptamtlichen, also bezahlten Funktionären der Landsmannschaften in den Wind geschlagen." Als „unverschämte Hetze" bezeichneten im Herbst 1967 die Staatssicherheitsoffiziere die Meldung: „Der Präsident des Bundes der Vertriebenen Reinhold Rehs (SPD) hat die Bundesregierung und das ganze deutsche Volk aufgefordert, so viel wie möglich von Ostdeutschland für das gesamte Deutschland zu retten. Rehs wandte sich damit gegen die Empfehlung de Gaulles, die Oder-Neiße-Linie, ‚um des guten Eindrucks', als deutsche Ostgrenze anzuerkennen, wie auch Frankreich auf Algerien verzichtet habe. Dieser Vergleich zwischen Algerien und den deutschen Ostgebieten sei abwegig. Ostpreußen, Pommern und Schlesien seien nicht Kolonialländer, sondern deutsches Land. […] Der BdV-Präsident begrüßte die eindeutig ablehnende Haltung [Bundeskanzlers] Kurt Georg Kiesingers[135] gegen diese Zumutung de Gaulles."[136] Die Staatssicherheit urteilte über diese Äußerungen, daß die Vertriebenenfunktionäre und die Bonner Politiker sich irren würden, denn die westdeutsche Bevölkerung und auch die Vertriebenen selbst begännen langsam einzusehen, daß „unbillige Forderungen und Revanchegeschrei nur zur Isolierung führen".[137]

Die öffentliche Akzeptanz der nationalen Forderungen des Bundes der Vertriebenen und der ostdeutschen Landsmannschaften in der westdeutschen Gesellschaft nahm in den 1960er Jahren immer mehr ab. Je weiter die Vertriebenenverbände deutschlandpolitisch in die Defensive gerieten, desto schriller wurden die Töne, mit denen sie auf die Einhaltung des bundesdeutschen Grundkonsenses der frühen 1950er Jahre – Wiederherstellung der Grenzen Deutschlands von 1937, keine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze, Rückkehrrecht in die alte Heimat – drängten. Die öffentlichen Diskussionen in den Medien, z. B. die kontroversen Diskussionen zur EKD-Vertriebenen-Denkschrift, deuteten an, daß die Vertriebenenverbände innenpolitisch in die Isolation zu geraten drohten bzw. schon geraten waren.[138] Dies hatten die SED-Führung und ihr Ministerium für Staatssicherheit erkannt. Zum Ende der 1960er Jahre ging die ostdeutsche Seite davon aus, daß die Landsmannschaften und der Bund der Vertriebenen seine Tätigkeit einstellen und die Verbände sich über kurz oder lang auflösen würden.[139]

[134] Vgl. Revanchisten: I. Auslandsstimmen zur Grenzfrage, 29. September 1967, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 154.

[135] Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), CDU-Politiker, 1958–1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1966–1969 Bundeskanzler, erster Kanzler, der mit einer Großen Koalition regierte. Aufgrund seiner früheren NSDAP-Mitgliedschaft (Eintritt im Februar 1933) war er politisch umstritten.

[136] Revanchisten: Tag der Heimat 1967, 29. September 1967, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 156, 157.

[137] Ebenda, Bl. 157.

[138] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 108–116.

[139] Bereits im August 1967 hatte die Staatssicherheit vermerkt: Der westdeutsche „Bundesverband der vertriebenen Ärzte" stellte seine Tätigkeit ein, weil er der Ansicht war, daß seine Mitglieder voll und ganz Bundesbürger geworden sind und es deshalb keine Vertriebeneninteressen mehr wahrzunehmen gibt. Die Ostdeutschen dazu: „Es wäre von erheblichem Nutzen für das Ansehen der Bundesrepublik, wenn sich die übrigen Vertriebenenverbände daran ein Beispiel nehmen würden." In: Revanchisten: Tag der Heimat 1967, 29. September 1967, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 156.

3. SED-„Revanchismus-Kampagnen“ gegen Landsmannschaften und BdV

Auf Weisung der SED-Politbüro-Westkommission sammelten und analysierten in den Jahren zwischen 1960 und 1964 die MfS-Dienststellen der Kreis-, Bezirks- und zentralen Berliner Ebene, unterstützt vom SED-Apparat, „Material über die revanchistische Tätigkeit des Bonner Staatsapparates, der politischen Organisationen und Verbände“.[140] Darunter fielen die Bundesministerien für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, für Gesamtdeutsche Fragen sowie das für Verteidigung, das Bundespresseamt und auch die „revanchistischen Organisationen und Verbände“.[141] Hier interessierten sich die SED und ihr Geheimdienst explizit für den „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“. Eine Expertise sollte Auskunft geben über die Entstehung und Entwicklung des BdV, über den Organisationsgrad der Vertriebenen im BdV und in den Landsmannschaften, über den Einfluß der Vertriebenenverbände auf die Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik und über die Finanzierung der Verbände. Bei den ostdeutschen Landsmannschaften lag das Hauptaugenmerk auf der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der Landsmannschaften der Schlesier, der Ost- und Westpreußen, der Pommern und der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg. Und schließlich wollten die SED-Politiker Auskünfte erhalten über die „Verflechtung der westdeutschen Parteien und Landsmannschaften“. Sie wollten wissen, welche Funktionäre der Vertriebenenverbände in westdeutschen Parteigremien und im Deutschen Bundestag saßen. Ihr Hauptinteresse galt hier der SPD-Führung und der SPD-Bundestagsfraktion.[142] Namentlich nicht bekannte Verfasser der Expertise aus dem SED-Apparat merkten als Zwischenergebnis im Sommer 1963 an, daß das MfS zum Komplex „Revanchistische Organisationen und Verbände“ bis zum 11. September 1963 zirka 300 Fotokopien aus Personalakten ehemaliger Faschisten, die heute zu den „führenden Revanchisten Westdeutschlands und Westberlins gehören“,[143] liefern würde.

Die Dienststellen des Staatssicherheitsministeriums überprüften auf Weisung der SED-Führung zwischen 1960 und 1963 systematisch das Führungspersonal der ostdeutschen Landsmannschaften und des Dachverbandes Bund der Vertriebenen danach, welche von diesen Personen vor 1945 in das NS-System verstrickt waren. Ziel und Zweck dieser Recherche war es von Anfang an, einen Nachweis zu führen, daß die Funktionäre der Vertriebenenverbände möglichst durchweg eine „faschistische Vergangenheit“ besaßen, daß der Einfluß ehemaliger Nationalsozialisten im Bund der Vertriebenen und in den Landsmannschaften umfassend sei. Die SED-Spitze warf damit der Bundesrepublik insgesamt vor, daß „die Militarisierung und Faschisierung

[140] Vgl. Revanchismus – Bonner Staatsdoktrin 1959–1963, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1541 a; Detaillierter revanchistische Presse beleuchten, 2. Dezember 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/2028/15.
[141] Vgl. Revanchismus – Bonner Staatsdoktrin 1959–1963, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1541 a.
[142] Vgl. ebenda.
[143] Ebenda.

Westdeutschlands ein fester Bestandteil der aggressiven Innen- und Außenpolitik des Adenauer-Staates ist".[144]

Zur SED-Politik gegenüber den Vertriebenenverbänden in der Bundesrepublik zählten die propagandistischen Kampagnen zur öffentlichen Diskreditierung der ostdeutschen Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen sowie der generelle Vorwurf eines „organisierten Revanchismus als offizielle Bonner Staatspolitik"[145] an die Adresse der Bundesregierung. Diese Propagandaaktionen der 1960er und der beginnenden 1970er Jahre dienten der SED, wie bereits erwähnt, zur öffentlichkeitswirksamen Darstellung der „DDR als deutscher Friedensstaat" und der Bundesrepublik als das „revanchistische Deutschland". Die Aktivitäten umfaßten innen- und außenpolitische bzw. deutsch-deutsche Dimensionen. Außenpolitisch sollten sie zur internationalen Anerkennung der DDR beitragen sowie den ostdeutschen Staat in der Gemeinschaft der „sozialistischen Bruderstaaten" fest und stabil positionieren. Die Revanchismusvorwürfe der SED an die Adresse der Bundesrepublik hatten zum einen den ostdeutschen gegen den westdeutschen Staat abzugrenzen und zum anderen DDR-intern herrschaftslegitimierend zu wirken. Die DDR führte die „Revanchismus-Kampagnen" gegen die Bundesrepublik in eigener Regie bzw. mit den anderen verbündeten Staaten zusammen durch, wobei es zu einer engeren Zusammenarbeit mit der VR Polen und der ČSSR kam. Erste wichtige Vereinbarungen über diese Zusammenarbeit trafen die drei Länder bei einer Konsultation der Außenministerien im November 1960 in Berlin.[146] Neben politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen ließen auch gemeinsame sicherheitspolitische Interessen die DDR, die ČSSR und Polen in dieser Sache enger zusammenrücken. In der Bundesrepublik als „Frontstaat der NATO" sahen sie die größte potentielle Bedrohung der Sicherheit ihrer Länder. Die Führungen der KPČ und der PVAP konnten bei ihrer Propaganda auf das Mißtrauen weiter Teile ihrer Bevölkerung gegenüber den Deutschen in der Bundesrepublik bauen. Große Teile des tschechoslowakischen Volkes fürchteten tatsächlich Bonner Revisionsansprüche auf das Sudetenland und eine Rückkehr der sudetendeutschen Bevölkerung in ihre ehemaligen Siedlungsgebiete. In Polen[147] herrschte Unsicherheit angesichts der durch die Bundesregierung abgelehnten Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. In der Existenz zweier deutscher Staaten sahen die politischen Führungen in Warschau und Prag einen stabilisierenden Faktor für die eigene Sicherheit.[148] Bei den „Revanchismus-Kampagnen" gegen die Bundesrepublik gab es zwischen der DDR und den anderen Staaten der „sozialistischen Gemeinschaft" aber auch Interessengegensätze. Während die polnischen oder tschechoslowakischen (wie auch die

[144] Anlage: Jahresbericht 1960 über die Agitationstätigkeit des MfS, 9. Januar 1961, in: BStU MfS SdM 599, Bl. 83.

[145] Vgl. Braunbuch, 1965, S. 279.

[146] Vgl. Wolfgang Schwarz, Brüderlich entzweit, S. 30–32; Alte bekannte Gesichter und die neue Taktik des Revanchismus, Revanchismus heute, beide aus: Rudé Právo", Warschau, 22. Mai 1962 und 14. Oktober 1962, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/203.

[147] Vgl. Hauptkommission für Untersuchung von Naziverbrechen in Polen: Die Führer der Landsmannschaften in der BRD – ihre nazistische und verbrecherische Vergangenheit, Warschau 1970, in: BStU MfS HA IX/11 PA 2765.

[148] Vgl. Wolfgang Schwarz, Brüderlich entzweit, S. 49.

ungarischen, rumänischen oder jugoslawischen usw.) Kommunisten auch immer national denken konnten und mußten, konnte die SED-Spitze dies nicht. Die PVAP oder die KPČ z. B. bauten auf ihr Volk, dessen Geschichte und Traditionen. Die SED hingegen brauchte die Ideologie, um die Existenz ihres Staates zu rechtfertigen. Die Volksrepublik Polen blieb Polen, die Tschechoslowakei blieb die ČSSR, die DDR blieb nur dann die DDR, solange sie sich als „sozialistischer deutscher Staat“ gegen die Bundesrepublik abzuheben vermochte.[149] In den Augen vieler PVAP- oder KPČ-Funktionäre waren die SED-Politiker überzogene Ideologen und Dogmatiker, die im Bunde mit der sowjetischen Führungsmacht die polnischen oder tschechoslowakischen gesellschaftlichen Freiräume bedrohten. Aus Sicht der SED-Führung hingegen waren die polnischen und tschechischen Spitzenpolitiker zu lasche und nachlässige Parteifunktionäre, z. T. sogar Revisionisten, die sowohl die „Reinheit der kommunistischen Lehre“ als auch den Zusammenhalt des sozialistischen Lagers und damit den Bestand der DDR bedrohten.[150] Die SED bezichtigte die Politiker aus Warschau und Prag[151] wiederholt, die „Revanchismusgefahr aus Westdeutschland“ zu unterschätzen, während die Polen, die Tschechen und Slowaken den Ostdeutschen eine überzogenes „westdeutsches Revanchismus-Trauma“ unterstellten.[152]

Für die Vorbereitung und Durchführung der Revanchismus-Kampagnen trugen im SED-Apparat neben der Entscheidungsebene Politbüro und Sekretariat des ZK der SED die „Politbüro-Kommission für die Arbeit nach Westdeutschland“ und die ZK-Abteilung „KPD-Arbeitsbüro“ die Hauptverantwortung.[153] Das Ministerium für Staatssicherheit übernahm eine Schlüsselposition bei der Beschaffung und gegebenenfalls bei der verdeckten Verbreitung von Informationen über die Landsmannschaften und den Bund der Vertriebenen und von angeblichem bzw. tatsächlichem belastenden Material über Funktionäre der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik. Die Hauptabteilung XX/2 des MfS auf zentraler wie auch auf Bezirksebene lieferte für die Revanchismus-Kampagnen umfassende Informationen und Rechercheergebnisse aus allen nur denkbaren Quellen, aus Archiven der DDR sowie öffent-

[149] Der DDR-Außenminister Otto Winzer unterstrich diese Argumentation im Gespräch mit dem Botschafter der ČSSR in der DDR, V. Kolář, im April 1968. Vgl. Vermerk über die Unterredung, 1. April 1968, in: SAPMO-BA DY 30/316.

[150] Vgl. Peter Bender, Normalisierung wäre schon viel, S. 4.

[151] Ein Beispiel vom Juni 1968: Ein FDGB-Funktionär berichtete: Bei der Einschätzung des westdeutschen Imperialismus meinte die Prager Genossin, „daß man zwar volles Verständnis hätte für die Meinung der DDR […], sie selbst und die Genossen aus Prag hätten jedoch eine andere Auffassung. Sie erkennen, daß die Bonner Regierung – trotz des Geschreis der Revanchistenverbände – keine ernsthafte kriegerischen Absichten gegen die ČSSR hege. […] In diesem Zusammenhang schätze sie auch die Rolle der SPD-Führer grundsätzlich anders ein als wir. Sie sagte, daß die neue Ost-Politik von Brandt/Wehner doch gewisse Möglichkeiten“ bieten würde. Informationsbericht, 2. Juni 1968, in: SAPMO-BA DY 30/3617.

[152] Vgl. Wolfgang Schwarz, Brüderlich entzweit, S. 141–145.
Die SED-ZK-Abteilung für Internationale Verbindungen urteilte Anfang 1965, daß sowohl in der KPČ als auch in der PVAP eine „Unterschätzung der Gefährlichkeit des westdeutschen Militarismus“ zu beobachten sei, und daß der „nationale Kampf der DDR“ in seiner Tragweite nicht erkannt werde. Vgl. ebenda, S. 144.

[153] Vgl. Heike Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963, S. 401–405.

lichen und internen Dokumenten und Publikationen der Vertriebenenverbände selbst.[154] In der Öffentlichkeit blieb der Geheimdienst bei den Kampagnen stets im Hintergrund. Die SED hatte entschieden, daß das MfS aus „politischen, operativen oder anderen sachlichen Gründen, z. B. […] zum Zwecke der Täuschung des Feindes", nicht in Zusammenhang mit solchen Aktivitäten gebracht werden dürfe.[155] Die offiziellen Hauptakteure der Revanchismus-Kampagnen waren Albert Norden[156], Mitglied des Politbüros und Chefideologe der SED, und der „Ausschuß für Deutsche Einheit" beim Nationalrat der Nationalen Front[157].

Vom Ende der 1950er Jahre an nutzte die SED-Führung systematisch den Revanchismusvorwurf gegen die Vertriebenenverbände und die Bundesrepublik insgesamt für ihre politische und legitimatorische Auseinandersetzung im Kalten Krieg. Die DDR begann daran zu arbeiten, sich international als eigenständiger Staat zu positionieren und darzustellen. Nach der endgültigen Abriegelung der DDR durch den Bau der Berliner Mauer im August 1961 orientierte sich die SED-Führung nun auch in der Öffentlichkeit selbstbewußt auf eine längere Existenz eines „sozialistischen deutschen Staates". Klar war der SED, daß die DDR sich eine internationale Stellung als souveräner Staat erst noch erwerben mußte. Dazu boten sich Revanchismus-Kampagnen gegen die Bundesrepublik an. Adressaten waren das westliche, aber auch hin und wieder das östliche Ausland, in dem antideutsche Ressentiments wachgehalten und gegen die Bundesrepublik und ihre Integration in das westliche Bündnis polemisiert werden sollte.[158]

Im zentralen SED-Parteiapparat waren zu verschiedenen Zeiten Arbeitsgruppen mit Dokumentationen über den „westdeutschen Revanchismus" befaßt. 1961 fertigte die „Kommission für gesamtdeutsche Arbeit" des SED-Politbüros eine „Einschätzung des Nationalismus-Chauvinismus und des Staatsbewußtseins in Westdeutschland".[159] 1963 forderte die Politbüro-Ideologiekommission Thesen über den „Revanchismus und Chauvinismus in der Bundesrepublik und Schlußfolgerungen für die Parteiar-

[154] Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 104f.

[155] Zitiert in: Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 75.

[156] Albert Norden (1904–1982), jüdischer Herkunft, 1921 KPD, 1954/55 StS des Ausschusses für Deutsche Einheit, 1955–1981 ZK-Sekretär, 1955–1967 Leiter der Politbüro-Agitations- und 1960–1979 Leiter der Politbüro-Westkommission, 1958–1981 Politbüromitglied, SED-Chefideologe. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 628f.

[157] Der „Ausschuß für Deutsche Einheit" war ein pro forma staatliches Gremium, welches die „propagandistische Arbeit nach Westdeutschland" koordinierte und öffentlich umsetzte. Die Kampagnen des Ausschusses hatten Einzelpersonen, Gremien und allgemeine Entwicklungen in der Bundesrepublik zu diskreditieren. Bevorzugte Themen waren ab Mitte der 1950er Jahre „Faschisierung des westdeutschen Justizapparates", „Wiedergeburt des Militarismus im Adenauer-Staat". Zielobjekte der ideologischen Kampagnen waren Bundeskanzler Adenauer, Bundesvertriebenenminister Oberländer, StS im Bundeskanzleramt Hans Globke, Bundespräsident Heinrich Lübke usw. Vgl. Heike Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, S. 258–267.

[158] Vgl. Bonner Revanchismus gegenüber der Rumänischen VR, Juli 1960, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/191; Einschätzung des Nationalismus-Chauvinismus in der BRD, 26. Juni 1961, in: ebenda, DY 30 IV 2/10.02/2; Warschau: Revanchismus heute, 14. Oktober 1962, in: ebenda, DY 30 IV 2/20/203.

[159] Vgl. die Einschätzung, 26. Juni 1961, in: SAPMO-DY 30 IV 2/10.02/2.

beit“ an.[160] Die zuständigen ZK-Mitarbeiter stellten folgende, einförmig-dogmatisch geprägte Punkte zusammen, die zur Ausarbeitung anstanden: 1. „Darlegung des Zusammenhangs zwischen Imperialismus und Revanchismus“, 2. Nachweis des „Zusammenhangs zwischen Revanchismus und faschistischen Tendenzen in der Innenpolitik der Bundesrepublik“, 3. „Enthüllung des Wesens der revanchistischen Ideologie als Ideologie der systematischen Kriegsvorbereitung […] und Haßpropaganda gegen die DDR“, 4. Aufdecken der „Ideologie des Revanchismus […] mit der Forderung nach ‚Revision der Grenzen‘ und mit den demagogischen Losungen ‚Recht auf Selbstbestimmung‘ und ‚Recht auf Heimat‘“, 5. Charakterisierung des Apparates und der Werkzeuge, die der Bonner Staat zur „revanchistischen Vergiftung der Bevölkerung geschaffen hat“, in Form von „militaristischen Vereinen, Landsmannschaften, Ost-Forschungsinstituten, Bildungseinrichtungen, Presse und Rundfunk“, 6. Nachweis führen über „Aussichtslosigkeit der Umsetzung der revanchistischen Ziele“ und Begründung der SED-Friedenspolitik.[161] Anfang Januar 1964 fanden erste Beratungen einer „Arbeitsgruppe über Revanchismus in der Bundesrepublik“ statt, die von der Politbüro-Ideologiekommission eingesetzt worden war.[162] Das SED-Politbüro beschloß im August 1964, mit der Organisation einer „internationalen Kampagne gegen die revanchistischen Grenzforderungen der westdeutschen Militaristen“ zu beginnen.[163]

Die 1960er Jahre hindurch inszenierte die SED-Führung Propagandakampagnen gegen die Vertriebenenverbände und ihre Funktionäre. Eine wichtige Ausgangsbasis für diese Aktionen lag in der relativ lückenlosen Dokumentation der personellen Zusammensetzung und strukturellen Gliederung des Bundes der Vertriebenen, der Landsmannschaften und ihrer Landesverbände,[164] die das MfS erstellte. Dabei interessierte sich die Staatssicherheit vor allem für die politische Vergangenheit der Vertriebenenfunktionäre. Die Vorbereitungen der SED-Führung zu ersten gezielten Revanchismus-Kampagnen direkt gegen die Vertriebenenverbände begannen 1960. Eine Weisung des Stellvertretenden MfS-Ministers Bruno Beater aus Berlin an alle Bezirksverwaltungen der DDR vom 31. August 1960 lautete wörtlich: „Sofort Material, möglichst mit Original-Dokumenten, über Führer von Landsmannschaften, revanchistischen Organisationen, Heimatverbände [sic!] u. ä. mit Sonderkurier an mich geben.“[165]

[160] Vgl. Ideologische Kommission, 24. September 1963, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.03/109.

[161] Einige Gesichtspunkte für ein Material zu Problemen des Revanchismus in der Bundesrepublik, 24. September 1963, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.03/109.

[162] Vgl. Ideologie-Kommission: Revanchismus in der BRD, 10. Januar 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.03/110, Bl. 1, 65–90.

[163] Vgl. Politbüroprotokoll vom 25. August 1964, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/2/945. Die Vorbereitung dieser Kampagne wurde aus nicht bekannten Gründen abgebrochen.

[164] Vgl. Vertriebenenfunktionäre und Landsmannschaften: Schlesien, Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Sudetendeutsche, 1962–1964, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bl. 42–57, 82–91, 149–218; Material für den Genossen Norden über die Ausnutzung der Landsmannschaften und Vertriebenen zur Durchsetzung der Bonner Kriegskonzeption, 1960/62; Objekte der ideologischen Diversion, 1962, in: ebenda, MfS ZAIG 4625, Bl. 1–28.

[165] Eingang Fernspruch: MfS-Berlin an BVfS Neubrandenburg, in: BStU MfS BV Neubrandenburg, XX 235, Bl. 219.

SED und MfS organisierten thematische Kampagnen gegen die Vertriebenenverbände wie im Juni 1968 die Dokumentation „Ungeist der Revanche auf Westdeutschlands Straßen – Aufmärsche der Revanchistenverbände in Westdeutschland Pfingsten 1968“[166]. In Personenkampagnen, die sich gegen Spitzenpolitiker des BdV und einzelner Landsmannschaften – wie gegen Hans Krüger, BdV-Präsident von 1958 bis 1963, oder gegen Walter Becher, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft von 1968 bis 1982 – richteten, wurde die tatsächliche oder vermeintliche NS-Vergangenheit der Funktionäre thematisiert, um den „Revanchismus- und Neo-Faschismusvorwurf“ gegenüber den Vertriebenenverbänden und der Bundesrepublik zu untermauern. In diesen Kampagnen, die durchaus Wirkung in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit erzielten, machten sich die SED bzw. das MfS nicht immer die Mühe, bei der tatsächlich vorhandenen NS-Belastung von Vertriebenenfunktionären zwischen Angepaßten, Opportunisten, Mitläufern, Schreibtischtätern oder tatsächlichen Tätern, beispielsweise von Mitgliedern der Einsatzgruppen,[167] zu unterscheiden. Für die Diskreditierung dieser Funktionäre und den gegen sie gerichteten sogenannten Faschismusvorwurf reichte der Nachweis einer Mitgliedschaft in NSDAP, SA, SS oder einer anderen nationalsozialistischen Gliederung aus.[168] Diese Art der SED-Kampagnen erreichte 1965 einen Höhepunkt mit der Herausgabe der Dokumentation „*Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft*“.[169] Diese Dokumentation war maßgeblich vom MfS, von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe, recherchiert und zusammengestellt worden. In diesem Buch wurden unter der Überschrift „Hitlers 5. Kolonne – Bonner Revanchistenführer“ nicht weniger als 109 Funktionäre der Landsmannschaften bzw. des BdV mit NS-Vergangenheit aufgelistet.[170]

Als NS-belastetet benannten die MfS-Funktionäre im „Braunbuch“ bundesdeutsche Politiker und Funktionäre der Vertriebenenorganisationen und -gremien wie beispielsweise den bereits genannten Dr. Hans Krüger oder Professor Dr. Theodor

166 Vgl. die Dokumentation, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 98–114.

167 Vgl. Hans Michael Kloth, Klaus Wiegrefe: Unbequeme Wahrheiten. In: Der Spiegel, 33/2006, S. 46–48.

168 Die Kampagne gegen Dr. Walter Becher, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaften, wurde öffentlichkeitswirksam in Form einer Propagandaschrift und eines Dokumentarfilmes 1968/69 durchgeführt. Vgl. Unterlagen zur Kampagne in der DDR und im Ausland 1969/70, SAPMO-BA, DY 30 IV A 2/9.02/71; Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil und Der Mann ohne Vergangenheit sowie ein nachdenklicher Bericht über Die Schlacht am Killesberg, Berlin (Ost) 1969.

169 Das „Braunbuch“ erschien bis 1968 in drei Auflagen. Als Art zusammenfassendes Nachschlagewerk listete es über 1900 „schwer belastete führende Nazifunktionäre und Kriegsverbrecher“ auf, „die sich heute ungehindert in entscheidenden Stellungen des westdeutschen Staats- und Wirtschaftsapparates bestätigen“. Das „Braunbuch“ unterlag auf Beschluß des Landgerichts Lüneburg in der Bundesrepublik der Beschlagnahme. In: Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, 1965, S. 9; vgl. Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 85.

170 Vgl. Braunbuch, S. 307–316; MfS-Personendossiers für das „Braunbuch“, BStU MfS ZAIG 9704, Bl. 355–400; vgl. zu dieser Thematik auch Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 73–104, 156–190.

Oberländer, Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte von 1953 bis 1960, oder auch Otto Ulitz, den Sprecher der Landsmannschaft Oberschlesien. Die SED-Ideologen warfen Hans Krüger die besagte frühe aktive NSDAP-Mitgliedschaft vor. Zudem klagten sie ihn an, als Richter an Sondergerichten im okkupierten polnischen Chojnice (Konitz) Todesurteile gegen polnische Bürger ausgesprochen zu haben. Theodor Oberländer beschuldigten sie u. a., als „Führer von SS-Sondereinheiten für Massenmorde in Lwow und anderen sowjetischen Städten verantwortlich“ zu sein, und Otto Ulitz bezichtigten sie, „am fingierten Überfall auf den Sender Gleiwitz beteiligt [und] dafür mit dem ‚Goldenen Ehrenzeichen der NSDAP‘ dekoriert“ worden zu sein.[171] Auch im Gefolge von SED-Propagandaaktionen mußte der Bundesvertriebenenminister Hans Krüger 1964 sein Amt niederlegen, Theodor Oberländers erzwungener Rücktritt geschah bereits 1960.[172]

Die von der SED im „Braunbuch“ vorgebrachten Sachverhalte gegen die Funktionäre der Vertriebenenverbände waren im Kern zutreffend, wenngleich das MfS Fakten und Zusammenhänge auch pauschalierte bzw. übertrieb und auch vor Fälschungen[173] nicht zurückschreckte. Doch das eigentliche Kapital der DDR war die Tatsache, daß die politischen Eliten in der Bundesrepublik und auch die Funktionäre der Vertriebenenverbände viele Jahre lang nicht sehen wollten, welche ungeheure politische Hypothek sie mit sich trugen. So haben bis in die heutige Gegenwart weder die ostdeutschen Landsmannschaften noch der Bund der Vertriebenen die NS-Vergangenheit ihrer Spitzenfunktionäre überprüft und aufgearbeitet.[174] Der Aussage des Historikers Falco Werkentin ist zuzustimmen, wenn er formuliert: „Sicher ging es der DDR um Propaganda. […] Doch am Wahrheitsgehalt der vorgelegten Dokumentationen war im Großen und Ganzen nicht zu rütteln. Die bundesdeutsche Gesellschaft […] bekam ihre eklatanten Versäumnisse im Umgang mit der eigenen Vergangenheit schmerzhaft um die Ohren geschlagen. Die Unerträglichkeiten mußten von den Propagandisten der SED nicht erfunden, sondern nur aufgesammelt werden.“[175] Eine Reprint-Ausgabe des „Braunbuches“ erschien 2002. Kritische Rezensenten wie der Historiker Götz Aly meinten dazu, daß diese Dokumentation zwar Propaganda, aber kein „gedankenloses Machwerk“ gewesen sei, und daß sich die empirischen Grundlagen des „Braunbuches“ als äußerst beständig erwiesen hätten. Der größte Kritikpunkt aus heutiger Sicht bestehe nach Aly darin, daß im „Braunbuch“ zu wenige Namen NS-belasteter Politiker und Funktionäre der frühen Bundesrepublik genannt wür-

171 Braunbuch, 1965, S. 311–313, 315; vgl. Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 77–84; Politisch entlastend über Ulitz bei Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 322 f.

172 Vgl. Bernd Kallina, Mit der „Revanchismus-Keule“ gegen die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Verbände, S. 77 f.

173 So im Fall des Bundespräsidenten Heinrich Lübke. Vgl. Rudolf Morsey, Heinrich Lübke, S. 508–563.

174 Vgl. Hans Michael Kloth, Klaus Wiegrefe, Unbequeme Wahrheiten, S. 46–48; dies. u. a., Nachsichtiges Urteil, S. 39–41.

175 Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, S. 200.

den.[176] Eine historische Überprüfung der im „Braunbuch" dargelegten Sachverhalte existiert bis heute nicht.

Das „Braunbuch" war als SED-Propaganda-Aktion erfolgreich. Nach einer internen Auswertung des Staatssicherheitsministeriums mußten nach dem Erscheinen des Buches im Jahr 1965 bis zu seiner 3. Auflage 1968 „mehr als 300 Nazi- und Kriegsverbrecher in der BRD ihren Posten niederlegen".[177] Dennoch hatte die Dokumentation letztlich nur einen beschränkten Wert. Ihrem originär politisch-propagandistischem Zweck entsprechend verdeutlichte sie – auch bezüglich der 109 Funktionäre der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik – das Ausmaß personeller Kontinuität, lieferte jedoch mit der Auflistung von NS-Dienststellen oder Mitgliedschaften in verschiedenen NS-Organisationen der Betreffenden nur Indizien, aber keinen Nachweis individuell strafrechtlich relevanter Schuld.[178] Die SED verbreitete Mitte der 1960er mit dem „Braunbuch" in ihrer politischen Einseitigkeit und mit ihrer spezifischen Sprache ihre Sicht zum „Revanchismus" der Vertriebenenverbände und der Bundesrepublik insgesamt. „In der DDR – für Revanchismus keine Basis",[179] so agitierten die SED-Funktionäre und begründeten diese Überzeugung mit der inzwischen bekannten Argumentationskette: Im Potsdamer Abkommen von 1945 wurden neue Grenzen in Europa festgelegt und „Aussiedlungsmaßnahmen getroffen". Ziel aller vier alliierten Mächte sei es gewesen, „die imperiale Wühlarbeit in den Nachbarländern Deutschlands auszuschalten, diese Länder für die ungeheuren Verluste im Krieg zu entschädigen und stabile Grenzen zu schaffen". „Große Teile der deutschen Minderheit [!] wurden […] in die vier Besatzungszonen […] ausgesiedelt"[180]. Mit keinem Wort aber erwähnten die SED-Macher des „Braunbuches" die deutsche Bevölkerung des Reiches im Osten. In der Sowjetischen Besatzungszone habe man – so die Sicht der SED – alles unternommen, „um den von Hitler schmählich betrogenen Umsiedlern ihr schweres Los zu erleichtern, ihnen eine neue Existenz […] zu geben". Die SED war davon überzeugt, daß man den „Umsiedlern" in der SBZ/DDR schlüssig und überzeugend erklärt hatte, wer am Verlust ihrer Heimat die Schuld trug – daß nämlich „der deutsche Imperialismus durch seine Kriegs- und Vernichtungspolitik die ehemaligen Ostgebiete für immer verspielt" habe. In der DDR existierten keine „revanchistischen Organisationen", denn die DDR habe in offiziellen Verträgen die bestehenden Nachkriegsgrenzen anerkannt.[181] Dies stellten die Macher des „Braunbuches" dem „herrschenden Revanchismus in Westdeutschland" gegenüber. Sie formulierten: „Der in Westdeutschland wiedererstandene deutsche Imperialismus […] drängt zum dritten Male in diesem Jahrhundert auf eine Veränderung der Grenzen. Die Bundesrepu-

[176] Vgl. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft. Hrsg. Norbert Podewin, Berlin 2002; Götz Aly, Zuverlässig. Lob des antifaschistischen Rentners. Rezensionsnotiz zum „Braunbuch", in: Süddeutsche Zeitung, München, 9. August 2002.

[177] Zitiert bei Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 84.

[178] Vgl. ebenda, S. 85.

[179] Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, 1965, S. 280.

[180] Ebenda.

[181] Alle Zitate in: Ebenda, Bl. 280f.

blik ist der einzige Staat in Europa, der Forderungen auf fremdes Staatsgebiet, auf die ‚Grenzen von 1937‘ erhebt. Die in Westdeutschland lebenden Umsiedler werden mißbraucht, um diese revanchistische Politik propagieren und durchführen zu helfen.“[182] Die ostdeutschen Funktionäre beschuldigten die Bonner Regierung, noch immer die Illusion bei den inzwischen in die Gesellschaft der Bundesrepublik eingegliederten Vertriebenen zu nähren, sie könnten eines Tages in ihre alte Heimat zurückkehren. „Von der westdeutschen Regierung gefördert“ – so weiter –, „wurden nach 1945 die […] Revanchistenverbände gebildet.“[183] Diese „Umsiedlerorganisationen“, so die Argumentation der SED, gehörten zum System staatlicher und nichtstaatlicher Einrichtungen der BRD, welche „zur Verwirklichung der revanchistischen Politik“ aufgebaut wurden. Das System sollte „alle ehemaligen Umsiedler und darüber hinaus möglichst die ganze westdeutsche Bevölkerung für die Politik der Grenzrevision, der ‚Rückeroberung‘ verlorener Gebiete und für die Vorbereitung einer neuen Aggression gewinnen“.[184] Dieses Argumentationsmuster änderte sich in den 1960er Jahren und auch später nicht. Das „Braunbuch“ zählte zu einem wichtigen Bestandteil der SED-Kampagnen für die internationale Anerkennung der DDR.

Die Suche nach möglichen NS-Verstrickungen unter Vertriebenenfunktionären und Politikern blieb eine immerwährende Aufgabe der Staatssicherheit. Auch Vertriebenenfunktionäre, die gar nicht mehr in der ersten Reihe der aktiven Politik agierten, standen unter Beobachtung des MfS. Auch über sie führte die Staatssicherheit Dossiers. 1968 aktualisierte man die „Akte Waldemar Kraft“. Genau listete man in Ost-Berlin die politische Vergangenheit des einstigen BHE-Gründers Kraft zwischen 1931 und 1945 auf, seine SS- bzw. seine NSDAP-Mitgliedsnummer waren aktenkundig.[185] Auch Linus Kather, der sich in den 1960er Jahren aus Verärgerung über den Verlust seines Einflusses in den Vertriebenenverbänden zeitweise der NPD anschloß, blieb im Visier der Staatssicherheit.[186] Zwischen 1955 und 1976 führte das MfS eine Akte über den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Alfred Gille.[187] Eine MfS-Einschätzung von 1968 über Gille lautete: Er „ist auch heute noch Faschist und tritt als solcher […] im Bundestag in Erscheinung. Er betreibt eine wüste Hetze gegen die sozialistischen Staaten […] und tritt für die gewaltsame Durchsetzung der Bonner Revanchepolitik ein. In seinen Hetzreden beschränkt er sich nicht nur auf die [Forderung nach] ‚Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete einschließlich des Sudeten- und Memellandes‘, sondern verlangt, wie die Faschisten des Nazireiches, die ‚Neuordnung Osteuropas‘“.[188] Erst im Juli 1976, Gille war da 75 Jahre alt, hieß es bei der HV A des MfS: „Akte Alfred Gille: Die Bearbeitung des Objektes ‚Revanchismus‘ wurde eingestellt. An der Person besteht kein operatives Interesse“ mehr.[189] 1965 legte das

[182] Ebenda, Bl. 281.
[183] Ebenda.
[184] Ebenda, S. 282.
[185] Vgl. MfS-Akte Waldemar Kraft, in: BStU MfS HA IX/11 PA 2765, Bl. 22–29, 107–113.
[186] Vgl. MfS-Akte Dr. Linus Kather, in: BStU MfS PA 611, Bl. 3–25.
[187] Vgl. MfS-Akte Dr. Alfred Gille, in: BStU MfS PA 2642, Bl. 21–31.
[188] Auskunftsbericht Alfred Gille, in: BStU MfS PA 2642, Bl. 22.
[189] Archivierung Akte Alfred Gille, in: BStU MfS AP 12596/76, Bl. 25 (auch Bl. 7–12).

MfS über den damals amtierenden Bundesvertriebenenminister Johann Baptist Gradl ein Dossier an, das Ost-Berlin bis 1971 führte.[190] Der CDU-Politiker Gradl hatte 1965/66 das Amt des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte inne, obwohl er selbst aus Berlin stammte und kein Vertriebener war.[191] Trotz intensiver MfS-Recherchen konnte Gradl keine Mitgliedschaft in einer NS-Organisation angehängt werden. Aber ein Vorwurf ließ sich finden: „Im faschistischen Staat war Gradl […] ab 1938 Mitarbeiter der Geschäftsführung der ‚Reichsgruppe Banken', deren Aufgabe u. a. darin bestand, das Vermögen von ‚arisierten' Personen zu veräußern."[192] Dies war zutreffend. Eine von drei Wirtschaftsgruppen in der „Reichsgruppe Banken" in Berlin zwischen 1938 und 1945 hatte u. a. die Aufgabe, das aus „rassischen und politischen Gründen" beschlagnahmte Vermögen, in erster Linie also das von den NS-Machthabern eingezogene jüdische Vermögen in Deutschland, Käufern im In- und Ausland zum Erwerb anzubieten. Diese Praxis weitete sich nach 1939 aus auf die vom NS-Deutschland besetzten und okkupierten europäischen Länder. Johann Baptist Gradl gehörte zur Geschäftsführung der „Reichsgruppe Banken".[193] Ein weiteres Personendossier, das auf der Suche nach NS-Verstrickungen erstellt wurde, fand sich zu Wolfgang Mischnick (FDP). Die Akte wurde über den Zeitraum von 1963 bis 1973 geführt.[194] Mischnick[195] war von 1961 bis 1963 Bundesvertriebenenminister. Ein detaillierteres Dossier legte das MfS zwischen 1969 und 1988 des weiteren über Heinrich Windelen (CDU) an.[196] Der 1921 geborene gebürtige Schlesier war 1950 Mitbegründer der Landsmannschaft Schlesien und von Februar bis Oktober 1969 der letzte Bundesvertriebenenminister, bevor das Ministerium von der neuen sozial-liberalen Bonner Koalition aufgelöst wurde. Trotz seines Vertriebenenschicksals sah sich Windelen nicht als ausgesprochener Vertriebenenpolitiker.[197] Das MfS war nicht dieser Meinung. 1983 hieß es dazu in einer Kurzeinschätzung über Windelen: „Von Beginn seiner politischen Laufbahn an dem konservativen Flügel der CDU zugehörig, profilierte er sich zu einem der exponiertesten Interessenvertreter zentraler Revanchistenverbände in der BRD und entschiedenster Gegner der von der Regierung Brandt-Scheel[198] eingeleiteten neuen Ost- und

[190] Vgl. MfS-Akte Johann Baptist Gradl, in: BStU MfS PA 69, Bl. 22–67.

[191] Johann Baptist Gradl (1904–1988), Volkswirtschaftler, vor 1933 Zentrumsmitglied, 1931–1945 beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband, 1938–1945 zur Geschäftsführung Reichsgruppe Banken, 1945 CDU, 1953–1971 CDU-Bundesvorstand, 1970–1987 Vorsitz der Exil-CDU, 1957–1980 MdB.

[192] Auskunftsbericht Gradl, 7. Dezember 1970, in: BStU MfS PA 69, Bl. 22.

[193] Vgl. Forschungsgruppe Revanchismus, Potsdam: Auftrag Gradl, 29. November 1965, in: BStU MfS PA 69, Bl. 48–51, 55–58.

[194] Vgl. MfS-Akte Wolfgang Mischnick, in: BStU MfS PA 1149.

[195] Wolfgang Mischnick (1921–2002), geboren in Dresden, 1968–1991 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion.

[196] Vgl. MfS-Akte Heinrich Windelen, in: BStU MfS ZAIG 24071, Bl. 153–237 und MfS PA 1171, Bl. 8–56.

[197] Vgl. Heinrich Windeln, in: Munzinger Archiv/Internationale Biographie Archiv 10/1988.

[198] Walter Scheel (*1919), FDP, 1961–1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1969–1974 Bundesaußenminister und Stellvertreter des Bundeskanzlers, 1974–1979 Bundespräsident.

Deutschlandpolitik der BRD.“[199] Ein besonders großes Ärgernis für die SED schienen Windelens Aktivitäten hinsichtlich der Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 1969 gewesen zu sein, die einen Auftrag des Bundesinnenministers an das Bundesarchiv zur Folge hatte, eine Dokumentation über „Vertreibungsverbrechen an Deutschen“ zu erarbeiten. Dabei handelte es sich um eine Materialsammlung, Analyse und Dokumentation, aufbauend auf der großen nicht zu Ende geführten Vertreibungsdokumentation unter Leitung von Theodor Schieder aus den 1950er Jahren, die zwischen 1969 und 1974 vom Bundesarchiv erstellt,[200] aber auf Anordnung der SPD/FDP-Bundesregierung zunächst nicht veröffentlicht wurde. Als „Raubdruck“ erschien sie 1975 dennoch.[201] Das MfS hatte bezüglich dieser „von Windelen mitinitiierten provokatorischen Dokumentation über ‚Kriegsverbrechen an Deutschen‘“ Mitte 1976 ganz richtig erkannt: „1974 forderte er [Windelen] von der BRD-Regierung, die vorhandene Materialsammlung zu veröffentlichen. Mit der Veröffentlichung […] sollte die sozial-liberale Regierungskoalition in ihren Verhandlungen mit den sozialistischen Staaten in Schwierigkeiten gebracht und die Ostpolitik der Bundesregierung torpediert werden.“[202] Windelen war Jahrgang 1921, auch über ihn suchte die Staatssicherheit nach einer „faschistischen Vergangenheit“. Genau recherchierte man in Ost-Berlin die Stationen seiner „Teilnahme am zweiten Weltkrieg in der faschistischen Wehrmacht“ zwischen 1941 und 1945. Noch 1983 hieß es in einem sogenannten operativen Suchauftrag beim MfS: Wann und wo war Windelen in welcher Wehrmachtseinheit im Einsatz? Die Suche blieb ohne propagandistisch auswertbares Ergebnis für die DDR-Seite.[203]

Noch in den 1980er Jahren liefen ähnliche Aktionen. Die Staatssicherheit führte Dossiers über die Spitzenfunktionäre des Bundes der Vertriebenen, über Herbert Hupka[204], den Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien und Vizepräsident des BdV, und über Herbert Czaja, den langjährigen Präsidenten des BdV. Die Akte Czaja umfaßte den Zeitraum zwischen 1964 und September 1989.[205] Das MfS sah Herbert Czaja noch 1985 so: Während des „Studiums in Krakow und Wien [1933–1937] kam Czaja mit der faschistischen Ideologie in Berührung. In der Folge entwickelte er sich zu einem überzeugten Anhänger des Faschismus […] und war nach dem Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 am Raub polnischer Kulturwerte und der Liquidierung des polnischen Schulwesens aktiv beteiligt. […] Nach der Übersiedlung [!] in die heutige BRD (1946) wurde Czaja Mitglied der CDU und profilierte sich langfristig zu einem exponierten, den äußersten rechten

[199] MfS-Kurzeinschätzung, 24. März 1983, in: BStU MfS ZAIG 24071, Bl. 159.
[200] Dabei handelte es sich um 40 000 ausgewertete Einzelstücke, ihre tabellarische Zusammenfassung in zirka 3500 Auswertbögen und um einen 60 Seiten-Bericht des Bundesarchivs an die Bundesregierung „Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945–1948“.
[201] Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 22–25, 118–122.
[202] Kurzeinschätzung zu Windelen, in: BStU MfS ZAIG 24071, Bl. 167.
[203] Vgl. MfS-Kurzeinschätzung, 31. August 1976, in: BStU MfS ZAIG 24071, Bl. 165; Verschiedene MfS-Suchaufträge und Ergebnisse 1983, in: BStU MfS PA 1171, Bl. 47–56.
[204] Vgl. Fahndungsmaßnahme „Prominenz“ (Herbert Hupka), in: BStU MfS HA VI 1822, Bl. 2–20.
[205] Vgl. MfS-Akte Herbert Czaja, in: BStU MfS ZAIG 24033, Bl. 96–208.

Flügel der CDU repräsentierenden Politiker und Revanchistenführer."[206] Und im Juli 1988 hieß es bei den zuständigen Staatssicherheitsoffizieren: „Ein Nachweis, daß Dr. Czaja Angehöriger der SS war, konnte bisher nicht erarbeitet werden."[207] Für das MfS existierte keine differenzierte Sicht auf die Politiker der Vertriebenenverbände. Egal, ob nachweisliche Verstrickungen in das NS-Regime vorhanden waren oder man in dieser Sache nicht fündig wurde – ein führender Funktionär des BdV mußte ein „Faschist" gewesen sein!

Herbert Czaja[208], 1914 in Teschen/Österreichisch Schlesien (heute Tschechien) geboren, studierte Germanistik, Geschichte und Philosophie in Wien und Krakau, arbeitete dann im Höheren Schuldienst und 1939/40 als Universitätsassistent in Krakau. Nach eigenen Angaben verweigerte Czaja, der NSDAP beizutreten, was zum Verlust der Assistentenstelle an der Universität Krakau führte. Bis 1942 war er wieder Lehrer im damals von den Nationalsozialisten errichteten „Generalgouvernement" und von 1943 bis 1945 diente er in der Wehrmacht. Nach seiner Vertreibung 1946 ging er zunächst wieder in den Schuldienst nach Stuttgart. Er trat der CDU bei und saß von 1953 bis 1990 als Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Czaja war nach dem Krieg Mitbegründer des Hilfsverbandes der Heimatvertriebenen in Stuttgart, seit 1969 Sprecher der Landsmannschaft Oberschlesien und von 1970 bis 1994 Präsident des Bundes der Vertriebenen. Czaja zählte zu den schärfsten Kritikern der „Neuen Ostpolitik" und der Ostverträge der sozial-liberalen Regierungskoalition. Auch in den 1980er Jahren forderte er immer wieder, die „deutsche Frage voll offenzuhalten", „so viel wie möglich von Deutschland zu retten". Er polemisierte auch gegen CDU-Parteikollegen, wie 1985 gegen den amtierenden Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der die Forderung von einer „Verwirklichung des Rechts auf Heimat" von der aktuellen politischen Tagesordnung zu streichen gedachte.[209] Im Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands stimmte Czaja im Bundestag gegen die „Gemeinsame Entschließung zur deutsch-polnischen Grenze", gegen den Einigungsvertrag sowie gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Czaja sah im Gegensatz zur großen Mehrheit der Bundestagsabgeordneten aller Parteien die Wiedervereinigung Deutschlands durch die Vereinigung von Bundesrepublik und DDR für nicht beendet an, weil die ehemals deutschen Ostgebiete nicht eingeschlossen wurden. Czajas politischer Kurs in dieser Sache wurde unnachgiebiger und radikaler, 1996 forderte er noch eine „Wiederherstellung des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 […] als Verhandlungsausgangspunkt, der keineswegs der Endpunkt […] sein müsse".[210] In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" bezeichnete man daraufhin Herbert Czaja als „Verschwörungs-

[206] Angaben zur Person Dr. Herbert Czaja, Juli 1985, in: BStU MfS ZAIG 24033, Bl. 100.
[207] Material zu Czaja, 13. Juli 1988, in: BStU MfS ZAIG 24033, Bl. 116.
[208] Dr. Herbert Czaja (1914–1997), stammte aus einem katholischen Elternhaus, 1933–1939 Mitglied in der Deutschen Christlichen Volkspartei, nach 1945 CDU, seit 1948 gewähltes Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.
[209] Vgl. Herbert Czaja, in: Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv 44/1988; Herbert Czaja, Biographien BRD, in: BStU MfS ZAIG 24033 Bl., 109–111.
[210] Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 902, insgesamt die Seiten 879–921.

theoretiker und politischen Geisterfahrer“, für den „der Begriff des Revisionismus viel zu harmlos“ sei.[211]

Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS stellte ab Beginn der 1960er Jahre systematisch Propagandamaterialien für Revanchismus-Kampagnen zusammen, die in den aktuellen DDR-Tageszeitungen Verwendung fanden.[212] In martialischer „Kalter-Krieger-Manier“ verglich das MfS Landsmannschaftstreffen der Sudetendeutschen, Pommern, Schlesier, Ost- und Westpreußen usw. zu Pfingsten 1960 mit kriegsvorbereitenden Aufmärschen gegen die DDR, Polen, die ČSR und die Sowjetunion. SED-Funktionäre formulierten: „Kriegsgeheul der Revanchisten – Millionen Menschen sind heute im Bonner Staat in Landsmannschaften und anderen […] Revancheorganisationen zusammengeschlossen. […] Die Palette der Mitglieder dieser revanchistischen Verbände reicht von enteigneten Großgrundbesitzern und Konzernherren bis zu durch Hetzpropaganda irregeleiteten Opfern des Hitlerkrieges. […]“.[213] Die MfS-Pressematerialien brachten unverhohlen die „Landsmannschaften in der Westzone und in Westberlin“ in Zusammenhang mit einer „psychologischen Kriegführung und Eroberungskriegsvorbereitung“ der Bundesrepublik.[214] Die Vorwürfe lauteten: Die „Revanchepolitik erhielt mit der Schaffung der sogenannten Landsmannschaften in Westdeutschland einen organisierten Charakter. [Hinter dem] Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften […] verbirgt sich gleichsam […] eine Koordinationszentrale aller revanchistischen Bestrebungen gegen die volksdemokratischen Länder.“[215] Ähnlich argumentierende Propagandamaterialien über die „Ausnutzung der Landsmannschaften und Vertriebenen zur Durchsetzung der Bonner Kriegskonzeption“ stellte das MfS im Januar 1960 direkt für den SED-Chefideologen Albert Norden zusammen.[216]

Die Erarbeitung der „Revanchismusmaterialien“ für die SED-Propaganda blieb eine stetige Aufgabe des Staatssicherheitsministeriums in den 1960er Jahren und auch darüber hinaus.[217] Die Daten, Fakten und Zusammenhänge für die Kampagnen erhielten die für die „Aktivitäten der Revanchistenorganisationen in Westdeutschland“

[211] Streitschrift für das Deutsche Reich, in: FAZ, 20. September 1996.

[212] Vgl. Notiz der ZAIG: „An BZ (Berliner Zeitung) laut Bestellung vom 20. Juni 1960 abgeliefert“, in: BStU MfS ZAIG 9704, Teil 2, Bl. 235.

[213] Bonner politisches Dynamit. Eine Dokumentation von Julius Mader, 25. Juni 1960, in: BStU MfS ZAIG 9704, Teil 2, Bl. 236. Julius Mader (tatsächlich Thomas Bergner 1928–2000), damals Redakteur im Verlag „Die Wirtschaft“, war seit 1958 Inoffizieller Mitarbeiter des MfS. 1962 wurde er zum Offizier im besonderen Einsatz (OiBE) ernannt. Innerhalb von knapp 30 Jahren veröffentlichte Mader 32 Bücher in 121 Auflagen. Vgl. Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 75.

[214] Vgl. Pressematerial für BZ, 2. März 1959, in: BStU MfS ZAIG 9704, Teil 2, Bl. 261–267; Revanchegeschrei, 14. Oktober 1964, in: ebenda, ZAIG 9705, Bl. 267, 268.

[215] Pressematerial für BZ, 2. März 1959, in: BStU MfS ZAIG 9704, Teil 2, Bl. 262.

[216] Vgl. Arbeitsmaterial für den Genossen Norden über die Ausnutzung der Landsmannschaften und Vertriebenen, 30. Januar 1960, in: BStU MfS ZAIG 4625, Bl. 1–11.

[217] Vgl. Dokumentation: Über die Rolle und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin, 1968, in: BStU MfS HA XX 7736; 30 Jahre nach München. Aggressive Ostpolitik gegen die Tschechoslowakei – gestern und heute, 1968, in: BStU MfS HA XXII 19974, oder Heinz Sander, Landsmannschaftlicher Revanchismus in Westdeutschland. Dokumentation, Berlin (Ost) 1969.

zuständigen Mitarbeiter des MfS in erster Linie durch die Analyse und Auswertung offizieller und öffentlicher Verlautbarungen und Publikationen, Zeitungen, Zeitschriften, Heimatbriefe usw. der Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen sowie aus Berichterstattungen der Medien über Veranstaltungen und das Auftreten von Funktionären und Politikern der Vertriebenenverbände.[218] Zu den großen, jährlich stattfindenden Landsmannschaftstreffen und dem jährlich im September stattfindenden „Tag der Heimat" des Bundes der Vertriebenen entsandte das MfS „Inoffizielle Mitarbeiter" im Rentenalter, da diese bereits in den 1960er Jahren in die Bundesrepublik bzw. nach West-Berlin reisen konnten. Diese „Rentner-IMs" sollten über die allgemeine Stimmungslage auf den Veranstaltungen berichten, die Namen anderer DDR-Rentner, die an diesen Vertriebenentreffen teilnahmen, in Erfahrung bringen und möglicherweise auch anderweitige Kontakte knüpfen. In der Regel verfügte jede MfS-Bezirksverwaltung in der DDR in den 1960er Jahren über nicht mehr als zwei bis vier „Rentner-IMs", die selbst Vertriebene waren, und die sie zu Landsmannschaftstreffen nach West-Berlin bzw. in die Bundesrepublik entsandte. So kann man vermuten, daß bei den großen Landsmannschaftstreffen zirka 30 bis 40 MfS-„IMs" im Rentenalter anwesend waren.[219] Aber das MfS nutzte auch andere Quellen. Es bediente sich weiterer Möglichkeiten, an Informationen aus dem Kreis der Vertriebenenverbände zu kommen bzw. ihre Revanchismusvorwürfe gegenüber den Vertriebenenverbänden für die öffentliche Propaganda zu untermauern. So wurden reguläre Journalisten des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes[220] zu MfS-Informanten gemacht. Ein Fallbeispiel für die Zeit von 1965 bis 1982 war der Fotojournalist Erwin Egon Schneider, geboren 1929 in Berlin-Kaulsdorf, der für das MfS arbeitete.[221] Schneider war in einem kommunistischen Elternhaus aufgewachsen, er trat 1945 der KPD bei. Von 1944 bis 1947 absolvierte er eine Lehre als Fotolaborant. Ab 1949 ging er als Fotoreporter zum ADN, dann zu einem Wirtschaftsverlag. Er arbeitete zeitweise als Referent im DDR-Volksbildungsministerium, von 1955 bis 1960 war er Berichterstatter beim SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" uns seit 1960 Reporter beim ADN-Zentralbild. Als SED-Mitglied hatte er Lehrgänge an Kreis- und Bezirksparteihochschulen absolviert.[222] Mitte der 1960er Jahre hieß es in der Personalakte über Schneiders berufliche Stellung und politische Überzeugung: Schneider zählte zu den besten und qualifiziertesten Fotojournalisten der DDR. Er war zur Berichterstattung über den DDR-Staatsrat zugelassen und gehörte zum engen Kreis der Reporter, die

[218] Zeitungsartikel- und Zeitschriftensammlungen, in: BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1, 2 und 3.

[219] Vgl. Berichterstattung über Möglichkeiten und eingeleitete Maßnahmen zum Eindringen in die westdeutschen Landsmannschaften, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 254, Bl. 50; Literatur- und Pressehinweise zu Struktur und Aufbau der Landsmannschaften 1981–1983, in: ebenda, BV Rostock Rep. 2/234, Bl. 195–277, 414.

[220] ADN war eine von zwei in der DDR zugelassenen Nachrichten- und Bildagenturen der DDR. (1956 war die selbständige „Zentrale Bildstelle Berlin" unter dem Namen ADN-Zentralbild in die Agentur eingegliedert.) ADN nahm die Monopolstellung bei der Belieferung fast aller Zeitungen sowie von Funk und Fernsehen der DDR mit Nachrichten, Berichten und Fotos mit überregionalem Charakter ein.

[221] Vgl. seine IM-Akten, in: BStU MfS AIM 19021/82.

[222] Vgl. Abschrift vom Personalbogen, 30. Juli 1965, in: BStU MfS AIM 1902/86, Teil 1, Bl. 11–15.

die Berechtigung hatten, „unmittelbar an der Staatsgrenze in Berlin“ zu fotografieren. Politisch galt er als absolut zuverlässig. „Bei seinen vielen Einsätzen in Westdeutschland, Westberlin und im kapitalistischen Ausland bewies er seine Parteilichkeit und Ehrlichkeit“.[223] Kritisch hingegen sahen die „Kaderchefs“ den persönlichen Charakter des Reporters. Sie beurteilten ihn als voreingenommen, überheblich, kompliziert, der zudem wenig Kontakt zu seinen Kollegen unterhielt. Außerdem sagten sie ihm nach, daß er überaus empfindlich auf jede Kritik reagierte, Minderwertigkeitskomplexe habe und sein Gesundheitszustand in psychischer Hinsicht labil sei.[224] Das MfS wurde auf den Bildreporter Erwin Schneider vermutlich wegen seiner beruflichen Einsatzmöglichkeiten in der Bundesrepublik aufmerksam. Im September 1965 bereitete die zuständige Hauptabteilung XX der Ost-Berliner MfS-Zentrale die Kontaktaufnahme zu Schneider vor, um ihn als „Inoffiziellen Mitarbeiter“ zu werben.[225] Die Staatssicherheit legte ihre Ziele folgendermaßen fest: „Schwerpunkt der inoffiziellen Zusammenarbeit wird […] in der Ausnutzung seiner Verbindungen nach Westberlin und Westdeutschland sein.“[226] Die Einsatzmöglichkeiten lauteten: 1. „Berichterstattung über wichtige politische Veranstaltungen, zu denen er beruflich Zutritt erhält; [2. …] Aufklärung von Redaktionen und anderen in Westberlin existierenden Dienststellen; [3. …] Aufklärung von westdeutschen und Westberliner Journalisten“.[227] Die Einsatzmöglichkeit einschränkend war die Tatsache: „Der Kandidat ist durch seine langjährige Westarbeit bei zentralen Pressestellen der Bundesrepublik und bei Westjournalisten als Mitarbeiter von [ADN]-Zentralbild bekannt. Dadurch kann er operative Aufträge, die über seine journalistische Tätigkeit hinausgehen, nicht erfüllen.“[228] Die Werbung für das MfS erfolgte unkompliziert. Am 27. Oktober 1965 erfolgte eine erste Kontaktanbahnung. Als „IM“ wurde er im Januar 1967 verpflichtet. Der Reporter Erwin Schneider wählte sich den Decknamen „Erich“.[229] Ein wesentliches Einsatzgebiet des „IM Erich“ wurden in den Jahren zwischen 1967 und 1972 die Bilddokumentationen von Vertriebenentreffen und Großveranstaltungen der Landsmannschaften bzw. des Bundes der Vertriebenen in Westdeutschland. Konkret hieß ein Auftrag im Februar 1967: „Wir [„IM Erich“ und seine ADN-Kollegen] sollten versuchen, optisch nachzuweisen, daß der Neonazismus in Westdeutschland nicht nur in Gestalt der NPD, sondern auch auf vielen anderen Ebenen in Staat, Bildung, im westdeutschen Alltag, bei anderen Parteien und Organisationen sichtbaren Ausdruck

223 Vorschlag zur Kontaktaufnahme, 4. September 1965, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 40–42.

224 Vgl. ADN-Beurteilung über den Genossen Schneider, 5. Oktober 1962; Abschrift zu Schneider, 4. Februar 1963; Vorschlag zur Kontaktaufnahme, 4. September 1965, in: BStU MfS AIM 19021/82, Teil 1, Bl. 15, 33, 40–43.

225 Vgl. Vorschlag Kontaktaufnahme, 4. September 1965, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 40–43.

226 Ebenda, Bl. 44.

227 Ebenda.

228 Vorschlag zur Werbung eines IM, 12. Mai 1966, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 84.

229 Vgl. Kontaktaufnahme 27. Oktober 1965, und Werbungsbericht 4. Januar 1967, und Handschriftliche Verpflichtungserklärung vom 3. Januar 1967, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 10, 45, 46, 86–88.

findet."[230] „IM Erich" galt in der Folgezeit als Spezialist für die Bildberichterstattung über „Treffen von Landsmannschaften und Revanchistenverbänden" aus Westberlin und Westdeutschland. Überaus erfolgreich schien das Fotografieren nicht gewesen zu sein. Trotzdem hieß es in den MfS-Auswertungsberichten: Er lieferte „wiederholt gutes operativ auswertbares Material von Hetzveranstaltungen und Revanchistentagungen".[231] Der MfS-Informant berichtete über das Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 1./2. Juni 1968 in Stuttgart. „Das Treffen der 300 000 [Sudetendeutschen] auf dem Stuttgarter Killesberg verlief sich in dem riesigen Gelände. […] Sonst war das Treffen optisch ohne Angriffsmöglichkeiten. […] Ein älterer Teilnehmer erklärte mir, die Funktionäre des Verbandes machten immer nur Politik auf den Treffen. Das würde ihnen nicht gefallen. Sie wollen nur Bekannte und Verwandte wiedersehen. Es ginge ihnen jetzt gut, die Jugend ist in einer neuen Heimat eingelebt, niemand denkt ernstlich daran, in die ČSSR zurückzugehen."[232] Im August 1968 gab es einen Einsatz des Reporters zum Landsmannschaftstreffen der ehemaligen Stettiner in Lübeck. Zur Hauptveranstaltung der „ehemaligen Stettiner" seien etwa 1000 Teilnehmer anwesend gewesen, die „Eröffnungsveranstaltung […] war mehr ein handfestes Trinkfest und fotografisch, wie alle anderen Veranstaltungen, nicht umsetzbar."[233] Es folgten Reise- und unergiebige Fotoberichte von einem Flüchtlings- und Vertriebenenkongreß der CDU/CSU in Wiesbaden Ende November 1968 sowie vom Schlesiertreffen in Hannover Mitte Juni 1969.[234] Vor bewußt falschen Bild- und Text-Konstruktionen, die aber in das gängige SED-Propagandaschema paßten, schreckte der ADN-Mann nicht zurück. Über die Festveranstaltung des Bundes der Vertriebenen anläßlich des 20. Jahrestages der Verkündung der „Charta der Vertriebenen" am 1. August 1970 in Stuttgart informierte der „IM" in Ost-Berlin: „Die Veranstaltung ‚20 Jahre Charta der Vertriebenen' war optisch farblos. Zum Glück waren aber die NPD und einige anonyme Rechtsextreme mit Plakaten vor der Tagungsstätte erschienen, deren scharfmacherische Forderungen sich gut mit dem Inhalt der Reden im Saal paaren ließen. Noch am Abend des 1. August konnten wir ein Foto mit NPD-Plakaten und BdV-Kundgebungsteilnehmern herausgeben […]. Weiterhin konnten wir eine Bildzusammenstellung über den Charakter dieser Zusammenrottung revanchistischer Funktionäre und Bonner Politiker unseren Abnehmern geben."[235] Im Sommer 1971 war der Foto-Reporter „IM Erich" auf dem Bundestreffen der Schlesischen Landsmannschaft in München im Einsatz. Auch hier mußte er feststellen, daß die Eröffnungsveranstaltung am 9. Juli 1971 „für die Optik sehr farb-

[230] Bericht über die Reise nach Schleswig-Holstein vom 12.–19. Februar 1967, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 103.
[231] Einschätzung Erwin Schneider, 11. Mai und 23. Juli 1970; vgl. Aktenvermerk „IMV Erich", 30. April 1971, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 132, 133, 141.
[232] Dienstreise nach Westdeutschland 26. Mai bis 4. Juni 1968, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 2.
[233] Reisebericht: Treffen der Stettiner in Lübeck, 2.–5. August 1968, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 2.
[234] Vgl. Bericht über Dienstreisen nach Westdeutschland vom 18.–24. November 1968 und 15.–18. Juni 1969, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 2.
[235] Reisebericht und Berichterstattung vom revanchistischen Treffen des BdV in Stuttgart, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 2.

los“ war, „weil alles zu harmlos verlief und markante Prominenz fehlte“.[236] Auf einer weiteren Veranstaltung am 11. Juli 1971 ließ sich die „bildhafte Umsetzung des Revanchismus“ besser nachweisen. „Der Verlauf der Kundgebung bot eine gute Palette fotografischer Möglichkeiten, den revanchistischen Charakter der Hetzveranstaltung nachzuweisen. […] Es gab auch einige offizielle Losungen mit offen revanchistischem Inhalt. In der Wortberichterstattung […] hatte ich ein wenig den Eindruck, daß wir ungewollt die Revanchistenorganisation ‚Schlesische Landsmannschaft‘ von den aggressiven Losungen auf dem Kundgebungsplatz ‚freisprechen‘ […] sollten.“[237]

Der Staatssicherheitsdienst schien zu Beginn der 1970er Jahre mit den Spitzeldiensten über die Vertriebenenorganisationen in der Bundesrepublik des Erwin Schneider zufrieden gewesen zu sein.[238] Dies änderte sich aber im Laufe der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Der Bildreporter Erwin Schneider hatte sich seit Beginn seiner MfS-Verpflichtung verweigert, Angaben und Auskünfte über Redaktionen und Mitarbeiter westdeutscher Pressestellen nach Ost-Berlin zu liefern. Auch über DDR-Presseleute in der Bundesrepublik und ihre Kontakte dort berichtete Schneider nicht. Vermutlich versuchte er auch, sich mehr und mehr dem MfS zu entziehen. Dazu verwies er immer wieder auf seinen labilen Gesundheitszustand und seine familiäre Situation.[239] Er kam nicht regelmäßig zu verabredeten Treffen mit seinem Führungsoffizier, lieferte bedeutungslose Informationen und schob berufliche Überlastungen vor, um MfS-Einsätze abzublocken. Nach mehrfachen Aussprachen, die nichts am Verhalten des „IM“ änderten, entschied die Ost-Berliner Zentrale im November 1982, den „IM-Vorgang Erich“ zu schließen und die Zusammenarbeit mit Erwin Schneider zu beenden. Im Abschlußbericht der MfS-Hauptabteilung XX hieß es dazu lapidar: „Obwohl der IM objektiv gute Voraussetzungen hatte, operativ bedeutsame Informationen zu erarbeiten, erfüllte er diese Erwartungen nicht. […] Die von ihm erarbeiteten Informationen trugen nur allgemeinen Charakter, Personen wurden dabei kaum oder wenig beim Namen genannt. […] Der IM [bietet] keine Perspektive für eine gezielte inoffizielle Zusammenarbeit […]“ mehr.[240]

[236] Reisebericht über eine Fahrt nach München vom 8.–21. Juli 1971, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 2.

[237] Ebenda.

[238] MfS-Auswertung vom 11. Mai 1970: „Als Bildreporter wird der IM vorwiegend für die Berichterstattung in Westdeutschland eingesetzt. Bei seinen dienstlichen Reisen hat der IM wiederholt operativ auswertbares Material von Hetzveranstaltungen und Tagungen mitgebracht. Der IM besitzt ein gutes marxistisch-leninistisches Wissen und ist in der Lage, dieses Wissen bei der Bildberichterstattung auch anzuwenden. Er bringt sehr parteiliches Bildmaterial von seinen Einsätzen mit.“ In: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 133.

[239] Der Bildreporter hatte in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre den krankheitsbedingten frühen Tod eines Kindes zu beklagen. Vgl. Einschätzung des Erwin Schneider, 23. Juli 1970, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 132.

[240] Abschlußbericht, 30. November 1982, und Beschluß zur Archivierung eines IM-Vorganges, 14. Dezember 1982, in: BStU MfS AIM 1902/82, Teil 1, Bl. 156, 158.

4. Vorwürfe des „Revanchismus" auch an die SPD?

Von besonderem Interesse war für die SED-Herrschenden immer die politische Stellung und die innere Situation der SPD, sogar die Kombination „Sozialdemokratie und Revanchismus"[241] hielt man für plausibel. SED und MfS sammelten in Ost-Berlin Stellungnahmen von SPD-Politikern zur Vertreibungsfrage und über die Vertriebenenverbände.[242] Der SED-ZK-Apparat dokumentierte dabei u. a. folgendes: Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer habe anläßlich eines BdV-Kongresses am 2. Mai 1959 in Kassel ein Grußtelegramm mit den Worten gesandt: „Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, dem Sudetenland und Südosteuropa bleibt stets ein Unrecht. Die SPD vertritt […] immer wieder das ‚Recht auf Heimat' und das ‚Selbstbestimmungsrecht'. Sie wird in ihrem Einsatz für die deutschen Ostgebiete nicht nachlassen."[243] Der SPD-Bürgermeister von West-Berlin Willy Brandt habe sich ähnlich geäußert, er habe vor 25 000 Teilnehmern am „Tag der Deutschen" in West-Berlin ausgerufen: „Dies ist kein Revanchistentreffen, sondern eine große Kundgebung, auf der die Worte ‚Heimat' und ‚Freiheit' gleich groß geschrieben werden. Wir treten nicht zur Revanche an, und wir huldigen auch keinem falschen Nationalismus. Aber von den Grundrechten der Menschlichkeit wird auch das ‚Recht auf Heimat' nicht mehr zu trennen sein."[244] Auch kontroverse Zwischentöne in der Sozialdemokratie notierte die SED. So habe der SPD-Chef Carlo Schmid im Bayerischen Rundfunk am 22. Mai 1959 erklärt, nur ein Irrer könne der Meinung sein, daß das Sudetengebiet nach Deutschland zurückgeführt werden könne. Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Funktionär der Sudetendeutschen Landsmannschaft Wenzel Jaksch habe seinem Fraktionskollegen öffentlich geantwortet: „Ich bin kein Irrer, der von der Wiederherstellung des Großdeutschen Reiches träumt, ebensowenig bin ich ein geistiger Vollstreckungsbeamter früherer Friedensdiktate oder der Potsdamer Austreibungsbeschlüsse."[245] Das SPD-Parteipräsidium, konkret Erich Ollenhauer und Herbert Wehner, hätten im Januar 1961 in Übereinstimmung mit den organisierten Sudetendeutschen verlauten lassen, daß die Zielfeststellung, Deutschland bestehe in den Grenzen von 1937 rechtlich weiter, das sudetendeutsche Heimat-, Rückkehr- und Selbstbestimmungsrecht nicht ausschließe.[246] Die ZK-Mitarbeiter hielten auch die Anfang 1962 öffentlich ge-

[241] So der Titel einer SED-Propagandaschrift von Edmund Jauernig, Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde, Berlin (Ost) 1968.

[242] 1956 fragte der ZK-Funktionär Peter Florin beim SED-Chef Walter Ulbricht nach: „Anliegend das Material betreffend ‚Sudetendeutschen Rat'. Bitte schlage vor, wie die Kampagne dagegen geführt werden soll, […] wie man die Zugehörigkeit der SPD zu diesem Ausschuß benutzt, um die SPD-Mitglieder [… in unserem Sinne] aufzuklären." SED-Hausmitteilung, 10. April 1956, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/20/199, Bl. 1–55.

[243] SPD an der Seite der Vertriebenen, 15. Mai 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/123, Bl. 14.

[244] Politischer Selbstmord der Vertriebenen?, September 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/123/Bl. 19.

[245] Jaksch widerspricht Schmid. Sudetenland war Teil des Reiches, 8. Juni 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/123, Bl. 15; vgl. Jaksch rüffelt den SPD-Pressedienst, 5. September 1959, in: ebenda, Bl. 16.

[246] Vgl. SPD gegen Entnationalisierung der Deutschen in der ČSSR, 24. Januar 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/123, Bl. 52.

machte Meinung des SPD-Präsidiumsmitglieds Fritz Erler gegenüber der Pommerschen Landsmannschaft fest: Die SPD werde, wenn die Frage nach einem Friedensvertrag gestellt wird, um jeden Quadratmeter deutschen Bodens ringen.[247] Und der Landsmannschaft der Ostpreußen gegenüber versicherten im Januar 1961 Erich Ollenhauer und Herbert Wehner in vier Punkten die SPD-Auffassungen zur Vertriebenenfrage, und die lauteten zusammengefaßt von SED-Funktionären: 1. Die SPD erkennt das Recht auf landsmannschaftlichen Zusammenschluß und landsmannschaftliches Wirken an. 2. Die SPD will kein Aufspalten und kein gegenseitiges Ausspielen unter den Deutschen. 3. Die SPD tritt ein für das „Recht auf Heimat“ und das „Selbstbestimmungsrecht“, die jedoch nicht mit Gewalt erwirkt werden dürfen. Diese Rechtsansprüche dürfen nicht verbunden werden mit neuem Unrecht. Es besteht die Notwendigkeit, zwischen dem deutschen Volk und den östlichen Nachbarn ein gut nachbarliches Verhältnis herzustellen. 4. Die SPD wird, soweit das mit den Mitteln der Politik erreichbar ist, diese Rechte durchsetzen helfen.[248]

Das abwertende Urteil zu den SPD-Stellungnahmen über die Politik mit den organisierten Vertriebenen fiel im ZK-Apparat in Ost-Berlin durchweg einhellig aus. Die Mitarbeiter der ZK-Westkommission informierten ihren Chefideologen Albert Norden Ende 1963 mit ihrer Erkenntnis: Die SPD-Führung um Herbert Wehner und Fritz Erler hätte sich die Politik des Kalten Krieges zu eigen gemacht und sich als „fanatische Fürsprecher der Gebietsforderungen der westdeutschen Revanchisten erwiesen“. Ganz im Sprachgebrauch „nazistischer Kriegsverbrecher“, „um jeden Quadratmeter deutschen Bodens zu ringen“, stehe die SPD-Führung in einer Reihe mit den aggressivsten Kreisen Westdeutschlands, die um jeden Preis die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen Grenzen revidieren wollen.[249] Vertriebenenfunktionäre in SPD-Führungskreisen seien ebenso „eifrige Kalte Krieger“ wie die aus den Regierungsparteien CDU/CSU.[250] Heinz Geggel[251], Mitglied der SED-Politbüro-Westkommission, faßte sein Bild von der SPD-Vertriebenenpolitik zusammen: „Die revanchistische Politik Wehners und Erlers bringt die Sozialdemokratische Partei in eine unmögliche Lage. Sie führt die SPD immer tiefer in die Sackgasse und in die Isolierung auch im internationalen Maßstab. Die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas, wie auch die führenden bürgerlichen Politiker Englands, Frankreichs und der USA haben längst zu verstehen gegeben, daß sie die Oder-Neiße-Grenze als endgültig ansehen.“[252]

[247] Vgl. SPD-Worte Erlers, 10. Dezember 1962, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/123.

[248] Vgl. Aussprache zwischen SPD und Landsmannschaft Ostpreußen, 14./15. Januar 1961, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/123, Bl. 30.

[249] An Albert Norden: Wehner und Erler im Dienst der revanchistischen Aggressionspolitik der Bonner Ultras, 12. Dezember 1963, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/2028/15, Bl. 1.

[250] Vgl. SPD und Vertriebenen-Politik, 1. Oktober 1959, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/10.02/123, Bl. 23.

[251] Heinz Geggel (*1921), SED-Politiker, 1949–1960 Redakteur und Intendant beim DDR-staatlichen Rundfunkkomitee, 1960–1973 Sekretär bzw. Leiter der Politbüro-Westkommission, dann der ZK-Westabteilung, 1973–1989 Leiter der ZK-Agitationsabteilung. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 244 f.

[252] An Albert Norden: Wehner und Erler im Dienst der revanchistischen Aggressionspolitik der Bonner Ultras, 12. Dezember 1963, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/2028/15, Bl. 2.

Unverhohlene Empörung löste bei der SED-Führungsschicht das Auftreten und die „revanchistische Forderung" des Bundesverkehrsministers und des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft Hans Christoph Seebohm[253] auf dem „Sudetendeutschen Tag" am 17. Mai 1964 in Nürnberg aus. Minister Seebohm hatte u. a. behauptet, so die Ideologen des SED-Politbüros, „daß Hitlers Münchner Abkommen zur Zerstücklung der Tschechoslowakei nach wie vor gültig sei und das […] Sudetenland ‚an das sudetendeutsche Heimatvolk zurückgegeben werden' muß".[254] Da Seebohm auch im Kabinett der Bundesregierung saß, schlußfolgerten die SED-Funktionäre sofort öffentlichkeitswirksam: „Die Rechtfertigung der Hitlerschen Aggressionspolitik gegenüber der Tschechoslowakei und die Forderung auf Abtrennung tschechoslowakischen Staatsgebietes sind offizielle Politik der Bonner Regierung! Die Bonner Regierung hat sich Hitlers Forderungen zu eigen gemacht."[255] Das Auftreten Seebohms erregte übrigens auch in Bonner Kreisen Aufsehen. Der Bundesverkehrsminister mußte auf Druck von Bundeskanzler Ludwig Erhard noch im Mai des Jahres öffentlich von seinen Äußerungen zum rechtlichen Status des Sudetengebietes Abstand nehmen.[256] Diesen Vorfall, der sich eigentlich in CDU-Kreisen abspielte, wollten die SED-Agitatoren auch der SPD anhängen. Die Westkommission des SED-Politbüros lieferte ihrem Chefideologen Albert Norden die Argumentationen zu „Seebohms Revancheforderungen": „Erhard kann Seebohm nur halten, weil einige führende Vertreter der SPD wie Jaksch und Erler die Äußerungen der sudetendeutschen Revanchisten unterstützen. Jaksch sitzt sogar zusammen mit Seebohm an der Spitze der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die das Münchner Abkommen nach wie vor für gültig erklärt."[257]

Die SED unterstellte der CDU/CSU-Bundesregierung unter Konrad Adenauer, dann unter Ludwig Erhard, Kanzler bis 1966, per se Vertreter einer „revanchistischen Eroberungspolitik" zu sein. Es schien so, als ob es ein Anliegen der SED-Führung war, der SPD gleiche revanchistische Politikziele vorzuwerfen. In der „Revanchismuspropaganda" machte die SED keinen Unterschied zwischen CDU/CSU und SPD. Diese Sichtweise behielt die SED auch bei, als die SPD zwischen 1966 und 1969 an der Großen Koalition in Bonn – unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und Außenminister und Vizekanzler Willy Brandt – beteiligt war. Die SED-Führung in Ost-Berlin erkannte die 1960er Jahre hindurch das hinhaltende und undurchsichtige Spiel der SPD bezüglich der Vertriebenen und ihrer Verbände – diese mit markigen aber unverbindlichen Versprechungen hinzuhalten, um sie als Wählerpotential zu behalten bzw. zu gewinnen – nicht. Das galt wohl auch hinsichtlich der meisten SPD-Ver-

253 Seebohm (1903–1967), 1959–1967 Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Obwohl Seebohm kein Sudetendeutscher war, fühlte er sich diesen gegenüber verpflichtet, da seine Eltern lange Zeit in Falkenau (Sokolov) gelebt hatten.

254 Westkommission beim SED-Politbüro: Seebohms Revancheforderungen – offizielle Bonner Politik, 15. Oktober 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/2028/15, Bl. 6.

255 Vgl. Reaktionen der tschechoslowakischen Presse auf die revanchistische Forderung Seebohms, 2. Juni 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/396.

256 Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Christoph_Seebohm ; Manfred Kittel, S. 78f.

257 An Albert Norden: Seebohms Revancheforderungen – offizielle Bonner Politik, 15. Oktober 1964, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/2028/15, Bl. 7.

triebenenpolitiker und der Vertriebenenverbände selbst.[258] Aber für die Revanchismus-Vorwürfe der SED gegen die SPD-Führung schien eine differenziertere Analyse der Einstellung der SPD-Spitze zu den Vertriebenenverbänden unnötig. Das SED-Politbüro sah in der neuen Bonner Konstellation der Großen Koalition ab 1966 und der angekündigten SPD-Politik des „Wandels durch Annäherung“ größte politische Gefahren. Um die sich abzeichnende Resonanz auf die Initiative der neuen CDU-SPD-Bundesregierung zu konterkarieren, suchte die SED-Führung einen Ausweg in der „propagandistischen Enthüllung“ des angeblich „revanchistisch-neonazistischen Charakters des westdeutschen Staatswesens“. Der für diese Propagandaaktionen zuständige SED-Politiker Albert Norden, der mit seinen Kampagnen die internationale staatliche Anerkennung der DDR befördern wollte, verkündete als Antwort auf die neue Ostpolitik der SPD: Bonn habe das Ziel, die DDR zu umzingeln, in sie einzudringen und zu liquidieren. Deshalb habe die SED-Parteiführung beschlossen, mit massiven Aktionen dem „Geist des Neonazismus in Westdeutschland“ und der „Bonner Expansionspolitik“ effektvoll entgegenzuwirken.[259] Diese Aktionen richteten sich auch gegen die sozialdemokratischen Präsidenten des Bundes der Vertriebenen (BdV) der 1960er Jahre, gegen Wenzel Jaksch – BdV-Präsident 1964 bis November 1966 – und gegen Reinhold Rehs – Präsident von 1967 bis 1970. Wie also kommentierte die SED in Ost-Berlin das Wirken der SPD-Vertriebenenpolitiker Jaksch und Rehs?

Wenzel Jaksch war ein Sudetendeutscher. Er stieg Ende der 1950er Jahre zu einem führenden Vertriebenenpolitiker der SPD auf, der auch Karriere in den Vertriebenenverbänden, in der Landsmannschaft der Sudetendeutschen und im BdV machte. Dadurch wurde er in den Augen von SED und MfS zu einem Zielobjekt einer diffamierenden, auf seine Person bezogenen Revanchismuskampagne, die die ganzen 1960er Jahre hindurch andauerte.[260] Die SED-Agitatoren verunglimpften den langjährigen SPD-Politiker und nachweislichen NS-Gegner Wenzel Jaksch mit unglaublichen Titeln wie „Heim-ins-Reich-Krieger“, „Volk-ohne-Raum-Ideologe“ oder widmeten ihm einen Artikel im „Neuen Deutschland“ mit der Überschrift „Jaksch auf Goebbels Spuren“.[261]

Wenzel Jaksch[262] wurde 1896 in Langstobnitz/Böhmen geboren. Er trat 1913 der Sozialdemokratischen Partei Österreichs bei. Nach 1918 übernahm er eine führende Rolle beim Aufbau der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP). Er wurde in den Parteivorstand der DSAP gewählt, 1938 war er ihr letzter Parteivorsitzender. Als Abgeordneter seiner Partei saß er von 1929 bis 1938 im Prager Parlament. Nach der Besetzung des Sudetengebiets und

[258] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 250; Christian Lotz, Die Deutung des Verlusts, S. 209–233.

[259] Vgl. Sitzung des Sekretariats des ZK der SED, 7. Dezember 1966, in: SAPMO-BA DY 30 J IV 2/3/1245; Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit, S. 82f.

[260] Vgl. die gesamte Intention des Ost-Berliner Buches von Edmund Jauering, Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde, Berlin (Ost) 1968.

[261] Vgl. Wenzel Jaksch. Ein Arbeiterverräter, 1960, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488; Jaksch auf Goebbels Spuren, in: ND, Berlin (Ost), 21. Januar 1966, S. 4.

[262] Vgl. Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, S. 196–201.

dann der gesamten Tschechoslowakischen Republik 1938 bzw. Anfang 1939 durch NS-Deutschland emigrierte Jaksch nach Großbritannien. Dort unterhielt er Kontakte zur tschechoslowakischen Exilregierung unter dem Präsidenten Edvard Beneš. Wenzel Jaksch war von 1938/39 bis 1945 in London bemüht, den sich abzeichnenden Bestrebungen der tschechoslowakischen Exilregierung entgegenzuwirken, die gesamte deutschstämmige Bevölkerung nach dem Krieg aus der ČSR zu vertreiben.[263] Jaksch organisierte in London die „Treuegemeinschaft Sudetendeutscher Sozialdemokraten". Das war die Exilorganisation der Sudetendeutschen Sozialdemokratie, die für den Verbleib des größten Teils der angestammten sudetendeutschen Bevölkerung in ihrer Heimat und für die Autonomie der Deutschen im neuen tschechoslowakischen Staat als wichtigem Bestandteil einer zukünftigen demokratischen Entwicklung eintrat. Ein anderer Teil sudetendeutscher Sozialdemokraten schloß sich der Haltung der aus Moskau gesteuerten sudetendeutschen Kommunisten an, die dem ausschließlich slawischen Charakter der neuen ČSR und der Aussiedlung aller „gefährlichen deutschen Elemente" zugestimmt hatten. Wenzel Jakschs Bemühungen in London scheiterten, ebenso wie sein anschließender verzweifelter Kampf gegen die Vertreibungspolitik der tschechoslowakischen Nachkriegsregierung. Jaksch und seine Anhänger vertraten politische Vorstellungen der westlichen Demokratie und lehnten jegliches diktatorische Regime ab, was ihn bereits 1945 in den Augen der sowjetischen Siegermacht suspekt erscheinen ließ und eine erklärte politische Feindschaft der östlichen, von den Sowjets bestimmten, Seite – KPD/SED und KPČ – begründete.[264] Jaksch konnte erst 1949 aus Großbritannien nach Westdeutschland zurückkehren. Von 1950 bis 1953 leitete er in Hessen das Landesamt für Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte. Von 1953 an saß er für die Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag. Als SPD-Mitglied wurde Jaksch führendes Mitglied in der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Er leitete von 1951 bis 1966 die Seliger-Gemeinde, das war die Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten in der Landsmannschaft der Sudetendeutschen und das Gegenstück zur katholisch-konservativen Ackermann-Gemeinde in der Landsmannschaft. 1961 bis 1966 war Jaksch Vizepräsident der Sudetendeutschen Landsmannschaft und von 1964 bis zu seinem Verkehrsunfalltod im November 1966 stand er als Präsident an der Spitze des Bundes der Vertriebenen.[265]

Erklärungen, die Wenzel Jaksch in seiner Funktion als Vertriebenenpolitiker abgab, interessierten die SED-Spitze.[266] Informationen der MfS-Hauptverwaltung Aufklärung über „Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordneten und BdV-Präsidenten Wenzel Jaksch zur Politik des ‚Bundes der Vertriebenen'" gingen an den SED-Chef

[263] Vgl. Detlef Brandes, Der Weg zur Vertreibung 1938–1945, S. 420–428; Jan Foitzik, Kadertransfer, S. 313f.

[264] Vgl. Manfred Wille, Die „freiwillige Ausreise" sudetendeutscher Antifaschisten in die SBZ, S. 28–36; Martin K. Bachstein, Wenzel Jaksch (1896–1966), Journalist und Politiker, in: http://www.exil-archiv.de.

[265] Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Wenzel_Jaksch; Jaksch, Wenzel, 1965, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 236–238.

[266] Vgl. Revanchismus – Personal-Ablage zu Jaksch 1960–1964, in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 3, Bl. 749–783.

Walter Ulbricht, den Vorsitzenden des DDR-Ministerrats Willi Stoph, an die Chefideologen und Agitatoren Albert Norden und Hermann Axen, den Staatssekretär im Außenministerium Otto Winzer. Alle Funktionäre, außer Winzer, waren Mitglieder im SED-Politbüro.[267] Was konkret aber warf die ostdeutsche Seite dem SPD- und Vertriebenenpolitiker vor? In internen biographischen Kurzinformationen für die SED-Spitze billigte man Jaksch durchaus zu, NS-Gegner und „Kämpfer gegen die Henlein-Bewegung“[268] in der ČSR der 1930er Jahre gewesen zu sein.[269] Öffentlich aber hörte man die stereotypen Anschuldigungen gegen Jaksch: Er sei „extremer Antikommunist und Nationalist und Revanchist“[270], dem rechten Flügel der Sozialdemokratie zugehörig, der mit der „Monopolbourgeoisie“ paktiere und „Verfechter der imperialistischen Kriegs- und Revanchepolitik“ sei.[271] Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, deren Funktionär Jaksch war, bezeichnete man in Ost-Berlin als „nazistische Organisation“ und Jaksch warf man vor, er arbeite mit dem „Nazisumpf“ in der Sudetendeutschen Landsmannschaft zusammen.[272] Die SED-Propaganda verstieg sich dann in der Öffentlichkeit immer mehr, den langjährigen Sozialdemokraten und von 1938 an im Exil lebenden Jaksch in ausfallender Weise als „Nazi“ zu beschimpfen. Der „Ausschuß für Deutsche Einheit“, das offizielle Propagandagremium für die SED-Westarbeit, verbreitete 1960 unter dem Titel „Wenzel Jaksch – Ein Arbeiterverräter“: Als Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft unterstütze Jaksch deren „revanchistische Forderungen“. Für ihn und seine Anhänger „lag die Ursache für die gewaltsame Rückgliederung des […] Sudetenlandes in das ‚Großdeutsche Reich‘ und die militärische Besetzung der Tschechoslowakei nicht in der systematischen Zersetzungsarbeit der nazistischen Henlein-Leute, einer 5. Kolonne Hitlers; sondern sie lag schon in der Gründung des Staates, der den deutschen Minderheiten nicht genügend Rechte […] zubilligte.“ Dazu meinten die SED-Agitatoren: „Solche Auffassungen sind ein offener Verrat an den Opfern des tschechoslowakischen Volkes – über 350 000 Tschechen ließen im Zweiten Weltkrieg ihr Leben […] Die sudetendeutschen Sozialdemokraten verbündeten sich mit den übelsten Chauvinisten […] Auf ihren Treffen

267 HV A vom 17. Juni 1964, in: BStU MfS HV A 206, Bl. 225–227.

268 Henlein-Bewegung: Anhängerschaft von Konrad Henlein (1898–1945), sudetendeutscher Politiker, gründete und führte 1933 die „Sudetendeutsche Heimatfront“, ab 1935 „Sudetendeutsche Partei“. Diese errang 1935 zwei Drittel der deutschen Mandate im tschechischen Parlament. Von einer gemäßigten Autonomieforderung der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei entfernten sich Henlein und seine Partei. Ab 1937 kam es zum offenen Bekenntnis zum Nationalsozialismus, es wurde der Anschluß an Hitlers Deutschland gefordert. Nach dem Münchner Abkommen (1938) überführte Henlein seine Partei in die NSDAP. 1939–1945 war es Reichsstatthalter des Reichsgaus Sudetenland, ab 1943 SS-Obergruppenführer. Vgl. Lexikon der deutschen Geschichte, S. 533 f.

269 Vgl. Jaksch, Wenzel, 1965, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488.

270 1968 hieß es: „Jaksch [ist …] mit seinem extremen Antikommunismus und Revanchismus keine Einzel- oder Ausnahmeerscheinung in der Sozialdemokratie. Er ist nur ein besonders anschauliches Beispiel […], wohin die Politik des Paktierens […] mit der Monopolbourgeoisie und der Spaltung der Arbeiterklasse durch rechte sozialdemokratische Politiker […] in Westdeutschland geführt hat.“ Edmund Jauering, Sozialdemokratie und Revanchismus, S. 15.

271 Vgl. ebenda, S. 10, 15.

272 Vgl. ebenda, S. 11 f.

ergreifen Faschisten […] das Wort, und der Sozialdemokrat Jaksch steht ihnen in der Hetze gegen die DDR, Polen und die ČSSR nicht nach. Er wurde ein Wortführer der Politik des deutschen Imperialismus. Jaksch gehört mit zu den schlimmsten Hetzern gegen die Oder-Neiße-Grenze […]" [273] Und das abschließende, vernichtende Urteil der Agitatoren aus dem ZK-Apparat der SED lautete dann auch: „Heute ist Jaksch das, was er 1938 nicht werden konnte, ein Faschist."[274]

Die SED-Ideologen warfen Wenzel Jaksch vor, daß er seine Forderungen nach Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen ungebrochen und laut vortrug. Sie unterstellten ihm, territoriale Forderungen gegenüber der ČSSR zu erheben, was nachweislich nicht der Wahrheit entsprach. Jaksch wehrte sich gegen die Kollektivschuld-Vorwürfe an die sudetendeutsche Landsgruppe, als sogenannte 5. Kolonne die tschechoslowakische Demokratie in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre mit ausgehebelt zu haben. Jaksch beanspruchte für seine Landsmannschaft ein Mitspracherecht bei der Ostpolitik der Bundesrepublik, insbesondere ein Vetorecht bei den außenpolitischen Beziehungen mit Prag. Dies führte auch zur Kritik in Westdeutschland, insbesondere aus den Reihen seiner eigenen Partei.[275] Westdeutsche Kritik erntete Jaksch auch dafür, daß er sich nicht scheute, für die Sache der Sudetendeutschen mit ehemaligen sudetendeutschen Nationalisten bzw. ehemaligen überzeugten NS-Anhängern zusammenzuarbeiten.[276] Die SED-Propaganda gegen Wenzel Jaksch blieb einseitig und undifferenziert. Sie verebbte auch nicht nach seinem Unfall-Tod Ende 1966. Alle Diffamierungen wiederholte die SED-Propagandaschrift von Edmund Jauernig aus dem Jahr 1968 mit dem Titel: „Sozialdemokratie und Revanchismus".[277]

Die starke Stellung der SPD innerhalb des Bundes der Vertriebenen in den 1960er Jahren demonstrierte die Nachfolgewahl des Sozialdemokraten Reinhold Rehs im März 1967 zum BdV-Präsidenten. Rehs war zu diesem Zeitpunkt seit knapp einem Jahr auch Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen. Reinhold Rehs[278] war eigentlich kein typischer Sozialdemokrat. Er stammte aus einer bürgerlich protestantischen Familie und war seit 1928 in Königsberg als Rechtsanwalt tätig gewesen. Erst nach

[273] Wenzel Jaksch, Ein Arbeiterverräter, „Heim ins Reich-Krieger" und „Volk ohne Raum-Ideologe", Oktober 1960, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488.

[274] Ebenda; vgl. auch: Jaksch auf Goebbels' Spuren, in: ND, Berlin (Ost), 21. Januar 1966, S. 4; Widerstandspolitik der Vertriebenen, 30. August 1966, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488; So sieht Jakschs „wahre gesamtdeutsche Gemeinschaft" aus, in: Neue Kommentare, Frankfurt a. M., Juli 1961, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488.

[275] Vgl. „Widerstandspolitik der Vertriebenen", gesendet im ARD am 30. August 1966, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488 (dort verschriftet).

[276] Vgl. Wenzel Jaksch greift NDR-Fernsehen an, 29. Februar 1964, in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 3, Bl. 763.

[277] Dort S. 9–15, 166ff., 193, 205–217. Jauernigs Buch war eine im traditionellen Stil der SED geprägte Propagandaschrift, die aber auch Einblicke in die Geschichte der im britischen Exil lebenden Sozialdemokraten der ČSR und ihrer Spaltung gab. Vgl. auch Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 17f., 310ff.

[278] Reinhold Rehs (1901–1972), geboren in Klinthenen/Kr. Gerdauen, Jurist, ab August 1945 Justitiar in Kiel, ab 1962 Vizepräsident des BdV, Mai 1969 wegen der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel Austritt aus der SPD und Wechsel zur CDU. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Reinhold_Rehs.

seiner Vertreibung trat er 1948 der SPD bei und gehörte für diese Partei zunächst von 1950 bis 1954 dem Landtag von Schleswig-Holstein an, bevor er dann von 1953 bis 1969 als Abgeordneter im Bundestag saß. Rehs war eher ein trockener und nüchterner Rechtsgelehrter, der mit zur juristischen Untermauerung der heimatpolitischen Ziele der Vertriebenen beitrug. Ihm fehlte allerdings völlig das charismatische Wesen des Vollblut-Politikers Jaksch.[279] Dies hatte zur Folge, daß Rehs nicht wie Jaksch ins Visier der öffentlichen SED-Propaganda rückte. Auch fehlten bei Rehs Angriffspunkte aus seinem politischen Leben vor 1945. Das MfS verfügte dennoch über ein Personendossier zu Reinhold Rehs.[280] Als einzig kritischen Punkt enthielt die Akte den Satz: „Während des Krieges war Rehs Offizier (Oberleutnant) der faschistischen Wehrmacht.“[281] In den üblichen DDR-Propagandaschriften der zweiten Hälfte der 1960er Jahre sparte man aber auch bei Rehs nicht mit Bezeichnungen und Vorwürfen wie: „Neuer Chef – Alte Politik“, „Revanchistensprecher Rehs, der sich nicht scheut, auf Revanchistentreffen mit NPD-Landtagsabgeordneten aufzutreten“, „Reinhold Rehs ist gegen jede Entspannungspolitik und bekräftigt die Bonner Gebietsforderungen“, „Rehs hetzt gegen alle, die auf Verzicht setzen, seine nationalistischen Zungenschläge waren zuweilen unerträglich“.[282] Aber zu SED-Kampagnen gegen den BdV-Präsidenten Rehs kam es nicht. Nicht ohne gewisse Häme – nach dem Motto „Revanchistenführer wechselt politische Parteigesinnung wie das Hemd“ – registrierten SED und MfS den Tumult in der Bonner Politik, als Reinhold Rehs im Mai 1969 die SPD verließ und in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wechselte.[283]

Der linke Flügel in der SPD drängte die Parteiführung seit 1967 verstärkt, den unverbindlich-hinhaltenden Kurs gegenüber den Vertriebenenverbänden zu ändern. Die Mehrheit der Sozialdemokraten wünschte eine deutlichere Abgrenzung zum BdV und seinen Grenzrevisionsforderungen. Auf dem SPD-Bundesparteitag 1968 folgten die Delegierten ihrem Parteichef Willy Brandt, der sich öffentlich für die „Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung“ aussprach. Der Parteitag verabschiedete eine ähnlich lautende Entschließung: Wille zur Respektierung und Anerkennung der bestehenden Grenzen, insbesondere der „gegenwärtigen polnischen Westgrenze“.[284] Dieser Kurswechsel der Sozialdemokratie schockierte die SPD-Vertriebenenpolitiker. Der BdV-Präsident Reinhold Rehs geriet in der SPD wie im Vertriebenendachverband zunehmend in Bedrängnis. SPD-Vertriebenenfunktionäre der zweiten Reihe gestanden sich ein, daß die Vertriebenen keinen Einfluß mehr in den Untergliederungen der Partei hatten. Allzusehr hätte man sich nur auf die Arbeit in den Vertriebenenorganisationen konzentriert. Mit dem Par-

279 Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 256ff.
280 Vgl. Dossier, in: BStU MfS PA 1155, Bl. 7–56.
281 Rehs, Reinhold, 1967, in: BStU MfS PA 1155, Bl. 19.
282 30 Jahre nach München. Aggressive Ostpolitik gegen die Tschechoslowakei gestern und heute, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front, 1968; Revancheaufmärsche mit Volk-ohne-Raum-Theorie, 20. August 1968, in: BStU MfS PA 1155, Bl. 22, 23, 25
283 Vgl. Zeitungsartikelsammlung beim MfS, in: BStU MfS PA 1155, Bl. 28–43, und MfS ZAIG 9708, Bd. 2, Bl. 519–536, 545, 550, 584, 586, 588.
284 Vgl. und zitiert bei Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 260.

teitag 1968 war etwas grundsätzliches im Verhältnis zwischen SPD und BdV in die Brüche gegangen. Es gab keinen echten deutschlandpolitischen Konsens mehr zwischen SPD und Vertriebenenverbänden. Dieser Entfremdung trug im Mai 1969 Reinhold Rehs Rechnung und erklärte seinen Austritt aus der SPD, um umgehend in die CDU zu wechseln. Er betonte von da an vehement die heimatpolitische Übereinstimmung des BdV mit der Union. Problematisch war 1969 noch, daß Reinhold Rehs zum Wahlboykott gegen die „SPD-Verzichtspolitiker" aufrief und der Bund der Vertriebenen seine bisher praktizierte parteipolitische Neutralität dadurch in Frage stellte.[285]

Das Ergebnis der Bundestagswahl am 28. September 1969 ermöglichte die Bildung der ersten sozial-liberalen Koalition und war für den Bund der Vertriebenen und seinen Präsidenten problematisch. Rehs versuchte noch, über den neuen Bundeskanzler Willy Brandt heimatpolitische Forderungen der Vertriebenen in die Regierungserklärung einfließen zu lassen, insbesondere die Beibehaltung des Bundesvertriebenenministeriums zu fordern. Beides ließ sich nicht mehr durchsetzen. Die SPD-Führung brachte unumwunden zum Ausdruck, daß sie nicht mehr gewillt war, auf den BdV über Gebühr Rücksicht zu nehmen. Die Opposition des BdV gegen die Neue Ostpolitik wurde als grundsätzliche Kampfansage an die SPD begriffen, und die Bundesregierung verlor ab 1970 zunehmend das Interesse daran, ihre Politik den Vertriebenen glaubwürdig zu vermitteln.[286]

Die Vorgänge in der SPD und ihre Stellung zu den organisierten Vertriebenen wurden in Ost-Berlin bei SED und MfS beobachtet. Gegen den BdV-Präsidenten fanden sich die üblichen Kommentare in den SED-Zeitungen wie „‚BdV' und Rehs hetzen gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze"[287]. Große „Revanchismus-Kampagnen" organisierte man, wie gesagt, gegen Rehs nicht. Wenzel Jaksch und Reinhold Rehs blieben bisher die beiden einzigen Sozialdemokraten, die als BdV-Präsidenten die Geschicke des Vertriebenendachverbands mitbestimmten.

5. Ostverträge und der BdV: Interessenlage bei SED und MfS

Das Hinhalten der Vertriebenenverbände durch die SPD, das Ruhigstellen der organisierten Vertriebenen, ihrer Funktionäre und auch der SPD-Vertriebenenpolitiker durch schwammige Versprechungen des SPD-Vorstands von „gerechter Grenzziehung" oder „so viel wie möglich von Deutschland für die Deutschen [zu] retten"[288], war kennzeichnend für die SPD-Politik gegenüber BdV und Landsmannschaften in der Zeit der Großen Koalition. Die neu gewählte sozial-liberale Bonner Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt ging 1969 sichtbar auf Distanz zum BdV, den ostdeutschen Landsmannschaften und ihren Funktionären. Die SPD-Führung gab Ver-

[285] Vgl. ebenda, S. 261–275.
[286] Vgl. ebenda, S. 273 ff.; Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 105 f.
[287] Vgl. ND, 21. Juli 1970, und weitere Artikel in: BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1, Bl. 12–245, hier Bl. 116.
[288] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 245–247.

triebenenfunktionären in Gesprächen 1969/70 zu verstehen, daß die „Politik der Stärke“ nicht mehr anwendbar sei und die Oder-Neiße-Grenze auf absehbare Zeit die Westgrenze Polens bleiben werde. Der politische Kampf der Vertriebenenverbände gegen die Ostverträge, insbesondere gegen die Verträge mit Moskau und Warschau 1970, kulminierte in der Bonner BdV-Großkundgebung am 30. Mai 1970 gegen die „Brandt-Scheel-Verzichtspartei“. Die neue Koalitionsregierung in Bonn begriff diese Aktion als fundamentalen Angriff auf ihre Ost- und Deutschlandpolitik. Um von Seiten der SPD die Vertriebenenverbände unter Druck zu setzen, existierten zeitweise Überlegungen, die öffentlichen Mittel für die Vertriebenenverbände zu kürzen oder eine regierungsfreundliche Gegenorganisation zu gründen und damit den BdV zu spalten. Diese Gegenorganisation sollte sich ausschließlich auf erinnerungskulturelle Ziele beschränken.[289] Beides – Mittelkürzungen[290] und Schaffung einer Gegenorganisation – setzte die SPD-geführte Regierung letztlich nicht um.

Eine lange geplante Maßnahme hingegen bestand in der Abschaffung des Bundesvertriebenenministeriums gleich nach dem Wahlsieg der SPD 1969. Der Bruch zwischen Sozialdemokraten und dem Bund der Vertriebenen war Ende 1970 vollzogen. Der BdV sprach zur Bundestagswahl von 1972 erstmalig eine Wahlempfehlung für die Unionsparteien aus. Zu dieser Zeit, genau am 29. Februar 1972, hatte ein weiterer prominenter sozialdemokratischer Vertriebenenpolitiker, Herbert Hupka, die SPD verlassen und sich der CDU angeschlossen.[291] Die absolute Zahl der SPD-Parteiaustritte bzw. Parteiwechsel blieb hingegen klein, die SPD verlor mit Abschluß der Ostverträge ihr Vertriebenenklientel nicht.[292]

Inwieweit registrierte man in Ost-Berlin diese Entwicklung in der SPD und in den Vertriebenenverbänden? SED und MfS sammelten die Fakten und beobachteten die Veränderungen. Aber wie kommentierten sie die sich ändernden Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und BdV? Wurde die MfS-Bearbeitung der Vertriebenenverbände der neuen Situation angepaßt? Zunächst fallen die umfangreichen Sammlungen von Zeitungs- und Zeitschriftenartikel bzw. von verschrifteten Radio- und Fernsehsendungen aus dieser Zeit auf, die die Zentrale Auswertungs- und Informationsabteilung des MfS zusammentrug bzw. anfertigte.[293] Die überlieferten Berichte der Auslandsspionageabteilung HV A des MfS[294], die einen direkten Bezug zum Bund

[289] Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 105–109; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 275–297; Vertriebenenverband vor der Spaltung?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Juni 1970; Wischnewski kündigt mögliche Spaltung der Vertriebenen an. ADN-Information, 1. Juni 1970; Günter Grass, Kalte Heimat, in: Der Spiegel, 40/1970, vom 28. September 1970.

[290] Die Kürzungen der finanziellen Zuwendungen für die Vertriebenenverbände wurden nur anfänglich nicht umgesetzt, im Laufe der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kam es insbesondere zu Kürzungen für die institutionelle Stützung der Verbände. Vgl. MfS-Information über die Lage im Bund der Vertriebenen und seine weiteren Aktivitäten, 13. Januar 1975, in: BStU MfS HV A 114, Bl. 363–368.

[291] Vgl. Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 196–209.

[292] Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 105 f.; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 195, 279.

[293] Vgl. nur als Auswahl, BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1, Bl. 12–265 und ZAIG 9715, Bl. 1–230.

[294] Welche HV A-Berichte möglicherweise vernichtet wurden, kann hier nicht geklärt werden.

der Vertriebenen haben, befaßten sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wiederkehrend mit der finanziellen Lage und inneren Struktur des Dachverbandes[295], mit der Öffentlichkeitsarbeit des BdV und mit den Stellungnahmen der BdV-Funktionäre zu ost- und deutschlandpolitischen Ereignissen.[296] Diese HV A-Berichte gingen in der Regel an SED-Chef Walter Ulbricht, ab 1970 an Erich Honecker, an die Propagandisten und Chefideologen Albert Norden, Werner Lamberz und Joachim Herrmann[297] sowie an den DDR-Außenminister Otto Winzer und gelegentlich auch an den polnischen, tschechoslowakischen und sowjetischen Geheimdienst. Die Auslandsaufklärung des Staatssicherheitsdienstes hielt es 1967/68 für wichtig, der SED-Führung detaillierte Mitteilungen über die sich „verschlechternde finanzielle Lage des BdV" zu machen. So hieß es in den Informationen einer nicht mehr näher zu bestimmenden Spitzel-Quelle mit dem IM-Decknamen „Alex" von 1967, daß sowohl das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen als auch das Bundesministerium für Vertriebene ihre Zuschüsse für den BdV und die Landsmannschaften verglichen mit dem Vorjahr verringern wollen, und benannten dafür die schlechte Finanzlage des Bundes als Ursache. Tatsächlich ging es beiden Ministerien zunächst aber nicht um Mittelkürzungen, sondern darum, den Trend der ständig wachsenden finanziellen Forderungen des BdV zu stoppen.[298] So sah man dies auch in Ost-Berlin. Hervorhebenswert befanden die MfS-Mitarbeiter, daß 1967 DM 50 000 für „gesamtdeutsche Aufklärungsarbeit" in den Medien, Schulen und Universitäten in der Bundesrepublik und DM 190 000 für Aufklärungsarbeit im Ausland – im Jahr zuvor wären es nur DM 3500 gewesen – veranschlagt wurden. Teile dieser Mittel würden vom Krupp-Konzern Essen und vom Axel-Springer-Verlag zur Verfügung gestellt.[299] Finanzforderungen des BdV in Höhe von DM 600 000 für die Unterstützung der Presseerzeugnisse der Landsmannschaften hätten sowohl Bundesminister Herbert Wehner (SPD) als auch

[295] Vgl. Einzelinformation über die finanzielle Lage des Bundes der Vertriebenen, 13. März 1967; 28. Juni 1967; 18. Oktober 1967, in: BStU MfS HV A 222, Bl. 116–122; HV A 225, Bl. 190–197; HV A 229, Bl. 182–186.

[296] Vgl. Einzelinformation über einige Vorgänge im BdV; 6. Februar 1968, und 25. Juni 1968; 2. September 1970; Gespräche des SPD-Präsidiums und des BdV am 26. November 1970, in: BStU MfS HV A 235, Bl. 68–76; HV A 131, Bl. 181–187; HV A 170, Bl. 144–149; HV A 176, Bl. 293–295.

[297] Werner Lamberz (1929–1978), ab 1947 hauptamtlicher SED- und FDJ-Funktionär, Besuch der Moskauer Parteihochschule, ab 1963 im ZK-Apparat verantwortlich für Auslandspropaganda, ab 1967 ZK-Sekretär für Agitation/Propaganda, ab 1976 SED-Politbüro. Vgl. Wer war wer in der DDR?, S. 497.
Joachim Herrmann (1928–1992), 1948 SED, Redakteur, Parteischule in Moskau, ab 1958 Mitarbeiter im ZK-Apparat, 1963–1968 Agitationskommission und 1960–1972 Westkommission des Politbüros, 1966–1971 StS für westdeutsche Fragen, 1973–1989 im SED-Politbüro. Vgl. ebenda, S. 346f.

[298] Der BdV hatte 1967 Zusagen vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen über Finanzmittel von DM 578.00. Dies waren nur DM 2000 weniger als 1966, aber DM 68 500 weniger als vom BdV beantragt worden waren. Das Vertriebenenministerium zahlte dem BdV für „kulturelle Aufgaben" DM 190 000, das waren DM 5000 weniger als 1966. Die gekürzten Mittel wurden durch Sonderzuschüsse der Ministerien für konkrete Einzelvorhaben ausgeglichen. Vgl. Information über die finanzielle Lage des BdV, 18. Oktober 1967, in: BStU MfS HV A 229, Bl. 182, 184, 185.

[299] Vgl. Information über die finanzielle Lage des BdV, 13. März 1967, in: BStU MfS HVA 222, Bl. 116–120.

Franz Josef Strauß (CSU)[300] abgelehnt. Beide seien sich darin einig, daß das geforderte Geld keine Ausgleichszahlung für die erhöhten Gebühren im Postzeitungszustelldienst darstellten. Die hohen Fehlbeträge bzw. die hohen Kosten bei der Vertriebenenpresse kämen zustande, weil mit den 236 Heimatzeitungen und Mitteilungsblättern kleiner und kleinster Gruppen eine starke Zersplitterung des BdV-Pressewesens vorhanden sei. Mit einer Straffung und besseren Organisation könnte der Bund der Vertriebenen die Kosten selbst deutlich reduzieren und müßte keine Bundesmittel dafür einfordern.[301]

Die SED-Spitze in Ost-Berlin erhielt mit der MfS-Information vom März 1967 Kenntnis über eine geplante, nicht unwesentliche Kursänderung in der Bundesregierung: Aus Kreisen von SPD-Landtagsabgeordneten sei wiederholt zu hören gewesen, daß die Regierung der Großen Koalition über die Einschränkung von finanziellen Zuwendungen für BdV und Landsmannschaften nachdenke. Konkret hieß es im MfS-Dossier: „Im Januar 1967 äußerte [eine besagte SPD-Quelle[302] …], daß die Bundesregierung im Zusammenhang mit ihren Absichten zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ländern des Ostblocks beschlossen habe, ihre Zuschüsse für die Landsmannschaften zu reduzieren. Das beziehe sich besonders auf die finanzielle Unterstützung der Heimatrechts[forderungen] und Druckerzeugnisse aller Art. Vertriebenenminister von Hassel[303] habe dazu sein Einverständnis erklärt. Ferner sei festgelegt worden, daß weder Vertreter der CDU/CSU noch der SPD auf Vertriebenenversammlungen Reden halten, die den Kurs der Regierung [in der Ostpolitik] stören könnten. Rundfunk und Fernsehen sollen bei ihrer Berichterstattung über die Tätigkeit der Vertriebenenverbände angeblich einer Vorzensur unterzogen werden. Mit diesen Maßnahmen soll der Revanchismus-Propaganda der DDR wirkungsvoll begegnet werden.“[304] Im Februar 1968 informierte der DDR-Geheimdienst über den Präsidiumsbeschluß des BdV, der „Neuen Ostpolitik“ der Bundesregierung entgegenzusteuern. Der Verband nutze jede sich bietende Möglichkeit […], die BdV-Sicht über die Ost- und Deutschlandpolitik zu propagieren unter dem Slogan: „Eine Politik der Stärke könne nicht durch eine Politik der Schwäche gekontert werden.“ Für diese Offensive der Vertriebenenverbände sollten umgehend „alle Materialien gegen eine Anerkennung des ‚Zonenregimes‘ und der Oder-Neiße-Grenze“[305] zusammengestellt werden. BdV-Präsident Reinhold Rehs habe sich zudem im Verbandspräsidium beklagt, daß er bei der letzten außenpolitischen Debatte im Bundestag nicht zu Wort gekommen sei, und er verwies auf die „schwierige Situation, in der sich die wenigen

[300] Franz Josef Strauß (1915–1988), 1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955/56 Bundesminister (BM) für Atomfragen, 1956–1962 BM für Verteidigung, 1966–1969 BM der Finanzen, 1978–1988 Ministerpräsident des Freistaates Bayern, 1961–1988 Vorsitzender der CSU.

[301] Vgl. Information über die finanzielle Lage des BdV, 28. Juni 1967, in: BStU MfS HV A 225, 195, 196.

[302] Name von der BStU-Behörde aus Datenschutzgründen geschwärzt.

[303] Kai-Uwe von Hassel (1913–1997), 1946 CDU, 1954–1963 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1963–1966 Bundesverteidigungsminister, 1966–1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1969–1972 Präsident des Deutschen Bundestages.

[304] Information über die finanzielle Lage des BdV, 13. März 1967, in: BStU MfS HV A 222, Bl. 121.

[305] Information über einige Vorgänge im BdV, 6. Februar 1968, in: BStU MfS HV A 235, Bl. 69.

engagierten heimatvertriebenen Abgeordneten" befänden.[306] Die HV A-Informanten wußten in der ersten Hälfte des Jahres 1968 auch nichts Neues über das Verhältnis zwischen BdV-Präsidium und SPD-Parteivorstand an die SED-Führung zu berichten. Mitteilenswert war einzig, daß ein Gesprächstermin mit dem Juso-Bundesvorsitzenden Peter Corterier[307]vereinbart worden sei, da dieser sich immer wieder öffentlich zum Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete ausgesprochen habe.[308] Die BdV-Spitze habe im Juni 1968 eingestehen müssen, daß alle Versuche katholischer Vertriebenenpolitiker gescheitert seien, auf einen Kreis linker katholischer Intellektueller – den sogenannten Bensberger Kreis[309] – einzuwirken, von der Veröffentlichung einer Art katholischer Ost-Denkschrift, ähnlich der evangelischen Ostdenkschrift vom Oktober 1965, Abstand zu nehmen. Die BdV-Spitze werde nun dazu übergeben, so die MfS-Berichte, das „Memorandum des Bensberger Kreises" öffentlich politisch zu bekämpfen.[310]

Das SED-Politbüro ließ sich nach der Bundestagswahl im September 1969 und der Konstituierung der sozial-liberalen Bundesregierung unter Bundeskanzler Willy Brandt von der MfS-Aufklärung über die „starke Fraktion führender Funktionäre der revanchistischen Organisationen im Bundestag" unterrichten. Die MfS-Bearbeiter listeten namentlich die „Fraktion der Landsmannschaftsfunktionäre im VI. Bundestag" auf: Das waren in der CDU/CSU-Fraktion 20 Abgeordnete, in der SPD-Fraktion 28 Abgeordnete und in der FDP-Fraktion fünf Abgeordnete. Zu diesen Bundestagsabgeordneten, die zugleich Funktionen in Vertriebenenorganisationen innehatten, gehörten beispielsweise auf Seiten der CDU/CSU Walter Becher, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Herbert Czaja, Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier, und Hans Edgar Jahn, BdV-Vizepräsident. Auf Seiten der SPD-Fraktion zählten dazu Herbert Hupka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesiens, Willy Bartsch, Präsidiumsmitglied der Schlesischen Landsmannschaft, oder Heinz Kreutzmann, Vorstandsmitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Und als Beispiel aus dem Kreis der FDP wurde Erich Mende, Mitglied der Schlesischen Landesversammlung, genannt.[311]

Über die Auslandsaufklärung des MfS war die SED-Spitze im Dezember 1969 in Besitz einer Expertise gekommen, die eine Arbeitsgruppe unter Leitung des BdV-Präsidenten Reinhold Rehs unter Mitwirkung namhaften westdeutscher Historiker und

306 Vgl. Information über einige Vorgänge im BdV, 6. Februar 1968, in: BStU MfS HV A 235, Bl. 70.

307 Peter Corterier (*1936), Jurist, SPD, 1967–1969 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten (Juso), 1969–1987 MdB, 1981/82 Staatsminister im Auswärtigen Amt.

308 Vgl. Information über einige Vorgänge im BdV, 6. Februar 1968, in: BStU MfS HV A 235, Bl. 72; Information über einige Vorgänge im BdV, 25. Juni 1968, in: BStU HV A 131, Bl. 185.

309 Der Bensberger Kreis war ein Zusammenschluß linker katholischer Kräfte (um die Publizisten Walter Dirks und Eugen Kogon), die seit 1966 zur Verständigung und Versöhnung zwischen Polen und Deutschen aufriefen. Sie forderten zum Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete jenseits der Oder und Neiße auf, sie galten mit als Wegbereiter der Neuen Ostpolitik.

310 Vgl. Information über einige Vorgänge im BdV, 6. Februar 1968, und 25. Juni 1968, in: BStU MfS HV A 235, Bl. 71 und HV A 131, Bl. 184, 185.

311 Vgl. Die Fraktionen der Landsmannschaftsfunktionäre im VI. Bundestag, Oktober 1969, in: BStU MfS ZAIG 8890-2, Bl. 53–56.

Juristen[312] zum Thema „Festlegungen zur Anerkennungsfrage der ‚DDR'" ausgearbeitet hatte.[313] Diese war ganz im traditionellen politischen Tenor des BdV verfasst und bestehend aus den bekannten Punkten: Regelung der deutschen Ostgrenze auf Grundlage von 1937 durch einen Friedensvertrag, keine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, keine staatliche Anerkennung der DDR. Möglicherweise war dies Anlaß dafür, daß sich im ZK-Apparat der SED 1969 und 1970 die Mitarbeiter der „Westabteilung", des „KPD-Arbeitsbüros" bzw. Agitations-Funktionäre mit dem „Revanchismus und Alleinvertretungsanspruch Bonns" wieder einmal intensiver befaßten und sich das Ziel setzten, Widersprüche und Differenzen in der CDU/CSU und in den Vertriebenenorganisationen hinsichtlich der „Revanchismus-Problematik" zu erkennen und zu verstärken.[314] Der ZK-Apparat gab in Auftrag, unter Mitarbeit von Völkerrechtlern und Historikern eine weitere Studie über den „westdeutschen Revanchismus und Alleinvertretungsanspruch" auszuarbeiten. Folgende Vorgaben wurden gemacht: 1. Der deutsche Imperialismus verfolge seit 50 Jahren, seit dem Ersten Weltkrieg, ungebrochen seine aggressiven Eroberungsziele. 2. Für seine Ideologie der Revanche habe der Imperialismus revanchistische Organisationen und Verbände geschaffen, die das deutsche Volk für einen weiteren, dritten Weltkrieg vorbereiten sollen. 3. Die Gebietsforderungen und Expansionsziele des deutschen Imperialismus müssen umfassend belegt werden. 4. Die Alleinvertretungsanmaßung des westdeutschen Imperialismus muß als potentielle Kriegserklärung an die DDR gewertet werden. 5. Am Kurs der „Neuen Ostpolitik" muß nachgewiesen werden, daß Bonn mit der Nichtanerkennung des Status quo in Europa die revanchistische Richtung beibehält. Und 6. soll die Studie beweisen, daß das „veränderte Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus" den aggressiven Kreisen ihre Grenzen setzt.[315] 1969 erschien in der DDR die Dokumentation: „Landsmannschaftlicher Revanchismus in Westdeutschland. Zu seiner Geschichte und Rolle im imperialistischen Herrschaftssystem", herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte Berlin (Ost).[316]

Die SED-Propaganda zielte darauf, Widersprüche und Interessengegensätze in den Vertriebenenverbänden zu verstärken bzw. auch künstlich hineinzutragen und zu schüren. Im Juli 1970 schlugen deshalb die SED-Funktionäre für „Westarbeit" dem Ideologie-Chef Albert Norden vor, daß sich die SED-Propaganda mehr mit der

312 Unter anderem hatten mitgewirkt: Jens Hacker (Köln), Professor Boris Meissner (Köln), Professor Fritz Münch (Bonn) und Professor Friedrich Klein (Münster).

313 Vgl. HV A an Abteilung Agitation, 17. Dezember 1969, in: BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1, Bl. 267–275.

314 Vgl. Konzeption zum Komplex Revanchismus und Alleinvertretungsanspruch Bonns, 15. November 1968, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5061 g; Hausmitteilung ZK-Westabteilung an Albert Norden: Differenzierungen in der CDU/CSU und in den Revanchistenorganisationen, 30. Juli 1970, in: ebenda, DY 30 IV 2/2028/15, Bl. 51–57.

315 Vgl. Konzeption zum Komplex Revanchismus und Alleinvertretungsanspruch Bonns, 15. November 1968, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5061 g.

316 Andere ZK-interne Studien aus dieser Zeit sind z. B.: Der Ungeist der Revanche auf Westdeutschlands Straßen. Eine kurze Dokumentation zu den Aufmärschen der Revanchistenverbände in Westdeutschland – Pfingsten 1968, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/2028/15; Dokumentation über die Rolle und das Wirken der Landsmannschaften im System der Bonner Manipulierung, 25. Januar 1968, in: SAPMO-BA DY 16/895.

Gruppe der Vertriebenen in der Bundesrepublik befassen müsse. Man dürfe diesen westdeutschen Bevölkerungsteil nicht wie bisher den „konservativen und neonazistischen Kräften" in Westdeutschland überlassen.[317] Ihre Analyse – so die ZK-Apparat-Mitarbeiter – habe ergeben, daß auch in den Vertriebenenverbänden Widersprüche zwischen den „Zielen der rechten Führer" und den „Sehnsüchten nomineller Mitglieder der Umsiedlerorganisationen" existierten, die die SED-Propaganda nur verstärken müsse. Dabei habe man den Eindruck zu vermeiden, daß die DDR bzw. die Kommunisten in Ost- und Westdeutschland alle Mitglieder und Anhänger der Landsmannschaften und des BdV als „einzig reaktionäre Masse" ansähen. Vielmehr müsse die politische öffentliche Arbeit sich gegen die „rechten Führer des BdV" richten, diese isolieren, um die aktiven Anhänger zu dezimieren und die „ehemaligen Umsiedler" für ein friedliches Miteinander in Europa zu gewinnen.[318] In der ZK-Westabteilung der SED dachte man daran, in der politischen Auseinandersetzung der nächsten Zeit den Fragen und Problemen der „ehemaligen Umsiedler" mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es wurden Überlegungen angestellt, ob „ehemalige Umsiedler" aus der SED bzw. aus DKP-Kreisen gewonnen werden könnten, um bei Treffen der Vertriebenen mit „unseren Argumentationen" aufzutreten. Außerdem fragte man sich in Ost-Berlin, ob und wie es gelänge, namhafte Persönlichkeiten, die aus den polnischen, tschechoslowakischen und sowjetischen Gebieten (!) stammten, für eine öffentliche, politisch begründete Distanzierung von der Politik und den Zielen der Revanchistenverbände zu gewinnen.[319] Parallel dachte die SED-Führung kurzzeitig auch daran, die westdeutschen Kommunisten, ausgewählte DKP-Funktionäre, direkt zu beauftragen, eine „antirevanchistische Plattform" – einen kommunistisch gesteuerten Vertriebenenverband – aufzubauen.[320] Dies schien vermutlich eine Reaktion auf die zeitweilige Idee der SPD gewesen zu sein, eine Vertriebenen-Gegenorganisation in der Bundesrepublik zu initiieren. Im „KPD-Arbeitsbüro", das war die ZK-Abteilung der SED für die Instruierung der westdeutschen Kommunisten, hatten die Instrukteure im Juli 1970 „Gedanken für eine antirevanchistische Plattform" niedergeschrieben. Die Plattform sollte ebenfalls in die Richtung wirken, die „einflußreichen kalten Krieger", die sogenannten Berufsvertriebenen, „wie die zirka 5000 Funktionäre des BdV und der Landsmannschaften im westdeutschen Volksmund genannt werden"[321], von den organisierten Vertriebenen und vor allem von der großen zahlreichen Mehrheit der „einfacher Umsiedler in Westdeutschland" zu isolieren.[322] Die SED-Instrukteure aus

[317] Vgl. Hausmitteilung ZK-Westabteilung an Albert Norden: Differenzierungen in der CDU/CSU und in den Revanchistenorganisationen, 30. Juli 1970, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2028/15, Bl. 51, 52.

[318] Vgl. ebenda, Bl. 53, 54, 57.

[319] Hausmitteilung ZK-Westabteilung an Albert Norden: Differenzierungen in der CDU/CSU und in den Revanchistenorganisationen, 30. Juli 1970, in: SAPMO-BA DY 30 IV 2/2028/15, Bl. 57.

[320] Vgl. An das KPD-Arbeitsbüro: Gedanken für eine antirevanchistische Plattform, Juli 1970, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5326.

[321] Dokumentation über die Rolle und das Wirken der Landsmannschaften im System der Bonner Manipulierung, 25. Januar 1968, in: SAPMO-BA DY 16/895.

[322] Vgl. An das KPD-Arbeitsbüro: Gedanken für eine antirevanchistische Plattform, Juli 1970, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5326.

dem ZK waren der Meinung, die Mitglieder und Anhänger der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik müßten jetzt zur Entscheidung gedrängt werden, ob sie mit den „Revanchisten"-Politikern „den Weg über Revanchismus, Nationalismus und Völkerhaß zum dritten Weltkrieg" gehen wollen oder ob der „Weg des Friedens über die Anerkennung der Grenz-Realitäten" in Europa beschritten wird. Im Papier hieß es: „Von denen, die ihre Mitarbeit in den ‚Vertriebenen-Verbänden' bereits eingestellt haben, darf angenommen werden, daß sie sich entschieden haben."[323] Und auf dieses Ziel steuerten die ZK-Instrukteure der SED hin mit ihrer Idee der Schaffung einer „Plattform". Über eine Propagandaoffensive sollten die organisierten Vertriebenen in Westdeutschland zum Austritt aus den Landsmannschaften und dem Bund der Vertriebenen animiert bzw. die Vertriebenen insgesamt vom Einfluß und von den Veranstaltungen des BdV ferngehalten werden.

Die SED versuchte Argumente gegen das von den westdeutschen Vertriebenenpolitikern propagierte „Volksgruppenrecht" zu finden und vorzubringen. Die SED-Instrukteure behaupteten, die Vertriebenen seien weder eine ethnische Minderheit noch eine Volksgruppe. Die Vertriebenenfunktionäre hätten diese „Mystifikation Volksgruppe" künstlich erzeugt. Das Schicksal Flucht und Vertreibung sei kein Argument für die Behauptung der Existenz solcher Volksgruppen in der Bundesrepublik, da ansonsten auch eine „Volksgruppe Kriegsopfer" existieren müßte. Ost-Berlin verstieg sich darin vorzubringen, die „ehemaligen Schlesier, Ost- und Westpreußen, Pommern, Ostbrandenburger und Sudetendeutschen usw." wären „normale Bundesbürger, deren Geburtsort sich heute lediglich außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik" befände.[324] In der DDR wurde diese Argumentation nicht verbreitet, letzten Endes auch nicht in Westdeutschland, sie wäre dort als wenig glaubwürdig erachtet worden. Den „neofaschistischen Berufsvertriebenen", gemeint waren die Vertriebenenpolitiker, wurde von Ost-Berlin nachgesagt, daß sie nach wie vor „friedensbedrohend" agierten. Nur die Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, die Unantastbarkeit der europäischen Nachkriegsgrenzen hieße, nach SED-Überzeugung, Frieden, Ruhe und Sicherheit für alle „Umsiedler", für alle Deutschen und für Europa.[325]

Zu einigen SED/DKP-Aktionen gegen die Vertriebenenverbände dürfte es 1970 dennoch gekommen sein. So hatte am 10. November 1970 das DKP-geführte Wahlbündnis „Aktion Demokratischer Fortschritt" in Bonn zu einer Pressekonferenz mit dem Thema: „Demokratische Aktion fordert sofortige Einstellung der Subventionen für Vertriebenenorganisationen" geladen. Die dort vorgestellte Liste der Finanzierung der Vertriebenenverbände, die den Tatsachen entsprach, las sich folgendermaßen: Förderung der jährlichen Kulturarbeit der Vertriebenenverbände für das Rechnungsjahr 1970 mit DM 415 000; das Bundesministerium für Innerdeutsche Angelegenheiten gibt DM 3 120 000 für Aktivitäten der Verbände und zur Unterstützung ihrer

[323] Ebenda.
[324] Vgl. ebenda.
[325] Vgl. An das KPD-Arbeitsbüro: Gedanken für eine antirevanchistische Plattform, Juli 1970, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 5326.

Presseorgane; das Bundesinnenministerium zahlt jährliche Zuschüsse von DM 2 350 000; das Bundespresseamt subventioniert die Verbände mit DM 1 600 000; aus dem Etat der Bundesländer kommen jährlich DM 5 200 000 für die Finanzierung der Landsmannschaften und des BdV. Hinzu kämen Millionen-Zuschüsse für die „kultur- und volkspolitische Forschung" sowie für die Aufrechterhaltung von bischöflichen Verwaltungen der Diözesen jenseits der Oder und Neiße.[326] Auf der Bonner Pressekonferenz argumentierten die kommunistischen Veranstalter: „Angesichts dieser […] Subventionierung kann allein die Bundesgeschäftsstelle des Bundes der Vertriebenen [in Bonn] jährlich eine Million DM verbrauchen, die zu 80 Prozent aus Steuermitteln des Bundes stammen. Diese Vergeudung von öffentlichen Mitteln ist nicht nur fiskalisch, sondern auch innen- und außenpolitisch nicht länger zu rechtfertigen. Die Steuergelder dienen vornehmlich dazu, eine kleine Clique von Funktionären ohne nennenswerten Anhang […] politisch aufzuwerten und ihren gemeinsam mit […] der äußersten Rechten geführten Kampf gegen jede Friedens-, Gewaltverzichts- und Aussöhnungspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung zu führen – ein Kampf, der nur zu oft in eine bewußte Volksverhetzung ausartet."[327] Zur selben Zeit waren in der DDR die Zeitungen wieder voll mit Artikeln wie „Revanchistenhetze gegen die Oder-Neiße-Grenze"[328] über den BdV und die Landsmannschaften oder „Hohe Nazis leiten die Revanchistenverbände"[329].

Die MfS-Auslandsaufklärer lieferten im September und im Dezember 1970 Nachrichten aus dem Umfeld des BdV-Präsidiums und SPD-Parteivorstands, als die sozialliberale Koalition in Bonn bereits länger als ein Jahr im Amt war und die Verträge zwischen Bonn und Moskau bzw. Bonn und Warschau unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert waren.[330] Anfang September 1970 erhielten die SED-Politiker und Verantwortlichen für „Westarbeit" und für Propaganda Albert Norden, Werner Lamberz und Joachim Herrmann die nachrichtendienstliche Information, daß der BdV-Präsident Herbert Czaja über den offiziellen Gebrauch des Begriffs „Grenzen" durch die SPD-FDP-Bundesregierung für „Linien, die vorerst okkupiertes Gebiet sperren, die die Freizügigkeit der Deutschen behindern" geklagt habe. Czaja empörte sich: „Wer auf dem Boden des Grundgesetzes […] stehe, dürfe nicht Demarkations- und Verwaltungslinien in Grenzen umfunktionieren. Wer die Linien an Werra und Elbe als Grenze im völkerrechtlichen Sinne bezeichne, trage zur Auflösung Deutschlands bei."[331]

[326] Vgl. ADN-Information, 11. November 1970: Demokratische Aktion fordert auf Bonner Pressekonferenz sofortige Einstellung der Subventionen für Vertriebenenorganisationen, in: BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1, Bl. 22–25.

[327] Ebenda, Bl. 22.

[328] ND, 6. November 1970; Brandt empfing Revanchistenführer, in: ND, 17. Oktober 1970; Bonn will Revancheverbänden helfen, in: ND, 7. September 1970; Weiter Geld für Revanchisten, in: ND, 6. August 1970; BdV hetzt gegen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, in: ND, 21. Juli 1970; Ostlandritter machen mobil, in: ND, 17. März 1970; Hetze gegen Status quo, in: ND, 16. März 1970; gesammelt in: BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1, Bl. 33, 41, 61, 98, 116, 216, 218.

[329] ND, 13. August 1970; Kriegsverbrecher leiten revanchistische Landsmannschaften, in: Presse der Sowjetunion, 17. Juli 1970; (in: BStU MfS ZAIG, Teil 1, Bl. 88, 122).

[330] Vgl. Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 35–43.

[331] Information über eine BdV-Sozialtagung, Juni 1970, Heidelberg, BStU MfS HV A 170, Bl. 145, 146.

Wenn es um Nachrichten über Spitzentreffen zwischen BdV-Präsidium und SPD-Führung ging, bekam auch SED-Chef Erich Honecker die HV A-Informationen. So erhielt dieser Mitte Dezember 1970 Kenntnis vom Treffen der SPD-Präsidiumsmitglieder Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Hans-Jürgen Wischnewski und Karl Wienand[332] mit dem BdV-Präsidenten Herbert Czaja und seinen drei Vizepräsidenten Herbert Hupka, Friedrich Walter und Rudolf Wollner[333] am 26. November 1970 in Bonn.[334] Die Vertriebenenfunktionäre hätten den SPD-Politikern klar machen wollen, daß der BdV mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln gegen die Ratifizierung des Moskauer und des Warschauer Vertrages kämpfen würde. Gleichzeitig aber forderten dieselben, bei Realisierung der Verträge an deren Ausgestaltung – insbesondere an der Regelung der Verhältnisse von Deutschstämmigen in Polen und in der Sowjetunion – beteiligt zu werden. Den BdV-Vertretern sei daraufhin von SPD-Seite warnend erwidert worden, sie könnten an der Realisierung der Verträge nicht mitwirken, wenn sie ihren „Terror gegen die Ratifizierung" nicht aufgeben würden. Der Vertriebenenpolitiker Herbert Hupka – zu dieser Zeit noch SPD-Mitglied – habe sich mit allen Äußerungen zurückgehalten, aber auch darauf verwiesen, daß die SPD-Bundestagsfraktion noch keinen Beschluß über die Ratifizierungsfrage gefaßt habe, und so lange könne er noch sagen, was er denke.[335] Nach dem Treffen – so der HV A-Bericht abschließend – hätten die SPD-Präsidiumsmitglieder die Haltung der Vertriebenenspitze als Zeichen politischer Unsicherheit gewertet. „Der BdV habe zu erkennen gegeben, daß er die Ratifizierung der Verträge für möglich hält. Für diesen Fall wolle er seine Hand im Spiel behalten […]. Weiter habe der SPD-Funktionär die Schlußfolgerung gezogen, daß die Lage mit dem BdV nicht mehr so gefährlich sei […]."[336] Diese Einschätzung war zutreffend. Die Begegnungen zwi-

[332] Helmut Schmidt (*1918), 1967–1969 Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion, 1969–1974 Bundesminister, 1974–1982 Bundeskanzler.
Hans-Jürgen Wischnewski (1922–2005), geboren in Allenstein/Ostpreußen, seit 1946 SPD, 1968–1972 SPD-Bundesgeschäftsführer, ab 1970 im Parteivorstand, 1966–1968 Bundesminister.
Karl Wienand (*1926), 1947–2002 SPD, 1953–1974 MdB, 1967–1974 Parlamentarischer Geschäftsführer, stand seit Ende der 1960er Jahre in Kontakt zur DDR-Auslandsspionage, 1972 beim Mißtrauensvotum gegen Kanzler Brandt soll W. den Abgeordneten Julius Steiner (CDU) DM 50 000 dafür gezahlt haben, sich der Stimme zu enthalten; wegen Spionage zugunsten der DDR 1996 verurteilt. Vgl. Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 139f.

[333] Friedrich Walter war Chef des BdV-Landesverbands Nordrhein-Westfalen und 1970 BdV-Vizepräsident. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 234.
Rudolf Wollner (1923–2002), geboren in Asch/Böhmen, sein Vater war begeisterter Nationalsozialist (dieser wurde nach 1945 von der ČSR als mutmaßlicher Kriegsverbrecher geführt) und Grund für seine frühe NS-Sozialisation, ab 1941 freiwillig bei der Waffen-SS/SS-Leibstandarte Adolf Hitler, nach 1945 engagiert in Vertriebenen-Angelegenheiten, 1949 Chef der Landesgruppe Hessen der Sudetendeutschen LM, 1958–2000 im BdV-Präsidium, mehr als 30 Jahre BdV-Vizepräsident.

[334] Vgl. Information über ein Gespräch zwischen Vertretern des SPD-Präsidiums und des BdV am 26. November 1970, in: BStU MfS HV A 176, Bl. 293–295.

[335] Vgl. ebenda, Bl. 294.

[336] Information über ein Gespräch zwischen Vertretern des SPD-Präsidiums und des BdV am 26. November 1970, in: BStU MfS HV A 176, Bl. 295.

schen BDV-Funktionären und SPD-Spitzenpolitikern registrierte die MfS-Zentrale in Ost-Berlin.[337]

Eineinhalb Jahre später, Ende Mai 1972, referierte das MfS konkret über die insgesamt 18 Bundestagsabgeordneten[338], die am 17. Mai 1972 in Bonn gegen die Ratifizierung der Verträge mit der Sowjetunion und mit Polen gestimmt hatten. Das waren 13 CDU-Abgeordnete, vier von der CSU und ein FDP-Bundestagsabgeordneter.[339] Zu jedem einzelnen gab das MfS eine kurze Einschätzung ab. Zwei Beispiele seien zitiert: Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg stimmte gegen beide Verträge, er war CSU-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags. „Guttenberg ist militanter Antikommunist, Gegner jeglicher Entspannungspolitik einschließlich einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR. Als aktiver Gegner der Verträge […] veröffentlichte er Anfang Juni 1970 als Störmanöver gegen die Ostpolitik der Bundesregierung vertrauliche Unterlagen aus den Verhandlungen UdSSR – BRD (das sogenannte Gromyko-Papier). Guttenberg ist bayerischer Großgrundbesitzer und Mitglied verschiedener Fachverbände der Land- und Forstwirtschaft, des Weinbaus und des Fremdenverkehrs."[340] Ein zweites Beispiel: Siegfried Zoglmann, Sudetendeutscher, stimmte gegen beide Verträge. Er war von 1957 bis 1970 FDP-Bundestagsabgeordneter, dann wechselte er zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Zoglmann gehörte dem „Sudetendeutschen Rat" an und war „ehemals Bevollmächtigter der Hitlerjugend beim Reichsprotektor von Böhmen und Mähren". Zoglmann „sprach sich wiederholt offen gegen eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aus und nannte die Verträge mit der UdSSR und der VR Polen einen ‚Verrat am deutschen Volk'. Ist mit Franz Josef Strauß befreundet […]. Seit 1961 ist Zoglmann Inhaber der Werbeagentur ‚Interwerbung' in Düsseldorf."[341] Über Siegfried Zoglmann hatte das MfS bereits 1959 erste Dossiers gefertigt.[342] Darin hieß es über den 1913 in Neumark/Böhmerwald Geborenen und „ehemaligem Mitglied der SS-Leibstandarte Adolf Hitler": Zoglmanns „revanchistische Gebietsforderungen von

[337] Vgl. für 1970: SPD-Pressedienst: Gespräch SPD und Bund der Vertriebenen, 11. November 1970; Ostdeutsche Landesvertretungen lehnen Gespräch mit Ehmke ab, in: Der Tagesspiegel, 3. Dezember 1970; Vertriebene bei Genscher (FDP), in: Frankfurter Rundschau, 4. Juni 1970; Brandt spricht von „Generalangriff der Rechten", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Juni 1970; Wehner beriet mit Revanchistenführern, in: ND, 29. Januar 1970; SPD-Experten erarbeiten Pläne für „Vertriebene", in: ND, 15. Januar 1970, gesammelt in: BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1, Bl. 8, 27, 133, 149, 243, 263.

[338] Gegen den Moskauer Vertrag stimmten 10 Abgeordnete, 9 davon stimmten auch gegen den Warschauer Vertrag, hier kamen noch 8 weitere Abgeordnete hinzu, also 17 Gegenstimmen. Die Verträge wurden im Bundestag mit der Mehrheit der Stimmen von SPD und FDP ratifiziert, die Mehrheit der CDU/CSU enthielt sich bei der Abstimmung. Im Bundestag gaben 1972 insgesamt 59 Abgeordnete an, Vertriebene zu sein. Vgl. Organisierter Revanchismus und Ostverträge, in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 72, 73.

[339] Vgl. Einige Angaben über MdB, die am 17. Mai 1972 gegen die Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und der VRP gestimmt haben, in: BStU MfS ZAIG 5006, Bl. 12–18.

[340] Ebenda, Bl. 13, 14.

[341] Ebenda, Bl. 18.

[342] Vgl. Siegfried Zoglmann, 1959, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 440.

November 1959" lauteten: „Nicht nur Wiederherstellung der Grenzen von 1937, sondern die Beseitigung der Grenzen des Versailler Vertrages".[343]

Die Anbahnung, die Verhandlungen und die Unterzeichnung der Verträge der Bundesrepublik mit Moskau, Warschau, Ost-Berlin und Prag und damit de facto die Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen schadete, mit Blick auf das Vertriebenenklientel, der SPD letztlich nicht, und die CDU/CSU konnte daraus keinen politischen Vorteil ziehen. Die Bundestagswahlen vom 19. November 1972 bestätigten dies. Das Wahlergebnis war ein Triumph für die SPD und FDP und damit auch für die Ostpolitik der Brandt-Scheel-Regierung. Die SPD erhielt 45,8 Prozent der Stimmen und wurde erstmals stärkste Bundestagsfraktion, die FDP erhöhte ihren Stimmenanteil auf 8,4 Prozent, während die Unionsparteien mit 44,9 Prozentpunkten eine für sie schwere Niederlage hinnehmen mußten.[344]

Über politische Einstellungen und innere Angelegenheiten im Bund der Vertriebenen war das MfS und damit die SED-Spitze zeitnah informiert. Ost-Berlin verfolgte und wertete regelmäßig alle öffentlich zugänglichen Nachrichten über den BdV und die Landsmannschaften aus. Interne Informationen lieferte die MfS-Auslandsaufklärung. Wichtige und detaillierte Fakten über die Verhandlungen zu den Ostverträgen und die Stellung der Parteien und Verbände bzw. Politiker und Parlamentarier der Bundesrepublik kamen auch aus einer Vielzahl anderer HV A-Quellen,[345] die nicht zum Umkreis der Vertriebenenverbände zählten.

In den Jahren zwischen 1981 und 1983 – Helmut Kohl war am 1. Oktober 1982 zum neuen Bundeskanzler gewählt worden – fertigte die Zentrale Koordinierungsgruppe[346] des MfS eine 200 Seiten umfassende Studie mit den Themen: „Organisierter Revanchismus und Ostverträge 1969–1975" und „Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Großen Koalition".[347] Hier wurde aus der zeitlichen Rückschau die Ostpolitik der Bundesregierung und die Stellung der Vertriebenenverbände dazu zwischen 1965 und 1975 aus Sicht von SED bzw. vom MfS analysiert und bewertet. Die folgenden Punkte schienen den ostdeutschen Staatssicherheitsfunktionären für eine ausführliche Untersuchung[348] und Darstellung noch Anfang der 1980er Jahre wichtig gewesen zu sein:

1. Geschichte der Vertriebenenverbände seit 1945,
2. Verhältnis des BdV und der Landsmannschaften zur CDU/CSU, SPD sowie zu den Kirchen bis zur Bildung der sozial-liberalen Bonner Regierungskoalition 1969,

[343] Ebenda.
Siegfried Zoglmann steht im DDR-Braunbuch, 1965, S. 316.

[344] Vgl. Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 47 f., 295.

[345] Vgl. Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 127–167; Hubertus Knabe, West-Arbeit des MfS, S. 79–118.

[346] Zur Erinnerung: Die ZKG war in erster Linie zuständig für die „Bekämpfung der Flucht und Ausreise von DDR-Bürgern in die BRD". Sie fertigte aber auch Analysen über sogenannte Feindorganisationen, die diese Flucht- und Ausreisebestrebungen, der MfS-Denkart nach, animierten. Vgl. Roland Wiedmann, Die Organisationsstruktur des MfS 1989, S. 278–286.

[347] Vgl. in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 1–73 und 74–197.

[348] Für diese Studie werteten die MfS-Mitarbeiter die westdeutsche historische und politikwissenschaftliche Literatur sowie die Zeitungen und Zeitschriften der Vertriebenenverbände umfassend aus.

3. Kampf der Vertriebenenverbände gegen die „Neue Ostpolitik“ und die Reaktion der Brandt-Scheel-Regierung darauf,
4. Inkonsequenzen und „doppelbödige Haltung“ der regierenden SPD gegenüber den Vertriebenenverbänden nach 1970 und
5. Stellung, Stärke und Einfluß des BdV nach Abschluß der Ostverträge.

Zu 1: Zur Entstehungsgeschichte des BdV hieß es in Ost-Berlin am Anfang der 1980er Jahre: Der BdV sei eine der größten Massenorganisationen und größten politischen pressure groups in der Bundesrepublik, die aus Sicht der SED bzw. des MfS in der Traditionslinie großdeutsch-nationalistisch-völkischer Organisationen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts[349] standen. Der „mythisch-völkisch-nationale Grundton“ habe sich in den Landsmannschaftstreffen und in der Vertriebenenpresse bis in die Gegenwart erhalten. Das MfS unterstrich, daß sich mit der ständigen Propagierung der Begriffe und Worte wie „Erde, Furche, Scholle, Treue, Seele, Blut, Opfersinn, Ahnen, […] deutsches Wesen, Schicksalsgemeinschaft etc.“ vorhandene Emotionen bei den Vertriebenen in einen „revanchistisch-expansiven Drang“ gelenkt wurden.[350] Nach Angaben des BdV lag die Zahl seiner Mitglieder im Juni 1973 bei 2,2 Millionen, die rund 11 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen in der Bundesrepublik repräsentierten.[351] Nach Einschätzung des MfS verfolgte das 1953 in Kraft getretene Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) den Zweck, „die landsmannschaftlichen Einrichtungen auf gesetzlicher Grundlage […] zu stabilisieren. So heißt es im § 96 des BFVG, daß Bund und Länder damit beauftragt werden, ‚das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewußtsein der Vertriebenen, des gesamten deutschen Volkes […] zu erhalten […]‘. Der landsmannschaftliche Revanchismus hatte mit dem Gesetz einen festen Rückhalt bekommen; der Revanchismus war damit praktisch offiziell zur Staatsdoktrin erhoben worden.“[352] Die Zentralisierung der Vertriebenenorganisationen, insbesondere der ostdeutschen Landsmannschaften, sei mit dem Dachverband „Bund der Vertriebenen“ 1958/59 zur „Erhöhung der politischen Schlagkraft“, so die Ost-Berliner Formulierung, durchgesetzt worden. Als Nahziel habe der BdV die Umsetzung der Lastenausgleichsmaßnahmen anvisiert und als Maximalprogramm nicht nur ein Deutschland in den Grenzen von 1937, sondern die „Befreiung ganz Europas vom Kommunismus“ gefordert.[353] Nach Ansicht der Staatssicherheit habe die Füh-

[349] Für das MfS waren der BdV eine Nachfolgeeinrichtung solcher „großdeutsch-nationalistisch-faschistischen Institutionen wie des ‚Vereins für das Deutschtum im Ausland – Deutscher Schulverein‘ (VDA) […] und dem ‚Bund Deutscher Osten‘. […] Ihre Hauptaufgabe bestand in der Herausbildung des ‚Deutschen Führertums‘ für die Ost- und Grenzlandgebiete bzw. für die zu erobernden Territorien, was mit der Verbreitung von Haß gegen östliche Nachbarvölker und der Erzeugung eines Drangs nach Osteroberungen einherging.“ Tatsächlich waren die genannten Organisationen nach 1933 wichtige Säulen der NS-Volkstumspolitik. Vgl. Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 164.

[350] Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 167.

[351] Vgl. Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 2, 3.

[352] Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 77.

[353] Vgl. ebenda, Bl. 79–81.

rungsriege der Vertriebenenverbände unter den „Umsiedlermassen“ in den 1950er/60er Jahren dahingehend agiert, diese als sicheres antikommunistisches Potential in Westdeutschland und als konservatives Wahlstimmenreservoir für die CDU/CSU zu erhalten. Man meinte, in Ost-Berlin erkannt zu haben, daß mit Beginn der Großen Koalition im Dezember 1966 und mit dem Wandel in der Ost- und Deutschlandpolitik die Aggressivität der Vertriebenenverbände zugenommen habe. Umso mehr Stimmen, auch aus dem westlichen Ausland[354], zur Anerkennung des Status quo in Europa aufriefen, umso vehementer habe der BdV die staatliche Anerkennung der DDR abgelehnt, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik unterstrichen und die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze negiert.[355] Das MfS urteilte: Am Ende der Großen Koalition wurde die Bonner Ostpolitik immer weniger durch „revanchistisch-großdeutsche Vorstellungen“ und immer mehr durch die real-politische Situation in Europa bestimmt. Das Wahlergebnis vom November 1969 war für das MfS das sichtbare Zeichen für die „politische Niederlage aller Berufsvertriebenen“.[356]

Zu 2: Über die Stellung des BdV zu Parteien und Kirchen erklärten die MfS-Bearbeiter, daß die westdeutschen Unions-Parteien und die SPD sich nach Kriegende um ein gutes Verhältnis zu den Vertriebenenverbänden bemüht hätten – im Wissen um die Bedeutung der Vertriebenen als Wählerstimmenpotential. Zwischen dem BdV einerseits und der CDU/CSU, FDP und SPD andererseits habe es nach 1949 keine tiefgreifenden Differenzen gegeben. Als geradezu „natürliche Partner“ des BdV sah man in Ost-Berlin die beiden Unionsparteien an, deren Politiker in Personalunion in Vertriebenenverbänden und in der CDU bzw. CSU agierten.[357] Die Beziehung zwischen BdV und SPD habe sich ab dem Beginn der 1960er Jahre verändert, indem sich die SPD-Führung seit dem Parteitag in Bad Godesberg 1959[358] in der Ost- und Deutschlandpolitik der CDU und CSU annäherte. Die SPD stellte sich auf den Standpunkt, „auch in Zukunft das Recht auf Heimat aller“ zu vertreten. Das brachte ihr einen vermehrten Zulauf aus den Kreisen der Vertriebenen. Die Verquickung von BdV und SPD zeigte sich für die Staatssicherheit am Wirken von Wenzel Jaksch und Reinhold Rehs, beides SPD-Politiker und nacheinander Präsidenten des BdV.[359] Das Verhältnis

[354] Hier zitierte die MfS-Studie den französischen Historiker Alfred Grosser aus einer Publikation von 1980: Dieser stellte fest […], „daß die Oder-Neiße-Grenze von allen Verbündeten der Bundesrepublik für absolut endgültig gehalten wurde, auch wenn General de Gaulle [1967] als einziger von ihnen in diesem Punkt Freimut bewiesen hat.“ Zitiert in: Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 110 und vgl. auch Bl. 94.

[355] Vgl. ebenda, Bl. 92–103.

[356] Vgl. ebenda, Bl. 107–109, 180.

[357] Vgl. ebenda, Bl. 125–132.

[358] Auf dem SPD-Parteitag in Bad Godesberg (November 1959) beschloß die Partei ein neues Grundsatzprogramm, in dem sie einen Trennungsstrich zum Marxismus zog, sich zur Marktwirtschaft, zur Landesverteidigung und NATO-Mitgliedschaft bekannte. Das langfristige Ziel von Partei und Programm war es, die SPD regierungstauglich zu machen, was ihr mit Eintritt in die Große Koalition 1966 gelang.

[359] Vgl. Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 132–139.

zwischen Sozialdemokratie und Vertriebenendachverband begann sich, so hatte das MfS ausgeforscht, seit 1968 zu verschlechtern, als SPD-Chef Willy Brandt „unter dem Eindruck der realen politischen Lage bzw. unter dem Eindruck der Stimmung in der eigenen Partei und in der Bevölkerung die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in Erwägung" zog.[360] Mit dem Amtsantritt der SPD-FDP-Koalition machte der neue Bundeskanzler Brandt den Vertriebenenverbänden diese Sichtweise deutlich. Im MfS-Dossier hieß es dazu: „Um die Vertriebenen […] auf die Grenzen ihrer Macht und auf die gegenseitige Abhängigkeit von Regierung und BdV aufmerksam zu machen, gab er ihnen zu verstehen, ‚daß die Heimatvertriebenen ihre ostpolitischen Vorstellungen ebensowenig gegen die Bundesregierung oder ohne sie realisieren könnten.'"[361]

Die MfS-Funktionäre gingen in den Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Bund der Vertriebenen grundsätzlich davon aus, daß die „katholische wie auch die evangelische Kirchenführung […] in enger Kooperation […] mit den Vertriebenen-Organisationen in ost- und deutschlandpolitischer Hinsicht zu jeder Zeit" zusammenwirkten. Anerkennend merkten sie aber an, daß die Kirchen nach 1945 „auf karitativem Gebiet mit bemerkenswerten Leistungen bei der Aufnahme und Betreuung der Umsiedler" hervorgetreten seien.[362] Aber gerade die Kirchen ständen den christlichen Parteien CDU und CSU besonders nahe und spielten zusammen mit der Vertriebenendachorganisation eine Vorreiterrolle in der „revanchistischen Ostpolitik". Insbesondere der deutsche Katholizismus habe in Geschichte und Gegenwart seinen antikommunistischen Charakter offenbart und zur „Überwindung des Atheismus und zur Befreiung der vom Kommunismus versklavten […] osteuropäischen] Völker"[363] aufgerufen und im Bund der Vertriebenen dafür ein offenes Ohr gefunden. Die Analysen des MfS hatten auch ergeben, daß sich in den 1960er Jahren „konstruktivere ostpolitische Ansätze" in den Kirchen durchzusetzen begannen, wie die EKD-Denkschrift oder das Bensberger Memorandum gezeigt hätten. In diesen Kirchenkreisen habe sich die Meinung durchgesetzt, daß für ein friedliches Zusammenleben mit den östlichen Nachbarn der Status quo in Europa anerkannt werden müsse. „Der BdV […] diffamierte die Denkschriften und rückte ihre Urheber im Stile der Pogromhetze in die Nähe von Vaterlandsverrätern"[364]– so wörtlich in der MfS-Studie zu lesen.

Zu 3: Über die Stellung des BdV zur „Neuen Ostpolitik meinte das MfS erkannt zu haben,_daß aus den Reihen der Vertriebenenfunktionäre alle jene Äußerungen des Bundeskanzlers Willy Brandt 1969/70 hitzige Proteste ausgelöst hätten, die die „historisch gewachsenen Realitäten – die Oder-Neiße-Grenze und die [Existenz] der DDR – aussprachen".[365] Die Ost-Berliner Funktionäre hoben hervor, daß die Kanzler-Formulierung „von zwei Staaten in Deutschland" hysterische Reaktionen auf Vertrieben-

[360] Ebenda, Bl. 139.
[361] Ebenda, Bl. 136.
[362] Ebenda, Bl. 153.
[363] Ebenda, Bl. 156.
[364] Ebenda, Bl. 160.
[365] Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 14.

entreffen wie „Brandt an die Wand!“, „Hängt die Verräter!“ oder „Verzichtspolitiker“ ausgelöst hätten.[366] Auf den Großkundgebungen des Bundes der Vertriebenen am 15. März 1970 und am 30. Mai 1970 in Bonn sei wiederholt von den BdV-Funktionären Reinhold Rehs und Herbert Czaja zum „Sturz der Regierung“ aufgerufen worden, um den Abschluß der Ostverträge doch noch zu verhindern. Mit Unverständnis merkten die MfS-Offiziere an, daß diese Attacken ungeahndet blieben und Willy Brandt „nur“ verbal reagiert habe. Die Argumente des Kanzlers hätten gelautet: Zur Normalisierung der Beziehungen zu Osteuropa müsse die DDR als Staat zur Kenntnis genommen werden. Und bezüglich der ehemals deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neiße hieß es bei ihm: „Man kann nicht weggeben, was einem nicht mehr gehört. Man kann nicht über etwas verfügen, über das die Geschichte verfügt hat.“[367] Selbst dafür erntete Kanzler Brandt von SED-Seite aufgebrachte Kritik. Man warf ihm und der SPD insgesamt vor, daß die sozial-liberale Ostpolitik letztlich darauf ziele, die ideologische Abgrenzung der DDR zu unterwandern, um den Zugang westlichen Gedankenguts“ zu sichern. Durch das Beschwören der „Einheit der deutschen Nation“ sollten die DDR-Bürger sich vom „Sozialismus befreien“ und unter dem Stichwort „Liberalisierung des totalitären Systems“ die DDR aufgelöst und die „deutsche Wiedervereinigung auf westlich-kapitalistischer Grundlage“ vorbereitet werden.[368]

Zu 4: Als inkonsequent bezeichnete das MfS die Haltung der SPD gegenüber dem BdV. Die Erwartung der ostdeutschen Seite, die sozial-liberale Regierung werde nach Abschluß der Verträge mit Moskau, Warschau, Ost-Berlin und Prag angesichts ihrer ostpolitischen Überzeugungen die staatliche Subventionierung der Vertriebenenverbände reduzieren oder gar einstellen, was im Endeffekt einer Auflösung gleich gekommen wäre, stellte sich als falsch heraus. 1972 flossen die Bundeszuschüsse der Bonner Regierung in gleicher Höhe wie die Jahre zuvor. Es habe zwar SPD- und FDP-Politiker gegeben, die die Existenz der Landsmannschaften und den BdV als überflüssig bezeichneten und für ein Verbot eintraten. Diese Politiker hätten sich jedoch nicht durchsetzen können. Die Analyse der Staatssicherheit beurteilte daher die Haltung der SPD-FDP-Regierung den Vertriebenenverbänden gegenüber als „zwiespältig“, „inkonsequent“ und „doppelzüngig“.[369] Obwohl führende SPD-Politiker die Vertriebenenverbände als anmaßend, in ihrer Ostpolitik als störend und insgesamt nicht mehr zeitgemäß hielten, scheuten sie davor zurück, ein Verbot der Verbände durchzusetzen. Die MfS-Beamten glaubten den Grund dafür zu kennen: „Ein Zurückdrängen […] des BdV hätte angesichts des beachtlichen Einflusses derartiger Einrichtungen zu noch größeren Spannungen […] geführt, die das […] innen- und außenpolitische Programm der sozial-liberalen Regierung empfindlich gestört hätten. Demzufolge zogen es SPD und FDP vor, dieses konservativ-reaktionäre Potential zu erhalten, es aber von der Außenpolitik abzudrängen und in Richtung einer vorerst primär innenpolitischen Reserve und als Regulativ gegen progressive Strömungen zu kanalisieren.

366 Vgl. ebenda, Bl. 15–17.
367 Zitiert in: Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 18, 36.
368 Alle Zitate: ebenda, Bl. 21.
369 Vgl. ebenda, Bl. 9–11, 59.

[…] Man war bestrebt, […] derartige Institutionen mehr auf innen- und dort vor allem auf kulturpolitische Aufgaben zu orientieren."[370] Das MfS dachte demnach, die Bonner Regierung habe den BdV nicht verboten, da sie zum einen größere innenpolitische Unruhen von Seiten der organisierten Vertriebenen befürchtete und zum anderen auf das Wissen und die Kenntnisse über den historischen deutschen Osten aus dem BdV-Kreis für ihre Ost- und Deutschlandpolitik nicht verzichten wollte.[371] Der SPD-FDP-Politik wurde des weiteren aus Ost-Berlin vorgeworfen, die „revanchistischen, militaristischen und neonazistischen" Vertriebenenorganisationen zu erhalten, um das „Gefühl für dieses fiktive große Deutschland wachzuhalten und zu nähren" und die westdeutsche Bevölkerung weiterhin im „antikommunistischen Geist zu infiltrieren".[372]

Zu 5: Über die Situation des BdV nach der Ratifizierung der Ostverträge urteilten die MfS-Funktionäre in der Rückschau, daß mit dem Regierungsantritt der SPD-FDP-Koalition und dem Abschluß der Ostverträge die Position der Vertriebenenverbände deutlich geschwächt worden sei. Erster Ausdruck dieser Schwächung sei die Auflösung des Bundesvertriebenenministeriums gewesen. Damit wäre die „ministerielle Institution des organisierten Revanchismus aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gezogen" worden.[373] Aber die Inkonsequenz der SPD-FDP-Politik habe sich darin gezeigt, daß die Aufgabenbereiche und die Beamten des Vertriebenenministeriums in das Bundesinnenministerium überführt wurden. Die Staatssicherheitsmitarbeiter hatten den Einfluß des BdV auf den Bereich der Bildung und der Medien mit Mißtrauen beobachtet. Mit hohem, auch finanziellem Aufwand betreibe der Bund der Vertriebenen mit „beachtlichem Tiefgang […] ostkundliche bzw. deutsche, nationale Bildungs-, Erziehungs- und Öffentlichkeitsarbeit". Der „enorme Einfluß des organisierten Revanchismus auf Rundfunk, Fernsehen, Presse und Bildungswesen, […] in den Bereichen der Kunst und Literatur blieb [auch in den 1970er Jahren …] erhalten."[374] Hinzu kämen enge Verflechtungen zwischen BdV- bzw. Landsmannschaftsfunktionären und der Wirtschaft.[375] Die Vernetzung der Vertriebenenfunktionäre mit anderen gesellschaftlichen Bereichen demonstrierte die MfS-Studie am Beispiel des Funktionärs Herbert Czaja. Der BdV-Präsident, Abgeordneter der CDU im Deutschen Bundestag, war auch Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, er saß im Rundfunkrat des Deutschlandfunks und im Verwaltungsrat der Lastenausgleichsbank.[376]

[370] Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 11.
[371] Vgl. Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 11, 12, 13.
[372] Ebenda, Bl. 25.
[373] Ebenda, Bl. 22.
[374] Ebenda, Bl. 26.
[375] „[…] der Landsmannschaftsfunktionär und CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp von Bismarck (*1913, Pommern) war gleichzeitig langjähriger Vorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU. Von 1960–1978 war er ordentliches Vorstandsmitglied der Kali-Chemie-AG in Hannover, Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte sowie Präsident der Industrie- und Handelskammer in Hannover." Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 26.
[376] Vgl. Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 27.

Die unnachgiebige Konfrontationspolitik der organisierten Vertriebenen gegen die Bonner Verträge mit Moskau und Warschau, mit Ost-Berlin und Prag vermochte letztlich, so die Ost-Berliner, den Vertragsprozeß nicht zu stoppen. Das Urteil der Staatssicherheit: „Der BdV war durch diese für ihn empfindlichen Niederlagen derart schwer getroffen, daß er sich vorerst kaum zu äußern vermochte."[377] Den Vertriebenenfunktionären sei einzig übrig geblieben, „spitzfindige Deutungen und Interpretationen" über die Ostverträge zu verbreiten. In der Landsmannschaftspresse hieß es 1970, so zitierte es die MfS-Studie: „Im Moskauer Vertrag ist davon die Rede, daß die ‚Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich zu betrachten sind.'" „‚Unverletzlich', so schlußfolgert der erfahrene Demagoge Herbert Hupka in winkeladvokatischer Manier, ‚kann nicht auch unveränderlich bedeuten'". Und 1974 habe der BdV-Funktionär Hupka öffentlich erklärt, daß mit der Ratifizierung der Ostverträge „das Ringen um das ganze Deutschland nicht zu Ende sei". Den Vertriebenenverbänden stehe es zu, ja es sei ihre Pflicht, die „Verträge auf unsere Weise auszulegen".[378] Und eine andere „revanchistische Lesart" von Hupka über die Ostverträge ginge nach Feststellung der MfS-Zentrale fortan in die Richtung, „‚die weltpolitischen Verhältnisse durch Machtverschiebungen in Europa zugunsten Westeuropas zu ändern'".[379]

Die „Europäisierung des Revanchismus" war ein neues Schlagwort des MfS. Damit beschrieb die Staatssicherheit eine neue Strategie des BdV und nannte als Grund: „Die Furcht vor einer möglichen Isolierung der BRD und damit der revanchistischen Heimat-Politik trug dazu bei, daß immer mehr Repräsentanten des BdV zu Rufern für ein ‚freies Europa' wurden."[380] Die Vertriebenenverbände würden propagieren, daß das „Recht auf Heimat" und die „Rückkehr in die alten Ostgebiete" nur verwirklicht werden könnte, wenn das „östliche und südöstliche Europa vom Kommunismus befreit und neugeordnet" werde.[381] Die BdV-Führung riefe daher auf, „fortan mehr den Gedanken vom Europäertum in die Waagschale zu werfen und […] wieder mehr von Europa als vom Münchner Abkommen und der Oder-Neiße-Grenze zu reden".[382]

Das MfS hatte für seine eigene Arbeit die Feststellung getroffen, daß sich ab Mitte der 1970er Jahre der Bund der Vertriebenen auf die neue Situation nach dem Inkrafttreten der Ostverträge einzustellen begonnen hatte. Der „organisierte Revanchismus" konzentriere sein Wirken auf die „Pflege der ostdeutschen Kultur", d. h. auf ostdeutsche Kultur-, Bildungs- und Forschungsarbeit, auf die Patenschaftsarbeit und auf den intensivierten organisierten Heimattourismus.[383] Über die gezielte Patenschaftsarbeit hieß es in Ost-Berlin: „Das ‚West-Ostdeutsche Patenschaftswerk' ist eine von jenen Institutionen, die dafür garantiert, daß revanchistische Zielstellungen langfristig am

377 Ebenda, Bl. 42.
378 Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 37, 54.
379 Ebenda, Bl. 37.
380 Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 168.
381 Ebenda.
382 Ebenda, Bl. 170.
383 Vgl. Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), und Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 45–53, 103–106.

Leben erhalten bleiben. […] 1970 bestanden rund 400 Patenschaften, z. B. die des Landes Bayern für die Sudetendeutsche Landsmannschaft […] oder die von Nordrhein-Westfalen für die Landsmannschaft Oberschlesien. Allein in Nordrhein-Westfalen waren 83 kommunale Patenschaften für [ehemals oberschlesische] Heimatkreis- und Ortsorganisationen ins Leben gerufen worden."[384] In Ost-Berlin schätzte man differenziert ein, daß die erfolgte Eingliederung der Vertriebenen, der Generationenwechsel, der Wandel der innen- und außenpolitischen Verhältnisse und das „Scheitern der politischen Doktrinen des Revanchismus" die „professionelle Vertriebenen-Führung" von den Vertriebenen selbst immer mehr trennen würden[385], auch wenn die Führungsriege des BdV 1975 verzweifelt-trotzig ausrief: „Wir Vertriebenen sind […] eine politische Größe."[386] Dieser Aussage stimmten die MfS-Offiziere zu: „Der organisierte Revanchismus lebte und wirkte, organisch verflochten mit Staat und Gesellschaft, in gewohnter Weise fort". Ost-Berlin prophezeite in den Studien von 1982/83 ein Wiederaufleben des sogenannten landsmannschaftlichen Revanchismus in der Bundesrepublik unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl.[387]

Nach wie vor aktuell blieben am Ende der 1960er Jahre Ausarbeitungen des Staatssicherheitsdienstes, die eine Grundlage bildeten für die SED-Propaganda über die tatsächlichen oder vermeintlichen Verflechtungen der Vertriebenenfunktionäre mit dem NS-Regime. Auf dem Höhepunkt des SED-Kampfes um die staatliche Anerkennung der DDR und um das Zustandekommen der Ostverträge suchten die Ost-Berliner Funktionäre Materialien über den „Neofaschismus in der Bundesrepublik", speziell beim Bund der Vertriebenen. Im MfS-Visier stand einmal mehr die Führungsspitze des BdV. Das DDR-Innenministerium und das MfS legten im Dezember 1969 Ausarbeitungen zum Thema „Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen mit Nazis" vor.[388] Die Ergebnisse lauteten: Von den drei bisherigen Präsidenten des BdV – Hans Krüger (1958–1964), Wenzel Jaksch (1964–1966) und Reinhold Rehs (1967–1970) – „ist Krüger wohl am stärksten belastet. Er war u. a. Leiter der NSDAP-Ortsgruppe in Konitz/Westpreußen sowie im gleichen Ort als Oberamtsrichter an Todesurteilen des Sondergerichts beteiligt."[389] Wenn auch das Urteil über den ersten BdV-Präsidenten im allgemeinen zutreffend war[390], suggerierte die Aussage aus Ost-

[384] Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 45.

[385] Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 186.

[386] Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 58.

[387] Vgl. Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), und Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1945–1969), in: BStU MfS ZKG 3520, 13, 60, 152.

[388] Vgl. Ministerium des Innern (MdI): Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, und Stosstrupp von Rechts. Der Bund der Vertriebenen (BdV) und die neue Ostpolitik der Bundesregierung, 1968/69, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 8–29 und Bl. 31–119.

[389] Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 13.

[390] Zur Erinnerung: Hans Krüger war ein aufstrebender und überzeugter Nationalsozialist, der sich aktiv in die NS-Bewegung einbrachte. Ob er als Beisitzer des Sondergerichts bzw. Sonderrichter an Todesurteilen mitgewirkt hatte, konnte bisher weder bestätigt noch ausgeräumt werden.

Berlin, daß die Sozialdemokraten Jaksch und Rehs auch „irgendwie politisch belastet" seien. Kein Wort darüber, daß Jaksch ein bekannter und anerkannter NS-Gegner war, der Jahre im Londoner Exil zubringen mußte. Für die SED-Seite blieb Jaksch ein „nationalistischer und antikommunistischer Führer sudetendeutscher Sozialdemokraten", und das schien in ihren Augen, zumindest für ihre Propaganda, nicht weit entfernt gewesen zu sein vom „Henleinfaschisten".[391] Nach den SED-Ausführungen zählten 1969 zur Spitze des Bundes der Vertriebenen der Präsident, die vier Vizepräsidenten und neun Präsidiumsmitglieder. Die vier Vizepräsidenten waren Franz Böhm, zugleich Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Hellmut Gossing, auch Vorsitzender des BdV-Landesverbands Niedersachsen, Hans-Edgar Jahn, Mitglied des Bundestages, und Rudolf Wollner, auch Landesvorsitzender des BdV in Hessen. „Von den vier Vizepräsidenten sind nachweislich drei aus der NS-Zeit belastet", listete die MfS-Analyse auf, und zwar: „Böhm […] war Oberabschnittsleiter der NSDAP und Leiter des Gaugerichts der NSDAP-Gauleitung Sudetenland. Jahn […] war ebenfalls Mitglied der NSDAP und während des Krieges NS-Führungsoffizier. […] Er soll sogar das ‚Goldene Ehrenzeichen der NSDAP' erhalten haben. Wollner […] war während des Krieges SS-Offizier […]."[392] Bei den drei Genannten hatten die SED-Funktionäre alles in allem die Fakten richtig aufgezählt. Der Sudetendeutsche Franz Böhm[393] und der aus Pommern stammende Hans-Edgar Jahn – dieser blieb im Gedächtnis durch eine antisemitische, den Vernichtungskrieg Hitlers rechtfertigende NS-Propagandaschrift von 1943 – gehörten zu den in das NS-Regime Involvierten. Beide haben ihre politische Biographie von vor 1945, wohlwissend, stets verschwiegen.[394] Bei Rudolf Wollner vermerkte das MfS nicht, daß dieser als 17-Jähriger zur Waffen-SS gegangen war. Ein „Versäumnis" unterlief dem MfS allerdings beim Vizepräsidenten Hellmut Gossing. Auch er war, entgegen der zeitgenössischen Kenntnis des MfS, NS-belastet. Der 1905 in Ostpreußen geborene Gossing trat im Mai 1933 als 28-Jähriger der NSDAP bei. Ob er diesen Parteieintritt zur Beförderung seiner beruflichen Laufbahn vollzog, er stieg schnell zum Sparkassendirektor seiner Heimatstadt auf, oder aus politischer Überzeugung, ist ungeklärt. Eine NSDAP-Parteikarriere ist ihm nicht nachzuweisen. Was er als Kriegsteilnehmer zwischen 1939 und 1945 machte, ist bisher nicht bekannt. Nach 1945 war er aktiv in der Vertriebenenarbeit tätig.[395] Nach Ansicht der SED müßten demnach sogar alle vier Vizepräsidenten des BdV 1969 als NS-belastet gelten.

391 Vgl. Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 13, 14, 15.

392 Ebenda, Bl. 15, 16.

393 Vgl. Franz Böhm, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bd. 2, Bl. 355.

394 Hans Edgar Jahn (1914–2000), geboren in Neustettin, 1965–1980 für die CDU MdB, 1967–1974 BdV-Vizepräsident. Die besagte NS-Schrift: Der Steppensturm. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 222; Auch in: http://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Edgar_Jahn; Nachtritt ohne Nachsicht, in: Die Zeit, 29. Juni 1979.

395 Vgl. Matthias Lempart, Machbarkeitsstudie, (ungedruckt), S. 25–28.
Hellmut Gossing (1905–1974), nach 1945 Mitbegründer des BVD in Niedersachsen und des ZvD in Bonn, BHE, dann CDU, 1959–1963 StS des Landes Niedersachsen, 1958–1974 BdV-Vizepräsident. Vgl. ebenda und in: http://de.wikipedia.org/wiki/Hellmut_Gossing.

Eine ähnliche Rechnung machte die Studie des Innenministeriums bzw. des MfS über die neun weiteren Präsidiumsmitglieder des BdV auf. Diese Mitglieder waren: Walter Becher, Willi Homeier, Herbert Hupka, Karl Mocker, Egbert Otto, Walter Richter, Erich Schellhaus, Josef Trischler und Friedlich Walter. „Von diesen neun Präsidiumsmitgliedern müssen nach dem Stande der bisherigen Ermittlungen vier als belastet angesehen werden“[396], stellten die Autoren fest. Als „faschistisch belastet“ zählten sie auf: Walter Becher, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Egbert Otto, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Landsmannschaft Ostpreußen, Erich Schellhaus, bis 1968 Sprecher und Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, und Josef Trischler, Sprecher der Landsmannschaft der Deutschen aus Jugoslawien.[397] Und auch hier waren die MfS-Recherchen unvollständig. Denn nach SED-Lesart gehörte auch Karl Mocker, BdV-Vorsitzender in Baden-Württemberg, zu den „Belasteten“, wobei der Belastungsgrund einzig in seiner Mitgliedschaft in der NSDAP lag, in die er nach der Besetzung des Sudetengebietes im November 1938 eintrat. Mocker, geboren 1905 in Horatitz/Böhmen, hatte von 1935 bis zu seiner Vertreibung 1946 als Rechtsanwalt in Chomutov (Komotau) gearbeitet. Wie Mocker in den 1930er Jahren in der Sudetendeutschen Partei (SdP) wirkte und wie und wo er die Kriegsjahre 1939 bis 1945 verbrachte, ist noch ungeklärt.[398] Die Aussagen der Staatssicherheit über Walter Becher – NSDAP-Eintritt 1931, „prononcierte antisemitische Propaganda“ in der NS-Presse[399] –, über Egbert Otto – NSDAP seit 1928, SA-Mitglied, u. a. Mitglied im „faschistischen Reichstag“[400] –, über Erich Schellhaus – NSDAP-Mitglied seit Mai 1933 und bis 1939 NS-Bürgermeister von Bad Salzbrunn/Niederschlesien[401] – trafen zu. Warum die Staatssicherheit Josef Trischler in die „Gruppe der Belasteten“ aufnahm, ist unverständlich. Er wurde als „Wirtschaftsführer in der Führung der deutschen Volksgruppe in Südslawien und NSDAP-Abgeordneter im Ungarischen Reichstag“[402] geführt. Im DDR-Braunbuch von 1965 hieß es sogar : „In Jugoslawien und Ungarn Führer eines Sonderkommandos […] zur Terrorisierung und Vernich-

396 Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 16.

397 Vgl. ebenda.

398 Vgl. Matthias Lempart, Machbarkeitsstudie, (ungedruckt), S. 86–90.
Dr. jur. Karl Mocker (1905–1996), ab 1925 Sudetendeutsche Sammlungsbewegung/dann SdP, nach 1945 in der Vertriebenenarbeit aktiv, ab 1953 im Bundestag als GB/BHE-Abgeordneter, 1958–1962 BdV-Vizepräsident, langjähriges BdV-Präsidiumsmitglied, ab 1971 CDU.

399 Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 16. Zu Walter Becher: Kapitel III. 5.

400 Egbert Otto (1903–1968), 1932–1936 NSDAP-Abgeordneter im Deutschen Reichstag, ab 1933 Landbauernführer in Ostpreußen; Über seinen Kriegsdienst im Zweiten Weltkrieg ist nichts bekannt. 1948 Mitbegründer der Landsmannschaft Ostpreußen. Vgl. Ernst Klee, Das Kulturlexikon zum Dritten Reich, S. 445.

401 Eine NSDAP-Parteikarriere machte Schellhaus nicht, Lebenslauf und Schicksal während der Kriegsjahre 1939–1945 in der Wehrmacht sind nicht erforscht. Vgl. Matthias Lempart, Machbarkeitsstudie, (ungedruckt), S. 57–60.

402 Stosstrupp von Rechts. Der BdV und die neue Ostpolitik der Bundesregierung, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 92.

tung der Bevölkerung".[403] Vermutlich lag hier eine Verwechslung vor. Der Jugoslawiendeutsche Trischler war wohl eine prominente Person innerhalb der deutschen Minderheit, aber nie „NS-Volksgruppenführer" und vermutlich auch nicht in paramilitärische Aktivitäten verwickelt. Zeitzeugen nannten ihn politisch einen Opportunisten, aber keinen Nationalsozialisten.[404] In ähnlicher Weise verfuhren die SED-Bearbeiter in ihrer Analyse mit den sieben stellvertretenden Präsidiumsmitgliedern und mit Personen in den BdV-Ausschüssen.[405] Zum Generalsekretär des BdV Herbert Schwarzer, der der Administration des Verbandes vorstand, schrieb man über dessen NSDAP-Eintritt im August 1930 mit der Mitgliedsnummer 291 754: Damit zählte der 1906 geborene Oberschlesier im Selbstverständnis der NS-Führung zu den „Alten Kämpfern".[406] Ergänzt werden muß, daß bisher noch unbekannt ist, was Schwarzer zwischen 1930 und 1945 politisch und beruflich gemacht hat.

Im Dezember 1969 fiel das abschließende Urteil von Staatssicherheit und SED über die Führungsriege des Bundes der Vertriebenen eindeutig aus: „Die zweitgrößte Massenorganisation in der Bundesrepublik wird noch immer zu einem hohen Teil von Personen geführt, die aus der NS-Zeit als belastet anzusehen sind."[407] Wie in allen MfS-Studien, Büchern[408] oder anderen Propagandamaterialien der DDR über die möglichen Belastungen und Verstrickungen von westdeutschen Politikern – und hier insbesondere von Vertriebenenfunktionären – in das NS-System unterschied die SED-Spitze nicht zwischen Verführten, Angepaßten, Opportunisten, „Nazis der ersten Stunde", Schreibtischtätern oder Angehörigen von Einsatzkommandos. Ein Nachweis gar, ob sich die betreffenden Politiker oder Funktionäre innerhalb der durch das verbrecherische NS-Regime geschaffenen Rahmenbedingungen individuell schuldig gemacht hatten, interessierte die DDR-Propagandisten nicht. Einzig das Kriterium der formalen NSDAP-Mitgliedschaft bzw. anderer NS-Organisationen reichte in den Augen der SED aus, als „Nazi-belastet" zu gelten. Allein bei Anwendung dieses Kriteriums wären in der DDR-Volkskammer der 1950er Jahre mehr als 40 Prozent der Abgeordneten ehemalige NSDAP-Mitglieder und damit NS-belastet gewesen.[409] Die von SED-Seite aufgelisteten Angaben über die Vertriebenenpolitiker trafen in der

[403] Braunbuch, 1965, S. 315.

[404] Josef Trischler (1903–1975), geboren in der Batschka/Ungarn (später zu Jugoslawien gehörend), Diplomlandwirt, Wirtschaftspolitiker, 1941–1945 Wirtschaftsbeauftragter der deutschen Volksgruppe in der Batschka, 1942–1945 unter Reichsverweser Horthy im Budapester Abgeordnetenhaus, 1949–1953 MdB – FDP-Abgeordneter, später CDU, ab 1958 im BdV-Präsidium. Vgl. Matthias Lempart, Macbarkeitsstudie, (ungedruckt), S. 91–95.

[405] Vgl. Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 17–23; Otto Köhler, Etwaige Belastungen. Der Bund der Vertriebenen sucht seine Vergangenheit, Deutschlandfunk Juli 2010.

[406] Vgl. Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 19; Hans Michael Kloth, Klaus Wiegrefe, Unbequeme Wahrheiten, in: Der Spiegel 33/2006, vom 14. August 2006.

[407] Stosstrupp von Rechts. Der BdV und die neue Ostpolitik der Bundesregierung, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 91.

[408] Vgl. z. B. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, 1965.

[409] Vgl. Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik, S. 124.

Regel zu, waren aber oft pauschalisiert und vereinfacht. Eine ausdrückliche Erwähnung von Vertriebenenpolitikern, die klare Gegner der NS-Diktatur gewesen waren oder die durch Nichtbeitritt zur NSDAP Distanz zum Regime gewahrt hatten, erfolgte nie. Zusammenfassend wird wiederholt: 1968/69 zählten zur Führungsspitze des Bundes der Vertriebenen der Präsident, die vier Vizepräsidenten und neun weitere Präsidiumsmitglieder – also insgesamt 14 Personen. Der Präsident Reinhold Rehs hatte Distanz zum NS-Regime gehalten, er trat der NSDAP nicht bei. Alle vier BdV-Vizepräsidenten waren ehemalige NSDAP-Mitglieder. Davon hatten Franz Böhm und Hans Edgar Jahn sich mit NSDAP-Parteiaktivitäten hervorgetan und können als überzeugte Nationalsozialisten gelten. Vizepräsident Rudolf Wollner – sein Vater war ein prominenter Nationalsozialist im Egerland – war 1941 mit 17 Jahren freiwillig zur Waffen-SS gegangen und könnte als politisch verführter Jugendlicher gelten. Und der vierte, Hellmut Gossing, NSDAP-Beitrittsdatum 1. Mai 1933, zählte zu den sogenannten Märzgefallenen, so die verächtliche zeitgenössische Bezeichnung der Nationalsozialisten, was auf eher opportunistische Motive des Parteibeitritts hindeuten könnte. Als „Mitläufer" kann Gossing bezeichnet werden. Von den weiteren neun BdV-Präsidiumsangehörigen waren nach SED-Lesart vier bzw. fünf „belastet". Walter Becher war überzeugter Nationalsozialist und NS-Propagandist, Egbert Otto ein „alter Kämpfer". Erich Schellhaus, auch ein „Märzgefallener", übte keine NSDAP-Parteiämter aus. Zwischen 1935 und 1939 Bürgermeister eines kleinen pommerschen Städtchens – bis er zur Wehrmacht eingezogen wurde – arrangierte er sich womöglich mit dem Regime. Karl Mocker trat als Sudetendeutscher Ende 1938 der NSDAP bei. Eine herausragende NS-Karriere machte er nicht. Aber über seine Tätigkeit zwischen 1938 und 1945 fehlen noch jegliche Informationen. Josef Trischler, Ungarndeutscher, schien eher Opportunist als Nationalsozialist gewesen zu sein. Eine NSDAP-Mitgliedschaft ist bisher nicht bekannt. Schellhaus, Mocker und Trischler sind am ehesten als sogenannte Mitläufer zu bezeichnen. Die auch in den Augen der SED unbelasteten Präsidiumsmitglieder waren Willi Homeier, Herbert Hupka, Walter Richter und Friedrich Walter.[410] Außer daß man ihre Namen und aktuellen Funktionen aufzählte, ging die MfS-Studie auf diese Personen nicht ein.[411] Keine Erwähnung fand beispielsweise, daß der Oberschlesier Hupka Distanz zum NS-Regime wahrte, in dieser Zeit um das Leben seiner ins KZ Theresienstadt deportierten jüdischen Mutter bangen mußte und wegen verschwiegener „halbjüdischer Abstammung" aus der Wehrmacht entlassen und mit einer Haftstrafe belegt wurde. Nach 1945 trat Hupka der SPD bei.[412] Die Frage nach einer direkten Beteiligung an möglichen Kriegsverbrechen konnte für die

[410] Willi Homeier (1922–1987), gebürtig aus Danzig, Wehrmacht bis 1943, schwere Verwundung, engagiert als NS-Jugendführer, dafür nach 1945 zwei Jahre interniert; Funktionär der DJO, Jugendreferent der BdV, 1955–1970 Mitglied des Niedersächsischen Landtags, 1961 FDP. Vgl. in: http://de.wikipedia.org/wiki/Willi_Homeier.
Walter Richter, SPD, BdV-Vorsitz in Bayern, sozialdemokratischer Vorsitzender des Vertriebenenbeirats in Bayern. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 154, 273.
Friedrich Walter, BdV-Vorsitz in Nordrhein-Westfalen; keine weiteren Angaben bekannt.

[411] Vgl. Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, Dezember 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 16.

[412] Vgl. Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 35–55.

Präsidiumsmitglieder insgesamt bisher nicht geklärt werden. Hier stehen Forschungen noch aus.[413]

Die Spitze des Bundes der Vertriebenen mit seinen 14 Funktionären 1968/69 wies fünf von ihnen als unbelastet aus. Sie hatten Distanz zum NS-Regime gewahrt. Von den formal verstrickten neun Belasteten müssen wenigstens vier als überzeugte Nationalsozialisten bezeichnet werden. Der Anteil von NSDAP-Mitgliedern im BdV-Führungsgremium war im Vergleich zur Gesamtgesellschaft und zur Gruppe der Vertriebenen überdurchschnittlich hoch.[414] Die Sicht auf die Führung des Bundes der Vertriebenen auf dem Höhepunkt der DDR-Anerkennungspropaganda war für MfS und SED eindeutig: Für sie war und blieb die gesamte Spitze des Bundes der Vertriebenen mit „Nazis durchsetzt".

6. Im Visier des MfS: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft

Es fällt auf, daß in den 1960er Jahren die Sudetendeutsche Landsmannschaft im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Landsmannschaften und zum BdV eine zentrale Stellung in der „geheimdienstlichen Bearbeitung" des MfS und in der öffentlichen Revanchismus-Propaganda der SED einnahm.[415] Die Sudetendeutsche Landsmannschaft war die an Mitgliedern stärkste[416], am besten organisierte und politisch aktivste Landsmannschaft in der Bundesrepublik.[417] Rund zwei Millionen Sudetendeutsche der Vertriebenengeneration lebten in den 1960er Jahren in Westdeutschland, etwa 350 000 waren zu dieser Zeit Mitglieder in der Landsmannschaft. Die Zahl der

413 Rehs diente 1939–1945 bei der Luftwaffe (Luftschutzwarndienst); Gossing und Schellhaus dienten 1939–1945 beim Heer; der Lebenslauf von Mocker zwischen 1939–1945 ist unbekannt, auch ist offen, ob er überhaupt eingezogen war. Auch über den Kriegseinsatz der vier ehemals überzeugten NS-Anhänger Otto, Jahn, Böhm und Becher ist kaum etwas bzw. sehr wenig bekannt. Vgl. ebenda; Walter Becher, Zeitzeuge, S. 112–129; Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 35–42.

414 Der überdurchschnittliche Anteil an NSDAP-Mitgliedern in der BdV-Führung hing mit dem bekannten Phänomen der Kontinuität der Eliten zusammen. An der Spitze der Vertriebenenverbände standen jene Personen, die die Vertriebenen organisierten, weil sie über das notwendige, noch in der Heimat erworbene administrative Wissen verfügten. Daß diese Eliten in der alten Heimat oft der NSDAP angehört hatten, hing auch damit zusammen, daß die Verführbarkeit durch den Nationalsozialismus in Gebieten, die infolge der Pariser Friedensverträge besonders stark von Grenz- und Volkstumskämpfen betroffen waren, kaum unterdurchschnittlich ausgeprägt sein konnte.

415 Hiervon zeugen zwei DDR-Publikationen von 1968/69, die sich allein mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft befaßten: Edmund Jauering, Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger Gemeine, Berlin (Ost) 1968; Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil *und* Der Mann ohne Vergangenheit *sowie ein nachdenklicher Bericht über* Die Schlacht am Killesberg, Berlin (Ost) 1969.

416 Zur Erinnerung: Die Schlesische und die Sudetendeutsche Volksgruppe zählte zu den größten Vertriebenengruppen. Der Organisationsgrad der Sudetendeutschen in der Landsmannschaft in Westdeutschland lag 1957 bei 18 Prozent. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 144ff.

417 Vgl. Revanchistische und militaristische Organisationen: Sudetendeutsche Landsmannschaft, Stand 1969, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 36–53.

organisierten Sudetendeutschen ging bis Mitte der 1980er Jahre kontinuierlich auf rund 111 000 zurück.[418] Die Sudetendeutsche Landsmannschaft war 1950 als Bundesverband in München mit dem Ziel gegründet worden, die Interessen der Deutschen zu vertreten, die aus dem Sudetengebiet, aus Teilen Böhmens, Mährens und Schlesiens – heute Gebiete Tschechiens und der Slowakei – 1945 und danach vertrieben wurden. Die Zielsetzungen der Landsmannschaft lauteten: den „Rechtsanspruch auf die Heimat" verbunden mit dem „Selbstbestimmungsrecht" der Volksgruppe, die aus den „Ländern Böhmen, Mähren und Schlesien" stammten, zu wahren, den Anspruch der Volksgruppe auf „Rückerstattung des geraubten Vermögens und die sich daraus ergebenden Entschädigungsansprüche" zu vertreten, die Belange der Sudetendeutschen im Aufnahmegebiet zu vertreten und „Sitten, Brauchtum, Mundart und Kulturgut" zu erhalten.[419] Jährlich zu Pfingsten veranstaltete die Landsmannschaft den Sudetendeutschen Tag. Im Unterschied zu den anderen Landsmannschaften war sie nicht nur in den einzelnen Bundesländern und nach Herkunft – „Heimatkreisen" – untergliedert, sondern auch nach politischen Hauptrichtungen in sogenannte Gesinnungsgemeinschaften, in die sozialdemokratische „Seliger-Gemeinde", die christliche „Ackermann-Gemeinde" und den völkischen „Witikobund". Die Seliger-Gemeinde, 1951 in München konstituiert, war innerhalb der Landsmannschaft ein Zusammenschluß sudetendeutscher Sozialdemokraten, die das politische Erbe der 1919 gegründeten und 1938 aufgelösten Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei der Tschechoslowakischen Republik (DSAP) fortführten. Der Sudetendeutsche Wenzel Jaksch war in den 1950er/60er Jahren wichtiger Repräsentant der Seliger-Gemeinde. In der Ackermann-Gemeinde fanden sich katholische Sudetendeutsche zusammen. Der Witikobund war eine elitäre nationale Gesinnungsgemeinschaft der Sudetendeutschen von rund 1000 Mitgliedern, der sich 1950 in Stuttgart gründete. Alle Gründungsmitglieder waren in den 1930er Jahren Anhänger der von Konrad Henlein geführten Sudetendeutschen Partei in der Tschechoslowakei gewesen und gehörten dann bis 1945 der NSDAP und/oder der SS an. Nicht nur die Führungsspitze sondern auch die zweite Reihe der Witikonen bestand aus stark belasteten ehemaligen Nationalsozialisten. Der Witikobund wurde bis 1967 vom Bundesinnenministerium als rechtsextrem eingestuft. Auch danach stand er unter Verdacht, rechtsextreme Ziele zu verfolgen. Mitglieder traten geschichtsrevisionistisch auf und leugneten den Holocaust. Einzelne Angehörige des Witikobundes unterhielten enge Beziehungen zur NPD, andere gehörten zum rechten Spektrum der bürgerlichen Parteien CDU und CSU. Der Witikobund der Sudetendeutschen Landsmannschaft war unter den Vertriebenenverbänden insgesamt gesehen politisch extrem rechtslastig.[420]

Seit zirka 1960 dokumentierte das MfS sorgfältig Strukturen und personelle Zusammensetzung, Zielstellung und Aktivitäten der Sudetendeutschen Landsmann-

[418] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 144; Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, S. 24f.

[419] So zitiert in: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, in: BStU MfS ZAIG 9704, Teil 1, Bl. 42, 43.

[420] Vgl. in: http://de.wikipedia.org/wiki/Witikobund; Andreas Kossert, Kalte Heimat, S. 183ff.; Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, S. 95–145; Der Witikobund hat seine Ziele erreicht, 1961, in: SAPMO-BA DY 6 vorl. 1488.

schaft.[421] Dabei interessierte, ähnlich wie bei den anderen Landsmannschaften auch, die Führungsebene – Sprecher, Präsidium und Bundesvorstand –, sowie jene Sudetendeutschen, die im Bundestag und in den Landtagen bzw. in der Bundesregierung und in den Landesregierungen saßen.[422] Um 1960 waren dies sechs Politiker, die in der Bonner Regierung bzw. in Länderregierungen[423] mitarbeiteten, acht Sudetendeutsche, die Bundestagsabgeordnete waren und 35 sudetendeutsche Politiker, die in westdeutschen Länderparlamenten wirkten. Über diese Politiker fertigte das MfS Personendossiers mit dem üblichen Schwerpunkt, die politische Vergangenheit der Betreffenden zu überprüfen.[424]

Wie nahmen SED und MfS die Sudetendeutsche Landsmannschaft wahr, der sie Anfang der 1960er Jahr zubilligten, erfolgreich in der Werbung von Mitgliedern und Sympathisanten für den Verband gewesen zu sein. Die Analysen der Staatssicherheit stellten heraus, daß die organisierten Sudetendeutschen – obwohl sie mitgliederstark und einflußreich in Westdeutschland waren – im Vergleich zu anderen großen Landsmannschaften sich in einer ungünstigen Lage befanden. Der Vertriebenendachverband BdV und die großen Landsmannschaften der Schlesier, Ostpreußen und Pommern forderten die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937. Doch das Sudetengebiet fiel nicht unter die früheren Reichsgrenzen von 1937. Darüber dachte die Staatssicherheit: Die Bonner Regierung würde in Sachen Sudetengebiet offiziell und öffentlich nichts verlauten lassen. Inoffiziell aber hätte man mit den Funktionären abgesprochen, „daß die Sudetendeutschen erst einmal selbst die Trommeln für ihre ‚berechtigten Gebietsforderungen' rühren" müßten.[425] Das MfS stellte zufrieden fest, daß die Bonner Regierung wie auch die Landsmannschaft selbst im westlichen Ausland keine oder nur schwer Zustimmung für die Forderungen der organisierten Sudetendeutschen fanden.[426] Zudem glaubte man in Ost-Berlin, daß der Umgang mit dem Münchner Abkommen von 1938 für die Bundesrepublik in ihrer außenpolitischen Reputation und in ihrer Beziehung zur ČSSR problematisch war.[427] Während Prag, die osteuropäischen, aber auch viele westeuropäische Staaten davon

[421] Vgl. Sudetendeutsche Landsmannschaft 1960–1980, in: BStU MfS HA XX 5433, Bl. 1–82.

[422] Vgl. Sudetendeutsche Landsmannschaft, Stand 1960 und 1968, in: BStU MfS HA XX 5433, Bl. 24–51, 52–68; Angaben über führende Personen der Sudetendeutschen, in: ebenda, Bl. 83–92.

[423] Sie sollen hier nur aufgezählt werden: Hans Christoph Seebohm (CDU), Walter Stain (GDP), Eduard Fiedler (BHE), Gustav Hacker (GDP), Gotthard Franke (GDP), Walter Preißler (GDP).

[424] Vgl. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, in: BStU MfS ZAIG 9704, Teil 1, Bl. 49–58, 82–148.

[425] Ebenda, Bl. 43.

[426] Der Vertriebenenfunktionär Walter Becher versuchte zwischen 1969 und 1972 bei rechtskonservativen US-amerikanischen Kongreßabgeordneten für die territorialen Ansprüche der Sudetendeutschen zu werben und diese als Partner in der Gegnerschaft zur Brandtschen Ostpolitik zu gewinnen. Aber alle Bemühungen der Sudetendeutschen, mit Hilfe Washingtoner Politiker Willy Brandts Ostverträge scheitern zu lassen, mißlangen. Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 343–352; Bernd Stöver, Der Kalte Krieg 1947–1991, S. 390ff.

[427] Im Münchner Abkommen vom September 1938 stimmten Frankreich, Großbritannien, Italien den Forderungen Hitlers zu, die Eingliederung des Sudetenlandes, dessen Bevölkerung überwiegend deutschsprachig war und den staatlichen Anschluß an den deutschen Sprachraum wünschte, in das Deutsche Reich vorzunehmen. Vertreter der ČSR waren am Abkommen nicht beteiligt. Faktisch bedeutete das Münchner Abkommen das Ende der 1918 entstandenen Tschechoslowakei.

ausgingen, daß das Münchner Abkommen von Anfang an als ungültig zu betrachten (ex-tunc-Erklärung) sei, beharrte Bonn auf dem Standpunkt, daß das Abkommen für nicht mehr gültig anzusehen sei (später ungültig geworden – ex-nunc-Erklärung) und man keine territorialen Forderungen an die ČSSR erhebe.[428] Der Grund für die juristisch unterschiedliche Auslegung bestand im Streit um die Frage der Staatsangehörigkeit der Sudetendeutschen und die sie betreffenden Hoheitsakte – wie Gerichtsurteile, Steuerbescheide, Eheschließungen usw., die bis 1945 im Sudetenland von deutschen Behörden ausgestellt worden waren – sowie um gegenseitige Wiedergutmachungsansprüche.[429] Die SED warf der Bundesregierung in dieser Sache vor, einerseits öffentlich zu verkünden, keine territorialen Ansprüche an die ČSSR zu erheben, aber andererseits die Sudetendeutsche Landsmannschaft in ihren Forderungen mehr oder weniger verdeckt zu unterstützen. An diesem Beispiel werde deutlich, so urteilte das MfS, daß die Bonner Regierung ihre „revanchistischen Forderungen" und ihre „aggressive Grundhaltung" nicht aufzugeben gedachte.[430]

Ins Visier des MfS geriet die Sudetendeutsche Landsmannschaft nicht allein durch ihre Größe und ihre Aktivitäten, sondern auch durch die Entwicklungen und die Ereignisse in der ČSSR in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre. In diesen Jahren kam es in der Tschechoslowakei zu Liberalisierungsbestrebungen in der Gesellschaft und in der kommunistischen Partei, der KPČ. Die angestrebten Änderungen bezogen sich auf Wirtschaftsreformen, auf Forderungen nach Meinungs- und Informationsfreiheit und auf eine allgemeine Neuausrichtung der Rolle der KP in der Gesellschaft. Die Sowjetunion hatte das Umgestaltungsprogramm zunächst geduldet, dann aber gefordert, die Reformen deutlich einzuschränken bzw. abzubrechen. Als dies nicht geschah, marschierten zum 21. August 1968 Truppen der Sowjetunion, Polens, Ungarns und Bulgariens in die ČSSR ein. Auf Weisung Moskaus wurden alle Reformprojekte abgebrochen, der „Prager Frühling" hatte damit sein Ende gefunden.[431] Mit größtem Mißtrauen hatte die SED-Führung die Liberalisierungsbestrebungen des Nachbarlandes in den 1960er Jahren beobachtet und kritisiert. Während dieser Entwicklungen beargwöhnte das MfS auch die Aktivitäten der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Richtung ČSSR. Da im Denken der kommunistischen Funktionäre Forderungen auf innenpolitische Änderungen – wie den Demokratisierungsbestrebungen in der Tschechoslowakei – nur vom westlichen Ausland initiiert sein konnten, wurden alle Aktivitäten des „sudetendeutschen Revanchistenverbandes angesichts der konterrevo-

[428] Das Beharren beider Seiten auf ihre jeweilige juristische Interpretation des Münchner Abkommens war mit der Grund dafür, daß der Vertrag Bonn – Prag erst 1974 ratifiziert wurde. In diesem Vertrag wurde das Münchner Abkommen für nichtig erklärt, da die vertragsschließenden Seiten des Abkommens sich 1938 zu Lasten eines Drittstaates, der Tschechoslowakei, geeinigt hatten.

[429] Vgl. Ingo von Münch, Wie tot ist das Münchner Abkommen? Ein Gespenst zwischen Bonn und Prag, in: FAZ, 24. Januar 1973, S. 29. (auch in: BStU MfS JHS 75/82.)

[430] Vgl. MfS-Leutnant Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Stand 1982, in: BStU MfS JHS 75/82, S. 4–7; ZK der SED: Tschechoslowakische Reaktion auf die westdeutsche Note vom 24. März 1966, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/20/396.

[431] Vgl. Heike Amos, Die SED-Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, S. 158–174.

lutionären Ereignisse in der ČSSR" ausgewertet.[432] Die Staatssicherheit hatte Veranstaltungen und Aufmärsche der organisierten Sudetendeutschen immer im Blick. Im April 1968 hatte eine „Hetzveranstaltung von 5000 Angehörigen der Sudetendeutschen Landsmannschaft" stattgefunden, auf der der Sprecher der Landsmannschaft Walter Becher seine Zuversicht zum Ausdruck brachte, daß die Entwicklungen in der Tschechoslowakei eine Chance böten, die Forderungen und Ziele der Landsmannschaft durchzusetzen.[433] Tatsächlich hegten Funktionäre und die organisierten Sudetendeutschen damals die irrige Hoffnung, daß veränderte Machtverhältnisse in der ČSSR – die Ablösung der kommunistischen Kader, die Herauslösung des Landes aus dem Warschauer-Vertrag-System und die Loslösung von der Sowjetunion – sie ihren Zielen, der „Wiedergewinnung der sudetendeutschen Heimat", ein Stück näher bringen könnte. Der Sprecher der Sudetendeutschen Walter Becher habe kurz nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings" öffentlich zugegeben, daß das angeblich greifbare außenpolitische Ziel des Verbandes durch den 21. August 1968 wieder in weite Ferne gerückt sei.[434] Als außenpolitisches Ziel seiner Landsmannschaft nannte Becher 1968: „Das Heimatgebiet [Sudetenland], das unser war seit siebenhundert Jahren und aus dem wir vertrieben wurden, dieses Heimatgebiet wieder zu besiedeln […]"[435] Becher bestätigte auch, daß die Sudetendeutsche Landsmannschaft damit territoriale Ansprüche auf zirka 22 Prozent des Hoheitsgebietes der ČSSR erhebe.[436] Hier aber irrten die sudetendeutschen Funktionäre. Ihre Annahme, einer möglichen Rückkehr in die alte Heimat im Frühjahr und Sommer 1968 nah gewesen zu sein, war gänzlich falsch. In der Tschechoslowakei bzw. in Tschechien herrschte und herrscht bis in die heutige Gegenwart ein breiter Konsens über alle politische Lager hinweg, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen „als historische Notwendigkeit" und „als abgeschlossene Angelegenheit" anzusehen ist.[437]

SED und MfS empörten sich im Frühjahr und Sommer 1968 über neue Aktivitäten der organisierten Sudetendeutschen: Man erhielt Kenntnis, daß in Westdeutschland Pamphlete kursierten mit Schlagzeilen wie: „Prag muß wiedergutmachen. Rückkehr der Sudetendeutschen ohne irgendwelche Bedingungen". Das MfS hatte beobachtet, daß entlang der bayerischen Grenze zur ČSSR im Juli 1968 „drei Tage lang […] neben den Schildern ‚Landesgrenze' […], Schilder mit der Aufschrift […] standen: ‚Hier beginnt die tschechische Besatzungszone Deutschlands – Sudetenland – Deutsches

[432] Vgl. MfS-Leutnant Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Stand 1982, in: BStU MfS JHS 75/82, S. 1.

[433] Ebenda, S. 11.

[434] Vgl. Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil, S. 90–93; Walter Becher, Zeitzeuge, S. 316ff.

[435] Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil, S. 53.

[436] Vgl. ebenda, S. 23f.

[437] Vgl. Eva Schmidt-Hartmann, Menschen oder Nationen? Die Vertreibung der Deutschen aus tschechischer Sicht, S. 178–197; Xavier Galmiche, „Dům po Němcích – von den Deutschen übernommenes Haus", in: ZfG 2005, S. 941–954; Miloš Havelka, Gedächtnis und Geschichte, Zusammenleben und Vertreibung, in: ZfG 2003, S. 13–19; Pavel Kolář, Vertreibung zwischen nationaler Meistererzählung und Deutungspluralität, in: ZfG 2005, S. 925–940.

Land'". [438] Das SED-Organ „Neues Deutschland" schrieb am 29. Juli 1968 über einen Aufmarsch der Sudetendeutschen auf dem Dreisessel-Berg im Bayrischen Wald, der unmittelbar an der Grenze zur ČSSR lag. Sudetendeutsche brachten dort zum Ausdruck, daß die Vorgänge hinter der Grenze bei den „Böhmerwäldlern" auf Sympathie stießen. Und der Sprecher der Sudetendeutschen Walter Becher habe am 2. Mai 1968 in Frankfurt a. M. verkündet, daß die „Re-integration der sudetendeutschen Unternehmer und Facharbeiter, die Rückgliederung des böhmisch-mährischen-schlesischen Deutschtums in seine alte Heimat, die beste Form der […] Wirtschaftshilfe für die Tschechoslowakei" sei. Weiter habe er erklärt, „die Sudetendeutschen sehen ihre Zukunft in einer föderativen Gemeinsamkeit mit Tschechen und Slowaken".[439] Die Staatssicherheit war davon überzeugt, daß die Führungskräfte der Landsmannschaft im Sommer 1968 bereit standen, „sich mit den revisionistischen Kräften in der ČSSR und ihrem ‚demokratischen Sozialismus' zu liieren, wenn man damit den revanchistischen Zielen näher kommen konnte. […] Gewisse [konterrevolutionäre] Kräfte in Prag seien bereit, mit Funktionären der Sudetendeutschen Landsmannschaft über die ‚Rückkehr' von 100 000 bis 150 000 ‚Heimatvertriebenen' zu verhandeln."[440] Für die SED-Führung und ihren Geheimdienst waren alle diese Reden, öffentlichen Aufrufe und Aktionen Indizien für eine direkte Unterstützung der „Konterrevolution in der ČSSR" durch die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Aus aktuellem Anlaß publizierte die DDR Ende 1968 eine Dokumentation über die Landsmannschaft als „5. Kolonne des deutschen Imperialismus" mit dem Titel „30 Jahre nach München. Aggressive Ostpolitik gegen die Tschechoslowakei – gestern und heute". [441] Diese Dokumentation hatte neben dem Vorbringen der gängigen Revanchismusvorwürfe, adressiert an die Sudetendeutsche Landsmannschaft, noch eine zusätzliche Funktion der Rechtfertigung für die selbst in den sozialistischen Staaten äußerst umstrittene Intervention der UdSSR in der Tschechoslowakei vom 21. August 1968 zu erfüllen. Im zynischen Sinne der SED hieß das: „Lieber im Zuge des proletarischen Internationalismus sowjetische Truppen im Land als gefährliche [sudetendeutsche] Henlein-Revanchisten."[442]

[438] Beide Zitate bei MfS-Leutnant Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Stand 1982, in: BStU MfS JHS 75/82, S. 12; vgl. Wer finanziert Sonderfonds Sudetenland? in: ND, 29. August 1968, S. 36.

[439] Zitate bei: MfS-Leutnant Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Stand 1982, in: BStU MfS JHS 75/82, S. 13, 14; Mut zur Wahrheit. Politische Verwirrung zeigte sich bei Vertriebenen-Treffen, in: Neue Rheinzeitung, 4. Juni 1968 (auch in: BStU MfS ZAIG 9708, Bd. 2, Bl. 364).

[440] MfS-Leutnant Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Stand 1982, in: BStU MfS JHS 75/82, S. 12, 13.

[441] Vgl. 30 Jahre nach München. Aggressive Ostpolitik gegen die Tschechoslowakei gestern und heute, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front, Berlin (Ost) 1968 (auch in : BStU MfS HA XXII 19974).

[442] Bernd Kallina, Mit der „Revanchismus-Keule" gegen die Deutschen Heimatvertriebenen und ihre Verbände, S. 76.

Im zeitlichen Abstand von mehr als zehn Jahren zu den Ereignissen von 1968 urteilte die Staatssicherheit 1982 in einer weiteren Studie, daß der „Angriff der Konterrevolution" unter Einbeziehung der „westdeutschen Revanchistenorganisationen" auf die sozialistische Staatengemeinschaft allgemein und speziell auf den Sozialismus in der ČSSR erfolgreich abgewehrt wurde. Aber, so warnten die MfS-Offiziere, die „revanchistischen Ziele der BRD-Politik unter Einbeziehung der Revanchistenorganisationen und Landsmannschaften existieren nach wie vor [… fort]. Angesichts der gegenwärtigen Ereignisse in der VR Polen sind auch die alten und neuen Revanchisten in der BRD wieder verstärkt auf den Plan getreten".[443] Mitschuld an den sogenannten konterrevolutionären Ereignissen in Polen – d.h. der Gründung der unabhängigen polnischen Gewerkschaft „Solidarność" im August 1980 und der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen durch Ministerpräsident Wojciech Jaruzelski im Dezember 1981[444] – hatten nun – nach MfS-Lesart – die „revanchistischen Landsmannschaften" der Pommern, Schlesier und Westpreußen.[445] Die Landsmannschaften allgemein blieben für die SED jederzeit „entspannungsfeindlich und friedensgefährdend".[446] Die Führungsschicht der Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde „geheimdienstlich bearbeitet" durch die DDR-Staatssicherheit. Organisatorisch an der Spitze der Landsmannschaft stand der 15 bis 20-köpfige Bundesvorstand, der sich als „Exilregierung der Sudetendeutschen Volksgruppe" sah. Der „Sprecher" stand dem Bundesvorstand vor. Bis 1967 war dies Dr. Hans Christoph Seebohm, ihn löste Dr. Walter Becher ab. Er amtierte von 1968 bis 1982. Die Bundesversammlung der Landsmannschaft, zirka 35 bis 45 Mitglieder, galt als Exilparlament.[447] Der „Sprecher" Seebohm gehörte seit 1950 der Sudetendeutschen Landsmannschaft und dem politisch rechtslastigen Witikobund an. In Seebohm sahen die Ost-Berliner den „typischen Vertreter der nach Revanche schreienden aggressiven Kräfte der westdeutschen Bourgeoisie und des Militarismus in der Bonner Regierung".[448] Seebohms Familie hatte vor 1945 privaten Besitz an Kohlegruben in Nordböhmen, Hans Christoph Seebohm arbeitete bis 1945 als Betriebsdirektor verschiedener Bergbauunternehmen in Oberschlesien und im Egerland. Die DDR warf Seebohm wiederholt vor, daß „durch sogenannte Arisierungen in von Hitler okkupierten Ländern er sich einen großen Besitz" zusammenge-

443 MfS-Leutnant Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Stand 1982, in: BStU MfS JHS 75/82, S. 18–21.

444 Vgl. Jost Dülffer, Europa im Ost-West-Konflikt 1945–1990, S. 91f.

445 Vgl. MfS-Leutnant Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, Stand 1982, in: BStU MfS JHS 75/82, S. 19, 20; Zur Politik der Bundesrepublik nach dem 21. August 1968, Prag, 4. Oktober 1968, in: ebenda, S. 25–27.

446 Vgl. Das Nürnberger Treffen der Sudetendeutschen stand im Zeichen massiver NPD-Propaganda, 27. Mai 1969, in: BStU MfS PA 611, Bl. 18–22; Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, S. 182.

447 Vgl. Sudetendeutsche Landsmannschaft, Stand 1968, in: BStU MfS HA XX 5433, Bl. 7–31; Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, S. 24–27 (Stand 1986).

448 Seebohm: Bonner Minister und Revanchist in Adenauers Diensten, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bl. 82–91.

raubt habe.[449] Tatsächlich war er 1941 Mitbegründer der Egerländer Bergbau AG, die als „Auffanggesellschaft" eigens zur Übernahme jüdischer Bergbauunternehmen, also „arisierten Eigentums", gegründet wurde. Nach 1945 trat Seebohm der Deutschen Partei bei, ab 1960 war er CDU-Mitglied.[450] Von 1949 an war er in Bonn Bundesminister für Verkehr. Hans Christoph Seebohm galt als aktiver Lobbyist der Vertriebenenverbände in Bonn. Seit 1959 machte er regelmäßig Schlagzeilen durch seine markigen und viel kritisierten „Sonntagsreden".[451] Für das MfS stand das Urteil über Seebohm fest: „[Er] ist ein Revanchist und Faschist übelster Art. Adenauer brauchte ihn […] als Werkzeug zur Vorbereitung eines neuen Krieges und als Hetzredner […] für die Sudetendeutsche Landsmannschaft."[452]

Nur wenige westdeutsche Vertriebenenfunktionäre standen so im Zentrum der SED-Revanchismuspropaganda wie der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Walter Becher.[453] In Walter Becher fanden SED und Staatssicherheit eine geeignete Zielscheibe für ihre im In- und Ausland durchaus erfolgreichen Kampagnen gegen den „Revanchismus" der Sudetendeutschen Landsmannschaft. In den Staatssicherheitsunterlagen fanden sich umfangreiche Recherchematerialien aus der zweiten Hälfte der 1960er Jahre über Becher. Die Nachforschungen über seine politische Vergangenheit wurden intensiviert, als er im Januar 1968 das Amt des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft übernahm.

Walter Becher wurde 1912 in Karlsbad, damals Österreich-Ungarn, geboren. Er studierte ab Oktober 1931 Staatswissenschaften in Wien, wo er sich 1936 promovierte. Dort trat er, zwei Monate nach Aufnahme seines Studiums, mit 19 Jahren, der österreichischen NSDAP[454], Ortsgruppe Wien/Josefstadt, mit der Mitgliedsnummer 896 129 bei. Mitgliedsbeiträge für die Partei zahlte er bis zum 25. April 1933, bis – wie es im Schriftverkehr der NSDAP Gauleitung Wien 1939 hieß – zum Wechsel seines Wohn- bzw. Aufenthaltsortes nach Karlsbad/ČSR.[455] In seinen Memoiren von 1990 leugnete Walter Becher dies. Wörtlich schrieb er dazu: Ein „Werdegang ohne mein Wissen" und log ungehemmt: In den Akten des NSDAP-Mitgliedschaftswesens Wien „fand man unter meinem Namen ein Mitglied verzeichnet, daß im Dezember 1931 […] in die Partei eingetreten, am 30. April 1932 (also nach vier Monaten) wieder ausgetreten und unbekannten Aufenthaltes geblieben war."[456] Tatsächlich war Becher ein Jahr und fünf Monate lang NSDAP-Angehöriger bis er nach Karlsbad ging, in die

[449] Ebenda, Bl. 85.
[450] Vgl Braunbuch, 1965, S. 314; In: http://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Christoph_Seebohm.
[451] Gesammelte Aussprüche in: Dossier: Seebohm: Bonner Minister und Revanchist in Adenauers Diensten, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bl. 87–90.
[452] Ebenda, Bl. 86.
[453] Abgesehen von Theodor Oberländer 1953–1960 Bundesvertriebenenminister, und Hans Krüger, 1963 Bundesvertriebenenminister, dies zur Erinnerung.
[454] In Österreich hatte die 1926 gegründete NSDAP bei den Nationalratswahlen 1930 einen Stimmenanteil von 3,6 Prozentpunkten erhalten.
[455] Vgl. Kopie des Schriftwechsels zwischen NSDAP Gauleitung Wien und NSDAP Mitgliedschaftswesen München, 15. August 1939, in: BStU MfS PA 31 HA IX/11, Bl. 62.
[456] Walter Becher, Zeitzeuge, S. 327.

ČSR, wo die NSDAP nicht organisiert war.[457] In der Tschechoslowakei wurde Becher Mitglied der Sudetendeutschen Partei (SdP). Nach der Besetzung des Sudetengebietes durch NS-Deutschland wurden große Teile der Sudetendeutschen Partei in die NSDAP überführt. Walter Bechers NSDAP-Aufnahmeort und -datum war Reichenberg, der 1. November 1938 mit der NSDAP-Mitgliedsnummer 6.588113.[458] Dazu schrieb Becher in seinen Memoiren nichts.

In der Sudetendeutschen Partei in der ČSR gab es in den 1930er Jahren Fraktionskämpfe zwischen konkurrierenden nationalsozialistischen, „völkischen" Gruppierungen, den berüchtigten Männern des „Aufbruchs" und des „Kameradschaftsbundes", die 1939 zugunsten des „Aufbruch-Kreises" entschieden wurden, indem man 1939 einer Reihe von Führern des „Kameradschaftsbundes" in Dresden einen Prozeß wegen angeblicher Vergehen nach Paragraph 175[459] machte. Walter Becher gehörte zu denen, die am 1. Juli 1939 verhaftet und in Dresden für sechs Monate in „Schutzhaft" genommen wurden.[460] Aufgrund dieses Vorwurfs und der Haft bis Dezember 1939 wurde Becher am 20. März 1940 aus der NSDAP ausgeschlossen.[461] Sein Wiederaufnahmeantrag wurde abgelehnt. Dieser Ablehnungsbescheid war für Becher in seinen 1990 veröffentlichten Memoiren Beweis dafür, nie NSDAP-Mitglied, ja sogar Gegner und „Objekt der Verfolgung" durch die NSDAP gewesen zu sein.[462] Tatsächlich war Walter Becher ein früher NS-Anhänger und NSDAP-Parteimitglied, der in „innerparteilichen Cliquenkämpfen unter die Räder" geriet. Freiwillig meldete er sich 1940 zum Dienst in der Wehrmacht, den er im Mai 1940 antrat. Ab Juli 1942 war er als sogenannter Kriegsberichterstatter bei verschiedenen Propagandakompanien in der Sowjetunion vor Moskau und bei Minsk eingesetzt.[463] Welche Art von Propaganda bzw. welche Inhalte seine Front-Berichterstattungen hatten, ist noch ungeklärt. Bechers Schilderungen in seinen veröffentlichten Memoiren sind unglaubwürdig und

457 Becher studierte bis 1935 in Wien, 1933 wurde die NSDAP in Österreich zunächst verboten.

458 Vgl. Kopie NSDAP-Mitgliederdatei, in: BStU MfS PA 31 HA IX/11, Bl. 31.
Die SED bzw. die KPČ versuchte Becher um 1959 eine SA-Mitgliedschaft nachzuweisen. Die DDR recherchierte Mitte der 1960er Jahre intensiv in den Archiven danach, um im Januar 1967 lapidar festzustellen: „In den Archiven der DDR befinden sich keine Dokumente, die Aufschluß […] geben, ob Becher SA-Führer war." ZK der SED, Abteilung 62, Dr. Becher, 27. Januar 1967, in: ebenda, Bl. 50.

459 Paragraph 175 des Strafgesetzbuches stellte sexuelle Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts unter Strafe. Die Nationalsozialisten verschärften die Strafen für diesen Straftatbestand.

460 Vgl. Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, S. 77–79; Walter Becher, Zeitzeuge, S. 104–113.
1968 recherchierte die DDR im Staatsarchiv Dresden nach Gerichtsunterlagen zum Prozeß gegen Becher, konnte aber nichts finden (abgesehen vom Register-Eintrag über die Einleitung eines Vorverfahrens gegen Becher nach § 175), da große Teile der Dresdner Gerichtsakten in den Bombenangriffen 1945 vernichtet worden waren. Vgl. Staatsarchiv Dresden, 20. März 1968, in: BStU MfS PA 31 HA IX/11, Bl. 52–54.

461 Vgl. Kopie NSDAP-Mitgliederkartei, in: BStU MfS PA 31 HA IX/11, Bl. 31.

462 Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 326ff.

463 Propaganda-Kompanien 697, 612 der 9. Armee der Deutschen Wehrmacht. Vgl. Kopie einer Hausmitteilung des NS-Propagandaministeriums vom 26. Mai 1942: Einsatz von Becher in einer Propagandakompanie, in: BStU MfS AP 8618/72, Bl. 7, und MfS PA 31, HA IX/11, Bl. 30.

peinlich.[464] In seinen Erinnerungen leitete er z. B. den Lebensabschnitt seines Wehrmacht- bzw. Kriegseinsatzes im besetzten Rußland, später Weißrußland, mit dem Satz ein: „Gleichwohl begann für mich das erregende Leben eines Soldaten, der an den Brennpunkten der Ereignisse dabei war, durch das Tor der Gefahren schritt und über das zu berichten hatte, was er in der unmittelbaren Berührung mit dem Geschehen erlebte."[465]

In den Jahren zwischen 1936 und Sommer 1939 war Walter Becher als Journalist in Prag, später in Reichenberg tätig. Ab November 1938 – nach dem Einmarsch NS-Deutschlands in das Sudetengebiet – erhielt Becher den Posten eines Schriftleiters bzw. Redakteurs für Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung, ab Mai 1939 Kultur und Volkstum genannt des NS-Gauorgans „Die Zeit" in Reichenberg. In den dreieinhalb Jahren seiner journalistischen Arbeit fiel Becher auf als wütend antisemitischer, extrem nationalsozialistischer Hetz-Schreiber. Die DDR-Staatssicherheit dokumentierte in ihren Unterlagen umfangreiche Artikelauszüge aus der Feder Bechers bzw. aus seinem redaktionellen Verantwortungsbereich in den Jahren in Prag und Reichenberg.[466] Nur drei Beispiele aus dieser Zeit seien kurz zitiert: „Die Zeit" vom 9. November 1938 (!): „Wenn Theater, Schulen und vor allem jene Berufe, die wie etwa der Kunsthandel, von vornherein halb wirtschaftlich und halb künstlerischen Charakter haben, zum Großteil in der Hand fremdrassiger Menschen lagen, so wird man verstehen, daß die allgemeine Entjudung auch die erste Voraussetzung für den Neuaufbau des Sudetendeutschen Kulturlebens ist."[467] Über die „Gefährlichkeit der Juden in den Restgebieten der ČSR" hieß es bei Becher ebenfalls im November 1938: „Allzu nachdrücklich hat die jüdische Hetzpresse das Schauermärchen vom ‚Trojanischen Pferd' aufgetischt, in dessen Bauch die gefährlichen Henleinovci auf den Untergang des tschechoslowakischen Staates lauerten. Dadurch erreichte sie es, daß die Tschechen blind wurden für das ‚jüdische Pferd', dessen Bauch schon lange die ‚geistigen Kämpen [Kämpfer]' Alljudas über den tschechischen Staat ausgespieen hatte; die Maffia-Juden, die unterirdisch am Aufbau des Beneschistischen Trugbildes mitgearbeitet hatten, waren […] belohnt worden und saßen in […] Positionen in der ‚Prager Presse'. Von dort ging auch die ‚Organisation' aus, die durch den jüdischen Gebieter […] die ‚deutsche Sendung' Prag im Dienste Alljudas und unter der Lüge, staatserhaltend im tschechoslowakischen Sinne zu sein, gestaltete […]. So kam es, daß […] mit Überzeugung den leitenden literarischen Männern im tschechischen Rundfunk, die in engster Tuchfühlung mit den Manns, Feuchtwangers, Emil Ludwigs, Werfels, Franks […] standen, diese parasitären Erscheinungen am Rande der deutschen Kultur als die einzig wah-

464 Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 112–129.

465 Ebenda, S. 113.
Seinen Einsatz an der brutalen Niederschlagung des Warschauer Aufstandes von 1944 schilderte er aus der Rückschau des Jahres 1990 ohne jeden kritischen Abstand so: „Wir wehrten uns, dorthin verlegt, so gut es ging am Erlöserplatz gegen die aus allen Winkeln losballernden Gewehrsalven." Ebenda, S. 127.

466 Vgl. Dr. Walter Becher, Stand 1964/65, in: BStU MfS ZAIG 9704, Bd. 2, Bl. 377–379; auch in: MfS ZAIG 9705, Bl. 53.

467 Zitiert in: Dr. Walter Becher, in: BStU ZAIG 9704, Bd. 2, Bl. 378.

ren Vertreter deutschen Geisteslebens erschienen."[468] Und in der Ausgabe „Die Zeit" vom 7. Mai 1939 feierte Becher, als die Juden des Sudetengebietes bereits aus allen Stellungen in Wirtschaft, Politik und Kultur verdrängt worden waren, diese Vertreibung mit den Worten: „Das Sudetenland ist Kulturland geworden. Erst die befreiende Tat des Führers hat unzählige schlummernde Kräfte aufgeweckt […]. Was unter der Patronanz einer volksfremden, von jüdischen Maklern beeinflußten Regierung bewußt totgeschwiegen wurde, kann sich heute dem allgemeinen Urteil stellen."[469]

Es ließen sich viele weitere Beispiele zitieren. Die Staatssicherheit faßte 1965 zusammen: „Becher hetzte […] gegen die Juden, gegen humanistische Schriftsteller. Er gebrauchte dabei Ausdrücke wie ‚jüdisch-kommunistisches Kabarett', ‚jüdisches Prag', ‚jüdische Kulturwanzen', ‚Gönnerjuden', ‚fette Judenfrauen', ‚jüdische Räuberkomödie' und noch andere Worte im ähnlichen Jargon."[470] Walter Becher nahm in seinen Memoiren zu seiner Tätigkeit in Reichenberg bei der Zeitung „Die Zeit" ausweichend Stellung. Neben einem seltsamen Eingeständnis der Autorenschaft antisemitischer Artikel – „ich war gehalten, Beiträge zu verantworten und selbst zu schreiben, die nicht meiner inneren Überzeugung entsprachen und die ich heute tief bedaure"[471] – brachte er die allzu bekannte Palette von Ausflüchten, Entschuldigungen und Lügen für seine Tätigkeit vor: Unter Druck und Weisung seiner Vorgesetzten habe er, Becher, diese Artikel schreiben müssen. Ohne sein Wissen seien diese Artikel unter seinem Namen gedruckt worden. Er habe geschrieben, um noch Schlimmeres zu verhindern. Und – es seien damals Autoren und Redakteure tätig gewesen, die in weit größerem Maße schuldig wurden als er selbst.[472] Ansonsten hielt er die Vorhaltungen über seine journalistische Tätigkeit bis 1939 für „Diffamierungen aus dem Osten". Er fühlte sich im „Visier gezielter Sonderaktionen der [östlichen] Nachrichtendienste".[473] Die Vorwürfe von DDR-Seite, aus der ČSSR und z. T. auch aus der Bundesrepublik, Bechers antisemitische Artikel und Aufrufe hätten die namentlich genannten deutsch-jüdischen Prager Radio- und Zeitungsleute – wenn diese sich nicht rechtzeitig in die Emigration retten konnten – direkt in die NS-Vernichtungslager geführt, waren überzogen.[474] Doch Walter Becher war ein nationalsozialistischer Schreibtischtäter, der mit seiner Propaganda sich der „Entjudung des Sudetengebietes", wie es im NS-Jargon hieß, verschrieben hatte.[475] Bechers Umgang mit seiner Vergangenheit im NS-

[468] Zitiert in: Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des BdV mit Nazis, Stand 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 95.
[469] Zitiert in: Ebenda.
[470] Dr. Walter Becher, in: BStU ZAIG 9704, Bd. 2, Bl. 378.
[471] Walter Becher, Zeitzeuge, S. 98.
[472] Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 98, 246–249, 253, 323–329.
[473] Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 248, 251.
[474] 1960 hieß es aus politisch linken Kreisen der Bundesrepublik über Bechers Tätigkeit bis 1939: „In vielen Fällen endete der 1938 mit Dr. Bechers Hilfe an Prager Juden verübte Rufmord kurze Zeit später mit blankem Totschlag. Heinrich Fischer [bis 1939 Chef des deutschsprachigen Prager Rundfunks] konnte zwar vor dem NS-Terror nach London fliehen, doch verlor er zahlreiche Angehörige, Freunde und Kollegen in den Todeslagern und Gaskammern der SS." Zitiert in: Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des BdV mit Nazis, Stand 1969, in: BStU MfS FV 13/71, Bd. 4, Bl. 95; vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 243–251.
[475] Vgl. Dr. Walter Becher, Stand Mai 1969, in: BStU MfS PA 31 HA IX/11, Bl. 39.

Deutschland, Verschweigen, Leugnen, Lügen, Verantwortung abschieben, machte es unmöglich, ihm ernsthafte Reue und ein politisches Umdenken nach 1945 zu attestieren.

Nach 1945 orientierte sich Becher politisch, wie er später selbst einmal sagte, „rechts von der Mitte“[476]. Zunächst wurde er Mitglied der Partei Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Von 1950 bis 1962 saß er für den BHE im Bayerischen Landtag. 1965 wechselte Becher zur CSU und gehörte als Abgeordneter von 1965 bis 1980 dem Deutschen Bundestag an. Becher engagierte sich in der sudetendeutschen Vertriebenenbewegung. Er gehörte von Anfang an der Sudetendeutschen Landsmannschaft an. 1947 wurde er Gründungsmitglied des rechtsextremen Witikobundes, dessen Vorsitzender er von 1956 bis 1959 war. Von 1955 bis 1982 war er Generalsekretär des Sudetendeutschen Rates, und von 1968 bis 1982 stand er als „Sprecher“ an der Spitze der Sudetendeutschen Landsmannschaft.[477]

Die politische Vergangenheit Walter Bechers, sein Wirken im Witikobund und in der Landsmannschaft gerieten in den 1950er und 1960er Jahren immer wieder in die Kritik und ins Visier von SED- bzw. KPČ-Kampagnen[478], die ihren Höhepunkt zwischen 1967 und 1969 erreichten. Das hatte, wie bereits angemerkt, mit den politischen Ereignissen in der ČSSR zu tun, mit dem SED-Kampf um die staatliche Anerkennung der DDR, aber auch mit Bechers Wahl zum Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft 1968. Im März 1967 beispielsweise hatte sich die Redaktion der Zeitung „Die Welt“ aus Hamburg an die „Tschechoslowakische Regierungskommission zur Verfolgung von Kriegsverbrechern“ gewandt und darum gebeten, „Belastungsmaterial über Dr. Becher […] zur Verfügung zu stellen. […] Gegen Dr. Becher soll in Westdeutschland ein Prozeß durchgeführt werden, in dem der Genannte versuchen wird, sich von den Beschuldigungen des Antisemitismus freizumachen“ – so notierte es die Staatssicherheit.[479] Die Prager Staatssicherheit bat das MfS in Ost-Berlin, ihnen alle Materialien über Becher zur Verfügung zu stellen, was bis Mai 1968 geschah.[480] Prag und Ost-Berlin verfolgten das Ziel, eine Wiederwahl von Becher in den Deutschen Bundestag bei den Bundestagswahlen 1969 zu verhindern,[481] was ihnen jedoch nicht gelang. Irgendeine Art „Prozeß“ gegen Becher in Westdeutschland kam nicht zustande, wohl aber gab es kritische Fernsehsendungen und Zeitungsartikel über Walter Becher als „Friedensstörer, Lügner, Revanchist und Antisemit“ im Zusammenhang mit seiner Wahl an die Spitze der Sudetendeutschen Landsmannschaft.[482] So schrieb z. B. das „Spandauer Volksblatt“, West-Berlin, am 18. August 1968 über Becher

476 Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil, S. 41.
477 Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 187ff.; auch in: http://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Becher.
478 Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge, S. 242–254; Walter Becher – Porträt eines Erzfaschisten, in: Berliner Zeitung (Ost-Berlin), 16. August 1969, S. 5.
479 MfS HA X an die HV A, 18. April 1967, in: BStU MfS AP 8618/72, Bl. 6.
480 Vgl. den Schriftverkehr zwischen HV A in Ost-Berlin und Ministerium des Innern der ČSSR, April 1967 bis Februar 1969, in: BStU MfS AP 8618/72, Bl. 4–23.
481 Vgl. An den Minister für Staatssicherheit Genosse Generaloberst Mielke, 18. Februar 1969, in: BStU MfS AP 8618/72, Bl. 20.
482 Vgl. Interview Bechers in: ARD-Sendung „Monitor“, 16. Februar 1968, in: BStU MfS AP 8618/72, Bl. 12, 14; „Brandt steht unter dem Druck von Kapitulanten. Interview mit dem Sprecher der

und „seine" Landsmannschaft: „Die Vertriebenenverbände werden von Bund und Ländern subventioniert. Man sollte sich darüber […] Gedanken machen, ob man auch in Zukunft an eindeutig von ehemaligen Nationalsozialisten geführte Organisationen zahlen will, also weiterhin die Hetze gegen die eigene Politik aus eigener Tasche zu honorieren gedenkt."

1969 und 1970 ließ die SED im Rahmen ihrer „Revanchismus-Kampagnen" gegen die Sudetendeutsche Landsmannschaft zwei Dokumentarfilme von den bekannten DDR-Dokumentarfilmern Walter Heynowski und Gerhard Scheumann drehen. Es handelte sich um die national und international erfolgreichen Interviewfilme „Der Präsident im Exil", der sich mit Walter Becher als dem amtierenden Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, befaßte und um „Der Mann ohne Vergangenheit", ein Film über den damaligen Nachwuchspolitiker der Sudetendeutschen Landsmannschaft Horst Rudolf Übelacker.[483] Die spezifische, oft kritisierte Machart der Interviewfilme von Heynowski und Scheumann bestand darin, daß sie die Befragten auch unter Vortäuschung falscher Tatsachen vor die Kamera bekamen, ohne die eigene DDR-Herkunft preiszugeben. Es war die Kunst der Filmemacher, daß die Selbstaussagen des Interviewten jeden Kommentar ersetzten und daß im Verlauf des Drehs der Gesprächspartner, der in der Regel als politischer Gegner gesehen wurde, zu Aussagen bewegt wurde, die einer Selbstentlarvung gleichkamen. So war es auch bei den beiden Propagandafilmen „Der Präsident im Exil" und der „Mann ohne Vergangenheit". Sie sind wirkungsvolle Agitation, enthüllen aber auch die Manipulierbarkeit der Bilder.

Die Dokumentarfilmer bekamen Walter Becher 1969 vor die Kamera, ohne daß er wußte, daß er DDR-Journalisten vor sich hatte. Im Gespräch miteinander stellte sich Becher als „Exilpräsident der Sudetendeutschen" vor – darauf gründet der Titel des Films –, er verglich die mögliche künftige Stellung eines „Bundeslands Sudeten" mit dem Bundesland Bayern. Becher bestätigte auf Nachfrage, daß seine Landsmannschaft Ansprüche auf tschechoslowakisches Staatsgebiet erhebe und daß das außenpolitische Ziel seiner Landsmannschaft nach wie vor darin bestehe: Wiederbesiedlung des Sudetenlandes durch die vertriebenen Sudetendeutschen.[484] Becher äußerte seine Enttäuschung über die Niederschlagung des „Prager Frühlings", da, seiner Meinung nach, die „Rückkehr der Sudetendeutschen in ihre angestammte Heimat" sich zeitlich weiter verzögern würde. Auch ließ sich der Sprecher der Sudetendeutschen leicht und bereitwillig in NPD-Nähe rücken. Er antwortete auf Fragen der getarnten DDR-Journalisten, daß er „rechtsaußen in der CSU" stehe, und in den Wahlbezirken, in denen er, Becher, kandidiere, hätte kein NPD-Politiker mehr eine politische Chance.[485]

Sudeten-deutschen Landsmannschaft, CSU-MdB Dr. Walter Becher", in: Der Spiegel, 31/1968, vom 29. Juli 1968.
Becher selbst sprach in seinen Memoiren von einer Fernsehsendung „Kontraste" des SFB. Für ihn waren diese „Attacken" eine „Kollaboration des westlichen mit dem östlichen Fernsehen". Walter Becher, Zeitzeuge, S. 321–329, hier S. 325.

483 Vgl. schon bei Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, S. 202–208; Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil *und* Der Mann ohne Vergangenheit *sowie ein nachdenklicher Bericht über* Die Schlacht am Killesberg, Berlin (Ost) 1969.

484 Vgl. Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil, S. 23f., 53, 90–93.

485 Vgl. ebenda, S. 41, 48; dazu auch Walter Becher, Zeitzeuge, S. 323–325.

Im Juli 1969 wurde der Film vor der SED-Spitze vorab aufgeführt. Heynowski und Scheumann priesen gegenüber den ZK-Sekretären für „Agitation und Propaganda" bzw. für die „Arbeit nach Westdeutschland" Werner Lamberz, Albert Norden und Hermann Axen die entlarvende Beweiskraft des Films für den „Systemcharakter des westdeutschen Revanchismus" und für die „Mittäterschaft der SPD-Führung". Die Filmemacher wörtlich weiter: „Ein kompetenter Zeuge – nämlich der Chef der größten Revanchistenorganisation Westdeutschlands [Walter Becher] – enthüllt den Mechanismus der subversiven Politik des Imperialismus gegen das sozialistische Lager, [insbesondere] gegen die ČSSR […]." Und „indem der Film den revanchistischen Charakter der westdeutschen Politik erlebbar macht, stellt er zugleich einen wertvollen Beitrag dar zum 20. Jahrestag der DDR, der historischen Alternative zum westdeutschen Staat der Expansion und Revanche".[486] Die SED-Führung beschloß, den Dokumentarfilm „Der Präsident im Exil" „international" einzusetzen, d. h. es wurden Fassungen in allen gängigen ost- und westeuropäischen Sprachen angefertigt und in kurzer Folge wurde der Film in allen osteuropäischen Hauptstädten vor den jeweiligen Vertretern der Partei- und Staatsführungen gezeigt.[487] Außerdem wurde der Film zur Gemeinschaftsproduktion vom DDR- und ČSSR-Fernsehen erklärt, in Prag lief er am 15. August 1969 und in Ost-Berlin am 21. August 1969.[488] Vor den Uraufführungen hatte das ZK-Sekretariat der SED den Film gesehen und einige Änderungen verlangt. Der 93 Minuten laufende Film zeigte nicht nur das Interview mit dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, sondern war angereichert worden mit historischen Bildsequenzen über die Geschichte der ČSR und NS-Deutschlands ab 1938 sowie zeitgenössischen Aufnahmen der politischen Szene in der Bundesrepublik. Bezeichnend waren die Änderungsvorschläge der SED-Ideologen Albert Norden und Hermann Axen: „Ein oder zwei Aufnahmen von Hitler herausnehmen"; „Vielleicht etwas zu kürzen die Bilder über die Aussiedlungen deutscher Bürger aus der ČSSR" und „Die Montage NPD – SPD herausnehmen".[489] Die SED-Politiker befanden einige Montagen wie eine suggerierte Gleichstellung von Adolf Hitler und Walter Becher oder von SPD- und NPD-Politikern dann doch als zu weitgehend und damit für die Propaganda zu unglaubwürdig. So hieß es von ihrer Seite: „Es gibt Einverständnis, daß prinzipiell das Verhältnis NPD und SPD bleiben soll, aber die Montage überzieht sehr und außerdem geht es ja nicht in erster Linie um das Verhältnis von NPD und SPD, sondern es geht […] darum, das große Kartell aufzuzeigen [von] CDU – CSU – Bundeswehrgeneralität – rechte SPD-Führer und NPD."[490] Auch in Prag gab es Ende Juli 1969 eine Vorab-Aufführung des Films. Den SED-Politikern gegenüber lobten die Genossen vom ZK der KPČ den „politisch außerordentlich wertvollen" Film, der „von hoher Qualität ist und für die politisch-ideologische Arbeit der KPČ voll ausgenutzt werden wird". „Der Film enthalte durchschlagende Beweise über den Re-

[486] Alle Zitate: Studio H & S, „Der Präsident im Exil", in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 48, 49.
[487] Vgl. ebenda, Bl. 50, 51.
[488] Vgl. Claudia Böttcher u. a., Walter Heynowski und Gerhard Scheumann, S. 96 f.
[489] Notiz, 30. Juli 1969, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 55.
[490] Ebenda.

vanchismus in der Bundesrepublik und stelle schon deshalb eine große Hilfe für die KPČ dar."[491] Die Zuschauerreaktionen der Tschechoslowaken hingegen waren nach der Fernsehausstrahlung gemischt. Die linientreuen Funktionäre und Bürger in der ČSSR urteilten positiv. „‚Der Präsident im Exil' hilft vielen Bürgern der ČSSR, ideologische Barrieren zu überwinden. Vor allem bekämpft er Illusionen über die Bonner Politik und schärft den Sinn […] für die notwendige ideologische Wachsamkeit gegenüber dem westdeutschen Imperialismus."[492] Aber auch andere Meinungen seien immer noch weit verbreitet, meldeten SED-Funktionäre aus Prag nach Berlin: „Ein relativ großer Teil vom Westen politisch beeinflußter Menschen wiederholte nach dem Film das alte Argument: ‚Es handle sich um einzelne, die man in Westdeutschland nicht ernst nimmt und man auch in der ČSSR nicht ernst zu nehmen brauche. Diese Leute [wie Walter Becher] seien keine wirkliche Gefahr. Die Gefahr für die ČSSR drohe von ganz woanders her, und Westdeutschland sei einer der besten Freunde der Tschechoslowakei.'"[493]

Bis Ende September 1969 war „Der Präsident im Exil" in vielen in Ost-Berlin ansässigen Botschaften gezeigt und mit viel Lob bedacht worden. So wie die offiziellen Reaktionen der sowjetischen bzw. der polnischen Vertretung waren, lauteten viele Kommentare: „Dieser Film ist nicht nur ein politisches Dokument mit hohem zeitgeschichtlichen Wert, sondern auch ein großes Kunstwerk." Aus Warschau meinte man, „daß der Film nicht nur das Porträt eines der führenden Revanchisten und den Mechanismus der Sudetendeutschen Landsmannschaft zeige, sondern [auch] die Verflechtung der revanchistischen Organisationen mit der offiziellen Bonner Politik […]"[494] Der DDR-Außenminister Otto Winzer präsentierte den Film „Der Präsident im Exil" am 19. August 1969 vor dem Diplomatischen Corps in Ost-Berlin mit großer Resonanz. Die Vertreter der afrikanischen und asiatischen Staaten waren an der Thematik interessiert.[495]

Die SED-Politiker zeigten sich besonders zufrieden mit Reaktionen aus der Bundesrepublik. Ein Spiegel-Korrespondent schrieb in der ersten September-Ausgabe 1969 über den Film und eröffnete seinen Beitrag mit der Frage: „Territoriale Ansprüche, die ohne Krieg nicht zu befriedigen sind, als Friedenspolitik?" Und seine – von der SED-Spitze mit Genugtuung aufgenommene – Antwort lautete: „Die Sowjets hatten bisher große Not, ihre Okkupation der Tschechoslowakei zu begründen. Walter Becher aber liefert gewissenhaft zu jedem Vorwand, den die Sowjets vorbrachten, die Begründung."[496] Und noch mehr frohlockten die SED-Funktionäre um Albert

[491] Beide Zitate: Gedächtnisprotokoll über die Aussprache mit ČSSR-Genossen nach dem Film „Der Präsident im Exil", 31. Juli 1969, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 52, 53.

[492] Bericht über die internationale Wirksamkeit des Filmes „Der Präsident im Exil", 1. September 1969, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 29.

[493] ADN Prag: Wie man in der ČSSR den Fernsehfilm „Präsident im Exil" aufnahm, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 61, 62.

[494] Bericht über die internationale Wirksamkeit des Filmes „Der Präsident im Exil", 1. September 1969, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 30, 31, 35.

[495] Vgl. ebenda, Bl. 36; Walter Becher, Zeitzeuge, S. 324.

[496] Zitiert in: Bericht über die internationale Wirksamkeit des Filmes „Der Präsident im Exil", 1. September 1969, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 36, 37.

Norden über die Filmrezension im „Tagesspiegel" aus West-Berlin Ende August 1969. Dort war zu lesen: „Dem Autorenteam Heynowski und Scheumann […] war es gelungen, Dr. Walter Becher vor die Kamera zu bringen […]. Die Interviewer hielten sich sehr zurück […]. Dr. Becher sagte arglos all das, was exakt in das Porträt eines ‚Revanchisten' hineinpasst. […] Äußerst geschickt der Kommentar: Im Gegensatz zum kräftigen Propaganda-Ton anderer Berichte über die Vertriebenenverbände hatten sich die Autoren diesmal erfolgreich um Understatement bemüht. Sie sprechen in gedämpftem Ton, ihre Ironie war kaum spürbar, und immer wieder gelang es ihnen, aus Dr. Becher das herauszulocken, was sie hören wollten […]. Der Film war so geschickt aufgebaut, daß die eigene Absicht gar nicht mehr eigens artikuliert werden brauchte: Ein mangelhaft informierter Zuschauer konnte tatsächlich zu dem Schluß kommen, die Truppen der ‚Bruderstaaten' hätten vor einem Jahr die ČSSR vor dem Zugriff der revanchistischen Bundesrepublik gerettet. ‚Der Präsident im Exil' kann als ein Musterbeispiel raffinierter Propaganda bezeichnet werden."[497] Der Interviewfilm mit und über den Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft war im Rahmen des „Kampfes gegen den Revanchismus der Vertriebenenverbände und des Bonner Staates" ein großer Propagandaerfolg der DDR.

Eine ähnlich positive Resonanz verbuchten die DDR und die beiden Filmemacher Heynowski und Scheumann mit dem Interviewfilm „Der Mann ohne Vergangenheit", der 1969/70 entstand und am 26. April 1970 im DDR-Fernsehen uraufgeführt wurde.[498] Der „Mann ohne Vergangenheit" hieß Horst Rudolf Übelacker, wurde 1936 in Karlsbad/ČSR geboren, Jurist und Volkswirt, arbeitete bei der Deutschen Bundesbank und avancierte bereits 1969, mit nur 33 Jahren, zu einem führenden Funktionär der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Er wurde Mitglied der Bundesversammlung seiner Landsmannschaft, des „Exilparlaments" nach Vorstellung der Sudetendeutschen, Mitglied im Sudetendeutschen Rat, dem außenpolitischen Gremium, und gehörte dem Vorstand des Witikobundes an, der nach Übelackers Auskunft vor der laufenden Kamera von Heynowski und Scheumann zur Hälfte aus NPD-Mitgliedern bestand.[499] Von 1996 bis 2006 stieg er zum Bundesvorsitzenden des Witikobundes auf.[500] Horst Rudolf Übelacker gab sich im Interview 1970 unbefangen als Sympathisant der NPD zu erkennen. Nur diese „Nationaldemokraten [!]", so Übelacker, verträten konsequent das Ziel der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die „Rückgewinnung des Sudetenlandes für die Sudetendeutschen". Wörtlich sagte der Jung-Funktionär im Interviewfilm: „Das Sudetenland ist die tschechoslowakische Besatzungszone des fortbestehenden Deutschen Reiches."[501] Heynowski und Scheumann beendeten ihren Film und die dazugehörige Buchdokumentation mit dem propagandistischen, aber nicht unzutreffenden Schluß: Der sudetendeutsche Landsmannschaftsfunktio-

[497] Ebenda, Bl. 37; Heynowski und Scheumann an Albert Norden, 1. September 1969, in: ebenda, Bl. 26.
[498] Heynowski & Scheumann, Der Mann ohne Vergangenheit, S. 95–179; Claudia Böttcher u. a., Walter Heynowski und Gerhard Scheumann, S. 94 f.
[499] Vgl. Heynowski & Scheumann, Der Mann ohne Vergangenheit, S. 109 f., 138, 147 f.
[500] Vgl. In: http://de.wikipedia.org/wiki/Horst_Rudolf_Übelacker.
[501] Alle Zitate: Heynowski & Scheumann, Der Mann ohne Vergangenheit, S. 116 f., 119, 149.

när Übelacker, der aufgrund seiner Jugend nicht NS-belastet sein konnte, sei 1970 „durch und durch ein Neonazi“: „Horst Rudolf Übelacker, dessen Name nicht im ‚DDR-Braunbuch‘ steht, hat in seinem sozialpolitischen Milieu [in Westdeutschland] eine tiefbraune Färbung angenommen.“[502] Dieses Urteil bestätigte sich in den folgenden Jahren. Übelacker verbreitete im Organ „Der Witiko-Brief“ 1974 Stellungnahmen, die den Ausländerhaß schürten und die Vernichtung der europäischen Juden leugneten bzw. relativierten.[503] 1989 warb er als CSU-Mitglied für eine Koalition mit der Partei „Die Republikaner“ und wurde 1990 deren Mitglied sowie Kreisvorsitzender in München-Garching.[504]

Der SED-Dokumentationsfilm über den Funktionär Übelacker war im Rahmen der Revanchismus-Kampagnen der SED erfolgreich. Wie immer interessierte die SED-Ideologen besonders die Wirkung in der Bundesrepublik. So konnten die beiden Filmemacher Heynowski und Scheumann am 19. November 1970 an den ZK-Sekretär Werner Lamberz schreiben, daß das „westdeutsche Fernsehen inzwischen unseren Film ‚Der Mann ohne Vergangenheit‘ für DM 31 000 gekauft“ hat, und daß die Bedingung – der Film dürfe nicht gekürzt werden – akzeptiert wurde.[505] Ein ebenso positives Echo wird der Zeitungskommentar des bekannten westdeutschen Journalisten Klaus Bednarz in der Frankfurter Rundschau bei der SED-Spitze ausgelöst haben. Bednarz schrieb über den Film am 7. November 1970 u. a.: „Ein Musterbeispiel für wirkungsvollen Agitationsfilm lieferte ein weiteres Mal das Ostberliner Reporterduo Heynowski & Scheumann. In einer alle filmischen Mittel bis zum Exzeß strapazierenden Dokumentation stellen sie den 34jährigen westdeutschen Sudetenfunktionär Horst Übelacker vor – als Beispiel eines Mannes, der ‚nicht im Ostberliner Braunbuch der in Westdeutschland lebenden Kriegs- und Naziverbrecher steht‘ und der dennoch ‚in aller Öffentlichkeit friedensgefährdende Hetze‘ betreibt. Ein Film, bei dem nicht nur dem Publikum der DDR das Entsetzen in die Glieder fahren dürfte. Die ARD will ihn demnächst ausstrahlen.“[506]

Die beiden DDR-Propagandafilme über die Sudetendeutsche Landsmannschaft hatten einen deutsch-deutschen Bezug: d. h. sie sollten – wie bereits mehrfach angemerkt – die Bundesrepublik als „revanchistisch, kriegstreibend, neofaschistisch“ diffamieren und die DDR als deutschen Friedensstaat auch im internationalen Rahmen herausheben. Auch sollten sie die unpopulären Maßnahmen der Warschauer-Pakt-Staaten gegen die ČSSR 1968 nachträglich verteidigen helfen. Die Kampagnen hatten einen weiteren legitimierenden innenpolitischen Bezug für die SED-Herrschaft in der DDR. Sie waren auch immer eine unausgesprochene Warnung an die „ehemaligen

[502] Ebenda, S. 176.

[503] So wird ihm nachgesagt: „Die Deutschen zusammengedrängt auf die Restgebiete in West- und Mitteldeutschland sowie in Österreich und zudem bedrängt von einem ‚Millionenheer‘ volksfremder Zuwanderer, sehen sich einer allmählichen zerbröckelnden Zeitgeschichtsfassade gegenübergestellt.“ Und: „Zu den gewaltigsten Geschichtslügen der jüngsten Vergangenheit gehören die 6 Millionen [ermordeten ?] Juden.“ In: http://de.wikipedia.org/wiki/Witikobund.

[504] Vgl. In: http://de.wikipedia.org/wiki/Horst_Rudolf_Übelacker.

[505] Vgl. H & S an Werner Lamberz, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 83.

[506] Kritische Eigendokumentation gibt’s die?, Klaus Bednarz, Frankfurter Rundschau, 7. November 1970, in: SAPMO-BA DY 30 IV A 2/9.02/71, Bl. 84.

[sudetendeutschen] Umsiedler" wie an die Bevölkerung insgesamt, nicht mit den Landsmannschaften in Westdeutschland zu sympathisieren, um nicht selbst unter den Verdacht, „Revanchist und Kriegstreiber" zu sein, zu fallen.

Im Jahr 1987 veröffentlichten Georg Herde und Alexa Stolze, zwei westdeutsche Autoren aus dem DKP-Milieu, eine ausführliche Studie im Pahl-Rugenstein Verlag Köln über die Sudetendeutsche Landsmannschaft[507], die in Sprache, Diktion und in der Argumentation sich nur unwesentlich unterschied von den SED-Propagandaschriften der späten 1960er Jahre. Trotz der einseitigen und auch tendenziösen Darstellung in der Studie besaß die Arbeit ihren Wert als material- und faktenreiche Sammlung über die Sudetendeutsche Landsmannschaft.[508] Die Landsmannschaft, ihre Aktivitäten und ihr Wirken auch in die DDR hinein, blieb im Blickfeld des Ministeriums für Staatssicherheit.[509] Auch in den 1970er/80er Jahren führte der DDR-Geheimdienst seine Dossiers, wenn auch weniger umfangreich und detailliert, über die Bundeslandsmannschaft der Sudetendeutschen[510] und über ihren West-Berliner Landesverband[511] weiter.

7. Ein MfS-Agent in der Landsmannschaft Schlesien des West-Berliner Landesverbands

Dem Ministerium für Staatssicherheit gelang es, einen „Inoffiziellen Mitarbeiter (IM)" in die Schlesische Landsmannschaft in West-Berlin einzuschleusen. Diese Landsmannschaft war die aktivste und mitgliederstärkste in West-Berlin.[512] Der „IM" lieferte von 1952 bis 1985 Informationen an die Staatssicherheit. 34 Jahre lang erschien er erst zu wöchentlichen, ab 1961 zu monatlichen Treffen mit seinen Führungsoffizieren in Ost-Berlin bzw. in der DDR. Bei diesem „Geheimen Mitarbeiter"[513] mit dem Decknamen „Kropf" handelte es sich um Lothar Hans Joachim Roßdeutscher. Er wurde am 26. August 1912 in Trachenberg/Schlesien geboren und lebte seit 1946 in Leipzig. Trachenberg, heute Zmigród/Polen, im Kreis Militsch, war wie Mi-

[507] Vgl. Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, Köln 1987 (222 Seiten). Der Pahl-Rugenstein Verlag wurde von der DDR finanziert.

[508] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 18.

[509] Vgl. Sachstandsbericht Sudetendeutsche Landsmannschaft 1971–1973, in: BStU MfS Rep. 2/225, Bl. 4–18; Sudetendeutsche Landsmannschaft in West-Berlin 1960–1970, in: BStU MfS ZKG 1259, Bl. 4–22.

[510] Vgl. Jahrestreffen des Witikobundes Oktober 1977, in: BStU MfS HA XII 19974, Bl. 2–8; Sudetendeutsche Landsmannschaft 1971–1985, in: ebenda, MfS HV A 1045, Bl. 6–24 und 53–92; Sudetendeutsche LM 1986, in: ebenda, MfS HA XX/4 1681, Bl. 35–67.

[511] Vgl. Sudetendeutsche Landsmannschaft Landesgruppe Berlin (West), 8. Februar 1988, in: BStU MfS HA XXII 6118/7, Bl. 6–43.

[512] Vgl. Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen", Stand 1966, in: BStU MfS Ast. Magdeburg XX 2606, Bl. 14, 15.

[513] Die MfS-Kategorie „Geheimer Mitarbeiter" bestand zwischen 1950 und 1968, dann nannte man die Personen „Inoffizielle Mitarbeiter" also „IM". In beiden Fällen handelte es sich um MfS-Agenten, die auf Grund ihrer Positionen bzw. Fähigkeiten an der „Entlarvung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen" mitzuarbeiten. Vgl. Abkürzungsverzeichnis, S. 36, 46f.

litsch, heute Milicz/Polen, eine deutsche Kleinstadt, beide etwa 50 Kilometer nördlich von Breslau/Wrocław gelegen. Nach dem Besuch der Mittelschule erlernte Lothar Roßdeutscher den Beruf eines Kaufmanns und war bis 1935 als Verkäufer in einem größeren Trachenberger Kaufhaus beschäftigt. Von 1936 bis 1946 arbeitete er als Verkäufer in Reichenbach/Eulengebirge. Zu dieser Zeit heiratete er, 1943 wurde sein Sohn in Reichenbach geboren. Von 1939 bis 1944 war er bei der Wehrmacht eingezogen. Er kämpfte in Polen, Frankreich und in der Sowjetunion. Sein letzter Dienstgrad war Feldwebel. 1944 geriet er in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1946 zurückkehrte. Einer politischen Partei gehörte er vor 1933 und nach 1945 nicht an. Er war nicht Mitglied der NSDAP. Im Herbst 1946 wurde er mit seiner Familie von Reichenbach nach Leipzig „umgesiedelt". Roßdeutscher arbeitete in Leipzig und in Ost-Berlin als Geschäftsreisender, als Vertreter für Textilwarenhäuser bzw. zeitweise auch im Großhandel für Eisenwaren. Im Zusammenhang mit seinen Vertretergeschäften wurde er Ende November 1951 von der Leipziger Kriminalpolizei festgenommen und von der Staatsanwaltschaft wegen des Verstoßes gegen das „Gesetz zum Schutze des innerdeutschen Handels" angeklagt. Es ging dabei um unterschlagene DM 2600 und um angeblich verschobene Textilien nach West-Berlin.[514] In den Befragungen und polizeilichen Ermittlungen stellte sich zudem heraus, daß Lothar Roßdeutscher regelmäßig an einem „Umsiedlertreffen" ehemaliger Trachenberger und Militscher in Leipzig-Lützschena teilnahm. In Lützschena kam trotz des Verbots seit 1946 diese schlesische Heimatgruppe von Vertriebenen zusammen. Im November 1951 war die Zahl der Teilnehmer in Lützschena auf zirka 500 angestiegen. Durch Polizei und MfS des Landes Sachsen wurde dieses Vertriebenentreffen in der ersten Jahreshälfte 1952 zerschlagen.[515] In West-Berlin traf sich die Heimatkreisgruppe Militsch/Trachenberg der Schlesischen Landsmannschaft regelmäßig ein Mal im Monat. Zu diesen Treffen reisten viele Besucher des dann zerschlagenen Lützschenaer Treffens.[516]

Die Verbindung von Lothar Roßdeutscher zur „Militscher Umsiedlergruppe" machte ihn für die Staatssicherheit interessant. Die Leipziger MfS-Verwaltung schlug in Absprache mit der Staatsanwaltschaft Roßdeutscher vor, ihn für die Mitarbeit bei der Staatssicherheit zu gewinnen und im Gegenzug das Strafverfahren gegen ihn einzustellen und ihn aus der Haft zu entlassen. Der MfS-Verpflichtungsbericht vom 3. Januar 1952 von Roßdeutscher, nun „GM Kropf", las sich so: „Kropf war noch nicht abgeurteilt, […]. Es bestand die Möglichkeit, daß Kropf eine eventuelle Gefängnisstrafe von 1 bis 1 ½ Jahren zu erwarten hatte, jedoch konnte nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, ob die Strafe […] ausgesprochen worden wäre, da die Beweisführung gegen den Kropf […] noch zu schwach war. […] Kropf erklärte sich bereit, für unsere Dienststelle zu arbeiten, da wir ihm die Möglichkeit gaben, die Freiheit zu erlangen. Er machte bei seiner Vernehmung einen sehr offenen, ehrlichen und intelligenten Eindruck. Da er seine Arbeitsstelle in Ostberlin wieder aufnehmen wird, hat er die

514 Vgl. Ermittlungsbericht, Leipzig, 30. November 1951, und Aus der Haft vorgeführt, 5. Dezember 1951, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 21–23.

515 Vgl. Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, S. 28–30; Christian Lotz, Die Deutung des Verlusts, S. 60 f., 109 f.

516 Vgl. Befragung von Roßdeutscher, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 23–25.

Möglichkeit, gute Informationen über das Umsiedlergeschehen in Westberlin uns zu berichten."[517] Lothar Roßdeutscher wurde am 29. Dezember 1951 „Geheimer Mitarbeiter" mit dem Decknamen „Kropf" und auf der „Arbeitslinie Landsmannschaften, revanchistische Organisationen", eingesetzt. Er ging zunächst nach Ost-Berlin und wurde von der Hauptabteilung V/5 der MfS-Zentrale als „Geheimer Mitarbeiter" geführt.[518]

Zum 1. März 1953 setzte sich „Kropf", inzwischen geschieden, im Auftrag des MfS nach West-Berlin ab. Offiziell beging er also „Republikflucht". Er arbeitete wieder als Handelsvertreter zweier West-Berliner Textil-Firmen. „Kropf" trat der Landsmannschaft Schlesien bei und engagierte sich auftragsgemäß sehr aktiv in der Heimatkreisgruppe Trebnitz-Militsch-Trachenberg. So erhielt er schnell Kontakte zu den Vorstandsmitgliedern der Heimatkreisgruppe[519] und lieferte umfangreiche Informationen über Personalia, Veranstaltungen und Aktivitäten der Vertriebenengruppe. Seinen ersten Bericht an die Staatssicherheit lieferte er am 2. Januar 1952 ab. Von 1952 bis zum Bau der Berliner Mauer im August 1961 fanden die Treffen wöchentlich statt. „GM Kropf" übergab dem Geheimdienst jede Menge an Namen von DDR-Bürgern, die am Heimatkreistreffen der schlesischen Gruppe Trebnitz-Militsch-Trachenberg teilnahmen. Sein Auftrag bestand darin zu ermitteln, ob in Leipzig-Lützschena noch weitere verbotene Vertriebenentreffen stattfanden, was letztlich nicht der Fall war. Außerdem gab „Kropf" umfassend Auskunft über geplante „Republikfluchten" aus diesem Leipziger bzw. früheren Militsch-Trachenberger Personenkreis bzw. er verriet die Namen von Kontaktpersonen in der DDR von bereits geflohenen Ostdeutschen. Was das für Folgen für die Betreffenden hatte, ist heute nicht mehr zu ermitteln. Die Zahl der dem MfS überbrachten Personennamen ging allein bis 1961 in die Hunderte.[520] Das MfS war von Anfang an mit seinem „Geheimen Mitarbeiter" zufrieden. In einer frühen Einschätzung über ihn hieß es: „Der GM erscheint zu den Treffen immer pünktlich, seine an ihn gestellten Aufgaben löste er zur Zufriedenheit. Er ist ein intelligenter Mensch und versteht es, sich den Gegebenheiten anzupassen. Er ist Nichtraucher und meidet Alkohol. Er ist sparsam und lebt mit seiner Familie in einem guten Verhältnis. Trotz allem, daß er Neubürger [Vertriebener] ist und aus seiner ehemaligen Heimat evakuiert wurde, besitzt er die Einsicht, daß an dieser Evakuierung nicht die Schuld in der Regierung der Volksdemokratie Polen oder der DDR zu suchen ist. […] Er bringt immer wieder zum Ausdruck, daß einzig […] die Schuld den amerikanischen Imperialismus betrifft."[521] Die Treffen zwischen „Kropf" und seinem MfS-Führungsoffizier fanden wöchentlich in einer konspirativen Wohnung in Ost-Berlin

[517] Bericht über die Verpflichtung des „Kropf", Leipzig, 3. Januar 1952, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 26.
[518] Vgl. Perspektivplan, GM „Kropf", 26. August 1963, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 155.
[519] Zum 1. Vorsitzenden: Walter Friemelt, geboren am 6. Dezember 1906 in Breslau.
[520] Vgl. Die Bände 1 bis 7 in: BStU MfS AIM 11395/86. Die dem MfS gelieferten Personennamen sind aus Datenschutzgründen von der BStU-Behörde geschwärzt.
[521] Einschätzung des GM „Kropf" und seine Verbindungen, 16. Dezember 1953, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 172–175, Zitat Bl. 174.

statt. Von der Staatssicherheit erhielt er zu dieser Zeit eine sogenannte monatliche Unterstützung von DM 150 Ost und DM 150 West.[522]

Zwei größere Erfolge verbuchte das MfS im Zusammenhang mit der Spitzeltätigkeit ihres „GM Kropf" in den 1950er Jahren. Zwischen 1956 und Juli 1959 gelang es mit Materialien des „GM", mehrere verleumdende Briefaktionen gegen die Landsmannschaft der Schlesier in West-Berlin durchzuführen, „die den Ausschluß zweier Vorsitzender und den Austritt einiger hundert Mitglieder[523] zur Folge hatte".[524] Als zweiten Erfolg benannte die Staatssicherheit eine Festnahme in der DDR. Die Spitzelberichte deckten eine Verbindung zwischen der Landsmannschaft und einem DDR-Bürger auf, dem das MfS eine vermeintliche oder auch tatsächliche Geheimdiensttätigkeit nachsagte.[525] Die ganzen 1950er Jahre hindurch überbrachte „Kropf" zudem möglichst viele Namen von DDR-Bürgern, die im Kontakt zur Schlesischen Landsmannschaft und zum „Haus der ostdeutschen Heimat" in West-Berlin standen. Allein die zirka 30 eingeschriebenen Mitglieder des Heimatkreises Militsch-Trachenberg der Schlesischen Landsmannschaft in West-Berlin, die aus der DDR bzw. aus Ost-Berlin kamen, kannte die Staatssicherheit durch ihren „GM".[526] Auch hier sind die Konsequenzen für die Ostdeutschen, die dieser Verrat nach sich zog, aus den MfS-Akten des „Kropf" nicht ersichtlich. Jeder Einzelfall müßte überprüft werden.[527]

Beispielhaft soll auf eine MfS-Aktion zwischen September 1956 und Anfang 1957 eingegangen werden. Die Staatssicherheit startete Anfang September 1956 zusammen mit „Kropf" eine verleumdende Briefaktion gegen die Vorsitzende des Heimatkreises Militsch-Trachenberg der Schlesischen Landsmannschaft in West-Berlin, Helene Schaffer. Verschiedenen Anwohnern im privaten Wohnumfeld der Helene Schaffer, u. a. dem im Haus wohnenden Lebensmittel- und Milchhändler der Straße, wurden Briefe zugestellt, in denen die Schaffer als „Agentin" bezeichnet wurde, die „Umsiedler zum Zwecke der Spionage" mißbrauche. Diese Vorwürfe zogen weite Kreise, wurden in der West-Berliner Polizei, im „Haus der ostdeutschen Heimat" in West-Berlin und in der Bonner Bundesstelle der Landsmannschaft Schlesien bekannt.[528] Helene Schaffer mußte von ihrem Posten zurücktreten, und aus Bonn ließ der damalige 2. Vorsitzende der Schlesischen Landsmannschaft Herbert Hupka mitteilen, „daß er nie dulden wird, daß es in der Landsmannschaft Vorsitzende gibt, die für ausländische Geheimdienste, egal welche, […] Spionage treiben."[529] Im West-Berliner Landesverband war man zu Recht davon überzeugt, daß diese Briefaktion vom ostdeut-

[522] Vgl. ebenda, Bl. 175; Einschätzung des GM Kropf, 16. Oktober 1954, in: ebenda, Bl. 176–178.
[523] Die Zahl war vermutlich übertrieben. In späteren Jahren hieß es in Einschätzungsberichten – „mehrere Mitglieder, eine genaue Zahl ist nicht bekannt, sind aus der Landsmannschaft Schlesien ausgetreten." Auskunftsbericht, 13. Mai 1960, in: Einschätzung des GM Kropf, 21. Juli 1959, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 184.
[524] Einschätzung des GM Kropf, 21. Juli 1959, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 179. Konkretere Angaben sind nicht bekannt.
[525] Vgl. Einschätzung des GM Kropf, 21. Juli 1959, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 179.
[526] Vgl. Bericht, 15. Januar 1957, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 187.
[527] Es sind jedoch aus Datenschutzgründen alle Namen dazu von der BStU geschwärzt.
[528] Vgl. Bericht des „Kropf", 18. September 1956, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 77–80.
[529] Zitiert in: Bericht des „Kropf", 18. September 1956, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 77.

schen Geheimdienst gesteuert wurde, um „Zersetzungsarbeit in den Reihen der Landsmannschaften und Heimatkreise“ zu leisten.[530] Eine groß angelegte, vom „Haus der ostdeutschen Heimat“ ausgehende Überprüfungsaktion – man suchte nach Landsmannschaftsfunktionären, die Verwandte in der DDR hatten und dorthin regelmäßige Kontakte unterhielten – brachte keine klaren Erkenntnisse über die konkreten Auftraggeber der Briefaktionen. Die abgesetzte Heimatkreisvorsitzende Schaffer wollte die gegen sie gerichteten Vorwürfe und den Verlust ihres Postens nicht unwidersprochen hinnehmen und wandte sich schriftlich sowohl an den Vorsitzenden des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen, Dr. Alfred Rojek, als auch an den 1. Vorsitzenden des Verbandes der Landsmannschaften, Dr. Baron von Manteuffel-Szoege. Unter anderem gestand sie diesen, „daß sie für die Organisation Gehlen[531] gearbeitet hatte. Von dieser Organisation habe sie […] Telefongespräche in Empfang genommen und […] weitergeleitet. Weiterhin sind bei ihr Briefe eingegangen, die sie auch nur weitergeleitet hat. […] Für den Osten habe sie nicht gearbeitet.“[532] Rojek und auch Manteuffel nahmen sich der Sache nicht an, sie wiegelten ab. Der Landesverband West-Berlin der Schlesischen Landsmannschaft nahm die Absetzung und den Ausschluß aus der Landsmannschaft von Helene Schaffer nicht zurück. Diese Episode zog eine größere Anzahl an Austritten aus der Landsmannschaft Schlesien in West-Berlin nach sich, ein Ergebnis, das Ziel und Sinn der Staatssicherheitsaktion gewesen sein dürfte. Allein die eingeschriebene Mitgliederzahl im Heimatkreis Militsch-Trachenberg sank zu dieser Zeit von 160 auf 85.[533]

Ein Problem war die Finanzierung der Landsmannschaftsarbeit. Im Oktober 1956 hieß es beim Heimatkreistreffen der Militsch-Trachenberger, jedes Heimatkreismitglied habe jährlich zusätzlich zu den Mitgliedsbeiträgen DM 6 bis DM 10 an den Vorstand abzuführen. Hier stachelte die Staatssicherheit über ihren „GM“ an und ließ verbreiten, daß auf diese Weise von allen schlesischen Heimatkreisen in West-Berlin eine Summe von jährlich DM 30 000 bis DM 40 000 zusammen komme, wofür „die Herren des Vorstands […] in Westdeutschland herumfahren und die einfachen Menschen zahlen ihnen dies“.[534] Das führte zu weiterem Unmut unter den Landsmannschaftsmitgliedern. Hinzu kam das Problem der unregelmäßigen Zahlung von Mit-

[530] Einen ähnlich gelagerten Fall hatte es einige Monate zuvor gegen den damaligen Schlesischen Landsmannschaftsfunktionär Walter Friemelt gegeben, dem man ebenfalls „Verbindungen zum Geheimdienst und einen unmoralischen Lebenswandel“ nachsagte. Friemelt verlor seine Funktion. Vgl. Bericht des „Kropf“, 18. September 1956, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 78.

[531] Organisation Gehlen: Im Juni 1946 von der amerikanischen Besatzungsmacht aus deutschem Personal (Aufklärungsleute aus dem „Dritten Reich“, d. h. aus der Abteilung Fremde Heere Ost des Generalstabs der Deutschen Wehrmacht) gebildeter Nachrichtendienst, Vorläuferorganisation des Bundesnachrichtendienstes (BND), Hauptsitz in Pullach bei München, um 1950 zirka 4000 Mitarbeiter, ab 1956 BND. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_Gehlen.

[532] Treffbericht mit Kropf, 25. September und 4. Oktober 1956, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 81, 82, 94, 95.

[533] Vgl. Treffbericht mit GM Kropf, 17. Oktober 1956, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 103. Die Landsmannschaft Schlesien war zu dieser Zeit in 75 Heimatkreise untergliedert. Ob alle 75 Heimatkreise auch in West-Berlin organisiert waren, ist nicht bekannt. Vgl. Halleneinteilung für das Deutschlandtreffen der Schlesier 1967 in München, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 12, Bl. 194.

[534] Bericht von GM Kropf, 17. Oktober 1956, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 103.

gliedsbeiträgen. Bei einzelnen Mitgliedern hatten sich Beitragsrückstände von bis zu zwei Jahren angesammelt. Im Januar 1957 beschloß daraufhin der Vorstand, daß bei dreimonatigem Zahlungsrückstand die Mitgliedschaft in der Landsmannschaft gestrichen werde, nur bei DDR-Mitgliedern wollte man noch Rücksicht nehmen,[535] da diese z. Z. Schwierigkeiten hätten, in den Westen zu kommen. Anmeldungen zu Vertriebenenveranstaltungen hätten Ostdeutsche und Ostberliner vermehrt zurückgezogen mit der Begründung, die „Kontrollen von Seiten der DDR an den Grenzübergängen werden verschärft durchgeführt und alle Personen, die zu einem Treffen fahren, würden aus den Zügen geholt".[536] Auch schon um 1957 gab es rückläufige Tendenzen bei der Entwicklung der Mitgliederzahlen. Grundsätzlich befanden die Funktionäre der Landsmannschaften den Organisationsgrad der Vertriebenen als zu gering. Bei den „Schlesiern werden die Mitglieder immer weniger, […] denn 80 Prozent sämtlicher Mitglieder sind Rentner, Arbeitslose oder ältere Leute, die nur zu jeder Versammlung kommen, weil sie etwas holen wollen."[537]

Der Spitzel „Kropf" berichtete im November 1959 über bekannt gewordene Unregelmäßigkeiten bei den Finanzabrechnungen in der Schlesischen Landsmannschaft, die das MfS für seine Geheimdienstarbeit auszuschlachten gedachte. Für die Verköstigung von DDR-Mitgliedern der Landsmannschaften und für DDR-Besucher von Vertriebenentreffen in West-Berlin zahlte das Bonner Vertriebenenministerium zweckgebundene Mittel. „Kropf" hatte in diesem Zusammenhang mitbekommen, daß mit der Abrechnung dieser Mittel sich „in Wirklichkeit […] die Funktionäre finanziell gesund stoßen. Für die Bons aus Bonn werden Saufgelage bei den Treffen oder nach den Treffen abgehalten. […] Von vielen Gastwirten [der Trefflokale von Vertriebenenveranstaltungen] ist [dies] bekannt: Die Vorstände machen große Zechen und zahlen dann mit solchen Bons, die für die DDR-Besucher gedacht sind. Dann haben sie natürlich ungeheuer großen Besuch mit DDR-Bewohnern zu ihren Treffen. In Wirklichkeit ist der Teilnehmerkreis viel kleiner."[538]

Die Aufträge der Staatssicherheit an ihren Spitzel „Kropf" zwischen 1956 und 1961 lauteten immer gleich: 1. In die engere Spitze der Landsmannschaft Schlesien aufzusteigen; 2. Sichere Kontakte zu Angestellten im „Haus der ostdeutschen Heimat" herzustellen; 3. „Bestehende Kontakte zu einzelnen Funktionären in Form von gegenseitigen Besuchen so auszubauen, damit Anhaltspunkte für Überwerbungen geschaffen werden".[539] In diese Arbeit sollte die neue Ehefrau von Roßdeutscher mit einbezogen werden. Sie wurde 1957 vom MfS angeworben. „GM Kropf" erarbeitete sich 1959 die Funktion eines „2. Kassierers" der Heimatkreisgruppe Militsch-Trachenberg der Schlesischen Landsmannschaft und hatte nun ungehinderten Zugang ins „Haus der ostdeutschen Heimat". Der Sitz aller Landesgruppen der einzelnen Landsmannschaften war im „Haus der ostdeutschen Heimat". Kurz vor dem Mauerbau im August

535 Vgl. Bericht, 29. Januar 1957, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 197.
536 Treffbericht mit GM Kropf, 23. Mai 1957, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 267.
537 Bericht des Kropf, 4. Juni 1957, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 5, Bl. 273.
538 Bericht von GM Kropf, 20. November 1959, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 7, Bl. 70, 71.
539 Einschätzung des GM „Kropf", 21. Juli 1959, in: Einschätzung des GM Kropf, 21. Juli 1959, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 180; Auskunftsbericht, 13. Mai 1960, in: ebenda, Bl. 183, 184.

1961 wertete die Staatssicherheit den „GM“ als absolut zuverlässig, „jedoch für bestimmte durchzuführende komplizierte Aufgaben wenig geeignet“. Er sei etwas unbeholfen und schwerfällig, ausgesprochen ängstlich und hätte große Sorge vor einer De-Konspiration, und jede neue, unvorhergesehene Situation würde ihn überfordern. Beste Spionageergebnisse seien nur bei konkreter Anleitung gegeben. Zu dieser Zeit erhielt „Kropf“ vom MfS eine „monatliche Zuwendung“ von DM 100 West.[540]

Die Verbindung zwischen der Staatssicherheit und dem Spitzel „Kropf“ war zum Zeitpunkt des Mauerbaus, zwischen 18. Juli bis 2. Oktober 1961, unterbrochen. „Kropf“ nahm dieses Ereignis nicht zum Anlaß, die Spitzeltätigkeit einzustellen. Bei seinem ersten Treffen nach der Grenzschließung äußerte er seinem Führungsoffizier gegenüber mit Erleichterung, froh zu sein, daß das MfS ihn habe „nicht fallen lassen“.[541] Lothar Roßdeutscher war ein überzeugter und motivierter MfS-Agent. Nach dem 13. August 1961 trafen sich „GM Kropf“ und sein MfS-Verbindungsoffizier alle vier Wochen in einer konspirativen Wohnung in Ost-Berlin. Der Agent wurde über den Bahnhof Berlin-Friedrichstraße geschleust. Für wichtige Sendungen hatte er eine Deckanschrift. Sollte er eine wichtige Nachricht dem MfS mitzuteilen haben, laufe diese Nachricht über die Anschrift des Sohnes von „Kropf“, der immer noch in Leipzig lebte. Bestand unmittelbare Gefahr für den Agenten, sollte „Kropf“ eine bestimmte Postkarte mit Kennwort in seine Wohnung nach Berlin-Kreuzberg zugeschickt bekommen. Im September 1964 nahm „Kropf“ an einer geheimdienstlichen Schulung, vermutlich in Ost-Berlin, teil.[542]

Unmittelbar nach dem Mauerbau berichtete „Kropf“ über große Verunsicherungen unter den organisierten Vertriebenen. Nicht nur in seiner Heimatkreisgruppe Militzsch-Trebnitz-Trachenberg sei es zu zahlreichen Austritten aus der Landsmannschaft gekommen. In den Heimatkreisgruppen Breslau und Liegnitz lägen die Austrittszahlen noch höher. Es mache sich die Stimmung unter den vertriebenen Schlesiern in West-Berlin breit, daß die „bisherige Arbeit der Landsmannschaft zwecklos war“ und daß die Heimatkreise sich auflösen würden. Auch führte er mehrere Beispiele dafür an, daß Funktionäre danach strebten, aus West-Berlin wegzukommen wie z. B. der Geschäftsführer der Schlesischen Landsmannschaft Georg Gans[543], der so schnell wie möglich seinen Posten mit einem in Westdeutschland eintauschen wollte. Die West-Berliner Funktionäre fürchteten um die Eigenständigkeit von West-Berlin und suchten nach Möglichkeiten, in der Bundeslandsmannschaft irgendwo im Westen unterzukommen.[544]

Der Mitgliederrückgang im West-Berliner Landesverband der Schlesischen Landsmannschaft hielt 1962/63 an. Auch zogen sich viele noch zahlende Mitglieder aus der

[540] Vgl. Auskunftsbericht, 13. Mai 1960, in: Einschätzung des GM Kropf, 21. Juli 1959, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 184, 186.

[541] Vgl. Treffbericht vom 2. Oktober 1961, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 9, Bl. 159.

[542] Vgl. Perspektivplan, 26. August 1963, und Ergänzung zum Perspektivplan des GM Kropf, 27. August 1964, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 155–162.

[543] Georg Gans war schon in den 1950er Jahren Geschäftsführer der Schlesischen LM in West-Berlin. Das blieb er bis 1965, dann ging er in Pension.

[544] Vgl. Treffbericht vom 2. Oktober 1961, und Treffbericht vom 5. April 1962, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 9, Bl. 160–163, 182–185.

aktiven Arbeit zurück. Der besagte Geschäftsführer der Landsmannschaft Georg Gans benannte im Oktober 1963 als Ursache für diese Entwicklung die Furcht vieler Mitglieder vor Repressalien seitens der DDR-Behörden. In einem Treffbericht des „GM Kropf" hieß es dazu: Die Landsmannschaftsmitglieder würden z. Z. Zeit damit rechnen, daß demnächst für Westberliner Passierscheine für den Besuch nach Ost-Berlin[545] ausgegeben werden. „Aus der Propaganda der DDR gegenüber den landsmannschaftlichen Organisationen und auch aus der Erklärung der Sowjetregierung gegenüber dem westdeutschen Revanchismus ziehen sie die Schlußfolgerung, daß sie bei einer weiteren aktiven Mitarbeit in der Landsmannschaft die letzten wären, die einen solchen Passierschein erhalten" würden.[546] In dieser Situation führte die Staatssicherheit eine weitere Aktion zur „Zersetzung der Landsmannschaft Schlesien" in West-Berlin durch. Ab Oktober 1963 erschien monatlich eine Landsmannschaftszeitung mit dem Titel „Die Lupe", die der ostdeutsche Geheimdienst fertigte und einem ausgewählten Personenkreis in verschiedenen Landsmannschaften, insbesondere aber in der Schlesischen, und im „Haus der ostdeutschen Heimat" mit fingierten Absendern zustellte.[547] Diese Zeitung, ein zwei Seiten umfassendes Blatt[548], deckte Interna, größere und kleinere Unregelmäßigkeiten oder scheinbare Mißstände aus dem Kreis der Landsmannschaftsvorstände und aus dem „Haus der ostdeutschen Heimat" auf. Das Erscheinen der Zeitung sorgte bis etwa Ende 1965 unter den organisierten Vertriebenen in West-Berlin für Unruhe, gegenseitiges Mißtrauen und Empörung über das angebliche oder tatsächliche Gebaren einiger Landsmannschaftsfunktionäre. Das Ergebnis dieser MfS-„Zersetzungsmaßnahme" waren weitere Austritte aus den Landsmannschaften, auch zogen sich West-Berliner Geschäftsleute und damit Geldgeber für Vertriebenenveranstaltungen aus dem Umkreis der Vertriebenenverbände zurück. Für Leitungsposten bzw. für eine aktive Mitarbeit in den Landsmannschaften stellten sich immer weniger Vertriebene zur Verfügung.[549] In Vertriebenenkreisen wurde 1963/64 ernsthaft diskutiert und erwogen, die Vertriebenenarbeit in West-Berlin einzustellen und die Heimatkreisgruppen der Landsmannschaften aufzulösen.[550]

[545] Im Dezember 1963 kam es zur erstmaligen Ausgabe von Passierscheinen für Westberliner für Verwandtenbesuche in Ost-Berlin, woraufhin Weihnachten 1963 nach zweieinhalb Jahren (1,2 Millionen) Westberliner ihre Verwandten in Ost-Berlin besuchten. Im November 1964 öffneten sich die Grenzen für DDR-Rentner, sie durften nun zu ihren Angehörigen nach West-Berlin bzw. nach Westdeutschland reisen.

[546] Treffbericht mit GM Kropf, 25. September 1963, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 9, Bl. 49, 50.

[547] Als Absender wählte das MfS die Privatadressen von Vertriebenenfunktionären, was die Verwirrung und den Ärger unter den organisierten Vertriebenen weiter steigerte.

[548] Vgl. die Exemplare in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10 und 11.

[549] Vgl. Treffberichte mit GM Kropf vom 29. Oktober 1963, 19. Dezember 1963, 2. März 1964, 22. April 1964, 12. Dezember 1964, 23. Dezember 1965, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 77–84, Bl. 104, 105, 126–128, 162, 164–166, Band 11, Bl. 58–64, 202–204.

[550] „GM Kropf" berichtete am 29. Oktober 1963 nach Ost-Berlin von Gesprächen in der Schlesischen Landsmannschaft. Der Inhalt war, daß man überlegte, „ob es angebracht sei, die Heimatgruppen in Westberlin aufzulösen, um damit dem Osten entgegenzukommen. Es könnten in größeren Zeitabschnitten Treffen in Westdeutschland durchgeführt werden, an denen die Westberliner Mitglieder teilnehmen könnten." In: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 78.

Die Führungsetagen der Landsmannschaften und das hauptamtliche Personal im „Haus der ostdeutschen Heimat" waren sich uneins über die wahren Hintermänner, die Verfasser und Herausgeber der „Lupe". Man mutmaßte, daß entweder der „Osten" dahinter stecke oder ein „sehr kleiner Mitarbeiterkreis aus dem ‚Haus der ostdeutschen Heimat'".[551] Der DDR-Staatssicherheitsdienst konnte als Herausgeber der Zeitung nie enttarnt werden. Verschiedene Ausgaben der „Lupe" richteten sich gegen den West-Berliner Landesverband der Schlesischen Landsmannschaft, denn hier besaß das MfS eine Hauptinformationsquelle, den „GM Kropf". Hauptangriffe führte die Staatssicherheit immer wieder gegen das Führungspersonal, gegen den 1. Vorsitzenden der Landsmannschaft, Kraffto von Metnitz[552], den Geschäftsführer der Schlesischen Landsmannschaft, Georg Gans, und die Pressereferentin bzw. die Sekretärin des Geschäftsführers, Hedwig Zumbrink.[553] In der „Lupe" konnten die Vertriebenen lesen von der „Sauferei und Hurerei des Vorsitzenden von Metnitz"[554], vom „unmoralischen Lebenswandel" weiterer Heimatkreisvorsitzender[555], von „Schwarzhandelsgeschäften mit Spirituosen", d.h. vom Verschieben der Spirituosen von Ost- nach West-Berlin bis August 1961, „wo Gans und von Metnitz jahrelange Abnehmer gewesen sein sollen".[556] Zur Sprache kamen die Unregelmäßigkeiten bei der bereits erwähnten Abrechnung mit den zweckgebundenen Mitteln aus Bonn, die für die Verköstigung von DDR-„Umsiedlern" auf West-Berliner Vertriebenenveranstaltungen gedacht waren und völlig überhöht abgerechnet worden waren. Zwist und Mißtrauen wurden noch dadurch gesteigert, daß in anderen Ausgaben der „Lupe" das Wirken einzelner Vertriebenenfunktionäre gelobt wurde – so z.B. der Geschäftsführer der Landsmannschaft Schlesien Gans, der als „Fliegendes Lexikon Schlesiens" hervorgehoben wurde.[557] „Eine bisher nie dagewesene Erregung" rief die Nummer 8/1964 der „Lupe" hervor, als dort anscheinend aufgedeckt wurde, daß die Pressereferentin der Landsmannschaft Schlesien Hedwig Zumbrink für die Beschaffung von Medikamenten, um die sie von DDR-Rentnern gebeten wurde, Geld genommen hatte. Zumbrink gab diesen Vorwurf im Vorstandskreis der Landsmannschaft zu.[558] In den Funktio-

[551] Vgl. Treffbericht mit GM Kropf, 29. Oktober 1963, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 80, 82.

[552] Kraffto von Metnitz (1925–1994), in Breslau geboren, 1943 Wehrmacht, im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 wegen „Wehrkraftzersetzung" verhaftet, danach Dienst in einer Strafeinheit, nach 1945 Verwaltungsbeamter u.a. beim West-Berliner Senat für Arbeit und Soziales beschäftigt, Vorsitzender der LM Schlesien in West-Berlin von 1959 bis zu seinem Tod, Mitte der 1960er Jahre Stellvertretender Bundesvorsitzender der LM Schlesien. Vgl. Auskunft des BLV vom 28. April 2009; Information des Kropf, 19. Mai 1971, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 14, Bl. 134.

[553] Hedwig Zumbrink war in den 1950er Jahren Sekretärin der Geschäftsführung der LM, 1964 hatte sie sich bereits zur Pressereferentin der LM in West-Berlin hochgearbeitet. In den 1970er Jahren wurde sie Geschäftsführerin der LM Schlesien in West-Berlin. 1979 zog sie sich aus Altersgründen von der Landsmannschaftsfunktion zurück. Vgl. Ergänzung zum Treffbericht des IM Kropf, 23. Januar 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 7.

[554] Treffbericht mit GM Kropf, 19. Dezember 1963, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 105.

[555] Vgl. Treffbericht mit GM Kropf vom 2. März 1964, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 126.

[556] Vgl. Treffbericht, 2. Oktober 1961, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 9, Bl. 162.

[557] Vgl. Treffbericht mit GM Kropf vom 12. Februar 1964, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 126, 127.

[558] Vgl. Treffbericht mit GM Kropf, 8. Dezember 1964, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 11, Bl. 58–60.

närskreisen der Schlesischen Landsmannschaft war man sich einig, daß die geschilderten Fakten in der „Lupe“ nicht bestritten werden konnten. Das stützte ihre Annahme, daß die Zeitungsmacher doch eher im „Haus der ostdeutschen Heimat“ sitzen würden,[559] was tatsächlich nicht der Fall war.

Obwohl die West-Berliner Vertriebenenfunktionäre versuchten, der anonymen Zeitung „Lupe“ keinen größeren Bekanntheitsgrad zukommen zu lassen, gelang ihnen das nicht. Das öffentliche Ansehen der Vertriebenenverbände litt, der Trend des Mitgliederschwunds verstärkte sich und der West-Berliner Landesverband der Vertriebenen verlor an Gewicht gegenüber den Verbänden in Westdeutschland. Die Bonner BdV-Zentrale vermutete eine „Unterwanderung durch den Osten“ in den West-Berliner Verbänden.[560] Ende Dezember 1965 wertete das MfS seine „Zersetzungsmaßnahme“ als Erfolg und hob hervor: „Die letzten Ausgaben der ‚Lupe‘ haben den Glauben an die Perspektive der Vertriebenenverbände weiter erschüttert. […] Das beabsichtigte Ziel, die Resignation unter den Mitgliedern zu verstärken, wurde erreicht. Der Glaube an die revanchistischen Ziele wurde teilweise erschüttert. […] Die Mitglieder wurden auf die Forderungen nach sozialen Verbesserungen orientiert, die sich gegen die Bonner [Politik] richten.“[561] Aber das letztendliche Ziel, die Auflösung der Landsmannschaften bzw. die Einstellung der Vertriebenenarbeit in West-Berlin, erreichte die DDR-Staatssicherheit nicht.

Nach 1961 hatte „Kropf“ dem MfS einige weitere Personen genannt, die mit der „Perspektive einer Werbung bearbeitet“ werden konnten. Wer konkret das war und ob die geheimdienstlichen Anwerbungen erfolgreich waren, ist aus den MfS-Unterlagen nicht ersichtlich. Eine mögliche Zielperson des MfS könnte der Inhaber der Gaststätte „Zum Goten“ in Berlin-Schöneberg, Heinz Z.,[562] gewesen sein, über den der Spitzel „Kropf“ seit Oktober 1963 ausführlich das folgende berichtete: In der Gaststätte hätten in den 1950er Jahren Treffen der Landsmannschaft Ostpreußen stattgefunden. Gegenwärtig führe der Heimatkreis Görlitz-Lauban der Landsmannschaft Schlesien dort seine Zusammenkünfte und die Vorstandssitzungen durch. Die Ehe des Gastwirts Z. sei zerrüttet, jeder der beiden hätte andere Partner. Beide Eheleute wirtschafteten in die eigene Kasse, worunter die Führung des Lokals leide. Der Gastwirt fahre regelmäßig mit seinem PKW Mercedes nach Westdeutschland und er sei auf die unbehelligte Nutzung der DDR-Verkehrswege angewiesen. Nach Einschätzung des „GM“ würde sich der Gastwirt Heinz Z. für eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS einlassen.[563]

Die weitere Perspektive für ihren Agenten „Kropf“ sah die Staatssicherheit Mitte der 1960er Jahre darin: „Kropf“ sollte aktives Mitglied und Funktionär der Lands-

[559] Vgl. Treffbericht mit GM Kropf, 8. Dezember 1964 und 23. Dezember 1965, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 11, Bl. 58, 202–204.

[560] Diese Vermutung traf zu, nur saßen in den Verbänden in Westdeutschland bzw. in der Bonner BdV-Zentrale auch MfS-Agenten, wie weiter unten noch ausgeführt wird.

[561] Treffbericht mit GM Kropf vom 16. Dezember 1965, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 204.

[562] Vollständiger Name wird aus Datenschutzgründen nicht genannt.

[563] Vgl. Treffbericht mit GM Kropf am 25. September 1963, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 10, Bl. 56, 57.

mannschaft Schlesien, Heimatgruppe Trebnitz-Militsch-Trachenberg, bleiben. „Er ist genauestens über alle Vorkommnisse innerhalb dieser Gruppe orientiert, kennt die wichtigsten Funktionäre persönlich und besitzt deren Vertrauen."[564] Des weiteren hatte „Kropf" gute Verbindungen ins „Haus der ostdeutschen Heimat" geknüpft. „Kropfs" wichtigste Aufgaben lauteten, einen Posten im Führungsgremium der Schlesischen Landsmannschaft von West-Berlin zu erlangen und zum 1. Vorsitzenden der Landsmannschaft, Kraffto von Metnitz, zum Geschäftsführer der Schlesischen Landsmannschaft, Georg Gans, und zur Referentin des Geschäftsführers, Hedwig Zumbrink, seine bestehenden persönlichen Kontakte weiter auszubauen. Alle drei Funktionäre kannte „Kropf" schon aus den frühen 1950er Jahren. „Der GM Kropf wird versuchen, die bestehenden Kontakte noch mehr auf die persönliche (Besuche von Gaststätten, Zechtouren) […] oder [in die] familiäre Sphäre zu verlagern. Dadurch würde ein besseres Vertrauensverhältnis entstehen, was den Feststellungen interner Informationen sehr dienlich wäre."[565] Die Staatssicherheit interessierte zu dieser Zeit, ob die Schlesische Landsmannschaft und das „Haus der ostdeutschen Heimat" in West-Berlin in die Vorgänge der Nutzung von westdeutschen oder ausländischen Pässen, um DDR-Bürgern die Flucht aus der DDR zu ermöglichen, involviert war. „Kropf" sollte Informationen beschaffen, ob und wie der „kriminelle Menschenhandel durch die revanchistischen Landsmannschaften" organisiert werde.[566] Dazu konnte „Kropf" nichts in Erfahrung bringen, was darauf schließen ließ, daß die Landsmannschaft als Organisator in diese Flucht- und Schleuser-Bewegung vermutlich nicht eingebunden war.

Unabhängig von der Plazierung des „IM Kropf" in der Schlesischen Landsmannschafts-Landesgruppe West-Berlin war und blieb der „Berliner Landesverband der Vertriebenen (BLV)" im Focus der Aufmerksamkeit der DDR-Staatssicherheit. Der (West)Berliner Landesverband der Vertriebenen vereinte die in West-Berlin tätigen Landsmannschaften und war gleichzeitig Landesverband des Bundes der Vertriebenen.[567] Die MfS-Zentrale recherchierte regelmäßig über den BLV, fertigte Analysen über Struktur und Tätigkeit der „Dachorganisation aller revanchistischen Landsmannschaften" in West-Berlin, wie es zeitgenössisch bei der Staatssicherheit hieß, und schickte ihre Studien an die MfS-Bezirksverwaltungen mit der Weisung: „Dieses Material soll in Ihrer Diensteinheit Grundlage zur Organisierung der operativen Arbeit in dieser Richtung sein […]."[568] Bis 1969 stand an der Spitze des BLV Dr. Hans Matthée[569], geboren 1899 in Königsberg. Im MfS-Dossier hieß es zu ihm: „Ehemaliger Nazijurist in Ostpreußen, jetzt CDU-Funktionär […], Vorsitzender der Lands-

564 Perspektivplan, 26. August 1963, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 157.
565 Ebenda, Bl. 159.
566 Vgl. ebenda, Bl. 158, 159.
567 Vgl. Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen" sowie einige Hinweise zur verstärkten Tätigkeit der Organisation „Aktion Oder – Neiße" und der „Mitteldeutschen Flüchtlingsverbände", Stand 1966, in: BStU MfS Ast. Suhl XX 1404, Bl. 1–45.
568 Abteilung XX/3: Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen", 14. Juli 1967, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 242, Bl. 1.
569 Hans Matthée, Jurist, 1925–1945 Anwaltspraxis in Breslau, ab 1947 in Berlin, 1951–1957 Mitglied im West-Berliner Abgeordnetenhaus, CDU. Vgl. Wer ist wer? West-Berlin, S. 975f.

mannschaft Ostpreußen in West-Berlin und Mitglied im Bundesvorstand des ‚Bundes der Vertriebenen'".[570] Ihn löste 1969 im BLV-Vorsitz Gerhard Dewitz[571] ab, der 1926 in Küstrin geboren worden war.[572] Die aktivsten und damit wichtigen Landsmannschaften in West-Berlin listete die Staatssicherheit in dieser Reihenfolge auf: Landsmannschaft Schlesien: „Sie ist die zahlenmäßig stärkste und aktivste Landsmannschaft in Westberlin".[573] Es folgte in der Aufzählung die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg. Diese „setzt sich aus Personen zusammen, die sowohl in der VR Polen als auch im Gebiet der DDR wohnhaft waren (frühere Provinz Brandenburg). […] Die Landsmannschaft […] orientiert ihre Tätigkeit speziell auf Berlin. Teilweise ist die Bundesgeschäftsführung nach Westberlin verlagert worden […]."[574] In der Rangfolge als nächstes standen die Sudetendeutsche, die Pommersche sowie die Ost- und Westpreußische Landsmannschaft.[575] Die Staatssicherheit war davon überzeugt, daß der West-Berliner Landesverband der Vertriebenen und die aktiven Landsmannschaften West-Berlins ihre „revanchistische Tätigkeit" auf die politisch-ideologische Beeinflussung der Bevölkerung der DDR ausrichteten. Sinn und Ziel der Einflußnahme sah das MfS nach wie vor darin, die DDR-Bevölkerung und besonders die „ehemaligen Umsiedler" in Feindschaft zu den „Bruderländern UdSSR, ČSSR und Polen" aufzubringen, die „Umsiedler" in Opposition zur SED und den Staat anzustacheln und den „Prozeß der Verschmelzung der Umsiedler mit der einheimischen Bevölkerung" zu stören. Die Verbindung zwischen den organisierten Vertriebenen West-Berlins in die DDR und nach Ost-Berlin hinein fand nach MfS-Kenntnisstand über den Briefverkehr, über den geregelten Zeitschriften- und Paketeversand – man rechnete 1966 mit monatlich mehreren Tausend Paketen in die DDR –, über Reisen mittlerer und kleiner Vertriebenenfunktionäre in die DDR, insbesondere nach Ost-Berlin, statt. Auch würde das „Haus der ostdeutschen Heimat" in West-Berlin eine kontinuierliche Befragung von DDR-Rentnern vornehmen. DDR-Rentner, die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten stammten, wurden als Mitglieder im Vertriebenenverband angeworben bzw. sollten Informationen liefern über Personendaten anderer „DDR-Umsiedler". Die Staatssicherheit hatte Kenntnis darüber, daß z. B. in der Vorweihnachtszeit 1964 täglich rund 50 DDR-Rentner das „Haus der ostdeutschen Heimat" besucht hatten.[576] Der Auftrag der SED an ihre Geheimpolizei lautete ab den 1960er Jahren bis zum Ende der Existenz der DDR, jegliches landsmannschaftliche Herkunfts- und

[570] Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen", Stand 1966, in: BStU MfS Ast. Magdeburg XX 2606, Bl. 5.

[571] Gerhard Dewitz (1926–2008), CDU-Mitglied, Mai 1969 bis Februar 2003 Vorsitzender des (West-) Berliner Landesverbands der Vertriebenen, Juni 1990–Juni 1992 im BdV-Präsidium, Februar–Dezember 1990 MdB. Vgl. Auskunft des BLV vom 6. Mai 2009.

[572] Vgl. Dokumentation. Rechtswidrigkeit der Existenz revanchistischer Organisationen in Westberlin, 1969/70, in: BStU MfS HA XX 257, Bl. 80.

[573] Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen", Stand 1966, in: BStU MfS Ast. Magdeburg XX 2606, Bl. 14.

[574] Ebenda, Bl. 16.

[575] Vgl. ebenda, Bl. 17–20.

[576] Vgl. Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen", Stand 1966, in: BStU MfS Ast. Magdeburg XX 2606, Bl. 24–30.

Zusammengehörigkeitsgefühl über die deutsch-deutsche Zweistaatlichkeit hinweg zu kontrollieren, nach Möglichkeit zu unterbinden oder für eigene politische Zwecke zu nutzen. Die SED unternahm seit Beginn der 1960er Jahre in Politik und Gesellschaft alles, um in der DDR eine eigenständige „sozialistische Identität", ein sogenanntes sozialistisches deutsches Nationalgefühl entstehen zu lassen. Ostdeutsche landsmannschaftliche Identitäten, und diese über die deutsch-deutsche Grenze hinweg, waren für dieses politische Ziel überflüssig, ja sogar störend und letztlich, wie es hieß, „staatsgefährdend".[577]

Der „Inoffizielle Mitarbeiter Kropf", alias Lothar Roßdeutscher, hatte es im April 1968 geschafft. Er war in den Landesvorstand der Landsmannschaft Schlesien in West-Berlin in die Funktion des 2. Landesschatzmeisters aufgestiegen. Seit 1970 gehörte er dann auch zur Delegiertenversammlung der Bundeslandsmannschaft Schlesien. Der „IM" war dadurch in der Lage, „seit 1969 interne Originalmaterialien über die Tätigkeit der Landsmannschaft zu übergeben. Durch die Quelle ‚Kropf' ist das MfS über alle wesentlichen Pläne, Absichten und Vorhaben der Landsmannschaft Schlesien in Westberlin informiert. Er hat zum Landesvorsitzenden der Landsmannschaft, Kraffto von Metnitz, einen sehr guten Kontakt hergestellt und gilt als dessen Intimus in Verbandsfragen. […] Sehr gute Verbindungen bestehen zu den Funktionären der Landsmannschaft Schlesien […zu] Hedwig Zumbrink, [Geschäftsführerin], Theodor Busse [1. Schatzmeister], Ursula Hallas [Schriftführerin], Heinz Förster und Heinz Neumann [Kulturreferent]. […] Die Quelle hat entscheidenden Anteil an der personellen Aufklärung des Feindobjektes ‚Haus der ostdeutschen Heimat' in Westberlin."[578] Mit dem Aufstieg in den Vorstand der Landsmannschaft in West-Berlin erhielt „Kropf" neue Kontakte und Informationsaussichten aus dem Bonner Bundesvorstand der Landsmannschaft Schlesien.[579]

Der „IM Kropf" war 1970 mittlerweile 58 Jahre alt und hatte inzwischen 18 Jahre lang für das MfS spioniert. Die Ost-Berliner Auftraggeber waren mit seiner „Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Eigeninitiative und Einsatzbereitschaft" stets zufrieden.[580] Seine „politische Einstellung zur DDR" sei ungebrochen positiv. „Kropf" fühle sich immer noch als DDR-Bürger, obwohl er seit fast zwei Jahrzehnten im „Operationsgebiet" lebe. „Die aktive Mitarbeit in den revanchistischen Organisationen erfordert für die Quelle große psychische und angesichts des Alters teilweise physische Anstrengun-

[577] Vgl. MfS-Bezirksverwaltung: Landsmannschaften und ihre Einrichtungen, Juni 1965, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 231, Bl. 76–98; Information zur feindlichen Tätigkeit revanchistischer Landsmannschaften, in: BStU MfS-JHS Potsdam BdL-Dok. 015585; Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen", 14. Juli 1967, in: BStU MfS BV Neubrandenburg XX 242, Bl. 1–28; vgl. Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED, S. 211–220.

[578] Auskunftsbericht der Quelle „Kropf", 18. März 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 193, 194, 199; Information: Delegiertenversammlung der LM Schlesien, 15. April 1968, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 18, 20, 21.

[579] Vgl. die verschiedenen Unterlagen 1968 ff. in: BStU MfS HV A 489, Bl. 31–123.

[580] In einem MfS-Auskunftsbericht hieß es am 18. März 1970 dazu: „Die Eigeninitiative der Quelle ist gut entwickelt. Das betrifft sowohl Einschätzungen der neu in ihr Blickfeld tretenden Personen, Herstellung persönlicher Bekanntschaften, Abschöpfung dieser Personen als auch die Erarbeitung konkreter Informationen und Beschaffung von Dokumenten unter konsequenter Ausnutzung ihrer Möglichkeiten." In: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 195.

gen“[581] – so das Urteil des Staatssicherheitsdienstes. Einzig einzuwenden war, daß Ost-Berlin in „Kropf“ einen sehr konservativen, inzwischen älteren Mann sah, der sich im Milieu der Vertriebenenverbände sicher bewegte, aber für weitere Spitzeltätigkeiten in anderen Bereichen nicht einzusetzen war. So blieb auch für die 1970er Jahre die Einsatzperspektive unverändert: Beschaffung von internen Informationen und Dokumenten aus dem „Haus der ostdeutschen Heimat“, aus der Landsmannschaft und aus dem West-Berliner Landesverband der Vertriebenen.[582] Der „IM“ war im April 1971 an „vier operativen Materialien“, d. h. auf vier Personen angesetzt[583], die er allseitig aufklären sollte, „um eine zukünftige Kontaktierung dieser Personen vorzubereiten“. „Kropf“ mußte das allgemeine Persönlichkeitsbild der jeweils anvisierten Personen ausspionieren, ihre Stellung zur bzw. ihre Verbindungen in die DDR war ebenso von Interesse. Außerdem sollten die Betreffenden animiert werden, an Vertriebenentreffen, insbesondere an Schlesiertreffen, teilzunehmen.[584]

Sowohl die Ehefrau von „Kropf“ als auch sein Sohn und seine Schwiegertochter in Leipzig wußten von der Geheimdiensttätigkeit. Detaillierte Kenntnisse besaßen sie jedoch nicht. Der Sohn von Lothar Roßdeutscher wurde immer wieder mit einem PKW der Staatssicherheit von Leipzig nach Berlin-Ost gefahren, damit er dort seinen Vater treffen konnte. Die monatlichen Treffen zwischen dem „IM“ und den MfS-Offizieren fanden in der Regel wie gehabt in Ost-Berlin, in einer konspirativen Wohnung, in den Abendstunden zwischen 19 und 22 Uhr statt.[585] Regelmäßig besuchte der „IM“ auch seinen Sohn und dessen Familie in Leipzig, immer zur Frühjahrs- und zur Herbstmesse in Leipzig sowie zu den einschlägigen Feiertagen bzw. Familienfesten. Dann fanden die konspirativen Treffen in diesen Tagen statt. Bis 1963 erhielt „IM Kropf“ eine monatliche Zuwendung von DM 100, ab 1964/65 DM 250, in den 1970er Jahren monatlich DM 300.[586] Für seine Spionagedienste erhielt Lothar Roßdeutscher eine Reihe von Auszeichnungen für, wie es hieß, „die Lösung vielseitiger operativer Aufgaben über Pläne und Absichten revanchistischer Kreise im Operationsgebiet. […] Seinen Aufenthalt im Operationsgebiet betrachtet er als Auftrag des MfS.“[587] Die Liste seiner Auszeichnungen umfaßte die „Medaille für treue Dienste in der NVA“ in Bronze 1964, in Silber 1968 und in Gold 1972, das Erinnerungsabzeichen „25 Jahre MfS der DDR“ 1975, die „Verdienstmedaille der NVA“ in Gold zum 65. Geburtstag des „IM“ mit einem Geldbetrag von DM 750 West im Jahr 1977, die „Medaille der

[581] Auskunftsbericht zur Quelle „Kropf“, 18. März 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 195.
[582] Vgl. Auskunftsbericht zur Quelle „Kropf“, 18. März 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 200.
[583] Die Namen der vier West-Berliner Personen sind aus Datenschutzgründen von der BStU geschwärzt.
[584] Vgl. Perspektivplan des IM Kropf, 29. April 1971, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 164–167.
[585] Vgl. die Berichte zwischen 1967 und 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 12 bis 16.
[586] Vgl. Vernichtungsprotokoll, 19. Februar 1972, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 203, 204; Vernichtungsprotokoll, 1. Juni 1979, in: ebenda, Bl. 252.
[587] Vorschlag zur Auszeichnung: IM Kropf, 10. Juni 1977, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 249.

Waffenbrüderschaft“ in Silber 1980 mit einer Geldübergabe von DM 550 und schließlich 1982, zum 70. Geburtstag des „IM“, die „Verdienstmedaille der DDR“ mit einem Obolus von DM 1000.[588] Der „Inoffizielle Mitarbeiter Kropf“ wurde immer von der MfS Hauptabteilung XX/5 geführt, nicht von der einschlägigen sogenannten West-Spionage-Abteilung des Ministeriums, der Hauptverwaltung Aufklärung.

Im Juli 1980 starb die Ehefrau des „IM Kropf“ in West-Berlin. Im Herbst 1985 bat „Kropf“ die Staatssicherheit, aus Altersgründen die „inoffizielle Zusammenarbeit“ zu beenden. Lothar Roßdeutscher war 73 Jahre alt und seit 1977 in Rente. Von 1952 bis 1985 hatte er für das MfS spioniert. Zum Ende der Zusammenarbeit wurde vereinbart, daß der „Inoffizielle Mitarbeiter Kropf“ seinem Wunsch entsprechend in West-Berlin wohnen blieb. Im Falle einer schweren Erkrankung oder einer altersbedingten Pflege erhielt er von der Staatssicherheit die Zusage, daß sein Sohn ungehinderte Reise- und Aufenthaltsgenehmigung für West-Berlin erhalten würde. Auf Bitten des „IM“ sollte der Kontakt zum MfS nicht vollkommen abreißen. „Die Verbindung wird […] so gestaltet“, heißt es im Abschlußbericht des MfS, „ daß mit dem IM jährlich zwei bis drei Zusammenkünfte in der DDR-Hauptstadt durchgeführt werden. Dies ist ein ausdrücklicher Wunsch des IM, die Verbindung zum MfS nicht gänzlich missen zu wollen, weil sie ihm über viele Jahre bedeutungsvoll war.“[589] Die Akte von Lothar Roßdeutscher, des „IM Kropf“, wurde aus Altersgründen am 8. Oktober 1986 von der Hauptabteilung XX des MfS geschlossen.[590]

Was für Informationen übergab „IM Kropf“ in den Jahren bis 1985 nach Ost-Berlin bzw. welche davon sind überliefert bzw. können dem „IM“ zugeordnet werden? Die dichtesten Informationen über die Schlesische Landsmannschaft in West-Berlin, über das „Haus der ostdeutschen Heimat“ und über den Dachverband, den West-Berliner Landesverband der Vertriebenen, überbrachte der MfS-Spitzel zwischen Mitte der 1960er bis Ende der 1970er Jahre. Ein quantitativ schwer zu bestimmender Teil der Informationen ging auch an die MfS-Hauptverwaltung Aufklärung sowie an die Staatssicherheitsdienste der VR Polen und der Sowjetunion.[591] Der „IM Kropf“ berichtete über die inneren Gegebenheiten, über den Zustand der Schlesischen Landsmannschaft West-Berlins, deren Beziehung zur Bundeslandsmannschaft Schlesien mit Sitz in Bonn bzw. die Beziehung zum West-Berliner Landesverband der Vertriebenen. Er informierte über personelle und finanzielle Interna der Landsmannschaft, über wiederkehrende Streitigkeiten bei der Besetzung von Posten und Führungsfunktionen, über die immer als knapp eingeschätzten Finanzen des Verbandes bzw. Streitigkeiten bei der Mittelvergabe zwischen der Bundeslandsmannschaft und der West-Berliner Organisation. „Die Quelle hatte entscheidenden Anteil an der umfassenden personellen Aufklärung des Feindobjekts ‚Haus der ostdeutschen Heimat‘“ – wie es in

[588] Vgl. Übersicht über Auszeichnungen, die der IM Kropf erhalten hat, 6. Oktober 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 254.

[589] Anlage zum Treffbericht des IMB „Kropf“, 17. Oktober 1985, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 422.

[590] Vgl. Beschluß, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. I/1, Bl. 309.

[591] Vgl. das Beispiel: Geplante Aktivitäten der LM Schlesien in der BRD und in Westberlin, 17. Februar 1978, in: BStU MfS HA XX/AKG 142, Bl. 132, 133.

MfS-Berichten immer wieder hieß. Ausführlich schilderte der „IM" die Kontaktpolitik und die Verbindungswege der organisierten Schlesier West-Berlins in die DDR und in die alten schlesischen Siedlungsgebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze in Polen.[592] Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre überbrachte der MfS-Spitzel Meldungen und Meinungen aus den Führungskreisen der Schlesischen Landsmannschaft über die Neue Ostpolitik der Bonner Regierung, über den Stand der Vorbereitungen und Abschlüsse der Ostverträge. Hier waren auch von Interesse die Inhalte von Gesprächen zwischen Vertriebenenfunktionären einerseits und Politikern der CDU, CSU, FDP und SPD der Bundes- und Länderebene sowie Journalisten und Redakteuren andererseits. Die Übergabe von internen Materialien der Landsmannschaft Schlesien, Rechenschaftsberichten der verschiedenen Arbeitsgebiete, Protokolle von Wahl- und Delegiertenversammlungen, Finanzpläne, Veranstaltungs- und Aktionspläne gehörten zum Ritual der monatlichen Treffen zwischen dem „IM Kropf" und der Staatssicherheit in Ost-Berlin.

Im Konkreten umfaßten die Spitzel-Informationen solcher Meldungen wie die folgenden Beispiele: Seit 1965 versuchte die West-Berliner Landesgruppe der Schlesischen Landsmannschaft bessere Kontakte nach Polen, zur deutsch-polnisch-schlesischen Bevölkerung herzustellen. Im Oktober 1964 und 1965 reiste sogar die Ehefrau des Vorsitzenden der Landsmannschaft von Metnitz zu einem Kontaktmann in Potsdam, der als DDR-Bürger regelmäßig die polnisch-schlesischen Gebiete besuchte, dort Reiseberichte und Fotoreihen anfertigte, die in Zeitungen der Landsmannschaften wie „Die schlesische Rundschau" und im „Breslauer Kreisblatt" veröffentlicht wurden. Außerdem suchte und fand der so aus West-Berlin instruierte Potsdamer polnische Kontaktpersonen deutscher Nationalität, um Verbindungen zwischen der Landsmannschaft und den Menschen in den polnischen Westgebieten zu verstetigen.[593] Diese Spitzelmeldung trieb den Potsdamer Kontaktmann in die Fänge des MfS. Was konkret mit ihm geschah, ob er strafrechtlich verfolgt oder auch als Spitzel angeworben wurde, ist ungewiß.[594] Das MfS nahm durch „Kropf" zur Kenntnis, daß der Vorstand der Landsmannschaft im März 1966 ihre Mitglieder und Funktionäre aufforderte, jede Möglichkeit im Rahmen der Passierscheinabkommen wahrzunehmen, nach Ost-Berlin zu reisen, um „menschliche Kontakte" zu knüpfen.[595] Diese

[592] Der „IM" verriet der MfS-Zentrale die Namen der DDR-Rentner, die an Heimatkreistreffen der Landsmannschaft Schlesien in West-Berlin teilnahmen, auch so viele Namen wie möglich von den 2000 DDR-Rentnern, die am 12. Juni 1965 das Bundestreffen der Schlesier in Hannover besucht hatten. Hinzu kamen Personalien von DDR-Bürgern, die über längere Zeiträume in Kontakt zu West-Berliner Landsmannschaften standen. Außerdem übermittelte er Namen und Zeiten von Besuchsreisen, die West-Berliner Landsmannschaftsfunktionäre nach Ost-Berlin unternahmen, wen sie trafen bzw. was sie dort unternahmen. Was dieser Verrat für die betreffenden DDR-Bürger nach sich zog, ist nicht geklärt. Das MfS war immer sehr daran interessiert, neue Kontakte und Spione im bzw. für das „Operationsgebiet Westdeutschland und Westberlin" zu finden. Vgl. Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen", Stand 1966, in: BStU MfS Ast. Magdeburg XX 2606, Bl. 30–41.

[593] Vgl. Information zur feindlichen Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaft gegen die DDR, 24. Juni 1965, in: BStU MfS-JHS Potsdam BdL-Dok. 015585.

[594] Der Name des Potsdamers ist von der BStU geschwärzt.

[595] Vgl. Information, Passierscheinabkommen, 8. März 1966, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 4.

Kontaktanbahnungen in die DDR und nach Polen dienten auch dazu, Adressen für die immer wieder organisierten Paket-Versende-Aktionen der Landsmannschaft zu erhalten. Im Dezember 1965 gab der „IM" die Namen der westdeutschen Firmen nach Ost-Berlin, die die Paketaktion mit höheren Geldsummen finanzierten.[596] Auch hieß es im Spitzelbericht: „Bei der Verschickung von Paketen wird […] darauf orientiert, […] so zu verpacken, daß man in der DDR keine Rückschlüsse auf den organisierten Charakter dieser Aktion ziehen kann. Der DDR sollen durch die Paketaktionen keine Argumente gegen Westberlin und die Landsmannschaften gegeben werden, d. h. es müsse der Nachweis einer organisierten Einflußnahme der Landsmannschaft auf die DDR-Bürger verhindert werden."[597]

Die Berichte über Paketaktionen der Schlesischen Landsmannschaft von West-Berlin in die DDR und nach Polen blieben eine Konstante in den Spitzelnachrichten. Ende März 1970 lief eine weitere Paketaktion an für Bürger der VR Polen, diese wurde vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen mit DM 5000 unterstützt.[598] Im Jahr 1975 übergab der West-Berliner Senat der Landsmannschaft Schlesien DM 230 000, die zweckgebunden zum Paketversand in die DDR und nach Polen genutzt wurden. „Die mit privaten Absendern deklarierten Sendungen hätten bis auf wenige Ausnahmen alle die Empfänger erreicht", so lautete die „IM"-Information.[599] Der MfS-Spitzel verriet die im April 1976 geplante Reise des Vertriebenenfunktionärs Helmut Jakob, des Vorsitzenden des Heimatkreises Striegau/Schlesien, in seine alte Heimatstadt Striegau (Strzegom/Polen). Eine weitere Reise war für Juli 1976 geplant. In seiner nun polnischen Heimatstadt wollte der Funktionär bestehende Beziehungen, insbesondere zu Lehrern, ausbauen. Diesen Sachverhalt übermittelte das MfS auch den polnischen Sicherheitsbehörden.[600]

Nach der Unterzeichnung des Vertrages zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der VR Polen im Dezember 1970 reisten bis 1982 rund 200 000 Deutsche aus Polen in die Bundesrepublik aus.[601] 1972 kamen auch einige Hundert davon nach West-Berlin. Der „IM Kropf" informierte darüber, daß viele dieser „polnischen Bürger" sich durch das „Haus der ostdeutschen Heimat" mit Kleidung, Medikamenten und Bargeld unterstützen ließen, es aber alle ablehnten, Mitglieder in Landsmannschaften zu werden. Sie begründeten dies damit, ein positives Verhältnis zum polnischen Staat behalten zu wollen, um ohne Schwierigkeiten nach

596 Vgl. Finanzielle Unterstützung der LM Schlesien durch die Bundesregierung und westdeutsche Geschäftsleute, 2. Dezember 1965, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 2, 3.

597 Ebenda, Bl. 2.
Überhaupt schien der Vorstand der Landsmannschaft Wert darauf zu legen, die DDR-Regierung nicht zu provozieren. Im August 1972 rief der Vorstand seine Mitglieder in West-Berlin auf, sich nicht an Protestveranstaltungen zum 13. August zu beteiligen. Vgl. Hinweise über Aktivitäten der LM Schlesien, 24. August 1972, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 129.

598 Vgl. Information, 14. April 1970, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 118.

599 Vgl. Information, 26. Mai 1976, in: BStU MfS HA XX/AKG 5338, Bl. 99, 100.

600 Vgl. ebenda, Bl. 100.

601 Vgl. Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 39; Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen, S. 52.

Polen ein- und ausreisen zu können. Diese Spitzel-Nachricht nahm man in Ost-Berlin mit Zufriedenheit zur Kenntnis.[602]

Auch 1977 liefen wieder Paketaktionen nach Polen, aber auch an ehemalige Schlesier, die in der DDR lebten. Der „IM" konnte dazu berichten, daß die Finanzmittel aus Bonn für diese Art von Aktivitäten um 40 Prozent gekürzt wurden, woraufhin die Landsmannschaft zu einer Protest-Brief-Aktion unter ihren Mitgliedern aufgerufen habe.[603] Wie erfolgreich der Protest war, ist nicht bekannt. Der Versand von Paketen ging weiter. Am 25. Mai 1979 hieß es in einem Treffbericht, daß allein im Monat Mai 1979 über 100 Pakete von der Geschäftsstelle der Schlesischen Landsmannschaft West-Berlin an ehemalige Schlesier nach Ost-Berlin geschickt worden waren. Die Pakete hatte man mit privaten Absenderadressen getarnt. Bei Rückantworten mußte diese Post bei der Geschäftsstelle im „Haus der ostdeutschen Heimat" abgegeben werden.[604] Hier sammelte man die Anschriften in Ost-Berlin. Mit Beginn der sich zuspitzenden innenpolitischen Krise in Polen 1980 entwickelte die Schlesische Landsmannschaft neue Aktivitäten. So meldete „IM Kropf" seinen MfS-Auftraggebern, daß der Spitzenfunktionär Herbert Hupka im Juni 1979 den Auftrag ausgegeben habe: „Jeder Schlesier pflegt einen Kontakt nach Polen oder in die DDR".[605] Ab Februar 1981 liefen neue Paketaktionen an, die zusammen mit dem West-Berliner Landesverband der Vertriebenen organisiert wurden. Unter dem Tarnabsender „Versandhaus ALIMEX München" gingen zielgerichtet Tausende Pakete im Wert von DM 100 nach Polen. Auch die Reiseaktivitäten wurden gesteigert. Reisetermine und Reiserouten sowie den Reiseveranstalter – BÖLTAU-Reisen aus Berlin-Spandau – meldete der „IM" an die Staatssicherheit[606]. Und auch der Zusatz war für Ost-Berlin wichtig: „Hinweise über Pläne […] der ‚Landsmannschaft Schlesien', DDR-Bürger (Rentner oder Besuchsreisende) […] in diese Aktivitäten einzubeziehen oder zur Teilnahme zu animieren, liegen nicht vor."[607]

Das MfS hatte an allen personellen und finanziellen Angelegenheiten der Landsmannschaft Schlesien in West-Berlin Interesse, die der „Inoffizielle Mitarbeiter Kropf" in monatlichen Berichten bediente. Seine engen und auch persönlichen Beziehungen zum Vorsitzenden der Landsmannschaft Kraffto von Metnitz und der Geschäftsführerin Hedwig Zumbrink ließen ihn immer den neuesten Stand nach Ost-Berlin hinterbringen. Die rückläufigen Zahlen der organisierten Vertriebenen war ein ständiges Problem für die Verbände. Die Mitgliederzahlen in den Landsmannschaften nahmen immer weiter ab. In West-Berlin lebten 1970 knapp 120 000 ehemalige Schlesier.[608]

602 Vgl. Information: Hinweise über Aktivitäten der LM Schlesien, 24. August 1972, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 130.
603 Vgl. In: BStU MfS HA XX/AKG 140, Bl. 395.
604 Vgl. Information des IM Kropf, 25. Mai 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 31.
605 Information des IM Kropf, 20. Juli 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 36.
606 Vgl. Geplante Aktivitäten der LM Schlesien und des BLV, 23. Februar 1981, in: BStU MfS HA XX AKG 5616, Bl. 326–330, 348.
607 Ebenda, Bl. 349.
608 Vgl. Protokoll der Delegiertenversammlung der LM Schlesien, Landesgruppe Berlin, 29. März 1970, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 107.

1957 waren in der Landsmannschaft 13 000 Mitglieder eingeschrieben, 1967 10 600.[609] Im Jahr 1970 sollen es noch 7500 gewesen sein, „an der Arbeit der Landsmannschaften nehme aber die doppelte Anzahl teil, da in der Regel nur ein Familienmitglied Beiträge zahlt".[610] Über die schrumpfende Zahl der organisierten Vertriebenen dürfte man in Ost-Berlin zufrieden gewesen sein. 1971/72 zahlten nur 4 498 Schlesier ihren Mitgliedsbeitrag, hinzu kamen noch 932 zahlende Oberschlesier.[611] Diese Zahlen gaben der DDR-Seite auch Aufschluß über den Organisationsgrad der Vertriebenen, bei den Schlesiern in West-Berlin lag er bei nur 4,5 Prozent.[612] „IM Kropf" berichtete seinen Auftraggebern im März 1970 über den eigenwilligen Maßnahmenkatalog des Landsmannschaftsvorstands, der Anweisungen enthielt, wie der Erhalt bzw. die Werbung von Mitgliedern abzusichern sei. So sollte nach dem Tod eines Mitglieds der Landsmannschaft, acht Tage nach der Beerdigung, die Familie des Hinterbliebenen besucht werden, um deren/dessen Mann bzw. Frau, Tochter, Sohn, Schwiegersohn oder Schwiegertochter, Enkel usw. zu überzeugen, im Sinne des Toten die Mitgliedschaft in der Landsmannschaft weiterzuführen. Auch könne man so versuchen, neue Mitglieder in der Verwandtschaft zu werben. Beim Austritt eines Landsmannschaftsmitglieds habe unverzüglich ein Besuch und ein persönliches Gespräch über die Gründe des Ausscheidens zu erfolgen. Und sollte ein Mitglied nach Westdeutschland seinen Wohnsitz verlagern, würde die Mitgliedschaft für den Landesverband der Schlesier in West-Berlin weiter laufen können und sollen.[613]

Eng im Zusammenhang mit den sinkenden Mitgliederzahlen stand die finanzielle Situation der Landsmannschaft. Über fehlende Mittel wurde permanent geklagt. Das „Vermögen der Landsmannschaft Schlesien" in West-Berlin wurde im April 1968 mit DM 34 800 angegeben.[614] Der Jahresetat 1968 belief sich auf DM 91 000, für 1969 ging man von DM 85 000 aus[615], 1970 lag das „Gesamtkapital der Landsmannschaft" bei DM 62 000. „Demgegenüber sei die Landsmannschaft der Oberschlesier finanziell ruiniert und könne keine finanziellen Leistungen an den [West-]Berliner Landesverband der Vertriebenen abführen" – so lautete der Bericht des „IM" vom 4. Februar

[609] Vgl. Treffbericht mit GM Kropf, 24. Oktober 1967, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 12, Bl. 216, 217.

[610] LM Schlesien, 4. Februar 1970, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 107, 109.
Allein 1969 soll es 350 Austritte und 420 Zeitungsabbestellungen gegeben haben. Vgl. ebenda, MfS HV A 489, Bl. 102.

[611] Vgl. Treffbericht mit IM Kropf, 6. November 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 14, Bl. 55.
Das gleiche Bild zeigte sich beim Mitgliederstand des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen: 1975 waren dort 11 300 Vertriebene organisiert, 1976 10 847. Vgl. Zu den Aktivitäten der LM Schlesien und des BLV, 21. Juni 1977, in: BStU MfS HA XX/AKG 5973, Bl. 50, 53.

[612] Im November 1970 übermittelte der „IM" nach Ost-Berlin, daß der Vorsitzende des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen (BLV), Gerhard Dewitz, bekannt gegeben hatte, daß in West-Berlin, nach Angaben des Senats, rund 180 000 Vertriebene lebten und daß in den Vertriebenenverbänden nur noch 10 Prozent, also knapp 18 000 zahlende Mitglieder erfaßt seien. Vgl. Treffbericht vom 6. November 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 14, Bl. 51.

[613] Vgl. Auszug aus IM-Bericht Kropf, 9. Mai 1970 – Materialien der Delegiertenversammlung vom 13. März 1970, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 106, 111, 112.

[614] Vgl. Protokoll der Delegiertenversammlung vom 5. April 1968, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 34.

[615] Vgl. Information, 19. März 1969, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 95.

1970.[616] Dem West-Berliner Landesverband der Vertriebenen stünden jährlich ein Etat von DM 160 000 zur Verfügung. Der Senat von West-Berlin trage zudem sämtliche Kosten für Miete, Strom, Heizung, er unterhielt also das „Haus der ostdeutschen Heimat".[617] Nach Ost-Berlin wurde auch verraten, daß die Landsmannschaft 1967/68 DDR-Rentner bei ihren West-Berlin-Besuchen mit insgesamt DM 30 000 unterstützt hatte.[618] Immer mal wieder hinterbrachte der MfS-Spitzel die Nachricht, daß die, und von wem bzw. in wessen Auftrag, Finanzabrechnungen der Schlesischen Landsmannschaft regelmäßig gefälscht würden. „[Der 1. Schatzmeister …][619] manipuliere des weiteren Finanzabrechnungen des Landesverbands Westberlin für Bonn, um einen größeren Finanzanteil für den eigenen Landesverband zu sichern. So werde z. B. die Gesamtmitgliederzahl des Landesverbands Westberlin niedriger als [tatsächlich …] angegeben, um den Differenzbetrag einbehalten zu können."[620] So gab es immer wieder Ärger zwischen der West-Berliner Landesgruppe der Landsmannschaft Schlesien und dem Vorstand der Bundeslandsmannschaft Schlesien in Bonn. Im Mai 1979 hieß es dazu in einer „IM-Information" für Ost-Berlin: Der Vorsitzende der Landsmannschaft in West-Berlin „wurde vom Bundesvorsitzenden [Herbert] Hupka aufgefordert, die Beitragsanteile laut Satzung an die Bundeslandsmannschaft abzuführen. […] [Kraffto von] Metnitz hat dies abgelehnt mit der Begründung, daß Hupka Westberlin nicht wie die anderen Länder behandeln könne, […] da Westberlin eine Sonderstellung einnehme und eher noch Zuschüsse von Bonn erhalten" müsse.[621]

Die sinkenden Mitgliederzahlen in den Vertriebenenverbänden und das schwindende Interesse an Vertriebenenveranstaltungen zeigten sich in West-Berlin auch an der zentralen Großveranstaltung zum „Tag der Heimat" in der „Waldbühne".[622] Über das zentrale Vertriebenentreffen vom September 1970 hatte „IM Kropf" den Bericht des Vorsitzenden des (West)-Berliner Landesverbands der Vertriebenen (BLV), Gerhard Dewitz, angefertigt für die Bonner Zentrale, auch nach Ost-Berlin weitergegeben. Danach besuchten die Veranstaltung zum „Tag der Heimat" in der „Waldbühne" am 6. September 1970 nur 8000 Personen, obwohl der Landesverband 35 000 persönliche Einladungen im Vorfeld verschickt hatte. Man überlegte nun, ob für die zentrale Großveranstaltung zum „Tag der Heimat" 1971 besser die „Deutschlandhalle" als die 1970 nicht einmal zur Hälfte gefüllte „Waldbühne" angemietet werden sollte. Aus fi-

616 IM Kropf, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 109.

617 Vgl. Aktivitäten des Berliner Landesverbands der Vertriebenen und der LM Schlesien in Westberlin, 28. November 1977, in: BStU MfS/AKG 140, Bl. 394.

618 Vgl. IM-Bericht Kropf, 1. Oktober 1969, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 99.

619 Name von der BStU geschwärzt.

620 Hinweise aus dem Bereich LM Schlesien in Westberlin, IM Kropf, 4. November 1977, in: BStU MfS HA XX/AKG 140, Bl. 119; Aktivitäten der LM Schlesien in Westberlin, 28. November 1977, in: ebenda, Bl. 394, 396.

621 Information IM Kropf, 25. Mai 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 31.
Geldforderungen an die Landsmannschaft kamen auch vom West-Berliner Landesverband der Vertriebenen. Vgl. Treffbericht GM Kropf vom 9. April 1968, in: ebenda, MfS AIM 11395/86, Bd. 13, Bl. 34, 35.

622 Vgl. Informationsbericht über Revanchistentreffen in der Waldbühne zum „Tag der Deutschen", 6. September 1965; Tag der Heimat in Westberlin, 16. September 1967; Tag der deutschen Heimat am 31. August/1. September 1968, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 242–253; 164, 165, 60, 61.

nanziellen Gründen blieben Dewitz und der BLV beim Veranstaltungsort Waldbühne, da dort die Mietkosten bei DM 1000 lagen und nicht wie in der „Deutschlandhalle" bei DM 9000.[623] Zum „Tag der Heimat" 1970 hatte es – so teilte der „Inoffizielle Mitarbeiter" seinem MfS-Führungsoffizier mit – für den West-Berliner Vertriebenenverband ein finanzielles Desaster gegeben. Der BLV hatte den Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz (SPD)[624] als Festredner auf der „Waldbühnen"-Veranstaltung ausgeladen, da dieser ein Jahr zuvor auf dem „Tag der Heimat" zur „Aussöhnung mit Polen" aufgerufen hatte, was mit Angriffen und Beschimpfungen wie „Verräter, Kapitulant und Verbrecher" durch die Vertriebenen quittiert worden war. Der Regierende Bürgermeister beantwortete seine Ausladung, als Festredner in der „Waldbühne" aufzutreten, mit der Streichung der DM 6000, die die Vertriebenen jährlich zur Unterstützung der Veranstaltung vom West-Berliner Senat erhielten. Und damit nicht genug, der SPD-Politiker Schütz setzte in Bonn, im Innerdeutschen Ministerium durch, daß auch die vom West-Berliner Vertriebenenverband beantragten DM 20 000 für die zentrale Vertriebenenveranstaltung nicht gewährt wurden. Der Regierende Bürgermeister habe – so die Angabe des MfS-Spitzels – verlauten lassen, es sei nicht ratsam, daß die Vertriebenen „politische Kampfdemonstrationen" abhalten, während sich die Bundesregierung und die Alliierten um Verbesserungen für die Teilstadt[625] bemühten."[626]

Politische Äußerungen und Standpunkte der Vorstandsmitglieder der Landsmannschaft Schlesien in West-Berlin waren für den DDR-Staatssicherheitsdienst immer bedeutsam. Im Vorfeld und auch auf dem Höhepunkt der Diskussionen um die „Neue Ostpolitik" der Bundesregierung habe der Vorsitzende der Schlesischen Landsmannschaft von Metnitz seine Meinung verteidigt, „daß er keine Wahlempfehlungen in seiner Eigenschaft als Chef der Landsmannschaft" geben werde.[627] Der Landesvorsitzende von Metnitz favorisiere zudem Landsmannschaftsfunktionäre, die nicht parteipolitisch gebunden seien, „treue Anhänger der landsmannschaftlichen Ziele sind und nicht ständig wegen ihrer faschistischen Vergangenheit angegriffen werden".[628] Auch, so informierte der „IM" 1967, trete Kraffto von Metnitz bei allen Veranstaltungen politisch zurückhaltend auf. Er stehe für Verständigung, Aussöhnung und Annäherung mit den Polen und erhebe nie Gebietsforderungen. Auch stimme er den Aus-

623 Vgl. Treffbericht mit „IM Kropf" vom 5. November 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 14, Bl. 51.

624 Klaus Schütz (* 1926), SPD, Oktober 1967–Mai 1977 Regierender Bürgermeister von West-Berlin, danach Botschafter der Bundesrepublik in Israel.
Tumult in der Waldbühne, in: Der Abend, 8. September 1969; Waldbühnenbesucher attackierten Schuetz, 8. September 1969; Schütz auf Vertriebenen-Veranstaltung ausgepfiffen; Verleumdung muß aufhören, in: Berliner Morgenpost, 6. September 1969; Zeitungsartikelsammlung, in: BStU MfS ZAIG 9705, Bl. 8–15.

625 Hingewiesen wurde damit auf die seit März 1970 laufenden Viermächteverhandlungen über Berlin.

626 Vgl. Treffbericht mit „IM Kropf" vom 5. November 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 14, Bl. 51, 52; „Im eigenen Saft", in: Der Spiegel, vom 24. August 1970, S. 36.

627 Vgl. Information, 23. Februar 1967, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 8.

628 Information: Jahresdelegiertenkonferenz der LM Schlesien in Westberlin, 1. März 1968, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 16.

führungen Herbert Wehners (SPD)[629] zu, die dieser am 11. März 1967 auf einer Veranstaltung der Landsmannschaft in West-Berlin gemacht hatte. Diese lauteten: Landsmannschaftsfunktionäre seien keine „Nazis und Revanchisten", man müsse öffentlich klar machen, daß die Vertriebenen eine Hauptlast des letzten Krieges getragen hätten. Die Schuld Deutschlands gegenüber seinen Nachbarn und besonders Polen sei sehr groß, aber die Vertriebenen dürften nicht allein für die Schuld des deutschen Volkes bezahlen – so sinngemäß die Rede Wehners, wiedergegeben durch den „IM Kropf".[630]

Mitte 1969 meldete der „IM" eine neue Variante der Mitgliederwerbung bei der Landsmannschaft Schlesien. Der Bundesvorsitzende der organisierten Schlesier Herbert Hupka habe die Losung ausgegeben, zukünftig in allen Bevölkerungskreisen nach „Patrioten für Schlesien" zu werben. Nicht mehr nur die Herkunft und Abstammung, sondern das Bekenntnis zu Schlesien sei ausreichende Voraussetzung für eine Mitgliedschaft in der Landsmannschaft. Hupka habe zudem im Juni 1969 aufgerufen, viel stärkeren Druck auf die Ostpolitik der SPD auszuüben. Hupka habe die Landsmannschaften und ihre Mitglieder aufgehalten, folgende Gruppierungen politisch intensiver zu bekämpfen: 1. die „selbsternannten Realpolitiker", die die Oder-Neiße-Grenze und die DDR anerkennen wollen, 2. die „politischen Opportunisten", die „auf die polnisch besetzten Gebiete" als Preis für die Einheit mit der DDR verzichten wollen, 3. die „kapitalistischen Geschäftemacher", die den Status quo anerkennen, um in Osteuropa gute Geschäfte machen zu können, 4. die „idealistischen Friedensstrategen", die Versöhnung um jeden Preis wollen, 5. die „politischen Masochisten", die „an der Schuld an […] Polen zu ertrinken glauben", 6. „Leute, die ihre Ruhe haben wollen", um sich nicht engagieren zu müssen, und 7. betroffene Vertriebene, die keine neuen Vertreibungen nun für polnische Bewohner wollen.[631]

In den Jahren der politischen Auseinandersetzungen um die Neue Ostpolitik und die Verhandlungen und Abschlüsse der Ostverträge nahm die Staatssicherheit mit Aufmerksamkeit die Spitzelberichte von „Kropf" über Zusammenkünfte von Landsmannschaftsfunktionären und Bonner Politikern entgegen. So hatte am 8./9. Mai 1970 eine Konferenz der Bundes- und Landesfunktionäre der Schlesischen Landsmannschaft in Mainz stattgefunden. Ein Gastredner war Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP)[632] gewesen, der von verschiedenen Landsmannschaftsfunktionären verbal hart angegriffen wurde. Auf die Fragen – wie lange will die FDP die Brandt-Regierung mit ihrer Verratspolitik an den Vertriebenen noch unterstützen oder kann die FDP zusichern, daß die SPD/FDP-Bundesregierung die Oder-Neiße-Grenze nie anerkennt – antwortete Genscher ausweichend, um dann fluchtartig die

[629] Herbert Wehner (1906–1990), war zwischen 1966 und 1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

[630] Vgl. Information: Veranstaltung der LM Schlesien in der Westberliner Kongreßhalle, 13. März 1967, in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 9, 11.

[631] Vgl. Zum Treffen der Schlesischen Landsmannschaft in Hannover, 13.–15. Juni 1969, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 307–309.

[632] Hans-Dietrich Genscher (*1927), 1969–1974 Bundesminister des Innern, 1974–1992 Außenminister, 1974–1985 FDP-Vorsitzender.

Veranstaltung zu verlassen.[633] Herbert Hupka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft und zu dieser Zeit noch SPD-Mitglied,[634] versicherte seinen „Landsmännern": „In erster Linie bin ich Schlesier und erst danach Sozialdemokrat, das weiß auch mein Parteifreund Wehner."[635] Hupka verteidigte seine SPD-Mitgliedschaft und meinte, es sei falsch gewesen, daß der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen Reinhold Rehs aus der SPD ausgetreten sei,[636] denn es müsse auch innerhalb der SPD Vertriebene geben, die wachsam alle Handlungen der „Verzichtspolitiker" überwachen.[637] Am 17. Juli 1970 berichtete der MfS-Agent seinen ostdeutschen Auftraggebern über ein Treffen hoher Landsmannschaftsfunktionäre mit dem Stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Herbert Wehner Ende Juni 1970 in Bonn. Diese Informationen hatte er von seinem engen Vertrauten, dem Funktionär Kraffto von Metnitz, erhalten. Herbert Wehner hätte sich gegen öffentliche Reden von Vertriebenenpolitikern und SPD-Mitgliedern, insbesondere von Herbert Hupka, gewandt. Hupkas Auftreten widerspräche der politischen Linie der SPD und der Bundesregierung. Es sei zu lautstarken Auseinandersetzungen gekommen. Wehner habe Hupka mit Disziplinar- und Parteiausschlußverfahren sowie mit einer deutlichen Kürzung der Zuschüsse für alle Landsmannschaften durch die Bundesregierung gedroht, wenn dieser und andere Vertriebenenpolitiker nicht einlenken bzw. Ruhe halten würden. Diese Auseinandersetzung zwischen Wehner und Hupka sei im Präsidium des Bundes der Vertriebenen in Bonn besprochen worden, und man sei einhellig zu der Auffassung gekommen, daß die Bundesregierung ihre Haltung gegenüber den Forderungen der Landsmannschaften nicht ändern würde und man daher mit einer weiteren Kürzung der finanziellen Zuschüsse rechnen und sich darauf einstellen müsse.[638]

In regelmäßiger Wiederkehr gab „Kropf" Meldungen über Postenneu- oder umbesetzungen im West-Berliner Landesverband der Landsmannschaft Schlesien bzw. in der Bonner Bundeslandsmannschaftszentrale ab.[639] Immer wieder beschrieb er auch das gespannte Verhältnis zwischen dem Vorsitzenden des Landesverbands der Schlesier in West-Berlin Kraffto von Metnitz und dem Bundesvorsitzenden Herbert Hupka, ohne nähere Umstände nach Ost-Berlin zu melden. Für den West-Berliner Landes-

633 Vgl. Information: Mitarbeiterkonferenz der Landsmannschaft Schlesien, 29. Mai 1970, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 117–119.

634 Herbert Hupka wechselte am 29. Februar 1972 von der SPD-Bundestagsfraktion zur CDU/CSU-Fraktion als Reaktion auf die von der SPD/FDP-Bundesregierung abgeschlossenen Ostverträge.

635 Information: Mitarbeiterkonferenz der Landsmannschaft Schlesien, 29. Mai 1970, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 119.

636 Reinhold Rehs (1901–1972), 1966–1969 Vorsitz des BdV, SPD-Mitglied, trat am 13. Mai 1969 wegen der Ostpolitik Willy Brandts zur CDU über.

637 Vgl. Information: Mitarbeiterkonferenz der Landsmannschaft Schlesien, 29. Mai 1970, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 119.

638 Vgl. Treffbericht Quelle Kropf, 17. Juli 1970, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 14, Bl. 18, 19.

639 Vgl. Delegiertenversammlung der Landsmannschaft Schlesien, 5. April 1968, und 26. April 1968; Ergebnisprotokoll der Bezirks- und Heimatgruppenbetreuer, 31. Januar 1969, in: BStU MfS HV A 489, Bl. 31–41, 42–44, 86; Schriftliche Unterlagen der Delegiertenversammlung des Berliner Landesverbands der Vertriebenen, 11. Mai 1976, in: ebenda, Bd. 15, Bl. 110–113; Ergänzung zum Treffbericht des IM Kropf, 23. Januar 1979 und Anlage zum Treffbericht, 16. August 1985, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 7, 417, 418.

verband ergab sich seit Ende der 1960er Jahre immer mehr das Problem, so der „IM“ in einem Treffbericht vom 9. April 1968, daß immer weniger Mitglieder bereit waren, Funktionen zu übernehmen, da sie fürchteten, bei der Durchreise von West-Berlin nach Westdeutschland von den DDR-Behörden Schwierigkeiten zu bekommen.[640] 1977 hatte der Vorsitzende von Metnitz zu einer Aktion aufgerufen, die sich an die Mitglieder und die Funktionäre der Landsmannschaft wandte. Es sollten alle Informationen über Behinderungen im Reiseverkehr und im Transit durch die DDR gesammelt werden, die dann zur Registrierung an das Bonner Innenministerium weitergeleitet wurden. Diese „IM“-Meldung hatten die zuständigen MfS-Offiziere interessiert registriert.[641] Über eine andere aber ähnlich gelagerte Problematik berichtete der „IM“ im Mai 1979. Es tat sich der Fall auf, daß der Oberbürgermeister von Hannover sämtliche Zuschüsse für das geplante Schlesiertreffen in Hannover strich und auch seine Einladung für die Veranstaltung zurück gab, da ansonsten, wie er mitteilen ließ, die geplante Städtepartnerschaft Hannover – Poznan nicht zustande kommen würde. Die polnische Seite hatte die Forderung an die Stadtoberhäupter von Hannover gestellt, keine Vertriebenenveranstaltungen zu unterstützen. Poznan wurde 1979 Partnerstadt, und Hannover verweigerte den organisierten Vertriebenen die Unterstützung.[642] Das blieb aber nicht so. Im Juni 1985 fand in Hannover das größte jemals abgehaltene Deutschlandtreffen der Schlesier mit 160 000 Teilnehmern statt. Auch wenn die Stadt Hannover, der Oberbürgermeister und SPD-Politiker Herbert Schmalstieg[643], jegliche Unterstützung für die Vorbereitung und Durchführung des Schlesiertreffens unterließen, kam die notwendige finanzielle und politische Hilfe vom Bundesland Niedersachsen, von Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU)[644]. Das Land Niedersachsen hatte seit 1951 die Patenschaft über die Landsmannschaft Schlesien.[645] Der MfS-Spitzel hatte auch nach Ost-Berlin weitergeleitet, daß am Bundeslandsmannschaftstreffen über 300 Besucher aus der DDR teilgenommen hätten. Die Namen und Anschriften von drei DDR-Bürgern, einem Geschwisterpaar aus dem sächsischen Rötha und einem Mann aus dem sächsischen Schönheide, hatte der „IM“ in Erfahrung gebracht und dem MfS verraten.[646]

Die monatlichen Treffen zwischen dem „Inoffiziellen Mitarbeiter Kropf“ und der Staatssicherheit endeten in der Regel mit einer kurzen Auftragserteilung seitens des MfS-Führungsoffiziers. Oft waren diese Aufträge, dem Einsatzgebiet des Agenten entsprechend, allgemein gehalten wie: „Informationen über die Vorbereitung zum ‚Tag der Heimat‘ 1968 sammeln“, „Regelmäßig sind die Sprechstunden im ‚Haus der ost-

640 Vgl. Treffbericht GM Kropf, 10. April 1968, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 13, Bl. 37.
641 Vgl. Erkenntnisse aus Kreisen der LM Schlesien in West-Berlin, 22. Juni 1977, in: BStU MfS HA XX/AKG 5973, Bl. 46.
642 Vgl. Information des IM Kropf, 25. Mai 1979 und 20. Juli 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 31, 32, 36.
643 Herbert Schmalstieg (*1943), 1972–2006 Oberbürgermeister der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover.
644 Ernst Albrecht (*1930), 1976–1990 Ministerpräsident von Niedersachen.
645 Vgl. Anlage zum Treffbericht des „IM Kropf“, 8. Juli 1985, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 412, 413.
646 Vgl. ebenda, Bl. 413.

deutschen Heimat' wahrzunehmen" oder „Informationen über Aktivitäten der Landsmannschaften, speziell der Schlesischen in West-Berlin zu erarbeiten".[647] Brisant und für die jeweiligen Betroffenen unangenehm, wenn nicht sogar gefährlich, waren jene regelmäßigen Aufträge des MfS, die das geheimdienstliche Ausspionieren von Funktionären oder Mitarbeitern der Vertriebenenverbände bzw. Besucher von Vertriebenenveranstaltungen betrafen. In den Jahren zwischen 1961 und 1985 kamen so einige Hundert Auskünfte und Namen über Personen, die das MfS interessierten, zusammen.[648] Was die Staatssicherheit mit dieser Datenmenge anzufangen gedachte, bleibt ungeklärt. Die Vermutung liegt nahe, daß das MfS ständig auf der Suche war nach Personen zum „Abschöpfen" von Informationen bzw. zum „Anwerben" für Spitzeldienste. Die Aufträge zur Personenaufklärung lauteten beispielsweise folgendermaßen: Am 14. April 1970 hieß es: Welchen Namen hat „die verheiratete, zirka 20jährige Tochter des ehemaligen Geschäftsführers des Berliner Landesverbands der Vertriebenen, die in der Kantine des ‚Hauses der ostdeutschen Heimat' als Serviererin arbeitet?" Und: „Bitte genaue Personalien des Rechnungsprüfers [*Name von der BStU geschwärzt*] sowie der Mitglieder des Finanz- und Schlichtungsausschusses" der Landsmannschaft Schlesien klären.[649] Im „Treffbericht" vom 17. Juli 1970 stand: „Möglichst genaue Personalien der Sekretärin [*Name von der BStU geschwärzt*] im ‚Haus der ostdeutschen Heimat' feststellen". Zudem hieß es, daß am 20./21. Juni 1970 in Springe/bei Hannover das Bundestreffen der Schlesischen Heimatgruppe Militsch-Trachenberg stattgefunden und die „Quelle Kropf" fünf Teilnehmer im Rentenalter aus der DDR namentlich ausgemacht hatte. Es handelte sich dabei um ein Ehepaar aus der sächsischen Kleinstadt Mittweida bei Chemnitz, um einen Fleischermeister aus dem südbrandenburgischen Elsterwerder und um zwei Männer aus Staßfurt.[650] Ein anderer Auftrag vom 18. Januar 1979 bezog sich auf den neu eingesetzten Geschäftsführer des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen. „IM Kropf" sollte unverzüglich alles über den zirka 40jährigen Dieter Hempel, Mitglied der CDU, in Erfahrung bringen und nach Ost-Berlin melden.[651] Eine ähnliche Aufforderung erging im August 1985, persönliche Lebensumstände vom 2. Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien in West-Berlin, Werner Unte[652], zu übermitteln. Unte gehörte auch zum Vorstand des Vertriebenendachverbands, des West-Berliner Landesverbands der Vertrie-

[647] Treffbericht mit GM Kropf, 10. April 1968, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 13, Bl. 41; Auftrags- und Sicherungskonzeption zum Treff mit IM Kropf, 15. April 1983, in: ebenda, Bd. 16, Bl. 243.

[648] Geht man davon aus, daß ab 1961 über 25 Jahre monatliche Treffen zwischen dem „IM" und der Staatssicherheit stattfanden, so kamen rund 300 Treffen zusammen. Auskunftsanforderungen stellte das MfS sicher nicht bei jedem Treffen, öfters wurde immer nach den gleichen Vertriebenenfunktionären gefragt – aber von einigen hundert auszuspionierenden Personen kann bei „IM Kropf" gesprochen werden. Vgl. BStU MfS AIM 11395/86, Bände 9 bis 16.

[649] MfS-Auftrag an „Kropf", in: BStU MfS HA XX 5434, Bl. 119.

[650] Vgl. Treffbericht mit der „Quelle Kropf", in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 14, Bl. 22, 23.

[651] Vgl. Ergänzung zum Treffbericht des IM Kropf, 23. Januar 1979, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 7.

[652] Werner Unte, geboren am 11. Januar 1929 in Liegnitz (heute: Legnica/Polen), 1985 beim West-Berliner Senat neu als Leiter einer Passierscheinstelle eingesetzt, zuvor Angestellter des Statistischen Landesamts von West-Berlin. Vgl. Anlage zum Treffbericht des IM Kropf, 16. August 1985, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 417.

benen, er war lange Jahre SPD-Mitglied, verließ 1985 die Partei. Die Staatssicherheit schien besonderes Interesse an den Werner Unte nachgesagten engen Kontakten in die VR Polen zu haben, an den Reisen, die der perfekt Polnisch sprechende Funktionär regelmäßig nach Polen unternahm und an den von ihm im Rahmen des „Hilfswerks Schlesien" organisierten Paketaktionen.[653] Wie unangenehm und möglicherweise auch gefährlich diese „Personenaufklärungen" für den jeweils Betroffenen waren, kann hier nicht beurteilt werden. Alle Spitzelberichte des „IM Kropf" waren mit dem Vermerk versehen: „Streng geheim! Die Information ist streng vertraulich – Quellengefährdung".

Es ist davon auszugehen, daß es auch in anderen Landsmannschaften bzw. Landesgruppen von Vertriebenenorganisationen Spitzel des DDR-Geheimdienstes gab, die regelmäßig Informationen nach Ost-Berlin lieferten. So saß zumindest in den 1960er und 1970er Jahren ein „Inoffizieller Mitarbeiter" mit dem Decknamen „Dohle" in der Landsmannschaft der Oberschlesier der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.[654] Seit 1966 war er in den Landesvorstand der Landsmannschaft der Oberschlesier aufgestiegen und verfügte über sehr gute Kontakte in das „Haus des Deutschen Ostens" in Düsseldorf.[655] Wie lange und in welchem Umfang und welche Informationen er an die DDR-Staatssicherheit weitergab, ist noch nicht erforscht. Gleiches dürfte auch für die Landsmannschaft der Ostpreußen zutreffen. Am Hauptsitz der Bundeslandsmannschaft der Ostpreußen in Hamburg hatte das MfS die bereits erwähnte Agentin „IM Sitha" plaziert. Auch diese berichtete in den 1960er Jahren vorzugsweise über die rund 40 hauptamtlichen Mitarbeiter der Landsmannschaft in Hamburg, Parkallee, über die Führungsebene der Landsmannschaft, u. a. über Dr. Alfred Gille und Dr. Hans Matthee, und sie informierte die MfS-Zentrale in Ost-Berlin über die Bundesvorstandssitzungen bzw. Landesdelegiertentagungen der Landsmannschaft.[656] Auch hier wären weitere Forschungen möglich. Auf einen spektakulären Fall einer MfS-Agentin in der Zentrale des Bundes der Vertriebenen in Bonn wird im folgenden Kapitel eingegangen.

653 Vgl. Anlage zum Treffbericht des IM Kropf, 16. August 1985, in: BStU MfS AIM 11395/86, Bd. 16, Bl. 417, 418.

654 Der „IM" wurde von der MfS-Bezirksverwaltung Rostock geführt.

655 Vgl. verschiedene Berichte, Informationen und Tonbandabschriften „Informationen zur Politik der Landsmannschaft Oberschlesien in NRW" zwischen 1964 und 1966, in: BStU MfS Rostock Rep. 2/112.

656 Vgl. Landsmannschaft Ostpreußen 1960–1978, in: BStU MfS HA XX 5436, Bl. 1–188.

IV. Die Sicht Ost-Berlins: „Organisierter Revanchismus" nach den Ostverträgen – Die 1970/80er Jahre

1. Begründete Hoffnungen bei SED und MfS auf Marginalisierung der Vertriebenenverbände?

Im Kampf gegen die Ostverträge hatten sich der Bund der Vertriebenen und die ostdeutschen Landsmannschaften übernommen. Trotz der hochgradigen Politisierung und Polarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft in den Jahren des Durchbruchs zur Neuen Ostpolitik zwischen 1969 und 1974 gelang es den Vertriebenenverbänden nur noch mit Mühe, Sympathisanten sowohl unter den Vertriebenen als auch unter Nichtvertriebenen für die Ablehnung der Ostverträge zu mobilisieren. Zu den beiden großen Protestdemonstrationen gegen die Verträge mit Moskau und Warschau auf dem Bonner Marktplatz am 30. Mai 1970 und am 7. Mai 1972 brachte der BdV zwar immerhin 30 000 bzw. 20 000 Menschen zusammen. BdV-intern hatte man jedoch jeweils mit 100 000 protestierenden Vertriebenen und Sympathisanten gerechnet. Die BdV-Zentrale war sich ihres Mißerfolgs durchaus bewußt, denn sie kannte die sehr viel höheren Teilnehmerzahlen auf den jährlichen Pfingsttreffen der Landsmannschaften.[1] So trafen sich im Juli 1971 in München auf dem Deutschlandtreffen der Schlesischen Landsmannschaft 150 000 Schlesier, 1973 waren es in Essen 120 000. Im selben Jahr kamen in München sogar rund 200 000 Sudetendeutsche auf ihrem jährlich stattfindenden Sudetendeutschen Tag zusammen.[2] Die breite Unterstützung ihrer Klientel für die BdV-Politik, für die Ablehnung der Gewaltverzichts- und Grenzanerkennungsverträge mit Moskau, Warschau und Prag, blieb aus. Die Millionen Vertriebenen, die trotz der emotionalisierten Diskussion nicht zu den Großveranstaltungen im Mai 1970 bzw. 1972 kamen, weil sie sich gesellschaftlich integriert fühlten bzw. mit den Realitäten abgefunden hatten, legten mit ihrem Fernbleiben ihr politisches Zeugnis ab.[3] Die nicht nur vermeintliche, sondern tatsächliche Diskrepanz zwischen der Masse der Vertriebenen und ihren Funktionären wurde Anfang der 1970er Jahre offensichtlicher. Die meisten Vertriebenen der Erlebnisgeneration standen nicht mehr hinter den längst überholten Parolen des Kalten Krieges, welche die Vertriebenenfunktionäre unverdrossen weiter in die Öffentlichkeit hinausriefen.[4] Die Politiker des BdV und der ostdeutschen Landsmannschaften rückten von ihren heimatpolitischen Forderungen nicht ab: Das „Recht auf Heimat", verstanden als Recht auf Rückkehr

[1] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", S. 171 f.; Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 111 f.

[2] Vgl. bpb-Informationsdienst, 14. Juli 1971, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 99, 100; 120 000 Schlesier gedachten in Essen ihrer verlorenen Heimat, in: Die Welt, Hamburg, 2. Juli 1973 (MfS-Zeitungsausschnittsammlung, in: BStU MfS ZAIG 9715, Bl. 87).

[3] Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 111.

[4] Vgl. Andreas Kossert, Kalte Heimat, S. 353 f.

und Selbstbestimmung, d.h. Rückgliederung der Heimatgebiete an Deutschland, blieb auch nach Abschluß der Ostverträge für sie nach wie vor aktuell. Die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 war für die Mehrheit der Vertriebenenfunktionäre ein Minimalziel, auf das sie einen völkerrechtlichen Anspruch zu haben glaubten. Vor allem die Sudetendeutschen, aber nicht nur sie, strebten darüber hinaus die Rückgewinnung des Sudetenlandes an. Auf der heimatpolitischen Agenda standen zudem das Memelland, Danzig und Westpreußen. Realisiert werden sollte die Rückgewinnung der Ostgebiete durch eine möglichst weitgehende Rückkehr der Vertriebenen in ihre alte Heimat. Offen sprach man von einer neuen Ostkolonisation. Solche Vorstellungen leiteten sich her aus dem revisionistischen Denken der 1920er Jahre, die zwar ohne völkische und rassistische Implikationen daherkamen, aber dennoch selbstverständlich davon ausgingen, daß Deutschland als mitteleuropäische Hegemonialmacht wiederhergestellt werden müsse. Die Spitzenfunktionäre des BdV und der Landsmannschaften verkannten, daß die Zeit über ihre revisionistischen Zielsetzungen unwiderruflich hinweggegangen war. So glaubte die BdV-Führung, über völkerrechtliche Positionen zu verfügen, die jedoch nichts nutzten, da sie nach außen machtpolitisch nicht durchsetzbar waren und sich Mitte der 1970er Jahre die Mehrheit der Bundesbürger und der Vertriebenen selbst bzw. deren Nachkommen mit dem Verlust der Ostgebiete abgefunden hatten.[5]

Die sozial-liberale Bundesregierung, zunächst unter Bundeskanzler Willy Brandt, dann unter Helmut Schmidt[6], kürzte Jahr für Jahr die finanziellen Zuschüsse für die Vertriebenen-Organisationen und die Vertriebenen-Presse, während die finanziellen Zuwendungen, auch die projektgebundenen, für die Kulturarbeit der Vertrieben weiter real stiegen. Damit reagierte die Bundesregierung auf die mehrheitliche Stimmung in der Gesellschaft. Die Mittelkürzungen betrafen vor allem das den Kampf gegen die Ostverträge führende BdV-Präsidium in Bonn sowie die Bundeszentralen der sogenannten reichsbezogenen Landsmannschaften[7], die mit die schärfste Kritik an der Ostpolitik der SPD-FDP-Bundesregierung übten. Als die Bonner Regierung plante, die institutionelle Förderung der Vertriebenenorganisationen Zug um Zug völlig einzustellen, scheiterte dies am Protest der beiden Unionsparteien.[8]

Im Laufe der ersten Hälfte der 1970er Jahre begannen vertriebenenpolitische Bastionen, z.B. BdV-Grundpositionen in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, sichtbar zu bröckeln. Korrespondierend mit der bundesdeutschen Entspannungspolitik in Richtung Osteuropa, insbesondere mit Blick auf Polen, die Sowjetunion und die ČSSR, hob 1971 die Bonner Regierung die bis dahin geltenden Bezeichnungs- und Kartenrichtlinien auf und gab als Richtschnur vor, jeweils von „Fall zu Fall“ zu ent-

[5] Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 433–435.

[6] Helmut Schmidt (Jg. 1918), SPD-Politiker, 1967–1969 Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion, 1969–1972 Bundesverteidigungsminister, 1972–1974 Bundesfinanzminister, 1974–1982 Bundeskanzler.

[7] Es handelte sich um die Landsmannschaften der Schlesier, Oberschlesier, Ost-Brandenburger, Ostpreußen und Pommern, die sich aufgrund der fortbestehenden völkerrechtlichen Zugehörigkeit ihrer Heimat zum Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 gegenüber den anderen Vertriebenen in einer herausgehobenen Stellung glaubten.

[8] Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 111–117.

scheiden. Damit setzte eine Entwicklung ein, die sich in den Folgejahren durchsetzte, daß z. B. die Oder-Neiße-Linie und die innerdeutsche Grenzlinie als Grenze und nicht mehr als Demarkationslinie und die DDR als DDR und nicht mehr als „SBZ" oder „Mitteldeutschland" bezeichnet wurde. Mehr und mehr wurde es üblich, die DDR und nicht mehr die Gebiete jenseits von Oder und Neiße als Ostdeutschland anzusehen und so zu bezeichnen[9] sowie unter deutscher Wiedervereinigung nur die Vereinigung mit der DDR und nicht mehr mit den deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße zu verstehen. Weitere ähnliche Änderungen setzten ein[10] – beispielsweise in der Frage des Ostkundeunterrichts in den Schulen. Zum Streitpunkt zwischen unionsgeführten und SPD-geführten Bundesländern wurde die Frage, ob Ostkunde weiterhin als Ostdeutschlandkunde verstanden oder in eine allgemeine Osteuropakunde im Sinne der zeitgemäßen Entspannungspolitik umgewandelt werden sollte. Den Ländern wurde die Auslegung durch die Kultusministerkonferenz freigestellt, und so kam es dazu, daß die meisten SPD-regierten Bundesländer Themen der Kultur und Geschichte der osteuropäischen Länder in den Lehrmittelpunkt rückten. Die unionsregierten Länder hingegen blieben bei der Vermittlung der Kulturgeschichte der reichsdeutschen Gebiete und der deutschen Volksgruppenkultur jenseits der früheren Reichsgrenzen.[11]

Weniger Konflikte riefen die Patenschaften der Bundesländer für ostdeutsche Landschaften hervor. Seit den 1950er Jahren hatten einzelne Bundesländer solche Patenschaften übernommen und verschiedene Kommunen hatten Patenschaftskommunen jenseits der Oder-Neiße-Grenze. Wie bereits dargestellt, bestand z. B. von Seiten des Freistaates Bayern eine Schirmherrschaft über die Sudetendeutsche Landsmannschaft, 1978 übernahm Bayern außerdem noch die Patenschaft über die Landsmannschaft der Ostpreußen. Das SPD-geführte bevölkerungs- und wirtschaftsstarke Bundesland Nordrhein-Westfalen hatte auf Landesebene zwei Patenschaften übernommen über die beiden ostdeutschen Landsmannschaften der Westpreußen und der Oberschlesier. In den 1970er Jahren wurden neue kommunale Patenschaften zwischen westdeutschen Städten und Gemeinden und jenen in Gebieten des alten deutschen Ostens geschlossen.[12] Zu Differenzen kam es bei der Ausgestaltung der Patenschaften unter den Bedingungen der Neuen Ostpolitik und der sozial-liberalen Entspannungspolitik. Die Vorstellungen des Bundes der Vertriebenen blieben bei der traditionellen Sicht, Patenschaften über Städte und Kreise in den ost- und sudetendeutschen Vertreibungsgebieten zu übernehmen, um erinnerungspolitisch im Sinne einer Vorbereitung zur Rückkehr in die „verlorene, alte Heimat" revisionistisch zu wirken. Die neuen Städte-Partnerschaften, aber auch die sich wandelnden traditionellen Patenschaften auf Landesebene, tendierten zunehmend in Richtung einer allgemeinen

[9] Vgl. ebenda, S. 117 f.
[10] Vgl. Komplex um die deutsch-polnische Schulbuchkommission, kurz dargestellt bei Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 125 ff.
[11] Vgl. ebenda, S. 132 ff.
[12] Die polnische und tschechoslowakische Regierung protestierten nach den Vertragsabschlüssen mit Bonn vehement gegen die erinnerungspolitische und revisionistische Art der Patenschaften und Partnerschaften im Sinne der Vertriebenenverbände.

Völkerverständigung durch menschliche Begegnungen über Grenzen und politische Blöcke hinweg.[13]

Die beginnenden 1970er Jahre hatten deutlich werden lassen, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Bundesregierung und Vertriebenenverbänden tief zerrüttet war, und dies änderte sich auch in diesem Jahrzehnt nicht mehr. Der Staat war immer weniger gewillt, die Interessen der landsmannschaftlich organisierten Vertriebenen zu unterstützen. Damit einher ging die Entwicklung in der auf Umsetzung der sozialliberalen Ostpolitik orientierten bundesdeutschen Gesellschaft, die den Verlust der Ostgebiete und des Heimatrechts der Vertriebenen als politisches Faktum anerkannte.[14]

Was von diesen Entwicklungen in der Bundesrepublik registrierte und interessierte die SED-Führung in Ost-Berlin und ihr Staatssicherheitsministerium? Waren auf Grundlage dieser Erkenntnisse seit den 1970er Jahren Veränderungen in der geheimdienstlichen Bearbeitung der Vertriebenenverbände auszumachen? Eine allgemeine Einschätzung der zentralen MfS-Analyse- und Auswertungs-Abteilung über die Situation der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik beschrieb die Situation 1975 folgendermaßen: „Seit Abschluß der bilateralen Ostverträge und der darin verankerten Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen war dem organisierten Revanchismus die Basis für seine weitere Existenz theoretisch entzogen. Der Umstand, daß die Landsmannschaften und [der BdV …] jedoch selbst nach der Unterzeichnung des [KSZE]-Schlußdokuments von Helsinki [1975], in dem die Unverletzlichkeit des politischen und geographischen Status quo in Europa erneut und multilateral anerkannt worden ist, fortbestanden und – mit Unterstützung eben jener sozial-liberalen Bundesregierung, die die Verträge und das Schlußdokument unterzeichnet hatte – die revanchistische […] Zielstellungen im alten Sinne weiterverfolgten, ist die Widerspiegelung einer doppelzüngigen Ost- und Deutschlandpolitik. […] Die […] Widersprüche und Gegensätze zwischen Führungskräften des organisierten Revanchismus und den Führungsgremien der Regierungsparteien SPD und FDP sind im Hinblick auf die gemeinsamen konterrevolutionär-revanchistischen Zielsetzungen und ihrer gemeinsamen antikommunistischen Grundhaltung von untergeordneter Natur. Die Ursachen der Differenzen waren taktischer Natur. […] Der Tatbestand, daß revanchistische […], vom nationalistischen und neofaschistischen Geist durchdrungene Massenorganisationen wie der BdV und die Landsmannschaften […] im Widerspruch zu bestehenden Abkommen […] bis in die Gegenwart fortwirken und auf verschiedenen Ebenen im Sinne des Revanchismus und Antikommunismus massenwirksam nach innen und außen tätig sind, zwingt uns, derartigen Stellvertretereinrichtungen des Imperialismus, […], auch fürderhin unsere kritische Aufmerksamkeit zuzuwenden.“[15]

[13] Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 136–146; Handbuch. BdV, 1996, S. 71, 77, 113, 137.

[14] Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 171 f.; Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 429–436.

[15] Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), Entstehungszeit 1983, in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 61, 64.

Diese Art von Aufmerksamkeit widmete die MfS-Zentrale den Vertriebenenverbänden. Die DDR-Auslandsaufklärung MfS informierte in der Regel zwei Mal jährlich die SED-Parteiführung ausführlicher über den Zustand und die Aktivitäten des Bundes der Vertriebenen. Die geringe jährliche Zahl dieser MfS-Informationen läßt den Schluß zu, daß die Parteiführung den Vertriebenendachorganisationen keine übermäßige Bedeutung beimaß. In der Regel gingen die HV A-Dossiers an die Verantwortlichen für Agitation und Propaganda, an die Funktionäre für die sogenannte Westarbeit sowie das DDR-Außenministerium. Das waren ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vor allem die Politbürofunktionäre Werner Lamberz, Albert Norden, Hermann Axen, Joachim Herrmann sowie der Außenminister Oskar Fischer, der nicht dem Politbüro angehörte. Eher selten erhielt die HV A-Informationen SED-Chef Erich Honecker.[16] Fast immer aber wurden sie an die „befreundeten Geheimdienste" in Warschau, Prag, hin und wieder Budapest und Moskau weitergeleitet.

Im Mittelpunkt der Staatssicherheitsberichte standen die Beschreibung und Wertung der politischen Lage im Bund der Vertriebenen, die Haltung des BdV zur Ausgestaltung der Ostverträge und die finanzielle Situation des Verbandes. Detailliert berichteten die Geheimdienst-Offiziere im Januar 1975 an ihre SED-Führung über eine allgemeine Krise in der Tätigkeit der Vertriebenenverbände. Nach der Ratifizierung der Ostverträge, so habe das neu gewählte BdV-Präsidium im Juni 1974[17] eingeschätzt, fehle es an jeder Initiative für Aktivitäten, es herrsche eine allgemeine Resignation. Hinzu käme, daß viele mittlere und untere Verbandsfunktionäre keine Perspektive mehr im BdV sähen, die Mitgliederzahlen weiter zurückgingen und eine aktive Öffentlichkeitsarbeit in den Kreisverbänden kaum noch stattfinde. Der Ausweg bestehe, so glaubten die Bonner Funktionäre, in der „Gewinnung und Schulung neuer Kader". Schließlich habe die Führungsebene die Losung ausgegeben, die Aktivitäten gegenüber den sozialistischen Ländern zu erhöhen, z. B. mittels gut vorbereiteter Touristenreisen, mit den Abschlüssen von heimatpolitisch begründeten kommunalen Patenschaften sowie der Schaffung von Informationszentren über landsmannschaftliche Regionen.[18]

Die HV A-Mitarbeiter berichteten der SED-Spitze weiterhin, daß auf Veranlassung der FDP im Oktober 1974 eine Diskussionsrunde über die gesellschaftliche Stellung der Vertriebenenverbände stattgefunden habe. Erklärtes Ziel der Liberalen sei es gewesen, den BdV und die Landsmannschaften von der Ostpolitik der SPD-FDP-Regierung zu überzeugen, diese von ihrer „primitiven Revanchepolitik" abzubringen und für eine „engere Zusammenarbeit mit den Ostblockländern" zu gewinnen. Das habe zu Differenzen und kontroversen Diskussionen im BdV-Präsidium geführt. Die Spit-

[16] Vgl. HV A-Information vom 3. September 1979 an Erich Honecker: Haltung der Führung des BdV zu aktuellen politischen Fragen, in: BStU MfS HV A 84, Bl. 144–146.

[17] Das BdV-Präsidium hatte sich im Juni 1974 neu konstituiert: Präsident blieb Herbert Czaja, Stellvertretende Präsidenten waren Walter Becher, Hellmut Gossing, Herbert Hupka, Hans-Edgar Jahn, Friedrich Walter und Rudolf Wollner. Vgl. Information über die Lage im Bund der Vertriebenen und seine weiteren Aktivitäten, 13. Januar 1975, in: BStU MfS HV A 114, Bl. 363.

[18] Vgl. Information über die Lage im Bund der Vertriebenen und seine weiteren Aktivitäten, 13. Januar 1975, in: BStU MfS HV A 114, Bl. 363, 364.

ze der „Deutschen Jugend des Ostens“ und die Mitglieder des Ostdeutschen Kulturrates[19], Peter Paul Nahm und Peter Nasarski[20], hätten für diese Idee Sympathien entwickelt, um vor allem ideologisch auf die Ostblockländer im Sinne „Wandel durch Annäherung“ einwirken zu können. Der Präsident des Ostdeutschen Kulturrates, Hans-Joachim von Merkatz[21], und weitere Funktionäre des BdV wie Hans-Günther Parplies[22] u. a. seien hingegen weiterhin offen ablehnend zur Ostpolitik der Bundesregierung eingestellt.[23] Die Kenntnis dieser Differenzen unter den Vertriebenenfunktionären waren für MfS und SED interessant, auch wenn sie beide Sichtweisen für sich als „politisch gefährlich“ einstuften.

Um von der Problematik der Ostverträge und der dort besonders involvierten Landsmannschaften – der Pommern, Schlesier, Ost- und Westpreußen bzw. Ostbrandenburger – abzulenken, wollte das BdV-Präsidium sein Engagement zukünftig vermehrt auf die Aktivierung der Landsmannschaften aus dem südosteuropäischen Raum bzw. aus dem Gebiet der UdSSR konzentrieren. Das bezog sich auf die Landsmannschaften der Siebenbürger Sachsen, der Buchenlanddeutschen, der Banater Schwaben, der Deutschen aus Ungarn, der Dobrudscha- und Bulgarendeutschen sowie der Rußland- und der Bessarabiendeutschen.[24] Dies veranlaßte die MfS-Zentrale, sich erstmals stärker mit diesen kleineren Verbänden zu befassen. Viel Aufwand betrieb das MfS mit der Analyse dieser Landsmannschaften in der Folgezeit jedoch nicht.[25] Eine Ausnahme bildete die geheimdienstliche Beobachtung der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland, deren Ergebnisse immer dem sowjetischen Geheimdienst weitergeleitet wurden.[26] Ein Dorn im Auge des ostdeutschen und natür-

[19] Ostdeutscher Kulturrat – 1950 als überregionale Institution zur Pflege und Bewahrung ostdeutscher Kulturleistungen (historische deutsche Landschaften: Ost- und Westpreußen, Hinterpommern, Ostbrandenburg, Schlesien, Böhmen und Mähren, Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa) gegründet, seit 1975 Stiftung des privaten Rechts.

[20] Peter Paul Nahm (1901–1981), stammte aus dem Rheingaukreis, Zentrumspartei, nach 1945 CDU, 1953–1967 StS im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.
Peter Nasarski (1914–2001), aufgewachsen in Lodz, Herausgeber von Schriften zur Vertreibungsfrage.

[21] Hans-Joachim von Merkatz (1905–1982), stammte aus Pommern, Jurist, bis 1960 DP, dann CDU, Bundesminister in den 1950er Jahren u. a. 1960/61 Bundesvertriebenenminister.

[22] Hans-Günther Parplies, Sprecher der LM Weichsel-Warthe, BdV-Landesvorsitzender in NRW, vertritt eine völkisch-nationale Linie im BDV, ist seit 2000 Vizepräsident der „Preußischen Treuhand GmbH & Co“ (Durchsetzung der Eigentumsansprüche der Vertriebenen beim polnischen Staat).

[23] Vgl. Information über die Lage im Bund der Vertriebenen und seine weiteren Aktivitäten, 13. Januar 1975, in: BStU MfS HV A 114, Bl. 364, 365.

[24] Vgl. ebenda, Bl. 364.

[25] Vgl. Landsmannschaft (LM) der Donauschwaben, 1970, Hauptsitz Sindelfingen; LM der Buchenland-deutschen, Oktober/November 1975, Hauptsitz München; LM der Siebenbürger Sachsen, 1979–1983, Hauptsitz München; LM der Deutschen in Rumänien, 1980, Sitz in München; LM der Banater Schwaben aus Rumänien, LM der Deutschen aus Ungarn, LM der Deutschen aus Rußland, LM der Bessarabiendeutschen, LM der Dobrudscha- und Bulgariendeutschen, 1983, in: BStU MfS HV A 1045; MfS ZAIG 28750, Bl. 16, 25–27; HV A 1045, Bl. 109–118, 148–163; MfS ZKG 16122, Bl. 3.

[26] Vgl. Auskunftsberichte über die LM der Deutschen aus Rußland, 1963–1966, 1967/68, in: BStU MfS HA XX/4 1189, Bl. 150–179, HA XX/4 2295, Bl. 379–392; LM der Deutschen aus Rußland, 1966 und 1968, in: ebenda, HA XX/4 2295, Bl. 379–384, und HA XX/4 2285, Bl. 1–32.

lich des sowjetischen Geheimdienstes war das erklärte Ziel der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland, Informationen zu beschaffen und zu propagieren, die die „Lage der in der Sowjetunion verbliebenen bzw. nach dem Kriegsende dorthin zurückverschleppten Deutschen […] auf den Gebieten der Wirtschaft, des Volkstums, der Schule und der Kirche" beschrieben.[27]

Daneben gab es das Phänomen, daß die MfS-Zentrale mit bestimmten vertriebenen bzw. umgesiedelten Volksgruppen nichts anzufangen wußte. Das betraf z. B. die Bessarabiendeutschen. 1973/74 diskutierte der Staatssicherheitsdienst intern über die Rolle der Landsmannschaft der Bessarabiendeutschen in der Bundesrepublik. „Das Oberste Gericht der DDR hat […] bisher nicht entschieden, ob die dem ‚Bund der Vertriebenen' angehörende Landsmannschaft ‚Deutsche aus Bessarabien' eine staatsfeindliche Organisation […] ist" – so eine MfS-Aktennotiz aus Berlin vom 31. Oktober 1973.[28] Die ostdeutschen Behörden untersuchten, ob die organisierten Bessarabiendeutschen einen politisch-ideologischen Kampf gegen die DDR führten, ob sie die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR diskreditierten und ob Kontakte zwischen Bessarabiendeutschen in der DDR zu ihrer Volksgruppe in der Bundesrepublik als „staatsfeindliche Verbindung" nach § 100 des Strafgesetzbuches (StGB) der DDR gewertet werden müßten. Die Antwort blieb zunächst offen. MfS-Minister Erich Mielke hatte Anfang 1974 der HV A die Zuständigkeit für die „Aufklärung und Bearbeitung der Revanchistenorganisation Landsmannschaft der Deutschen aus Bessarabien" übertragen,[29] die zuvor bei der MfS-Hauptabteilung XX gelegen hatte. Die Mitarbeiter der HV A verwiesen im März 1974 bezüglich des „Operativvorgangs" gegen die besagten Bessarabiendeutschen, daß sie über keinerlei Informationen verfügten, die die „Feindtätigkeit der Landsmannschaft der Deutschen aus Bessarabien" nachweisen könnten. Alle Kenntnisse über die Landsmannschaft basierten bisher auf der Auswertung offizieller Dokumente. Über eine „agenturische Basis", d. h. über Spitzel in der Landsmannschaft, verfügte die HV A nach eigenen Angaben zu dieser Zeit nicht. „Die Abteilung HV A/II sei deshalb nicht in der Lage, […] Gutachten zum staatsfeindlichen Charakter solcher Organisationen zu erarbeiten. […] Die vorgefundenen Informationen ergeben lediglich Aufschluß über die Struktur der genannten Landsmannschaft […] und enthalten Angaben über führende Mitarbeiter."[30]

Über die angespannte Finanzlage der Vertriebenenverbände – es ging um die Finanzierung durch das Bundesinnenministerium (BMI) und durch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) – informierte die HV A jedes Jahr erneut die SED-Politbüroführung. Im Januar 1975 hieß es dazu, daß das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 1974 DM 400 000 an Zuwendungen gezahlt habe und daß für das laufende Jahr keine institutionelle Förderung mehr gewährt,

[27] LM der Deutschen aus Rußland, 1960–1968, in: BStU MfS HA XX/4 2430, Bl. 40, 41; vgl. Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, S. 174–185.
[28] MfS Berlin an die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt, in: BStU MfS Ast. Chemnitz AOP 2581/75, Bd. 5, Bl. 203.
[29] Vgl. Bericht über die geführten Absprachen mit der HA XX und der HV A zur Landsmannschaft der Deutschen aus Bessarabien, 22. März 1974, in: BStU MfS Ast. Chemnitz AOP 2581/75, Bd. 5, Bl. 217.
[30] Ebenda, Bl. 218.

sondern DM 130 000 für Projektförderung dem BdV zur Verfügung gestellt werde. Der BdV hoffe nun auf Spendengelder aus den unionsgeführten Ländern[31] und reduzierte seine Bonner Geschäftsstelle auf 13 Mitarbeiter. Das Bundesinnenministerium zahlte 1975 die zugesagten DM 251 000 für die Durchführung kultureller Maßnahmen sowie DM 127 000 für sogenannte Eingliederungsmaßnahmen.[32] Im Jahr 1979 mußte die HV A dem SED-Chef Erich Honecker mitteilen, daß das Bundesinnenministerium seinen jährlichen Zuschuß für den BdV um eine Viertelmillion DM erhöht habe auf DM 850 000. Insgesamt stünden dem BdV 1,4 Millionen DM zur Verfügung,[33] die von den beiden Bundesministerien kämen und Beitrags- und Spendenmittel waren. Diese Mittel seien so hoch wie seit Jahren nicht mehr. Auch 1982 berichtete die DDR-Aufklärung der SED-Spitze, daß aus dem Bonner Bundeshaushalt jedes Jahr wachsende Mittel dem Vertriebenendachverband überwiesen wurden. Diese DM 1,6 Millionen würden für die Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit des BdV sowie für ihren Verwaltungsapparat genutzt. Rund DM 1,1 Millionen kämen vom Bundesinnenministerium, DM 135 000 vom Innerdeutschen Ministerium und die restlichen Gelder seien wiederum Beitrags- und Spendenmittel.[34] Nach dem Wechsel in Bonn von der sozial-liberalen zur christlich-liberalen Bundesregierung unternahm die BdV-Führung unter Herbert Czaja den Versuch, angeblich entgangene und verwehrte Zahlungen aus den Vorjahren einzufordern. Das HV A-Dossier vom 18. April 1983 bemerkte dazu: „Bundeskanzler Kohl sicherte dem BdV-Präsidium ein erneutes Gespräch über politische Fragen […] zu. Eine Nachzahlung von Geldern lehnte er ab und erklärte, daß lediglich aus dem Fonds des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen projektgebundene Mittel für Tagungen, Veranstaltungen, Publikationen im erhöhten Umfang bereitgestellt werden könnten. Eine Aufstockung der institutionellen Förderung (Gehälter und Geschäftsbedarf) durch das BMI sei nicht möglich.“[35]

Im Dezember 1975 informierte die Hauptverwaltung Aufklärung das SED-Politbüro, daß das BdV-Präsidium nach wie vor darüber nachdachte, „alle rechtlichen Möglichkeiten für die Erschütterung der Ostverträge“ offenzuhalten. Gegen den Vertrag Bonn-Warschau meinte man, mit dem Vorwurf der Nichteinhaltung des Vertrages argumentieren zu können. Da Polen seine Zusagen bei der Zahl der genehmigten Ausreisen von Deutschstämmigen nicht einhalte, d. h. eine „Nichterfüllung der humanitären Vertragsgrundlagen“ vorläge, müsse auch Bonn die Vereinbarungen nicht erfüllen.[36] Auch beklagten die Vertriebenen-Funktionäre die seit der Ratifizierung des Vertrags mit

[31] Vgl. Information über die Lage im Bund der Vertriebenen und seine weiteren Aktivitäten, 13. Januar 1975, in: BStU MfS HV A 114, Bl. 367, 368.
[32] Vgl. Information über die Lage im BdV in Vorbereitung auf die Bundesversammlung, 11. Dezember 1975, in: BStU MfS HV A 119, Bl. 61, 62.
[33] Vgl. Haltung der Führung des BdV zu aktuellen politischen Fragen, 3. September 1979, in: BStU MfS HV A 84, Bl. 146.
[34] Vgl. Information über einige Entwicklungstendenzen und Aktivitäten des revanchistischen BdV in der BRD, 4. Februar 1982, in: BStU MfS HV A 14, Bl. 191.
[35] Information über die gegenwärtige Lage des Revanchistendachverbandes BdV in der BRD, 18. April 1983, in: BStU MfS HV A 24, Bl. 57.
[36] Vgl. Information über die Lage im BdV in Vorbereitung auf die Bundesversammlung, 11. Dezember 1975, in: BStU MfS HV A 119, Bl. 60, 61.

Warschau zunehmenden Angriffe der polnischen Presse gegen die BdV-organisierten Besuchsreisen. Der Bund der Vertriebenen forderte dazu auf, „Kontakte im Stillen" zu pflegen, um die „Gräben zwischen beiden Völkern" nicht zu vertiefen.[37]

Zwei Jahre später, im November 1977, standen im Fokus der Berichte des MfS an die höchste Parteiebene die vermeintlich erstarkten „revanchistischen Aktivitäten" der Vertriebenenverbände. Im Sprachduktus der Staatssicherheit hieß es: „In konsequenter Fortsetzung des Kampfes gegen die Ostverträge, gegen die Prinzipien von Helsinki […] verstärkte sie [die BdV-Führung] vor allem den juristischen und publizistischen Druck auf die Bundesregierung. Durch die Wiederbelebung von Treffen und Aufmärschen soll dem abnehmenden Masseneinfluß des Verbandes entgegengewirkt und seinen unrealistischen Forderungen mehr Gewicht verliehen werden."[38] Der BdV könne sehr auf die Unterstützung der CDU und CSU bauen, besonders die Unionspolitiker Helmut Kohl, Alfred Dregger, Hans Filbinger, Friedrich Zimmermann und Richard Jäger[39] ständen dem Vertriebenendachverband sehr nahe.[40] Die Vertriebenenfunktionäre fanden laut MfS-Analyse bei den Unionsparteien und den genannten Politikern in der Problematik des „rechtlichen und politischen Offenhaltens der deutschen Frage" sowie in den „Menschenrechtskampagnen als Instrument zur Einmischung in die Angelegenheiten der sozialistischen Länder" besonderen politischen Rückhalt.[41]

Von Oktober 1977 bis März 1978 fand im jugoslawischen Belgrad die 1. KSZE-Folgekonferenz statt. Hier trafen sich die Staaten der NATO, des Warschauer Vertrags und die Blockfreien, um über die Umsetzung der KSZE-Schlußakte von Helsinki zu reden. Die USA und ihre Verbündeten nutzten die Konferenz vor allem, um über die Menschenrechtsverletzungen im Osten zu klagen, die Sowjetunion und die Ostblockstaaten wollten über die Ächtung der amerikanischen Rüstung, insbesondere über die Existenz der Neutronenbombe, debattieren. Das Belgrader Treffen endete ergebnislos, die Ost-West-Beziehungen liefen zum Ende der 1970er Jahre auf verstärkte Konfrontationen hinaus.[42] Nach Belgrad war auch eine Gruppe der BdV-Führung um

[37] Information über die Lage im BdV in Vorbereitung auf die Bundesversammlung, 11. Dezember 1975, und Information über die Haltung der BdV zur Realisierung der Vereinbarung zwischen VRP, und der BRD, 3. Mai 1976, in: BStU MfS HV A 119, Bl. 61 und MfS HV A 124, Bl. 249–252.

[38] Information über aktuelle Aspekte der Politik des BdV in der BRD, 11. November 1977, in: BStU MfS HV A 67, Bl. 302.

[39] Helmut Kohl (Jg. 1930), 1969–1976 CDU-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1976–1982 CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, 1982–1998 Bundeskanzler.
Alfred Dregger (1920–2002), 1982–1991 Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
Hans Filbinger (1913–2007), 1966–1978 CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg, mußte 1978 wegen Verstrickungen in das NS-System zurücktreten.
Friedrich Zimmermann (Jg. 1925), CSU, 1982–1989 Bundesinnen-, bis 1991 Bundesverkehrsminister.
Richard Jäger (1913–1998), CSU, 1965/66 Bundesjustizminister.

[40] Information über aktuelle Aspekte der Politik des BdV in der BRD, 11. November 1977, in: BStU MfS HV A 67, Bl. 302, 307.

[41] Vgl. ebenda, Bl. 302, 303.

[42] Vgl. Schau der Supermächte, in: Der Spiegel, 1978, S. 115 f.; Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 60 f.

Herbert Czaja gereist. Der Verband wollte sich dort als „nichtstaatliche Organisation zur Verteidigung der Menschenrechte, insbesondere der deutschen Volksgruppe in den sozialistischen Ländern“, profilieren.[43] Über das Ansinnen und Auftreten der Vertriebenenpolitiker in Belgrad informierte die HV A im Februar und April 1978 die SED-Spitzenpolitiker Hermann Axen, Kurt Hager, Werner Lamberz, Willi Stoph und Oskar Fischer. Das MfS konstatierte befriedigt, daß es dem BdV-Generalsekretär Hans Neuhoff[44] und dem CDU-Bundestagsabgeordneten und Vize-Präsidenten des BdV Hans Edgar Jahn[45] in Belgrad nicht gelungen sei, die westlichen Delegationen davon zu überzeugen, die „Probleme der Deutschen in Osteuropa“ auf die Konferenz-Tagesordnung zu setzen. Wörtlich hieß es: „Weder die Delegation der BRD noch die der USA und der anderen NATO- bzw. EG-Staaten seien bereit gewesen, die ihnen bekannte Lage der Deutschen in Osteuropa gegenüber den Problemen anderer nationaler Minderheiten in der Welt als etwas besonderes anzusehen und […] detailliert zur Sprache zu bringen. […] Die von Neuhoff und Jahn am 8. Februar 1978 in Belgrad veranstaltete Pressekonferenz sei unerwartet gering besucht worden und daher ohne nennenswerte Resonanz geblieben.“[46]

Im Herbst 1979 befand die HV A als mitteilenswert, daß der Vertriebenendachverband nach wie vor für das „Offenhalten der deutschen Frage“ in der Öffentlichkeit und in den Medien eintrete, gegen die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition agiere und besonders die Beziehungen Bonns zu Warschau mit größtem Mißtrauen beobachtete. Die BdV-Führung werfe der Bundesregierung ständig vor, die „Möglichkeit der Wiedervereinigung auf unabsehbare Zeit zu vertagen“, den Wiedervereinigungsgedanken nur auf die Gebiete der DDR zu beziehen und „die heute zur VR Polen, der ČSSR und der UdSSR gehörenden ehemaligen deutschen Gebiete“ von dem Gebot abzukoppeln.[47]

Beachtung fanden in Ost-Berlin jegliche Details über personelle Differenzen in der BdV-Führung. So hieß es im September 1979 vom MfS: „In personeller Hinsicht wird weiter bekannt, daß zwischen dem BdV-Präsidenten [Herbert] Czaja und den Vizepräsidenten [Walter] Becher und [Herbert] Hupka ein gespanntes Verhältnis herrscht. Becher und Hupka lehnen Czaja als BdV-Präsidenten ab und opponieren in den Präsidiumssitzungen gegen ihn. Es wird damit gerechnet, daß Hupka aufgrund seines Ansehens im BdV Nachfolger von Czaja wird, wenn dieser zurücktreten oder nicht

[43] Vgl. Zum Auftreten von Vertretern des BdV am Rande des Belgrader Treffens, 13. Februar 1978, in: BStU MfS HV A 81, Bl. 455.

[44] Dr. Hans Neuhoff stammte aus Ostpreußen, war in den 1950er Jahren BdV-Lastenausgleichsreferent, dann bis 1978 BdV-Generalsekretär.

[45] Hans Edgar Jahn (1914–2000), kam aus Pommern, 1965–1980 für die CDU im Bundestag, 1967–1974 einer der BdV-Vizepräsidenten. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 222.

[46] Information über die Haltung der BdV-Führung zu aktuellen politischen Fragen, 11. April 1978, in: BStU MfS HV A 69, Bl. 177, 178.

[47] Vgl. Information über die Haltung der Führung des BdV der BRD zu aktuellen politischen Fragen, 3. September 1979, in: BStU MfS HV A 79, Bl. 241, 242; Aktivitäten der Revanchistenorganisation „BdV“, 7. Dezember 1979, in: ebenda, MfS HA XXII 5057, Bl. 158–162.

wiedergewählt werden sollte."[48] Die Sichtweisen von Herbert Czaja einerseits und Herbert Hupka und Walter Becher andererseits bezüglich der heimatpolitischen Grundsätze unterschieden sich nur unwesentlich voneinander, aber persönliche Animositäten und ein ausgeprägtes Konkurrenzverhalten bestanden durchaus.[49] Doch Czaja blieb BdV-Präsident. Vier Jahre später kam die HV A auf die besagten Differenzen in der BdV-Führung zurück und konkretisierte: „Während BdV-Präsident Czaja stärker extrem revanchistische Positionen, so u. a. die Anprangerung von ‚Menschenrechtsverletzungen' in sozialistischen Staaten oder die Forderung nach Familienzusammenführungen in den Mittelpunkt der Tätigkeit des BdV stellen will, orientieren die Präsidiumsmitglieder Herbert Hupka, [Friedrich] Walter und [Rudolf] Wollner auf eine stärkere Betonung der sogenannten Kulturarbeit."[50] Dadurch glaubte die Gruppe um Hupka, eine größere Wirksamkeit in der Gesellschaft zu erreichen und vor allem umfangreichere finanzielle Mittel von Bundesbehörden einfordern zu können.

Kurz vor dem Ende der sozial-liberalen Koalition in Bonn informierte im Februar 1982 die Staatssicherheit ihre Parteiführung zusammenfassend über Entwicklungstendenzen und Aktivitäten des Bundes der Vertriebenen.[51] Der BdV-Dachverband schien zufrieden mit seinen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten, die in den letzten beiden Jahren zugenommen hätten und besonders auf Polen ausgerichtet waren. Das hing mit den politisch-instabilen Verhältnissen in Polen[52] zusammen und mit der irrigen Meinung der Vertriebenenfunktionäre, ein nicht mehr kommunistisches und reformiertes Land würde Änderungen der polnischen Stellung zur Oder-Neiße-Grenze nach sich ziehen.[53]

Nach wie vor blieb die Überalterung der Mitglieder in den Vertriebenenverbänden ein Problem. Die Funktionäre klagten, daß die Geburtsjahrgänge ab 1945 keine Verbindung mehr zur „alten Heimat" hätten. Seit Jahren werde intensiv unter Jugendlichen, jungen Erwachsenen und besonders unter jungen Akademikern geworben, jedoch mit geringem Erfolg. Die Mitgliederzahlen in den Landsmannschaften und im BdV seien dramatisch eingebrochen, Präsident Czaja fürchte gar um die Aktions-

[48] Information über die Haltung der Führung des BdV der BRD zu aktuellen politischen Fragen, 3. September 1979, in: BStU MfS HV A 79, Bl. 243.

[49] Vgl. Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland, S. 571–577; Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 443–466.
Walter Becher äußerte sich zu den beiden Spitzenfunktionären kaum, Czaja erwähnt er überhaupt nicht in seinen Memoiren. Vgl. Walter Becher, Zeitzeuge. Ein Lebensbericht, München 1990.

[50] Information über die gegenwärtige Lage des Revanchistendachverbandes BdV in der BRD, 18. April 1983, in: BStU MfS HV A 24, Bl. 60.

[51] Vgl. Information über einige Entwicklungstendenzen und Aktivitäten des revanchistischen BdV in der BRD, 4. Februar 1981, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 209–219.

[52] Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Polen führten 1980 zur Bildung und zum Aufstieg der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Solidarność. Im Dezember 1981 verhängte der polnische Ministerpräsident das Kriegsrecht, um einer möglichen Militärintervention von außen zuvorzukommen. Vgl. Jost Dülffer, Europa im Ost-West-Konflikt, S. 91 f.

[53] Vgl. Information über einige Entwicklungstendenzen und Aktivitäten des revanchistischen BdV in der BRD, 4. Februar 1981, in: BStU MfS HV A 14, Bl. 185, 186; Aktion Polenhilfe der Landsmannschaft Pommern in West-Berlin, 28. Dezember 1981, in: ebenda, MfS HA XX ZMA 1436, Bd. 1, Bl. 297, 298.

fähigkeit der Verbände. Hinzu käme, daß große Teile früherer aktiver Verbandsmitglieder durch ihre Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft das Interesse an den Vertriebenenverbänden verloren hätten. Das spiegle sich wider in den eingestellten Beitragszahlungen von Mitgliedern. Der BdV-Landesverband Bayern sei dafür ein deutliches Exempel. Zugleich habe das BdV-Präsidium zur Kenntnis nehmen müssen, daß ein wachsender Teil der Mitglieder die Erfolge und Zielstellungen der Ost- und Deutschlandpolitik der SPD-FDP-Regierung nicht nur toleriere, sondern sogar unterstütze.[54]

Die Aufgaben für die beginnenden 1980er Jahre definierte der BdV so: 1. die Deutsche Frage unter Einbeziehung aller Deutschen, auch der deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa, offen zu halten; 2. die Wiedervereinigung Deutschlands als historische Notwendigkeit im „Rahmen einer freiheitlich-föderalistischen Ordnung in Europa“ zu propagieren; 3. die Kapazitäten für die ostdeutsche Kulturarbeit in Zentren zu konzentrieren. Das BdV-Präsidium lobte die enge Zusammenarbeit mit den, wie es im MfS-Bericht hieß, „rechtskonservativen Parteien CDU und CSU“, insbesondere zum CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß pflegte Präsident Herbert Czaja gute Kontakte. Kritisch wurde jedoch gesehen, daß in der politischen Praxis und in den Medien selbst CDU-Politiker sich kaum im Sinne der BdV-Ziele äußerten. Unbefriedigend befand man die Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen über die Großveranstaltungen des BdV, über den „Tag der Heimat“ und die Pfingsttreffen der Landsmannschaften. Auch, das meinte Präsident Czaja, würden die großen Parteien und die Bonner Regierung die Verbände nicht genügend vor den aggressiven Propagandaangriffen der Ostblockstaaten schützen.[55] Nach dem Regierungswechsel in Bonn, dem Amtsantritt von Bundeskanzler Helmut Kohl und der Bestätigung der CDU/CSU-FDP-Koalition bei den Bundestagswahlen am 6. März 1983 gab die HV A im April 1983 ihren ersten Bericht zur „Lage des Revanchistenverbandes ‚Bund der Vertriebenen‘ in der BRD“. Darin beschrieb sie die Erwartung der BdV-Funktionäre, daß die Interessen der Vertriebenenverbände zukünftig wirkungsvoller in inhaltlicher und materieller Weise unterstützt werden würden. Der Ost-Berliner-Geheimdienst meinte jedoch, daß die Vertriebenenfunktionäre die sehr begrenzte Bedeutung und die Einflußmöglichkeiten ihrer Organisation deutlich überschätzten.[56] Entgegen der öffentlichen Verlautbarungen in der Presse über ein Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und BdV-Präsidenten Czaja am 11. Januar 1983, so informierte das MfS das SED-Politbüro, sei nur in wenigen untergeordneten Fragen Einigung erzielt worden. Kohl habe eine staatliche Mittelaufstokkung für den BdV mit Hinweis auf die angespannte Haushaltssituation abgelehnt. Auch habe der Kanzler die Kritik Czajas, er hätte in seiner Regierungserklärung „verschwommene ost- und deutschlandpolitische Formulierungen“ gebraucht, zurückge-

[54] Vgl. Information über einige Entwicklungstendenzen und Aktivitäten des revanchistischen BdV in der BRD, 4. Februar 1981, in: BStU MfS HV A 14, Bl. 185, 188, 189.
[55] Vgl. ebenda, Bl. 185–190.
[56] Vgl. Information über die gegenwärtige Lage des Revanchismusdachverbandes BdV in der BRD, 18. April 1983, in: BStU MfS HV A 24, Bl. 55.

wiesen.[57] Ebenso sei Helmut Kohl und die neue Bundesregierung über zwei Vorschläge des BdV-Präsidiums hinweggegangen. Der Gedanke, beim Kanzleramt, also auf Seiten der Regierung, einen Koordinator in Form eines Staatssekretärs für alle Fragen der Vertriebenenverbände zu installieren, wurde nicht aufgegriffen. Auch der BdV-Vorschlag, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen umzubenennen in Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, um auf den Zuständigkeitsbereich des „ehemaligen Deutschen Reiches und [die] historisch entstandenen deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa" hinzuweisen, wurde nicht durchgesetzt.[58] Unverdrossen aber bestand die BdV-Führungsriege Anfang 1983 darauf, öffentlich zu erklären, daß die „Wiedervereinigung Deutschlands einschließlich der ehemaligen Ostgebiete" das unveränderliche Ziel der Vertriebenenverbände bleibe.[59]

Die elektronische Datenverarbeitung hatte im Ministerium für Staatssicherheit Einzug gehalten. 1976 hatte man in Ost-Berlin über zirka 1250 Vertriebenenfunktionäre persönliche und politisch-berufliche Daten zusammengetragen und auf Datenträger, den sogenannten Kerblochkarten, gebannt. Es handelte sich um Funktionäre aller denkbaren Vertriebenenorganisationen jeder Ebene – Bund, Länder, Kommunen, Städte – sowie um Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften der Vertriebenenpresse.[60]

Die Propaganda-Abteilungen des MfS bzw. der SED produzierten auch in den 1970er Jahren Materialien, die sich auf die zwei bekannten Themenbereiche konzentrierten: Zum einen ging es nach wie vor um das „neonazistische Kräftepotential in den ‚Vertriebenen'-verbänden"[61] und zum anderen um den „landsmannschaftlich organisierten Revanchismus in der BRD".[62] Diese inzwischen geläufige SED-Revanchismuspropaganda wurde unterstützt mit gleichlautenden Thesen aus dem politisch linken Lager in der Bundesrepublik, der kommunistischen Gruppe um den bekannten Frankfurter Publizisten Georg Herde. Diese Schriften waren durchaus faktenreich, liefen aber immer auf das gängige Interpretationsmuster der SED hinaus. In ihrem Verständnis hieß es: Man „will über Strategie und Taktik revanchistischer Organisationen und Einrichtungen in der BRD nach Abschluß der Verträge mit der UdSSR, der VR Polen und der DDR […] informieren. [Man] will Aufschluß geben über die Verflechtung dieser Organisationen […] mit CDU/CSU und unterrichten über Förderung und Ermunterung, die revanchistische Organisationen […] von Seiten der

[57] Vgl. Information über die gegenwärtige Lage des Revanchismusdachverbandes BdV in der BRD, 18. April 1983, in: BStU MfS HV A 24, Bl. 56, 57; Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 611–622.

[58] Information über die gegenwärtige Lage des Revanchismusdachverbandes BdV in der BRD, 18. April 1983, in: BStU MfS HV A 24, Bl. 58.

[59] Vgl. ebenda, Bl. 57.

[60] Vgl. Kerblochkarten – Informationen über Personen aus dem Operationsgebiet, 1976, in: BStU MfS AS 138/76, Band 1 bis 6; Abkürzungsverzeichnis, S. 51.

[61] Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/1, S. 301–359.

[62] Vgl. Dietrich Gayko, Aktuelle Tendenzen im landsmannschaftlichen Revanchismus der BRD, in: BStU MfS SED-KL 4251, Bl. 10–16; ZK der SED: Zu Grundlinien der gegnerischen Propaganda im Hinblick auf den 30. Jahrestag der Befreiung, 20. Februar 1975, in: SAPMO-BA DY 30 vorl. 18298.

Bundesregierung, Landesregierungen und kommunalen Verwaltungen erhalten. [Man] will […] informieren über Struktur und Stärke jener Organisationen und Einrichtungen, die als Relikt des Kalten Krieges weiterhin auf das politische und gesellschaftliche Leben in der BRD Einfluß ausüben.“[63]

Die MfS-Analysen gingen Mitte der 1970er Jahre davon aus, daß entgegen den öffentlichen Erklärungen des BdV-Präsidiums nicht mehr 2,5 Millionen Vertriebene in den Verbänden organisiert waren, sondern nur noch rund 1,5 Millionen. Diese Zahl entsprach der der beitragszahlenden Mitglieder in den Landsmannschaften bzw. im BdV.[64] Somit rechneten die Ideologen der Staatssicherheit, daß noch rund 15 Prozent aller Vertriebenen in der Bundesrepublik sich in den besagten Verbänden organisierten, was durchaus realistisch war. Die überhöhte Angabe von Mitgliederzahlen durch die BdV-Führung werteten die Ost-Berliner zu Recht als „Flucht nach vorn“, d. h. über die schwindende Bedeutung der Verbände hinwegzutäuschen und bei der SPD-FDP-Regierung politisches Gewicht zu demonstrieren. Nach wie vor blickten Staatssicherheit und SED ausgesprochen aggressiv auf die Existenz und das Wirken des Bundes der Vertriebenen und der 20 ostdeutschen Landsmannschaften in der Bundesrepublik. Die Vertriebenenverbände bezeichneten sie in den 1970er Jahren vorzugsweise als „latent neonazistisch“. Auch die Spitzenpolitiker wie Herbert Czaja, Walter Becher und Herbert Hupka betitelte man durchweg als „neonazistische Revanchistenführer“.[65] Für die Ost-Berliner Agitatoren waren die Verbände politisch straff zur „Realisierung ihrer reaktionären, revanchistischen und konterrevolutionären Ziele“ organisiert. Dem BdV ginge es nach Überzeugung der Staatssicherheit nicht um eine Interessenvertretung der Vertriebenen, sondern um die Ausnutzung dieser zur „Durchsetzung der revanchistischen Interessen des reaktionären Teils der imperialistischen Bourgeoisie“. Diese Ziele hießen nach MfS-Lesart: Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges durch die Rückgliederung der ehemaligen deutschen Ostgebiete; „Liquidierung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ in der DDR, in Polen, in der ČSSR, um diese „unter Herrschaft des BRD-Imperialismus“ zu bringen, und „Zerstücklung der UdSSR“, um große Gebiete der UdSSR in das „geplante ‚Großdeutsche Reich‘ einzugliedern“.[66]

Genau erfaßten die Ost-Berliner Verflechtungen zwischen BdV und dem Parteien-System der Bundesrepublik. Die Staatssicherheit stellte fest, daß beim Regierungswechsel in Bonn von der christlich-liberalen zur sozial-liberalen Koalition 1969

[63] Georg Herde, Anke Wagner, Revanchistische Politik. Einfluß-Kräfte-Gefahr, Frankfurt/a. M. 1977, S. 7.
Allein die Anzahl der Artikel, die Georg Herde über den BdV und die Landsmannschaften in den „Neuen Kommentaren“ veröffentlichte, sind kaum zu überschauen. Sie wurden beim MfS gesammelt. In: BStU MfS ZAIG 9708, Teil 1; MfS ZAIG 22636, Bl. 1–247.

[64] Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 38, 39; Dietrich Gayko, Aktuelle Tendenzen im landsmannschaftlichen Revanchismus der BRD, 1974, in: ebenda, MfS SED KL 4251, Bl. 10.

[65] Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 37, 39.

[66] Ebenda, Bl. 39, 45.

54 führende Vertriebenenfunktionäre im Bundestag saßen, und zwar 20 als Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion, 29 als SPD-Abgeordnete und fünf als Abgeordnete der FDP. Eine Legislaturperiode später, Ende 1972, waren nur noch „17 einflußreiche Funktionäre des landsmannschaftlichen Revanchismus […] ausnahmslos als Mitglieder […] der CDU/CSU Fraktion" im Bonner Parlament. Auch das registrierte man genau: „Das 7-köpfige BdV-Präsidium wird heute faktisch von Funktionären der CDU und der CSU beherrscht."[67] Unter den SPD-Bundeskanzlern erfuhren BdV und Landsmannschaften, so MfS-Aussagen, besondere politische und finanzielle Unterstützung von CDU- und CSU-geführten Bundesländern. Und man meinte auch beurteilen zu können, daß sich Mitte der 1970er Jahre die Vertriebenenverbände mit der SPD-FDP-Bundesregierung oberflächlich arrangiert hatten. Der BdV begann sich, angeblich beeinflußt von der SPD, in taktischer und propagandistischer Hinsicht auf die neue Situation einzustellen, indem offene Forderungen nach Gebietsansprüchen mehr und mehr in den Hintergrund traten und stärker eine „Politik des scheinbaren Brückenschlagens", nach dem Motto „Wandel durch Annäherung", verfolgt wurde.[68] BdV und Landsmannschaften seien in den letzten Jahren dazu übergegangen, weniger laut territoriale Gebietsforderungen und Grenzrevisionen gegenüber Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion zu erheben. Mehr und mehr habe man sich auf „juristische Argumentationen", auf sogenannte Rechtsansprüche, verlegt, um über die Idee eines „internationalen Volksgruppenrechts", welches als „Bestandteil des Völkerrechts ausgegeben werden" sollte, die BdV-Grenzrevisionsforderungen in ein neues Gewand zu kleiden. Mit größtem Mißtrauen beobachtete das MfS, wie der BdV seine Ziele in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Medien, propagierte. Genaue Kenntnis hatte man, welche führenden Vertriebenenpolitiker Sitz und Stimme im Rundfunkrat des Bayerischen und des Süddeutschen Rundfunks, im Programmbeirat des Norddeutschen Rundfunks und des Westdeutschen Rundfunks hatten.[69]

Staatssicherheit und SED beurteilten das Wirken der Vertriebenenverbände unter der SPD-FDP-Bundesregierung als ebenso „gefährlich revanchistisch" und „politisch-ideologisch-diversiv" wie unter der CDU/CSU-FDP-Koalition, wenn nicht sogar als gefährlicher, weil weniger offensichtlich. 1974 hieß es daher abschließend in einer MfS-Analyse dazu: „Fest steht, daß die SPD-FDP-Regierung den BdV und die Landsmannschaften auf der Grundlage der noch immer voll gültigen ‚Bundesvertriebenengesetze' finanziell und politisch-moralisch unterstützt […] und diese Förderung nicht nur nicht eingeschränkt, sondern permanent ausgeweitet […] hat."[70] Dabei setzen die Vertriebenenpolitiker besonders auf die FDP und da auf den amtierenden Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher[71].

[67] Dietrich Gayko, Aktuelle Tendenzen im landsmannschaftlichen Revanchismus der BRD, 1974, in: BStU MfS SED KL 4251, Bl. 11.
[68] Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 48.
[69] Vgl. ebenda, Bl. 43, 55, 56.
[70] Ebenda, Bl. 57.
[71] Hans-Dietrich Genscher (Jg. 1927), FDP-Politiker, 1969–1974 Bundesinnenminister, 1974–1992 Bundesaußenminister und 1974–1985 FDP-Bundesvorsitzender.

Der Staatssicherheit und den SED-Agitatoren waren die schwindende Akzeptanz und Einflußnahme der Vertriebenenverbände in der bundesdeutschen Gesellschaft nicht verborgen geblieben. Entgegen ihrer lautstark vorgetragenen „Revanchismus-Propaganda“, ihren aggressiven „Neofaschismus“-Vorwürfen an die Vertriebenenpolitiker, wußte man in Ost-Berlin um die Machteinbuße des Bundes der Vertriebenen auf die Politik, die Gesellschaft und auch auf das Vertriebenenklientel. Selbst zu den großen Vertriebenentreffen, „Tag der Heimat“ in West-Berlin oder zu den Pfingsttreffen der Landsmannschaften kamen im Vergleich zu den 1960er Jahren nur noch zwei Drittel bis die Hälfte der Besucher. Es trat dort kein offizieller Vertreter der Bundesregierung als Redner mehr an, und auch die Medien berichteten immer weniger über die Treffen und Aufmärsche der organisierten Vertriebenen.[72] In einem MfS-Papier von 1974 hieß es dazu: „Größer ist von Jahr zu Jahr die Diskrepanz zwischen den Propagandathesen der Landsmannschaftsführer und dem überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung der BRD geworden. Die innenpolitische Isolierung der revanchistischen Verbände war noch niemals so weit vorangeschritten wie in der Gegenwart. Immer häufiger wird in der Öffentlichkeit die Anmaßung der Verbände zurückgewiesen, als politische ‚Repräsentanz‘ einer [angeblich noch] ‚nach Millionen‘ zählenden Bevölkerungsgruppe aufzutreten […]. Selbst [konservative Zeitungen] der Springerpresse mußten [bereits …] 1973 zugeben, daß der Einfluß dieser Verbände auf die ehemaligen Umsiedler [Vertriebene!] insgesamt erheblich zurückgegangen ist, daß sie nur eine geringe Anziehungskraft auf die Jugend auszuüben vermögen und infolgedessen letzten Endes vom Aussterben bedroht seien.“[73]

Das war eine durchaus zutreffende Einschätzung der DDR-Staatssicherheit über die Stellung der Vertriebenenorganisationen in der Bundesrepublik.

2. Exkurs: Der Bund der Mitteldeutschen

Neben dem Bund der Vertriebenen und den zwanzig ostdeutschen Landsmannschaften existierten in der Bundesrepublik vier bzw. sechs weitere sogenannte mitteldeutsche Landsmannschaften, die sich im April 1969 in West-Berlin zum „Bund der Mitteldeutschen“ (BMD) zusammenschlossen.[74] Diese mitteldeutschen Landsmann-

Die BdV-Hoffnungen, auf den Politiker Genscher in Sachen ihrer heimatpolitischen Forderungen setzen zu können, erfüllten sich nicht. Der Vertriebenenpolitiker Czaja entwickelte später in seinen Memoiren (1996) das Konstrukt des „Genscherismus“ und meinte damit eine Politik der Wiedervereinigung „nur“ mit der DDR und die Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen im 2+4-Vertrag 1990/91 durch die Bundesregierung Kohl-Genscher. Vgl. Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 603ff.

[72] Vgl. „Tag der Heimat“ in Westberlin, 9./10. September 1978, in: BStU MfS HA XX 13406, Bl. 172, 173; Deutschlandtreffen der Schlesier 1971 bis 1981, in: ebenda, MfS ZAIG 9715, Bl. 3–94, 99–135.

[73] Dietrich Gayko, Aktuelle Tendenzen im landsmannschaftlichen Revanchismus der BRD, 1974, in: BStU MfS SED KL 4251, Bl. 13.

[74] Vorläuferorganisation war seit 1966 die „Aktionsgemeinschaft mitteldeutscher Flüchtlingsverbände und Landsmannschaften“. In den 1950er Jahren hatte sich bereits ein „Gesamtverband der Sowjetzonen-Flüchtlinge“ gegründet, die mitteldeutschen LM konstituierten sich nach dem 13. August 1961.

schaften vereinten in der Regel keine Vertriebenen und Flüchtlinge aus den alten deutschen Ostgebieten bzw. keine Deutschen aus den südöstlichen europäischen Siedlungsräumen bzw. deren Nachkommen, sondern Personen, die aus der Sowjetischen Besatzungszone, dann DDR, stammten und diese, aus welchen Gründen auch immer, seit 1945 verlassen hatten. Von 1949 bis zum 13. August 1961 gingen rund 2,8 Millionen Bürger der DDR in Richtung West-Berlin und Bundesrepublik. Unter diesen sogenannten Republikflüchtigen waren etwa 750 000 bis 900 000 ursprünglich Heimatvertriebene. Die Zahl der zwischen 1964 bis 1989 von der Bundesrepublik freigekauften politischen Häftlinge der DDR belief sich auf rund 34 000 Menschen. In den 1980er Jahren stieg auch die Zahl der von den DDR-Behörden genehmigten Ausreisen, insgesamt waren es bis 1988 rund 150 000.[75] Wer von den Ausgereisten und den Freigekauften möglicherweise Vertriebener bzw. deren Nachkomme war, kann gegenwärtig nicht gesagt werden. Für alle diese früheren DDR-Bürger, deren Geburtsort auf dem Gebiet der DDR lag, galt die Möglichkeit, sich in den mitteldeutschen Landsmannschaften zu organisieren. Der Bund der Mitteldeutschen selbst gab die Zahl mit rund vier Millionen SBZ- und DDR-Flüchtlingen an. [76] Die Verbände nannten sich:[77]

Landsmannschaft Mecklenburg e. V., Bundessitz war in Hamburg;
Landsmannschaft Sachsen Anhalt e. V., Bundessitz war in Hannover;
Landsmannschaft Sachsen e. V., Bundessitz war in Stuttgart;
Landsmannschaft Thüringen e. V., Bundessitz war in Mainz;
Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg e. V., mit dem Sitz in West-Berlin sowie die Landsmannschaft Pommern, mit ihrem Bundessitz in Lübeck.[78]

Die beiden letztgenannten Landsmannschaften zeichnete eine Besonderheit aus. Sie konnten sowohl Heimatvertriebene als auch „nur" SBZ/DDR-Bürger aufnehmen, da die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg die Ostbrandenburger jenseits der Oder-Neiße-Grenze und die Brandenburger um Berlin vereinte, so wie die Landsmannschaft Pommern, welche die Pommern hinter der Oder-Neiße-Linie und die Vorpommern auf dem Gebiet der DDR umfaßte. Hier vermischten sich Heimatvertriebene und „Republikflüchtige". Mitte der 1970er Jahre zählten die sechs Landsmannschaften insgesamt nur rund 85 000 Mitglieder.[79] Neben den sechs aufgezählten mitteldeutschen Landsmannschaften schlossen sich weitere Organisationen bzw. so-

[75] Vgl. Hermann Weber, DDR, S. 289–342; http://de.wikipedia.org/wiki/Haeftlingsfreikauf.
[76] Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen e. V." (BMD) in der Bundesrepublik, Juli 1988, in: BStU MfS HV A 1346, Bl. 51.
[77] Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 61.
[78] Vgl. Zum Wesen, zu den Funktionen und den Methoden revanchistischer Landsmannschaften und ihrer Unterorganisationen in der BRD, 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 111, 112.
[79] Im einzelnen sah es so aus: LM Berlin – Mark Brandenburg mit 15 000 Mitgliedern, LM Mecklenburg mit 16 000, LM Pommern mit 9000, LM Anhalt 15 000, LM Sachsen 15 000 und LM Thüringen mit 15 000 Mitgliedern. Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 61.

genannte Fachverbände zum „Bund der Mitteldeutschen“ zusammen, und zwar der „Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge e.V.“ und der „Gemeinschaftsverband politischer Sowjetgefangener e.V.“ sowie Organisationen mit beruflich- bzw. statusausgerichteter Orientierung wie „Heimatverdrängtes Landvolk e.V.“, „Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe e.V.“, „Vereinigung der aus der Sowjetzone verdrängten Lehrer und Beamten e.V.“[80] Damit umfaßte die Dachorganisation „Bund der Mitteldeutschen“ bei ihrer Konstituierung 1969 rund 230 000 Mitglieder.[81] Das entsprach einem Organisationsgrad von nur rund fünf Prozent. Landesverbände des BDM existierten in allen Bundesländern, ausgenommen in den Ländern Hessen, Saarland und Hamburg. Als besonders aktiv schätzte man in Ost-Berlin die landsmannschaftlichen Aktivitäten des Bundes in München und in West-Berlin ein.

Für SED und MfS war die Existenz, Tätigkeit und Wirkung des Bundes der Mitteldeutschen gefährlich. Wie die MfS-Berichte zunächst nüchtern analysierten, war die soziale Struktur des BMD heterogen, „da die Personen, die aus politischen Gründen die DDR verließen und in die BRD bzw. nach Westberlin gingen, […] aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten stammen. [Dies waren] also politische Kräfte, die auf Grund ihrer Feindschaft gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht der DDR in die BRD gingen, um von dort aus ihre reaktionären Ziele gegen die DDR weiter zu verfolgen.“ Aber die Ost-Berliner Funktionäre konnten ihre eingeschränkte Sichtweise nicht ablegen, wenn sie weiter sehr einseitig behaupteten, daß im Bund der Mitteldeutschen „ehemalige führende Nazis und Militärs, ehemalige kapitalistische Unternehmer, die enteignet wurden, ehemalige Großbauern und Großgrundbesitzer […]“ saßen.[82] Die seit 1945 von Ost nach West gegangenen Deutschen, die „Republikflüchtigen“, die regulär Ausgereisten, die „Freigekauften“ und jene Westdeutschen, die ihre familiären Wurzeln auf dem Gebiet der DDR sahen und sich in den mitteldeutschen Landsmannschaften organisierten, verfügten über eine Vielzahl an verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Verbindungen in die DDR. Und diese deutsch-deutschen Kontakte, der nur bedingt zu kontrollierende Zusammenhalt über die deutsch-deutsche Grenze hinweg, schienen SED und MfS suspekt. Sie standen der SED-Ideologie und Propaganda von einem sozialistischen DDR-Staatsbewußtsein, von der angeblich entstandenen sozialistischen deutschen Nation im Wege. Dieser deutsch-deutsche Zusammenhalt, der sich durch die ständigen Ausreisewellen bis 1989 immer wieder

[80] Mitglieder im „Gesamtverband der Sowjetzonenmitglieder“ zirka 95 000, in der „Gemeinschaft politischer Sowjetgefangener“ 4000, im „Heimatverdrängten Landvolk“ zirka 5000, in der „Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe“ rund 2000 und in der „Vereinigung der aus der Sowjetzone verdrängten Lehrer und Beamten“ rund 2000 Mitglieder um 1970. Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 60.
Doppelmitgliedschaften sowohl in den Landsmannschaften wie in den genannten Organisationen waren möglich. Damit ist die reale Zahl der Mitglieder im BMD schwer auszumachen.

[81] Vgl. Information: Gründung eines „Bundes der Mitteldeutschen“, 16. Mai 1969, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 117, 118.

[82] Beide Zitate: Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 59.

reproduzierte, war auch ein Symbol für das von der SED-Seite negierte und bekämpfte „Offenhalten der deutschen Frage" und stand für ein nationales deutsches Zusammengehörigkeitsgefühl entgegen aller staatlichen Grenzen.

Das Ministerium für Staatssicherheit beobachtete und dokumentierte Existenz und Entwicklung sowie Ziele und Aktivitäten des BMD recht akribisch. Im Zentrum der geheimdienstlichen Aufmerksamkeit standen die vier bzw. sechs mitteldeutschen Landsmannschaften mit ihren Aktionen und ihrer Wirksamkeit. Die sogenannten Fachverbände erlangten kein eigenständiges politisches Gewicht, so daß die Staatssicherheit diese in der Geheimdienstbearbeitung vernachlässigte.[83] Nach den offiziellen Angaben des Präsidiums vom Bund der Mitteldeutschen[84] lauteten die Ziele und Aufgaben des Verbands zum Gründungszeitpunkt: 1. Alle Maßnahmen ergreifen, die zur „Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit" führen, und Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht und das „Recht auf die angestammte Heimat für alle Mitteldeutschen"; 2. Beziehungen, Geschichtsbewußtsein, kulturelle Leistungen und landsmannschaftliche Verbundenheit der Mitteldeutschen pflegen und stärken sowie 3. Sorge tragen für die rechtliche und materielle Gleichstellung der Flüchtlinge aus Mitteldeutschland mit den Vertriebenen aus Ostdeutschland. Der BMD betrachtete sich als „Sachwalter der in der mitteldeutschen Heimat lebenden 17 Millionen Landsleute, solange diesen eine freie demokratische Entscheidung über ihr politisches Schicksal verwehrt" sei.[85]

Die Staatssicherheit schätzte die Ziele des BMD zu Beginn der 1970er Jahre so ein: Der Verband strebe nach der Beseitigung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR, nach der Liquidierung der DDR als selbständigen Staat und „seine Einverleibung in die BRD". Der BMD betreibe „gezielte politisch-ideologische Diversion und Wühltätigkeit" gegen die DDR und benutze dazu die sich seit dem Abschluß des Grundlagenvertrages ergebenden vielfältigen Kontaktmöglichkeiten mit DDR-Bürgern. Politisch wirke der Verband gegen jede völkerrechtliche Anerkennung der DDR und für das Offenhalten der deutschen Grenzregelung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland.[86] 1970 hieß es dementsprechend beim MfS über den Bund der Mitteldeutschen: Er ist „eine Einrichtung des westdeutschen Imperialismus zur Durchsetzung des Antikommunismus und der psychologischen Kriegsführung gegen die DDR […], wobei die vom BMD vertretene politische Linie staatsoffiziell unterstützt wird und Ausdruck einer Mehrgleisigkeit der offiziellen Bonner SPD-FDP-Politik […]" ist.[87]

Alle diese programmatischen Ziele und Aufgaben des BMD richteten sich gegen die staatliche Existenz der DDR und gegen die SED-Herrschaft und wurden daher

[83] Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen" in der Bundesrepublik, Juli 1988, in: BStU MfS HV A 1346, Bl. 50.
[84] Hauptsitz und Geschäftsstelle befanden sich in Bonn, in der Wilhelmstraße.
[85] MfS-Information: Gründung eines „Bundes der Mitteldeutschen", 16. Mai 1969, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 118.
[86] Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 63, 64.
[87] Bund der Mitteldeutschen – Bonn, 9. April 1970, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 146, 147.

politisch und geheimdienstlich von SED und MfS bekämpft. Auffallend war jedoch, daß die DDR-Seite die Entwicklung des Dachverbandes genau verfolgte, aber eine öffentliche Propaganda gegen diese mitteldeutschen Landsmannschaften weitgehend unterließ – so, als ob man in Ost-Berlin deren Existenz lieber verschwieg, als sie öffentlich zu bekämpfen. Die unterlassene aggressive Propaganda hing möglicherweise auch damit zusammen, daß SED und MfS Bedeutung und Einfluß der mitteldeutschen Landsmannschaften und ihrer Dachorganisation von Anfang an als gering einschätzten, was durchaus den Tatsachen entsprach und daß sie auf die Existenz einer großen Zahl an „Republikflüchtigen“ nicht erst aufmerksam machen wollte.

1969 und 1970 stand der bekannte CDU-Politiker und Bundestagsabgeordnete Ernst Lemmer[88] an der Spitze des Bundes der Mitteldeutschen. Lemmer hatte zuvor schon eine Vorgängerorganisation des Verbandes, den „Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge“ geleitet. Ihm folgte auf dem Posten des BMD-Präsidenten 1971 der CDU-Politiker Jürgen Wohlrabe[89] und 1973 der SPD-Politiker Hermann Kreutzer[90], der das Amt bis 1975 innehatte. In der zeitgenössischen Beobachtung durch das MfS wollten die Geheimdienstoffiziere 1974 erkannt haben, daß bisher alle drei BMD-Präsidenten aus West-Berlin stammten und auch damit die „imperialistische Brükkenkopffunktion Westberlins in der Ost- und Deutschlandpolitik“ der Bundesrepublik bewiesen sei. Zudem glaubte man zu wissen, daß die Wahl des SPD-Mannes Kreutzer einen gegenläufigen Trend zur Entwicklung im Bund der Vertriebenen erkennen ließ. Die MfS-Bewertung lautete: „Während in den anderen revanchistischen Organisationen [BdV und ostdeutsche Landsmannschaften] im Verlauf der letzten Jahre die Sozialdemokraten aus den Führungspositionen verdrängt wurden oder von der SPD zur CDU/CSU überwechselten (wie z. B. Herbert Hupka), entspricht die parteipolitische Struktur der Führungsspitze des Bundes der Mitteldeutschen dem Modell einer ‚Großen Koalition‘. Dies […] beweist die weitgehende Übereinstimmung zwischen der SPD-FDP-Regierungskoalition und der CDU-CSU-Opposition bezüglich der Rolle […] des Bundes.“[91] Diese Beobachtung traf nur vorübergehend zu. Seit 1975 standen durchgehend wieder CDU-Politiker dem Bund der Mitteldeutschen als Präsidenten vor: von 1975 bis 1978 Joachim Dorenburg, CDU-Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Schleswig-Holstein bei der Bundesregierung, von 1979 bis

[88] Ernst Lemmer (1898–1970), 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin bzw. in der SBZ, von den Sowjets 1948 als CDU-Vorsitzender abgesetzt, 1950–1969 im West-Berliner Abgeordnetenhaus, 1952–1970 MdB, verschiedene Bonner Ministerämter u. a. 1964–1965 Bundesvertriebenenminister.

[89] Jürgen Wohlrabe (1936–1995), floh 1956 wegen verwehrtem Oberschulbesuch aus der DDR nach West-Berlin, Jurist, seit 1958 CDU, Abgeordneter im West-Berliner Abgeordnetenhaus und MdB (1969–1979). Vgl. in: http://de.wikipedia.org/wiki/Juergen_Wohlrabe.

[90] Hermann Kreutzer (1924–2007), war politischer Häftling in der NS-Zeit („Wehrkraftzersetzung“) und in der SBZ/DDR (1947–1956 wegen „konterrevolutionärer Umtriebe“), ab 1956 in West-Berlin, Ämter als SPD-Kreis- und Bezirksfunktionär, ab 1970 Vertreter des Berlin-Bevollmächtigten der Bundesregierung, Kritik an Willy Brandts Ostpolitik und Gegner jeglicher Verhandlungen mit der DDR, 1980 in den Ruhestand versetzt, SPD-Ausschluß. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Kreutzer.

[91] Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 62, 63.

1986 der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Schmidt und ab 1986 Bernd Wilz[92], ebenfalls CDU-Bundestagsabgeordneter.[93]

Die Staatssicherheitsanalysen unterstrichen die enge Zusammenarbeit zwischen den beiden sogenannten Revanchistenverbänden Bund der Vertriebenen und Bund der Mitteldeutschen. Beide Verbände wären in ihrer spezifischen Aufgabenstellung überein gekommen, daß der BdV die „großdeutschen, weit in den osteuropäischen Raum hineinreichenden Ziele" verfolge, während der BMD sich auf „Mitteldeutschland", d.h. auf die DDR konzentriere. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre, in der Konstituierungsphase des Dachverbandes Bund der Mitteldeutschen, hätten sich die mitteldeutschen Landsmannschaften zunächst mit dem Bund der Vertriebenen solidarisiert in der scharfen Polemik gegen die Neue Ostpolitik der Bundesregierung. Das habe zu größeren Problemen mit sozialdemokratisch gesinnten Mitgliedern und Funktionären der mitteldeutschen Landsmannschaften geführt, zu vermehrten Austritten aus dem Verband. Zudem habe die SPD-FDP-Koalition damit gedroht, die Finanzmittel für den BMD zu streichen, wenn dieser seine Opposition gegen die Bonner Ostpolitik nicht unterlasse.[94] Als Reaktion darauf, so die Beobachtungen des MfS, habe der Bund der Mitteldeutschen im Februar 1972 öffentlich die Erklärung abgegeben, daß er die „volle Anwendung der Überparteilichkeit" des BMD verspreche und daß die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung „prinzipiell und voll akzeptiert" werde.[95] Von da an agierte der Bund der Mitteldeutschen deutlich zurückhaltender gegen die deutschlandpolitische Linie der Bonner Regierung als der Bund der Vertriebenen. Das hatte vermutlich auch zur Folge, daß in der weiteren Entwicklung der Bund der Vertriebenen immer eine Distanz zum Bund der Mitteldeutschen wahrte.

Die Funktionäre der mitteldeutschen Landsmannschaften hatten 1972/73 intern für sich geklärt, daß sie die Ostverträge der Bundesregierung, insbesondere den Grundlagenvertrag mit der DDR, so nicht gewollt hätten, nun aber die „Macht des Faktischen" anerkennen und „das Beste aus den Verträgen" machen würden. Der BMD stellte seine Arbeit unter die Fragestellung: „Was kommt für die Deutschen in beiden Teilen unseres Landes an Erleichterungen dabei heraus?"[96] Nach Ansicht der Staatssicherheit ging es dem BMD um bessere Einreisemöglichkeiten in die DDR, um verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten von Ost nach West, um „menschliche Erleichterungen in Mitteldeutschland", um deutsch-deutsche Begegnungen mit dem Zweck der „gezielten ideologischen Infiltration" zur Anbahnung von politischen Ver-

[92] Manfred Schmidt (1929–2005), Theologe in Greifswald und Göttingen, siedelte nach Westdeutschland über, Pfarrer in Lüdenscheid und in Wuppertal, seit 1946 CDU-Mitglied, seit 1975 MdB. Vgl. in: http://de.wikipedia.org/wiki/Manfred_Schmidt.
Bernd Wilz (Jg. 1942), aufgewachsen in Westsachsen, ging nach Westdeutschland, Rechtsanwalt, seit 1965 CDU. Vgl. Internationales Biographisches Archiv 24/1999.

[93] Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen" in der Bundesrepublik, 1. Oktober 1988, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 254, 255.

[94] Vgl. Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 65.

[95] Vgl. ebenda, Bl. 66.

[96] Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen" in der Bundesrepublik, 1. Oktober 1988, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 258.

änderungen in der DDR. Dem BMD sei besonders daran gelegen, dies die Überzeugung des MfS, den „Gedanken an die Einheit der Nation“ zu bewahren.[97] In der Öffentlichkeit geriere sich der BMD als „Sprecher für die Flüchtlinge aus und für die 17 Millionen Menschen in Mitteldeutschland“. Nach wie vor verlange der Verband Freiheit, Selbstbestimmungsrecht, Freizügigkeit für alle Deutschen, die Verwirklichung der Menschenrechte in der DDR und die „Wiederherstellung der deutschen Einheit als freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat“.[98]

Die ständige Proklamation dieser Ziele und Forderungen und die Versuche, diese umzusetzen, mobilisierten SED und MfS. Ost-Berlin empfand diese als subversiv-gefährliche Anmaßungen. Der MfS-Bericht von 1974 hielt fest: „Hauptschwerpunkt der subversiven Tätigkeit des BMD […] ist die organisierte Kontakttätigkeit und Stützpunktbildung in der DDR.“[99] Der Bund der Mitteldeutschen orientierte im Mai 1973 zum wiederholten Male seine Mitglieder und Funktionäre darauf, Verbindungen in die DDR herzustellen und zu verstetigen, d. h. „mehr einzureisen, zu telefonieren, Pakete zu schicken, Bücher zu senden, selbst als Träger von Informationen, Meinungen und Ideen zu fungieren, Touristen für Ausflüge nach Mitteldeutschland zu werben und die Jugend in dies alles einzubeziehen“.[100] Die geheimdienstliche Tätigkeit richtete sich auf die Beobachtung, Kontrolle und Unterbindung dieser „organisierten Kontaktpolitik“. Als weiteres Aktionsfeld forderte der BMD eine stärkere öffentliche und von der Bundesregierung unterstützte Gegenpropaganda in Form einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Gesellschafts- und Rechtssystem der DDR. In dieser politischen Diskussion müsse von Seiten des Westens mehr mit den Begriffen „Freizügigkeit“, „Informations- und Meinungsfreiheit“, „Beseitigung von Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen, Minen und Schießbefehl“ hantiert werden. Die Staatssicherheit registrierte zufrieden, daß die SPD-Führung, konkret der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner, eine zurückhaltende Stellung gegenüber diesen Forderungen des Bundes der Mitteldeutschen erkennen ließ.[101]

Der Bund der Mitteldeutschen, die Landsmannschaften der Mecklenburger, der Anhaltiner, der Sachsen und der Thüringer sowie die der Berlin-Mark Brandenburger und der Pommern waren durchsetzt mit Spitzeln und Agenten des MfS. In den Akten-Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit finden sich bisher nicht gezählte und nicht gesichtete Spitzelberichte und diverse Beobachtungsprotokolle,[102] die noch der Auswertung bedürfen. Die geringe Zahl an organisierten Mittel-

[97] Vgl. ebenda, Bl. 258–261.

[98] Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974, in: BStU MfS JHS 21838/4, Bl. 66, 67.

[99] Ebenda, Bl. 68, 69.

[100] Information über Aktivitäten im westdeutschen Grenzgebiet zur Ausnutzung der Ergebnisse des Grundlagenvertrages, 3. Mai 1973, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 152; vgl. Bund der Mitteldeutschen: Rundfunk-Abteilung Monitor, 23. Oktober 1973, in: ebenda, Bl. 124.

[101] Vgl. Bund der Mitteldeutschen: Rundfunk – Abteilung Monitor, 23. Oktober 1973, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 125.

[102] Als kleine Auswahl: Bundeslandsmannschaft Sachsen: Heimatkreis Bautzen, Dresdner Heimatfreunde, Leipziger Heimatkreis; 1956–1961; Bundeslandsmannschaft Thüringen 1967–1969, in: BStU MfS HA XX 5438, Bl. 1–112; Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg 1960, Heimatgrup-

deutschen in den Landsmannschaften bzw. im BMD war möglicherweise auch ein Verweis darauf, daß die „Republikflüchtigen" und die aus der DDR Ausgereisten dies vermuteten und sich daher von den Verbänden fernhielten. Vermutlich wollten diese vormaligen DDR-Bürger auch unbehindert von den DDR-Behörden Kontakte und Reisen in ihre alte Heimat zur Familie und zu Freunden aufrechterhalten und organisierten sich daher nicht im BMD. Zeitweise, insbesondere in den 1960er Jahren, hatten einzelne MfS-Bezirksverwaltungen die Zuständigkeit für die „operative Bearbeitung" einzelner mitteldeutscher Landsmannschaften übertragen bekommen. So zeichnete beispielsweise die MfS-Bezirksverwaltung Rostock umfassend für die Mecklenburger Landsmannschaft zuständig.[103]

Als ein Beispiel für diese geheimpolizeiliche Tätigkeit soll hier die MfS-Bezirksverwaltung Cottbus stehen. Diese wertete 1986 ihre Arbeit bezüglich aller mitteldeutschen landsmannschaftlichen Kontakte in ihrem Zuständigkeitsbereich für den Zeitraum 1983 bis Mai 1986 aus. In diesen dreieinhalb Jahren hatten sich 134 Verbindungen allein zu Heimatkreisorganisationen der mitteldeutschen Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg aufgetan und verstetigt. Betroffen waren die Heimatkreisvereinigungen ehemaliger Cottbuser, nun organisiert in Osnabrück, ehemalige Gubener, organisiert in Hannover, ehemaliger Senftenberger, organisiert in einem Arbeitskreis in Gaggenau, ehemalige Bad Liebenwerdaer, organisiert in Polle/Oberweser, und ehemaliger Einwohner aus Forst und Hoyerswerda, organisiert in Lübeck[104]. Kenntnis über diese Kontakte hatte die MfS-Bezirksverwaltung durch die systematische Post- und Paketkontrolle sowie die Beobachtung von Einreisen aus West-Berlin und Westdeutschen in den Bezirk erhalten.[105] Die MfS-Auswertung hatte erbracht, daß „operatives Interesse zur geheimdienstlichen Bearbeitung" an 20 Personen aus Senftenberg und 22 aus Cottbus sowie jeweils 13 aus Bad Liebenwerda und Hoyerswerda bestand, da diese zu verschiedenen Heimatkreisen der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg in der Bundesrepublik Verbindungen unterhielten.[106]

pe Frankfurt/O. 1961, Heimatkreis Angermünde 1962, in: BStU MfS HA XX 5439, 22–48; IM-Einsatz zum Heimatkreistreffen Gera 1983, in: BStU MfS BV Gera AKG 89, Bl. 1–17; IMS-Berichte zu den Heimatkreistreffen Saalfeld, Probstzella 1985/86, in: BStU MfS BV Gera AKG 90, Bl. 1–65; Operative Information zum Bund der Mitteldeutschen Jugend 1977, in: BStU MfS HA IX 16919, Bl. 21–60; Aktivitäten des Heimatkreises Gera 1985–1988, in: BStU Ast. Gera AKG 0091, Bl. 1–27; Eröffnungsbericht zum Feindobjekt „Stahlhelm" in der Bundeslandsmannschaft Thüringen, August 1987, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 238–249; Operativer Vorgang „Treffen" - Görlitzer Treffen 1987/89; Förderkreis Heimattreue Thüringer, Gemeinschaft der Halberstädter, Heimattreffen ehemaliger Pößnecker, 1986–1988, in: BStU MfS ZKG 760, Bl. 241–382; Landsmannschaft Thüringen: Heimatkreise Gera, Jena, Saalfeld, Greiz 1988, in: BStU MfS BV Gera SA 72, Bl. 1–30; Bund der Mitteldeutschen: Heimatkreis Rudolstadt 1978–1989, in: BStU MfS BV Gera AKG 88, Bl. 3–55.

103 Vgl. Mecklenburger Landsmannschaft 1960–1976, in: BStU MfS BV Rostock 121/76, Bl. 73–417.

104 Dokumentation der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg und der Heimatkreise mit Namen und Anschriften und den Verbindungsadressen in: Zum Wesen, zu den Funktionen und Methoden revanchistischer Landsmannschaften und ihrer Unterorganisationen in der BRD, 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 122–151.

105 Vgl. Major Kurt Krusebauch, Zu gegenwärtigen Aktivitäten von Unterorganisationen der Landsmannschaften in Form von Heimatkreisen gegen den Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltung Cottbus, 20. Juni 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 1–9.

106 Vgl. ebenda, Bl. 9.

Die Cottbuser MfS-Bezirksverwaltung hatte in den letzten Jahren beobachtet, daß verstärkt vorhandene und neue Kontakte unter ehemaligen Landsleuten gepflegt bzw. geknüpft wurden, vermehrt „revanchistische Druckerzeugnisse“ mit Informationen über die politische und ökonomische Lage im Bezirk im Umlauf waren. Dies hätte im Bezirk zu „subversiver politischer Untergrundtätigkeit“ geführt. Damit meinte die Staatssicherheit, daß in größerem Umfang Gespräche über „gesamtdeutsche Gemeinsamkeiten“, „Einheit der Nation“ und „Zusammengehörigkeit der Deutschen“ zu hören seien.[107] Die MfS-Analyse konstatierte – „diese […] Erscheinungen sind in den letzten Jahren, seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die CDU/CSU in der BRD 1982, festgestellt worden.“[108]

Unter „geheimdienstlicher Bearbeitung“ dieser sogenannten mitteldeutschen-landsmannschaftlichen Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR verstand die Cottbuser Staatssicherheit, die Kontakte zu kontrollieren, gegebenenfalls zu unterbinden (Einreiseverbote für Bundesbürger), Informationen „abzuschöpfen“, Desinformationen zu streuen, um die Heimatkreisorganisationen im Westen in ihren Aktivitäten unwirksam zu machen. Man wollte genaue Kenntnisse über die Mitglieder und die Funktionäre in den Heimatkreisorganisationen haben, die personellen Stützpunkte in der DDR, die Kurier- und Einschleusetätigkeit von „Hetzmaterialien“ kennen. Außerdem hatte man starkes Interesse daran, Spitzel, also „Inoffizielle Mitarbeiter“, sowohl im Osten wie im Westen in diesen Heimatkreisverbindungen der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg zu werben bzw. einzuschleusen. Das erklärte Ziel der Staatssicherheit hieß: „Ausrichtung [aller] Maßnahmen auf das rechtzeitige Erkennen und die Vorbeugung und Bekämpfung aller Aktivitäten zur Formierung eines politischen Untergrunds und dessen Wirksamwerden im Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltung Cottbus.“[109]

Im Mai 1986 war die MfS-Bezirksverwaltung an sechs sogenannten Vorlauf-Fällen zur möglichen IM-Gewinnung „operativ tätig“.[110] Umfangreichere und für das MfS informative Spitzel-Vorgänge waren 1986 anhängig als „Feindobjektakte ‚Nest‘“ hinsichtlich des Heimatkreises Cottbus bei der MfS-Kreisdienststelle Cottbus, bei der MfS-Kreisdienststelle Guben der Vorgang „Schulfreund“ bezüglich des organisierten Heimatkreises Guben, zwei MfS-Vorgänge bei den MfS-Kreisdienststellen Forst und Spremberg sowie der Vorgang „Wein“ bei der MfS-Abteilung XX in Cottbus. Außerdem lagen ausgewertete Erfahrungen vor von zwei MfS-West-Agenten, „IM Günter Gasman“ und „IM Dieter Strauß“, die „im und nach dem Operationsgebiet [Bundesrepublik] zum Einsatz gelangten“.[111]

[107] Vgl. ebenda, Bl. 7.
[108] Ebenda, Bl. 8.
[109] Major Kurt Krusebauch, Zu gegenwärtigen Aktivitäten von Unterorganisationen der Landsmannschaften in Form von Heimatkreisen gegen den Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltung Cottbus, 20. Juni 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 26.
[110] Vgl. ebenda, Bl. 9.
[111] Zum Wesen, zu den Funktionen und Methoden revanchistischer Landsmannschaften und ihrer Unterorganisationen in der BRD, 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 155, 156.

Besonders intensiv von der Staatssicherheit unterwandert und ausspioniert war der „Heimatkreis Cottbus Stadt und Land", der seinen Sitz in Osnabrück, Suhlinger Straße, hatte. Er umfaßte rund 500 Mitglieder, ehemalige Cottbuser, die überwiegend zwischen 1945 und 1960 ihre Heimat verlassen hatten und nach Ansicht der Staatssicherheit „aus der Klasse der Kapitalisten bzw. aus den Mittelschichten" stammten. Zu ihren jährlichen Treffen kamen jeweils rund 300 Mitglieder zusammen, darunter 15 bis 20 DDR-Bürger, die die Staatssicherheit namentlich kannte. Nach MfS-Kenntnis warb der Heimatkreis ständig um neue Mitglieder und suchte auch im DDR-Bezirk Cottbus nach neuen Ansprechpartnern. Das alle zwei Monate erscheinende Heimatkreis-Organ „Cottbuser Zeitung" war in den Augen des MfS aktuell und anschaulich gestaltet und über alle wesentlichen Entwicklungen im Bezirk, insbesondere die ökonomischen Schwierigkeiten bzw. die Umweltprobleme, gut informiert. Die MfS-Bezirksverwaltung hatte ausreichende Kenntnisse über die im „Heimatkreis Cottbus" organisierten Personen, u. a. zählte sie auf, daß zwölf Mitglieder früher in ehemaligen NS-Organisationen (NSDAP, SS, SA) gewesen waren, daß drei aus politischen Gründen vormals in DDR-Haft gesessen hatten, daß pikanterweise zwei ehemalige SED-Mitglieder und fünf ehemalige „Inoffizielle Mitarbeiter" der Staatssicherheit unter ihnen waren sowie 13 schon einmal vom MfS „operativ bearbeitet" wurden – und das hieß, daß man diese bereits vergeblich als Spitzel anzuwerben versucht hatte.[112]

Kritisch sah die Cottbuser Staatssicherheit Zahl und Einsatz von „IM" in Heimatkreisen der mitteldeutschen Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, denn die meisten Informationen hatte man aus der Post- und Einreisekontrolle erhalten und nicht durch Spitzel. Im Mai 1986 verfügte die Bezirksverwaltung nur über drei aktive und produktive „IM", und zwar im Heimatfreundeskreis Bad Liebenwerda, im Heimatkreis Cottbus und im Gubener Heimatbund. Dringend war man von MfS-Seite auf der Suche nach politisch standhaften, „reale Feindbilder besitzenden", „geschichtsbewußten" und den Heimatbezirk kennenden, kontakt- und reaktionsfähigen „Inoffiziellen Mitarbeitern".[113] Denn, so sah man es 1986 bei der Staatssicherheit, „es ist die Einschätzung zu treffen, daß wir es mit einer Intensivierung gegnerischer Angriffe von außen, bei zunehmender Versuche des engen Zusammenwirkens mit feindlich-negativen Kräften im Inneren der DDR, zu tun haben."[114] Ähnliche Feststellungen dürfte es in allen 14 MfS-Bezirksverwaltungen und in Ost-Berlin gegeben haben.

Aber auch die Ost-Berliner Zentrale der Staatssicherheit war gegen die mitteldeutschen Landsmannschaften im Einsatz. Auch hier soll ein Beispiel aus der Landsmannschaft Berlin- Mark Brandenburg zur Anschauung dienen: Die Ost-Berliner MfS-Zentrale, speziell die Hauptabteilung V/5, ab 1964 dann Hauptabteilung XX/5, führte zwischen 1965 und 1979 einen Agenten in dieser Landsmannschaft. Dabei handelte es sich um den „Geheimen Mitarbeiter (GM)" mit dem Decknamen „Karl". Tatsächlich hieß der Mann Karl Siemund, geboren am 31. Juli 1901 in Liebenow/Kreis Greifen-

[112] Vgl. Major Kurt Krusebauch, Zu gegenwärtigen Aktivitäten von Unterorganisationen der Landsmannschaften in Form von Heimatkreisen gegen den Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltung Cottbus, 20. Juni 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 12–16.

[113] Vgl. ebenda, Bl. 20–22.

[114] Ebenda, Bl. 22, 23.

hagen, südöstlich von Frankfurt/Oder, der seit Kriegsende in West-Berlin lebte. Karl Siemund war eine recht dubiose Figur. Er war ein SA-Führer in Crossen an der Oder (heute polnisch: Krosno Odrzańskie), im Krieg Kapitänleutnant und Chef einer Torpedoboot-Flottille gewesen, machte nach 1945 Karriere bei der Kriminal-Polizei in West-Berlin, wurde als Kriminal-Kommissar der Polizei-Inspektion Berlin-Zehlendorf im April 1951 verhaftet und zu eineinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt wegen „Aussageerpressung, Beihilfe zur Erpressung, Urkundenvernichtung und Begünstigung im Amt“.[115] Danach suchte sich Karl Siemund eine Stelle bei der in West-Berlin ansässigen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU)[116]. Er wurde dort hauptamtlicher Mitarbeiter. Im Juli 1954 ließ sich Karl Siemund vom MfS für die Agentenarbeit anwerben. Der vermutete Grund für diese Spitzeltätigkeit lag in einer Art Geltungssucht und in der Möglichkeit eines finanziellen Zusatzverdienstes. Der MfS-Agent „Karl“ war an der Unterwanderung und Zerschlagung der KgU durch den Ost-Berliner Geheimdienst führend beteiligt. Die MfS-Offiziere waren begeistert von der hervorragenden Spitzeltätigkeit ihres „GM“.[117] 1959 mußte sich die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ auflösen. Karl Siemund arbeitete dann bis zu seinem Renteneintritt 1966 beim Bundesamt für Statistik in West-Berlin. Seine guten Beziehungen zur West-Berliner Kriminalpolizei und zum Landesamt für Verfassungsschutz nutzte die Staatssicherheit weiter aus für sie interessierende Personenrecherchen, und Siemund spitzelte bereitwillig weiter. 1965/66 suchten die Ost-Berliner MfS-Offiziere für den nun rüstigen Rentner ein neues Einsatzgebiet. Sie entschieden, den „GM“ für die geheimdienstliche Bearbeitung in Richtung Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg einzusetzen. Im Juni 1966 nahm dieser erstmalig am Jahrestreffen der Landsmannschaft in West-Berlin teil. Karl Siemund organisierte sich auftrags- und seinem Geburtsort gemäß im Heimatkreis Crossen/Oder der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg.[118] Nach üblicher Vorgehensweise engagierte er sich in der Landsmannschaftsarbeit. Er übernahm Funktionen, wurde Stellvertretender Ortsbetreuer für den Crossener Heimatkreis und gewählter Delegierter im Vorstand der Landsmannschaft. Sehr gute Beziehungen stellte der „GM Karl“ zur Leiterin der Geschäftsstelle der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg im „Haus der ostdeutschen Heimat“ her. So konnte er ungehindert im „Haus“ ein- und ausgehen, er knüpfte dort vielfältige Kontakte. Von 1966 bis 1979 spitzelte „IM Karl“ die Landsmannschaft aus, ihre Tätigkeit und Aktionen sowie die Verbindungen in die DDR bzw. zu den in Polen verbliebenen Deutschen, insbesondere im Kreis Crossen/Krosno Odrzańskie. Durch den MfS-Zuträger erhielt man in Ost-Berlin Kenntnis über alle Veranstaltungen, Maßnahmen und größeren Aktivitäten der Landsmannschaft, über die Adressen von

[115] Vgl. Herr Huber hilft, in: Der Spiegel, vom 27. Februar 1952; Auskunftsbericht über GM „Karl“, 12. Januar 1961, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 1, Bl. 6.

[116] Zur Erinnerung: Die KgU war eine militant antikommunistische, in die DDR hineinwirkende Menschenrechtskommission, die vom amerikanischen Geheimdienst finanziert wurde.

[117] Vgl. Auskunftsbericht über GM „Karl“, 12. Januar 1961, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 1, Bl. 6–15; Insgesamt zu diesem MfS-Agenten-Fall „Karl, in: ebenda, MfS AIM 2703/58, Bd. 1 bis 35.

[118] Vgl. Ergänzung zum Auskunftsbericht des GM „Karl“, Registriernummer 7514/60, 7. Juni 1967, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 1, Bl. 18–21.

Landsleuten in der DDR und in Polen, die durch die Paketsendeaktionen des Heimatkreises Crossen der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg zwei Mal jährlich bedacht wurden. 1968 waren z. B. an 94 DDR-Adressen Pakete gegangen, an jene DDR-Bürger, die bis 1961 regelmäßig die Heimatkreistreffen Crossen besucht hatten und Mitglieder der Landsmannschaft waren.[119] All diese Namen und Anschriften wurden dem MfS so bekannt. ´Der „GM" bezifferte 1977 die Zahl der Abonnenten der „Märkischen Zeitung" – das war das offizielle Organ der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg – auf 3000 in West-Berlin und 1500 in Westdeutschland. In den letzten Jahren war diese Leserzahl um rund ein Drittel zurückgegangen.[120] Die Zahl von 4500 Beziehern der „Märkischen Zeitung", die somit zugleich Landsmannschaftsmitglieder waren, stand in krassem Gegensatz zu der offiziell angegeben Mitgliedszahl von 15 000.[121] Auch diese Unstimmigkeit zwischen der offiziell genannten und der tatsächlichen Zahl der Landsmannschaftsmitglieder erfuhr die Staatssicherheit.[122] Ansonsten berichtete der „GM" über die üblichen Probleme der Landsmannschaftsarbeit, über den dramatischen Rückgang der organisierten Mitglieder, die Überalterung und das mangelnde Engagement bei den Aktivitäten der Landsmannschaft und über den schwindenden Glauben an Wiedervereinigung und Rückkehr in die alte Heimat. Seit 1970, so „Karl", habe sich dieser Standpunkt bei den Landsmannschaftsmitgliedern verfestigt und sah so aus: „Es wurde und wird zuviel mit alten Rechten und Ansprüchen operiert, an die sowieso kein Mensch mehr glaubt, abgesehen von den Funktionsträgern der Vertriebenen, deren Arbeit ja sonst jeden Sinn verlieren würde".[123] Es konnte nachgewiesen werden, daß „IM Karl" 1974 und 1975 immer noch einen Agentenlohn von monatlich rund DM 500 vom MfS erhielt. Hinzu kamen diverse Auszeichnungen und Orden, die oft auch mit der Übergabe höherer Geldbeträge einhergingen.[124] In beiderseitigem Einvernehmen beendete man 1979 die geheimdienstliche Zusammenarbeit aufgrund des hohen Alters der „Quelle Karl".[125] Die mitteldeutsche Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg war in den 1960er und 1970er Jahren durch den Spitzel Karl Siemund vom MfS recht gut ausspioniert worden.

Ab 1975, der Bund der Mitteldeutschen stand nun wieder unter einer CDU-Präsidentschaft, versuchten die organisierten Mitteldeutschen sich wieder näher an den

[119] Vgl. Protokoll Jahreshauptversammlung des Kreisverbands Crossen/LM Berlin-Mark Brandenburg, 27. Januar 1968, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 1, Bl. 235–237.

[120] Vgl. Gedächtnisprotokoll über die Arbeitstagung der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg im Deutschlandhaus, 30. August 1977, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 35, Bl. 38, 39.

[121] Nicht alle Mitglieder der Landsmannschaft abonnierten die zentrale Landsmannschaftszeitung, sondern begnügten sich mit ihren Heimatkreisblättern. Trotzdem war die Diskrepanz zwischen offiziell-angegebener und tatsächlicher Mitgliedszahl eklatant.

[122] Vgl. Landsmannschaft und Vertriebene, 18. November 1977; Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, 25. April 1978, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 35, Bl. 60–62, 90.

[123] Landsmannschaften und Moskauer Vertrag, 17. November 1970, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 32, Bl. 34; vgl. Landsmannschaften, 10. März 1970, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 31, Bl. 387, 388.

[124] Vgl. Einschätzung der Quelle „Karl", 22. Dezember 1975, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 1, Bl. 268, 269.

[125] Vgl. Gründe für die Einstellung des IM-Vorgangs, in: BStU MfS AIM 2703/58, Bd. 1, Bl. 294.

Bund der Vertriebenen anzubinden, um der allgemeinen Stagnation und dem organisatorischen Niedergang des Verbandes entgegenzuwirken. Die Probleme wuchsen aber weiter. Der Bund und die SPD-geführten Bundesländer hatten Jahr für Jahr ihre finanziellen Zuschüsse gekürzt, die Zahl der Mitglieder im Verband nahm stetig ab, und es fanden sich kaum organisierte Mitteldeutsche, die gewillt waren, Funktionen im BMD zu übernehmen. Mit dem Regierungswechsel 1982 zur CDU/CSU-FDP-Bundesregierung erhoffte sich auch der Bund der Mitteldeutschen einen Schub in Richtung Stabilisierung und Stärkung der Organisation. Es flossen zunächst wieder höhere finanzielle Zuwendungen, Regierungspolitiker nahmen als offizielle Gastredner wieder an Veranstaltungen des BMD teil. Aber auch unter Bundeskanzler Helmut Kohl änderte sich am allgemeinen Niedergang des BMD nichts, auch wenn der Bund sich in Selbstüberschätzung als „der deutschlandpolitische Motor“ begriff. Eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes und die konzentrierten Bemühungen um das Verbandsorgan „Mitteldeutscher Kurier“ stabilisierten die Situation zeitweise.[126] In den 1980er Jahren versuchte sich der BMD im politischen Kampf gegen die Tendenz in der bundesdeutschen Gesellschaft zu profilieren, die „Wiedervereinigung in historische Ferne“ zu verlegen. Jegliche West-Ost-Wirtschaftsbeziehungen müßten, so forderte der BMD 1987, als „Druckmittel gegenüber den Ostblockstaaten“ eingesetzt werden.[127] Für die SED und ihren Geheimdienst blieb der Bund der Mitteldeutschen seinem Ziel – die „DDR zu destabilisieren und zu liquidieren“ – verhaftet. Die „Deutsche Frage offenzuhalten“ und die „Spaltung Deutschlands zu überwinden“ wären nichts anderes als ein „getarnter Versuch“, sich einer „friedlichen Entwicklung und Normalisierung der Lage in Europa“ entgegenzustellen[128] – so die eingeübte Sicht der Staatssicherheit.

In einer Expertise über die mitteldeutschen Landsmannschaften und ihren Dachverband kam die Staatssicherheit 1988 zu einer realistischen Bewertung: „Der Bund der Mitteldeutschen versucht sich seit Jahren politisch stärker zu profilieren, ohne jedoch zu einer mit dem Bund der Vertriebenen auch nur annähernd vergleichbaren Bedeutung zu gelangen.“[129] Im Gegensatz zum von der CDU/CSU dominierten Bund der Vertriebenen sei ein mäßigender Einfluß von SPD und FDP auf den Bund der Mitteldeutschen erkennbar, aber das politische Gewicht des BdV sei ungleich stärker als das des BMD.[130]

Mit dem Ende der DDR und der Wiedervereinigung hatte der Bund der Mitteldeutschen sein politisches Ziel erreicht. Er löste sich Ende 1993 auf, nachdem die institutionelle Förderung durch die Bundesregierung eingestellt worden war.

[126] Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen“ in der Bundesrepublik, 1. Oktober 1988, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 262–275.

[127] Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen“, Juli 1988, in: BStU MfS HV A 1346, Bl. 52.

[128] Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen“ in der Bundesrepublik, 1. Oktober 1988, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 279–281.

[129] Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen“ in der Bundesrepublik, Juli 1988, in: BStU MfS HV A 1346, Bl. 51.

[130] Vgl. Objektauskunft zum Dachverband Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e. V. (BdV), 1. Juli 1989, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 109.

3. Eine HV A-Agentin im Vorzimmer der Bonner BdV-Zentrale 1972–1985. Der Fall Erika Reißmann, alias Ursula Richter, alias „IM Kern"

Am 2. Oktober 1972 unterschrieb ein Fräulein Ursula Richter einen unbefristeten Arbeitsvertrag als Büroangestellte, als Schreibkraft in der Buchhaltung, beim Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände Bonn, Gorch-Fock-Straße 1.[131] Was die Personalabteilung der BdV-Zentrale in Bonn nicht wissen konnte: Ursula Richter war eine Agentin der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Von Oktober 1972 bis August 1985, bis zur überstürzten Flucht der Agentin in die DDR, lieferte diese einige hundert Informationen, kopierte Dokumente, Personendaten, politische Dossiers und Analysen u. ä. aus dem Umfeld der Führungsgremien des BdV nach Ost-Berlin. Die DDR-Auslandsaufklärung hatte Ursula Richter nicht geplant und zielgerichtet zur BdV-Zentrale entsandt. Wie aus anderen MfS-Spionagefällen in der Bundesrepublik bekannt ist, sind die potentiellen Agenten in den 1950er und 1960er Jahren in die Bundesrepublik „übergesiedelt worden" mit dem Auftrag, eine gute, für das MfS interessante Anstellung bei Parteien, Verwaltungen, staatlichen Gremien oder bei der Wirtschaft zu finden, um dort Karriere zu machen.[132] So war es auch im Fall von Ursula Richter.

Tatsächlich hieß Ursula Richter Erika Reißmann. Sie wurde am 22. September 1931 in Jena geboren. Sie war das erste von zwei Kindern der Eheleute Dora und Rudolf Reißmann, die sich noch in den 1930er Jahren scheiden ließen. Daher wuchsen sie und ihr Bruder bei den Großeltern und in Kinderheimen auf. An den Besuch der Volksschule schloß sich bis 1949 eine Lehre als Verkäuferin an.[133] In den 1950er Jahren war Erika Reißmann einige Jahre mit einem gewissen Kurt Pohl verheiratet, sie ließen sich scheiden und Erika, nun Pohl, nahm wieder ihren Mädchennamen an. Kinder gingen aus der Ehe nicht hervor. Zu ihrer familiären Herkunft bemerkte Erika Reißmann gleichlautend: „Meine Mutter starb im Jahre 1945 nach einem Aufenthalt im ‚KZ Dora'[134], ich wurde als junges Mädchen in entsprechenden Jugendgruppen ideologisch aufgebaut und trat 1947 der SED bei. Es ist ganz natürlich, daß derartige Einflüsse einen jungen Menschen prägen. Ich habe meine Arbeit für das MfS aus absolut innerer Überzeugung ausgeführt."[135]

Die Umstände des Zusammenkommens von Erika Reißmann mit der Staatssicherheit schilderte diese aus der Erinnerung folgendermaßen: 1962 habe sie als Sachbear-

[131] Vgl. Arbeitsvertrag vom 2. Oktober 1972 und Bewerbungsschreiben von Ursula Richter vom 3. Juli 1972; Zur Verfügung gestellt: Bestand Personalunterlagen des BdV in Bonn.

[132] Vgl. Stephan Konopatzky, Möglichkeiten und Grenzen der SIRA-Datenbanken. Die Beispiele Günter Guillaume und Werner Stiller, S. 112–132, und Jürgen Borchert, Die Zusammenarbeit des MfS mit dem sowjetischen KGB, S. 152–157.

[133] Vgl. Bundeskriminalamt Berlin: Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 8. Juli 1991, in: Landesarchiv (LA) NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 11–16.

[134] Warum die Mutter vor 1945 in einem NS-Konzentrationslager war, ist nicht bekannt.

[135] Fortsetzung der Vernehmung der Beschuldigten Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 35.

beiterin in Gera im Museum für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gearbeitet. Zu dieser Zeit gab es am Museumsgebäude Hakenkreuzschmierereien, und die Staatssicherheit sei zur Ermittlung der Täter ins Haus gekommen. Alle Mitarbeiter seien damals über diesen Vorfall befragt worden. In diesem Zusammenhang sei sie erstmalig in Berührung mit der Staatssicherheit gekommen. Wörtlich Erika Reißmann dazu: „Da hierbei dem MfS […] meine politische Linientreue bekannt geworden ist, kam es dann […] einige Monate später zu einem weiteren Kontakt. Hier trat erstmals [… Führungsoffizier] ‚Günter‘[136] in Erscheinung, der mich auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS ansprach. Dieses erste Gespräch mit ‚Günter‘ fand meiner Erinnerung nach bereits in einem konspirativen Objekt[137] in Gera statt. Dort erklärte ich ‚Günter‘ mündlich meine Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Die Art meiner Zusammenarbeit mit dem MfS war zunächst nicht genau definiert. Ich sollte lediglich allgemein die Augen […] offen halten, ob sich wieder irgendwelche rechtsradikalen Tendenzen vorwiegend im Bereich meines Arbeitsplatzes im Museum erkennen ließen. Im Jahr 1962 dürfte es […] etwa drei Treffen mit dem MfS gegeben haben, wobei ich danach schriftlich zur Mitarbeit verpflichtet wurde. An den Text der Verpflichtungserklärung und an den mir zugeteilten Decknamen kann ich mich nicht mehr erinnern. […] Bereits 1963 wurde ich von ‚Günter‘ gefragt, ob ich bereit sei, als ‚Kundschafterin des Friedens‘ in die Bundesrepublik eingeschleust zu werden. Ich erklärte ihm hierzu nach einer gewissen Bedenkzeit meine Bereitschaft. In der Vorbereitungsphase mußte ich mir dann in Berlin-Ost eine Wohnung suchen. Etwa Mitte/Ende 1963 bezog ich eine kleine Wohnung in Berlin-Johannisthal.“ Die Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof Karlsruhe ermittelte zwischen 1990 und 1993 gegen Erika Reißmann wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit zugunsten einer fremden Macht. Diese Schilderungen der Erika Reißmann stammen aus dem Ermittlungsverfahren, und es muß beachtet werden, daß sie ihre Aussagen so formulierte, um sich selbst möglichst wenig zu belasten.[138]

Auch heute ist nicht mehr nachzuverfolgen, ob die Kontaktaufnahme des MfS zu Erika Reißmann wie geschildert vonstatten ging. In zeitlicher Hinsicht ist ihre Aussage allerdings nicht korrekt. Aus den Unterlagen des MfS geht hervor, daß die Staatssicherheit bereits am 7. November 1961 eine Akte zu Erika Reißmann anlegte, die den Decknamen „Kern“ erhielt. Zu diesem Zeitpunkt muß sie sich als „IM“ verpflichtet haben. Es hieß beim MfS: Sie „wurde 1961 auf politisch-ideologischer Grundlage ge-

[136] Dies war der Deckname des werbenden MfS-Offiziers der Abteilung XV der MfS-Bezirksleitung Gera mit dem Namen Horst Schirmer. Die Namen und Identitäten aller Führungsoffiziere von 1961 bis 1989 von Erika Reißmann sind bekannt. Nacheinander waren dies: 1961–1963 Horst Schirmer, MfS-Bezirksverwaltung Gera, Abteilung XV; 1964 Karl Stöckigt, MfS-BV Gera, Abteilung XV; 1965–1973 Günter Mehlhorn, MfS-Bezirksverwaltung Gera, Abteilung XV; 1973–1983 Kurt Wedler, HV A/II Ost-Berlin; 1983 Peter Bischur, HV A/VI; 1984 Glaser HV A/VI; 1985–1987 Kurt Wedler, HV A/II; 1987 Werner Proksch, HVA/II und 1988–1989 W. Rausch, Ost-Berlin HV A XIX. Vgl. MfS-Karteikarte F22/HV A Reg. Nr. 10819/61 und in: BStU MfS HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Registriernummer 10819/61.

[137] Meist waren dies vom MfS angemietete Wohnungen in einem stark frequentierten Wohngebiet, oft in einem Neubaugebiet.

[138] Vgl. die Aktenbände der Bundesanwaltschaft, in: LA NRW Ger. Rep. 515 Nr. 489–500.

worben" – also aus politischer Überzeugung.[139] Erika Reißmann wurde von der MfS-Bezirksverwaltung Gera geworben und von der dortigen Abteilung XV – das waren die Bezirksdienststellen der HV A, der Spionageabteilung – bis Dezember 1973 geführt. Ab 17. Dezember 1973 wurde Erika Reißmann von der Ost-Berliner Zentrale der HV A „betreut".

Das MfS wählte Erika Reißmann für den Agenteneinsatz in der Bundesrepublik aus, da diese politisch zuverlässig schien und in der DDR relativ ungebunden lebte: Die Eltern und Großeltern waren verstorben, zum Bruder hatte sie keinen Kontakt, ihre Ehe war geschieden, und sie hatte keine Kinder. Erika Reißmann war damals Anfang dreißig. Sie war eine temperamentvolle, energische, durchsetzungsstarke und kontaktfreudige junge, aber nicht zu junge Frau.[140] Die Einschleusung als MfS-Agentin in die Bundesrepublik erfolgte nach dem Bericht von Erika Reißmann auf folgendem Weg – einem für die damalige Zeit typischen MfS-Einschleuseverfahren in die Bundesrepublik. Erika Reißmann wurde zwischen 1963 und 1964 in Ost-Berlin geheimdienstlich ausgebildet in Fotografie und Geheimschreibverfahren, im Chiffrieren und Dechiffrieren von Funksprüchen, im einseitigen Funkverkehr, d. h. Durchgeben und Empfangen von Zahlen auf einer bestimmten Radiofrequenz[141], im Anlegen, Bestücken und Leeren von sogenannten Toten Briefkästen, und sie erlernte die englische Sprache.[142]

Vom MfS erhielt Erika Reißmann die biographischen Daten einer Ursula Richter. Ursula Richter war kein fiktiver Name. Es gab tatsächlich eine Ursula Richter. Diese wurde am 18. April 1933 in Wittenberg geboren und war von Beruf Haushaltsangestellte. Die tatsächliche Ursula Richter war im August 1951 aus der DDR zu ihrer Schwester in die Bundesrepublik geflohen. Zunächst ließ sie sich in Freiburg nieder, ging 1952 in die Schweiz, nach Bern und Zürich, arbeitete dort als Friseurin und in einem Krankenhaus und danach ging sie als Au-pair-Mädchen nach Großbritannien, in einen Vorort von London. Zwischendurch hielt sie sich immer wieder in Westdeutschland auf. Da sie von ihrem Schwager schwanger wurde, verließ sie 1956, wieder fluchtartig, die Bundesrepublik und kehrte in die DDR zurück. Die tatsächliche Ursula Richter lebte weiter in der DDR, heiratete, hieß dann Ursula Schaffran, während Erika Reißmann ihre Identität für die Einschleusung in die Bundesrepublik erhielt.[143]

[139] Vgl. IM-Karteikarte, in: BStU MfS F22/HVA Reg. Nr. 10819/61, und IM „Kern", in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 9.

[140] Vgl. Aussage des Führungsoffiziers der MfS-Bezirksverwaltung Gera, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497; Zeugenbefragung in Bonn am 18. August 1985, in: LA NRW Ger. Rep. 515/489.
Die oben geschilderte Art der Einschleusung wird in der Forschungsliteratur bisher nicht geschildert. Vgl. Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 181–193.

[141] Für die einseitige Agentenfunksendung benutzte der DDR-Nachrichtendienst die Frequenzen zwischen 5856 und 6365 kHz sowie zum Abhören die Frequenzen 6908 und 18198 kHz.

[142] Vgl. Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 8. Juli 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498.

[143] Vgl. Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 41, 42.
Den bundesdeutschen Behörden war es nicht möglich, im Personenstandswesen der DDR Nachforschungen anzustellen, und offizielle Anfragen wären in Sachen Spionage unsinnig gewesen.

In der Vorbereitungsphase der Einschleusung von Erika Reißmann als Ursula Richter nach Westdeutschland in den Jahren 1963 und 1964 reiste die Reißmann von Ost-Berlin aus mit bundesdeutschen Reisepässen verschiedener Identitäten für jeweils ein bis zwei Wochen an die Orte, an denen die tatsächliche Ursula Richter nach ihrer Flucht aus der DDR zwischen 1951 und 1956 gelebt und gearbeitet hatte. So hielt sie sich also in Freiburg/Schwarzwald, in Bern und Zürich und in der Nähe von London auf. Erika Reißmann äußerte sich in der Rückschau: „An den vorgenannten Orten sollte ich die Arbeitsstellen meiner Legendenspenderin ansehen und auch die Orte kennenlernen, damit ich bei eventuellen Nachfragen mich ortskundig zeigte.“[144] Im August 1964 kam dann die letzte, diesmal vom MfS ausgedachte Lebensstation der Ursula Richter vor der Übersiedlung in die Bundesrepublik hinzu. Erika Reißmann reiste mit einem gefälschten bundesdeutschen Reisepaß als Ursula Richter für sechs Wochen nach Toronto/Kanada. Auch dort sollte sie sich ortskundig machen, einen Führerschein erwerben und eine gewisse Likörfabrik in Toronto und das Privatanwesen des Direktors der Fabrik in Augenschein nehmen. Nach der fiktiven MfS-Legende sollte Erika Reißmann, die neue Ursula Richter, mehrere Jahre dort als Haushaltshilfe gearbeitet haben. Im September 1964 kehrte Erika Reißmann zunächst noch einmal zurück nach Ost-Berlin und erhielt die letzten Instruktionen für die Übersiedlung. Vom MfS wurden ihr gefälschte Papiere auf den Namen Ursula Richter ausgestellt und ausgehändigt, und zwar der Paß, diverse Zeugnisse der Arbeitsstellen der Ursula Richter in Freiburg, Bern, Zürich, London sowie ein Arbeitszeugnis des Direktors der Likörfabrik in Toronto.[145]

Am 2. Dezember 1964 fand die Übersiedlung, d. h. die Einschleusung in die Bundesrepublik statt. Den bundesdeutschen Behörden wurde die Einreise einer Ursula Richter aus Toronto, aus Kanada kommend, suggeriert. Tatsächlich reiste die neue Ursula Richter von Ost-Berlin aus über West-Berlin nach Bingen am Rhein ein und meldete sich am 2. Dezember 1964 in Budenheim bei Mainz polizeilich an. Sie legte dabei einen angeblich vom Deutschen Generalkonsulat in Toronto ausgestellten Reisepaß vor und gab an, zuletzt in Toronto gelebt und gearbeitet zu haben. Bei dem vorgelegten Reisepaß handelte es sich um eine MfS-Totalfälschung, nur die Reisepaßnummer war echt. Bei dieser Nummer handelte es sich um einen Reisepaß aus dem Jahr 1963, ausgestellt vom Kanadischen Konsulat für eine deutsche Hausfrau namens Olga Jatz, geborene Witt, Jahrgang 1906, die bereits jahrzehntelang in Kanada lebte. In Budenheim bei Mainz erhielt die nun so heißende Ursula Richter „echte Personaldokumente“ von westdeutschen Behörden sowie Steuer- und Versicherungsunterlagen.[146] Damit war die erste Etappe der Einschleusung für den DDR-Nachrichtendienst erfolgreich beendet. Auftragsgemäß schloß sich nun eine zweijährige sogenannte Legalisierungsphase für Ursula Richter – wir bleiben im folgenden bei diesem

[144] Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 41, 42.

[145] Vgl. ebenda, Bl. 42.

[146] Vgl. Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 43; Wesentliche Ergebnisse der Ermittlungen des Bundeskriminalamtes, 1993, in: ebenda, Ger. Rep. 515/496, Bl. 26.

Namen – an. In dieser Zeit hatte sie kaum Kontakt zum MfS und keine Aufträge zu erfüllen. Das Bundeskriminalamt (BKA) faßte 1993 diesen Vorgang zusammen: „Die Beschuldigte ist mit der Falschidentität im Auftrag des MfS der DDR in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust worden. Wie die Erfahrung […] zeigt, stattete das MfS seine in der Bundesrepublik operierenden Agenten häufig mit den biographischen Daten existierender Personen aus, die vor dem Mauerbau 1961 aus der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelt waren, hier oder im westlichen Ausland über einen längeren Zeitraum Wohnsitz nahmen, ein Arbeitsverhältnis begründeten, dann aber aus unterschiedlichen Gründen in die DDR zurückkehrten. Die Personaldaten solcher Rückkehrer werden vom MfS ausgewertet […], der Agent erhält dann eine Legende, die dem bisherigen Lebenslauf des Rückkehrers angepaßt wird. […] Die Art der Schleusung mit einer fiktiv dem Übertritt in der Bundesrepublik vorgeschalteten Legalisierungsphase im westlichen Ausland ist nach dem 13. August 1961 häufig vom MfS angewandt worden."[147]

Ursula Richter wechselte 1965 mehrfach ihren Wohnsitz, bis sie im Oktober 1965 nach Bad Godesberg in die Theodor-Litt-Straße zog. 1965 und 1966 arbeitete sie als Bedienung in der Waldschenke „Schöne Aussicht" in Budenheim, als Hausangestellte des Bonner Kaufhausinhabers BLÖMER und als Hausangestellte einer Bonner Augenarztfamilie.[148] Die Legende über den Lebenslauf der Ursula Richter, die die Staatssicherheit für sie angepaßt hatte, sah nun dergestalt aus: Geboren 1933 in Wittenberg als einzige Tochter des Ehepaars Wilhelm und Emma Richter, die sich früh scheiden ließen und beide 1955 starben. Die leiblichen Eltern habe Ursula Richter nicht kennengelernt, sie wuchs von 1934 bis 1949 bei Pflegeeltern und im Kinderheim in Bad Schmiedeberg, südlich von Wittenberg, auf. Danach besuchte sie eine Haushaltsschule und von 1950 bis 1966 arbeitete sie in verschiedenen Privathaushalten. Am 16. August 1951 habe sie die „Ostzone" verlassen.[149] Wichtig an der Lebenslauf-Legende für Ursula Richter war, daß sie ganz offiziell und nachvollziehbar keine familiären Kontakte mehr in die DDR hatte und seit vielen Jahren bereits in der Bundesrepublik lebte.

Die erste Tätigkeit von Ursula Richter, die sie auch nachrichtendienstlich nutzte, war ihre Arbeit als Vertriebsleiterin bei der Katholischen Nachrichtenagentur in Bonn vom 15. Juni 1966 bis 30. September 1972. Der Auftrag des DDR-Staatssicherheitsdienstes an ihre Agentin hatte bei der Einschleusung in die Bundesrepublik allgemein gelautet, eine nachrichtendienstlich interessante Tätigkeit im Bonner Raum zu finden, und das MfS war mit dieser Anstellung einverstanden.[150] Als Leiterin der Abteilung Versand und Vertrieb gehörte zu Ursula Richters Aufgaben die Herstel-

[147] Wesentliche Ergebnisse der Ermittlungen des Bundeskriminalamtes, 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/496, Bl. 26, 27.

[148] Vgl. Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 8. Juli 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498.

[149] Vgl. Lebenslauf Ursula Richter vom 3. Juli 1972: Zur Verfügung gestellt: Bestand Personalunterlagen des BdV in Bonn.

[150] Vgl. Fortsetzung der Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 20.

lung der Informationsbroschüre „Katholische Nachrichtenagentur-Dienst“, der postalische Versand des Dienstes, die Betreuung aller ein- und ausgehenden Post sowie die Personal- und Materialdisposition. Ursula Richter hatte jederzeit Zugang zu den Redaktionsräumen der Katholischen Nachrichtenagentur in Bonn. Sie selbst sagte über diese Arbeitsstelle aus: „Für das MfS sollte ich all die Informationen beschaffen, an die ich heran kam. Es handelte sich hierbei vorwiegend um Publikationen, die über die Lage der Kirche im In- und Ausland Aufschluß gaben. […] Die Verbringung der […] Unterlagen erfolgte mittels Zug-Toten-Briefkasten in die DDR. […] Die Kopien [wurden] etwa alle 14 Tage im Waschraum eines bestimmten Zuges von mir deponiert.“[151] Das Bundeskriminalamt mutmaßte 1993 über die Spionagetätigkeit der Ursula Richter ein: Die Betreuung des Postverkehrs sowie die Kenntnis aller Kundenanschriften der Katholischen Nachrichtenagentur im westlichen und vor allem im östlichen Ausland, zum Teil auch das Wissen der Deckanschriften im Osten ergaben für Ursula Richter vielfältige Möglichkeiten, um Informationen an das MfS weiterzuleiten.[152]

Anfang 1967 lernte Ursula Richter in Bonn den Monteur Lorenz Betzing, geboren am 27. November 1930 in Andernach, kennen.[153] Es entwickelte sich ein enges Verhältnis zwischen beiden, sie lebten von 1970 bis April 1977 zusammen und blieben auch danach freundschaftlich verbunden. Ursula Richter warb Betzing 1968 als Agent für das Ministerium der Staatssicherheit der DDR an und „führte“ ihn, wie es im Geheimdienstjargon hieß.[154] Aus Lorenz Betzing wurde IM „Schaller“. Betzing arbeitete von 1964 bis 1968 als Monteur für Lüftungs- und Klimaanlagen auf der Baustelle „Regierungsbunker“ in Marienthal/Ahr – einer Bunker-Anlage, die im Falle eines Atomkrieges die politische Führung der Bundesrepublik beherbergen sollte. Er verriet seine Detailkenntnisse über die Baupläne der Anlage dem MfS. Von 1968 bis 1973 arbeitete Betzing als Fahrstuhlmonteur im Hochhaus des Deutschen Bundestages in Bonn, „Langer Eugen“ genannt, und knüpfte Kontakte zu Mitarbeitern von Bundestagsabgeordneten, die er dann auch mit Ursula Richter bekannt machte. Unter anderem waren dies ein Assistent des Bundestagsabgeordneten Paul Neumann (SPD), eine Mitarbeiterin des damaligen SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt sowie ein Mitarbeiter des Abgeordneten Rudolf Hauck (SPD).[155] Danach war Betzing noch als Handwerker beim US-Labour-Service in Karlsruhe angestellt, anschließend bei einem privaten Wachdienst in Bonn für die Bewachung sicherheitsempfindlicher

[151] Ebenda, Bl. 21.

[152] Vgl. BKA: Wesentliche Ergebnisse der Ermittlungen, 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/496, Bl. 17.

[153] Lorenz Betzing (1930–2004). Vgl. in: http://de.wikipedia.org/wiki/Lorenz_Betzing .

[154] In den MfS-Unterlagen von 1985 hieß es: Lorenz Betzing wurde als „IM Schaller“ 1968 auf „politisch-ideologischer Basis“ für das MfS geworben und „hat seit dieser Zeit aktiv mit unterschiedlichen Ergebnissen mit dem MfS zusammengearbeitet. Die Grundlagen für die Werbung wurden durch die von uns übersiedelte IM ‚Kern‘ [Ursula Richter alias Erika Reißmann] erarbeitet. Diese führte ‚Schaller‘ dem MfS zur Werbung zu. Zu beachten ist, daß ‚Schaller‘ von 1967–1976 mit IM ‚Kern‘ in Ehegemeinschaft zusammenlebte.“ IM Schaller, 26. Juli 1985, in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 10.

[155] Vgl. BKA: Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen, 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/496, Bl. 18.

Bundeswehrobjekte eingesetzt und von 1980 bis 1985 als Bote beim Bundeswehrverwaltungsamt in Bonn-Beul tätig.[156] Sein Insider-Wissen wird er nach Ost-Berlin verraten haben. Ursula Richter verweigerte nach 1990 jede Aussage über Betzing. In einem gesonderten Ermittlungsverfahren der Generalbundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe wurde gegen Lorenz Betzing in den 1990er Jahren ermittelt und ein Verfahren eingeleitet.

Im Oktober 1972 bewarb sich Ursula Richter auf eine ausgeschriebene Stelle bei der Bundesgeschäftsstelle des Bundes der Vertriebenen in Bonn. Das MfS hatte sie animiert, sich nach einer neuen Arbeitsstelle umzusehen, da die Katholische Nachrichtenagentur nicht mehr sonderlich interessant erschien. Beim BdV begann die Richter als Schreibkraft in der Buchhaltung. Von 1972 bis 1985 arbeitete sich Ursula Richter durch Fleiß, Sorgfalt und Zuverlässigkeit hoch, bis sie eine Vertrauensstelle beim Generalsekretär, also bei der Geschäftsleitung des BdV, ausübte.[157] Nach Aussagen der Ursula Richter war die Staatssicherheit in erster Linie an den BdV-Sitzungsprotokollen, den Wirtschaftsplänen und an BdV-Stellungnahmen zu aktuellen Themen der Ostpolitik interessiert.[158] Ab diesem Zeitpunkt wechselte die Zuständigkeit für die Agentin „IM Kern" von der MfS-Bezirksverwaltung Gera auf die Hauptverwaltung Aufklärung, Abteilung II, der MfS-Zentrale in Ost-Berlin.[159]

Der Bund der Vertriebenen war in den 1970er Jahren sicher ein politisch interessantes Ausspähungsobjekt für den ostdeutschen Nachrichtendienst. Nach den Aussagen der Ursula Richter und den Ermittlungen des Bundeskriminalamtes in den 1990er Jahren erhielt das MfS Kenntnis über alle mit dem Haushalt des BdV in Zusammenhang stehenden Fragen, die der BdV-Generalsekretär zu verantworten hatte. Die MfS-Agentin war in den 13 Jahren beim BdV „verantwortlich für die gesamte buchhalterische Abwicklung der finanziellen Angelegenheiten des BdV, erarbeitete den Wirtschaftsplan und war auch für die Personalbearbeitung zuständig. Sie hatte Einblick in alle anfallenden Vorgänge und Zugang zu allen Akten einschließlich der Personalakten, kannte die Protokolle der Präsidiumssitzungen und wußte von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Präsidiums. Im Laufe der Zeit erlangte sie bei ihren Vorgesetzten, Kollegen und Kolleginnen eine besondere Vertrauensstellung. [Ursula Richter] war aufgrund ihrer Position in der Lage, ihrer geheimdienstlichen Führungsstelle umfassende und vollständige Informationen über den BdV zu geben. Sie konnte u. a. Präsidiumsmitglieder und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle charakterisieren sowie geplante politische Aktivitäten und die finanziellen Verhältnisse des BdV mitteilen."[160]

156 Vgl. Lorenz Betzing, Im Regierungsbunker, in: Kundschafter im Westen, S. 355–359.

157 Vgl. Ermittlungen am Arbeitsplatz der Beschuldigten, 19. August 1985, in: LA NRW Ger. Rep. 515/489, Bl. 41–43.

158 Vgl. Fortsetzung der Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 22, 23.

159 Vgl. Wiederaufnahme, 24. September 1990, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497.

160 BKA: Wesentliche Ergebnisse der Ermittlungen, 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/496, Bl. 21, 22; vgl. Fortsetzung der Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 22–24.

Die nacheinander amtierenden BdV-Generalsekretäre Dr. Hans Neuhoff, Klaus Graebert und Hugo Rasmus[161], unter denen Ursula Richter gearbeitet hatte, und der seit 1970 im Amt befindliche Präsident des Bundes der Vertriebenen Herbert Czaja beschrieben und beurteilten den möglichen Umfang des Geheimnisverrats der Ursula Richter 1985 so: Sie hatte Kenntnis über alle Personal-Interna, Namen, beruflicher Werdegang, Bezahlung, private Stärken und Schwächen, private und persönliche Verhältnisse, Meinungsverschiedenheiten in der BdV-Spitze bzw. der Führungsriege der Landsmannschaften usw. Sie konnte jederzeit Materialien über alle BdV-Landesverbände und Landsmannschaften beschaffen. Sie war informiert über die regelmäßigen Ausarbeitungen der BdV-Spitze „Zur politischen Lage“, die die ost- und deutschlandpolitische Meinungsbildung der Vertriebenenverbände betraf. Sie hatte Wissen über die Haltung des BdV zu innen- und außenpolitischen Ereignissen, über die Stellung des BdV zu den Kirchen, zur Bundesregierung und zum Bundestag sowie zu einzelnen Politikern und Abgeordneten. Sie konnte fortwährend politische Entscheidungen aus Gesprächen und Protokollen entnehmen, zu denen sie zwar offiziell keinen Zugang hatte, den sie sich aber im Rahmen ihrer Tätigkeit beschaffen konnte. Die BdV-Spitze und das 19 Mitarbeiter umfassende Generalsekretariat waren überzeugt, daß Ursula Richter besonders detaillierte Einblicke in alle den BdV und die ostdeutschen Landsmannschaften betreffenden Finanzfragen hatte. Sie war beteiligt an der Erstellung der Haushalts- und Wirtschaftspläne, sie wußte konkret von der Finanzierung des BdV durch öffentliche Mittel, über Mitgliedsbeiträge und kannte das Spendenaufkommen und sie war über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel in vollem Umfang informiert. Sie hatte Zugang zu Lastenausgleichsunterlagen und konnte an allgemeine Formulare, Musterblätter, Vordrucke kommen. Ihr sehr gutes persönliches Verhältnis zu allen Generalsekretären machte es zudem möglich, daß sie über alle wesentlichen Beschlüsse der Verbandsorgane – Präsidium, Bundesvorstand und Bundesversammlung der BdV – sowie über die Politik des Verbandes allgemein und im speziellen unterrichtet war.[162] Der BdV-Präsident Czaja meinte zum Fall Ursula Richter noch, daß zwar keine sicherheitsrelevanten Unterlagen im Sinne von Verschlußsachen beim BdV angefallen seien, sich aus dem vorhandenen Schriftverkehr aber durchaus Informationen sammeln ließen, die die Auswirkungen der ostpolitischen Aktivitäten und Begebenheiten auf der innerstaatlichen Ebene sichtbar machten.[163] Das Bundes-

[161] Dr. Hans Neuhoff, bis 1978 BdV-Generalsekretär, verstorben 1978.
Klaus (Karl-Friedrich?) Graebert (Jg. 1919), Berufsoffizier, Oberst i. G. der Reserve, war BdV-Generalsekretär von 1979 bis Ende 1984. Vgl. Zum Wesen, zu den Funktionen und Methoden revanchistischer Landsmannschaften, 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 110.
Den BdV-Generalsekretären Neuhoff und Graebert wird eine NSDAP-Mitgliedschaft (1940 bzw. 1938) nachgesagt. Vgl. Hans Michael Kloth, Klaus Wiegrefe, Unbequeme Wahrheiten, in: Der Spiegel 2006, S. 48.
Hugo Rasmus, 1925 in Bromberg/Westpreußen geboren, war ab 1985 Generalsekretär des BdV.

[162] Vgl. Befragung von Dr. Herbert Czaja (MdB), 21. August 1985; Befragung von Michaela Hriberski, 19. August 1985; Befragung von BdV-Generalsekretär Hugo Rasmus, 27. August 1985, in: LA NRW Ger. Rep. 515/489, Bl. 41–43, 72, 73, und Ger. Rep. 515/490, Bl. 38–40.

[163] Vgl. Befragung von Dr. Herbert Czaja (MdB), 21. August 1985, in: LA NRW Ger. Rep. 515/489, Bl. 74; Schlußbericht des BKA Meckenheim, 26. Juni 1992, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497.

kriminalamt war in den 1990er Jahren davon überzeugt gewesen, daß Ursula Richter für den Auslandsnachrichtendienst der DDR eine durchaus wertvolle Quelle zur Beschaffung von Informationen zur Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik gewesen war.[164]

Im Jahr 1980 erkrankte Ursula Richter schwer, ihr mußte das linke Bein, ein sogenanntes Raucherbein, amputiert werden. Seitdem trug sie eine Beinprothese und mußte zwei Unterarmstützen zum Laufen benutzen.[165] Da diese körperliche Behinderung ihre Spionagetätigkeit beeinträchtigte – sie konnte von da an die gefertigten Filme nicht mehr in die „Toten Briefkästen" in Züge verbringen –, ging der Umfang der beschafften geheimdienstlichen Informationen deutlich zurück. Nach Aussagen ihrer damaligen MfS-Kontaktpersonen sah man von 1981 an in Ursula Richter mehr einen Sozialfall, für den man sorgen müßte als eine Top-Agentin in Bonn. Zeitweilig habe man in Ost-Berlin erwogen, Ursula Richter aus dem „Operationsgebiet abzuziehen".[166] Obwohl die Kollegen von Ursula Richter beim BdV später aussagten, „man habe sie wegen ihrer lebendbejahenden, fröhlichen Art trotz der Behinderung bewundert, die sie sichtlich beeinträchtigte"[167] – schien Ursula Richter mit der Situation doch nicht so gut zurechtgekommen zu sein, wie es nach außen hin schien. In Ost-Berlin machte man sich Gedanken wegen ihres Alkoholproblems und stärker werdender Depressionen.[168] Aber Ursula Richter blieb zunächst in Bonn und beim Bund der Vertriebenen tätig.

Die MfS-Agentin Richter sagte über die Art und Weise der Verbringung ihrer Spionagematerialien in die DDR beim Bundeskriminalamt selbst aus. Sie erinnerte sich: Da die Unterlagen aus der BdV-Zentrale umfangreich waren, nahm sie diese mit nach Hause zum Abfotografieren. Alle zwei bis drei Wochen hatte sie damit zwei bis vier Filme voll und versteckte die unentwickelten Filme in sogenannten rollenden Toten Briefkästen, also in Zügen. Hinzu kamen vierteljährliche Treffen mit Instrukteuren und Kurieren zur Übergabe von Kopien und Berichten in der näheren und weiteren Umgebung von Bonn, u. a. also in Köln, Aachen und Brüssel, niemals aber in Bonn.[169] Regelmäßig fanden jährliche Treffen mit dem MfS-Führungsoffizier statt. Dazu nutzte Ursula Richter Urlaubsreisen, Kuraufenthalte oder Kurzausflüge bzw. Besuchsreisen zu Freunden. Während ihrer gesamten Geheimdiensttätigkeit sei Ursula Richter, nach ihrer eigenen Aussage, von acht bis zehn verschiedenen Offizieren der Staatssicherheit „geführt" worden.[170] Nachzuvollziehen waren nachrichtendienstliche Treffs

[164] Vgl. Beurteilung des Sachverhalts durch das BKA, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497.
[165] Vgl. Zeugenbefragung einer Freundin der Beschuldigten, Christel Dierks – diese war übrigens für den Bundestagsabgeordneten Herbert Czaja tätig –, 18. August 1985, in: LA NRW Ger. Rep. 515/489.
[166] Vgl. Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf 1993, in: Landesarchiv NRW Ger. Rep. 515/500, Bl. 23.
[167] Zeugenbefragung von Christel Dierks, 18. August 1985, und von Michaela Hriberski, 19. August 1985, in: LA NRW Ger. Rep. 515/489.
[168] Vgl. Zeugenvernehmung der ehemaligen MfS-Instrukteurin Gerlinde Garau, 1992, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497.
[169] Vgl. Fortgesetzte Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 24.
[170] Vgl. BKA-Schlußbericht aus Meckenheim, 29. Juni 1992, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497.

1971 während eines Urlaubs auf Ibiza, in den Jahren 1975 bis 1978 jeweils während des Sommerurlaubs in Eforie Nord in Rumänien am Schwarzen Meer, 1977 und 1978 traf sie sich auch in West-Berlin mit ihrem MfS-Führungsoffizier, im September 1979 sowie jeweils im Sommer 1982 bis 1985 in Hevez am Balaton in Ungarn. Treffen in Geheimdienstmission fanden auch statt in Stockholm, Helsinki, Linz, Wien und in Hamburg sowie 1982 in Kopenhagen.[171]

Ursula Richter, alias Erika Reißmann, betonte immer, sie habe ihre Arbeit für das Ministerium für Staatssicherheit aus „absolut innerer Überzeugung“[172] ausgeführt. Damit verbunden war, daß sie bestritt, für ihre nachrichtendienstliche Tätigkeit außer einer Aufwandsentschädigung Geld erhalten zu haben. Diese Aussage war wenig glaubhaft und entsprach nicht den damaligen Gepflogenheiten. Nach 1990 war jedoch nicht mehr im einzelnen nachzuvollziehen, wie hoch die Zahlungen für die Spionagetätigkeit insgesamt gewesen waren. Ursula Richter gab an, bei ihren vierteljährlichen Treffen mit dem MfS-Instrukteur jeweils einen Betrag zwischen DM 300 und DM 500 entgegengenommen zu haben.[173] Das Bundeskriminalamt ermittelte 1991 für die erste Hälfte der 1980er Jahre Summen auf dem Bankkonto der Ursula Richter, deren Herkunft undurchsichtig war.[174] Konkret ging es um größere Einzahlungen wie im Dezember 1983 DM 7000, im März 1984 DM 5000, im Juni 1984 DM 10 000 sowie nochmals DM 6000, im November 1984 weitere DM 4000, im Februar 1985 DM 4000 und im April 1985 DM 4000. Einige der hohen Geldsummen in diesen Jahren dürften weniger Agentenlohn als vielmehr soziale Unterstützung des MfS für seine Agentin gewesen sein. Ursula Richter räumte ein, Teile der Beträge für die Anschaffung eines behindertengerechten Bettes und für eine neue orthopädische Beinprothese benötigt zu haben.[175] Nach Aussagen einer MfS-Instrukteurin dürfte in etwa ein monatlicher Agentenlohn von DM 1000 vom MfS an Ursula Richter geflossen sein.[176]

Die tatsächlichen Motive von Ursula Richter, sich als Agentin für den DDR-Nachrichtendienst anwerben zu lassen und in die Bundesrepublik zu gehen, müssen wie in vielen anderen Fällen spekulativ bleiben.[177] Letztlich wird es eine Mischung und un-

[171] Vgl. Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 8. Juli 1991; Wesentliches Ermittlungsergebnis, 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, und 515/496, Bl. 22, 23.

[172] Erika Reißmann am 8. Juli 1991: „Ich bin im Elternhaus in kommunistischer Hinsicht erzogen worden. […] Ich bin aus ideologischer Überzeugung eine Mitarbeitertätigkeit mit dem MfS eingegangen. Damals herrschte der Kalte Krieg, und ich war davon überzeugt, durch meine Tätigkeit für den Frieden etwas tun zu können.“ In: Beschuldigtenvernehmung, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498.

[173] Vgl. Fortgesetzte Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 24.

[174] Unter anderem gab es viele Ein- und Auszahlungen auf ihrem Konto der Bayrischen Vereinsbank, die suggerierten, die Richter wäre eine Liebhaberin und Sammlerin von alten Münzen gewesen, was nachweislich nicht den Tatsachen entsprach. Zwischen 1979 und 1984 handelte es sich um DM 11 000, deren Herkunft ungewiß war. Vgl. Beschlagnahmte Kontounterlagen 1985, in: LA NRW Ger. Rep. 515/491.

[175] Vgl. Fortgesetzte Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498, Bl. 24, 25.

[176] Vgl. Zeugenvernehmung der ehemaligen MfS-Instrukteurin Gerlinde Garau, 1992, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497.

[177] Vgl. Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 251–295.

terschiedliche Gewichtung verschiedener Beweggründe gewesen sein: Mehr oder weniger ausgeprägte politische Überzeugung, persönliche Aufwertung, Geltungsdrang und Abenteuerlust. Motive materieller Art dürften in diesem Fall eher zweitrangig gewesen sein, aber auszublenden sind sie nicht.[178] Wie hätte das materielle Leben einer Erika Reißmann in der DDR ausgesehen – einer Sachbearbeiterin in einer ostdeutschen Bezirksstadt? Und wie sah hingegen das Leben der Ursula Richter, einer Buchhalterin in Bonn mit PKW, monatlichen nicht unbedeutenden Geldzuwendungen und vielfachen Treff-Reisen ins europäische Ausland aus?

Die Spionagetätigkeit der Ursula Richter endete abrupt am Sonnabend, den 17. August 1985. Eigentlich hatte sie eine einwöchige Urlaubsreise zu einer Bekannten nach Hamburg geplant. In der Nacht vom 16. zum 17. August 1985 erhielt Ursula Richter einen Telefonanruf, ein im Geheimdienstmetier für den Notfall einer drohenden Enttarnung verabredetes Telefonat. Am 17. August gegen 11 Uhr, fuhr sie mit ihrem Privatauto von Bonn über die Transitautobahn in Richtung Berlin zur Autobahnraststätte Michendorf bei Berlin. Dort wurde sie von einem MfS-Mitarbeiter in Empfang genommen und in einem Objekt der Staatssicherheit untergebracht. Man habe ihr dort mitgeteilt, daß sie in Bonn kurz vor der Enttarnung stand und daher aus dem „Operationsgebiet" abgezogen worden sei.[179] Eine Vorwarnung über das bevorstehende Ende ihrer nachrichtendienstlichen Tätigkeit in der Bundesrepublik hatte es nicht gegeben, obwohl Ursula Richter meinte, daß sie das Gefühl gehabt hatte, seit dem Frühjahr 1985 unter Beobachtung zu stehen. Dieses habe sie auch ihrem Führungsoffizier mitgeteilt.[180] Ursula Richter hatte sich bei ihrer Vermutung nicht geirrt. Ihr ehemaliger Lebensgefährte Lorenz Betzing mußte sich übrigens zur selben Zeit nach Ost-Berlin absetzen. Wie war es zu dieser drohenden Enttarnung im Frühjahr/Sommer 1985 gekommen? Die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS führte seit 1963 das DDR-Ehepaar Horst und Gerlinde Garau als „Inoffizielle Mitarbeiter". Die beiden Pädagogen aus Cottbus wurden als „Einsatzkader für das Operationsgebiet" entwikkelt, d. h. die Staatssicherheit bildete sie aus als Reise-Kader, als sogenannte Instrukteure, die in und durch die Bundesrepublik bzw. durch Westeuropa und das sozialistische Ausland zu fahren hatten, um den Kontakt zwischen MfS-Agenten in der Bundesrepublik und der Zentrale in Ost-Berlin zu halten. Beide kamen ab 1964 zum Einsatz.[181] 1976 führte Horst Garau als „IM Günter" einen MfS-Auftrag in der Bundesrepublik aus und offenbarte sich dort dem Bundesverfassungsschutz. Zwei Jahre später folgte ihm auf diesen Weg seine Frau. In den Akten des Staatssicherheits-

[178] Die ehemalige MfS-Instrukteurin Gerlinde Garau meinte, Erika Reißmann habe nur des Geldes und der persönlichen Aufwertung wegen nachrichtendienstlich für das MfS gearbeitet. Ein politisches Motiv sah sie nicht. Inwiefern eine ehemalige „Kollegin" der Reißmann glaubwürdig ist, kann nicht gesagt werden. Vgl. Zeugenvernehmung, 1992, in: LA NRW Ger. Rep. 515/499.

[179] Vgl. Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 8. Juli 1991, in: LA NRW Ger. Rep. 515/498.

[180] Vgl. Fortgesetzte Beschuldigtenvernehmung der Erika Reißmann, 23. Oktober 1991; Wesentliche Ermittlungsergebnisse, 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/496, Bl. 24 und 515/498, Bl. 34.

[181] Horst Garau (1939–1988), „IM Günter", und Gerlinde Garau (Jg. 1936), „IM Harry". Vgl. Kurzauskunft, persönliche und berufliche Entwicklung, operative Entwicklung über Horst und Gerlinde Garau, 26. Juli 1985, in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 4–7.

dienstes las sich dies so: „Seit dieser Zeit wurde IM ‚Günter‘ durch den Gegner als Doppelagent gegen das MfS geführt. 1982 erhielten wir Kenntnis von der Verratshandlung“ von Horst und Gerlinde Garau. Das MfS unternahm zunächst nichts gegen beide, um seine Spionage-„Quellen“ in der Bundesrepublik nicht zu gefährden.[182] Die MfS-Quelle in der Bundesrepublik, die die beiden Doppelagenten in Ost-Berlin enttarnte, war Klaus Kuron.[183]

Horst und Gerlinde Garau verrieten die MfS-Agenten Ursula Richter und Lorenz Betzing Mitte April 1985 beim bundesdeutschen Verfassungsschutz.[184] Das Ehepaar Garau erhielt Kenntnis von der Existenz der beiden MfS-Agenten Richter und Betzing in der Bundesrepublik, als sie für eine Instrukteurreise durch das „Operationsgebiet“ zum Jahresbeginn 1985 darüber instruiert wurden.[185] Bis zu diesem Zeitpunkt also hatte der Verfassungsschutz kein Wissen von Richters und Betzings Agententätigkeit. Der Doppelagent Garau offenbarte übrigens seine Informationen dem bundesdeutschen Nachrichtendienstbeamten Hansjoachim Tiedge.[186] Tiedge, im Bundesamt für Verfassungsschutz Köln (ausgerechnet) für die Abwehr der DDR-Spionage zuständig, wechselte am 19. August 1985 die Seiten. Er trat zum DDR-Ministerium für Staatssicherheit über und verriet bei der HV A in Ost-Berlin sein gesamtes Wissen über das BfA.[187] Im Zusammenhang mit der Flucht Tiedges flogen in der Bundesrepublik im gleichen Monat mehrere Spionagefälle – öffentlich bekannt geworden als „Sekretärinnenaffäre“ – auf. Anfang August 1985 hatte sich Johanna Olbrich (alias Sonja Lüneburg), die Sekretärin des Bundeswirtschaftsministers Martin Bangemann, in die DDR abgesetzt, ebenso die Sekretärin Margarete Höke, die im Bundespräsidialamt beschäftigt war. Nach Ost-Berlin flüchteten, wie gesagt, Ursula Richter und Lorenz Betzing. In der DDR wurde am 20. August 1985 der Doppelagent Horst Garau verhaftet und zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt. Er soll sich 1988 im MfS-Gefängnis Bautzen das Leben genommen haben. Für den Überläufer und ehemaligen Verfassungsschützer Hansjoachim Tiedge erfand die HV A die Legende, er sei bereits viele Jahre als MfS-Agent tätig gewesen, um die eigenen Topagenten, wie beispielsweise Tiedges Kollegen beim BfV Klaus Kuron, nicht zu gefährden.[188] Das waren die

[182] Vgl. Einschätzung der Verratshandlungen der IM „Günter“ und „Harry“, 26. Juli 1985, in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 6, 7.

[183] Vgl. Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 336.
Klaus Kuron (Jg. 1936), war bis 1990 Mitarbeiter des Bundesverfassungsschutzes. Im Oktober 1981 bot er sich als Agent der HV A des DDR-MfS an. Er war eine Spitzenquelle des MfS. Im Oktober 1990 stellte er sich den Bundesbehörden, er wurde vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu 12 Jahren Haft verurteilt und 1998 auf Bewährung entlassen. Vgl. http://de wikipedia.org/wiki/Klaus_Kuron.

[184] Vgl. Verratshandlungen des IM „Günter“, 26. Juli 1985, in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 9, 10,

[185] Vgl. HV A: Ermittlungsvorgang Garau, 15. November 1985, in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 62–74.

[186] Hansjoachim Tiedge (Jg. 1937), seit 1966 im Dienste des BfV in Köln, 1985–1990 in der DDR, dann KGB-organisierte Flucht in die Sowjetunion, lebt bis heute abgeschottet bei Moskau.

[187] Vgl. Natürlich bin ich ein Verräter. Ex-Verfassungsschützer Hansjoachim Tiedge über seine Flucht in die DDR und sein Leben in Rußland, in: Der Spiegel, 49/1993, S. 97–105.

[188] Vgl. MfS HA IX: Horst und Gerlinde Garau, 24. Februar 1987, in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 229; „Minister Zimmermann schäumte vor Wut“, in: Volksblatt Berlin, 24. August 1985, S. 3 (bzw. in: BStU MfS GH 60/88, Bl. 239); in: http://de.wikipedia.org/wiki/Hansjoachim_Tiedge.

etwas verwirrenden Umstände und Gründe der überstürzten Flucht der Buchhalterin beim Bund der Vertriebenen, Ursula Richter, am 17. August 1985 aus Bonn nach Ost-Berlin.

Das Verschwinden von Ursula Richter, Lorenz Betzing und den anderen MfS-Agenten sowie natürlich des Überläufers Hansjoachim Tiedge löste im Sommer 1985 einen politischen Skandal in der Bundesrepublik aus. So mußte Heribert Hellenbroich, gerade zum Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) ernannt, zurücktreten, er wurde in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.[189]

Am 24. Oktober 1986 erließ der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs Karlsruhe einen Haftbefehl gegen Ursula Richter. Darin hieß es: „Sie ist dringend verdächtigt, von Dezember 1964 bis 17. August 1985 in Bonn […] für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausgeübt zu haben […]."[190] Der Generalbundesanwalt leitete ein Ermittlungsverfahren ein.[191] Ursula Richter, in die DDR zurückgekehrt und nun wieder Erika Reißmann, hatte Wohnsitz in Berlin-Köpenick genommen und erhielt eine monatliche Invalidenrente von Mark 2718,75 zugesprochen. Eine berufliche Tätigkeit nahm sie in der DDR nicht mehr auf. Den Antrag auf Zahlung der Rente begründete der Stellvertretende MfS-Minister im Oktober 1989 (!) nochmals: „Genossin Erika Reißmann wurde 1964 als Kundschafterin in die BRD übersiedelt. In unterschiedlichen Dienststellen in Bonn hat sie eine Vielzahl von Informationen und Dokumenten erarbeitet, die unserer Partei- und Staatsführung einen nahezu geschlossenen Überblick über die revanchistischen Organisationen der BRD und ihre geplanten Aktivitäten gegen die DDR gaben."[192]

Im Oktober 1990 wurden die Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe wieder aufgenommen. Da Erika Reißmann bereit war, zur Sache auszusagen, und sie ihre geheimdienstliche Agententätigkeit zum überwiegenden Teil einräumte, wurde zunächst der Haftbefehl am 12. November 1990 aufgehoben. Nach zweieinhalbjährigen Ermittlungen und verschiedenen Aussagen der Beteiligten wurde das Verfahren gegen Erika Reißmann am 12. März 1993 eingestellt. Die Generalstaatsanwaltschaft kam zu der Überzeugung, „daß von der Strafverfolgung […] abgesehen wird, da die Schuld der Beschuldigten als gering anzusehen ist und ein öffentliches Interesse an der Verfolgung nicht (mehr) besteht. […] Die Beschuldigte hat zwar bis 1980 umfangreiches Material dem MfS übermittelt. Nach ihrer in demselben Jahr erfolgten Beinamputation reduzierte sich ihre geheimdienstliche Agententätigkeit jedoch der-

189 Vgl. Hellenbroich hält von Tiedge geführten Agenten für tot, in: Süddeutsche Zeitung, 31. Januar 1986, S. 1, 2; Spionageverdächtige Buchhalterin hat sich in den Osten abgesetzt, in: Der Tagesspiegel, West-Berlin, 21. August 1985; Lorenz B. unter Spionageverdacht, Neue Ermittlungen in der Spionageaffäre. Auch Bekannter Frau Richters verschwunden, in: Süddeutsche Zeitung, 22. August 1985.

190 Vgl. den Haftbefehl, in: LA NRW Ger. Rep. 515/495, Bl. 78, 79.

191 Vgl. Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof 1985; Schlußbericht des BKA, Abteilung Staatsschutz, 19. Februar 1986; Wiederaufnahme, 24. September 1990, in: LA NRW Ger. Rep. 515/489, 490, 492, 497.

192 Stellvertretender MfS-Minister an MfS Abteilung Finanzen: Antrag auf Zahlung einer Invalidenrente, 23. Oktober 1989, in: LA NRW Ger. Rep. 515/497, Bl. 42, 43.

art, daß sie bereits zu diesem Zeitpunkt seitens des MfS als sogenannter Sozialfall behandelt wurde und die ihr übergebenen Geldbeträge ihren Lebensunterhalt sichern sollten, ohne daß hierfür entsprechende Leistungen durch sie erbracht worden sind. […] Die unbestrafte Beschuldigte ist seit 1989 Invalidenrentnerin und hat ein monatliches Einkommen von DM 990.“[193] Einzig das Guthaben von Ursula Richter, alias Erika Reißmann, auf dem Sparbuch der Sparkasse Bonn 1985 von DM 72 000 galt zugunsten der Bundesrepublik als verfallen. Man rechnete es als ihren „Agentenlohn“. Die Kosten des Verfahrens von DM 67 138,51 hatte die ehemalige MfS-Agentin zu tragen, die sie über monatliche Ratenzahlungen von DM 50 beglich und die 1999 als getilgt angesehen wurden.[194] Erika Reißmann starb 2002 in Ost-Berlin.

Etwa Ende 1998, mehr als fünf Jahre nach der Einstellung des Verfahrens gegen Erika Reißmann, war es der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gelungen, die Datensätze des „Systems der Informationsrecherche“ der HV A, genannt SIRA, mit fünf Teildatenbanken zu entschlüsseln. Sie stellen eine wichtige Quelle für den Spionageapparat der DDR dar, und sie decken im wesentlichen den Zeitraum zwischen 1969 bis 1989 ab. Für den Spionagefall der Erika Reißmann bzw. Ursula Richter beim Bund der Vertriebenen war die Teildatenbank 12[195] bedeutsam. SIRA und die Teildatenbanken bestehen aus elektronischen Daten aus den zentralen Stellen der HV A. Sie reflektieren die Informationsflüsse der Spionage in ihrer Gesamtheit über einen langen Zeitraum. In die Datenbank wurden die beschafften Ursprungsinformationen als analysierte, ausgewertete, aufbereitete Information eingegeben – die sogenannte Eingangsinformation – und eine sogenannte Ausgangsinformation gefertigt, gedacht insbesondere für andere MfS-Abteilungen, für „befreundete“ Geheimdienste und als aktuelle Information für Partei und Regierung.[196] Ursprungsdokumente und auch die Ausgangsinformation selbst sind in der Datenbank nicht enthalten. Vereinfacht und bildlich ausgedrückt, ist die SIRA-Datenbank eine Art Bibliothek, von der nur der Katalog erhalten geblieben ist, d. h. man sieht, welche Bücher vorhanden sein müßten, aber die Bücher selbst finden sich nicht.

Die Aussagen, die man aus der SIRA-Datenbank über die Art, Zahl und die Inhalte der Informationen der MfS-Agentin Erika Reißmann, alias Ursula Richter, alias IM „Kern“ aus der Zentrale des Bundes der Vertriebenen in Bonn entnehmen kann, sind folgende: Wann wurde die Information gewonnen, wann beim MfS verarbeitet, von welcher Art – Dokumente, Ausarbeitungen, Briefe usw. – waren diese und welchen Umfang hatten sie. Welche Schlagworte, Länder- und Personenhinweise enthielten

193 Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf, 12. März 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/500, Bl. 23.

194 Vgl. Unterlagen der Sparkasse Bonn und Verfahrenskostenrechnung, 23. Mai 1993, in: LA NRW Ger. Rep. 515/501 und 502.

195 Die Teildatenbank 12 umfaßte Informationen zu außen-, innen-, wirtschafts-, militärpolitischen Vorgängen des „Operationsgebiets BRD“.

196 Vgl. Stephan Konopatzky, Möglichkeiten und Grenzen der SIRA-Datenbanken, S. 120–132; Helmut Müller-Enbergs, „Rosenholz“. Eine Quellenkritik, S. 12–15.
Die Ursprungsinformation wurde nicht eingespeichert, sondern verblieb im Archiv und ist meist nicht überliefert. Die aufbereitete Ausgangsinformation liegt teilweise im Archiv der Behörde vor.

die Nachricht und welchen Titel erhielt die Information. Für die 1980er Jahre lassen sich dann noch die Empfänger der Ausgangsinformation angeben und eine Einschätzung bzw. Bewertung der Information durch die Staatssicherheitszentrale.

Die ersten Spionageinformationen, die „IM Kern" nach Ost-Berlin lieferte, seit diese ihre Tätigkeit zum 1. Oktober 1972 beim BdV aufgenommen hatte, waren:

– Am 12. Februar 1973 traf ein 17 Blatt umfassendes Dokument mit dem Titel „Finanzierung und Haushalt 1972 des Bundes der Vertriebenen" in der MfS-Zentrale ein.
– Am 15. und 16. Februar 1973 folgten ein 34-seitiges und ein 13 Seiten langes Dokument mit dem Titel „Material zum Bund der Vertriebenen – Haushalt und Finanzierung durch das Bundesinnenministerium".
– Am 2. März 1973 wurde eine fünfseitige Analyse bei der HV A verarbeitet mit dem Titel: „Die Haltung des Bundes der Vertriebenen zum Grundlagenvertrag und einige Entwicklungsprobleme dieser Organisation." Als Schlagworte fanden sich: Herbert Czaja, Finanzierung der Deutschen Jugend des Ostens, Beziehungen BRD – DDR.[197]

Die letzten Meldungen, die von „IM Kern" aus Bonn in Ost-Berlin eingingen, sahen so aus:

– Am 24. April 1985 trafen zugleich fünf Meldungen ein: eine 20-Blatt-Dokumentation zur „BdV-Großkundgebung am 28. April 1985", zwölf Seiten einer BdV-Informationsschrift Nummer 1/85, elf Seiten zum „Zahlenmäßigen Nachweis über die Finanzmittel des BdV für das Rechnungsjahr 1984", ein sechsseitiges Protokoll der BdV-Präsidialsitzung vom 27. Februar 1985, vier Seiten „Protokoll der BdV-Präsidialsitzung vom 17. Januar 1985. Alle diese Materialien wurden auch zum sowjetischen Geheimdienst weitergeleitet, die HV A bewertete diese Informationen mit überdurchschnittlich gut.[198] Die letzte von der HV A aufbereitete Nachricht der IM-Quelle-Kern ging am 20. Mai 1985 in Ost-Berlin ein und war betitelt mit „Die finanzielle Lage des Bundes der Vertriebenen". Die Analyse wurde dem DDR-Außenministerium, der SED-Westabteilung der Zentralkomitees und der MfS-Informationsabteilung zugestellt.[199]

Aus der Datenbank der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS ist ersichtlich, daß Ursula Richter aus der Bonner BdV-Zentrale im Zeitraum vom Februar 1973 bis zum April 1985 insgesamt 293 Spionage-Informationen lieferte, die von Inhalt, Umfang und Qualität recht unterschiedlich waren. Dazu kamen 16 weitere Informationen zwischen 1983 und 1985, die auf Ursula Richter zurückzuführen waren. Von ihr stammten auch drei Dokumente aus dem Bereich Formulare/Vordrucke – hier handelte es sich um bundesdeutsche Einkommens-, Lohnsteuer- und Krankenkassen-Vordrucke – und nochmals drei Informationen, die dem Bereich der „Informationen

[197] Vgl. Quelle RGNR. XV/10819/61 (IM Kern), in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7300151, SE7300150 und SE7300147, SA7300750.
[198] Vgl. Quelle RGNR. XV/10819/61 (IM Kern), in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8503088, SE8503089, SE8503090, SE8503091, SE8503092.
[199] Vgl. Quelle RGNR. XV/10819/61 (IM Kern), in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8580114.

für die Gegenspionage“ zuzurechnen waren. Hier handelte es sich um nicht näher bezeichnete Telefonverzeichnisse und Personenhinweise aus dem Bereich des Bundes der Vertriebenen.[200] In den zwölf Jahren ihrer Agententätigkeit im Bereich der Vertriebenenorganisationen kommen somit mindestens 313 Informationen zusammen.

Die Zahl der Informationseingänge bei der HV A und die inhaltlichen Schwerpunkte der Agentenmeldungen von Ursula Richter, „IM Kern“, sollen anhand der folgenden Tabelle ersichtlich zusammengefaßt werden:[201]

Jahr	Zahl der Informationen	Inhaltliche Schwerpunkte
1973	27	– Finanzierung, Haushaltsplan und Finanzen des BdV für1974, – *Analysen und Dokumente über die Stellung des BdV zur Ostpolitik, zu den Verträgen Bonns mit Moskau und Warschau,* – Angaben zur Struktur und Organisation des BdV und verschiedener Landsmannschaften, – Unterlagen der regelmäßig stattfindenden BdV-Präsidiumstagungen
1974	11	– Stellung der Vertriebenenverbände und die Ostverträge bzw. Ostpolitik der Bundesregierung, insbesondere die Verträge mit Prag und Ost-Berlin, – *Materialien der BdV-Präsidiumssitzungen und der Sitzungen der BdV-Ausschüsse,* – Differenzen zwischen BdV und SPD in Finanzierungsfragen, Finanzierung des BdV durch das Bundesinnenministerium (BMI) und BMIB (Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen) 1974/75, – Neue Kulturpolitik des BdV, – Beziehungen zwischen BdV und der CDU/CSU, Briefwechsel
1975	6	– Strukturen, Organisation, Aktivitäten der Landsmannschaften und des BdV, – Öffentlichkeitsarbeit und Kulturpolitik des BdV
1976	6	– BdV-Unterstützung für BRD-Pläne der Familienzusammenführungen von Deutschen aus Polen und der Sowjetunion;
1977	34	– Aktivitäten und Tätigkeit des BdV und der Landsmannschaften, – Protokolle des BdV-Lastenausgleichsausschusses, – Haushalts- und Finanz- und Wirtschaftspläne 1978, – BdV-Kulturpolitik, „Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen“, – Kontakte des BdV-Präsidiums zu CDU/CSU-Führung, – Bonner Ostpolitik, insbesondere Beziehung zur VR Polen, – Protokolle aller BdV-Präsidiumssitzungen, Klausurtagungen des BdV-Bundesvorstands, Mitarbeitertagungen, – Vorbereitungen des BdV für die Konferenz von Belgrad[202], – BdV-Dokumentationen: Verletzung der Menschenrechte im Ostblock

[200] Hier handelte es sich um Eintragungen aus der SIRA-Teildatenbank 13 (Informationen über Regimeverhältnisse im Operationsgebiet) und SIRA-Teildatenbank 14 (Erkenntnisse über gegnerische Nachrichtendienste), deren Eingangsinformation von Ursula Richter stammten und zeitlich zwischen 1982–1985 entstanden.

[201] Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE Systemeingänge, SA Systemausgänge.

[202] In Belgrad fand 1978 die erste KSZE-Nachfolgekonferenz statt, wo eine BdV-Delegation das „Recht auf Heimat“ als allgemeines Menschenrecht propagieren wollte.

1978	40	– BdV-Aktivitäten, BdV-Einschätzungen zur „Politischen Lage“, – Briefwechsel des BdV-Präsidiums 1978 (insb. mit Bundeskanzler Helmut Schmidt u. a. Bundesorganen), CDU/CSU-Parteivorstände, – BdV-Auftreten zur Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz, – Zur „Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen“, – Protokolle der BdV-Präsidiumssitzungen und des Lastenausgleichsausschusses, Organisationsfragen, Mitarbeiterkongreß, – Stellung zur CDU-Dokumentation: „Situation der Spätaussiedler“
1979	25	– Wirtschafts- und Finanzierungsplan 1980, Spendenliste des BdV, – Materialien der BdV-Präsidiumssitzungen, BdV-Landesgruppen- und Geschäftsberichte, – Tätigkeiten und Situation im BdV, Gespräche zwischen BdV-Präsidium und CDU- bzw. CSU-Präsidien
1980	17[203]	– Protokolle der BdV-Präsidiumssitzungen, BdV-Tätigkeitsbericht, – Schriftverkehr BdV-Bundesgeschäftsstelle und Ländergliederungen, – BdV-Finanz- und Wirtschaftspläne 1981
1981	37	– BdV-Wirtschafts- und Haushaltspläne 1982, Finanzprobleme, – Protokolle der BdV-Bundesversammlung, der Präsidiumssitzungen, der Bundesvorstandssitzungen, Jahresbericht, – Tätigkeit und Situation des BdV, Ostdeutsche Kulturarbeit
1982	45	– BdV-Geschäftsführerinformationen, Bundesvorstandsprotokolle, Tätigkeitsberichte, Protokolle der BdV-Präsidialsitzungen, – Materialien des BdV-Arbeitskreises „Oder-Neiße“, – Wirtschafts- und Haushaltsplan für 1983, – Materialien der BdV-Kulturarbeit
1983	28	– BdV-Geschäftsführerinformationen, Präsidialtagungen, Jahresbericht, BdV-Bundesversammlung, – Wirtschafts- und Haushaltsplan für 1984, Finanzierung durch BMIB, – Aktuelle und politische Lage im BdV, – Einflußnahme des BdV auf die neue Bundesregierung
1984	26	– Wirtschaftsplan, Finanzen des BdV für 1985, – Protokolle der Präsidialsitzungen, der Geschäftsführung, Jahresbericht, – Aktivitäten, Kulturarbeit des BdV, Erhöhung der BdV-Wirksamkeit
1985	11	– BdV-Informationsmaterialien, Protokolle von Präsidialsitzungen, – Finanzielle Lage des BdV

Die Zahl der Informationen sagt noch nichts über den Umfang und schon gar nichts über die inhaltliche Bedeutsamkeit für Ost-Berlin aus. Eine Information konnte eine, zehn oder auch bis zu 160 Seiten umfassen. 67 Blatt lang war z. B. das Material aus dem Jahr 1973 mit dem Titel: „SPD-Vorstellungen der Finanzierung des BdV“.[204] „Interne Vorgänge und Finanzprobleme des BdV“, eine Information vom 18. April 1973, war 84 Seiten lang.[205] „Die Haltung des BdV zum Grund[lagen]vertrag [Bonn und Ost-Berlin] und einige Entwicklungsprobleme dieser Organisation“ stammte vom

[203] Fast alle Meldungen tragen das Eingangsdatum 9. und 10. April 1980. Ursula Richter erkrankte in diesem Jahr schwer, ihr wurde der linke Unterschenkel amputiert, sie kehrte erst Anfang 1981 an ihre Arbeitsstelle in die BdV-Zentrale zurück.

[204] Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7300187.

[205] Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7300924.

2. März 1973 und umfaßte fünf Seiten.[206] Der abfotografierte „Brief des Präsidenten des BdV Czaja an den Bundesminister des Auswärtigen Walter Scheel“, datiert vom 3. November 1973, war möglicherweise inhaltsschwer, aber nur drei Seiten lang;[207] Vom März 1974 stammte die 21-Blatt-Information „Über die gemeinsame Beratung der Präsidien der CDU und des BdV vom 4. März 1974“.[208] Für das MfS wertvoll waren die „Korrespondenzen des BdV mit den Bundesministerien für innerdeutsche Beziehungen und für Finanzen zu Finanzierungsfragen des BdV“ von insgesamt 56 Seiten.[209] Auf 144 Blatt kam die Dokumentation „Strukturen und Organisation, Finanzierung und Öffentlichkeitsarbeit der Landsmannschaften und der BdV“ am 6. Februar 1975 in Ost-Berlin an.[210] Sechs Seiten umfaßte die am 24. April 1975 gelieferte Information über „Konzeptionelle Vorstellungen und Aktivitäten der Führung des Bundesverbandes der Vertriebenen“.[211] Die vierseitige Analyse über „Herbert Czaja und die Aktivitäten des BdV in Verbindung mit der Ratifizierung der Vereinbarung VR Polen und BRD am 9. Oktober 1975 durch den Bundestag“ erreichte die HV A am 24. Januar 1976.[212] Sechs Seiten einer Ausarbeitung über die „Aktivitäten und Maßnahmen des BdV zur Durchsetzung ihrer politischen Zielsetzungen gegenüber den Ostblockstaaten“ gingen am 11. Juli 1977 ein.[213] Und sicher war man bei der MfS-Zentrale interessiert an der am 5. März 1979 überstellten zweiseitigen Spenden- und Spenderliste zur finanziellen Unterstützung der Vertriebenenverbände von 1978[214] oder der vierseitige Bericht „Zur aktuellen Situation im Bund der Vertriebenen“ vom 14. Juli 1981.[215]

Wie oben schon angemerkt, kann aus den Angaben der HV A SIRA-Datenbank seit Anfang der 1980er Jahre abgelesen werden, welche Bewertung die Nachrichtendienstzentrale den eingehenden Informationen und Meldungen gab. Die Einschätzungen reichten auf einer Skala von I bis V, wobei I die oberste Priorität, die Top-Nachricht von einer absoluten Spitzenquelle eines Agenten darstellte, die selten vergeben wurde. Die Bewertung II wurde für eine herausragende Information, die III für eine überdurchschnittliche gute vergeben und die V erhielten Nachrichten, die aus öffentlich zugänglichen Quellen wie z. B. Zeitungsartikeln, Nachrichtenmeldungen u. ä. bestanden. Die Agenteninformationen von Ursula Richter aus der Zentrale des Bundes der Vertriebenen wurden von der HV A überwiegend mit III, also von überdurchschnittlich gutem Wert, beurteilt, hin und wieder wurde auch die Einschätzung II vergeben. Als „herausragende Information“, bewertet mit II, befand die HV A den am 8. Februar 1982 übermittelten BdV-Wirtschaftsplan für 1983 und den für 1984, geliefert am 3. Februar 1983, den „Bericht zur Situation im Bund der Vertriebenen“ vom 18. Mai

206 Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA7300750.
207 Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7304473.
208 Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7400596.
209 Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7400959.
210 Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7501364.
211 Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA7501322.
212 Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA7601474.
213 Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA7705404.
214 Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7901514.
215 Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8120431.

1982, die Protokolle der Sitzungen des BdV-Finanzausschusses für alle Jahre[216] oder das zehnseitige „Gesprächsprotokoll vom 10. Oktober 1983 zwischen dem BdV-Präsidenten Herbert Czaja und dem Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann".[217] Von hohem Wert schienen außerdem die regelmäßig in Ost-Berlin vorgelegten Protokolle der BdV-Präsidiumssitzungen und der BdV-Jahresberichte gewesen zu sein.[218]

Die HV A fertigte aus den eingehenden Spionagematerialien Ausgangsinformationen an, die einen Verweis trugen auf den jeweiligen Empfängerkreis.[219] Der konnte verschiedene Abteilungen und Führungsebenen innerhalb des Ministeriums selbst umfassen sowie SED-Spitzenfunktionäre. Aus der HV A-SIRA-Datenbank lassen sich für 1983 bis 1985 verschiedene MfS-gefertigte Ausgangsinformationen nachweisen, die allein auf die Spionageberichte von Ursula Richter, IM „Kern", zurückgehen.[220] Datiert vom 3. Mai 1983 ging beispielsweise eine 7-Blatt-Information „Über die gegenwärtige Lage des Revanchistendachverbandes Bund der Vertriebenen in der BRD" an die SED-Spitzenpolitiker Hermann Axen, zuständig für die „Arbeit nach der BRD" und an Kurt Hager, Chefideologe, Joachim Herrmann, Chefagitator und zuständig für die Medien, Günter Schabowski, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung von Ost-Berlin – alle Genannten waren SED-Politbüromitglieder . Die Meldung ging außerdem an Oskar Fischer, den DDR-Außenminister, sowie an die stellvertretenden MfS-Minister und andere HV A-Abteilungen.[221] Eine dreiseitige „Information über Aktivitäten des BdV zur vertieften Einflußnahme auf die BRD-Regierung" vom 21. Dezember 1983 ging wieder an Hermann Axen, Kurt Hager, Joachim Herrmann und Oskar Fischer sowie an verschiedene MfS-Abteilungen, und je ein Exemplar erhielten die Geheimdienste Polens, der ČSSR, Bulgariens, Ungarns und der Sowjetunion.[222] Im Juni 1984 verschickte die HV A eine sechsseitige Information über die „Zunehmenden nationalistischen und revanchistischen Aktivitäten in der BRD" an den SED-Chef Erich Honecker und an acht weitere SED-Politbüromitglieder, an Willi Stoph (auch Ministerratsvorsitzender), Hermann Axen, Herbert Häber (zuständig für die „Westarbeit"), Kurt Hager, Joachim Herrmann, Egon Krenz (zuständig für Sicherheitsfragen), Günter Schabowski und Werner Kroli-

[216] Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8200885, SE8300838, SE8204341, SE8307236.

[217] Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8309198; auch Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland, S. 517f.

[218] Vgl. z. B. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8401734, SE8408114, SE8408117, SE8503090.

[219] Zwischen 1975 bis 1985 sind zwölf HV A-Informationen über den Bund der Vertriebenen im BStU-Archiv erhalten geblieben, die an die SED-Spitze gegangen sind. Es ist wahrscheinlich, daß die dort verarbeiteten Informationen von der Agentin Ursula Richter stammten. In: BStU MfS HV A 114,119, 124, 67, 81, 69, 84, 79, 14, 24, 27, 35.

[220] Insgesamt sind es in den zweieinhalb Jahren, bis zur Flucht Richters im August 1985, 16 Informationen. Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8350017, SA8350133, SA8350153, SA8350220, SASA8350413, SA8372655, SA8450217, SA8450355, SA8472029, SA8472819, SA8478120, SA8478196, SA8550099, SA8550305, SA8578323 und SA8580114.

[221] Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8350153.

[222] Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8350413.

kowski (zuständig für Wirtschaft/Zahlungsbilanz mit der BRD), an den DDR-Außenminister Oskar Fischer, an die ZK-Westabteilung, verschiedene MfS-Abteilungen und an die „befreundeten Geheimdienste“ in Polen, Ungarn, ČSSR und in der UdSSR.[223] Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Ost-Berlin sowie die Außenministerien in Prag, Warschau, Budapest und Sofia erhielten im Februar 1985 eine HV A-Auskunft über die „Bestrebungen zur Erhöhung der Wirksamkeit der Revanchistenorganisation ‚Bund der Vertriebenen‘“.[224] Die letzte HV A-Ausgangsinformation, die auf den Meldungen der IM „Kern“ basierte, ging am 20. Mai 1985 unter dem Titel „Finanzielle Lage des Bundes der Vertriebenen“ an das Außenministerium und an die SED-ZK-Westabteilung.[225]

Auch wenn nur Teile der Spionage-Unterlagen, die Erika Reißmann aus Bonn nach Ost-Berlin übermittelte, im Archiv der BStU-Behörde zu finden sind und sicher auch nicht alle MfS-Ausgangsinformationen, die auf ihren Materialien beruhten, heute noch vorhanden sein dürften sowie in den meisten Fällen die Dokumente, Analysen und Berichte über die Vertriebenenverbände gegenwärtig nicht konkret der Agentenquelle IM „Kern“ zuzuordnen sind, können die SIRA-Datensätze des MfS einen Eindruck vermitteln, was, wann und in welchem Umfang die MfS-Quelle in der Geschäftszentrale des Bundes der Vertriebenen an Informationen lieferte. Es ist sicher, daß über einen großen Teil der internen Vorgänge im BdV wie Strukturen, Personal, Finanzierung, Aktivitäten, politische Programmatik, interne Meinungsverschiedenheiten und Konkurrenzen, Verflechtungen und Einflußnahme der Vertriebenenverbände auf die Bonner parlamentarischen und Parteigremien das DDR-Staatssicherheitsministerium Kenntnis hatte. Die MfS-Agentin Reißmann wurde zur Informationsbeschaffung benutzt. Eine irgendwie geartete Einflußnahme auf den Bund der Vertriebenen durch sie war nicht nachzuweisen und sicher von Ost-Berlin aus auch nicht vorgesehen.[226] Bei den MfS-Spionagefällen im „Operationsgebiet“ muß deutlich unterschieden werden zwischen Informationsgewinnung und beabsichtigter sowie gelungener Einflußnahme auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen in der Bundesrepublik. Die HV A hatte insgesamt gesehen einen beträchtlichen Einblick in politische Prozesse der Bundesrepublik gehabt, doch ihr Einfluß auf grundsätzliche Entscheidungen war trotz ihrer Bemühungen gering, wenn nicht sogar unbedeutend.[227] Das läßt sich so auf den hier geschilderten Fall übertragen. Die nachrichtendienstliche Tätigkeit der Agentin Reißmann beim BdV gehörte zur sogenannten Westarbeit, zur politischen Spionage der Hauptverwaltung Aufklärung, die rund 19 Prozent am Gesamtfeld der Spionage des MfS ausmachte.[228] Erika Reißmann zähl-

[223] Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8450217.
[224] Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8472819.
[225] Vgl. QUA.RGNR. XV/10819/61, in: BStU MfS HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8580114.
[226] Die zunehmend ablehnende Haltung der bundesdeutschen Gesellschaft gegenüber den Vertriebenenverbänden BdV und Landsmannschaften seit den 1970er Jahren hat wenig mit einem direkten Einfluß des MfS bzw. der SED-Propaganda zu tun, sondern vielmehr mit allgemeinen gesellschaftlichen Umbrüchen in der westdeutschen Gesellschaft seit den 1960er Jahren. Vgl. Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 111ff.
[227] Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Was wissen wir über die DDR-Spionage?, S. 34–71, insbes. 46–53.
[228] Vgl. Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 95ff.

te sicher zu einer wichtigen Quelle für Informationen aus Bonn für die Staatssicherheit, eine Top-Agentin war sie hingegen nicht. Dafür war ihr Einsatzort – der Bund der Vertriebenen – nicht bedeutsam genug für das MfS und die SED-Führung. Jene HV A-Agenten der politischen Spionage, die in exekutiven Führungszentralen – Bundesregierung, Bundesministerien – saßen, in oberen Parteigremien von CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne waren, fanden weitaus größere Aufmerksamkeit bei der DDR-Staatssicherheit in den 1970er und 1980er Jahren.[229]

4. „Revanchistische Offensive“ aus Bonn seit 1982 – Realität oder gezielte SED-Propaganda?

Die DDR-Auslandsaufklärung schätzte die Lage des Bundes der Vertriebenen in der Bundesrepublik im April 1983 nüchtern und sachlich ein: „Führende Vertreter des BdV begrüßten die Regierungsübernahme durch die CDU/CSU […]. Wie aus Einschätzungen leitender Funktionäre des ‚BdV‘ hervorgeht, [haben diese] besondere Erwartungen auf […] eine wirkungsvollere ideelle und materielle Unterstützung durch BRD-Regierungsstellen seit […] der im Oktober 1982 gebildeten und durch die Bundestagswahlen am 6. März 1983 bestätigten CDU/CSU/FDP-Regierung, wobei sie jedoch das – angesichts zahlreicher interner Probleme – begrenzte Gewicht ihrer Organisation überschätzten.“[230] So rational lasen sich die Analysen und Expertisen des Staatssicherheitsdienstes über den „organisierten Revanchismus in der BRD“[231], die in ungewöhnlicher Vielzahl und quantitativ umfangreich zwischen 1983 und 1989 entstanden, in der Regel nicht. Eher war der Eindruck zu gewinnen, daß die undifferenzierten und pauschalen Urteile über und die aggressiven verbalen Angriffe auf den BdV und die ostdeutschen Landsmannschaften in diesem Jahrzehnt wieder zunahmen. Das traf insbesondere auf die Analysen und Einschätzungen der SED-Agitatoren[232] und der MfS-Informationsabteilung, der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe zu, sowie der zuständigen Hauptabteilung XX bzw. auf der Bezirksebene der Abteilungen XX des Ministeriums für Staatssicherheit. Ein realistischeres und objektiveres Bild von der Bedeutung der Vertriebenenverbände und deren tat-

[229] Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Was wissen wir über die DDR-Spionage?, S. 46–55.

[230] HV A-Information über die gegenwärtige Lage des Revanchistendachverbandes „Bund der Vertriebenen“ in der BRD, 18. April 1983, in: BStU MfS HV A24, Bl. 55.

[231] Vgl. Organisierter Revanchismus in der BRD. Arsenal, Rolle und Ziele der Landsmannschaften in der Gegenwart, 2/3, 1984, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 1–35; Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit von Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, Mai 1985, in: BStU MfS JHS 234/85, Bl. 1–58; Zum Wesen, zu den Funktionen und Methoden revanchistischer Landsmannschaften und ihrer Unterorganisationen in der BRD, 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 42–156, und Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ e.V. (BdV), Juni 1989, in: BStU ZAIG 28750, Bl. 52–159.

[232] 1984 erschien eine weitere SED-Propagandaschrift mit altbekannten Vorwürfen und Thesen. Vgl. Werner Flach, Christa Kouschil, Kreuzritter in Trachten. Organisierter Revanchismus und seine Macher, Leipzig 1984.

sächlicher Einflußnahme auf die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik lieferten eher die MfS-Offiziere der Hauptverwaltung Aufklärung[233].

Die SED-Agitatoren waren sich einig in ihrer Beobachtung, daß mit dem Regierungswechsel zur CDU/CSU-FDP-Koalition unter Bundeskanzler Kohl ein echtes Wiederaufleben der sogenannten Revanchistenverbände in der Bundesrepublik stattfand, auch wenn Kanzler Kohl z. B. im Mai 1983 oder im Juli 1983 öffentlich widersprach: „Es gibt in der Bundesrepublik keinen Revanchismus.“[234] In Ost-Berlin teilte man jedoch diese Ansicht nicht. Dort hieß es: „Unbeschadet überstanden die Revanchistenverbände sowohl die entspannungspolitischen 1970er Jahre als auch die 13 Jahre sozial-liberale Koalitionsregierung. Den Revanchistenverbänden weniger nahestehend als die Unionsparteien, nutzten aber die Sozialdemokraten in keiner Weise die Regierungsverantwortung, um wirksam gegen diese Organisationen vorzugehen. Durch die […] Kohl-Regierung bekamen die Revanchistenverbände […] beträchtlichen Aufwind. Sie können sich einer bis dahin nicht dagewesenen materiellen und ideellen Unterstützung erfreuen.“[235] Für Ost-Berlin gehörten Unionsparteien und Vertriebenenverbände als „natürliche Verbündete im Revanchismus“ zusammen. Parallel traf in ihren Augen die Sozialdemokraten eine Mitschuld, in ihrer Regierungszeit nicht konsequent auf die Auflösung von BdV und Landsmannschaften hingewirkt zu haben. „Daß die Ost- und Deutschlandpolitik der sich 1983 gebildeten CDU-CSU-FDP-Regierung an diese Vorstellungen [des Offenhaltens der deutschen Frage] anzuknüpfen vermochte, ist nicht zuletzt auch auf das kontinuierliche Wirken des organisierten Revanchismus unter den sozial-liberalen Regierungen zurückzuführen.“[236]

Als sichtbare Zeichen für den Bedeutungszuwachs und das Erstarken der organisierten Vertriebenen seit 1982/83 listeten die MfS-Funktionäre verschiedene Beobachtungen auf: Unmittelbar nach dem Amtsantritt der Kohl-Regierung hätten hochrangige politische Unterredungen zwischen CDU/CSU-FDP-Regierungsvertretern und Spitzenfunktionären des BdV stattgefunden, wie beispielsweise bereits am 11. Januar 1983 kurz nach dem Regierungswechsel zwischen dem Bundeskanzler und dem Präsidium des BdV, am 15. Februar und am 25. März 1983 zwischen dem Bundespräsidenten Karl Carstens und den Spitzenfunktionären der ostdeutschen Landsmannschaften bzw. der Vertriebenen-Jugendorganisation „Deutsche Jugend des Ostens – Deutsche Jugend Europas“. Zwischen dem Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bzw. der FDP-Spitze und dem BdV-Präsidium fanden Gespräche am 15. Februar

[233] Der MfS-Minister Erich Mielke hatte in einer Weisung von 1985 erneut unterstrichen, daß die „politisch-operative Verantwortlichkeit zu den feindlichen Stellen und Kräften im Operationsgebiet, dem ‚Bund der Vertriebenen‘ und dem ‚Bund der Mitteldeutschen‘“ bei der HV A/II liegt. Vgl. Ost- und Mitteldeutsche Vereinigungen, Mai 1985, in: BStU MfS HA XXII 1254, Bl. 37, 38.

[234] So Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung am 4. Mai 1983 oder am 6. Juli 1983 auf einer Pressekonferenz in Moskau, zitiert in: ND, 7. Juli 1983, S. 1, und Dokumentation: Organisierter Revanchismus in der BRD, 2/3–1984, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 7.

[235] Volker Meißner, Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit der Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, 15. Mai 1985, in: BStU MfS JHS 234/85, Bl. 32.

[236] Organisierter Revanchismus und Ostverträge (1969–1975), von 1983, in: BStU MfS ZKG 3520, Bl. 63.

1983 statt, zwischen dem CDU/CSU-Bundestags-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger am 4. November 1983 bzw. dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Heinrich Windelen[237] und der BdV-Führung am 18. November 1983.[238] Zudem hatte Kanzler Kohl demonstrativ Ende 1982 den letzten Vertriebenenminister (bis 1969 im Amt) Heinrich Windelen[239] als Minister für innerdeutsche Beziehungen in sein Kabinett aufgenommen. Nach jahrelanger Abwesenheit, so MfS und SED, hätten wieder Bundespolitiker als Gastredner an Großveranstaltungen der Landsmannschaften teilgenommen. Zum Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien im Juni 1983 kamen erstmals seit 16 Jahren wieder Bundesminister als Gastredner, das waren Heinrich Windelen und der Vizepräsident des Bundestages Richard Stücklen (CSU)[240]; 1984 besuchte erstmals ein ehemaliges Staatsoberhaupt der Bundesrepublik, Bundespräsident a. D. Karl Carstens, das Pfingsttreffen der Sudetendeutschen. Im September 1984 sprach zum ersten Mal seit 18 Jahren mit Helmut Kohl wieder ein amtierender Bundeskanzler auf dem „Tag der Heimat“ des Bundes der Vertriebenen in West-Berlin. 1985, 40 Jahre nach Kriegsende, erreichten die Besucherzahlen auf Bundestreffen der Landsmannschaften Rekordwerte: Zum Sudetendeutschen Tag in Stuttgart Ende Mai 1985 kamen 150 000 Teilnehmer, auf dem Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Düsseldorf trafen sich 125 000 Menschen, und auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier Mitte Juni 1985 in Hannover zählte man 150 000 sogenannte Geburts-, Abstammungs- oder Bekenntnisschlesier.[241] Auch die Beobachtung war zutreffend, daß seit 1983 die Finanzmittel des Bundes und der Bundesländer bzw. der Kommunen für die Vertriebenenverbände wieder deutlich anstiegen: Die höheren Gelder flossen für die institutionelle Förderung der zentralen Organisationen und Verbände, für die Mitfinanzierung der Aktivitäten des BdV und der Landsmannschaften, für die sogenannte ostdeutsche Kulturarbeit (Erhaltung des „kulturellen Heimaterbes“), für die Bildungsarbeit und für die „Förderung von Wissenschaft und Forschung im Rahmen der Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen“.[242] All diese Aspekte wertete der Staatssicherheitsdienst als Ergebnis des Bemühens von BdV und ostdeutschen Landsmannschaften, ihren Einfluß auf die regierenden Unionsparteien zu festigen bzw. zu erweitern. 1984 hieß es in Ost-Berlin: „Die Revanchistenverbände fühlen

[237] Karl Carstens (1914–1992), CDU, 1976–1979 Präsident des Deutschen Bundestages, 1979–1984 Bundespräsident der Bundesrepublik.
Alfred Dregger (1920–2002), CDU, 1982–1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.
Heinrich Windelen (1921), stammte aus Schlesien, CDU, 1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1983–1987 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen.

[238] Vgl. Volker Meißner, Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit der Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, 15. Mai 1985, in: BStU MfS JHS 234/85, Bl. 35–37; Dokumentation: Organisierter Revanchismus in der BRD, 2/3–1984, in: ebenda, MfS HV A 1043, Bl. 7.

[239] Vgl. MfS-Personendossier zu Heinrich Windelen für den Zeitraum 1969–1983, und 1976–1988, in: BStU MfS PA 1171, Bl. 8–56 und MfS ZAIG 24071, Bl. 153–237.

[240] Richard Stücklen (1916–2002), CSU, 1957–1966 Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen, 1979–1983 Präsident des Deutschen Bundestages.

[241] Vgl. Zum Wesen, zu den Funktionen und den Methoden revanchistischer Landsmannschaften und ihrer Unterorganisationen in der BRD, 1986, in: BStU MfS JHS 20629, Bl. 72–78.

[242] Vgl. ebenda, Bl. 79–82.

sich gegenwärtig offensichtlich stärker als je zuvor als ‚pressure group‘ der reaktionärsten politischen Kräfte in der BRD-Regierung.“[243]

Aber so gänzlich ungetrübt schien das Verhältnis zwischen neuer Bundesregierung und den Spitzen der Vertriebenenverbände nicht gewesen zu sein. Denn auch in Ost-Berlin registrierte man unterschwellige Kritik der BdV-Spitze an den neuen Regierungsvertretern. Vertriebenenfunktionäre beanstandeten die „nicht immer klare Terminologie“ von Bundespolitikern. Sie kritisierten sogar Sätze von Kanzler Kohl aus dessen Regierungserklärung mit den Worten: „Vertriebene hätten ihre Heimat nicht einfach verloren“ und „es gäbe nicht nur zwei vorläufig staatlich organisierte Teile Deutschlands, sondern […] noch andere Teile Deutschlands“. Herbert Czaja verbat sich u. a. auch von CDU/CSU-Seite jede widersprüchliche Äußerung zu Deutschland und das sogenannte Akzeptieren von Grenzen. Weiter habe Czaja gemeint, daß er das offene Bekenntnis von Bundesinnenminister Zimmermann[244] – die deutsche Frage sei einschließlich der Ostprovinzen nach wie vor offen – begrüße, jedoch gäbe es verbreitet auch andere Meinungen bei Unionspolitikern, die bei Wiedervereinigung nur Mitteldeutschland, also die DDR, im Blick hätten. Besondere Kritik und Angriffe der BdV-Führung richten sich, so die Beobachtung der Staatssicherheit, auf den Außenminister Genscher, der den Verbänden öffentlich „unverantwortliche Äußerungen“ vorgeworfen habe.[245]

Die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS informierte im Dezember 1983 die SED-Führung, konkret Kurt Hager, Hermann Axen, Joachim Herrmann und Oskar Fischer, sachlich über das Verhältnis zwischen BdV-Spitze und Bonner Regierung: „Führende Vertreter des ‚Bundes der Vertriebenen‘ […] stellen seit Bildung der CDU/CSU/FDP-Regierung eine bessere Wahrnehmung der Interessen der Vertriebenenverbände fest. Insbesondere wäre im Vergleich zur SPD/FDP-Regierung eine größere Bereitschaft zur Gewährung finanzieller Mittel erkennbar, obwohl ihr Ausmaß noch nicht als ausreichend empfunden würde. Gleichzeitig betonen sie, daß die Haltung der BRD-Regierung in der ‚Ost- und Deutschlandpolitik‘, […], nicht in allen Punkten den Auffassungen des BdV entspreche. Die Aussagen zur ‚Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands‘, den ‚ehemaligen deutschen Ostgebieten‘, zu sogenannten Menschenrechtsverletzungen in der DDR […] beinhalten ‚Lücken und Gefahren‘.“[246] Die MfS-Auslandsaufklärer hatten zudem ermittelt, daß die BdV-Spitze engere Gesprächskontakte zum Bundesinnenminister Zimmermann (CSU), zum Minister für innerdeutsche Beziehungen Windelen (CDU), zum Bundesminister Heiner Geißler (CDU),

[243] Dokumentation: Organisierter Revanchismus in der BRD, 2/3–1984, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 8.

[244] Friedrich Zimmermann (*1925), CSU, 1982–1989 Bundesinnen-, 1989–1991 Bundesverkehrsminister.

[245] Vgl. und zitiert in: Dokumentation: Organisierter Revanchismus in der BRD, 2/3–1984, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 8. Diese Kritik an Außenminister Genscher durchzieht die gesamten Memoiren von Herbert Czaja. Ders., Unterwegs zum kleinsten Deutschland, 1996.

[246] Information über Aktivitäten des BdV zur Vertiefung seiner Einflußnahme auf die BRD-Regierung, 22. Dezember 1983, in: BStU MfS HV A 27, Bl. 127.

zum Bundesminister Ignaz Kiechle (CSU)[247] sowie zum CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß suchte.[248]

Nach Angaben der HV A-Offiziere stehe auf der Agenda des Bundes der Vertriebenen nach wie vor die „Wiedervereinigung Deutschlands, einschließlich der Rückgewinnung der ehemaligen Ostgebiete“.[249] Dies habe BdV-Präsident Herbert Czaja Ende 1983 zum wiederholten Male unterstrichen und drei Schwerpunkte für die weitere Einflußnahme auf die Politik der Bundesregierung formuliert. Zum einen müsse der Vertriebenenverband auf die „Einhaltung einer verständlichen Terminologie“ im politischen Leben der Bundesrepublik achten. Es dürfe nur von „Deutschland als Ganzes von 1937“ gesprochen werden, Formulierungen wie „politische Realitäten anerkennen“ und „das Rad der Geschichte dürfe nicht zurückgedreht werden“, die „hauptsächlich die Gegner des BdV verwenden, sollten in der Argumentation künftig offensiv entkräftet werden“.[250] Zum zweiten müsse die Bundesregierung in ihren Aktivitäten gedrängt werden, die Verletzung der Menschenrechte in den sozialistischen Ländern, insbesondere in der DDR, deutlicher und öffentlich anzuprangern. Und zum dritten habe die neue Regierung in der Gestaltung von Wirtschafts- und Finanzhilfen für die Ostblockstaaten im Gegenzug eine „Verbesserung der menschlichen Lage für alle Deutschen“ zu fordern.[251]

Die Arbeitsschwerpunkte der Vertriebenenverbände bestanden nach den Worten der Staatssicherheit in folgenden vier Punkten: 1. Anfechtung des territorialen und politischen Status quo in Europa, 2. Forcieren der Politik und Propaganda zum „Offenhalten der Deutschen Frage“ unter Einbeziehung aller „Teile des Deutschen Reiches mindestens in den Grenzen von 1937“, 3. Mißbrauch der Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen zu sozialistischen Staaten als Mittel zur politischen Erpressung und Destabilisierung der Staaten und 4. Verstärkung der Einflußnahme auf die Jugend der Bundesrepublik zum Erhalt eines „gesamt- und großdeutschen Bewußtseins“.[252] Um diese Ziele umzusetzen, konzentriere sich die Funktionärsschicht der organisierten Vertriebenen nach wie vor darauf, ihren Einfluß in den Medien zu vergrößern. In Ost-Berlin zählte man 1984 zwölf Vertriebenen-Spitzenfunktionäre in Rundfunk- bzw. Fernseh-Räten, z. B. saßen Herbert Czaja im Rundfunkrat des Kölner „Deutschlandfunks“, Herbert Hupka im Rundfunkrat der „Deutschen Welle“ und Rudolf Wollner im Fernsehrat des Zweiten Deutschen Fernsehen in Mainz.[253] Eine nach-

[247] Heiner Geißler (*1930), 1977–1989 CDU-Generalsekretär, 1982–1985 Bundesminister für Jugend, Familie, Gesundheit.
Ignaz Kiechle (1930–2003), 1983–1993 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

[248] Vgl. Information über Aktivitäten des BdV zur Vertiefung seiner Einflußnahme auf die BRD-Regierung, 22. Dezember 1983, in: BStU MfS HV A 27, Bl. 128.

[249] Ebenda, Bl. 129.

[250] Ebenda.

[251] Vgl. Information über Aktivitäten des BdV zur Vertiefung seiner Einflußnahme auf die BRD-Regierung, 22. Dezember 1983, in: BStU MfS HV A 27, Bl. 129.

[252] Vgl. Volker Meißner, Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit der Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, 15. Mai 1985, in: BStU MfS JHS 234/85, Bl. 16.

[253] Vgl. ebenda, Bl. 51, 52.

drücklich verfolgte Strategie der Vertriebenenverbände bestünde in der personellen Verflechtung mit dem Bonner Parteien- und Parlamentssystem. Das MfS hatte zusammengestellt, daß im Bundestag von 1983 19 Vertriebenenpolitiker der Spitzenebene saßen, die „Mitteldeutschen“ mitgerechnet sogar 41 CDU/CSU-Abgeordnete.[254] Im 1987 neu gewählten 11. Bundestag zählten die HV A-Mitarbeiter 36 Abgeordnete, die im BdV bzw. in den ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften Funktionen innehatten und gleichzeitig zur CDU/CSU-Fraktion gehörten.[255] SPD-, FDP- oder gar Grüne-Bundestagsabgeordnete, die einen ostdeutschen Herkunftshintergrund hatten, zählten weder die Vertriebenenverbände als ihre Interessenvertreter im Parlament noch die DDR-Staatssicherheit. In den Bonner Bundesparteien hätten sich, so die MfS-Analysen, zudem gesonderte „revanchistische Gruppierungen“ organisiert, so die „Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge“ in der CDU/CSU, die „Union der Vertriebenen“ in der CSU, beim SPD-Parteivorstand der „Beirat für Umsiedler, Vertriebene und Flüchtlinge“[256] sowie in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die „Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten“ und die „Kommission für Volksgruppenrecht und Aussiedlerfragen“.[257] Alle diese politischen, parlamentarischen, medialen und institutionellen Verflechtungen konnten jedoch nicht verhindern, daß die Bedeutung der Vertriebenenverbände in der bundesdeutschen Gesellschaft zurückging. Markige Worte und gegenseitige Zusicherungen von Regierungs- und Vertriebenenpolitikern täuschten nur zeitweise darüber hinweg, daß der BdV und die Landsmannschaften auch unter der CDU/CSU-FDP-Koalition keinen wirklichen Einfluß mehr im Bereich der Bonner Deutschland- und Ostpolitik ausüben konnten. Bundesminister Windelen sagte zwar vor der Landsmannschaftsführung der Westpreußen am 21. April 1984: „Wir haben die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Vertriebenen […] im Bereich der Deutschlandpolitik aus dem Rang des Nebensächlichen gehoben“. Und der bayrische BdV-Vorsitzende Fritz Wittmann (MdB/CSU)[258] versicherte von Seiten der Verbände im Mai 1984, daß „es durch den Regierungswechsel in Bonn eine Wende gegeben habe. Wir fühlen uns bei dieser Bundesregierung geborgen.“[259] In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde aber die mangelnde politische Unterstützung der regierenden

[254] Vgl. Revanchisten zahlreich im Bundestag, 17. März 1983, in: BStU MfS ZAIG 8890/1, Bl. 19; Volker Meißner, Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit der Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, 15. Mai 1985, in: ebenda, MfS JHS 234/85, Bl. 54.

[255] Vgl. Revanchisten-Nachwuchs: Vertriebene und Flüchtlinge der CDU/CSU im 11. Deutschen Bundestag, 1987, in: BStU MfS HV A 1399, Bl. 1–4.
Im Deutschen Bundestag saßen 1983 498 und 1987 497 Abgeordnete. Vgl. Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 295.

[256] Das MfS notierte dazu: „Hier ist jedoch der die Politik des BdV bestimmende, nationalistische und z. T. offen revanchistische Flügel des Bundes nicht präsent.“ In: Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband BdV, Juni 1989, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 108.

[257] Vgl. Dokumentation: Organisierter Revanchismus in der BRD, 2/3–1984, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 28.

[258] Dr. Fritz Wittmann (Jg. 1933), geboren bei Marienbad/Egerland (ČSR), Jurist, CSU, 1971–1994 und 1996–1998 MdB, 1994–1998 Präsident des BdV.

[259] Beide Zitate in: Volker Meißner, Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit der Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, 15. Mai 1985, in: BStU MfS JHS 234/85, Bl. 38.

Unionsparteien für die Ziele des BdV erkennbarer. Bei den Vertriebenenfunktionären machte sich Enttäuschung breit. Diese Entwicklung registrierten die MfS-Geheimdienstler und sie berichteten darüber ihrer SED-Führung.

Im März 1985 ging ein HV A-Papier mit dem Titel „Politische Zielvorstellungen und Tätigkeit des Revanchistendachverbands ‚Bund der Vertriebenen‘ in der BRD“ an die SED-Politbüromitglieder Hermann Axen, Kurt Hager, Herbert Häber, Günter Schabowski und Joachim Herrmann. Demnach würden die „Revanchistenfunktionäre“ öffentlich ihre Zufriedenheit über den angeblichen Wandel in der Deutschlandpolitik bekunden. Im BdV kursiere die Meinung: „Die [… Bonner] Regierung spreche deutlicher die Lage der Deutschen in der DDR an und rücke bei ihrer Argumentation bezüglich des Fortbestehens einer einheitlichen deutschen Nation das Grundgesetz und die Urteile des Bundesverfassungsgerichts […] wieder stärker in den Vordergrund.“[260] Innerhalb des BdV diskutierten die Funktionäre aber, daß es in der Frage der „Mitverantwortung der Bundesregierung für die Gebiete östlich von Oder und Neiße, also für Deutschland in den Grenzen von 1937“, immer häufiger ein Zurückweichen, mißverständliche Formulierungen oder gar ein Verschweigen in amtlichen Schreiben und Verlautbarungen gäbe. Der Bundespolitiker Volker Rühe[261] (CDU) oder der Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) würden sogar öffentliche Kritik am deutschlandpolitischen Standpunkt des BdV üben. Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen habe im 1984 publizierten „Taschenbuch über Deutschland“ und mit seiner „Deutschlandkarte“ für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit ausschließlich Bezug genommen auf ein „Deutschland, bestehend aus den Gebieten von BRD und DDR“. Die Vertriebenenpolitiker scheuten die Auseinandersetzung auch mit den Politikern der Regierungsebene nicht und wollten sich von besagten Rückschlägen nicht entmutigen lassen. Ihre Bemühungen zielten auf einen Einflußgewinn auf die bundesdeutsche Innen- und Außenpolitik.[262] Die HV A wußte zu berichten, daß der Mitgliederrückgang und die starke Überalterung der Mitglieder in den Vertriebenenorganisationen weiter höchst problematisch für die gesamte Verbandsarbeit war. Dringend suchte die überalterte BdV-Führungsriege nach „jungen, engagierten künftigen Führungskadern mit akademischer Bildung und politischer Sachkenntnis“. Im BdV-Führungskreis wurde die Frage diskutiert, ob der Verband sich weiterhin als reine Vertriebenenorganisation begreifen oder sich mehr in Richtung einer „Organisation für Freiheit, Selbstbestimmung und Wahrung der Menschenrechte“ entwickeln sollte. Durch eine allgemeinere Zielsetzung könne man möglicherweise mehr junge Menschen ansprechen.[263] Die DDR-Auslandsaufklärer informierten die SED-Spitze auch über die BdV-interne Sicht der öffentlichen Auseinandersetzungen um das Motto des 21. Deutschlandtreffens der Schlesier. Vom 14.

[260] Zitiert in HV A-Information vom 13. März 1985, in: BStU MfS HV A 35, Bl. 58.

[261] Volker Rühe (Jg. 1942), CDU seit 1963, 1976–2002 MdB, 1982–1989 Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 1989–1992 CDU-Generalsekretär, 1992–1998 Bundesverteidigungsminister.

[262] Vgl. Information über die politischen Zielvorstellungen und die Tätigkeit des Revanchistendachverbandes BdV in der BRD, 13. März 1985, in: BStU MS HV A 35, Bl. 58–61.

[263] Vgl. ebenda, Bl. 61.

bis 16. Juni 1985 sollte in Hannover das Bundestreffen der „Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien“ stattfinden. Als Hauptredner war Bundeskanzler Helmut Kohl geladen. Anfang 1985 wurde das Motto des Treffens „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser“ bekannt. Das löste heftige Diskussionen in der westdeutschen Öffentlichkeit aus. Scharfe Kritik kam natürlich aus Warschau und Moskau, aber auch aus dem westeuropäischen Ausland. Man warf den organisierten Schlesiern den tendenziell „aggressiven, expansionistischen und gewalttätigen“ Leitsatz vor. Das Motto mußte schließlich geändert werden in „40 Jahre Vertreibung – Schlesien unsere Zukunft im Europa freier Völker“.[264] Die SED-Propaganda hielt sich in ihren Angriffen auf das „Schlesische Revanchistentreffen“ relativ zurück,[265] da hinreichende Kritik aus der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft, aus dem Auswärtigen Amt, von Seiten der SPD und FDP sowie aus den Medien wie z. B. dem „Spiegel“ und der FAZ kam.[266] Hier war wiederholt zu hören und zu lesen, daß das Motto es schwierig mache, der Revanchismus-Kampagne des Ostens gegen die Bundesrepublik entgegenzutreten. Eine Handvoll von Vertriebenen-Funktionären triebe Schindluder mit der Friedenspolitik der Bundesrepublik.[267]

Interessant aber dürfte für MfS und SED die Geheimdienst-Information gewesen sein, daß es innerhalb der Vertriebenenführungsgremien und unter den CDU/CSU-Politikern erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die BdV-Politik gab. Die HV A hielt fest: „Dem Ansehen des BdV [war] die Diskussion um das Motto des Schlesiertreffens besonders abträglich […], in deren Verlauf teilweise erhebliche Differenzen zwischen einzelnen BdV-Präsidiumsmitgliedern wie dem CDU-Bundestagsabgeordneten [Helmut] Sauer und dem Vorsitzenden der Schlesischen Landsmannschaft [Herbert] Hupka, offen zu Tage traten“.[268] Jüngere Vertriebenen- und Unionspolitikern distanzierten sich zunehmend sowohl vom Schlesier-Treffen und seinem Motto als auch von den althergebrachten deutschlandpolitischen Forderungen der BdV-Spitze um Herbert Hupka und Herbert Czaja. Vertreter der jüngeren Vertriebenenpolitiker-Generation waren der CDU-Abgeordnete Helmut Sauer, Landesvorsitzender der Schlesischen Landsmannschaft in Niedersachsen, und Hartmut Koschyk[269], Vor-

[264] Vgl. Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 336–359.
Die Rücknahme bzw. Abänderung des „Schlesier-Mottos“ wurde auch als gescheiterter Versuch der Landsmannschaften angesehen, die ost- bzw. deutschlandpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung im Interesse der Vertriebenenverbände zu beeinflussen. Vgl. Marion Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 157–160.

[265] Vgl. Revanchistentreffen der Landsmannschaft Schlesien, Juni 1985, in: BStU MfS HV A 1044, Bl. 198–204; MfS-Zeitungsausschnittsammlung zum Bundesschlesiertreffen, in: BStU MfS ZAIG 9756, Bl. 7–29.

[266] Vgl. Sammlung innen- und ausländischer (London, Paris) Pressestimmen: Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband BdV, Juni 1989, in: BStU MfS ZAIG 28750, Bl. 5–57.

[267] Vgl. Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 337–342; Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 623–627.

[268] Information über die politischen Zielvorstellungen und die Tätigkeit des Revanchistendachverbandes BdV in der BRD, 13. März 1985, in: BStU MS HV A 35, Bl. 61.

[269] Helmut Sauer (Jg. 1945), aus Schlesien vertrieben, 1971–1993 CDU-Kreisvorsitzender Salzgitter, 1972–1994 MdB, seit 1989 Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU.

sitzender der Schlesischen Jugend. In der Führungsmannschaft der Vertriebenenfunktionäre begannen sich zwei Gruppierungen herauszubilden: die „Fundamentalisten“ um Herbert Czaja und die „Pragmatiker“ um Hartmut Koschyk. Die „Pragmatiker“ zusammen mit Bundespolitikern wie Volker Rühe, Heiner Geißler, Rita Süßmuth[270], Außenminister Hans-Dietrich Genscher oder FDP-Sprecher Walter Hirche[271] machten Front gegen die Kräfte um die Vertriebenenpolitiker Hupka und Czaja und die diese unterstützenden Unionspolitiker Alfred Dregger und Richard Jäger. Das MfS glaubte erkannt zu haben, daß diese „jüngeren“ Politiker und Funktionäre stärker dafür eintraten, daß die Bundesrepublik die „Notwendigkeit der allseitigen Einhaltung der Ostverträge auch bezüglich der Oder-Neiße-Grenze“ deutlicher erkennen ließ. Man wollte in Bonn insgesamt zu einer „besseren politischen Verständigung mit Osteuropa und der DDR“ gelangen und den „unfruchtbaren Grenzdiskussionen der Kräfte um Hupka“ entgegenwirken.[272] „Verzichtspolitik bedeute heute ernsthafte und feste Friedenspolitik“. Wer „nüchtern und illusionslos nachdenkt, weiß, daß der Warschauer Vertrag von 1970 eine politische Bindewirkung für Polen hat, die auch ein zukünftig wiedervereinigtes Deutschland nicht ignorieren“ könnte – so hießen die neuen politischen Aussagen, die die BdV-Politiker Hupka und Czaja scharf verurteilten.[273]

Zweieinhalb Jahre später informierte die HV A den SED-Chef Erich Honecker[274] sowie die Politbürofunktionäre Willi Stoph, Hermann Axen, Kurt Hager, Joachim Herrmann, Günter Mittag, Horst Sindermann, Heinz Keßler und Egon Krenz über das immer angespanntere Verhältnis zwischen der BdV-Führung und der CDU-Spitze. Die Vertriebenenfunktionäre waren unzufrieden mit der CDU-Deutschlandpolitik und damit, daß Vertriebenenpolitiker zunehmend aus CDU-Partei- und Staatsämtern gedrängt wurden. So saß Herbert Hupka ab 1987 nicht mehr im Deutschen Bundestag, und die Gruppe der Vertriebenenfunktionäre in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war zahlenmäßig von 41 auf 36 Abgeordnete geschrumpft. Der neu gewählte BdV-Generalsekretär Hartmut Koschyk war bestrebt, den Bund der Vertriebenen wieder deutlicher als überparteiliche Organisation darzustellen, die in alle großen Bundesparteien hineinwirke.[275]

Auch in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre interessierte sich die DDR-Auslandsspionage für die örtlichen Gegebenheiten und personelle Besetzungen der BdV-Zen-

Hartmut Koschyk (Jg. 1959), Eltern aus Oberschlesien vertrieben, Bundeswehroffizier, seit 1978 CSU, 1987–1991 Generalsekretär des BdV, seit 1990 MdB.

270 Professor Dr. Rita Süßmuth (Jg. 1937), 1971 Professorin für Erziehungswissenschaften, seit 1981 CDU, 1987–2002 MdB, 1985–1988 Bundesministerin für Jugend, Familie, Gesundheit, 1988–1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages.

271 Walter Hirche (Jg. 1941), geboren in Leipzig, 1970 FDP, 1986–1990 Minister in Niedersachsen, 1984–1999 Präsidium der Bundes-FDP, 1994–2002 MdB.

272 Vgl. Information über Auffassungen kompetenter BRD-Regierungsvertreter zur konzeptionellen und praktischen Ausgestaltung der Politik der BRD gegenüber der DDR, 21. März 1985, in: BStU MfS HV A 35, Bl. 68, 69,71.

273 Vgl. Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 625–627; Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 338–343.

274 Vgl. Tätigkeit des Bundes der Vertriebenen, 30. November 1987, in: BStU MfS HV A 61, Bl. 32.

275 Vgl. Tätigkeit des Bundes der Vertriebenen, 30. November 1987, in: BStU MfS HV A 59, Bl. 28.

trale in Bonn, in der Gorch-Fock-Straße. Die Agenten fertigten Außenaufnahmen an, beschrieben die Zugänge, kannten die Raumverteilung in der Zentrale, verfügten über Strukturpläne und Organigramme, Telefonlisten sowie personellen Besetzungen der Ausschüsse der Bundesgeschäftsstelle des BdV.[276] Nach einem konkreten Fragenkatalog wurde die BdV-Bundeszentrale ausspioniert. Der Blick des MfS richtete sich im August 1985 außerdem auf die Außenbeziehungen der Zentrale, Personeneinschätzungen, Leitungsmechanismen, Finanzsituation und schließlich auf „günstige operative Ansatzpunkte“, d. h. Möglichkeiten des Ausspionierens.[277] Einzelne konkrete Fragen betrafen den Gebäudetyp, die Lage der Parkplätze, die Position der Eingänge, die Sicherungsanlagen und das Wachpersonal. Wer waren die Hausmeister, Kraftfahrer, Reinigungskräfte? Existierten Unterlagen über die Mitarbeiter des Bundes? Wo waren sie gelagert – Zugangs-Code, Schlüssel usw.? Wer kam an die Unterlagen heran? Wer hatte welche Beziehungen zu wem? Welche Kontakte waren durch welche Personen in die DDR bekannt? Außerdem interessierten Einschätzungen aller bekannten Personen (Verschwiegenheit, Korrumpierbar- und Bestechlichkeit, finanzielle und Familienverhältnisse). Wie waren die Gehälter der Mitarbeiter gestaffelt, welche Kriterien entschieden über die Gehaltshöhe? Welche speziellen Abteilungen/Bereiche existierten, die für die DDR und das „sozialistische Wirtschaftsgebiet“ zuständig waren? Welche Form von Aktivitäten gegen die sozialistischen Länder bestanden – Begegnungen, Reisen, materielle Hilfeleistungen, Publikationen u. a.?[278] Um Ansatzpunkte für eine geheimdienstlichen Bearbeitung zu ermitteln, sollte ausgeforscht werden, welche Möglichkeiten der Einflußnahme auf welche Personen und Institutionen hatte der Bund, welche politische Grundhaltung verkörperte der Bund in der Führung und an der Basis und wer die „revanchistischen ‚Scharfmacher“ im BdV waren.[279] Antworten auf diese Fragen konnten bisher nur kursorisch in den hinterlassenen MfS-Akten gefunden werden.[280] Es hat aber den Anschein, daß es nach dem Rückzug des „IM Kern“, alias Erika Reißmann, möglicherweise noch weitere MfS-Quellen in der BdV-Zentrale bzw. in deren Nähe gegeben hat, und es ist davon auszugehen, daß die Staatssicherheit auf die sie interessierenden Fragen ihre Auskünfte erhielt. Im August 1985 wurden vom MfS als die „revanchistischen Scharfmacher“ in der Führungsetage der BdV der Präsident Herbert Czaja, die Vizepräsidenten Herbert Hupka, Helmut Sauer, Odo Ratza[281] und Rudolf Wollner ausgemacht.[282] Namen und personelle Daten über zwei Hausmeister und einen Pförtner des Objekts Gorch-Fock-Straße 1 lagen bereits in Ost-Berlin vor, Personalien von drei hauptamtlichen Mitarbeiterin der BdV-Zen-

[276] Vgl. Plan: Bundesgeschäftsstelle des BdV in Bonn, 1983; Personelle Besetzung der BdV-Zentrale, Ausschüsse, BdV-Landesgeschäftsstellen, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 18–31.
[277] Vgl. Auskunftsbericht zum „Bund der Vertriebenen“, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 32, 33.
[278] Vgl. ebenda, Bl. 32, 33.
[279] Vgl. ebenda, Bl. 33.
[280] Vgl. Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Stand: August 1985, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 36–39.
[281] Brigadegeneral a. D. Odo Ratza (1919–2002), Bundessprecher der Landsmannschaft Westpreußen von 1978 bis 1999.
[282] Vgl. Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Stand: August 1985, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 39.

trale und ihre Verbindungen in die DDR waren dem MfS ebenfalls bekannt. Die Personalunterlagen der Mitarbeiter der BdV-Bundesgeschäftsstelle, des BdV-Präsidiums, der Bundesvorstände der Landsmannschaften und Landesverbände usw. befänden sich in der Buchhaltung in einem Panzerschrank in der 3. Etage des Hauses. Die Adressen der Abonnenten des „Deutschen Ostdienstes“ seien im Computer der Telefonzentrale des Hauses gespeichert.[283] Ähnliche Angaben besorgte sich das MfS über den sie sehr interessierenden BdV-Landesverband in West-Berlin und über das dortige „Haus der ostdeutschen Heimat“, auch „Europahaus“ bzw. „Deutschlandhaus“ genannt. Und hier ist sicher, daß noch 1987 ein „Inoffizieller Mitarbeiter“ des MfS im „Deutschlandhaus“ beschäftigt war.[284]

Unter Beobachtung des Ministeriums für Staatssicherheit standen Vertriebenenpolitiker immer auch dann, wenn diese in die DDR ein- oder auch nur durchreisten. Somit lagen auch für Herbert Hupka, langjähriger BdV-Vizepräsident und Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, sogenannte Fahndungsmaßnahmen vor. Seine Akten trugen den Decknamen „Wicht“ und „Prominenz“.[285] Eine erste Eintragung stammte von einem Aufenthalt Hupkas in Ost-Berlin am 22. Mai 1985. Er reiste mit einer Gruppe von Bundestagsabgeordneten. Die geheimdienstliche Beobachtung von Hupka und seiner Ehefrau bei einer Besuchsreise in Ost-Berlin am 2. April 1986 in einer Reisegruppe von 22 Personen und nochmals am 4. April 1986 nur in Begleitung seiner Frau hatte der MfS-Minister persönlich angeordnet. Der Staatssicherheit kam es vor allem darauf an, daß Hupka keinen Kontakt zu außenstehenden Personen aufnahm und keine öffentlichkeitswirksamen Auftritte durchführte.[286]

Bis zum Zusammenbruch der DDR im Oktober/November 1989 hatte das MfS die Aktivitäten der Vertriebenenverbände im Visier.[287] Zu den letzten aktuellen Meldungen dürften die HV A-Informationen über die Veranstaltungen zum 40. „Tag der Heimat“ in West-Berlin am 9. und 10. September 1989 gezählt haben. Die MfS-Aufklärer warnten vor provokatorischen Aktionen gegen die DDR, die in Ost- und West-Berlin durchgeführt werden sollten. So würden kirchliche Gruppen in der DDR am 10. September 1989 einen Schweigemarsch und das Anzünden von Kerzen im Bereich „Unter den Linden“ zum Brandenburger Tor planen. Parallel dazu wollten DDR-Kirchenleute Vertretern des ZDF Heute-Journals Interviews geben und dabei das Problem der

283 Vgl. Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Stand: August 1985, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 36–38; BdV: Gorch-Fock-Straße 1, 1981, in: ebenda, MfS ZAIG 28750, Bl. 7–17.

284 Vgl. Landesverband Westberlin, in: BStU MfS HV A 1043, Bl. 81–83; Information zum „Deutschlandhaus“ in 1000 Berlin 61, Stresemannstraße 90, 2. November 1987, in: ebenda, MfS ZKG 3263, Bl. 146–148; Protokoll der 1. Delegiertenversammlung des Berliner Landesverbands der Vertriebenen, 11. Juni 1985, in: ebenda, MfS ZAIG 28750, Bl. 34–36.

285 Vgl. Umschreibung der Fahndungsmaßnahme „Prominenz“, 1985–1987, in: BStU MfS HA VI 1822, Bl. 2–20.

286 Vgl. Operative Information zu „Wicht“, 2. April 1986, in: BStU MfS HA VI 1822, Bl. 18; Dr. Hupka, 1987, in: BStU MfS HV A 1047, Bl. 3–15.

287 Vgl. BdV und der Westberliner Landesverband bzw. Landesverband Niedersachsen, Landsmannschaften Schlesien, Ostpreußen, Sudetendeutsche, Pommern, DJO, 1982–1988, in: BStU MfS HA XXII 16576, Bl. 2–47.

„Fluchtwelle“ aus der DDR ansprechen. Und von West-Berliner Seite wolle zeitgleich der Berliner Landesverband der Vertriebenen in der Nähe der Grenze, Koch- bzw. Friedrichstraße, Nähe Checkpoint Charlie, mit Plakaten demonstrieren, die Reformen in der DDR forderten.[288] Ob diese Aktionen miteinander abgesprochen waren, blieb für das MfS ungeklärt.

Die Mitgliederzahlen im BdV und in den ostdeutschen Landsmannschaften waren in den 1980er so weit geschrumpft und die Organisierten so überaltert, daß die Verbände nicht mehr als auch nur annähernd repräsentativ für das Gesamtklientel gelten konnten. An der Spitze der Verbände standen seit Jahrzehnten dieselben, inzwischen alt gewordenen Männer, Herbert Czaja, Herbert Hupka oder Rudolf Wollner, die stereotyp seit Jahrzehnten mit denselben Forderungen nach einem „Recht auf Heimat“ und einem „Deutschland in den Grenzen von 1937“ auftraten. Die Erlebnisgeneration wurde, wenn überhaupt, von der Bekenntnisgeneration abgelöst. Die Vertriebenenverbände hatten sich von der Mehrheit der einheimischen Bevölkerung isoliert, sie waren zur Interessenvertretung einer marginalen Randgruppe geworden. Der Niedergang der Vertriebenenorganisationen setzte sich in den 1980er Jahren in der Ära Helmut Kohl weiter fort. Trotz finanzieller Zugeständnisse an den BdV und seine Mitgliederverbände und einiger symbolischer Politikergesten der christlich-liberalen Regierungskoalition erlebten die Verbände keine Renaissance. Dem Bund der Vertriebenen und den ostdeutschen Landsmannschaften gelang es nicht, die Deutschland- bzw. Ostpolitik der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung in ihrem Sinne zu beeinflussen, d.h. sie dazu zu bringen, offensive Wiedervereinigungspolitik mit dem Ziel einer Rückgewinnung möglichst großer Teile früherer deutscher Ostgebiete zu betreiben. Die heimatpolitischen Erwartungen der Vertriebenenverbände waren auch in den 1980er Jahren unverändert groß. Ausgangspunkt ihrer Forderungen war und blieb das von ihnen so bezeichnete „Recht auf Heimat“, verstanden als „Recht auf Rückkehr“ und „Volksgruppenrecht auf Selbstbestimmung“ – das hieß Rückgliederung der Heimatgebiete an Deutschland. Die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 war für die Mehrheit der Vertriebenenpolitiker, nicht der Vertriebenen selbst, ein Minimalziel, auf das sie einen völkerrechtlichen Anspruch zu haben glaubten. Realisiert werden sollte die Rückgewinnung der Ostgebiete durch eine möglichst weitgehende Rückkehr der Vertriebenen in ihre alten Siedlungsgebiete. Hinsichtlich der machtpolitischen Realisierbarkeit ihrer territorialen Forderungen gaben sich die BdV-Funktionäre erstaunlich optimistisch und zeigten damit, wie blind sie für die außen- und innenpolitischen Tatsachen waren.[289] Keine der Alliierten Siegermächte hätte eine territoriale Vergrößerung Deutschlands über die 1945 gezogenen Grenzen zugelassen. Auch hatten die BdV-Funktionäre die illusorische Vorstellung, nicht mehr kommunistisch regierte Polen, Tschechen oder Russen hätten in Grenzfragen eine Interessenidentität mit deutschen Heimatvertriebenen! Die Vertriebenenfunktionäre sahen nicht

[288] Vgl. HV A an Hauptabteilung XX: Geplante Maßnahmen von Feindorganisationen, 4. September 1989, in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 289–292.

[289] Vgl. Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland?, S. 15–27, 695ff., 879ff.; Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen, S. 443ff.; Walter Becher, Zeitzeuge, S. 440ff.

oder wollten nicht sehen, daß in den betreffenden osteuropäischen Staaten gerade diese Interessenidentität in Grenzfragen über alle politischen Lager hinweg, von politisch rechts bis links, herrschte. Die reale politische Entwicklung in Europa war lange vor den 1980er Jahren über die revisionistischen Zielsetzungen des Bundes der Vertriebenen und der ostdeutschen Landsmannschaften hinweggegangen.[290]

Am 1. Juli 1989 legte die HV A/Abteilung II[291] ein umfangreiches, 105 Seiten starkes Dossier vor mit dem Titel: „Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband ‚Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V. (BdV)‘“.[292] In einer Art historischem Abriß wurden die Geschichte sowie die politische, personelle und strukturelle Entwicklung des Bundes der Vertriebenen und der ostdeutschen Landsmannschaften nachgezeichnet. Unklar blieb, in wessen Auftrag und für welchen Zweck diese Studie vom MfS gefertigt wurde. Sprache und Diktion der Ausarbeitung legen den Schluß nahe, daß es sich um eine Art Propagandaschrift handelte, in Kalter-Krieger-Manier verfaßt, die aber auch Ansätze differenzierterer Sichtweisen der SED- bzw. MfS-Funktionäre enthält. Ausgangspunkt für die MfS-Beurteilung der nach 1945 entstandenen Vertriebenenverbände war die Feststellung, daß deren Wurzeln im revisionistischen Denken des ausgehenden 19. Jahrhunderts lagen, die gepaart waren mit völkischen und rassistischen Implikationen – mit dem alten „Drang nach Osten“ und mit der Idee einer „Überlegenheit der germanischen Rasse“. Das Denken der Verbandsgründer sei an der Wiederherstellung eines Deutschlands als mitteleuropäische Hegemonialmacht gebunden gewesen.[293] Ganz gegen die Interessen und die Überzeugung dieser sogenannten deutschen Revisionisten und Imperialisten sei Deutschland aber nach dem 2. Weltkrieges abermals kleiner geworden. Das klassische SED-Erklärungsmuster dazu lautete: „Zu den Opfern Hitlerschen Größenwahns zählten ebenfalls, wenn auch viele von ihnen Täter waren, Millionen Deutsche aus den ehemaligen Ostprovinzen Deutschlands sowie aus Gebieten außerhalb Deutschlands, die ihre Heimat aufgrund von Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition verlassen mußten und zu Umsiedlern wurden.“[294] Der Begriff des „Vertriebenen“ wurde nach wie vor in den internen Schriften von MfS bzw. SED nicht gebraucht. Zu den differenzierteren Tönen aus Ost-Berlin gehörte die Feststellung, daß die Gründung von Vertriebenen-Selbsthilfevereinigungen nach 1945 für die Betroffenen richtig und wichtig war, um berechtigte sozialökonomische und innenpolitisch-rechtliche Interessen in der westdeutschen Gesellschaft durchzusetzen. Damit wertete die Staatssicherheit die Existenz der überlandsmannschaftlichen Interessengemein-

290 Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heisst Gesamtdeutsch“, S. 433–436.

291 Die Abteilung II der HV A war für die Aufklärung und Bearbeitung der politischen Parteien, Organisationen, Gewerkschaften, Verbände und Stiftungen der Bundesrepublik sowie der Kirchen, der Friedensbewegung und von amnesty international verantwortlich. Der Leiter der Abteilung hieß Oberst Dr. jur. Kurt Gailat. Vgl. Roland Wiedmann, Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, S. 369.

292 Vgl. das Dossier in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 5–112 (auch in: MfS AKG HA VIII 2053, Bl. 249–356, und MfS ZAIG 28750, Bl. 52–159.

293 Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V. (BdV), in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 6–11.

294 Ebenda, Bl. 11.

schaft, des „Zentralverbands der vertriebenen Deutschen“, in den 1950er Jahren auf.[295] Anders sah es in den Augen der Staatssicherheit von Anfang an mit den landsmannschaftlichen Verbänden aus. Diese hätten sich als zentrale Aufgabe die „Rückgewinnung der alten Heimat“ auf die Fahnen geschrieben und sich von Beginn an als „Revanchistenvereinigung“ aufgeführt. Im Laufe der 1950er Jahre, insbesondere mit dem Zusammenschluß der existierenden Organisationen am 14. Dezember 1958 in West-Berlin zum Dachverband „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ hätte sich das Hauptziel ihres Wirkens herauskristallisiert, nämlich die „Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937“.[296]

Einig waren sich die Analytiker der Staatssicherheit, daß sowohl die Unionsparteien als auch die SPD die „Revanchistenverbände“ tatkräftig in ihren Forderungen und ihrem Wirken unterstützten. Daher habe die BdV-Präsidentschaft des Sozialdemokraten Wenzel Jaksch zwischen 1964 und 1966 keine Änderungen der Politik nach sich gezogen. Immer noch mit unverhohlenem Haß warf die SED-Seite Jaksch vor, daß ihn sein extremer Antikommunismus und Nationalismus seine sozialdemokratische Herkunft vergessen ließ, und er „offenkundig den Henlein-Faschisten, den unverbesserlichen Nazis […], in den Arsch kroch“[297], um Gebietsforderungen an die ČSSR durchzusetzen. Diese verbale Entgleisung blieb nicht die einzige in dem Dossier. Weiter ging es damit: „Der Dachverband ‚Bund der Vertriebenen‘ […] übernahm die Rolle der ‚kläffenden Hunde‘ der Bonner Außenpolitik.“[298] Auf jede Initiative realistischer Kräfte – damit meinte das MfS z. B. die EKD-Vertriebenendenkschrift (1965) oder die Verlautbarungen der französischen Regierung (1963), die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen – „heulte der BdV wutentbrannt auf“.[299] „Mit Schaum vor dem Mund quittierten die Revanchistenführer die von der Bundesregierung unter Kanzler Brandt 1970 mit […] der UdSSR und VR Polen gemeinsam unterzeichneten Verträge. […] Das Wutgeheul der BdV und der CDU/CSU erfüllte 1972 erneut die Szenerie in der BRD, als der Grundlagenvertrag mit der DDR, ebenfalls unter Verzicht auf Gebietsansprüche, unterschrieben wurde.“[300]

Zu den realistischeren Tönen im MfS-Dossier zählte hingegen die Erkenntnis, die Bundestags- und Landtagswahlergebnisse hatten seit den 1970er Jahren erkennbar gemacht, daß eine Vielzahl der Vertriebenen nicht mehr hinter den ost- und deutschlandpolitischen Positionen von BdV und der CDU/CSU stand. Die Vertriebenen „kamen zwar noch immer zahlreich zu [ihren …] Treffen, obwohl auch hier der Zulauf abgenommen hatte. Viele der […] Teilnehmer hatten aber nichts anderes im Sinn, als dort alte Bekannte, Freunde und Verwandte wiederzusehen, und so ist es bis heute!“[301]

[295] Vgl. ebenda, Bl. 15, 20, 21.
[296] Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V. (BdV), in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 22.
[297] Ebenda, Bl. 34.
[298] Ebenda, Bl. 39.
[299] Ebenda, Bl. 43.
[300] Ebenda, Bl. 47.
[301] Ebenda, Bl. 49 und vgl. Bl. 61.

Treffend war auch die Einschätzung der Staatssicherheitsoffiziere, daß der BdV sich hinter die Bundesverfassungsgerichtsurteile von 1973 und 1975 über die Auslegung der Ostverträge verschanzt habe und so die realen gesellschaftspolitischen Entwicklungen nicht wahrnehmen wollte. Die BdV-Slogans – die „Ostverträge seien reine Gewaltverzichts- und keine Grenzanerkennungsverträge“ und deutsche Gebiete östlich der Oder und Neiße seien „durch das Inkrafttreten der Ostverträge nicht aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen“ worden[302] – hätte die Vertriebenenfunktionäre blind gemacht für die Realität in Europa nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki.[303]

Zutreffend erkannte man in Ost-Berlin auch die Entwicklung, daß der Regierungswechsel in Bonn 1982 den BdV-Funktionären nicht die erhoffte „Wende“ in der Möglichkeit ihrer Einflußnahme auf die bundesdeutsche Ost- und Deutschlandpolitik gebracht habe.[304] Der BdV habe hinnehmen müssen, daß völkerrechtliche Verträge bindend sind. So kommentierte das MfS: „Doch wer nimmt in Bonn selbst innerhalb der von [Helmut] Kohl und [Heiner] Geißler geführten CDU diese Vertriebenensprecher noch ernst? Man gewährt ihnen Narrenfreiheit am langen Seil, um die Stimmen der Ostdeutschen vor Wahlen einzufangen.“[305] Deutlicher als zuvor mahnten 1989 die MfS-Bearbeiter an, „sorgfältig[er] zwischen Mitgliedern und Führungskräften zu differenzieren, um unzulässige und irreführende Vereinfachungen wie – ‚alle BdV- und Landsmannschaftsmitglieder sind ausgemachte Revanchisten‘ – zu vermeiden. Die Führungskräfte des Bundes sind eindeutig dem rechten politischen Spektrum in der BRD zuzuordnen. Mehrheitlich neigen sie der CDU/CSU zu […] Einige von ihnen geben sich offen rechtsradikal und neofaschistisch, ihnen ist die CDU/CSU noch zu zahm.“[306] Über die Mitglieder in den Vertriebenenverbänden urteilte die Staatssicherheit nachsichtiger. Zwar seien die organisierten Vertriebenen „revanchistisch indoktriniert“, aber ihre BdV-Mitgliedschaft sei offenkundig nostalgisch begründet, und viele stünden inzwischen politisch der SPD, FDP oder den Grünen nahe.[307]

Obwohl der politische Niedergang der Vertriebenenverbände in der bundesdeutschen Gesellschaft augenscheinlich war, blieb die Ost-Berliner SED-Propaganda, unterstützt von den Agitationsoffizieren des MfS und den kommunistisch-gesteuerten Kreisen in der Bundesrepublik bei dem grotesk überzeichneten und maßlos überschätzten Bild von den Vertriebenenverbänden, die schleichend, in den 1970er Jahren nur scheinbar unterbrochen, eine erfolgreiche Unterwanderung der Bundesrepublik durch „revanchistische, tendenziell neofaschistische Ideen“ durchsetzten.[308] Abge-

[302] Volker Meißner, Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit von Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, in: BStU MfS JHS 234/85, Bl. 30.

[303] Vgl. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V. (BdV), in: BStU MfS HA XX ZMA 663, Bl. 50, 51.

[304] Vgl. ebenda, Bl. 52–56, 58.

[305] Ebenda, Bl. 65, 89.

[306] Ebenda, Bl. 82.

[307] Vgl. ebenda, Bl. 83.

[308] Vgl. Die politisch-ideologische Diversion gegen die DDR, 1987, in: BStU MfS JHS 20083, Bl. 1–137; Fakten sagen: Der Schoß ist fruchtbar noch, April 1988, in: BStU MfS ZAIG 28750, Bl. 21, 22; Bund der Antifaschisten: Revanchismus 1984, März 1984, Hrsg. Präsidium der VVN-

klärter und realistischer sahen die Offiziere der HV A die Bedeutung der Vertriebenenverbände. Die wenigen Berichte der Hauptverwaltung Aufklärung über den Bund der Vertriebenen und die ostdeutschen Landsmannschaften, die an das SED-Politbüro gingen – zwischen 1985 und 1989 waren es drei HV A-Informationen[309] –, deuten an, welche geringe politische Bedeutung das MfS und die SED-Führung den „Revanchistenverbänden“ inzwischen beimaß. Die „revanchistische“ Unterwanderung der Bundesrepublik durch die Vertriebenenverbände waren SED-Propaganda, SED- und MfS-Spitzen kannten die Realität und wußten um den tatsächlichen Bedeutungsverlust der Verbände.

Das wiedervereinigte Deutschland unter der christlich-liberalen Regierungskoalition und unter Bundeskanzler Helmut Kohl handelte 1990 realpolitisch. Die Bundesrepublik Deutschland erkannte im deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrag vom 14. November 1990 bzw. 17. Oktober 1991 die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze an. Die angestammten Vertriebenenfunktionäre beriefen sich zwar auf eine „völkerrechtliche Rechtsposition“ von einem „Deutschland in den Grenzen von 1937“, die jedoch nichts nutzte, da sie außen- und innenpolitisch nicht durchsetzbar war. Selbst die Mehrheit der Vertriebenen bzw. deren Nachkommen hatten sich mit dem Verlust der Ostgebiete lange abgefunden.

Die Wiedervereinigung Deutschlands brachte dem Bund der Vertriebenen und seinen Gliederungen trotz der Tatsache, daß sich mit den Vertriebenen der ehemaligen DDR und einem Zustrom deutschstämmiger Spätaussiedler seine Zielgruppe vergrößerte und die Mitgliederzahl anstieg, lediglich ein kurzes und nur vorübergehendes Aufleben.[310]

Bund der Antifaschisten, Frankfurt a. M. 1984; Text zum BdV, 18. Juli 1988, in: BStU MfS ZAIG 28750, Bl. 38; Zunehmender Revanchismus in den Massenmedien der BRD, 1981, in: ebenda, MfS ZKG 15936, Bl. 6.

309 Die HV A-Informationen an die SED-Führung sind alle überliefert. Vgl. diese drei in: BStU MfS HV A 35, 59, 61.

310 Vgl. Matthias Stickler, Die deutschen Vertriebenenverbände – Interessengruppen mit gesamtnationalem Anspruch, in: Flucht, Vertreibung, Integration, S. 151–153; Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 181–185; Karlheinz Lau, Die Vertriebenenverbände im 21. Jahrhundert, S. 1077–1083.

V. Resümee

I.

Mit dem Ende des 2. Weltkrieges in Europa verloren rund 14 Millionen Deutsche aus den deutschen Ostgebieten und aus deutschsprachigen Regionen außerhalb Deutschlands ihre angestammte Heimat. Die Flucht, Evakuierung oder Vertreibung bezahlten etwa zwei Millionen von ihnen mit ihrem Leben. Zwölf Millionen mußten ab 1945 innerhalb der von den Alliierten Siegermächten bestimmten neuen Grenzen des territorial verkleinerten „Potsdam-Deutschlands" Aufnahme finden. Die zahlenmäßig größten Vertreibungen betrafen die Menschen aus den deutschen Provinzen Ostpreußen, Pommern, Schlesien, aus dem östlichen Brandenburg sowie die deutsche Bevölkerung aus dem ehemaligen Westpreußen und aus Polen, ferner die deutsche Volksgruppe in der Tschechoslowakei, die dort seit acht Jahrhunderten lebte. Außerdem gab es Vertreibungen der deutschen Minderheit aus Ungarn und Jugoslawien sowie Zwangsumsiedlungen aus den baltischen Staaten, aus der Sowjetunion und aus Südosteuropa. Die westlichen Besatzungszonen, dann die Bundesrepublik, hatten bis 1949/50 7,9 Millionen Deutsche aufgenommen. Das entsprach, gemessen an der Gesamtzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge und Vertriebenen, 62,8 Prozent und machte einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 16,5 Prozent aus. In die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) und die DDR kamen im selben Zeitraum 4,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Ihr Anteil an der DDR-Bevölkerung betrug knapp ein Viertel. Zwischen 1949 und 1961 verließen etwa 2,8 Millionen DDR-Bürger das Land in Richtung West-Berlin und Bundesrepublik. Die Anzahl der Vertriebenen unter diesen „Republikflüchtlingen" betrug zirka 900 000. Wie ihre landsmannschaftliche Zusammensetzung aussah, ist nicht bekannt. 1961 lebten demnach rund neun Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik, ihr Bevölkerungsanteil betrug 16 Prozent. In der DDR verblieben etwa 3,5 Millionen Vertriebene, ihr Anteil an der Bevölkerung lag bei knapp 20 Prozent. Diese Zahlen zeigen für 1949/50 zusammenfassend: Die größten landsmannschaftlichen Gruppen, die Flucht und Vertreibung erlebten und überlebten, waren mehr als drei Millionen Schlesier, über 1,8 Millionen Ostpreußen, 1,4 Millionen Pommern und fast eine halbe Million Ost-Brandenburger sowie eine Million Deutsche aus Polen und Danzig sowie mehr als drei Millionen Sudetendeutsche bzw. Deutsche aus der ČSR.

II.

Die vier Alliierten Besatzungsmächte zeigten sich nach Kriegsende reserviert und ablehnend gegenüber Selbstorganisationsbestrebungen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen im Vierzonen-Deutschland. Ihre Furcht vor Flüchtlingsorganisationen basierte auf der Annahme einer möglichen Radikalisierung der Millionen sozial de-

klassierter Menschen, die die labile politische Nachkriegssituation in den Besatzungszonen weiter belasten könnte. Die Sowjets fürchteten dabei starke antikommunistische und nationalistische Tendenzen unter den Vertriebenen, die westlichen Besatzungsmächte wiederum kommunistische oder nationalsozialistische Umtriebe. Ab Sommer 1945 bildeten sich spontan in den verschiedenen Zonen „Notgemeinschaften" oder „Hilfsstellen" für Flüchtlinge und Heimatvertriebene, die zunächst reine Selbsthilfeorganisationen waren. Als diese in ihren Aktivitäten über die soziale Selbsthilfe hinauszugehen versuchten, z. B. bevölkerungspolitisch agierten, verboten die Briten im Januar 1946 und die Amerikaner im April 1946 in ihren jeweiligen Zonen landsmannschaftliche Zusammenschlüsse. In der sowjetischen Zone erteilte die Besatzungsmacht zu keiner Zeit für Organisationen von Vertriebenen und Flüchtlingen eine Lizenz. In der französischen Besatzungszone existierte keine Vertriebenenproblematik, da die Franzosen sich wegen ihres Ausschlusses von der Potsdamer Konferenz zunächst weigerten, Flüchtlinge und Heimatvertriebene in ihrer Zone aufzunehmen.

Ab 1947/48 entstanden in der britischen und amerikanischen Zone wieder wirtschaftlich, kulturell und sozial engagierte Flüchtlingsgruppierungen, die trotz des Koalitionsverbots der Militärregierungen stillschweigend toleriert wurden. Im Sommer 1948 wurde das Verbot in einzelnen Ländern der Westzonen aufgehoben. Das hatte zwei Gründe: Zum einen ließ es die wirtschaftliche Notlage der Vertriebenen geboten erscheinen, die Existenz von Selbsthilfeorganisationen zu billigen, und zum anderen sprachen auch politische Argumente dafür. Man könne nicht, so die britische Überlegung, das Eintreten für die Rückkehr in die Ostgebiete mit einem Verbot von Flüchtlingsorganisationen verbinden, zumal die Regierung in London erklärte, die Frage der Ostgrenze sei offen.

Bereits 1945 war erkennbar, daß sich zwei verschiedene Typen von Flüchtlingsvereinigungen herauszubilden begannen, die sich in den Kriterien ihrer Mitgliederauswahl unterschieden: landsmannschaftlich oder allgemein am Schicksal „Vertriebener" orientiert. Anfang 1949 schlossen sich die (allgemeinen) Interessenverbände der Flüchtlinge und Vertriebenen auf Länderebene zusammen und im April 1949 – noch vor der Gründung der Bundesrepublik – vereinten sie sich bundesweit zum „Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD), der sich ab 1954 „Bund vertriebener Deutscher" (BVD) nannte. Der ZvD sah seine Aufgabe darin, soziale und wirtschaftliche Sonderleistungen für sein Klientel auszuhandeln, um die Eingliederung der Vertriebenen in die Gesellschaft zu erleichtern. Parallel dazu entstanden zwischen 1948 und 1950 20 ostdeutsche Landsmannschaften als überregionale Interessenverbände. Diese schlossen sich 1950 locker zur „Vereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL) zusammen, ab 1952 „Verband der Landsmannschaften" (VdL) genannt. Die großen mitgliederstarken ostdeutschen Landsmannschaften waren die Schlesische und die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die der Ostpreußen und der Pommern. Nach der Überwindung der ersten größeren wirtschaftlichen Not bei den Vertriebenen und Flüchtlingen zu Beginn der 1950er Jahre zeichnete sich ein langsamer aber stetiger Mitgliederrückgang beim ZvD ab. Die Vertriebenen wandten sich entweder von allen Flüchtlingsvereinigungen ab, oder sie gingen zu den emporstrebenden Landsmannschaften. Der Organisationsgrad der Volksgruppen unterschied sich in

ihren jeweiligen Verbänden. Tendenziell lag er bei den kleinen Landsmannschaften höher als bei den großen. 1960 waren z. B. 57 Prozent der Baltendeutschen Mitglied in ihrer Landsmannschaft. Die großen Vertriebenengruppen hatten einen Organisationsgrad von unter 20 Prozent: die Sudetendeutschen und Oberschlesier rund 18 Prozent, die Schlesier 21 Prozent, die Pommern oder die Ostpreußen jeweils nur 10 Prozent. Schon in den 1950er Jahren wurde deutlich, daß sich die Volksgruppen, für die die Landsmannschaften zu sprechen vorgaben, als homogene soziale und politische Gruppe zunehmend auflösten. 1952 ging die Bundesregierung von 42 Prozent organisierten Flüchtlingen und Vertriebenen aus, 1956/57 von noch rund 24 Prozent, 1970 sprach man von rund 19 Prozent organisierten Vertriebenen, also rund 1,8 Millionen Menschen, 1976 lag diese Zahl bei nur noch 1,5 Millionen. Diese sank in den Folgejahren kontinuierlich.

An der Spitze der Vertriebenenverbände standen zu Beginn der 1950er Jahre ehemalige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bzw. Politiker aus dem jeweiligen Vertreibungsgebiet. Den Vorsitz des ZvD/BVD hatte Linus Kather inne. Der aus Königsberg/Ostpreußen stammende Rechtsanwalt, ehemaliges Mitglied der Zentrumspartei, war erklärter Gegner des NS-Regimes. Die VOL führte der aus Estland stammende Axel de Vries. Der Baltendeutsche war während des Krieges als landwirtschaftlicher Sonderführer in Weißrußland eingesetzt und hatte dort zu Morden an Juden und der sogenannten kommunistischen Stadt- und Dorfintelligenz aufgerufen. De Vries war direkt an Kriegsverbrechen beteiligt, wurde aber nie zur juristischen Verantwortung gezogen. Zum ersten Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien wählte man den früheren Zentrumspolitiker und Verwaltungsbeamten Walter Rinke. Dieser war zu keiner Zeit in das politische NS-System eingebunden. Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde Rudolf Lodgmann von Auen, ein nationalkonservativer Politiker, der in den 1920er/30er Jahren auf antisemitischer Grundlage agierte und Sympathien für das NS-Regime äußerte, jedoch keiner NS-Organisation beitrat. Gründungsvorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen war Ottomar Schreiber. Der Landespräsident des Memellandes blieb auf Geheiß des NS-Staates bis 1942 Regierungschef, bevor er wegen bisher nicht genauer bekannter Differenzen mit der NSDAP-Gauleitung Ostpreußen abgesetzt wurde. Die Landsmannschaft der Pommern wurde vom Grundbesitzer und ehemaligen Landrat Herbert von Bismarck geführt, den die NS-Machthaber 1933 in den Ruhestand geschickt hatten.

Am 5. August 1950 verkündeten die organisierten Vertriebenen der Bundesrepublik in Stuttgart die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen". Diese war ein Dokument des Gewaltverzichts. Sie enthielt berechtigte Forderungen der Vertriebenen nach einer „gerechten Verteilung des Lasten des Krieges" auf die gesamte Bevölkerung, nach Eingliederungshilfen und Beteiligung am Wiederaufbau sowie nach einem „Recht auf Heimat", das sie fortan als „Grundrecht der Menschheit" ansahen. Ausgeblendet hatten die Verfasser der „Charta" jeden Hinweis auf die Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung, auf den Zusammenhang von Ursache und Wirkung. Zudem gaben sie keine realistische Einschätzung und Verortung der Heimatvertriebenen im Kanon der Opfer von Krieg und NS-Gewaltherrschaft in Europa ab, als sie sich in der Charta zu den „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen" erklärten. Zwischen

den landsmannschaftlich orientierten Verbänden VOL/VdL mit ihren ausgeprägten politischen Zielsetzungen und dem vor allem soziale und wirtschaftliche Ziele verfolgenden Interessenverband ZvD/BVD herrschte Klarheit darüber, daß zur Durchsetzung ihrer Interessen eine einheitliche, geschlossene Organisation der Vertriebenen notwendig war. Auseinandersetzungen um Posten und Funktionen, Kämpfe um Geldzuteilungen und um die parteipolitische Ausrichtung zwischen den Verbänden ließen es bis Dezember 1958 dauern, bis sich ein einheitlicher Vertriebenen-Dachverband als „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände" (BdV) in West-Berlin konstituierte.

Präsident des BdV wurde Hans Krüger. Dieser gehörte zu den nachweislich NS-belasteten Vertriebenenfunktionären. Krüger war überzeugter Nationalsozialist, der Karriere in der NSDAP gemacht hatte. Als Bundesvertriebenenminister fungierte zur gleichen Zeit Theodor Oberländer. Auch dieser war ein in seiner Vergangenheit NS-belasteter Politiker. Die früheren NS-Verstrickungen dieser Vertriebenenfunktionäre bzw. -politiker war eine drückende politische Hypothek im Eintreten für die legitimen Interessen der Vertriebenen. Der BdV und die ostdeutschen Landsmannschaften mußten sich auf Jahrzehnte den nicht unberechtigten Vorwurf gefallen lassen, daß die Vertriebenenverbände in überdurchschnittlicher Weise von Funktionären mit NS-Vergangenheit geführt wurden.

III.

In der SBZ, dann DDR, waren und blieben landsmannschaftliche Zusammenschlüsse von Flüchtlingen und Vertriebenen strikt verboten. Die SED-Führung erklärte 1952/53 offiziell die „vollständige Integration" der Heimatvertriebenen für abgeschlossen – entgegen ihrer tatsächlichen ökonomischen und sozialen Lage. Das Vertriebenen-Problem wurde in der DDR-Gesellschaft insgesamt zu einem Tabu erklärt und in der kontrollierten Öffentlichkeit nicht speziell thematisiert, obwohl rund 20 Prozent der DDR-Bevölkerung Vertriebene waren. In öffentlichen Erklärungen und in allen internen Papieren der SED und des DDR-Staates wurden nie die Termini „Vertreibung" bzw. „Vertriebene" gebraucht. Die sowjetische Besatzungsmacht und dann die SED-Spitze verordneten für diese spezifische Bevölkerungsgruppe den „Umsiedler"-Begriff, der das Geschehen von Flucht und Vertreibung beschönigte, verharmloste und die Realität nicht traf. Der Begriff „Umsiedlung" sollte die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme suggerieren und den Betroffenen jegliche Rückkehrhoffnung nehmen sowie eine schnelle Assimilation in die Gesellschaft begünstigen. Obwohl sich die SED-Führung öffentlich der Vertreibungs- und Grenzfrage nicht stellte, mußte sie sich intern bis 1989 doch damit befassen. Die SED-Vertriebenenpolitik schloß innen- und außenpolitische sowie deutsch-deutsche Aspekte ein. Die Vertreibung der Deutschen blieb Thema in den außenpolitischen Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten. Die SED betrachtete die Vertriebenen als einen potentiellen Störfaktor in den ohnehin schwierigen Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei. Innenpolitisch sah die SED die Vertriebenen als mögliches Sicherheits-

problem – sowohl hinsichtlich eines denkbaren Unruhepotentials innerhalb der Gesellschaft als auch bezüglich der schwer zu kontrollierenden landsmannschaftlichen Kontakte über die deutsch-deutsche Grenze hinweg. Damit gerieten die Vertriebenen in der DDR fast nur noch unter einem repressiven Vorzeichen ins Blickfeld von Staat und Partei. Das polizei- und geheimdienstliche Vorgehen richtete sich gegen Organisationsversuche von „Umsiedlern" und gegen jede kritische Äußerung über die Nachkriegsgrenzziehungen, speziell über die Oder-Neiße-„Friedensgrenze". Kontakte von „Umsiedlern" zu landsmannschaftlich organisierten Vertriebenen in West-Berlin und Westdeutschland wurden – da die Vertriebenenverbände die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkannten und ein „Recht auf Heimat und Rückkehr" forderten – als „kriegstreibend" polizei- und geheimdienstlich verfolgt und juristisch geahndet.

Der SED-Führung und den Behörden des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) fielen die Verbände der Flüchtlinge und Vertriebenen in West-Berlin und Westdeutschland zum ersten Mal Anfang 1951 auf. MfS-Staatssekretär Erich Mielke forderte im April 1951 von den fünf MfS-Landesverwaltungen und der von Ost-Berlin Auskunft über „illegale Umsiedlerorganisationen" in der DDR, über Verbindungen von „Umsiedlern" aus der DDR zu Vertriebenen in der Bundesrepublik und über die „feindliche Tätigkeit der Umsiedler-Landsmannschaften" in West-Berlin und Westdeutschland in Richtung DDR. Außerdem erwartete Mielke Meldungen über Zahl und Einsatz „Geheimer Mitarbeiter" in „Umsiedler-" und Vertriebenenkreisen. Zwei Punkte waren an dieser ersten MfS-Weisung auffällig: Zum einen trennte das MfS nicht zwischen geheimdienstlicher Bearbeitung von verbotenen „Umsiedler"-Organisationen in der DDR und dem Beobachten und Einwirken auf die ostdeutschen Landsmannschaften im Westen. Zum zweiten zeigte sich, wie eng verwoben im Ministerium für Staatssicherheit von Anfang an die Arbeitsschienen „Abwehr" und „Aufklärung" waren.

Im Juni 1951 begann die Ost-Berliner Staatssicherheitsverwaltung in einer ersten Aktion, das „Einwirken des West-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen" (BLV) auf „Umsiedler" in der DDR „abzuwehren" und zugleich zu nutzen, um mit „Geheimen Mitarbeitern" in die West-Berliner Zentrale der Landsmannschaften einzudringen und im MfS-Sinn „aufzuklären". Man fürchtete in Ost-Berlin, daß die Vertriebenenverbände die „Umsiedler" in Ost und West zu „feindlichen Handlungen in der DDR" anstiften würden. Vom Februar 1952 datierte die nächste Anordnung der Ost-Berliner Staatssicherheitszentrale, systematisch die Dachorganisationen „Vereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften" und „Bund vertriebener Deutscher" in West-Berlin und Westdeutschland geheimdienstlich zu überwachen und die Beobachtungsergebnisse zu dokumentieren. Diese Analyse, die sich besonders auf den West-Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen (BLV) konzentrierte, lag im Mai 1952 vor. Als Ziel der ostdeutschen Landsmannschaften und des West-Berliner Landesverbands benannte das MfS die „Wiedergewinnung der alten östlichen Gebiete mit Waffengewalt". Um das durchzusetzen, sei ihre politische Arbeit gerichtet auf das „Wecken von Heimatgefühlen durch die Pflege der alten Sitten und Gebräuche", die „Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze und die fortschrittliche Entwicklung in der DDR", die „bewußte Spaltung des deutschen Volkes in Alteingesessene und Um-

siedler“ sowie auf die Erzeugung von „Verwirrung“ bei den „Umsiedlern“ durch die Propagierung des westdeutschen Lastenausgleichs.

Die Gründung des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit fand im Februar 1950 statt. Es ging aus der politischen Polizei der Länder der SBZ mit der Bezeichnung K 5 hervor. In der Aufbauphase des MfS hatten in der Ost-Berliner Zentrale und in den MfS-Länderverwaltungen die jeweilige Abteilungen V, Referate C und D, die Zuständigkeit für die sogenannte Arbeitslinie „Umsiedler, Landsmannschaften und ihre Dachorganisationen VOL und BVD“ zugeteilt bekommen. Im Herbst 1953 wurde auf Ministeriumsebene die Abteilung V in Hauptabteilung V umbenannt. Auf der Ebene der MfS-Bezirksverwaltungen verblieben die Abteilungen V, genauso die Arbeitsbereiche V in den MfS-Kreisdienststellen. Die Hauptabteilung V bzw. die jeweiligen Abteilungen/Arbeitsbereiche V in den Bezirken und Kreisen wurden intern kurz „Untergrund“ genannt. Ihre Zuständigkeit umfaßte die Bekämpfung des „politischen Untergrunds“, d.h. die Überwachung der Blockparteien, Massenorganisationen und Kirchen in der DDR und andererseits die geheimdienstliche Überwachung und Bekämpfung der westdeutschen Parteien, ihrer „Ostbüros“, des DGB sowie weiterer „gegnerischer politischer Verbände in Westdeutschland und West-Berlin“. Damit waren der Hauptabteilung/den Abteilungen/den Arbeitsbereichen V sowohl die geheimdienstliche Bearbeitung westdeutscher Parteien und Organisationen und deren Aktivitäten bezogen auf die DDR übertragen worden als auch die Kontrolle und Überwachung ostdeutscher Parteien. Denn diese Bereiche gehörten nach SED- bzw. MfS-Denkart zusammen, da jede tatsächliche oder vermeintliche oppositionelle Bewegung in der DDR nur durch westdeutsche Initiatoren hervorgerufen werden konnte. Die besagte MfS-Hauptabteilung V, Abteilung III, Referat 3, war zuständig für „Umsiedler und Umsiedlerorganisationen“, konkreter für die Vereinigung der Landsmannschaften, Bund vertriebener Deutscher, „Haus der ostdeutschen Heimat“ in West-Berlin und Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Auf der MfS-Bezirks- und Kreisebene setzten sich die Zuständigkeiten fort. Dieses Arbeitsgebiet gehörte seit 1950 zum Verantwortungsbereich Erich Mielkes. Man geht davon aus, daß hier anfänglich etwa 20 MfS-Mitarbeiter auf zentraler Ebene und auf Bezirksebene tätig waren.

1963/64 fand eine Reorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit statt. Die Hauptabteilung V führte von nun an die Bezeichnung Hauptabteilung XX. Deren Abteilung 5, Referat I, erhielt die Zuständigkeit für die „Ostbüros“ der bundesdeutschen Parteien und andere „Feindorganisationen im Westen“. Dazu zählten die Vertriebenenverbände. Diese Verantwortlichkeit blieb so bis 1989 erhalten. Die Hauptabteilung XX unterstand dem Stellvertretenden MfS-Minister Generaloberst Rudi Mittig. Auf der MfS-Ebene der Bezirksverwaltungen wurde die Bearbeitungslinie XX fortgeführt. Bei den MfS-Kreisdienststellen existierten diese abgegrenzten Verantwortungsbereiche nicht. Die Kreisdienststellen dürften in die geheimdienstliche Bearbeitung der „Feindorganisationen“ kaum eingebunden gewesen sein. Ausnahme war hier das Beobachten und Registrieren von Brief- und Paketkontakten zwischen „Umsiedlern“ und Vertriebenen bzw. von Reisen organisierter Vertriebener aus der Bundesrepublik in die jeweiligen DDR-Kreise. Diese landsmannschaftlich begründeten deutsch-

deutschen Kontakte wurden von den MfS-Kreisdienststellen registriert. In der Ost-Berliner MfS-Zentrale und auf der Ebene der 14 Bezirksverwaltungen waren zwischen den 1960er und 1980er Jahren letztlich nicht mehr als 14 bis 18 MfS-Mitarbeiter mehr oder weniger kontinuierlich mit dem Arbeitsgebiet „Umsiedler und revanchistische Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland" befaßt.

Zur Systematisierung der „Abwehrarbeit" schuf sich der Staatssicherheitsdienst Anfang 1960 zudem die Querschnittsabteilung Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), auf Bezirksebene die Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG). Auch diese gehörten in den Zuständigkeitsbereich der MfS-Hauptabteilung XX. In regelmäßigen Abständen fertigten die Mitarbeiter der ZAIG größere Analysen über die Vertriebenenverbände, ihre Aktivitäten und Großveranstaltungen an. Diese Expertisen waren faktenreich, breit angelegt und relativ präzise, bewegten sich jedoch analytisch weitgehend im Rahmen der vorgegebenen SED-Parteiideologie und ihres „Feindbildes".

Der MfS-Arbeitslinie „Umsiedler und revanchistische Landsmannschaften" hinzuzurechnen waren jene MfS-Offiziere der Hauptverwaltung Aufklärung, die die „geheimdienstliche Aufklärung" der Landsmannschaften und des BdV – z. B. die Gewinnung, Einschleusung und Anleitung von Agenten und die Auswertung ihrer Informationslieferung – zu betreiben hatten. Die HV A, Abteilung II, Referat 3, auf der Bezirksebene die jeweiligen Abteilungen XV, befaßten sich mit dem geheimdienstlichen „Führen von Agenten" in Organisationen der sogenannten ideologischen Diversion, also u. a. auch in den ostdeutschen Landsmannschaften und im Bund der Vertriebenen.

IV.

In der politischen und geheimdienstlichen Auseinandersetzung mit den Vertriebenenverbänden in Westdeutschland und West-Berlin konzentrierten sich SED und MfS in den 1950er Jahren auf West-Berlin. Die SED-Funktionäre interessierte an den ostdeutschen Landsmannschaften und den Dachverbänden der organisierten Vertriebenen in erster Linie deren Einwirken auf die „Umsiedler" in der DDR. Dabei spielten West-Berlin und die offenen Grenzen zu Ost-Berlin und der DDR eine wichtige Rolle. Die landsmannschaftlichen Verbindungen zwischen organisierten Vertriebenen im Westen und „ehemaligen Umsiedlern" im Osten sollten nach Maßgabe von SED und MfS aufgedeckt, kontrolliert und unterbunden oder aber für die eigene Politik genutzt werden.

Die SED-Führung in Ost-Berlin unternahm zwischen 1950 und 1955 über die KPD in Westdeutschland den letztlich erfolglosen Versuch, eine kommunistisch gesteuerte „Umsiedler"-Gegenorganisation in der Bundesrepublik aufzubauen. Der „Westdeutsche Flüchtlingskongreß" (WFK) erfaßte kaum 30 000 Vertriebene, er wurde im Gefolge des KPD-Verbots 1956 als kommunistische Tarnorganisation 1958 ebenfalls verboten und löste sich auf.

Ab Sommer 1951 beobachteten die MfS-Verwaltungen von Ost-Berlin und den fünf Ländern, daß ein reger Besucherverkehr von DDR-„Umsiedlern" zu Treffen

landsmannschaftlicher Vereinigungen nach West-Berlin stattfand. Die MfS-Postkontrolle stellte zur gleichen Zeit das Anwachsen des Versandes von Vertriebenen-Zeitungen von West- nach Ost-Berlin und in die DDR fest. Bis 1955 hatten verschiedene Aktivitäten der Landsmannschaften in Richtung Ost-Berlin und DDR solche Ausmaße angenommen, daß die Staatssicherheit sich entschloß, zukünftig entschiedener dagegen vorzugehen. Ins Visier geriet die Vertriebenengroßveranstaltung zum „Tag der Heimat" im September 1955, eine ganze Reihe von monatlich stattfindenden Heimatkreistreffen verschiedener ostdeutscher Landsmannschaften und die Zentrale des West-„Berliner-Landesverbands der Heimatvertriebenen", die im „Haus der ostdeutschen Heimat" im Stadtteil Charlottenburg lag. Die Staatssicherheit ermittelte, daß auf den Vertriebenenveranstaltungen rund 30 Prozent der Teilnehmer Ost-Berliner bzw. DDR-Bürger waren, d. h. man ging von rund 10 000 DDR-Einwohnern aus, die regelmäßig nach West-Berlin zu besagten Zusammenkünften fuhren. Auch hatte das MfS Kenntnis davon, daß sich die West-Berliner Vertriebenenverbände speziell der Betreuung der „ehemaligen Umsiedler" im Gebiet der DDR angenommen hatten. Anfang 1956 gestand der Geheimdienst intern ein, daß eine „aktive Bearbeitung hinsichtlich der Landsmannschaften bzw. Umsiedlerkreise" bisher nicht stattgefunden hatte. Die darauf reagierenden Arbeitsweisungen an alle MfS-Bezirksverwaltungen der „Linie Umsiedler und Landsmannschaften" lauteten: 1. Schaffung eines Überblicks an sogenannten Umsiedlerkonzentrationen im jeweiligen Bezirk der DDR, 2. Aufdecken von Verbindungen zwischen „Umsiedlern" und organisierten Vertriebenen im Westen, 3. Suche nach geeigneten „Geheimen Mitarbeitern", also MfS-Spitzeln, in DDR-„Umsiedler-" und in Vertriebenenkreisen im Westen. Mitte 1956 legten MfS-Mitarbeiter die erste umfassende, 115 Seiten starke Studie über die „Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und West-Berlin" vor, die allen MfS-Bezirksverwaltungen als erste Arbeitsgrundlage diente. Die Studie spiegelte einen relativ guten Kenntnisstand des MfS über Entstehung, Ziele, Personal, Organisation und Aktivitäten der Vertriebenenverbände wider.

Im Sommer 1958 begannen die Ost-Berliner Staatssicherheitsbehörden, aktiv gegen die Vertriebenenverbände in West-Berlin vorzugehen. Die MfS-Tätigkeit richtete sich gegen die jährlich im September stattfindende Großveranstaltung der West-Berliner Vertriebenen, den „Tag der Heimat" in der „Waldbühne", und gegen die Organisationszentrale der West-Berliner Vertriebenen, das „Haus der ostdeutschen Heimat". Zum „Tag der Heimat" kamen jährlich rund 22 000 Vertriebene und Flüchtlinge in West-Berlin zusammen, etwa 8000, so nach Kenntnis des MfS, stammten aus der DDR. Diese Tatsache beunruhigten SED und Staatssicherheit. Sie befürchteten, die „Heimatgefühle der Umsiedler" würden benutzt, um diese gegen DDR-Staat und SED-Herrschaft aufzuwiegeln. Ost-Berlin wollte die Vertriebenenveranstaltungen mittels sogenannter Desinformationskampagnen stören und die Besucherströme von Ost- nach West-Berlin unterbinden. Mittels Flugblättern und Postwurfsendungen wurden kompromittierende Materialien über West-Berliner Vertriebenenfunktionäre, deren Wahrheitsgehalt zweifelhaft war, verbreitet. Betroffen waren davon 1958 z. B. der Vorsitzende des West-Berliner Landesverbands der Heimatvertriebenen Alfred

Rojek und die Geschäftsführer der Sudetendeutschen Landsmannschaft bzw. des Bundes der Danziger in West-Berlin. Um besonders „scharfe" Vertriebenen-Funktionäre in Angst und Unruhe zu versetzen, wurden diese von offensichtlichen SED-Gremien zu Vortragsveranstaltungen über z. B. die „neuen westpolnischen Gebiete" oder „Erfolge der Umsiedlerpolitik im Ost-West-Vergleich" nach Ost-Berlin eingeladen. Die Desinformationsstrategie der Staatssicherheit umfaßte auch, nachgedruckte Programme zum „Tag der Heimat" oder großen Landsmannschaftstreffen in Umlauf zu bringen, die falsche Angaben über Ort und Zeit der Veranstaltungen enthielten, um ein organisatorisches Chaos anzurichten. Sogenannte SED- bzw. FDJ-Dreiergruppen statteten in West-Berlin den Inhabern der Lokale, die ihre Gasträume für Heimatkreistreffen von Landsmannschaften zur Verfügung stellten, Besuche ab, um diese soweit unter Druck zu setzen, daß sie ihre Vermietung rückgängig machten. Zu den Treffen der Landsmannschafts-Heimatkreise in West-Berlin wurden des weiteren geschulte SED-Kader, „ausgerüstet mit der Ideologie der Arbeiterklasse", gesandt, die dort offensiv für die Oder-Neiße-Grenze, die Akzeptanz der deutschen Gebietsverluste als Folge der Niederlage des verbrecherischen Hitlerkriegs und für die DDR-Friedenspolitik warben. Kannte die Staatssicherheit die Personalien von DDR-„Umsiedlern", die zu Vertriebenentreffen nach West-Berlin fuhren, wurden diese zu einem „klärenden Gespräch" bei MfS-Dienststellen vorgeladen. Auch verschärften MfS und Transportpolizei die Kontrollen an den Sektorengrenzen zwischen Ost- und West-Berlin zu Zeiten von größeren Vertriebenentreffen.

Den Besucherstrom im „Haus der ostdeutschen Heimat" im Westteil Berlins beobachtete das MfS kontinuierlich durch professionelle Geheimdienstmitarbeiter, die in gegenüberliegenden konspirativen Wohnungen einquartiert waren. Die hauptamtlichen Mitarbeiter der West-Berliner Vertriebenenzentrale waren dem MfS durch eigene Recherchen bekannt. Man suchte ständig nach Anhaltspunkten für die Spitzel-Anwerbung aus diesem Personenkreis. Mit teilweisem Erfolg gelang es zeitweilig, männliche Angestellte aus dem „Haus der ostdeutschen Heimat" durch „Anschleusung weiblicher Geheimer Informanten" als Spitzel zu gewinnen. Alle vorhandenen „Geheimen Mitarbeiter" in „Umsiedler"- bzw. Vertriebenenkreisen waren angewiesen, jede nur sich bietende Gelegenheit zu nutzen, das „Haus der ostdeutschen Heimat" aufzusuchen, um alle möglichen Informationen für Ost-Berlin in Erfahrung zu bringen.

Parallel zur Geheimdienstarbeit betrieb die SED eine Propaganda gegen die Vertriebenentreffen in West-Berlin. Die MfS-Behörden selbst traten dabei nicht öffentlich in Erscheinung. Ihre Tätigkeit lag im verdeckten Beobachten und Agieren. Ab Mitte der 1950er Jahre unternahm die DDR-Regierung erste Versuche, sich als souveräner Staat innerhalb der osteuropäischen „Volksdemokratien" zu positionieren und gegen den zweiten deutschen Staat, die Bundesrepublik, abzugrenzen. Als Art Ersatzlegitimation, nach innen und außen, stellte die SED-Führung die DDR als den „deutschen Friedensstaat" hin. Dies geschah in Abgrenzung zur Bundesrepublik, den sie als „Hort der Revanchehetze" bezichtigte und als einzigen Staat Europas diskreditierte, der die Nachkriegsgrenzen, insbesondere die Oder-Neiße-Grenze, nicht anerkannte und Anspruch auf fremde Staatsgebiete – auf ein Deutschland in den Grenzen von 1937 –

erhob. Mit dem um 1958 eingeführten politischen Kampfbegriff des „Revanchismus", mit dem man fortan die Politik der Vertriebenenorganisationen und ihrer Funktionäre pauschal titulierte, unterstellte man den Landsmannschaften und dem BdV die Absicht, mittels eines Revanche-Krieges auf die Rückeroberung der alten deutschen Ostgebiete hinzuwirken. Tatsächlich betrieben die Verbände eine Politik der Grenzrevision in Europa, aber nicht durch eine gewaltsame Territoriums-Rückeroberung. In der ab 1958 massiv einsetzenden Propaganda in Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, Rundfunksendungen und Kurzfilmen agitierten die SED-Ideologen gegen die besagte „Revanche- und Kriegshetze aus West-Berlin". Sowohl die MfS-Geheimdienstaktionen als auch die SED-Propagandamaßnahmen brachten nicht den gewünschten Erfolg. Die DDR-„Umsiedler"-Besucherzahl nach West-Berlin war nicht rückläufig. Erst der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 beendete diese Situation.

Die Suche, Werbung und Einschleusung von Informanten in die Vertriebenenorganisationen in West-Berlin hatte für die Staatssicherheit oberste Priorität. Diese zeigten 1958/59 erste Erfolge. Das MfS verfügte über drei „Geheime Informanten" in der Landsmannschaft Pommern, zwei „GIs" spitzelten in der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, drei in der Ost- bzw. Westpreußischen Landsmannschaft, und einen Informanten hatte man in der Schlesischen Landsmannschaft plazieren können. Mehrheitlich waren diese „GIs" aber DDR-Bürger, die ihre Spitzel-Arbeit „nebenberuflich" ausübten. Zum „Tag der Heimat" im September 1960 konnte die Ost-Berliner MfS-Verwaltung 126 „Informanten" zum Einsatz bringen. Damit war sie in jeder tagenden Heimatkreisgruppe der Landsmannschaften mindestens ein Mal vertreten. Die Hauptaufgabe des Einsatzes, Personalien von anwesenden DDR-Besuchern festzustellen, gelang jedoch nur unzureichend. Letztlich lagen nur zu 14 Personen gesicherte Angaben vor, bei 47 weiteren „Umsiedlern" kam es zu Befragungen und Vernehmungen. Dringend hielt man daher weiter Ausschau nach West-Berlinern, die als Vertriebene in Landsmannschaften organisiert waren oder im „Haus der ostdeutschen Heimat" arbeiteten und daher als MfS-Spitzel in Frage kämen. Das Ziel der Staatssicherheit hieß weiterhin, in jeder in West-Berlin organisierten Landsmannschaft mindestens einen „Inoffiziellen Mitarbeiter" anzuwerben bzw. dort einzuschleusen. In einzelnen Fällen gelang das auch. Das MfS konnte in den 1950er Jahren erste Spitzel plazieren: „GM Kuhnert" im „Haus der ostdeutschen Heimat", „GM Kropf" in der Schlesischen Landsmannschaft in West-Berlin, „GM Sitha" bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen in Hamburg und „GM Karl" in der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg.

1960 lagen in der MfS-Zentrale erste umfangreichere Dossiers über die mitgliederstärksten ostdeutschen Landsmannschaften vor. Dazu zählte man in Ost-Berlin die Schlesische, die Ostpreußische und die Sudetendeutsche Landsmannschaft sowie die Landsmannschaft der Pommern.

Die SED-Führung benannte bereits in den 1950er Jahren die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik als eine von vielen „Feindzentralen", die gegen die Existenz der DDR, die Grenzen im Osten und die SED-Herrschaft politisch und ideologisch agierten. Die Landsmannschaften und den BdV sah sie in ihrer Bedeutung solchen „Zentralen" wie den bundesdeutschen Parteien, ihren „Ostbüros" oder verschiedenen

Bonner Ministerien und Gremien bzw. Medienanstalten als deutlich nachgeordnet an. Zu denken gaben der SED und dem Staatssicherheitsdienst aber der Organisationsgrad der Vertriebenen – 2,2 Millionen Mitglieder im BdV bzw. in den Landsmannschaften um 1960. Vor allem dies begründete die gesteigerte Aufmerksamkeit des MfS für die Verbände.

V.

Die Politik der SED bezüglich der Bundesrepublik umfaßte als strategisches Ziel, die Bundesrepublik zu destabilisieren, eine revolutionäre Umwälzung herbeizuführen und die Wiedervereinigung Deutschlands zu östlichen Bedingungen zu befördern. In der politischen Praxis verschob sich seit Beginn der 1960er Jahre die Priorität hin zur Einflußnahme auf die Bundesrepublik, um die staatliche Anerkennung der DDR zu befördern. Je näher die SED aber diesem Ziel kam, umso energischer versuchte sie, die historischen, kulturellen und verwandtschaftlichen Westbindungen der DDR-Bevölkerung zu erschweren oder zu unterbinden. Hierzu zählten auch die deutsch-deutschen Kontakte, die auf landsmannschaftlichen Zusammenhalt basierten. Mit dem Grundlagenvertrag von 1972 fanden beide Seiten ein geregeltes Nebeneinander. Die Bundesrepublik akzeptierte die DDR als zweiten deutschen Staat, ohne ihn völkerrechtlich anzuerkennen. Auf diese völkerrechtliche Anerkennung arbeitete die SED bis 1989 hin, letztlich vergeblich.

Der BdV und die ostdeutschen Landsmannschaften verstanden sich in der nationalen Frage als Avantgarde. Die grundlegenden politischen Ziele des BdV und der ostdeutschen Landsmannschaften lauteten, kurz zusammengefaßt, in vier Punkten:

1. keine Anerkennung der DDR und kein Sonderstatus für West-Berlin,
2. keine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, keine Annullierung des Münchner Abkommens,
3. Wiederherstellung eines Deutschlands in der Grenzen von 1937 und
4. friedliches Rückkehrrecht für die Vertriebenen in die alten ost- bzw. sudetendeutschen Gebiete.

Im Wirken der Vertriebenenverbände sah die SED-Führung einen Angriff auf die Existenz der DDR, auf deren staatliche Souveränität und auf ihren politischen Führungsanspruch. Für die SED und das MfS gehörten sie zu den Organisationen in der Bundesrepublik, die sie als „Führungszentren der politisch-ideologischen Diversion“ bezeichneten und der politischen Unterwanderung der DDR, mit dem Ziel ihrer „Liquidierung“, bezichtigten.

VI.

Zwischen 1961 und 1969/72 liefen die öffentlichen Aktionen der SED und die geheimdienstlichen Aktivitäten des MfS gegen BdV und Landsmannschaften darauf hinaus, den Bonner Staat zu diskreditieren und die DDR entsprechend staatlich und

politisch aufzuwerten. SED und Staatssicherheit widmeten sich dabei drei Aufgabenfeldern. Zum einen ging es um die konkrete Dokumentation der personellen Zusammensetzung und strukturellen Gliederung des BdV und der 20 ostdeutschen Landsmannschaften. Dabei interessierte besonders die politische Vergangenheit der Vertriebenenpolitiker vor 1945. Ost-Berlin thematisierte die tatsächliche bzw. vermeintliche NS-Vergangenheit der Funktionäre, um ihnen „Revanchismus und Neofaschismus" vorzuwerfen. Zum zweiten großen Aufgabenbereich wurden das Registrieren und Analysieren der veränderten Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung und die Reaktionen der Vertriebenenverbände darauf. Und zum dritten blieb eine ständige Aufgabe des MfS die Unterbindung der Einflußnahme des BdV auf die „Umsiedler" in der DDR. Für die Bewältigung aller dieser Aufgabenbereiche ging es auch immer um die Anwerbung von Agenten in den Vertriebenenorganisationen. Obwohl die Vertriebenenlandesverbände in West-Berlin einen Schwerpunkt in der MfS-Bearbeitung bildeten, verlagerte sich das Interesse auch auf die Zentrale, den Bund der Vertriebenen in Bonn, bzw. auf die jeweiligen Zentralen der Landsmannschaften – insbesondere der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München, der Schlesischen Landsmannschaft in Bonn und der Landsmannschaft Pommern in Hamburg. Die SED und ihr Geheimdienst beobachteten die 1960er Jahre hindurch die Ereignisse und Entwicklungen in der westdeutschen Gesellschaft, die sich auf die Haltung zur Problematik Vertreibung, deutsche Ostgebiete, Oder-Neiße-Grenze und Vertriebenenverbände bezogen. Dabei interessierte sie vor allem die Stellung der westdeutschen Parteien zur Vertreibungsfrage. Einen besonderen Blick richteten sie auf die Sozialdemokraten. Die Haltung der SPD-Führung gegenüber den Vertriebenenverbänden war in diesem Jahrzehnt zwiespältig und von wahltaktischen Überlegungen bestimmt. Die SPD-Spitzenpolitiker benutzen in jenem Jahrzehnt die beiden sozialdemokratischen Präsidenten des BdV Wenzel Jaksch, Präsident von 1964 bis 1966, und Reinhold Rehs, Präsident von 1967–1970, z. T. als politische Schachfiguren, die das Vertriebenenklientel für die SPD mobilisieren sollten, um ihr damit zu einer Regierungsbeteiligung zu verhelfen. Die Staatssicherheit dokumentierte den sich wandelnden Zeitgeist in der westdeutschen Gesellschaft zu den organisierten Vertriebenen. Als „realistisch denkende Kräfte" bezeichnete das MfS den NDR-Journalisten Jürgen Neven du Mont, der mit Reportagen wie „Breslau in Polen" (1963) hervortrat, oder die Verfasser der Vertriebenen-Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (1965). Für SED und MfS leisteten diese einen „Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und Urteilsbildung" über die Ursachen der Vertreibung der Deutschen, die Oder-Neiße-Grenze und die Existenz zweier deutscher Staaten. Die öffentliche Akzeptanz der nationalen Forderungen des BdV und der Landsmannschaften in der westdeutschen Gesellschaft nahm immer weiter ab. Die Vertriebenenverbände begannen, in die Isolation zu geraten, was SED-Führung und MfS zum Ende der 1960er Jahre erkannten. Die ostdeutsche Seite ging davon aus, daß sich die Landsmannschaften und der BdV über kurz oder lang auflösen würden. Die neu gewählte sozial-liberale Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt ging ab 1969 sichtbar auf Distanz zum BdV. Die SPD-Führung gab den Vertriebenenfunktionären zu verstehen, daß die „Politik der Stärke" nicht mehr anwendbar sei und die Oder-Neiße-Grenze auf absehbare Zeit die

Westgrenze Polens bleiben werde. Der aggressiv geführte politische Kampf der Vertriebenenverbände gegen die Ostverträge ließ bei der SPD-FDP-Regierung zeitweise die Überlegungen aufkommen, eine SPD-nahe Vertriebenenorganisation als Gegengewicht aufzubauen und die Bundesmittel für den BdV zu kürzen. Beides wurde letztlich nicht umgesetzt. Die SED-Spitze beobachtete die Auseinandersetzungen zwischen der neuen Bonner Regierung und den Vertriebenenverbänden. Intensiv eingebunden war hierbei die MfS-Auslandsspionage, die Hauptverwaltung Aufklärung. Diese lieferte korrekte und detaillierte Berichte über die ost- und deutschlandpolitischen Aktivitäten des BdV, die Einstellung von SPD- und CDU/CSU-Politikern zum BdV und den Landsmannschaften, die Einbindung der Vertriebenenfunktionäre in das parlamentarische System und die Medien der Bundesrepublik sowie über die finanziellen Verhältnisse der Vertriebenenverbände.

SED und MfS nahmen in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die Haltung der SPD-geführten Regierung gegenüber dem BdV als inkonsequent wahr. Die Erwartungen Ost-Berlins, die sozial-liberale Regierung werde nach Abschluß der Verträge mit Moskau, Warschau, Ost-Berlin und Prag die staatliche Subventionierung der Vertriebenenverbände reduzieren oder gar einstellen, was im Endeffekt einer Auflösung gleichgekommen wäre, stellte sich als falsch heraus. Die HV A ermittelte, daß in den 1970er Jahren die Bundeszuschüsse für die Vertriebenenverbände in gleicher Höhe weiter flossen – für die kulturpolitische Vertriebenenarbeit stiegen diese sogar, während sie für die institutionelle Förderung der Verbände und ihrer Presseorgane leicht zurückgingen. SED und MfS erklärten sich diese „doppelbödige Haltung" der SPD damit, daß diese zum einen größere innenpolitische Unruhen von Seiten der organisierten Vertriebenen fürchtete und zum anderen auf das Wissen über den historischen deutschen Osten aus dem BdV-Kreis für ihre Ostpolitik nicht verzichten wollte. Ost-Berlin warf 1975 der SPD-FDP-Politik vor, die „revanchistischen, militaristischen und neonazistischen" Vertriebenenorganisationen zu erhalten, um das „Gefühl für dieses fiktive große Deutschland wachzuhalten" und die westdeutsche Bevölkerung weiterhin im „antikommunistischen Geist zu infiltrieren". Trotzdem erkannten SED und MfS intern an, daß unter der SPD-FDP-Regierung und mit dem Abschluß der Ostverträge Position und Einfluß der Vertriebenenverbände deutlich geschwächt worden war.

VII.

Zwischen 1960 und 1963 begannen im SED-Auftrag die Dienststellen des MfS damit, systematisch das Führungspersonal des BdV und der ostdeutschen Landsmannschaften nach möglichen politischen Verstrickungen in das NS-System zu überprüfen. Ziel und Zweck der Recherche bestand von Anfang an darin nachzuweisen, daß die Funktionäre der Vertriebenenverbände durchweg eine „faschistische Vergangenheit" besaßen und der Einfluß ehemaliger Nationalsozialisten im Bund der Vertriebenen und in den Landsmannschaften umfassend war. Die SED-Propagandakampagnen richteten sich u.a. gegen den Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer, den BdV-

Präsidenten Hans Krüger oder gegen den Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Walter Becher.

In diesen Kampagnen, die durchaus Wirkung in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit erzielten, machten sich SED bzw. MfS nicht immer die Mühe, bei der tatsächlich vorhandenen NS-Belastung von Vertriebenenfunktionären zwischen Angepaßten, Opportunisten, Mitläufern, Schreibtischtätern und tatsächlichen Tätern zu unterscheiden. Für die Beschuldigung und Diskreditierung dieser Funktionäre und den gegen sie gerichteten sogenannten Faschismusvorwurf reichte unterschiedslos der Nachweis einer Mitgliedschaft in NSDAP, SA, SS oder einer anderen nationalsozialistischen Gliederung aus. Die Veröffentlichung des DDR-Braunbuches 1965 – das maßgeblich von der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS verfaßt wurde – stellte sich als Propagandaerfolg für die SED heraus. Allein bis 1968 sollen nach Angaben der SED „mehr als 300 Nazi- und Kriegsverbrecher in der BRD ihren Posten" niedergelegt haben. Auf dem Höhepunkt des Kampfes um die staatliche Anerkennung der DDR 1969/70 zeichnete die SED-Propaganda das nicht falsche, aber vereinfachte Bild von einer „Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen, der zweitgrößten Massenorganisation der Bundesrepublik, mit Nazis". Vertriebenenpolitiker, die klare Gegner der NS-Diktatur gewesen waren oder Distanz zum Regime gewahrt hatten, wurden hingegen nie erwähnt. Der BdV mit seinen 14 Spitzenfunktionären im Vorsitz und Präsidium wies 1969 fünf politisch Unbelastete auf. Von den formal NS-verstrickten neun belasteten Spitzenfunktionären müssen mindestens vier nach heutigem Kenntnisstand als überzeugte Nationalsozialisten bezeichnet werden. Der Anteil von NSDAP-Mitgliedern in der BdV-Führung war im Vergleich zur Gesamtgesellschaft und zur Gruppe der Vertriebenen überdurchschnittlich hoch. Die von der SED vorgebrachten und vom MfS recherchierten Sachverhalte gegen die Funktionäre der Vertriebenenverbände waren im Kern zutreffend, wenngleich die ostdeutsche Seite Fakten und Zusammenhänge pauschalisierte bzw. übertrieb. Doch das eigentliche Kapital der SED war die Tatsache, daß die politischen Eliten in der Bundesrepublik und auch die Vertriebenenverbände jahrzehntelang nicht sehen wollten, welche Hypothek sie mit sich trugen. So haben bis in die Gegenwart weder die ostdeutschen Landsmannschaften noch der Bund der Vertriebenen die Verstrickungen ihrer Spitzenfunktionäre in das NS-System tatsächlich aufgearbeitet.

Die Suche nach möglichen NS-Verstrickungen von Vertriebenenpolitikern blieb eine bis 1989 andauernde Aufgabe der Staatssicherheit. Unter diesem Vorzeichen wurden Personendossiers über Waldemar Kraft, Linus Kather, Alfred Gille, Heinrich Windelen, Johann Baptist Gradl, Herbert Hupka oder Herbert Czaja geführt. Noch im Juli 1988 hieß es bei der zuständigen MfS-Recherchestelle: „Ein Nachweis, daß Dr. Czaja [BdV-Präsident] Angehöriger der SS war, konnte bisher nicht erarbeitet werden."

SED und MfS unterstellten der CDU/CSU-Bundesregierung unter Konrad Adenauer, dann unter Ludwig Erhard, per se Vertreter einer „revanchistischen Eroberungspolitik" zu sein. Es war ein Anliegen der SED-Führung, der SPD gleiche „revanchistische Ziele" vorzuwerfen. In der sogenannten Revanchismuspropaganda machte die SED keinen Unterschied zwischen CDU/CSU und SPD. Die SED-Spitze erklärte,

daß die Vertriebenenfunktionäre in SPD-Führungskreisen ebenso „eifrig Kalte Krieger“ seien wie die in der CDU/CSU. Ost-Berlin schreckte in diesem Zusammenhang nicht davor zurück, den Sozialdemokraten Wenzel Jaksch, Präsident des BdV von 1964 bis 1966 und nachweislich ein Gegner des Nationalsozialismus, mit einer diffamierenden Kampagne zu überziehen. Die SED-Agitatoren verunglimpften den SPD-Politiker und Vertriebenenfunktionär mit unglaublichen Vorwürfen und Titeln wie „Heim-ins-Reich-Krieger“ und „Volk-ohne-Raum-Ideologe“, d.h. sie beschimpften ihn als „Nazi“.

„Revanchismuskampagnen“ richteten SED und Staatssicherheit nicht nur gegen Vertriebenenfunktionäre, sondern auch gegen die Vertriebenenverbände insgesamt. In martialischer Kalter-Krieger-Manier verleumdete man öffentlich z.B. die großen Landsmannschaftstreffen der Schlesier, Pommern, Sudetendeutschen oder Ost- und Westpreußen jedes Jahr zu Pfingsten als kriegsvorbereitende Aufmärsche gegen die DDR, Polen, die ČSSR und die Sowjetunion. Die massenwirksame Verbreitung von „Revanchismusvorwürfen“ gegen den BdV blieb eine stetige Aufgabe des MfS und der SED-Propaganda.

VIII.

Die von der SED-Führung nicht gewünschten deutsch-deutschen Kontakte, die auf landsmannschaftlichem Zusammenhalt basierten, hatte die Staatssicherheit zu jeder Zeit unter Kontrolle. Dazu verfügte sie über eine ausreichende Zahl von „Inoffiziellen Mitarbeitern“ in DDR-„Umsiedlerkreisen“[1]. Das MfS kontrollierte den Brief- und Postverkehr zwischen „Umsiedlern“ in der DDR und Vertriebenen in der Bundesrepublik und beobachtete die Reisetätigkeit insbesondere von DDR-Rentnern zu Vertriebenenveranstaltungen in Westdeutschland bzw. von mittleren und kleineren Funktionären der Landsmannschaften und des BdV in die DDR. Die nach 1961 fortbestehenden, von der Größenordnung jedoch unbedeutenden persönlichen Kontakte[2] von „Umsiedlern“ zu organisierten Vertriebenen in West-Berlin und Westdeutschland waren meist verwandtschaftlicher Art bzw. wurden von älteren „Umsiedlern“ unterhalten. Daher beließ es die Staatssicherheit im allgemeinen bei der Beobachtung der Verbindungen. Der DDR-Repressionsapparat ging in der Regel nicht polizeilich bzw. juristisch gegen diese „Umsiedler“ vor. 1965 zogen die MfS-Bezirksverwaltungen glaubhaft Bilanz, daß in ihren jeweiligen Bezirken „der Einfluß der revanchistischen Landsmannschaften Westdeutschlands keine umfassende Wirksamkeit“ hat. SED und MfS hatten Mitte der 1960er Jahre ausreichende Kontrolle über „ihre Umsiedler“. Es ging keine politische Gefahr von sogenannten Umsiedlerkonzentrationen, Umsiedler-

[1] Um die Größenordnung vorstellbar zu machen: Die MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg hatte 1959/60 285 Spitzel, im Bezirk Rostock 331 Spitzel in Umsiedlerkreisen.

[2] Die MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg hatte 1962 von rund 400 „Umsiedlern“ konkret Kenntnis, die Kontakte zu Landsmannschaften in der Bundesrepublik unterhielten.

treffen oder Kontakten von „Umsiedlern“ zu Vertriebenen in der Bundesrepublik aus.

Nach dem Bau der Berliner Mauer hatte die Staatssicherheit erkannt, daß die Vertriebenenverbände begannen, ihre Taktik von der „plumpen, offenen und aggressiven Forderung nach Grenzrevisionen und Rückkehr der Vertriebenen in die alte Heimat“ zu einer deutsch-deutschen Politik „auf leisen Sohlen“ umzustellen. Mit dieser Beobachtung lagen die MfS-Bearbeiter nicht falsch. Die mittlere und untere Funktionärsebene der Landsmannschaften und des BdV versuchten über eine verstärkte Reisetätigkeit und Kontaktpolitik, den Zusammenhalt zwischen den Vertriebenenvolksgruppen nicht abreißen zu lassen. Die Gruppenidentität „Vertriebener“, aufgegliedert nach Volksgruppen, sollte nach BdV-Vorstellung erhalten bleiben, die Hoffnung auf eine friedliche Rückkehr in die alte Heimat nicht aufgegeben werden. Die Vertriebenenverbände und ihre Funktionäre agierten gegen die Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR, die SED-Herrschaft und die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze. Die 1960er/70er und 1980er Jahre hindurch blieb das MfS daher davon überzeugt, daß die Vertriebenenverbände und ihre Funktionäre mit ihrem Wirken nach wie vor beabsichtigten, unter den „Umsiedlern“ in der DDR „Feindschaft gegen die sozialistischen Länder UdSSR, ČSSR und Polen zu säen“, die Entwicklung in den ehemaligen deutschen Ostgebieten zu diffamieren und „Widersprüche zwischen der SED-Politik und den Interessen der ehemaligen Umsiedler“ zu schüren.

IX.

Etwa seit Mitte der 1960er Jahre informierte die Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit in der Regel zwei Mal jährlich die SED-Führung ausführlicher über den Zustand, den politischen Einfluß und die Aktivitäten der ostdeutschen Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen. Die geringe Zahl und der nicht gerade große Umfang dieser MfS-Informationen läßt den Schluß zu, daß das SED-Politbüro den Vertriebenenverbänden keine übermäßige Bedeutung beimaß. Die HV A-Dossiers gingen in der Regel an die SED-Verantwortlichen für Agitation und Propaganda, an die Funktionäre der sogenannten Westarbeit und hin und wieder auch an den SED-Chef Erich Honecker. Fast immer aber wurden sie an die „befreundeten Geheimdienste“ in Warschau, Prag, Budapest und Moskau weitergeleitet.

Die DDR-Auslandsspionage berichtete sachlich über innere Zustände des BdV und über Beziehungen zwischen den Vertriebenenverbänden und den Partei-, Parlaments- und Regierungsgremien in der Bundesrepublik. So referierte man in den Dossiers wiederholt über das dauerhaft zerrüttete Vertrauensverhältnis zwischen Bundesregierung und BdV während der sozial-liberalen Regierungszeit. Das habe zur allgemeinen Resignation in den Vertriebenenverbänden geführt und auch zu Kontroversen innerhalb der BdV-Führungsgremien. Jüngere Vertriebenenfunktionäre wie Peter Paul Nahm und Peter Nasarski wollten auf die Bundesregierung und ihre Ost- und Deutschlandpolitik zugehen, andere Funktionäre wie Herbert Czaja, Hans-Joachim

von Merkatz, Hans-Günter Parplies blieben weiterhin offen ablehnend. Die „rechten" BdV-Funktionäre fanden nach HV A-Ermittlungen Rückhalt mit der Forderung des „rechtlichen und politischen Offenhaltens der deutschen Frage" bei den Unionspolitikern Helmut Kohl, Alfred Dregger, Hans Filbinger und Friedrich Zimmermann.

In den 1970er Jahren begannen vertriebenenpolitische Bastionen in der Bundesrepublik sichtbar zu bröckeln, was das MfS registrierte und an die SED-Führung weiterleitete. Die Entwicklung ging in die Richtung, daß z. B. die Oder-Neiße-Grenze und die deutsch-deutsche Grenzlinie nicht mehr als Demarkationslinie und die DDR nicht mehr als „SBZ" oder „Mitteldeutschland" bezeichnet wurden. Auch wurde es üblich, die DDR und nicht mehr die Gebiete jenseits von Oder und Neiße als Ostdeutschland anzusehen sowie unter deutscher Wiedervereinigung nur die Vereinigung mit der DDR und nicht mehr mit den alten deutschen Ostgebieten zu verstehen. Das MfS hatte festgestellt, daß entgegen den öffentlichen Bekanntmachungen des BdV, der die Zahl seiner Mitglieder mit 2,5 Millionen angab, diese bei nur noch knapp 1,5 Millionen lag. Somit rechnete die Staatssicherheit mit einem Organisationsgrad von rund 15 Prozent unter den Vertriebenen. Die überhöhte Angabe von Mitgliederzahlen durch die BdV-Führung werteten die Ost-Berliner zu Recht als „Flucht nach vorn", um über die schwindende Bedeutung der Verbände hinwegzutäuschen und bei der Bonner Regierung politisches Gewicht zu demonstrieren.

Der Staatssicherheit und den SED-Agitatoren waren die schwindende Akzeptanz und Einflußnahme der Vertriebenenverbände in der bundesdeutschen Gesellschaft nicht verborgen geblieben. Entgegen ihrer weiterhin lautstark vorgetragenen „Revanchismus-Propaganda" und ihren aggressiven „Neofaschismus"-Vorwürfen an die Vertriebenenpolitiker wußte man in Ost-Berlin um die Machteinbuße des Bundes der Vertriebenen auf die Politik, die Gesellschaft und auch auf das Vertriebenenklientel. Nach dem Wechsel von der sozial-liberalen zur christlich-liberalen Bundesregierung hofften die Vertriebenenfunktionäre auf wirkungsvollere inhaltliche und materielle Unterstützung. Der MfS-Geheimdienst meinte jedoch schon im April 1983, daß die Vertriebenenfunktionäre die sehr begrenzte Bedeutung und die Einflußmöglichkeiten ihrer Organisationen deutlich überschätzten.

Entgegen den sachlichen Aussagen der MfS-Auslandsaufklärung blieben die MfS- und SED-Agitatoren bei ihrem undifferenzierten und pauschalen Urteil über die Vertriebenenverbände. Sie behielten die aggressiven verbalen Angriffe auf den BdV und die ostdeutschen Landsmannschaften bei. So stellten sie ein Wiederaufleben der sogenannten Revanchistenverbände in der Bundesrepublik ab 1983 fest. Als sichtbare Zeichen für ihr Erstarken wertete man in Ost-Berlin 1982/83 die Vielzahl von hochrangigen Unterredungen zwischen dem Präsidium des BdV und Regierungspolitikern, u. a. Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundespräsident Karl Carstens, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Alfred Dregger und Bundesminister Heinrich Windelen. Zudem traten nach jahrelanger Abwesenheit wieder hochrangige Bundespolitiker als Gastredner auf Großveranstaltungen des BdV und der Landsmannschaften auf. Einen Höhepunkt markierte dabei die Rede des amtierenden Kanzlers Helmut Kohl auf dem „Tag der Heimat" des BdV in West-Berlin im September 1984 und auf dem 21. Deutschlandtreffen der Schlesier im

Juni 1985, welches zunächst unter dem skandalauslösenden Motto „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser“ stand. Und auch die Beobachtung der MfS war zutreffend, daß ab 1983 wieder höhere Finanzmittel des Bundes, der Bundesländer und Kommunen für die Vertriebenenverbände flossen. Mehr Geld gab es sowohl für die institutionelle Förderung der zentralen Verbände und ihrer Gremien, für Aktivitäten des BdV und der Landsmannschaften, für die sogenannte ostdeutsche Kultur- und Bildungsarbeit als auch für die Förderung der Wissenschaft und Forschung. Aus Ost-Berlin hieß es daher 1984, daß die „Revanchistenverbände gegenwärtig stärker als je zuvor als ‚pressure group‘ der reaktionärsten politischen Kräfte in der BRD“ agierten.

MfS-intern und im SED-Politbüro wußte man jedoch, daß das Verhältnis zwischen der neuen christlich-liberalen Bundesregierung und den Spitzen der Vertriebenenverbände getrübt war. Ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre herrschte in der SED-Spitze Klarheit darüber, daß die in Bonn regierenden Unionsparteien die nationalen Ziele des BdV faktisch nicht unterstützten. Die markigen Worte und gegenseitigen Zusicherungen von Regierungs- und Vertriebenenpolitikern täuschten nur in der Öffentlichkeit darüber hinweg, daß BdV und Landsmannschaften auch unter der CDU/CSU-FDP-Koalition nur einen geringen Einfluß auf die Bonner Deutschland- und Ostpolitik auszuüben vermochten. Einige Unions- und FDP-Politiker – allen voran Außenminister Hans-Dietrich Genscher, aber auch die Politiker Volker Rühe, Heiner Geißler, Rita Süßmuth und Walter Hirche – äußerten sogar öffentlich Kritik am deutschlandpolitischen Standpunkt des BdV. Die HV A wußte der SED-Führung 1986 zu berichten, daß sich auch in der BdV-Spitze die jüngeren Vertriebenenfunktionäre um die CDU-Abgeordneten Helmut Sauer und Hartmut Koschyk von den althergebrachten deutschlandpolitischen Forderungen eines Herbert Hupka oder Herbert Czaja zu distanzieren begannen.

Der Niedergang der Vertriebenenorganisationen setzte sich in den 1980er Jahren in der Ära Helmut Kohl weiter fort. Trotz finanzieller Zugeständnisse an den BdV und einiger symbolischer Gesten der christlich-liberalen Regierungskoalition erlebte der Verband keine Renaissance. Dem Bund der Vertriebenen und den ostdeutschen Landsmannschaften gelang es nicht, die Deutschland- bzw. Ostpolitik der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung in ihrem Sinne zu beeinflussen, d.h. sie dazu zu bringen, offensive Wiedervereinigungspolitik mit dem Ziel einer Rückgewinnung möglichst großer Teile früherer deutscher Ostgebiete zu betreiben. Obwohl diese Entwicklung augenscheinlich war, blieb die Ost-Berliner Propaganda, unterstützt von den MfS-Agitationsoffizieren, bei dem grotesk überzeichneten Bild von den Vertriebenenverbänden, die erfolgreich die Unterwanderung der Bundesrepublik durch „revanchistische, tendenziell neofaschistische Ideen“ betrieben. Abgeklärter und realistischer sahen die Offiziere der HV A die Bedeutung der Vertriebenenverbände. Die Dossiers der Hauptverwaltung Aufklärung über den Bund der Vertriebenen und die ostdeutschen Landsmannschaften, die an das SED-Politbüro gingen, spiegelten wider, welche geringe politische Bedeutung die MfS- und die SED-Führung den „Revanchistenverbänden“ inzwischen beimaßen. Die „revanchistische“ Unterwanderung der Bundesrepublik durch die Vertriebenenverbände waren SED-Propaganda, SED- und MfS-

Spitzen kannten die Realität und wußten um den tatsächlichen Bedeutungsverlust der Verbände.

X.

Das MfS beschaffte sich die Fakten und Informationen über die Vertriebenenverbände auf unterschiedlichen Wegen. Zum einen beobachteten die MfS-Mitarbeiter der sogenannten Arbeitslinie „Umsiedler und Revanchistenverbände" die öffentlichen Veranstaltungen und Treffen der ostdeutschen Landsmannschaften und des BdV, sie dokumentierten die Reden und Äußerungen der Vertriebenenfunktionäre. Akribisch werteten sie zugängliche Materialien – Heimatbriefe, Heimatzeitungen, die zentrale Vertriebenenpresse – aus, legten Zeitungsartikelsammlungen an, verfolgten die Meldungen der westdeutschen Medien über die Vertriebenenproblematik, recherchierten in Archiven und führten Personendossiers über Vertriebenenfunktionäre. In den 1950er Jahren, bei offener Grenze, schickte die Staatssicherheit Dutzende „IMs" zu den Großveranstaltungen und den verschiedensten Treffen der Vertriebenen nach West-Berlin und Westdeutschland. In den 1960er Jahren kamen sogenannte Rentner-IMs zum Einsatz: Zirka 30 bis 40 MfS-Spitzel im Rentenalter aus der DDR waren bei den zentralen Bundeslandsmannschaftstreffen anwesend. Die Staatssicherheit instruierte reguläre DDR-Journalisten, die Bild- und Tondokumente über Vertriebenentreffen und über Auftritte von Vertriebenenpolitikern anfertigten. In den 1970er/80er Jahren wurde es zunehmend leichter, MfS-Spitzel, in welcher Art und Funktion auch immer, zu Veranstaltungen der Landsmannschaften und der BdV zu schicken. Über die Zahl dieser „Entsendungen" im MfS-Auftrag kann nach heutigem Kenntnisstand noch keine Aussage getroffen werden. Alles lief darauf hinaus, für die SED-Politik und SED-Propaganda verwertbare Informationen über die Vertriebenenverbände zu sammeln. Nicht immer waren diese korrekt, fehlerlos und vollständig. Oft wurde in einseitiger, ideologisch enger Sichtweise gesammelt und dokumentiert. Die MfS-Bearbeiter und Verantwortlichen für die Analyse der „Revanchistenverbände" waren in der Regel auch keine akademisch ausgebildeten Mitarbeiter und vermutlich auch nicht besonders geschult in der Vertriebenenthematik. Ausgenommen waren jene MfS-Mitarbeiter, die Studien in Form von Qualifizierungsschriften wie Diplom- und Abschlußarbeiten bzw. Dissertationen an der Juristischen Hochschule (JHS) Potsdam des Ministeriums für Staatssicherheit anfertigten. Generell ist davon auszugehen, daß die MfS-Führung und damit das SED-Politbüro das wußten, was sie über die Vertriebenenverbände und Funktionäre wissen wollten. Dazu schleuste die Staatssicherheit auch ihre Spitzel in ostdeutsche Landsmannschaften und den Bund der Vertriebenen ein. Die Zahl der MfS-Agenten in den Vertriebenenverbänden der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1989 muß z. Z. spekulativ bleiben. Bedeutungsvoller als die Quantität war für das MfS letztlich aber die Qualität der Spitzel. Diese hing von deren Plazierung in einzelnen Verbänden ab. Auf zwei spektakuläre und für die Staatssicherheit bedeutungsvolle MfS-Agenten wurde in der vorliegenden Studie ausführlich eingegangen. Der „Inoffizielle Mitarbeiter" mit dem Decknamen „Kropf" lieferte von

1952 bis 1985 Informationen an die Staatssicherheit über den Landesverband der Schlesischen Landsmannschaft in West-Berlin. Da er auf Weisung des MfS im Laufe der Jahre in den Landesvorstand der Landsmannschaft aufstieg und es in die Delegiertenversammlung der Bundeslandsmannschaft Schlesien brachte, berichtete „Kropf" kontinuierlich über seinen Landesverband, über Beziehungen und Interna zum Bundesvorstand der Landsmannschaft in Bonn, ausführlich über das „Haus der ostdeutschen Heimat" in West-Berlin sowie über die Dachorganisation in West-Berlin, den Landesverband der Heimatvertriebenen. In den 1950er Jahren verriet er jede Menge Namen von DDR-Bürgern an die Staatssicherheit, die an Heimatkreistreffen der Schlesischen Landsmannschaft in West-Berlin teilnahmen. Nach 1961 lieferte der „IM" die Namen von DDR-Rentnern, die zu Landsmannschaftstreffen der Schlesier in West-Berlin und in Westdeutschland reisten. Hinzu kamen Personalien von DDR-Bürgern, die in Kontakt zu West-Berliner Landsmannschaften standen. Außerdem übermittelte er Namen und Zeiten von Besuchsreisen, die West-Berliner Landsmannschaftsfunktionäre nach Ost-Berlin, in die DDR oder nach Polen unternahmen, wen sie dort trafen bzw. was sie dort unternahmen. Welche Folgen dieser Verrat für die betreffenden DDR-Bürger hatte, konnte aus Datenschutzgründen nicht recherchiert werden. Ein weiterer Auftrag des „IM Kropf" hieß „Zersetzung der Landsmannschaft Schlesien" in West-Berlin. Mittels verleumdender Briefaktionen gegen Funktionäre und einer in Ost-Berlin gefertigten und in West-Berlin verteilten Landsmannschaftszeitung gelang es zwischen 1955 und 1965, Angst und Unruhe unter den organisierten Schlesiern in West-Berlin zu erzeugen, massenweise Austritte aus der Landsmannschaft zu initiieren sowie West-Berliner Geschäftsleute und Geldgeber davon abzubringen, Spenden für die Vertriebenenarbeit bereitzustellen. Außerdem fanden sich immer weniger organisierte Schlesier in West-Berlin bereit, Funktionen zu übernehmen oder eine aktive Landsmannschaftsarbeit zu betreiben. Das anvisierte Ziel des MfS, die Auflösung der Landsmannschaften in West-Berlin zu erreichen, gelang nicht. Aber die Unterwanderung der Landesverbände der Vertriebenen in West-Berlin durch die DDR-Staatssicherheit war so groß, daß die Zentralen der Bundeslandsmannschaften und der BdV Anfang der 1960er Jahre daran dachten, die West-Berliner Verbände aufzulösen. Dies geschah nicht, aber die Bundesvorstände der ostdeutschen Landsmannschaften und die BdV-Zentrale in Bonn zeigten immer ein gewisses Mißtrauen gegen die Vertriebenen-Landesgruppen in West-Berlin. Neben dem Verrat deutsch-deutscher landsmannschaftlicher Kontakte und den geheimdienstlichen Maßnahmen, die auf die Auflösung von Vertriebenenverbänden zielten, überbrachte der „IM" alle denkbaren Informationen über Struktur, Personal, Finanzierung, Aktivitäten usw. des West-Berliner Landesverbands der Vertriebenen. Ende der 1960er und in den 1970er Jahren kamen Meinungen aus den Führungskreisen der Schlesischen Landsmannschaft über die Neue Ostpolitik der Bonner Regierung speziell über den Stand der Vorbereitungen und Abschlüsse der Ostverträge hinzu. Für die Staatssicherheit waren hier die Inhalte von Gesprächen zwischen Vertriebenenfunktionären einerseits und West-Berliner Politikern der CDU, CSU, FDP und SPD andererseits von besonderem Interesse.

Ein zweiter, recht spektakulär Fall von Agententätigkeit des MfS in Vertriebenenverbänden war die von der HV A eingeschleuste „Inoffizielle Mitarbeiterin" mit dem

Decknamen „Kern", die zwischen 1972 und 1985 in der Zentrale des Bundes der Vertriebenen in Bonn für die DDR spionierte. „IM Kern" arbeitete jahrelang direkt unter den jeweils amtierenden Generalsekretären in der Geschäftsleitung des BdV und hatte in der Zentrale des Vertriebenendachverbandes eine Vertrauensstellung inne. Der Bund der Vertriebenen war in den 1970er Jahren sicher ein politisch interessantes Ausspähungsobjekt für den ostdeutschen Nachrichtendienst. Die HV A des MfS erhielt von ihrer Agentin Kenntnis über alle Interna, über Namen, beruflichen Werdegang, Bezahlung, private Stärken und Schwächen, persönliche Verhältnisse der Funktionäre, Meinungsverschiedenheiten in der BdV-Spitze bzw. der Führungsriege der Landsmannschaften usw. Sie konnte jederzeit Materialien über alle BdV-Landesverbände und Landsmannschaften beschaffen und war über die regelmäßigen Ausarbeitungen der BdV-Spitze „Zur politischen Lage", die die ost- und deutschlandpolitische Meinungsbildung der Vertriebenenverbände betraf, bestens informiert. Sie wußte um die Haltung des BdV zu innen- und außenpolitischen Ereignissen, die Stellung des BdV zu den Kirchen, zur Bundesregierung und zum Bundestag sowie zu einzelnen Politikern und Abgeordneten. „IM Kern" verfügte über detaillierte Einblicke in alle den BdV und die ostdeutschen Landsmannschaften betreffenden Finanzfragen. Sie war beteiligt an der Erstellung der Haushalts- und Wirtschaftspläne, kannte die Finanzierung des BdV durch öffentliche Mittel, über Mitgliedsbeiträge und Spenden, und war über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel in vollem Umfang informiert. Ihr gutes persönliches Verhältnis zu den jeweiligen Generalsekretären machte es zudem möglich, daß sie über alle wesentlichen Beschlüsse der Verbandsorgane – Präsidium, Bundesvorstand und Bundesversammlung des BdV – sowie über die Politik des Verbandes allgemein und im speziellen unterrichtet war. In den zwölf Jahren ihrer Agententätigkeit lieferte „IM Kern" 313 Spionage-Berichte, die von Inhalt, Umfang und Qualität recht unterschiedlich waren. Ihr Auftrag lautete ausschließlich, Informationen zu beschaffen. Ein aktives Einwirken auf den BdV, welcher Art auch immer, war für sie nie vorgesehen. Die „Inoffizielle Mitarbeiterin" zählte sicher zu einer wichtigen Informationsquelle der Staatssicherheit, eine Top-Agentin war sie hingegen nicht. Dafür war ihr Einsatzort – der Bund der Vertriebenen – nicht bedeutsam genug für das MfS und die SED-Führung.

VI. Quellen und Literatur

1. Ungedruckte Quellen

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (SAPMO-BA)

Bestand SED-Politbüro
DY 30 J IV 2/2 und DY 30 2/2A/

Alle Sitzungsprotokolle zwischen 1949 und 1989.

Bestand Politbüro-Informationen
DY 30 J IV 2/2J

1524 Zur EKD-Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn", 1965.

2951 PVAP-Informationen: Die Ostpolitik der deutschen Bundesrepublik 1970.

Bestand Büro Kurt Hager 1963–1971
DY 30 IV A 2/2.024

35 Internationale Wirkung der DEFA-Gruppe Heynowski und Scheumann.

Bestand Büro Albert Norden
DY 30 IV A 2/2028

15 Dokumentation zu den Aufmärschen der Revanchistenverbände in Westdeutschland; Differenzierungen in den Revanchistenorganisationen 1970; Revancheforderungen Westdeutschlands 1961–1964; Der Ungeist der Revanche auf Westdeutschlands Straßen; Differenzierungen in CDU/CSU und in Revanchistenorganisationen 1970.

Bestand Büro Walter Ulbricht
DY 30

2229 Gegen neorevanchistische Grundkonzeption der sozial-liberalen und christlich-liberalen Bonner Regierung, 1970er und 1980er Jahre.

2476 Propagandistische Zusammenarbeit zwischen der SED, PVAP, und KPČ gegen westdeutschen Revancheanspruch 1970er/80er Jahre.

3616 Beziehungen SED-KPČ 1968.

Bestand Agitationsabteilung des ZK der SED 1962–1972
DY 30 IV A 2/9.02

71 DEFA-Gruppe Heynowski & Scheumann: „Der Präsident im Exil".

Bestand Agitationsabteilung des ZK der SED 1972–1980 DY 30 vorl.

14357 Auseinandersetzung mit gegnerischer Propaganda 1972–1974.
18298 Grundlinien gegnerischer Propaganda 1975.

Bestand Westabteilung des ZK der SED DY 30 IV 2/10.02

2 Einschätzung des Nationalismus-Chauvinismus und das Staatsbewußtsein in Westdeutschland 1961.
123 SPD-Vertriebenenpolitik 1958/59.
227 Westdeutscher Flüchtlingskongreß (WFK) 1951.

Bestand Politbüro-Ideologie-Kommission des ZK der SED DY 30 IV 2/10.03

109 Probleme des Revanchismus und Chauvinismus 1963.
110 Material über Revanchismus und Chauvinismus 1964.

Bestand Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED DY 30 IV 2/20 (1946–1962) DY 30 IV A 2/20 (1963–1971)

191 Bonner Revanchismus gegen die Rumänische Volksrepublik 1960.
196 BRD-Revanchismus 1961.
199 SPD und Sudetendeutsche Landsmannschaft.
200 Prag und die Sudetendeutsche Landsmannschaft 1958.
203 SED-KPČ-Zusammenarbeit in Sachen „Revanchismus heute“ 1962.
A 396 SED und KPČ gegen den westdeutschen Revanchismus, d. h. gegen die sudetendeutsche Landsmannschaft 1966.

Bestand Abteilung Staats- und Rechtsfragen des ZK der SED DY 30 IV 2/13 (1946–1962) DY 30 IV A 2/13 (1963–1971)

392 Mitarbeit in den Flüchtlingsorganisationen Westdeutschlands 1950.
524 Einbürgerung der Umsiedler in der DDR 1950; KPD-Propaganda: Lage der Umsiedler in Westdeutschland 1950; KPD-Propaganda für Flüchtlingsvereinigungen 1951; Zentralverband der vertriebenen Deutschen 1952–1953.

Bestand Nationale Front des demokratischen Deutschland DY 6 vorl.

1488 Über Wenzel Jaksch 1964–1966.
1541 a Revanchismus – Bonner Staatsdoktrin 1959–1963.
5061 Revanchismus und Alleinvertretungsanspruch Bonns 1968.
5246 Denkschrift über die Lage der Flüchtlinge (Umsiedler) in West- und Ostdeutschland, Mai 1952; Westdeutscher Flüchtlingskongreß (WFK) 1955.
5326 Arbeitsmaterialien zu Problemen der Umsiedler 1970.
5681 Zur politischen Arbeit unter den Flüchtlingen 1954.

Bestand NDPD
DY 16

488 Richtlinien für die Arbeit der NDPD auf dem Gebiet zur Lösung der Umsiedlerfrage 1952.
895 Dokumentation über Rolle und Wirkung der Landsmannschaften im System der Bonner Manipulierung 1968.

Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin (BStU)

Bestand Büro der Leitung – Büro des Ministers für Staatssicherheit
MfS BdL

000658 Befehl 421/1960: Sicherungsmaßnahmen gegen die Durchführung von Revanchistentreffen in Westberlin, 30. August 1960.
002071 MfS-Zentrale an MfS-Bezirksverwaltungen, Abteilung V 1950er Jahre.
003049 Treffen der Landsmannschaft Berlin – Mark Brandenburg 1960.
003671 MfS-Zentrale an MfS-Landesleitungen 1950er Jahre.
003678 MfS-Zentrale an MfS-Landesleitungen in Sachen Ostdeutsche Landsmannschaften 1950er Jahre.
003784 Struktur der MfS-Hauptabteilung V, 1955.
015585 Befehl des Präsidenten der Volkspolizei: Sicherungsmaßnahmen gegen die Durchführung von Revanchistentreffen in Westberlin, 30. August 1960; Feindliche Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften gegen die DDR, Juni 1965.

Bestand Sekretariat des Ministers
MfS SdM

599 Jahresbericht über die Agitationstätigkeit des MfS, 1960.

MfS-Dienstanweisung

Nr. 3940/53: „Vereinigung Politischer Ostflüchtlinge (VPO)", 4. September 1953.

Bestand Hauptverwaltung Aufklärung
MfS HV A

14 Einige Entwicklungstendenzen und Aktivitäten des revanchistischen „Bundes der Vertriebenen" in der BRD, 4. Februar 1982.
24 Die gegenwärtige Lage des Revanchistendachverbandes „Bund der Vertriebenen" in der BRD, 18. April 1983.
27 Aktivitäten des „Bundes der Vertriebenen" zur Vertiefung seiner Einflußnahme auf die BRD-Regierung, 22. Dezember 1983.
35 Die politischen Zielvorstellungen und die Tätigkeit des Revanchistendachverbandes „Bund der Vertriebenen" in der BRD, 13. März 1985.
Auffassungen kompetenter BRD-Regierungsvertreter und Koalitionspolitiker zur konzeptionellen und praktischen Ausgestaltung der Politik der BRD gegenüber der DDR, 21. März 1985.
59 Tätigkeit des Bundes der Vertriebenen (BdV), 30. November 1987.
61 Tätigkeit des Bundes der Vertriebenen (BdV), 30. November 1987.
67 Aktuelle Aspekte der Politik des Bundes der Vertriebenen (BdV) in der BRD, 11. November 1977.

69 Haltung der BdV-Führung zu aktuellen politischen Fragen, 11. April 1978.
79 Die Haltung der Führung des Bundes der Vertriebenen (BdV) der BRD zu aktuellen politischen Fragen, 3. September 1979.
81 Zum Auftreten von Vertretern des „Bundes der Vertriebenen" am Rande des Belgrader Treffens, 13. Februar 1978.
84 Haltung der Führung des BdV zu aktuellen politischen Fragen, 3. September 1979.
114 Lage im Bund der Vertriebenen und seine weiteren Aktivitäten, 13. Januar 1975.
119 Lage im „Bund der Vertriebenen" (BdV) in Vorbereitung auf die Bundesversammlung am 6. Dezember 1975 in Bonn, 11. Dezember 1975.
124 Haltung des „Bundes der Vertriebenen" (BdV) zur Realisierung der Vereinbarungen zwischen der VR Polen und der BRD vom 9. Oktober 1975, 3. Mai 1976.
131 Einige Vorgänge im „Bund der Vertriebenen" (BdV), 25. Juni 1968.
170 Sozialtagung des „Bundes der Vertriebenen" im Juni 1970 in Heidelberg, 2. September 1970.
176 Über ein Gespräch zwischen Vertretern des SPD-Präsidiums und des „Bundes der Vertriebenen" am 26. November 1970 in Bonn.
206 Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordneten und BdV-Präsidenten Wenzel Jaksch zur Politik des „Bundes der Vertriebenen", 17. Juni 1964.
222 Finanzielle Lage des „Bundes der Vertriebenen" (BdV), 13. März 1967.
225 Über die finanzielle Lage des „Bundes der Vertriebenen" (BdV), 28. Juni 1967.
229 Finanzielle Lage des „Bundes der Vertriebenen" (BdV), 18. Oktober 1967.
235 Einige Vorgänge im „Bund der Vertriebenen" (BdV), 6. Februar 1968.
489 Über interne Vorgänge der Landsmannschaft Schlesien, Landesgruppe Westberlin 1970; Berichte des „IM Kropf" 1966–1970.
1043 Dokumentation: Organisierter Revanchismus in der BRD. Arsenal, Rolle und Ziele der Landsmannschaften in der Gegenwart, 1984.
1044 Landsmannschaft der Schlesier und LM der Oberschlesier 1985.
1045 Landsmannschaft (LM) der Donauschwaben 1970; LM der Buchenlanddeutschen 1975; LM der Siebenbürgen Sachsen 1979–1983; LM der Banater Schwaben aus Rumänien; Sudetendeutsche Landsmannschaft 1971–1985; Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn.
1047 Zu Herbert Hupka, 1987.
1346 Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Mitteldeutschen" e.V. (BMD) in der Bundesrepublik Deutschland, Juli 1988.
1399 Vertriebenenfunktionäre in Bundesgremien 1987.

Bestand Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe MfS ZAIG

423 Bundestreffen der Landsmannschaft Berlin – Mark Brandenburg in Westberlin, 31. Mai 1961; Revanchistische Großveranstaltung der Landsmannschaft Schlesien und der Landsmannschaft Berlin –Mark Brandenburg, 8. Juni 1961.
511 Information über die Westberliner Revanchistenveranstaltung 1961.
647 Revanchistische Hetzveranstaltung zum „Tag der Heimat" in Westberlin 1962.
1120 Information über die Denkschrift der EKD „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn", 26. Oktober 1965.
4382 Geplante Revanchistentreffen in West-Berlin 1960.
4625 Arbeitsmaterial BdV und Landsmannschaften für Albert Norden, 1960–1965; Objekte der ideologischen Diversion 1962; Übersicht über die feindliche Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften, ihrer Organisationen und Einrichtungen gegen die DDR, 1965.
5006 BdV-Funktionäre gegen Ratifizierung der Ostverträge, 1972.
8890 Zeitungsausschnittsammlung über BdV und Landsmannschaften 1969–1983.
9704 Bd. 1 BdV, Sudetendeutsche Landsmannschaft, Schlesische Landsmannschaft, Ost- und Westpreußische Landsmannschaft, Personendossiers, West-Berliner Landesverband der Vertriebenen 1962–1964.

9704 Bd. 2 Rechercheunterlagen über Bonner Revanchistenführer („Braunbuch"); Julius Mader, Bonner politisches Dynamit. Eine Dokumentation 1960.
9705 Die Landsmannschaften in Westdeutschland. Eine Übersicht über die revanchistische Tätigkeit einiger Landsmannschaften in der Bundesrepublik 1959; Zeitungsausschnittsammlung 1964; Informationsberichte zu Revanchistentreffen in Westberlin zum „Tag der Deutschen" 1965–1969; Revanchismus 1967; Der Ungeist der Revanche auf Westdeutschlands Straßen; Eine kurze Dokumentation zu den Aufmärschen der Revanchistenverbände in Westdeutschland, Pfingsten 1968; Revanchistische Organisationen 1969.
9708 Bd. 1 Sammlung: Neue Kommentare, Frankfurt am Main, 1967–1974; Ost-West-Zeitungsausschnittsammlung zum BdV und Landsmannschaften 1969/70.
9708 Bd. 2 BdV-Kundgebungen 1968–1970; Ost-West-Zeitungsausschnittsammlung zur Vertriebenenproblematik 1965–1969; Landsmannschaften und Revanchistenverbände 1966/67.
9708 Bd. 3 Über die politische Situation der sogenannten Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik 1957–1960; Zeitungsausschnittsammlung zu Wenzel Jaksch 1960–1964 und BdV 1960–1967; Dossier: Bund der Vertriebenen in NRW 1965.
9709 Bd. 1–2 Ost-West-Zeitungsausschnittsammlung über Vertriebenentreffen 1970–1985.
9715 Vertriebenenfunktionäre 1959; Zur Arbeit der Schlesischen Landsmannschaft; Treffen der Schlesischen Landsmannschaft 1961–1981.
West-Ost-Presseausschnittsammlung zu Vertriebenenproblematik 1964–1971.
West-Ost-Presseausschnittsammlung über die Schlesische Landsmannschaft 1972–1981.
9756 Materialien zum 21. Bundestreffen der Landsmannschaft Schlesien im Juni 1985; Internationale Diskussion zum Motto: „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser".
24033 Dossier über Herbert Czaja 1964–1988.
24071 Dossier über Heinrich Windelen 1976–1988.
28750 Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände" e. V. (BdV), Juni 1989;
BdV und die Landesverbände 1981; Landsmannschaft der Buchenland-deutschen 1975/76; „Tag der Heimat" 1988/89.

Bestand Zentrale Koordinierungsgruppe MfS ZKG

760 Mitteldeutsche Landsmannschaften 1986–1989: LM Thüringen und LM Mecklenburg.
1259 Sudetendeutsche Landsmannschaft in Westberlin 1960–1970.
3263 Informationen zum „Deutschlandhaus, 1987.
3520 Der BdV und die konterrevolutionären Vorgänge in der ČSSR. Dossier: Der landsmannschaftliche Revanchismus in der Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition (1982); Organisierter Revanchismus und Ostverträge 1969–1975, Dossier von 1983.
9797 Zeitungsausschnittsammlung zum BdV 1977–1988.
15936 Zeitungsausschnittsammlung zu Herbert Hupka, 1979.
16122 Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland; Landsmannschaft der Bessarabiendeutschen; Landsmannschaft der Dobrudscha- und Bulgariendeutschen 1983; Deutsche in Rumänien 1980.

Bestand Archivierter IM-Vorgang MfS AIM

2703/58
Bd. 1–35 Akte des „Geheimen Mitarbeiters ‚Karl'", alias Karl Siemund, 1958–1979.
11395/86
Bd. 1–16 Akte des „Geheimen Mitarbeiters ‚Kropf'", alias Lothar Roßdeutscher, 1951–1986.
21111/63 Akte des „Geheimen Mitarbeiters ‚Peters'", 1959–1961.
18080/62
Bd. I–VIII Akte des „Geheimen Mitarbeiters ‚Kuhnert'", alias Heinz Gellner, 1952–1956.
19021/82
Bd. 1–2 Akte des „Inoffiziellen Mitarbeiters ‚Erich'", alias Erwin Schneider, 1967–1982.

Bestand Archivierter operativer Vorgang (passive Erfassung) MfS AOP

11315/64
Bd. 1 Einsatzberichte von Geheimen Informatoren (GI) bei Heimatkreistreffen in Westberlin 1951–1961; Werbung von „IM“ in den Landsmannschaften 1958/60; Landsmannschaften in Westberlin 1955–1960.
Bd. 2 „Tag der Heimat“ in West-Berlin 1958–1960; „IM“-Werbung und Einsatz zum „Tag der Heimat“ 1960/61; Berichte der „Geheimen Informatoren“ über die Einsätze in Westberlin 1958–1961.
Bd. 3 Feindliche Tätigkeit der Umsiedler-Landsmannschaften in West-Berlin; Analysen der Arbeit der Landsmannschaften, des Bundes der Vertriebenen und des Verbandes der Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland 1951–1961;
Informationen über die Gefährlichkeit und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland und die sich daraus für das MfS ergebenden Aufgaben bei der politisch-operativen Bearbeitung und Bekämpfung dieser revanchistischen Landsmannschaften, 1960.
2581/75
Bd. I–V Operativvorgang „IM Leder“ gegen ehemalige Bessarabiendeutsche, 1972–1974.

Bestand Allgemeine Personalablage (passive Erfassung) MfS AP

8618/72 Walter Becher 1967–1969.
12596/76 Alfred Gille.

Bestand Allgemeine Sachablage MfS AS

138/76 Kerblochkartei mit zirka 1250 Personendaten von Funktionsträgern der Vertriebenenorganisationen auf Bundes-, Länder-, Kommunalebene der Bundesrepublik, 1976.
MfS Rep.
2/225 Sachstandsbericht zur Sudetendeutschen Landsmannschaft 1971–1973.

Bestand MfS Personalakte (Personendossiers) PA

31 Walter Becher.
69 Johann Gradl.
611 Linus Kather.
1149 Wolfgang Mischnik.
1155 Reinhold Rehs.
1171 Heinrich Windelen.
2642 Alfred Gille.
2765 Waldemar Kraft.
4413 Jürgen Neven du Mont.

Bestand MfS Hauptabteilung II HA II

477 MfS-BV Berlin: Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965.
29680 Pommersche Landsmannschaft 1969.

Bestand MfS Hauptabteilung VI
HA VI

1822 Überwachungsakte zu Herbert Hupka 1985–1987.

Bestand MfS Hauptabteilung VIII
HA VIII

AKG 2053 Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ e.V. (BdV), Juni 1989.

Bestand MfS Hauptabteilung IX
HA IX

13984 Pommersche Landsmannschaft 1964; Sudetendeutsche Landsmannschaft 1983.
14425 Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965.
16919 Bund der Mitteldeutschen und Bund der Mitteldeutschen Jugend, 1977.

Bestand MfS Hauptabteilung XX
HA XX

257 Dokumentation: Einige Probleme der Rechtswidrigkeit der Existenz volksfeindlicher, revanchistischer Organisationen, Oktober 1969.
5433 Sudetendeutsche Landsmannschaft 1960–1965.
5434 Landsmannschaft Schlesien, Schlesiertreffen 1965–1970; Berichte über interne Vorgänge in der Landsmannschaft Schlesien, Landesgruppe Westberlin 1967–1970.
5436 Landsmannschaft Ostpreußen 1960–1967; „IM Sitha“ in der Landsmannschaft Ostpreußen 1978.
5437 Pommersche Landsmannschaft 1964.
5438 Mitteldeutsche Landsmannschaften – Sachsen, Thüringen – verschiedene Heimatkreise 1956–1967.
5439 Landsmannschaft Weichsel-Warthe 1960; Bund der Mitteldeutschen (BMD) 1960/61.
7736 Landsmannschaft Ostpreußen. Dokumentation: Über die Rolle und Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin.
13406 West-Berliner Landesverband der Vertriebenen und „IM Karl“ 1978.

HA XX AKG (Auswertungs- und Kontrollgruppe)

140 Landsmannschaft Schlesien in Westberlin 1977.
142 Aktivitäten der Landsmannschaft Schlesien in der BRD und in Westberlin, 1978.
5338 Westberliner Landesverband der Vertriebenen, 1976.
5366 Aktivitäten revanchistischer Landsmannschaften in Westberlin, 1976.
5616 (West)-Berliner Landesverband der Landsmannschaft Schlesien, 1981.
5973 Erkenntnisse aus dem Westberliner Landesverband der Landsmannschaft Schlesien, 1977.

HA XX ZMA (Zentrale Materialablage)

663 Gründung eines „Bund der Mitteldeutschen“, 1969.
Die gegenwärtige Lage des revanchistischen „Bundes der Mitteldeutschen“ in der BRD, 12. August 1982. Einige Entwicklungstendenzen und Aktivitäten des revanchistischen „Bundes der Vertriebenen“ in der BRD, 4. Februar 1982. Objektauskunft zum revanchistischen Dachverband „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ e.V. (BdV), Stand: Juni 1989; Objektauskunft zum revanchistischen

Dachverband „Bund der Mitteldeutschen“ e.V. (BMD) in der Bundesrepublik Deutschland, Juli 1988.
1436 Landsmannschaft Pommern, 1981.

Bestand MfS-Hauptabteilung XX/1

123 Katalog über die wichtigsten Zentren der politisch-ideologischen Diversion, Dezember 1965.

Bestand MfS Hauptabteilung XX/4

464 Reaktionen zur Vertriebenendenkschrift der EKD in Ost- und Westdeutschland, 1965/66.
1189 Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland 1963–1968.
1681 Sudetendeutsche Landsmannschaft – „Ackermann-Gemeinde“ 1984–1986.
1787 Ortsbezeichnungen: Frühere deutsche Ostgebiete, Sudetenland 1982.
2285 Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland 1966–1968.
2295 Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland 1966, 1968; Auskunftsbericht über den Ostkirchenausschuß 1967; Auskunftsberichte zum Konvent der zerstreuten evangelischen Ostkirchen 1967.
2430 Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland 1960–1968.

Bestand MfS Hauptabteilung XXII

1254 Bund der Vertriebenen, Bund der Mitteldeutschen, 1985.
5057 Aktivitäten der Revanchistenorganisation „BdV“, 7. Dezember 1979.
6118/7 Sudetendeutschen Landsmannschaft 1982–1984, 1988.
16576 Aktivitäten des Westberliner Landesverbands des BdV 1982–1988; Landsmannschaften der Pommern, der Sudetendeutschen, der Schlesier, der Ostpreußen.
17255 Treffen revanchistischer Landsmannschaften in der BRD, 1988.
19974 Sudetendeutsche Landsmannschaft, „Witikobund“ 1977/78;
Die sudetendeutsche Frage, 1984; Ost-West-Zeitungsausschnittsammlung 1968–1982.

Bestand MfS-Bezirksverwaltung (BV) bzw. Außenstelle (Ast.) Cottbus

AKG 755 Erkenntnisse und Aktivitäten revanchistischer Organisationen und Einrichtungen, einschließlich sogenannter Heimatkreise, innerhalb des Bezirkes Cottbus 1985.

Bestand MfS-Bezirksverwaltung (BV) bzw. Außenstelle (Ast.) Gera

SA 72 Mitteldeutsche Landsmannschaft Thüringen und diverse Heimatkreise 1988.
AKG 0085 Bund der Mitteldeutschen; Landsmannschaft Thüringen, 1980–1989.
AKG 0088 Bund der Mitteldeutschen – Landsmannschaft Thüringen/Heimatkreis Rudolstadt 1978–1989.
AKG 0089 Mitteldeutsche Landsmannschaft Thüringen 1983.
AKG 0090 Heimatkreistreffen der Landsmannschaft Thüringen 1985/86.
AKG 0091 Bund der Mitteldeutschen – Landsmannschaft Thüringen 1985–1988.
AKG/SLK
1187 MfS-Bezirksverwaltungen Erfurt, Gera: BdV und Paketsendeaktionen 1978.

Bestand MfS-Bezirksverwaltung (BV) bzw. Außenstelle (Ast.) Karl-Marx-Stadt bzw. Chemnitz

AOP 2581/75
Bd. 1–5 Operativvorgang „Leder“ gegen 104 ehemalige Bessarabiendeutsche, 1972–1975.

Bestand MfS-Bezirksverwaltung (BV) bzw. Außenstelle (Ast.) Magdeburg

XX/2606 Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen“ sowie einige Hinweise zur verstärkten Tätigkeit der Organisation „Aktion Oder-Neiße“ und der „Mitteldeutschen Flüchtlingsverbände“, Stand 1966.

Bestand MfS-Bezirksverwaltung (BV) bzw. Außenstelle (Ast.) Neubrandenburg

XX 231 Landsmannschaften und ihre Einrichtungen gegen die DDR/Bezirk Neubrandenburg 1965.

XX 234 Analyse auf dem Sachgebiet Umsiedler und Landsmannschaften, 1961; Schwerpunkte auf der Linie des Revanchismus im Bezirk Neubrandenburg, sowie Agenturbasen des Gegners und bestehende Möglichkeiten des Eindringens in die Landsmannschaften, 1962.

XX/235 NS-Vergangenheit von Revanchistenführern 1960; Berliner Landesverband der Vertriebenen, 1960; Revanchistische Landsmannschaften und ihre Einrichtungen 1965.

XX/242 Westberliner Landesverband der Vertriebenen 1967.

XX/254 Mitteldeutsche Landsmannschaften 1966; Zum Eindringen revanchistischer Landsmannschaften in die DDR/Bezirk Neubrandenburg 1961–1969.

XX/265 Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westdeutschland und Westberlin 1956.

Bestand MfS-Bezirksverwaltung (BV) bzw. Außenstelle (Ast.) Rostock

Rep. 2/112 Umsiedlertreffen in Westberlin und Westdeutschland, 1955; „Tag der Heimat“ in Westberlin 1956; Informationen zur Politik der Landsmannschaften 1966; IM ‚Dohle‘“ in der Landesgruppe Oberschlesien in Düsseldorf 1965/66. Methoden, Struktur und Feindtätigkeit der Umsiedlerverbände und Landsmannschaften in Westberlin und Westdeutschland 1959/60; Bund der Vertriebenen (BDV) 1959.
Die politisch-ideologische Diversion im System der psychologischen Kriegsführung unter besonderer Berücksichtigung der feindlichen Tätigkeit der Landsmannschaften, 1965.

121/6 Bekannte Umsiedlerkonzentration in den Kreisen des Bezirks Rostocks, 1965; Übersicht über feindliche Tätigkeit der revanchistischen Landsmannschaften und Einrichtungen in Westberlin und Westdeutschland, 1955.

Rep. 2/234 Kontakte der Landsmannschaft Pommern in die DDR, 1972–1978; Literatur- und Pressehinweise zu Strukturen ostdeutscher Landsmannschaften 1981–1983.

Bestand MfS-Bezirksverwaltung (BV) bzw. Außenstelle (Ast.) Suhl

XX/1404 Übersicht über den „Berliner Landesverband der Vertriebenen“ sowie einige Hinweise zur verstärkten Tätigkeit der Organisation „Aktion Oder-Neiße“ und der „Mitteldeutschen Flüchtlingsverbände“, Stand 1966.

Bestand MfS SED KL (Kreisleitung)

4251 Dietrich Gayko, Aktuelle Tendenzen im landsmannschaftlichen Revanchismus der BRD, 1974.

Bestand Juristische Hochschule des MfS MfS JHS

75/82 Jörg Damrow, Die Aktivitäten der Revanchistenverbände und sogenannten Landsmannschaften der BRD angesichts der konterrevolutionären Ereignisse in der ČSSR 1968, 1982.

234/85 Volker Meißner, Rolle und aktuelle Aspekte der subversiven Tätigkeit von Landsmannschaften als eine Form des organisierten Revanchismus der BRD, Mai 1985.
549 Die Politik der SED zur Einbeziehung der Umsiedler in den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau im Osten Deutschlands in den Jahren 1945–1949, August 1966.
556 Varianten des Revanchismus und politischen Realismus in Westdeutschland am Beispiel der Auseinandersetzung um die Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands zur Oder-Neiße-Grenze, 1966.
20083 Entwurf Lehrbuch: Die politisch-ideologische Diversion gegen die DDR, 1987.
20629 Zum Wesen, zu den Funktionen und den Methoden revanchistischer Landsmannschaften und ihrer Unterorganisationen in der BRD, 1986.
Kurt Kusebauch, Zu gegenwärtigen Aktivitäten von Unterorganisationen der Landsmannschaften in Form von Heimatkreisen u. ä. Vereinigungen gegen den Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltung Cottbus, Juni 1986.
21838 Major Pustogarow, Major Klotz, Die neonazistische Gefahr in der BRD und in Westberlin in der gegenwärtigen Klassenkampfsituation, 1974.
FV 13/71 Martin Seckendorf, Analyse zur Durchsetzung der Führungsorgane des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit Nazis, 1969.

Bestand GH – Archivierte Akte, die einer besonderen Geheimhaltung unterlag

60/80 Akte Doppelagent Horst und Gerlinde Garau 1985–1988.

Bestand Hauptverwaltung Aufklärung – HV A

F 16 und F 22 / HV A Registriernummer 10819/61 für „IM Kern“, alias Ursula Richter, tatsächlich Erika Reißmann 1961–1985.
MfS HV A MD 6 IM-Vorgang mit Arbeitsakte „Kern“, Registriernummer 10819/61.
SIRA – TDB (Teildatenbank) 21, SIRA – TDB 12, SIRA – TDB 13 und SIRA – TDB 14 zum Vorgang „Kern“, Registriernummer 10819/61.

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen – Hauptstaatsarchiv Düsseldorf Abteilung Rheinland

Bestand Ger. Rep. 515 – Generalstaatsanwalt Düsseldorf gegen Erika Reißmann wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit.
489 bis 502 Ermittlungs-, Befragungs- und Darstellungsakten zum „Fall Erika Reißmann“ zwischen 1985 und 1998.
Schriftwechsel Generalstaatsanwalt Düsseldorf und Bund der Vertriebenen, Bonn, Mai 1993 in Sachen Ermittlungsverfahren gegen Erika Reißmann wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit.
Arbeitsvertrag Bund der Vertriebenen und Ursula Richter vom 2. Oktober 1972.
Handschriftlicher Lebenslauf von Ursula Richter vom 3. Juli 1972.
Bewerbung von Ursula Richter beim Bund der Vertriebenen vom 3. Juli 1972.

Schriftliche Auskunft vom Bund der Vertriebenen, Bonn, über Gerhard Dewitz (1926–2008) und Alfred Rojek (1897–1975), vom 28. April 2009.
Schriftliche Auskunft vom Bund der Vertriebenen, Landesverband Berlin, über Gerhard Dewitz, Alfred Rojek, Kraffto von Metnitz (1925–1994), Hans Matthee, Werner Guillaume, vom 28. April 2009.

2. Gedruckte Quellen / Zeitungsartikel

Konrad Adenauer. Teegespräche, Band 2, 1955–1958, bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters, Berlin (West) 1986.

Herbert Czaja: Internationales Biographisches Archiv – Munzinger Archiv 44/1988.

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Band IV: Verträge und Abkommen vom 7. Oktober 1949 bis 30. Juni 1956, Berlin (Ost) 1957.

Dokumente zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Berlin-Sperre 1961. Hauptband II: Chronik der Ereignisse von der Aufkündigung des Viermächtestatus Berlins durch die UdSSR im November 1958 bis zur Berlin-Sperre im August 1961, Bonn, Wien, Zürich 1961.

Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.): Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift, Hannover 1965.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, 1949, 1950, 1957, Berlin (Ost) 1949–1957.

Otto Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Band IV, Berlin (Ost) 1959.

Jürgen Neven du Mont: Internationales Biographisches Archiv – Munzinger Archiv 37/1979, 3. September 1979.

Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Band V: 1954–1956, Berlin (Ost) 1964.

Bernd Wilz: Internationales Biographisches Archiv – Munzinger Archiv 24/1999.

Heinrich Windelen: Internationales Biographisches Archiv – Munzinger Archiv 10/1988.

120 000 Schlesier gedachten in Essen ihrer verlorenen Heimat, in: Die Welt, Hamburg, 2. Juli 1973.

Agentenwerbung auf Umsiedlertreffen, in: Neue Zeit, Berlin (Ost), 7. September 1956, S. 2.

Götz Aly: Zuverlässig. Lob des antifaschistischen Rentners. Reprint des Braunbuchs – Rezension zu: Norbert Podewin (Hrsg.), Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Berlin (West), Reprint von 1968, Berlin 2002, in: Süddeutsche Zeitung, München, 9. August 2002.

BdV hetzt gegen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, in: Neues Deutschland, Berlin (Ost), 21. Juli 1970.

Bonn will Revancheverbänden helfen, in: Neues Deutschland, Berlin (Ost), 7. September 1970.

Brandt empfing Revanchistenführer, in: Neues Deutschland, Berlin (Ost), 17. Oktober 1970.

Brandt spricht von „Generalangriff der Rechten", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. Juni 1970.

BZ am Abend. Das Abendblatt des Berliners, (Ost-Berlin), (10. Jahrgang), 1958.

BZ am Abend. Das Abendblatt des Berliners. Juli bis Oktober 1955 (7. Jahrgang), Ost-Berlin, 1955.

Die Revanchepolitiker zurückschlagen!, in: Neues Deutschland, Berlin (Ost), 9. September 1955.

Erklärung der Regierung der DDR gegen den Mißbrauch Westberlins für Kriegs- und Revanchehetze, in: Neues Deutschland, Berlin (Ost), 31. August 1960.

Eulenspiegel, Juli–September 1955 (10. Jahrgang), Berlin (Ost).

Hellenbroich hält von Tiedge geführten Agenten für tot, in: Süddeutsche Zeitung, München, 31. Januar 1986.

Hetze gegen Status quo, in: Neues Deutschland, Berlin (Ost), 16. März 1970.

Jaksch auf Goebbels Spuren, in: Neues Deutschland, Berlin (Ost), 21. Januar 1966.

Kein Platz für Ostlandreiter in Berlin, in: Neues Deutschland, Berlin (Ost), 8. September 1955.

Kriegsverbrecher leiten revanchistische Landsmannschaften, in: Presse der Sowjetunion, Berlin (Ost), 17. Juli 1970.

Alexander Loesch, Heimatvertriebene: Die Charta der Organisation ist 50 Jahre alt, in: Tagesspiegel, Berlin (West), 17. August 2000.

Lorenz B. unter Spionageverdacht, in: Süddeutsche Zeitung, München, 22. August 1985.

Ingo von Münch, Wie tot ist das Münchner Abkommen? Ein Gespenst zwischen Bonn und Prag, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Januar 1973.

Mut zur Wahrheit. Politische Verwirrung zeigte sich bei Vertriebenen-Treffen, in: Neue Rheinzeitung, Essen, 4. Juni 1968.

Nachtritt ohne Nachsicht, in: Die Zeit, Hamburg, 29. Juni 1979.

Neue Ermittlungen in der Spionageaffäre. Auch Bekannter Frau Richters verschwunden, in: Süddeutsche Zeitung, München, 22. August 1985.

Robert J. Nüsse, Nachbarland Polen, in: Spandauer Volksblatt, Berlin (West), 21. Oktober 1965.

Ostdeutsche Landesvertretungen lehnen Gespräch mit Ehmke ab, in: Der Tagesspiegel, Berlin (West), 3. Dezember 1970.

Ostlandritter machen mobil, in: Neues Deutschland, Berlin (Ost), 17. März 1970.

Revanchehetze und Agentenwerbung, in: Neues Deutschland, Berlin (Ost), 7. September 1956.

Revanchereden und Rekruten, in: BZ am Abend, Berlin (Ost), 23. September 1957.

Schütz auf Vertriebenen-Veranstaltung ausgepfiffen, in: Berliner Morgenpost, Berlin (West), 6. September 1969.

SPD-Experten erarbeiten Pläne für „Vertriebene", in: Neues Deutschland, Berlin (Ost), 15. Januar 1970.

Spionageverdächtige Buchhalterin hat sich in den Osten abgesetzt, in: Der Tagesspiegel, Berlin (West), 21. August 1985.

Streitschrift für das Deutsche Reich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. September 1996.

Friedrich Stüber, „Entrüstung", in: Westfälische Rundschau, Dortmund, 18. Oktober 1965.

Tumult in der Waldbühne, in: Der Abend, Berlin (West), 8. September 1969.

Verleumdung muß aufhören, in: Berliner Morgenpost, Berlin (West), 6. September 1969.

Verschwörung gegen Genf, in: Freiheit, Halle, 2. Mai 1959.

Vertriebene bei Genscher (FDP), in: Frankfurter Rundschau, 4. Juni 1970.

Vertriebenenverband vor der Spaltung?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Juni 1970.

Walter Becher – Porträt eines Erzfaschisten, in: Berliner Zeitung Berlin (Ost), 16. August 1969.

Warum die Revanchistensuppe in Westberlin gekocht wird, in: Bauern-Echo, Berlin (Ost), 17. Juni 1959.

Wehner beriet mit Revanchistenführern, in: Neues Deutschland, Berlin (Ost), 29. Januar 1970.

Weiter Geld für Revanchisten, in: Neues Deutschland, Berlin (Ost), 6. August 1970.

Wer finanziert Sonderfonds Sudetenland, in: Neues Deutschland, Berlin (Ost), 29. August 1968.

Wischnewski kündigt mögliche Spaltung der Vertriebenen an, in: ADN-Information, 1. Juni 1970.

Wochenpost, Juli–September 1955 (2. Jg.).

3. Literatur

30 Jahre nach München. Aggressive Ostpolitik gegen die Tschechoslowakei gestern und heute, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front, Berlin (Ost) 1968.

Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 2003.

Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, München 2009.

Heike Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. „Arbeit nach Westdeutschland" durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999.

Heike Amos, Feindliche Organisationen. Die Sicht des MfS auf die Vertriebenenverbände der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 20/2006, S. 20–35.

Heike Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster 2003.

Thomas Auerbach, Matthias Braun, Bernd Eisenfeld, Gesine von Prittwitz, Clemens Vollnhals, Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund", Berlin 2008.

Walter Becher, Zeitzeuge. Ein Lebensbericht, München 1990.

Peter Bender, Normalisierung wäre schon viel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 5–6/2005, S. 3–9.

Wolfgang Benz, Fünfzig Jahre nach der Vertreibung. Einleitende Bemerkungen, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt a. M. 2000, S. 8–15.

Lorenz Betzing, Im Regierungsbunker, in: Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich, Berlin 2003, S. 355–359.

Jürgen Borchert, Die Zusammenarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) mit dem sowjetischen KGB in den 70er und 80er Jahren. Ein Kapitel aus der Geschichte der SED-Herrschaft, Berlin 2007.

Claudia Böttcher, Judith Kretzschmar, Corinna Schier, Walter Heynowski und Gerhard Scheumann – Dokumentarfilmer im Klassenkampf. Eine kommentierte Filmographie, Leipzig 2002.

Brandt steht unter dem Druck von Kapitulanten. Interview mit dem Sprecher der Sudeten-deutschen Landsmannschaft, CSU-MdB Dr. Walter Becher, in: Der Spiegel, Hamburg, 31/1968, 29. Juli 1968.

Detlef Brandes, Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer" der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen, München 2001.

Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft. Reprint der dritten, erweiterten Auflage, hrsg. Norbert Podewin, Berlin 2002.

Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, hrsg. Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, Berlin (Ost) 1965.

Rolf Caesar, Lastenausgleich, in: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, Dritter Band, Freiburg 1987–1995, S. 844–847.

Herbert Czaja, Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik, Frankfurt a. M. 1996.

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursache, Ereignisse, Folgen, hrsg. von Wolfgang Benz, Frankfurt a. M. 1995.

Die Vertriebenen in Mitteldeutschland, hrsg. vom Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Bonn 1991.

Jost Dülffer, Europa im Ost-West-Konflikt 1945–1991, München 2004.

Rainer O. M. Engberding, SIRA und „Rosenholz" aus Sicht der polizeilichen Spionagebekämpfung, in: Georg Herbstritt u. a., Das Gesicht dem Westen zu … DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003, S. 133–142.

Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts, hrsg. vom Zentrum gegen Vertreibung, Berlin 2006.

Bernhard Fisch, „Wir brauchen einen langen Atem". Die Deutschen Vertriebenen 1990–1999. Eine Innenansicht, Jena 2001.

Werner Flach, Christa Kouschil, Kreuzritter in Trachten. Organisierter Revanchismus und seine Macher, Leipzig 1984.

Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Berlin Leipzig 2005–2007, hrsg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 2005.

Flüchtlinge, Vertriebene, Kriegsgefangene. Hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Bonn 1959.

Jan Foitzik, Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 31. Jahrgang (1983), S. 308–334.

Josef Foschepoth, Potsdam und danach: Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen, in: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursache, Ereignisse, Folgen, hrsg. von Wolfgang Benz, Frankfurt a. M. 2000, S. 86–113.

Marion Frantzioch, Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin (West) 1987.

Erik K. Franzen, Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer, München, Berlin 2001.

Xavier Galmiche, „Dům po Němcích – von den Deutschen übernommenes Haus", in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 53. Jahrgang (2005), S. 941–954.

Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, hrsg. von Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, München 1999.

Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1998.

Jens Gieseke, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90. Ein kurzer historischer Abriß, Berlin 1998.

Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 1996.

Hermann Graml, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa. Ein Blick auf historische Zusammenhänge, in: Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, hrsg. von Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, München 1999, S. 21–29.

Günter Grass, Kalte Heimat, in: Der Spiegel, Hamburg, 40/1970, 28. September 1970.

Michael Grottendieck, Egalisierung ohne Differenzierung? Verhinderung von Vertriebenenorganisationen im Zeichen einer sich etablierenden Diktatur, in: Thomas Großbölting, Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), Die Errichtung der Diktatur. Transformationsprozesse in der Sowjetischen Besatzungszone und in der frühen DDR, Münster 2003, S. 191–221.

Handbuch. Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, 1996.

Miloš Havelka, Gedächtnis und Geschichte, Zusammenleben und Vertreibung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 51. Jahrgang (2003), S. 13–19.

Helge Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994.

Helge Heidemeyer, Vertriebene als Sowjetflüchtlinge, in: Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, hrsg. von Dierk Hoffmann, Marita Krauss, Michael Schwartz, München 2000, S. 237–249.

Werner Heiduczek, Zabrze, in: Im gewöhnlichen Stalinismus. Meine unerlaubten Texte, Tagebücher – Briefe – Essays, Leipzig 1991.

Georg Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007.

Georg Herbstritt, Helmut Müller-Enbergs (Hg.), Das Gesicht dem Westen zu … DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003.

Georg Herde, Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Geschichte, Personen, Hintergründe – eine kritische Bestandsaufnahme, Köln 1987.

Georg Herde, Anke Wagner, Revanchistische Politik. Einfluß, Kräfte, Gefahr, Frankfurt a. M. 1977.

Michael Herms, Gert Noak, Der „Schlesierausschuß" der VVN im Visier der SED-Führung (1946–1952). Berlin 1997.

Heynowski & Scheumann, Der Präsident im Exil und Der Mann ohne Vergangenheit sowie ein nachdenklicher Bericht über Die Schlacht am Killesberg, Berlin (Ost) 1969.

Helga Hirsch, Flucht und Vertreibung. Kollektive Erinnerung im Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 40–41/2003, S. 14–26.

Dierk Hoffmann, Binnenwanderung und Arbeitsmarkt. Beschäftigungspolitik unter dem Eindruck der Bevölkerungsverschiebung in Deutschland nach 1945, in: Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, hrsg. von Dierk Hoffmann, Marita Krauss, Michael Schwartz, München 2000, S. 219–235.

Johannes Hoffmann, Manfred Wille, Wolfgang Meinicke, Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, in: Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hrsg. von Manfred Wille, Johannes Hoffmann, Wolfgang Meinicke, Wiesbaden 1993, S. 12–26.

Herbert Hupka, Unruhiges Gewissen. Ein deutscher Lebenslauf. Erinnerungen, München 1994.

Beate Ihme-Tuchel, Die DDR und die Deutschen in Polen. Handlungsspielräume und Grenzen ostdeutscher Außenpolitik 1948 bis 1961, Hefte zur DDR-Geschichte 41, Berlin 1997.

Edmund Jauernig, Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde, Berlin (Ost) 1968.

Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997.

Bernd Kallina, Mit der „Revanchismus-Keule" gegen die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Verbände, in: Handbuch des Links-Extremismus. Die unterschätzte Gefahr, hrsg. von Hans-Helmuth Knütter, Stefan Winckler, Graz, Stuttgart 2002, S. 70–82.

Linus Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen. Erster Band: Die entscheidenden Jahre. Zweiter Band: Die Jahre des Verfalls, München 1964, 1965.

Manfred Kittel, Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982), München 2007.

Ernst Klee, Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2007.

Kleine Geschichte Pommerns, Bonn 1997.

Kleines Politisches Wörterbuch, 3., überarbeitete Auflage, Berlin (Ost) 1978.

Hans-Michael Kloth, Marcel Rosenbach, Klaus Wiegrefe, Nachsichtiges Urteil, in: Der Spiegel, Hamburg, 2010, S. 39–41.

Hans-Michael Kloth, Klaus Wiegrefe, Unbequeme Wahrheiten, in: Der Spiegel, Hamburg, 2006, S. 46–48.

Hubertus Knabe, West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung" und „Abwehr", Berlin 1999.

Otto Köhler, Etwaige Belastungen. Der Bund der Vertriebenen sucht seine Vergangenheit. Sendung des Deutschlandfunks am 27. Juli 2010.

Pavel Kolář, Vertreibung zwischen nationaler Meistererzählung und Deutungspluralität. Der tschechische Vertreibungsdiskurs im Licht geschichtswissenschaftlicher Streitschrift, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 53. Jahrgang (2005), S. 925–940.

Stephan Konopatzky, Möglichkeiten und Grenzen der SIRA-Datenbanken, in: Georg Herbstritt u. a., Das Gesicht dem Westen zu … DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003, S. 112–132.

Andreas Kossert, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2008.

Ortfried Kotzian, Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe im Herzen Europas, Bonn 1998.

Kulturstiftung der Vertriebenen (Hrsg.), Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945–1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte, Bonn 1989.

Joachim Lampe, Die strafrechtliche Aufarbeitung der MfS-Westarbeit: Fortdauernde Lehren aus einem abgeschlossenen Kapitel deutscher Justiz- und Zeitgeschichte, in: Georg Herbstritt u. a., Das Gesicht dem Westen zu … DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003, S. 359–366.

Karlheinz Lau, Die Vertriebenenverbände im 21. Jahrhundert. Ein überfälliger Diskussionsbeitrag, in: Deutschlandarchiv, 38. Jahrgang (2005), S. 1077–1083.

Karlheinz Lau, Ostdeutschland und die Vertriebenen im öffentlichen Bewußtsein und im Geschichtsbild der DDR bis 1989, in: Die Vertriebenen in Mitteldeutschland, hrsg. vom Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Bonn 1991, S. 9–14.

Hans Georg Lehmann, Der Oder-Neiße-Konflikt, München 1979.

Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2006.

Matthias Lempart, Machbarkeitsstudie für ein prosopographisches Projekt über Lebensläufe von Präsidialmitgliedern des Bundes der Vertriebenen, München 2009 (unveröffentlicht).

Lexikon der deutschen Geschichte. Personen, Ereignisse, Institutionen, hrsg. von Gerhard von Taddey, Stuttgart 1983.

Christian Lotz, Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972), Köln 2007.

Peter Mast, Kleine Geschichte West- und Ostpreußens, hrsg. vom Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände, Bonn 1997.

Torsten Mehlhase, Die SED und die Vertriebenen. Versuche der politischen Einflußnahme und der „Umerziehung" in den ersten Nachkriegsjahren in Sachsen-Anhalt, in: Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hrsg. Manfred Wille, Johannes Hoffmann, Wolfgang Meinicke, Wiesbaden 1993, S. 159–177.

Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, 4., überarbeitete und erweiterte Auflage, München 2000.

Helmut Müller-Enbergs, „Rosenholz". Eine Quellenkritik, Berlin 2007.

Helmut Müller-Enbergs, Was wissen wir über die DDR-Spionage?, in: Georg Herbstritt u. a., Das Gesicht dem Westen zu … DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003, S. 34–71.

Detlef Nakath, Deutsch-deutsche Grundlagen, Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den Jahren von 1969 bis 1982, Schkeuditz 2002.

Detlef Nakath, Deutschlandpolitik, in: Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, hrsg. von Andreas Herbst u. a., Berlin 1997, S. 305–318.

Natürlich bin ich ein Verräter. Ex-Verfassungsschützer Hansjoachim Tiedge über seine Flucht in die DDR und sein Leben in Rußland, in: Der Spiegel, Hamburg, 49/1993, S. 97–105.

Kurt Nelhiebel, 60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Ursprung und Rezeption eines umstrittenen Dokuments, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 58. Jahrgang (2010), S. 730–743.

Alexander von Plato, Vergangene Perspektiven? Schwerpunkte, Fragen und Probleme der Flüchtlingsforschung vor und nach der Wende, in: Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, hrsg. von Dierk Hoffmann, Marita Krauss, Michael Schwartz, München 2000, S. 87–107.

Gerhard Reichling, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil I: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940–1985, Bonn 1995.

Revanchismus 1985. Hrsg. vom Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten, Frankfurt a. M. 1984.

Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München 2004.

Samuel Salzborn, Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin 2000.

Samuel Salzborn, Heimatrecht und Volkstumskampf, Hannover 2001.

Heinz Sander, Landsmannschaftlicher Revanchismus in Westdeutschland. Zu seiner Geschichte und Rolle im imperialistischen Herrschaftssystem, Berlin (Ost) 1969.

Ute Schmidt, Die Deutschen aus Bessarabien. Eine Minderheit aus Südosteuropa (1814 bis heute), Köln 2003.

Ute Schmidt, Flüchtlingsmilieus in der SBZ/DDR. Formen kultureller Selbstbehauptung und Identitätswahrung am Beispiel der Deutschen aus Bessarabien, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 20/2006, S. 3–19.

Eva Schmidt-Hartmann, Menschen oder Nationen? Die Vertreibung der Deutschen aus tschechischer Sicht, in: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursache, Ereignisse, Folgen, hrsg. von Wolfgang Benz, Frankfurt a. M. 1995, S. 178–197.

Friedrich-Christian Schroeder, Die Entwicklung des politischen Strafrechts, in: Im Namen des Volkes? Über die Justiz im SED-Staat. Wissenschaftlicher Begleitband, Leipzig 1994, S. 107–113.

Martin Schumacher, Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), in: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, Erster Band, Freiburg 1987–1995, S. 830–831.

Michael Schwartz, „Vom Umsiedler zum Staatsbürger". Totalitäres und Subversives in der Sprachpolitik der SBZ/DDR, in: Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, hrsg. Dierk Hoffmann, Marita Krauss, Michael Schwartz, München 2000, S. 135–166.

Michael Schwartz, Apparate und Kurswechsel. Zur institutionellen und personellen Dynamik von „Umsiedler"-Politik in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, hrsg. von Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, München 1999, S. 105–136.

Michael Schwartz, Dürfen Vertriebene Opfer sein? Zeitgeschichtliche Überlegungen zu einem Problem deutscher und europäischer Identität, in: Deutschland Archiv, 38. Jahrgang (2005), S. 494–505.

Michael Schwartz, Kriegsfolgelasten und „Aufbaugesellschaft": Vertriebene, Bombengeschädigte und Kriegsbeschädigte in den langen fünfziger Jahren der DDR, in: Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, hrsg. Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, Hermann Wentker, München 2003, S. 165–189.

Michael Schwartz, Tabu und Erinnerung. Zur Vertriebenen-Problematik in Politik und literarischer Öffentlichkeit der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 51. Jahrgang (2003), S. 85–101.

Michael Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik. Ein Versuch über geteilte deutsche Nachkriegsidentitäten, in: Deutschland Archiv, 30. Jahrgang (1997), S. 177–195.

Michael Schwartz, Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 56. Jahrgang (2008), S. 101–151.

Michael Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik". Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2004.

Hans Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991.

Wolfgang Schwarz, Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 1961–1968, München 2004.

Anna Seghers, Die Umsiedlerin, in: Erzählungen 1945–1951, Berlin (Ost), Weimar 1977, S. 272–279.

Peter-Heinz Seraphim, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, Bonn 1956.

Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hrsg. von Manfred Wille, Johannes Hoffmann, Wolfgang Meinicke, Wiesbaden 1993.

Jochen Staadt, Westarbeit der SED, in: Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der DDR, Paderborn 1996, S. 685–689.

Dietrich Staritz, Geschichte der DDR. Erweiterte Ausgabe, Frankfurt a. M. 1996.

Heinz Günter Steinberg, Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im Zweiten Weltkrieg mit einem Überblick über die Entwicklung von 1945 bis 1990, Bonn 1991.

Johannes Dieter Steinert, Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie: Westdeutschland 1945–1949, in: Neue Heimat im Westen: Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler, Münster 1990, S. 61–80.

Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch", Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972, Düsseldorf 2004.

Matthias Stickler, Die deutschen Vertriebenenverbände – Interessengruppen mit gesamtnationalem Anspruch, in: Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, Berlin Leipzig 2005–2007, hrsg. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 2005, S. 144–153.

Bernd Stöver, Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991, München 2007.

Bernd Stöver, Pressure Group im Kalten Krieg. Die Vertriebenen, die USA und der Kalte Krieg 1947–1990, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 53. Jahrgang (2005), S. 897–911.

Dietrich Strothmann, „Schlesien bleibt unser“: Vertriebenenpolitiker und das Rad der Geschichte, in: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursache, Ereignisse, Folgen, hrsg. von Wolfgang Benz, Frankfurt a. M. 1995, S. 265–276.

Siegfried Suckut (Hrsg.), Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin 1995.

Alfred Theisen, Die Vertreibung der Deutschen – unbewältigte Vergangenheit Europas, Bonn 1998.

Matthias Uhl, Die Teilung Deutschlands. Niederlage, Ost-West-Spaltung und Wiederaufbau 1945–1949, Berlin 2009.

Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, hrsg. von Dierk Hoffmann, Marita Krauss, Michael Schwartz, München 2000.

Clemens Vollnhals, Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, Berlin 1995.

Philipp-Christian Wachs, Der Fall Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt/M. 2000.

Philipp-Christian Wachs, Eine Kampagne als sinnstiftendes Gemeinschaftswerk des Ostblocks – Der Fall Theodor Oberländer, in: Georg Herbstritt u. a., Das Gesicht dem Westen zu … DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003, S. 181–203.

Hermann Weber, DDR. Grundriß der Geschichte 1945–1990, Hannover 1991.

Hermann Weiß, Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, in: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursache, Ereignisse, Folgen, hrsg. von Wolfgang Benz, Frankfurt a. M. 1995, S. 244–264.

Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007.

Wer ist wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2000.

Wer ist wer? Das deutsche Who’s Who, hrsg. von Walter Habel, Berlin (West) 1962.

Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, hrsg. von Jens Gieseke, Berlin 1998.

Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2000.

Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, Berlin 1997.

Roland Wiedmann, Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Berlin 1996.

Lothar Wieland, Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Frankfurt a. M. 1968.

Manfred Wille, Die „freiwillige Ausreise“ sudetendeutscher Antifaschisten in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands – erfüllte und enttäuschte Hoffnungen und Erwartungen, in: Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche, Magdeburg 1993, S. 28–61.

Manfred Wille, Die Vertriebenen und das politisch-staatliche System der SBZ/DDR, in: Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, hrsg. von Dierk Hoffmann, Marita Krauss, Michael Schwartz, München 2000, S. 203–217.

Manfred Wille, SED und „Umsiedler“ – Vertriebenenpolitik der Einheitspartei im ersten Nachkriegsjahrzehnt, in: Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, hrsg. von Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, München 1999, S. 91–104.

VII. Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
ABF	Arbeiter-und-Bauern-Fakultät
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
APN	Außenpolitischer Nachrichtendienst
ARD	Allgemeiner Rundfunk Deutschlands
Ast.	Außenstelle
AVS	Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone
BAB	Bundesarchiv Berlin
BdA	Bund der Antifaschisten
BdD	Bund der Deutschen
BdL/Dok.	Büro der Leitung/Dokumente
BdV	Bund der Vertriebenen
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BKA	Bundeskriminalamt
BL	Bezirksleitung
BLV	Berliner Landesverband der Vertriebenen
BM	Bundesminister
BMB	Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
BMD	Bund der Mitteldeutschen
BMG	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen
BMI	Bundesministerium des Innern
BND	Bundesnachrichtendienst
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BV	Bezirksverwaltung
BVD	Bund vertriebener Deutscher
BVFG	Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz
BZ	Berliner Zeitung
CDU	Christlich-Demokratische Union
ČSR	Tschechoslowakische Republik
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film-Aktiengesellschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DJO	Deutsche Jugend des Ostens

DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
DNP	Deutsche Nationalpartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DR	Deutsche Reichsbahn
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DSAP	Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (in der ČSR)
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern
DVP	Deutsche Volkspolizei
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FR	Frankreich
GBl.	Gesetzblatt
GI	Geheimer Informator
GM	Geheimer Mitarbeiter
HA	Hauptabteilung
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IWE	Informationsbüro West
JHS	Juristische Hochschule Potsdam
Kfz	Kraftfahrzeug
KGB	Komitee für Staatssicherheit
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
KI	Kommunistische Internationale
KJI	Kommunistische Jugend-Internationale
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KLK	Kerblochkartei
KP	Kommunistische Partei
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KZ	Konzentrationslager
LA	Landesarchiv
LAG	Lastenausgleichsgesetz
LDPD	Liberal-Demokratische Partei
LM	Landsmannschaft
M-Apparat	Militärapparat
MdB	Mitglied des (Deutschen) Bundestags

MdI	Ministerium des Innern
MdR	Mitglied des (Deutschen) Reichstags
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NATO	North Atlantic Treaty Organization
ND	Neues Deutschland
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NF	Nationale Front
NKWD	Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NR	Nationalrat
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus (nationalsozialistisch)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
o. D.	ohne Datum
o. O.	ohne Ort
OB	Oberbürgermeister
OiBE	Offizier im besonderen Einsatz
OS	Oberschlesien
OV	Operativvorgang
PB	Politbüro
PID	Politisch-ideologische Diversion
PKW	Personenkraftwagen
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR – Polska Zjednoczona Partia Robotnicza)
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RIAS	Rundfunk im Amerikanischen Sektor
SA	Sturmabteilung
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SdM	Sekretariat des Ministers
SdP	Sudetendeutsche Partei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SIRA	System der Informationsrecherche der HV A
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StGB	Strafgesetzbuch
StS	Staatssekretär / Staatssekretariat

SU	Sowjetunion
TASS	Telegrafenagentur der UdSSR
TDB	Teildatenbank
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UfJ	Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen
UNO	Vereinte Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VDA	Verein für das Deutschtum im Ausland
VdL/VDL	Verband der Landsmannschaften
VOL	Vereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften
VPO	Vereinigung politischer Ostflüchtlinge
VR	Volksrepublik
VRP	Volksrepublik Polen
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WD	Westdeutschland
WFK	Westdeutscher Flüchtlingskongress
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Kontrollgruppe
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZIG	Zentrale Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee
ZvD	Zentralverband vertriebener Deutscher

VIII. Personenregister

Adenauer, Konrad 14, 15, 21–23, 35, 48, 55, 106, 111, 116, 120, 122, 138, 173, 174, 288
Albrecht, Ernst 207
Aly, Götz 125, 126
Axen, Hermann 141, 180, 215, 220, 257, 262, 265, 267

Bahr, Egon 99, 106
Bartsch, Willy 148
Beater, Bruno 34, 39, 44, 79, 123
Becher, Walter 99, 124, 148, 164, 166–169, 171–182, 220, 221, 224, 288
Bednarz, Klaus 183
Beneš, Edvard 140, 176
Betzing, Lorenz 244, 245, 249–251
Birkner, Anton 95
Bischur, Peter 240
Bismarck, Herbert von 13, 14, 277
Bismarck, Philipp von 160
Böhm, Franz 103, 163, 166, 167
Brandt, Willy 69, 80, 96, 99, 105, 106, 113, 121, 128, 136, 138, 142–145, 148, 153, 155, 156, 158, 159, 169, 178, 205, 206, 212, 230, 272, 286
Broneske, Otto 95
Buhl, Hans 43
Busse, Theodor 196

Carstens, Karl 260, 261, 291
Chruschtschow, Nikita S. 65–68, 73
Corterier, Fritz 148

Dewitz, Gerhard 195, 202–204, 306
Dierks, Christel 247
Dirks, Walter 148
Dregger, Alfred 219, 261, 267, 291

Eggert, Oskar 95, 103
Enzensberger, Hans Magnus 116
Erhard, Ludwig 115, 138, 288
Erika Reißmann (alias Ursula Richter) 239–258, 268
Erler, Fritz 137, 138

Feuchtwanger, Lion 176
Fiedler, Eduard 169
Filbinger, Hans 219, 291
Fischer, Heinrich 177
Fischer, Oskar 215, 220, 257, 258, 262
Florin, Peter 136
Förster, Heinz 196
Franke, Gotthard 169

Friemelt, Walter 186, 188

Gailat, Kurt 271
Gans, Georg 190–192, 194
Garau, Gerlinde 249, 250
Garau, Horst 249, 250
Gaulle, Charles de 117, 118, 157
Geißler, Heiner 262, 263, 267, 273, 292
Gellner, Heinz 58–60, 65
Genscher, Hans-Dietrich 154, 205, 225, 226, 260, 262, 265, 267, 291, 292
Gille, Alfred 13, 53, 86, 87, 95, 127, 209, 288
Glaser, ? 240
Globke, Hans 122
Gossing, Hellmut 163, 166, 167, 215
Gradl, Johann Baptist 128, 288
Graebert, Klaus 246
Grosser, Alfred 157
Grotewohl, Otto 66
Guillaume, Werner 61–63, 239
Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu 154

Häber, Herbert 257, 265
Hacker, Gustav 169
Hacker, Jens 149
Hager, Kurt 220, 257, 262, 265, 267
Hallas, Ursula 196
Hamm, Franz 95
Hassel, Kai-Uwe von 147
Hauck, Rudolf 244
Heiduczek, Werner 117
Hellenbroich, Heribert 251
Hempel, Dieter 208
Henlein, Konrad 141, 163, 168, 172, 176, 272
Herde, Georg 11, 48, 75, 184, 223, 224
Herrmann, Joachim 146, 152, 215, 257, 262, 265, 267
Heynowski, Walter 179, 180, 182, 183
Hirche, Walter 267, 292
Hitler, Adolf 11, 15, 109, 124, 126, 138, 141, 153, 163, 169, 173, 180
Höke, Margarete 250
Homeier, Willi 164, 166
Honecker, Erich 30–32, 78, 84, 146, 153, 215, 218, 257, 267, 290
Hriberski, Michaela 246, 247
Hupka, Herbert 88, 89, 111, 129, 145, 148, 153, 161, 164, 166, 187, 201, 203, 205, 206, 215, 220, 221, 224, 230, 263, 266–270, 288, 292

Jäger, Richard 219, 267

Jahn, Hans Edgar 148, 163, 166, 167, 215, 220
Jakob, Helmut 200
Jaksch, Wenzel 102, 107, 136, 138–144, 162, 163, 167, 168, 272, 286, 289
Jamin, Erich 39
Jaruzelski, Wojciech 173
Jatz, Olga 242
Jelinek, Jakob 95

Kaiser, Jakob 35
Kather, Linus 14–16, 23, 24, 54, 55, 59–61, 63, 64, 85, 87, 127, 277, 288
Kather, Thekla 59
Keßler, Heinz 267
Kiechle, Ignaz 263
Kiekebusch, Heinz 103
Kienberg, Paul 40
Kiesinger, Kurt Georg 118, 138
Klein, Friedrich 149
Knye, Otto 39
Koch, Hans 95
Kogon, Eugen 148
Kohl, Helmut 1, 155, 162, 218, 219, 222, 223, 226, 238, 260–262, 266, 270, 273, 274, 291, 292
Koschyk, Hartmut 266, 267, 292
Kraft, Waldemar 15, 16, 22, 23, 127, 288
Krenz, Egon 257, 267
Kreutzer, Hermann 230
Kreutzmann, Heinz 148
Krolokowski, Werner 257
Krüger, Hans 19, 20, 23, 24, 74, 84, 99, 102, 124, 125, 162, 174, 278, 288
Kuron, Klaus 250

Lamberz, Werner 146, 152, 180, 183, 215, 220
Leber, Julius 95
Lemmer, Ernst 69, 80, 84, 230
Lodgman von Auen, Rudolf 11, 95, 277
Lübke, Heinrich 122, 125
Ludwig, Emil 176
Lukaschek, Hans 15, 16

Mann, Heinrich 176
Mann, Thomas 176
Manteuffel-Szoege, Georg Baron 53, 54, 95, 188
Maron, Karl 30
Matthee, Hans 84, 86, 194, 209
Mehlhorn, Günter 240
Meissner, Boris 149
Mende, Erich 105, 148
Merkatz, Hans-Joachim von 216, 291
Metnitz, Kraffto von 192, 194, 196, 199, 201, 203, 204, 206, 207, 306
Mielke, Erich 29–35, 37, 39, 49, 78, 217, 260, 279, 280
Mischnick, Wolfgang 128
Mittag, Günter 267
Mocker, Karl 164, 166, 167
Münch, Fritz 149

Nahm, Peter Paul 216, 290
Nasarski, Peter 216, 290
Neuhoff, Hans 220, 246
Neumann, Heinz 196
Neumann, Paul 244
Neven du Mont, Jürgen 108–111, 116, 286
Norden, Albert 84, 122, 123, 131, 137–139, 141, 146, 149, 152, 180, 182, 215

Oberländer, Theodor 22, 23, 99, 102, 110, 122, 125, 174, 278, 287
Olbrich, Johanna (alias Sonja Lüneburg) 250
Ollenhauer, Erich 105, 136, 137
Otto, Egbert 164, 166

Parplies, Hans-Günther 216, 291
Pieck, Wilhelm 112
Preißler, Walter 169
Proksch, Werner 240

Rasmus, Hugo 246
Ratza, Odo 268
Rausch, W. 240
Rehs, Reinhold 107, 118, 139, 142–144, 147, 148, 157, 159, 162, 163, 166, 167, 206, 286
Reißmann, Dora 239
Reißmann, Rudolf 239
Richter, Walter 164, 166
Rinke, Walter 12, 277
Rojek, Alfred 36, 51, 53, 58, 61, 69, 188, 283, 306
Roßdeutscher, Lothar 184–186, 189, 190, 196–198
Rühe, Volker 265, 267, 292

Sauer, Helmut 266, 268, 292
Schabowski, Günter 257, 265
Schaffer, Helene 187, 188
Schaffran, Ursula 241
Scheel, Walter 105, 128, 142, 145, 155, 156, 256
Schellhaus, Erich 95, 102, 103, 164, 166, 167
Scheumann, Gerhard 179, 180, 182, 183
Schieder, Theodor 129
Schirmer, Horst 240
Schleunig, J. (?) 98
Schmalstieg, Herbert 207
Schmid, Carlo 136
Schmidt, Helmut 113, 153, 212, 244, 255

Schmidt, Manfred 231
Schneider, Erwin Egon 132, 133, 135
Schollwer, Wolfgang 105
Schreiber, Ottomar 13, 16, 277
Schröder, Fritz 39
Schumann, Kurt 39
Schütz, Klaus 204
Schwarzer, Herbert 165
Schwarzhaupt, Elisabeth 112
Seebohm, Hans Christoph 102, 103, 110, 138, 169, 173, 174
Siemund, Karl 235–237
Sindermann, Horst 267
Stain, Walter 169
Stange, Rudolf 40
Steiner, Julius 153
Stöckigt, Karl 240
Stolze, Alexandra (Alexa) 48, 184
Stoph, Willi 112, 141, 220, 257, 267
Strauß, Franz Josef 69, 147, 154, 222, 263
Stücklen, Richard 261
Suhr, Otto 53
Süßmuth, Rita 267, 292

Thiele, Grete 47
Tiedge, Hansjoachim 250, 251
Treßelt, Hugo 39
Trischler, Josef 164–166

Ulbricht, Walter 30, 31, 66, 80, 84, 112, 136, 141, 146
Ulitz, Otto 95, 125
Unte, Werner 208, 209
Übelacker, Horst Rudolf 179, 182, 183

Valentin, Anton 95
Verner, Paul 84, 112
Vesper, Walter 47
Volpert, Heinz 40
Vries, Axel de 14, 16, 277

Walter, Friedrich 164, 166, 215, 221
Wedler, Kurt 240
Wehner, Herbert 96, 105, 107, 121, 136, 137, 146, 153, 205, 206, 232
Weizsäcker, Richard von 130
Werfel, Franz 176
Werkentin, Falco 125
Wienand, Karl 153
Willmann, Artur 43
Wilz, Bernd 231
Windelen, Heinrich 44, 128, 129, 261, 262, 264, 288, 291
Winzer, Otto 112, 121, 141, 146, 181
Wischnewski, Hans-Jürgen 145, 153
Wittmann, Fritz 264
Witzleben, Erik von 95
Wohlrabe, Jürgen 230
Wolf, Markus 38, 42
Wollner, Rudolf 153, 163, 166, 215, 221, 263, 268, 270
Wollweber, Ernst 30, 49

Zaisser, Wilhelm 29, 30
Zillich, Heinrich 95
Zimmermann, Friedrich 219, 257, 262, 291
Zoglmann, Siegfried 154, 155
Zumbrink, Hedwig 192, 194, 196, 201

Zur Autorin

Dr. phil., geboren am 5. März 1962 in Berlin, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Leipzig, 1987 Promotion in Leipzig zur DDR-Geschichte und anschließend wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität, 1990–1992 verwaltungswissenschaftliches Aufbaustudium an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, dann bis 2005 Forschungsreferentin am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer, 2005–2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin, seit 2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte, Abteilung Berlin.

Zuletzt publiziert:
Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, München 2009.